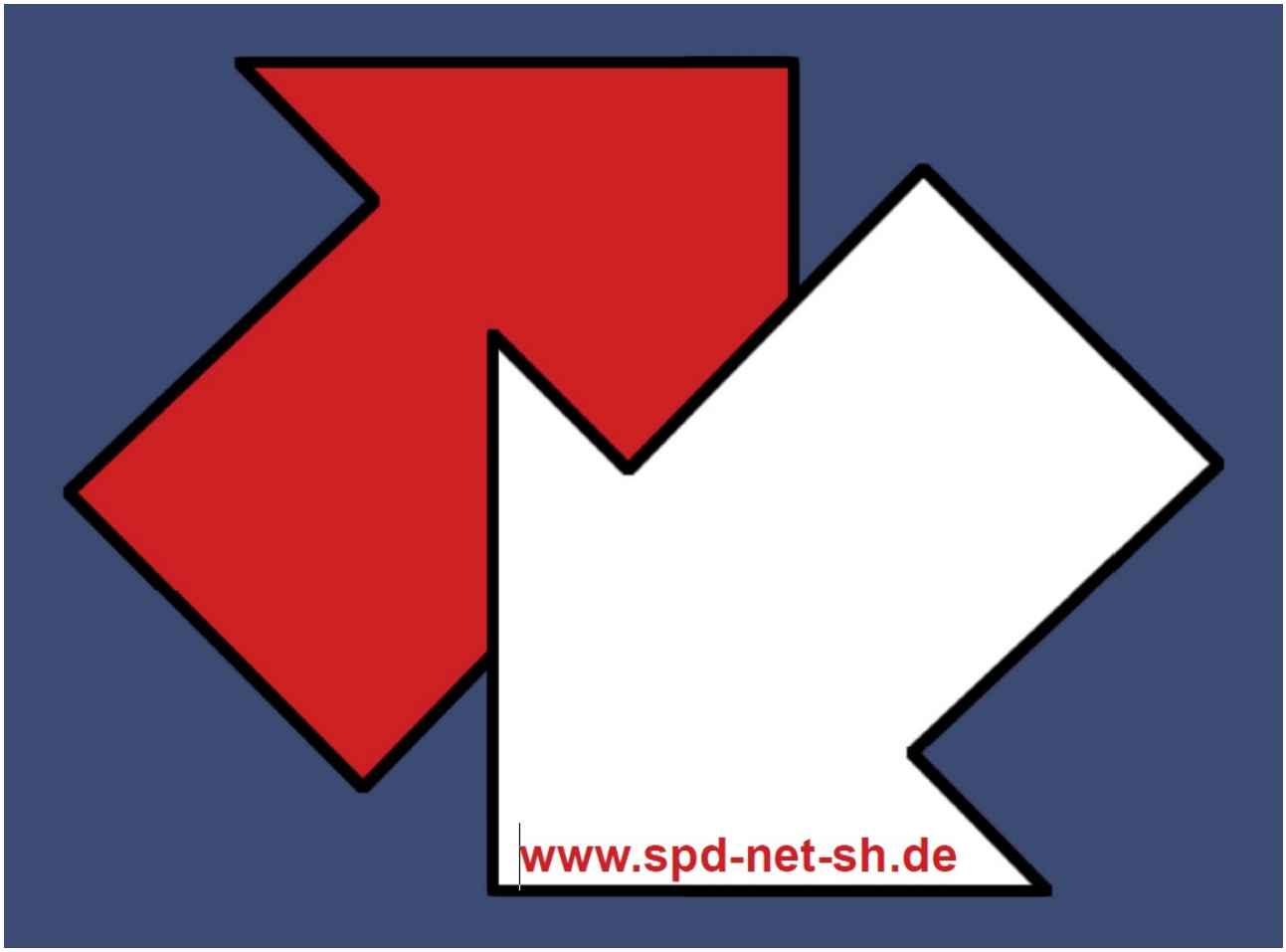
SPD-NET-SH

Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein



Artikelarchiv 2010, Januar bis April

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2015

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 01.01.2010, 13:41 Uhr - 6041 Clicks - Nr. 1*

OB-Kandidatin Katharina Kriston besucht Norderstedter Tafel

Am 22.12.09 besuchte Katharina Kriston die Norderstedter Tafel. Sie wollte sich nicht nur über die Arbeit der Tafel informieren, sondern brachte auch sechs Kisten knackige Weihnachtsäpfel als "Weihnachtsgeschenk" mit.
Die Leiterin der Tafel, Marion Steinvorth, führte Frau Kriston durch die sehr engen Räumlichkeiten der Tafel, erklärte die Organisation der Tafel und berichtete von ihrer Arbeit und dem Einsatz der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter für die Bedürftigen unserer Stadt.
Frau Kriston überzeugte sich davon, dass die Tafel dringend größere Räumlichkeiten für ihre Arbeit benötigt und sicherte ihre Unterstützung zu. Frau Kriston würdigte nicht nur die Arbeit der Tafelmitarbeiter, sondern hob auch die positive Zusammenarbeit mit den Norderstedter Supermärkten und Einzelhändlern hervor, die die Tafel regelmäßig mit Lebensmitteln versorgen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 02.01.2010, 17:08 Uhr - 5541 Clicks - Nr. 2*

SPD Stormarn gründet eine AG 60plus

Wir werden immer älter – und das ist auch gut so. Das finden zumindest der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat aus Barsbüttel und Jürgen Schneider aus Bad Oldesloe. Die beiden haben sich für 2010 das Projekt vorgenommen, der älter werdenden Gesellschaft auch in den Parteistrukturen Rechnung zu tragen. Martin Habersaat: „In Glinde gibt es seit vielen Jahren einen sehr erfolgreichen Diskussionstreff 60plus. Wir wollen versuchen, dies auch auf Kreisebene hinzubekommen."
Das zu realisieren, hat sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD Bad Oldesloe, Jürgen Schneider (Foto), vorgenommen. Der erzählt: „Ich würde gerne älteren Parteimitgliedern, aber auch interessierten Menschen ohne Parteibuch, eine Plattform für den politischen Austausch geben. Es soll aber auch um Alltagsthemen gehen, Geselligkeit und kulturelle Impulse dürfen auch nicht fehlen."

Eine Gründungsversammlung ist für den 9. Februar um 15.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle der SPD Stormarn (Kurparkallee 2, Bad Oldesloe) geplant.

Dort soll es um die Strukturen der Arbeit gehen. Wer hat Lust, Aktionen zu organisieren? Welche Themen oder Ausflugsziele sind besonders interessant? Danach wird sich dann ein Team um Jürgen Schneider an die Arbeit machen und das Programm 2010 ausarbeiten.
Wer Interesse an einer Mitarbeit hat oder später das Programm zugesandt bekommen möchte, wende sich bitte an die Jürgen Schneider, Telefon 04531/84603 oder juergen.schneider(a)spd-badoldesloe.de.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 03.01.2010, 17:21 Uhr - 4463 Clicks - Nr. 3*

SPD-Engelsby: 27. Neujahrsempfang am 10. Januar

Am Sonntag, dem 10. Januar 2010, lädt die Stadt Flensburg alle Flensburgerinnen und Flensburger, Gäste und Freunde ab 10.30 Uhr herzlich zu ihrem Neujahrsempfang ein. Im Großen Saal und in allen weiteren Räumen des Deutschen Hauses wird wieder ein buntes Programm angeboten.
Der Eintritt ist natürlich wie in jedem Jahr frei.

Der Programmablauf:

• Eröffnung durch Moderator Holger Heitmann (Foto)
• Um 11 Uhr Grußwort von Stadtpräsident Dr. Christian Dewanger und Bürgermeisterin Aase Nyegaard (Sønderborg)
• Auftritt des Sønderborg Gospel Choir
• Besuch der Petuhtanten, ab 11.30 Uhr - in Person von Frau Christiansen und ihrer männlichen Begleitung Herrn Nissen-.
• „Die Mürwiker"
• Pause ab 12 Uhr mit der Möglichkeit, sich die Infostände im Blauen Saal anzusehen und die Mitmach-Angebote zu nutzen. Das Spielmobil-Team bietet wiederum eine spannende Aktion für die ganze Familie an.
• Nach der Pause Auftritt der Jugend Big Band am Alten Gymnasium.
• drums alive, Sportgruppe der Universität
• Auftritte des Ballettcenter Dimitrova und des Querflötenensembles der Flensburger Musikschule „La Flute"
• Ab 13.15 Uhr zweite Pause auch für Gespräche mit den anwesenden Mitgliedern der Ratsfraktionen oder Besuch der Informationsstände der teilnehmenden Vereine. Die Getränketresen und Garderoben in den Wandelgang und im Foyer werden wie üblich während der gesamten Veranstaltung in Betrieb sein. Wer sich ausruhen möchte, wird neben den Getränketresen Sitzecken finden.
• 13.30 Uhr Gewinnspiel – Bekanntgabe der Gewinner
• Ab 13.35 Uhr beginnt der dritte Showblock mit dem Greek Kids – Dance Club
• „Anschließend präsentieren „Green T" und die „Flying Saucers" verschiedene Beiträge aus deren vielfältigem Repertoire
• Den Abschluss bildet der Auftritt von „United Difference" – einem Musikprojekt von Frank Weiner – mit Pop, Country, Rock, Rock ´n Roll und Alternative.

Ab 15 Uhr wird der Neujahrsempfang langsam ausklingen.

Foto: Herbert Ohms

Keine Kommentare

SPD Herzogtum Lauenburg - veröffentlicht am 04.01.2010, 10:01 Uhr - 3753 Clicks - Nr. 4

Negativkonsequenzen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Gunar Schlage und der Kreisvorsitzende Peter Eichstädt kommentieren die Zustimmung des Landes Schleswig – Holstein zum Wachstumsbeschleunigungs- gesetz im Bundesrat und die Folgen für den Kreis Herzogtum Lauenburg:

„Das ist eine ganz bittere Pille für die Kommunen in Schleswig-Holstein und besonders den Kreis Herzogtum Lauenburg!

Bereits zu den Haushaltsberatungen im Kreistag hat die SPD – Kreistagsfraktion deutlich gemacht, dass der zur Verabschiedung stehende Haushalt Makulatur ist, wenn das Wachstumsbeschleunigungsgesetz tatsächlich greift. Den Kommunen in Schleswig-Holstein fehlen ab 2010 jetzt durch das neue Gesetzeswerk zusätzlich 70 Millionen Euro im Jahr, dem gesamten Land Schleswig-Holstein 130 Millionen Euro."

Die beiden Sozialdemokraten befürchten nun, dass diese Lücke nur durch weitere Einsparungen bei sozialen Leistungen geschlossen werden kann:

Gunar Schlage: „Es ist politisch unbegreiflich, wenn dieses Geld jetzt in Schleswig-Holstein bei den Kommunen, also für die Bürgerinnen und Bürgern, fehlt, um es z. B. zur Senkung von Unternehmenssteuern, zur Entlastung reicher Erben oder zur Begünstigung von Hotelbetrieben durch einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu verwenden, wie es das Wachstumsbe-schleunigungsgesetz vorsieht. Das ist Klientelbedienung durch schwarzgelb auf Kosten der Allgemeinheit. Wir erwarten, dass der Landrat jetzt umgehend konkrete Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen des Gesetzes für den Kreis trifft.."

Peter Eichstädt:" Nicht akzeptabel ist auch das Verhalten des Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Peter-Harry Carstensen. Aus einem „Ihr habt sie doch nicht alle" vor wenigen Wochen ist jetzt zu Weihnachten eine Zustimmung im Bundesrat geworden, die mit keinerlei konkreten Zusagen geschweige denn Finanzmitteln für Schleswig-Holstein verbunden ist - allenfalls ein paar nebulöse Zusagen für das Land , nicht aber für die Kommunen für die Zukunft. Der Gute – Laune Bär hat sich auf Kosten der Kommunen gehörig das Fell über die Ohren ziehen lassen."

Abschließend stellen Schlage und Eichstädt fest:„ Problematisch ist , dass der langjährige Innenausschussvorsitzende und CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzende Norbert Brackmann, der sehr detailliert die kommunalen Finanzen kennt, in seiner Eigenschaft als Bundestagsabgeord-neter dieser schweren Schädigung der Kommunen seine Zustimmung gegeben hat. Das Jahr fängt durch schwarz-gelb in Berlin und in Kiel für den Kreis katastrophal an. In Berlin ökonomischen Unsinn beschließen, in Kiel ein medienwirksames Aufplustern des Ministerpräsidenten, um dann völlig einzuknicken - die Zeche zahlen die Kommunen."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 04.01.2010, 15:55 Uhr - 67864 Clicks - Nr. 5

2010: Gemeinwohl vor Eigennutz

Zum Jahreswechsel erklärt der SPD-Landesvorsitzende und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag Ralf Stegner:
Für die meisten Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins ist das zu Ende gehende Jahr trotz der größten Wirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte unseres Landes einigermaßen glimpflich verlaufen. Dennoch haben viele ihren Arbeitsplatz und ihre Existenz verloren und im kommenden Jahr sind weit mehr Menschen davon bedroht das auszubaden, was Marktradikalismus und Managerversagen angerichtet haben. Deshalb muss die wichtigste Kraftanstrengung aller Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik dahin gehen, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Dabei ist sozial nicht alles was Arbeit schafft, sondern gute Arbeit ist eine, von der man auch leben und eine Familie ernähren kann. Deshalb bleibt es richtig und wichtig trotz schwarz-gelber Mehrheiten für gerechte Mindestlöhne und gute Bezahlung zu streiten.

In unserem Land ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander gegangen: Unermesslicher privater Reichtum steht Kinderarmut, Hungerlöhnen und Armutsrenten sowie der Abstiegsangst vieler Menschen gegenüber. Deshalb ist es falsch, wenn Regierungsmehrheiten in Berlin und Kiel pünktlich zum Jahreswechsel Steuergeschenke in Milliardenhöhe an reiche Erben und Hoteliers verteilen. Gleichseitig bewilligt die liberal-konservative Landtagsmehrheit trotz der existenziellen Bedrohung des Landes durch die HSH-Nordbank-Krise eben diesen HSH-Managern neue üppige Millionenzahlungen.

Der Ministerpräsident beschwört in seiner Neujahrsbotschaft die selbst verursachte Handlungsunfähigkeit des Landes und sagt Wohlfahrt könne auch erdrücken. Dabei sind es die Steuergeschenke und Managerboni, die Kinderbetreuung und Bildung dringend benötigte Mittel entziehen. Kinder sind unsere Zukunft. Wer hier spart, ruiniert unser Land.

Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen war ein Flop. Die Kanzlerin hat nichts erreicht. Der globale Klimawandel ist eine Bedrohung gerade für unser Land zwischen den Meeren. Deshalb brauchen wir dringender denn je die konsequente Energiewende: Weg von Konzerninteressen bei Atom und fossilen Energieträgern – hin zu Gemeinwohl durch Energiesparen, Energieeffizienz und absoluten Vorrang für erneuerbare Energien. Global denken und mit gutem Beispiel lokal Handeln!

Auch die Frage unter welchen Bedingungen und wie lange noch wir unsere Soldaten - auch aus Schleswig-Holstein – in ihren gefährlichen Kriegseinsatz in Afghanistan schicken wollen, muss neu auf die Tagesordnung und sorgfältig überlegt werden. Mangelnde Wahrhaftigkeit und schneidige Ministerreden in Berlin zeugen von politischem Kalkül, statt der Verantwortung und Unterstützung, die wir den Soldaten und ihren Familien schulden.

Viele Menschen in Schleswig-Holstein engagieren sich ohne Entgelt für andere: In Vereinen und Verbänden, bei Kirchen und Gewerkschaften, bei Tafeln oder der freiwilligen Feuerwehr, in Initiativen, der Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtlichen demokratischen Parteien. Sie verdienen unser aller Respekt und unseren Dank, vor allem aber verdienen sie, dass wir in der Politik 2010 zu einem Jahr machen, das das Gemeinwohl wieder über den Eigennutz stellt - und in dem die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht umgekehrt.

Ich wünsche allen Schleswig-Holsteinern und Schleswig-Holsteinerinnen persönliches Wohlergehen und ein gutes, gesundes Jahr 2010.
Kommentar von Okke Wismann vom 04.01.2010, 20:28 Uhr:
RE: 2010: Gemeinwohl vor Eigennutz
Reziplikative Worte zum neuen Jahr Es ist Anfang Januar, die Zeit der Neujahrsempfänge, der Reden und Erklärungen zum Jahreswechsel. „Schwarzgelb ist schlecht für Schleswig-Holstein und für das ganze Land. Schlecht für die Bildung! Schlecht für die Umwelt! In höchstem Maße sozial ungerecht und einfach unverantwortlich! Wir Sozialdemokraten hätten niemals zugelassen!" – Wie lange noch wollen wir nach unseren historischen Wahlniederlagen im letzten Jahr weiter so lamentieren, so bequem und so folgenlos? Die meisten dieser Reden und Erklärungen sind – nach einem Wort von Fritz Erler (ca. 1965), als er eine Rede des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard im Bundestag kommentierte – „in höchstem Grade reziplikativ. Sie fragen was das heißt? Das heißt gar nichts. Das spricht sich nur so schön." Gewiss, die Steuersenkungen hätte es mit der SPD in der Bundesregierung nicht gegeben, und damit auch nicht die nun unabwendbaren Mindereinnahmen beim Bund, bei den Ländern, Städten und Kommunen. Von uns wird jedoch mehr erwartet (und wir selbst sollten auch mehr von uns erwarten), als bloß immer dieselben Gemeinplätze wieder und wieder herunterzubeten. Dafür ist die Linkspartei zuständig! Die SPD muss den Menschen anschaulich machen, welche Zeche für die Steuergeschenke an wenige die Vielen zu bezahlen haben: In A-Stadt muss das kommunale Schwimmbad geschlossen werden! In B-Stadt müssen diese und jene dringenden Straßensanierungen auf unbestimmte Zeit verschoben werden! In C-Stadt können in den nächsten vier Jahren keinerlei Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen und Vereine gezahlt werden! In D-Stadt kann die Feuerwehr in den nächsten zehn Jahren keine neuen Fahrzeuge bekommen! In Schleswig-Holstein können die drei Kindergartenjahre nicht nur nicht beitragsfrei gestellt, sondern die von den Eltern zu zahlenden Beiträge müssen noch um 25 % erhöht werden! Die Bundesregierung wird nicht darum herumkommen, die Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit steuer- und sozialversicherungspflichtig zu machen! Und so weiter, und so fort. Der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig hat es uns schon vor Wochen vorgemacht. Wir müssen immer wieder erläutern, wohin diese verkehrte Politik führt und wer dafür die Verantwortung trägt - und das nicht als der Überbringer der schlechten Nachricht, sondern als der Mahnende. Und das auch bitte nicht nur im Landtag und in den Stadtvertretungen, sondern immer und überall. Wir dürfen nicht abwarten, bis CDU/CSU und FDP nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit ihren „Giftlisten" an die Öffentlichkeit treten, um dann mit dem „moralischen Zeigefinger" herumzufuchteln. Dafür ist die Linkspartei zuständig. Wir müssen die Regierung(en) jetzt, heute, festnageln und zur Rede stellen. Sonst werden es andere für uns tun.

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 04.01.2010, 16:21 Uhr - 1974 Clicks - Nr. 6

Rekommunalisierung der KVG erhält Arbeitsplätze
Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Achim Heinrichs, der verkehrspolitische Sprecher der Ratsfraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären zur Rekommunalisierung der KVG:

"Der Öffentliche Personennahverkehr wird in Kiel und der Region auch in Zukunft durch ein kommunaleigenes Unternehmen sichergestellt.
Dafür haben SPD, GRÜNE und SSW gesorgt und ihre Ziele erreicht: Die Rekommunalisierung bietet ein Optimum an bedarfsorientierter Versorgungsvielfalt und Angebotssicherheit zu bezahlbaren Preisen. Außerdem werden die KVG und damit die fast 600 Arbeitsplätze des

Verkehrsunternehmens für Kiel erhalten. Ein bezahlbarer Busverkehr und der Erhalt von Arbeitsplätzen sind wichtige Standortfaktoren für die Landeshauptstadt Kiel.

Im Rahmen der Anteilsveräußerung von 49 % der Anteile an der KVG an die NBB (Norddeutsche Busbeteiligungsgesellschaft) wurden vom Kartellamt Auflagen über die Ausschreibung der Busverkehrsleistungen in der Landeshauptstadt Kiel gemacht. Obwohl die KVG in den letzten Jahren enorme Kostenreduzierungen erreicht hat, bestand die Gefahr, dass ein privates externes Unternehmen ein Ausschreibungsverfahren gewonnen hätte und die KVG ihre Fahrer nicht weiter hätte beschäftigen können. Mit dem nun vollzogenen Rückkauf der Anteile kann - auf Grund des zwischenzeitlich eindeutigen EU-Rechtes - eine Ausschreibung entfallen und die Stadt an ihr eigenes Tochterunternehmen Aufträge direkt vergeben.

Mit dieser Entscheidung aus dem Rathaus ist die Zukunft der KVG und ihrer Beschäftigten ein Stück sicherer gemacht. Wir sehen uns in unserer Auffassung bestätigt: Zunehmend erweisen sich Privatisierungen nicht als der geeignete Weg, öffentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Rekommunalisierungen zeigen den richtigen Weg."

Keine Kommentare

SPD-Amtsverband Südangeln - veröffentlicht am 04.01.2010, 18:21 Uhr - 2534 Clicks - Nr. 7

Jörg Joosten als Vorsitzender des SPD-Amtsverbandes Südangeln bestätigt

„Kauf des Nordhaken durch den Kreis Schleswig-Flensburg beim Projekt „Port Olpenitz" ist direkte Wirtschaftsförderung aus Naturschutztopf"

Amt Südangeln: Im Mittelpunkt einer Mitgliederversammlung des SPD-Amtsverbandes Südangeln stand die Frage, welche Lehren zieht die SPD aus den desaströsen Wahlergebnissen zur Landtags- und Bundestagswahl 2009. „Es überraschte mich als Fernsehzuschauer schon sehr, das sich kurz nach 18 Uhr am Wahlabend Frank-Walter Steinmeier zum Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion ernennt. Außerdem kann es uns nicht gefallen, das das SPD-Präsidium in Berlin ein paar Tage nach der Wahl Sigmar Gabriel als neuen SPD-Bundesvorsitzenden der Öffentlichkeit vorstellt. Hier hatte der Bundesparteitag in Dresden nur noch abnickende Wirkung", bilanzierte der SPD-Amtsverbandsvorsitzende Jörg Joosten die Außenwirkung der Bundestagswahl auf ihn. Aber auch der Umgang mit den herben Verlusten bei der Landtagswahl fand keine Zustimmung bei Joosten. Es könne, so Joosten weiter, nicht angehen, das wir knapp 15% der Wählerstimmen verlieren und so tun als ob alles in Ordnung sei. Es sei aus seiner Sicht nicht in Ordnung, wenn nur intern hinter verschlossenen Türen diskutiert wird und die Öffentlichkeit nur am Rande informiert wird, welche tiefen Gräben durch die Partei sich auf tun.

In der Frage, welche Lehren zu ziehen seien, gab es mehrere konstruktive Vorschläge. „Es ist nicht besonders hilfreich, wenn bei der Kandidatenfindung zur Bundestagswahl gegen einen vom Volke gewählten Abgeordneten 2 Gegenkandidaten auftreten. Durch diese Gegenkandidaturen wird der bisherige Abgeordnete ein Stück von der eigenen Partei demontiert. Dies wird vom Wahlvolk sehr genau wahrgenommen", stellte Peter Voß aus Idstedt fest. Voß und Anja Bütow aus Tolk stellten deshalb die Forderung auf, sich jetzt schon um einen geeigneten Bundestagskandidaten nicht nur Gedanken zu machen, sondern diesen schnellst möglichst zu nominieren. Jedoch auch die SPD selber müsse sich verändern. So gebe es auf die Änderungen in der Parteienlandschaft bisher kaum Antworten. „Wir haben am Anfang bei der Bildung der Partei „Die Grünen" geglaubt, dies sei eine Mode, die sich selber überholt. Dies war ein Fehler. Und nun gibt es am linken Wählerrand die Partei „Die Linken"

die uns gefährden", sagt der SPD-Ortsvereinsvorsitzende aus Tolk Holger Böttcher. Aus seiner Sicht sei es unerlässlich auf junge Menschen zuzugehen und mit ihnen zusammen an verschiedenen Projekten in den Gemeinden zu arbeiten. Wir alle sind aufgerufen, daran zu arbeiten, das wir die SPD auf allen Ebenen als linke Volkspartei die Einzigen sind, die die Probleme der Menschen vor Ort wahrnehmen und auch Lösungen aufzeigen, so Böttcher weiter. Auch an der Selbstdarstellung müsse gearbeitet werden. Es sei laut Ingo Degner, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion aus Schleswig, schwer nach zu voll ziehen, warum die SPD vor Wahlen erklären muss und es auch tut, mit wem sie nach der Wahl koalieren möchte. „Wenn ich nach Hamburg schaue, bin ich schon verwundert, das keiner den Bürgermeister Ole van Beust vor einer Bürgerschaftswahl fragt, mit wem er nach der Wahl koalieren möchte. Die Ergebnisse in Hamburg mit der Schill-Partei und heute mit „Die Grünen" sind für mich ein Beispiel, wie man die Ergebnisse einer Wahl abwartet und dann erst sich Gedanken macht um anschließend Gespräche über Koalitionen zu führen", bilanzierte Degner. Auf die aktuelle Finanzsituation des Kreises Schleswig-Flensburg angesprochen, konnte Degner den SPD-Mitgliedern des Amtes Südangeln keine positiven Signale liefern. „Mit ca. 6 Mio. € Defizit im kommenden Haushalt 2010, wird der Kreis SL-FL seiner Ausgleichsfunktion nicht nachkommen können. Leider ist diese Situation schon seit mehreren Jahren so. Deshalb kann der Kreis SL-FL überwiegend nur noch seinen pflichtigen Leistungen nachkommen", so Degner weiter. Als weiteres Thema sprach Degner den Kauf des sogenannten „Nordhakens" im Bereich des Projektes „Port Olpenitz" an. „Hier", so Degner, „kauft der Kreis SL-FL für rund 350.000 € ein Grundstück, welches durch Gerichtsbeschluss überhaupt nicht bebaubar ist. Der Kauf des Nordhakens durch den Kreis Schleswig-Flensburg beim Projekt „Port Olpenitz" ist eine direkte Wirtschaftsförderung aus dem Naturschutztopf. Hier hat der Landrat in seiner Funktion als untere Naturschutzbehörde allein entschieden, dass das Geld an den Investor aus Texas fließt", stellte ein sichtlich darüber verärgerter Degner fest. Der Landrat nutze hier die ihm gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten maximal aus. Eine ähnliche Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten hätte Degner sich auch gewünscht, als es die Möglichkeit gab, mit einem kleinen Kreisanteil des Kreises, insgesamt 1,6 Mio. € aus dem Konjunkturpaket 2 des Bundes in den Kreis Schleswig-Flensburg zu holen und damit den hier im Kreis ansässigen Betrieben eine Form der Wirtschaftsförderung in verschiedenen Projekten zukommen zu lassen. Dies habe der Landrat mit dem Hinweis abgelehnt, dass aus seiner Sicht das Verfahren juristisch nicht einwandfrei sei. Komisch sei es laut Degner aber, das in ganz Schleswig-Holstein nur SL-FL und der Kreis Stormarn juristischen Einwände hätten.
Bei den anschließenden Wahlen wurde der 45-jährige Jörg Joosten vom SPD-Ortsverein Schaalby als 1.Vorsitzender des SPD-Amtsverbandes Südangeln wieder gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Versammlung Jürgen Augustin aus Nübel. Komplettiert wird der Vorstand durch Karsten Stühmer (Schaalby) als Schriftführer und den Beisitzern Anja Bütow (Tolk) und Peter Voß (Idstedt). Im ersten Quartal 2010 wird sich der SPD-Amtsverband mit der Frage der Zukunft der Schulen im Amt Südangeln beschäftigen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 05.01.2010, 15:33 Uhr - 1442 Clicks - Nr. 8

Eröffnung trotz Eis und Schnee

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Achim Heinrichs, der verkehrspolitische Sprecher der Ratsfraktion BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

"Lange war es ein schöner Traum, der nun endlich Wirklichkeit geworden ist.

Trotz des nicht gerade fahrradfreundlichen Wetters hat am heutigen Montag die Fahrradstation am Hauptbahnhof Kiel ihre Tore geöffnet. Bereits kurz nach der offiziellen Öffnung um 6 Uhr früh kamen die ersten Nutzer, um ihr Fahrrad neben dem Bahnhof sicher und trocken abzustellen.

Die freundlichen Mitarbeiter des Betreibers, Brücke Schleswig-Holstein gGmbH, halfen den ersten Radfahrern bei der erst noch ungewohnten Nutzung, während gleichzeitig die Leihfahrräder angeliefert wurden, mit denen Besucherinnen und Besucher von Kiel zukünftig die Stadt umweltfreundlich erkunden können.

Seit den neunziger Jahren entstehen - ähnlich wie im Fahrradland Niederlande - auch deutschlandweit meist in unmittelbarer Nähe der (Haupt-)Bahnhöfe Fahrradstationen, in denen Pendler ihre Fahrräder vor dem Umsteigen auf andere umweltfreundliche Verkehrsmittel (Busse und
Bahnen) sicher abstellen können. Auch in Kiel wurde früh im Fahrradforum der Wunsch nach einer Fahrradstation formuliert. Durch die Verzögerungen bei der Sanierung des Hauptbahnhofes verzögerte sich aber auch dieses Projekt dann immer wieder. Umso zufriedener sind wir, dass sie nun endlich fertig ist und der Bevölkerung zur Verfügung steht. Bis zum eigentlichen Beginn der Radfahrsaison kann der Betreiber damit in Ruhe die Abläufe üben und sein Personal auf den sicherlich kommenden Ansturm im Frühjahr vorbereiten. Wir wünschen der Brücke Schleswig-Holstein gGmbH viel Erfolg und den Kieler Radfahrern viel Spaß mit ihrer neuen Fahrradstation."

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - veröffentlicht am 05.01.2010, 15:43 Uhr - 3600 Clicks - Nr. 9

SPD-Engelsby: Stadt Flensburg sucht Pflegefamilien!
Der Pflegekinderdienst der Stadt Flensburg sucht Familien aus Flensburg und den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, die für Kinder zur Verfügung stehen, wenn deren Eltern die Betreuung nicht mehr wahrnehmen können.

Gesucht werden insbesondere Familien, in denen ein Elternteil nicht berufstätig ist und die Erfahrungen im Umgang mit eigenen und fremden Kindern haben. Die räumlichen Verhältnisse sollten großzügig sein. Der Pflegekinderdienst bietet ab Februar 2010 ein umfassendes Seminar zur Vorbereitung auf diese Aufgabe an. Pflegeeltern müssen sich darüber im Klaren sein, dass Kinder aus belasteten Familien sehr viel Hilfe benötigen. Sie sollten offen für die Zusammenarbeit mit den Angehörigen des Kindes und weiteren unterstützenden Diensten sein.

Nach Aufnahme eines Pflegekindes bietet der Pflegekinderdienst eine intensive Begleitung, sowie regelmäßige Fortbildungen an.

Interessierte sollten sich vorzugsweise per Email oder schriftlich mit aussagekräftigen Angaben beim Pflegekinderdienst melden:

Stadt Flensburg
Pflegekinderdienst
Rathausplatz 1
24931 Flensburg

Email: adoption-und-pflegekinder@flensburg.de
Tel. 0461/ 85-2682 oder 85-2643

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - veröffentlicht am 06.01.2010, 09:40 Uhr - 4640 Clicks - Nr. 10

Weihnachtsüberraschung für Breklum - Übergabe einer Bücherspende
Nach dem Brand in der Bibliothek des Christian Jensen Kollegs in Breklum haben die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Fischer und Jürgen Weber eine erste Bücherspendenaktion initiiert. Dazu erklären sie:
Am 28. Dezember 2009 haben wir dem Leiter des Christian Jensen Kollegs, Pastor Friedemann Magaard, als Spende eine Reihe von theologischen und philosophischen Werken überreicht, um damit nach dem katastrophalen Brand einen Grundstock für den Wiederaufbau der theologischen Präsenzbibliothek zu legen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 06.01.2010, 10:13 Uhr - 1515 Clicks - Nr. 11

Schwarzgelbe Tigerenten steigen aus der Kinderbetreuung aus: Nicht mit uns!
Zu dem heute (05.01.2010) in den "Kieler Nachrichten" veröffentlichten Artikel "Anspruch auf Kita-Platz ab 2013 nicht einzulösen" erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS ’90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):
"Die von CDU, CSU und FDP beschlossenen Steuerpläne bedeuten nichts anderes als den schwarzgelben Ausstieg aus dem Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung.
Dies lehnen SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung entschieden ab! In dem im letzten Monat beschlossenen Stadthaushalt für das Jahr 2010 ist die Schaffung von 325 neuen Krippenplätzen, 134 neuen Kindergartenplätzen und 267 neuen Hortplätzen für Grundschulkinder (bzw. entsprechende Tagespflegeplätze) vorgesehen.
Denn das wollen SPD, GRÜNE und SSW erreichen: Bis Ende des Jahres 2013 soll in Kiel
- für (fast) jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren ein Kindergarten- oder Tagespflegeplatz geschaffen sein (d.h. eine Versorgungsquote von so genannten "Elementarkindern" von 97%),

- für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Krippen- oder Tagespflegeplatz erreicht werden (d.h. eine Versorgungsquote von 33%) und
- für jedes zweite Grundschulkind ein Hortplatz geschaffen sein (d.h. eine Versorgungsquote von 50%).
Damit unterstützen wir Mütter und Väter bei der Erziehung ihrer Kinder und ermöglichen ihnen, gleichzeitig einer Berufstätigkeit nachzugehen. Die gute Zwischennachricht: Für den Krippenbereich ist die vorgesehene Versorgungsquote zum Jahr 2010 von 20% (d.h. "jedes fünfte Kind unter drei Jahren") mit 24% (d.h. -fast - "jedes vierte Kind unter drei Jahren") schon deutlich überschritten!
Um auch in Zukunft öffentliche Kinderbetreuung in den Städten und damit auch in Kiel organisieren zu können, muss der Bund seine finanzielle Beteiligung ausweiten und nicht verringern. Wenn allerdings CDU, CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag ein auch von Ökonomen als nutzlos bewertetes Betreuungsgeld - im Volksmund "Herdprämie" genannt - vereinbaren und gleichzeitig die finanziellen Möglichkeiten der Städte zum Ausbau der Kindertagesstätten einschränken, dann drängen sich dunkle Zusammenhänge auf: Hier

bereiten die schwarzgelben Tigerenten klammheimlich den Abflug aus der öffentlichen Kinderbetreuung vor!"

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - veröffentlicht am 06.01.2010, 20:29 Uhr - 9442 Clicks - Nr. 12

Carstensen selbst ist handlungsunfähig

„Carstensen spricht in seiner Neujahrsansprache von der drohenden Handlungsunfähigkeit. Dabei übergeht er ganz und gar, dass er selbst das Problem ist". so der Kreisvorsitzende der AG 60 plus Hans Peter Robin.

Der Ministerpräsident stimmt sein Wahlvolk auf einen rigiden Sparkurs ein. War ja wohl auch zu erwarten, nachdem er und sein Spezi Kubicki durch die Zustimmung zum Wachstums(Schulden-)beschleunigungsgesetz das Geld aus den Kassen Schleswig-Holsteins nimmt und es auf die Konten von Hoteliers und anderen wohlhabenden Bürgern umleitet. Carstensen sagt dazu: „ Die Landesregierung arbeitet in Verantwortung für Schleswig-Holstein." Kubicki spielt sich gar als der Retter des Vaterlandes auf, dabei trägt allein die Klientel-Politik seiner Partei die Schuld an der Misere. Kalt lächelnd verkündet er seine Taten vor den Kameras. Ein schlechtes Gewissen ist von Kubicki mangels eines solchen nicht zu erwarten. Beide verkaufen ihr Versagen dann auch noch als erfolgreiche Politik zum Wohle des Landes.

Am 18.09.09 hat Kubicki in einer Pressemitteilung erklärt: „Die Wählerinnen und Wähler im Land wollen keine „Chaos-Combo" aus SPD, Linkspartei, GRÜNEN und SSW."

„Schon ein Vierteljahr später haben viele Wählerinnen und Wähler – vielleicht regt sich aus das Gewissen mancher Wahlverweigerer – bemerkt", ergänzt Robin weiter, „dass sie stattdessen ein „Katastrophen – Duo" erhalten haben."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 07.01.2010, 09:27 Uhr - 66589 Clicks - Nr. 13

Finanzierung der festen Fehmarnbeltquerung plus Schienentrasse unklar!

Hagedorn kontra Rüder: „Finanzierung der festen Fehmarnbeltquerung plus Schienentrasse nach wie vor unklar!"

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn reagiert scharf in einer Presseerklärung auf Angriffe von CDU-Fraktionschef Rüder aus seinem Jahresrückblick gegen sie persönlich und die engagierten Bürgerinitiativen gegen die feste Fehmarnbeltquerung:

„Die CDU-Behauptung, der Protest der Aktionsbündnisse gegen die Fehmarnbeltquerung und Hinterlandanbindung sei ‚nicht zielführend' und ‚gefährde die Durchsetzung der berechtigten regionalen Forderungen' ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Was für die Menschen in der Region Ostholstein und Stormarn zielführend im Hinblick auf die Hinterlandanbindung der festen Femahrnbeltquerung ist und was nicht, entscheiden weder die Herren Rüder oder Gaedechens, noch die CDU oder die IHK - sondern allein die betroffenen Menschen entlang der Trasse selbst! Auch meine eigene Position als gewählte Bundestagsabgeordnete, die ich im Juni 2009 nach jahrelanger kritischer Begleitung des Megaprojekts folgerichtig dem Staatsvertrag im Bundestag NICHT zugestimmt habe, bleibt eng an der Seite der protestierenden Menschen und Umweltverbände und der von ihnen vorgetragenen berechtigten Kritik. Ich lasse mich weder von der CDU/FDP noch von der IHK

vereinnahmen oder mundtot machen und kämpfe unbeirrt gegen das für die Region aus ökologischen wie sozialen Gründen fatale Milliardengrab."

Bettina Hagedorn legt Wert auf die Feststellung, dass der Bundestag zwar am 18. Juni 2009 mehrheitlich für den Abschluss des Staatsvertrages stimmte, es aber 119 Nein-Stimmen im Parlament gab – außer ihr selbst 12 weitere SPD-Abgeordnete und sogar 2 CDU Abgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern sowie die Fraktionen der Grünen und der Linken geschlossen.

Hagedorn: „Natürlich muss man in der Demokratie einen Mehrheitsbeschluss akzeptieren - aber deswegen gibt man doch seine berechtigten Bedenken nicht einfach auf. Viele Menschen, die gegen die Beltquerung sind, haben mir bei der letzten Wahl ihr Vertrauen gegeben – und sie können sich auch künftig darauf verlassen, dass ich ihre Bedenken im Parlament und öffentlich engagiert und aktiv vertrete."

Die ostholsteinische SPD-Abgeordnete stellt klar, dass trotz erfolgter Ratifizierung des Staatsvertrages auch dessen Art. 22 Abs. 2 S. 2 - 3 gilt, der da lautet (Zitat): „Sollten die Voraussetzungen für das Projekt oder Teile des Projekts sich deutlich anders entwickeln als angenommen und anders, als es zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages bekannt ist, werden die Vertragsstaaten die Lage aufs Neue erörtern. Dies gilt unter anderem für wesentliche Kosteinsteigerungen im Zusammenhang mit dem Projekt."

Bettina Hagedorn hatte als Mitglied im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages immer wieder darauf hingewiesen, dass die vom Bundesrechnungshof monierte Kostenexplosion des Projektes weder bisher kalkuliert noch die Finanzierung abschließend geklärt sei. Fakt ist, dass die Kostenkalkulation über Gesamtkosten von 5,6 Mrd. €, worin 840 Mio. € für die Hinterlandanbindung auf deutscher Seite enthalten sind, aus einer Schätzung von 2002/03 stammt. Fakt ist auch, dass der Bundesrechnungshof im Mai 2009 allein für die Kosten auf deutscher Seite mit 1,7 Mrd. € eine Verdoppelung angenommen hat und die Trassenvarianten der Bahn, die am 21. Januar 2010 in Ostholstein vorgestellt werden sollen, zu weiteren Mehrkosten von mindestens 300 Mio. € führen werden.

Hagedorn: „Weitere Trassenvarianten zwischen Großenbrode und Neustadt sowie im Raum Bad Schwartau, wie die betroffenen Kommunen sie ebenso wie Über- und Untertunnelungen der ca. 50 Straßenquerungen mit Nachdruck fordern, sind in den bisherigen Alternativplanungen noch gar nicht enthalten, aber im Interesse der Menschen entlang der Trasse erforderlich. Fakt ist auch, dass eine 2. Sundbrücke oder ein Sundtunnel nicht in den Kalkulationen enthalten und darüber hinaus im Staatsvertrag wegen zu geringer Verkehrsdichte explizit ausgeschlossen sind."

Dass Ulrich Rüder für die CDU glaubt, die verabschiedeten Forderungskataloge würden zum Erfolg für die Menschen der Region werden, hält Bettina Hagedorn für einen ‚frommen Wunsch': „Die CDU vor Ort startet immer als Tiger und landet als Bettvorleger, sobald sie in Gesprächen mit der eigenen Regierung in Kiel oder Berlin zusammentrifft: Anfang Dezember hat der CDU-Verkehrsminister de Jager in Kiel doch schon angesichts von 300 Mio. Euro Mehrkosten für die angeblich ‚maximal beste' Trassenvariante auf die zweitbeste Lösung als Kompromiss verwiesen, wobei alle anderen Forderungen aus der Region nicht einmal ansatzweise kalkuliert sind. Mit so einem ‚Schmusekurs' gegenüber der Landes- wie Bundesregierung vertritt man die Interessen der Menschen aus der Region nicht."

Bettina Hagedorn weist abschließend darauf hin, dass sie wegen der Sitzungswoche des

Bundestages nicht am 21. Januar 2010 bei der Präsentation der Trassenpläne der Bahn in Ostholstein dabei sein kann. Sie wird aber ihren Part im Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages umso ernster nehmen, der mit Beschluss vom 19. Juni 2009 für Ende Januar 2010 erneut einen Bericht des Bundesverkehrsministeriums, der Deutschen Bahn mit einer Stellungnahme des Bundesrechnungshofes zu den aktuell zu kalkulierenden Kosten zur Debatte angefordert hat. Darin sollen die geplanten Kosten bis einschließlich zum Knotenpunkt Hamburg auf aktualisierter Basis realistisch kalkuliert sein.

Wie Bettina Hagedorn weiter mitteilt, kann sie aus persönlichen Gründen leider auch nicht am Neujahrsempfang der IHK zu Lübeck am 13. Januar teilnehmen, da ihr seit 3 Jahren in Norwegen lebender Sohn sie an diesem Tag - seinem Geburtstag - zu Hause besucht. Hagedorn: „An diesem Tag hat meine Familie Vorrang – aber in Gedanken stehe ich an der Seite des Aktionsbündnisses mit seinem Protest."
Kommentar von Fragesteller vom 07.01.2010, 22:18 Uhr:
RE: Hagedorn kontra Rüder: „Finanzierung der festen Fehmarnb
Hat die SPD denn jetzt eigentlich eine Position zur Beltquerung?

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 07.01.2010, 10:57 Uhr - 1584 Clicks - Nr. 14

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit: Die Stadt hilft mit!
"Im Dezember 2009 waren in der Landeshauptstadt Kiel 10,2% der zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet: Das ist eine geringere Arbeitslosenquote als noch im vorigen Jahr (10,3%), und deutlich weniger als in Lübeck (11,4%), Flensburg (12,9%) und in Neumünster (10,8%).
SPD, GRÜNE und SSW danken allen Kieler Betrieben und Unternehmen, die jetzt in der Wirtschaftskrise ihr gut ausgebildetes und eingearbeitetes Personal nicht entlassen haben, um so beim kommenden Wiederaufschwung besser aufgestellt zu sein. Wir sehen die Bundesregierung in der Pflicht, solch besonnenes Verhalten der Betriebe zu unterstützen - z. B. durch eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes.

Der Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen ist auch in Kiel allerdings deutlich höher, als es die Arbeitslosenzahlen auf den ersten Blick andeuten. Zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen sind auch die Personen zu berücksichtigen, die statistisch nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teilnehmende an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik oder in einem Sonderstatus sind. Nach vorläufigen Zahlen liegt die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) in Kiel im Dezember bei über 18.000 und die Unterbeschäftigungsquote bei 14,9%.

Die Kieler Kommunalpolitik unterstützt den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit durch eigenes Handeln: SPD, GRÜNE und SSW haben einen "Fonds für innovative Beschäftigung" geschaffen, um der Langzeitarbeitslosigkeit auch mit kommunalen Mitteln entgegenzuwirken.

Im Stadthaushalt 2010 haben SPD, GRÜNE und SSW 600.000 Euro für aktive Beschäftigungspolitik festgelegt. Damit werden Mittel für Maßnahmen des Jobcenters bereitgestellt, aber vornehmlich besonders interessante innovative Beschäftigungsinitiativen unterstützt. Unter anderem soll daraus eine Stelle für den Verein Kollhorst e.V. im städtischen Naturerlebnisraum im Stadtteil Hasseldieksdamm finanziert werden.

Im Stellenplan der Stadt Kiel sind zudem 47 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse speziell für Langzeitarbeitslose vorgesehen. Diese Arbeitsplätze

werden aus Zuschüssen bezahlt, und zwar aus Mitteln, die sonst ohnehin als Sozialleistungen auszuzahlen wären. Weitere Beschäftigungsverhältnisse sollen folgen. Wir hoffen, dass die Stadtverwaltung damit ein gutes Beispiel für andere Arbeitgeber z.B. für die freien Träger von Sozialarbeit gibt, um Langzeitarbeitslosen eine Chance auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu eröffnen", dies erklärten der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Schmalz, der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Sharif Rahim, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 07.01.2010, 14:38 Uhr - 1543 Clicks - Nr. 15

Endlich Bewegung am Standort Karstadt-LEIK!

Wir begrüßen, dass sich eine Nachfolgeregelung für das Karstadt-Haus am Alten Markt abzeichnet und hoffen, dass damit der Abbau von Arbeitsplätzen wieder ausgeglichen werden kann. Die klare Priorisierung der Kooperation für den Standort Karstadt/LEIK als Schwerpunkt für die Einzelhandelsentwicklung auf der Altstadtinsel ist klar bestätigt, die Kritik der Opposition daran Lügen gestraft.
Die jetzt entstandene Bewegung muss genutzt werden, um gemeinsam mit dem neuen Investor und potentiellen weiteren Interessenten eine zukunftsfähige Lösung für das gesamte Areal zu entwickeln. Wir sind für Vorschläge offen und sichern die konstruktive Mitwirkung der Ratsmehrheit in der Landeshauptstadt Kiel dafür zu", so die baupolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion Dr. Hans-Friedrich Traulsen, der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Dirk Scheelje und Ratsfrau Antje Danker, SSW.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - veröffentlicht am 09.01.2010, 20:38 Uhr - 12039 Clicks - Nr. 16

Neujahrsempfang im Zeichen sozialer Gerechtigkeit

Der Hamburger Landesbezirksleiter der Gewerkschaft ver.di, Wolfgang Rose (Foto), beschwor in seiner Neujahrsrede die gemeinsamen Werte von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Trotz widriger Witterung waren über 100 Gäste der Einladung des SPD-Kreisverbands Pinneberg und des Ortsvereins Rellingen zum traditionellen Neujahrsempfang im "Rellinger Hof" gefolgt.
Wolfgang Rose stellte die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt seiner Rede. "Wir dürfen nicht nachlassen im Kampf für eine Republik, für eine Metropolregion Hamburg, für ein Land Schles-wig-Holstein und auch für einen Landkreis Pinneberg, in denen die Werte Solidarität und Gerechtigkeit zuhause sind", appellierte er an die Gäste aus Politik, Wirtschaft, Vereinen und Kultur. Mit Nachdruck forderte er einen gesetzlichen Mindestlohn, um prekären Arbeitsverhältnissen und Dumpinglöhnen ein Ende zu machen. Die SPD in Schleswig-Holstein sei immer ein Motor für Reformen und eine arbeitnehmernahe Politik gewesen, lobt der Gast aus Hamburg.

Mit Blick auf die Privatisierung der Kliniken im Kreis Pinneberg warnte er vor dem Beispiel der Hamburger LBK-Krankenhäuser: "Was droht, ist eine knallharte Orientierung der Gesundheit an den Gewinnerwar-tungen der privaten Betreiber. Die Beschäftigten sind die ersten, die das spüren – bei ihren Tarifen, bei der Mitbestimmung, bei der Personalausstattung -, die nächsten sind dann die Patienten." Die Verantwortichen sollten jede chance nutzen, den "Deal wieder rückgängig zu machen".

SPD-Kreisvorsitzender Hannes Birke versprach, die SPD werde die Oppositionsrolle im Bundestag und im Landtag schnell und offensiv aufnehmen. Frei von Koalitionszwängen gelte es, die eigene Politik neu zu justieren. Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes kritisierte Birke als kommunales Verarmungsgesetz.

Rellingens SPD-Ortsvereinsvorsitzender Dr. Ulfert Martinsen forderte einen Erneuerungsprozess der SPD, der sich auch auf Inhalte beziehen müsse: " Wir werden aus der alten SPD eine neue alte SPD machen!"

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 10.01.2010, 13:43 Uhr - 7084 Clicks - Nr. 17

"Frei-Parken-Plakette" für die Kieler Innenstadt
Versprochen - Gehalten: Kieler SPD begrüßt "Frei-Parken-Plakette" für die Kieler Innenstadt.

"Die SPD begrüßt nachdrücklich die neue Umweltplakette für kohlendioxidarme Fahrzeuge. Damit ist ein zentrales Versprechen aus dem Oberbürgermeisterwahlkampf eingelöst und umgesetzt worden. Die Frei-Parken-Plakette ist nicht nur ein Anreiz für die Kieler Bürger, wieder öfter in der Innenstadt einzukaufen, sondern sorgt auch für eine Attraktivierung des Kieler Stadtzentrums.

Gleichzeitig ist die Plakette ein gutes Zeichen für andere Städte in Deutschland. Umweltschonende Fahrzeughalter werden für ihren Kauf belohnt und nicht aus den Innenstädten vertrieben" so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.
Kraftfahrzeuge mit einem Kohlendioxid-Ausstoß von bis zu 120 Gramm je Kilometer dürfen in Kiel seit Januar zwei Stunden lang in der Kieler Innenstadt gebührenfrei parken, wenn sie sich die entsprechende Plakette beim Ordnungsamt abgeholt haben. Die Plakette ist 3 Jahre gültig.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - veröffentlicht am 10.01.2010, 18:01 Uhr - 8177 Clicks - Nr. 18

MORGEN: Schulfrei im Kreis Rendsburg-Eckernförde
Aufgrund der widrigen Witterungsverhältnisse haben morgen alle Schülerinnen und Schüler von staatlichen Schulen im Kreis Rendsburg-Eckernförde schulfrei. Dies teilte der Regierungssprecher Knut Peters am Abend mit.

Betroffen sind mehrere Landkreise in Schleswig-Holstein, die besonders mit Sturm und Schnee zu kämpfen haben.

--

Kommentar von F. Polter vom 12.01.2010, 14:08 Uhr:
RE: MORGEN: Schulfrei im Kreis Rendsburg-Eckernförde
Es liegt wohl nicht im Ermessen eines MdL über Schulfrei an den Schulen zu entscheiden.

Kommentar von Patrick Möller vom 11.01.2010, 19:38 Uhr:
RE: MORGEN: Schulfrei im Kreis Rendsburg-Eckernförde
Ich halte es für das sinnvollste den Schulbetrieb auch für Dienstag d. 12.01 abzusagen. Die Wetterlage ist schlechter als heute und die Aussichten heute Nacht versprechen keine Besserung! freundliche Grüße

SPD-Neumünster - veröffentlicht am 10.01.2010, 20:51 Uhr - 4903 Clicks - Nr. 19

Denn sie wissen nicht, was sie tun …

In der PRIMA SONNTAG vom 10.01.2010 erklärt unser Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering:

Denn sie wissen nicht, was sie tun….

… heißt es schon in der Bibel (Lukas 23, 32–34). Dass nun gerade dieser Bibelvers auf eine CDU-geführte Bundesregierung zutrifft, mag Schicksal sein. Auf jeden Fall ist die Beschreibung treffend.

Nach dem völlig verkorksten sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz", das u.a. Hoteliers bei Übernachtungen um 12% entlastet und den Staat insgesamt 8 Mrd. EUR kostet, ohne eine konkrete Gegenfinanzierung vorzuweisen, streitet die neue Koalition schon jetzt um eine weitere Entlastung im Jahr 2011 um weitere 24 Mrd. EUR. Wieder nicht wissend, woher das Geld kommen soll. Es gibt keinen seriösen Wissenschaftler in Deutschland, vom marktliberalen Professor Sinn aus München mal abgesehen, der die angedachten Entlastungen für die staatlichen Haushalte auch annähernd für gerechtfertigt oder gar finanzierbar hält. Im Gegenteil: Die Kommunen und die Länder wissen nicht mehr, wie sie die vom Bund beschlossenen Maßnahmen bezahlen sollen. Selbst der Schleswig-Holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen wehrte sich gegen die Entlastungen – um sich später dann doch von Merkel durch Absichtserklärungen wieder einfangen zu lassen. Und es kommt noch dicker: Bis dato gingen die Koalitionäre davon aus, dass die Menschen in Deutschland diese Steuersenkungen wirklich wollen. Die Zahlen des ARD-Deutschlandtrends vom 8. Januar 2010 zeigen: 58 % der Menschen lehnen Steuersenkungen ab. Bei denen, die 3.000 EUR netto und mehr im Monat verdienen, sind es sogar 69 %! Denn die Menschen in Deutschland wissen, dass nur ein handlungsfähiger Staat ein guter Staat ist.

Die Politik von schwarz-gelb ist unseriös, ohne Linie und ohne Vertrauen der Menschen: 67 % der Menschen sind mit der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden. Und dafür braucht es eine starke Opposition: Die SPD ist auf dem Wege der Konsolidierung: Wir haben mit unseren Parteitagen in Dresden und auch in Neumünster die Weichen für eine wirkliche Erneuerung gestellt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Aber eins ist sicher: Am Ende wird eine starke Sozialdemokratie stehen, die für die Menschen und mit den Menschen unser Land und unsere Stadt voranbringen wird.

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - veröffentlicht am 11.01.2010, 12:40 Uhr - 2604 Clicks - Nr. 20

Wintervergnügen in Steinfeld

Am gestrigen Sonntag trafen sich viele Steinfelderinnen und Steinfelder zu einen Klönschnack am Dorfteich.
Bei klirrender Kälte vergnügten sich nicht nur Kinder beim Schlittschuhlaufen, sondern auch die Erwachsenen kamen bei warmen Getränken, Würstchen und leckeren Waffeln voll auf ihre Kosten. Die Gemeinde pflegt das Miteinander in Steinfeld.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - veröffentlicht am 11.01.2010, 17:59 Uhr - 3697 Clicks - Nr. 21

Das Rennen geht weiter – Osterrönfeld wird zur Rennstrecke

*Wenn Sie in den nächsten Wochen und Monaten Ihre Nachbarn, ob Kind oder Erwachsener, vermissen sollten und ständig lautes Handwerkern aus dem Schuppen der Nachbarn vernehmen sollten, dann machen Sie sich bitte keine Sorgen! Denn all das sind lediglich die Vorbereitungen auf das Osterrönfelder Seifenkistenrennen, das auch in diesem Jahr wieder stattfinden wird. Am Sonntag, 04.07.2010 veranstalten SPD-Osterrönfeld und Osterrönfelder TSV (OTSV) den „**2. O'felder Seifenkisten Cup 2010**".*

Wie im letzten Jahr sind wieder alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene ab dem 8. Lebensjahr herzlich eingeladen, mit ihren eigenen Seifenkisten am O'felder Seifenkisten Cup teilzunehmen. Neu sind in diesem Jahr ein BobbyCar-Rennen für Kinder von 3 bis 8 Jahren und ein Wettbewerb bei dem die schönste/ausgefallenste Seifenkiste von den Zuschauern gewählt werden kann. Ebenso wurde das Sicherheitskonzept noch einmal ausgebaut.

Stattfinden wird das Seifenkistenrennen in diesem Jahr im Aspelweg in Osterrönfeld.

Weitere Informationen erhalten Sie ab sofort auf der Internet-Seite des O'felder Seifenkisten Cup unter www.ofelder-seifenkiste.de. Dort können sich alle interessierten „Rennfahrer" ebenfalls ab sofort anmelden.

Übrigens: es gibt eine Vielzahl an Seifenkistenrennen in der Region. Daher kann die eigene Seifenkiste gleich mehrfach zum Einsatz kommen.

Also, an die Werkzeuge, Seifenkiste bauen und schon geht's auf die Piste.

Keine Kommentare

SPD Rathausfraktion Neumünster - veröffentlicht am 12.01.2010, 13:43 Uhr - 3975 Clicks - Nr. 22

SPD Neumünster will Neuordnung der Volksfeste

Die SPD-Rathausfraktion hat in ihrer ersten Sitzung im Jahr 2010 einen Antrag für die kommende Ratsversammlung beschlossen.

Vorausgegangen waren diverse Gespräche mit Schaustellern im Jahr 2009 zu den von der Stadt Neumünster veranstalteten Volksfeste (Jahrmarkt, Holstenköste) und zum Weihnachtsmarkt. Auch hat sich die SPD bei diversen Rundgängen und in Gesprächen mit vielen Bürgerinnen und Bürger über die Situation auf den Festen informiert.

Nach Ansicht der SPD muss die Stadt Neumünster ein einheitliches Marktkonzept für die Stadt erarbeiten. Hierbei geht es um klare Kriterien bei der Zuteilung von Standflächen. "Ziel muss es sein, ein klares und transparentes Vergabeverfahren für Schausteller und Gastronomen zu entwicklen", so SPD-Sprecher Stefan Eckner. Auch hat die SPD festgestellt, dass eine de facto Zweiteilung des Weihnachtsmarktes mit traditionellem Weihnachtsmarkt und neuem Weichnachtsdorf stattgefunden hat. "Das Weihnachtsdorf halten wir für eine Bereicherung der Innenstadt. Eine Abgrenzung zum traditionellen Weihnachtsmarkt gefährdet jedoch gewachsene Strukturen", so Eckner weiter.

Nach Ansicht der SPD hat die Stadt Neumünster jetzt eine Chance, durch die angedachte Einführung eines City-Managements und durch den Bieterwettstreit für ein neues Einkaufszentrum in der Innenstadt eine zukunftsfähige und nachhaltige Neuordnung vorzunehmen. "Gleichzeitig lehnen wir strikt ab, dass die Feste wie Holstenköste und Weihnachtsmarkt an einen privaten Veranstalter verkauft werden. Dies hat schon in Kiel bei der Kieler Woche nur zu höheren Preisen für die Bevölkerung geführt", so Eckner.

Wir dokumentieren nun den Antrag im Wortlaut:

„Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster wolle beschließen:

Die Ratsversammlung bittet den Oberbürgermeister um die Erstellung eines umfassenden Konzeptes über die Zukunft der von der Stadt Neumünster organisierten Märkte/Volksfeste. Im Einzelnen soll dieses Konzept für die Holstenköste und den Weihnachtsmarkt Geltung erlangen und darüber hinaus auch ein genereller Rahmen für die Nutzung von städtischen Flächen für private Aktivitäten ähnlicher Natur sein. Sollte dies nur im Rahmen einer Satzung möglich sein, wird der Oberbürgermeister gebeten, eine Satzung erarbeiten und der Selbstverwaltung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Folgende Fragestellungen mögen von der Verwaltung bearbeitet werden:

Die oben beschriebenen Märkte/Veranstaltungen sind Veranstaltungen der Stadt Neumünster. Sie sollen demnach für die Menschen dieser Stadt konzipiert und auch durchgeführt werden. Es erscheint daher geboten, die grundsätzlichen Zielsetzungen der Veranstaltungen seitens der Stadt Neumünster klar zu definieren.

Soweit keine rechtsverbindlichen Vergaberichtlinien für die Marktbeschicker bestehen, wird vorgeschlagen, dass die Stadt Neumünster aus einem hohen eigenen Interesse

- eine qualitätsorientierte Verteilung der Standflächen als wichtiges Kriterium definiert,

- eine sehr ausgewogene Verteilung der Standflächen nach verschiedenen Sortimenten organisiert. Mehr Vielfalt macht jedes Fest attraktiver und

- klare Ausschreibungskriterien für die Vergabe von Standflächen erarbeitet werden, nach

denen endgültig, transparent und im Interesse der Stadt Neumünster entschieden wird

Die Erarbeitung eines derartigen Konzeptes sollte in Zusammenarbeit mit dem noch zu gründenden City-Management erarbeitet werden.

Die Erarbeitung des Konzeptes sollte in enger Abstimmung mit

- dem Einzelhandelsverband,
-
- dem Schaustellerverband,
-
- dem DeHoGa,
-
- der Polizei zur Klärung von Sicherheitsfragen und
-
- der Feuerwehr

erfolgen. Nur eine Beteiligung aller kann ein schlüssiges und von allen getragenes Konzept zum Ergebnis haben.

Es ist außerdem zu prüfen, in welcher Art und Weise die von der Stadt Neumünster zu entwickelnden Kriterien in Zukunft umgesetzt werden. Ein etwaiger Bußgeldkatalog für Verstöße gegen Auflagen bei der Vergabe (Sortimentsverstöße etc.) müsste dementsprechend auch erarbeitet werden.

Begründung:
Die Stadt Neumünster hat derzeit eine einmalige Chance, eine in sich schlüssige Entwicklung der Innenstadt zu erarbeiten. Durch den für die Stadt Neumünster positiven Bieterwettstreit für die Entstehung eines innerstädtischen Einkaufszentrums und durch die Ansiedlung des Designer Outlet Centers kann und wird sich Neumünster positiv entwickeln. Es kann daher nur von vor Vorteil sein, wenn diese Innenstadtentwicklung mit der Erarbeitung eines Konzeptes für die Veranstaltungen der Stadt in der Innenstadt einhergeht. Eine verpflichtende Beteiligung der privaten Investoren an der Entwicklung eines derartigen Konzeptes erscheint daher ratsam. Hieraus können sich auch positive Effekte für die Erneuerung der Innenstadt ergeben."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 12.01.2010, 22:10 Uhr - 5042 Clicks - Nr. 23

Kieler SPD reformiert sich und legt politische Routenplanung für 2010 vor!

Am vergangenen Wochenende fand die Kreisvorstandklausur des SPD-Kreisverbandes Kiel statt. Dort wurden die politischen Schwerpunkte für 2010 festgelegt.
Dazu erklärte SPD-Kreischef Rolf Fischer:
Unter dem Titel "Moderne Großstadtpartei SPD" hat der Kreisverband seinen politischen Routenplan für 2010 festgelegt:

1. Reform und Aufbruch:

Die aufgesplitterte politische Landschaft erfordert ein Umdenken, ja ein Neuerfinden von Parteiarbeit in den Städten. Gleichzeitig müssen wir uns auch als Folge der Wahlniederlagen neu aufstellen. Wir haben deshalb die neuen kommunalpolitischen Aufgaben für das Modell „Moderne Großstadtpartei SPD" definiert und damit als erster Kreisverband auch strukturell und bezogen aufs Selbstverständnis Konsequenzen gezogen:

· Die moderne Großstadtpartei SPD Kiel organisiert - auf Eigeninitiative oder wenn von Bürgern gewollt - den politischen Dialog; sind andere aktiv, nimmt sie als Partner teil; die Partei übernimmt eine agierende und eine moderierende Rolle;

· sie ist integrierter Teil des urbanen Netzwerkes und verbindet sich mit den wichtigen Akteuren. Die Abgrenzung zum sog. "vorpolitischen" Raum wird durchlässig: Bildung/Kultur, Sport, Kirchen, Gewerkschaften und Sozialbereich sind die Hauptbezugspunkte in die Kieler Stadtgesellschaft hinein. Felder wie Ehrenamt, Bundeswehr u.a. kommen hinzu;

· Programm- und Reformarbeit bleibt eine permanente Aufgabe; abgestimmt mit den Vereinen, Verbänden… nach dem Prinzip „aus Betroffene Beteiligte machen"; wir legen Ende 2010 eine erste Fortschreibung unseres Programms "Neue Stärke.SPD!" vor;

· sie ist Ausdruck einer lebendigen politischen Kultur;

· sie stärkt den urbanen Raum - auch bei Abgabe eigener Macht - durch direktdemokratische und plebiszitäre Formen;

· sie spricht den/die Stadtbürger/in als "Sozialbürger/in" an, d.h. in seiner/ihrer Vielfalt von sozialen Beziehungen und Verantwortungen.

· Sie ist und bleibt Volkspartei und garantiert die Vielfalt und die Chancengerechtigkeit von Lebensformen für Jung und Alt, Frauen und Männern in der Stadt!

Die erste Konsequenz daraus wird eine neue Politik für die SPD-Ortsbeiräte sein mit regelmäßigen Konferenzen, mit Fortbildungen und mit einer abgestimmten "SPD-Politik für die Stadtteile".

2. Schwerpunkte:

Konkret bedeutet es, dass sechs inhaltliche Schwerpunkte im Mittelpunkt der Arbeit 2010 stehen werden:

· Bekämpfung der Armut in Kiel; das Ziel ist eine merkbare Reduzierung der von Armut Betroffenen. Auf der Basis der bisherigen Erkenntnisse und Instrumente (Armutsbericht, Armutskonferenz usw.)werden wir mit Betroffenen und Fachleuten eine Strategie für 2010 festlegen und politisch auf den Weg bringen. Ein erstes Konzept dafür soll bis Mitte des Jahres vorgelegt werden.

· Bildung erhält weiterhin Priorität. Auch in Zeiten knapper Kassen werden wir diesen Bereich als Investition in die Zukunft verstehen und fördern. Wir setzen auf Gemeinschaftsschulen und eine stärkere Öffnung der Hochschulen, auf Kitas und RBZ.

· Stärkung der Kulturpolitik; die Kreis-SPD hat erstmals ein "SPD-Kulturforum Kiel" gegründet (Vorsitz: Rolf Fischer und Ingrid Lietzow), das in den direkten Dialog mit den Kulturschaffenden eintritt und den neuen "Kulturentwicklungsplan" politisch begleitet. (siehe dazu das neue veröffentlichte Papier "der besondere blick"). Dieses Feld lag zu lange brach.

· Neuen Nachbarschaften; in 2010 wir das Gespräch mit den Umlandpartnern intensiviert. Die Gründung der "Kiel-Region" ist ein erster richtiger Schritt: Um die fatalen Konsequenzen der K.E.R.N-Kündigung durch die CDU aber aufzufangen, wird das nicht ausreichen. Wir entwickeln Perspektiven für eine neue Nachbarschaft in der Region.

· Die Kreispartei hat ebenfalls beschlossen, einen Arbeitskreis "Digitale Gesellschaft" zu gründen. Die neuen technologischen Entwicklungen rund um das Internet, den Datenschutz, die Vernetzung der neuen Kommunikationsmittel, den PC als Freizeitspielzeug usw. verändern unsere Gesellschaft fundamental. Hier wollen wir die Konsequenzen für die demokratische Stadtgesellschaft diskutieren und in politische Entscheidungen umsetzen.

· Die Kreispartei wird in den nächsten 14 Tagen ein wirtschaftspolitisches Grundsatzpapier veröffentlichen, in dem wir die Grundzüge einer sozialen kommunalen Wirtschaftspolitik vorlegen. Dies soll über entsprechende Anträge in der Ratsfraktion und in Absprache mit den Kooperationspartnern in die Arbeit der neuen Wirtschaftsdezernentin einfließen.

Die Kreis-SPD wird mindestens zwei Kreisparteitage durchführen; der erste wird vor der Sommerpause ein „ordentlicher" sein, d.h. mit den obligatorischen Berichten und einem kommunalen Schwerpunktthema (Wahlen stehen 2011 an), der zweite - im Herbst - wird voraussichtlich das Thema "Energiewende in Kiel - Zukunft des GKK" diskutieren.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 12.01.2010, 22:19 Uhr - 6149 Clicks - Nr. 24

Willkommen in Kiel, Ute Berg!

Zum Vorschlag der SPD-Ratsfraktion, Ute Berg für die neue Position der Arbeits- und Wirtschaftsdezernentin zu benennen, erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

"Wir begrüßen ganz außerordentlich den Vorschlag zur Besetzung des neuen Arbeits- und Wirtschaftsdezernats mit Ute Berg durch die Ratsfraktion. Ute Berg wird aufgrund ihrer hohen Kompetenz neue Impulse geben und konstruktive Akzente in der Stadtpolitik setzen.

Wir erinnern daran, dass damit - wie versprochen - auch die kommunale Arbeitsmarktpolitik wieder stärker ins Zentrum rückt. Die Nominierung dieser profilierten Frau ist zudem ein starkes Signal an die Kieler Wirtschaft; die neue Funktion wird neue Potenziale freisetzen. Es ist aber auch ein sehr überzeugendes frauenpolitisches Zeichen, nachdem in der Vergangenheit die Führungspositionen in der Stadtverwaltung fast ausschließlich mit Männern besetzt wurden. Das finden wir einfach gut!"

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - veröffentlicht am 13.01.2010, 13:39 Uhr - 2861 Clicks - Nr. 25

SPD-Engelsby: Ausgezeichnete Webseite im SPD-NET-SH

Auf dem Neujahrsempfang am 12. Januar im "Traumhaus" in Kiel wurden im Rahmen der Veranstaltung drei Ortsvereine und damit auch Ihre Webmaster durch den Vorsitzender von SPD-NET.SH Rudolf Riep für Ihr Engagement geehrt. Landesvorsitzender Ralf Stegner bedankte sich ebenfalls bei den drei Webmastern für ihre vorbildliche Arbeit.

Die Auszeichnung wurde nach unterschiedlichen Gesichtspunkten vergeben. Gewertet wurde nach Gestaltung - Aktualität - Lokalbezug.

*Dem SPD-Ortsverein Engelsby wurde diese Auszeichnung für das Kriterium **Aktualität** im Rahmen der Qualitätsoffensive der Internetkooperation SPD-Net-SH in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der SPD-Schleswig-Holstein verliehen. Landesvorsitzender Ralf Stegner bedankte sich ebenfalls bei den Web-Akteuren und ermutigte die Ortsvereine, die noch über keinen eigenen Webauftritt verfügen, sich der Internetkooperative anzuschließen um ihren Orstverein im Internet zu präsentieren.*

Der Ortsverein Engelsby freut sich über die Auszeichnung und die Anerkennung der ehrenamtlich erbrachten Arbeit. Wir dieses zum Anlass unseren Internetauftritt weiter auszubauen und die Aktualität unserer Artikel weiterhin zu gewährleisten.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - veröffentlicht am 13.01.2010, 13:41 Uhr - 3897 Clicks - Nr. 26

Diskussionstreff 60plus: Jahresausklang mit Martin Habersaat und Uwe Teut
Nächstes Treffen am 14. Januar

Gleich zwei Gäste hatte Marietta Exner für den Jahresabschluss des Glinder Diskussionstreffs 60plus eingeladen: Den SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Martin Habersaat und den Stormarner DGB-Vorsitzenden Uwe Teut, der seit Gründung des Diskussionstreffs vor 17 Jahren „traditioneller" Weihnachtsgast ist.

Uwe Teut berichtete aus seiner Arbeit als DGB-Vorsitzender in Stormarn und gab einen Einblick in verschiedene Projekte, die für das Jahr 2010 geplant sind. Er berichtete aber auch von seiner Arbeit als Polizist und diskutierte mit den Seniorinnen und Senioren über vermehrte Einbruchsfälle in der Winterzeit und mögliche Gegenmaßnahmen.

Martin Habersaat gehört dem Landtag erst seit wenigen Wochen an und berichtete aus der

Perspektive des Neuen von der Arbeit im Parlament und seinen Aufgaben in der SPD-Fraktion, wo er dem Arbeitskreis für Energie und Landesplanung angehört und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung ist. Mit den Teilnehmern der Diskussionsrunde erörterte er vor allem die Situation des deutschen Bildungssystems, das zur Sorge aller immer mehr zersplittert. Habersaat: „In den 16 Bundesländern gibt es inzwischen 16 verschiedene Schulsysteme, die immer weniger kompatibel sind. Es wird höchste Zeit, hier bundeseinheitliche Rahmensetzungen vorzunehmen, Föderalismus hin oder her."

Einmal monatlich, am zweiten Donnerstag im Monat um 15.00 Uhr, trifft sich die AG 60plus zu Kaffee und Kuchen im Bürgerhaus. Mit dabei ist dann immer auch mindestens ein Referent, der, den Interessen der Teilnehmer/innen entsprechend, eingeladen wird. Kommen kann jeder, der in gemütlicher Runde klönen oder etwas zu den spannenden Themen erfahren will. Eine Mitgliedschaft in der SPD ist nicht erforderlich.
Das nächste Treffen findet am 14. Januar statt, dann geht es um einen gemeinsamen Rückblich auf das Jahr 2009 und die Jahresplanung für 2010.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - veröffentlicht am 13.01.2010, 14:29 Uhr - 1972 Clicks - Nr. 27

Martin Habersaat auf dem Neujahrsempfang der SPD Südstormarn

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
ich bin sehr froh, dass Klaus-Peter Puls mir als Staffelstab nicht seine Gitarre in die Hand gedrückt hat. Ich hatte, um in seiner Nachfolge einen fließenden Übergang zu gewährleisten, kurz so etwas erwogen und meine Gitarre hervorgeholt, die seit alten Pfadfinderzeiten auf dem Dachboden liegt. Ich habe aber schnell gemerkt: daran hätte niemand Freude gehabt.

Nachfolger bin ich auch von Alfred Schulz, und ich habe mir vorgenommen, etwas zu schaffen, was Alfred auch geschafft hat: Als Alfred im Landtag anfing, hat er den Wahlkreis, allerding mit etwas anderem Schnitt, auch verloren. Später hat er ihn gewonnen und die Landes-SPD hatte eine absolute Mehrheit.
Normalerweise stünde ich noch nicht hier. Ich weiß, dass jeder Tag, den die Landtagswahl nach der Bundestagswahl stattgefunden hätte, ein Tag zu unseren Gunsten gewesen wäre. Aber: Das wusste die CDU auch und hätte sicher immer einen Grund gefunden, die Koalition vorzeitig zu beenden. Aber es kam anders. Eigentlich befände ich mich dieser Tage in der heißen Vorbereitungsphase zum Abitur 2010 und Klaus-Peter Puls als Ortsvereinsvorsitzender der SPD Reinbek hätte das Mikrofon dem Landtagsabgeordneten Klaus-Peter Puls übergeben müssen.

Aber dann kam das Ende der Koalition, und in den Landtagsprotokollen von vor der Sommerpause habe ich eine genaue Analyse der Situation gelesen. Ich zitiere den Abgeordneten Puls: „Uns Fraktionsvörsitter, de ‚roode Rambo', hett de interfraktionelle Piesackeree villicht en beten to intensiv pleegt. Und de ansünsten eher ruhige ‚swatte Dumbo'

is ut de Elefanten-Huut foohrt und hett den ganzen Porzellanladen vör de Tied in'n Dutt pedd."

Am 27. Oktober 2009 hat sich der neue Landtag konstituiert. Am 3. Februar werde ich die ersten 100 Tage als Landtagsabgeordneter hinter mir haben, für eine politische Bilanz ist es also noch zu früh. Aber ein paar erste Eindrücke habe ich mitgebracht, die ich heute schildern möchte.

Was den neuen Landtagsabgeordneten zuallererst erwartet, sind Berge von Papier, darunter Abonnements von Periodika, von deren Existenz man vorher nicht einmal etwas geahnt hat. Unter anderem erhalte ich jetzt regelmäßig:
• Lack im Gespräch; das ist nicht das, was die denken, die gerade albern kichern, das ist Informationsblatt der Deutschen Lackindustrie,
• Meine Milch, eines von mehreren Informationsblättern der deutschen Michproduzenten,
• und ein Lebensmittelkonzern, dessen Namen ich nicht nenne, verschickt regelmäßig ein Blatt namens McInfo.

Zu den Bergen von Papier gehören auch Berge von Einladungen. Wenn der geneigte MdL sich mal fragt, wie er in Kiel seine Abende verbringen könnte, gibt es mit Sicherheit zahlreiche Alternativen, mit unterschiedlichen Interessengruppen einen parlamentarischen Abend zu verbringen. Mit Imbiss, versteht sich. Im Dezember wurde aus den Imbissen dann ein Grünkohlmarathon und in mir wächst die Sorge, dass ich für Sommer unter Winter Anzüge in unterschiedlichen Größen anschaffen muss. Nun kann ich übrigens beurteilen: Strehls Gasthof in Reinbek ist beim Grünkohl ganz vorne mit dabei und es ist kein Wunder, dass jedes Jahr über 100 Gäste zum Grünkohlessen der SPD Reinbek kommen.

Die Anzugsorgen scheine übrigens nicht nur ich zu haben. Seit Januar bietet die Kantine im Landeshaus täglich ein Gericht aus der Reihe „Brigitte – Diät" an. Heute habe ich es probiert, mal sehen, ob es hilft…

Auch Ärgernisse des Alltags will ich nicht verschweigen: Das Parkhaus, Klaus-Peter wohl eher weniger bekannt, bietet eine so enge Kurvenführung, dass der ungeübte Fahrer schon mehrfach aussteigen musste, um an den Kartenterminal zu kommen. Aber ich will mich nicht beklagen, eine Kollegin ist dem Terminal in einer der ersten Wochen deutlich zu nah gekommen. Vom Parkhaus ins Landeshaus führt dann ein unterirdischer Gang, der den Anreisenden durch eine Vereinzelungsanlage schleust. Ein Kasten mit zwei Türen, Tür eins geht auf, man tritt ein, Tür eins schließt sich, Tür zwei öffnet sich, man tritt heraus. Neulich war der Ganz tagelang gesperrt, weil Tür zwei gestreikt hat und ein Kollege dort länger vereinzelt war, als beabsichtigt.

Ein politisches Ärgernis möchte ich dann aber doch nennen: CDU und FDP, bis vor kurzem noch erklärte Gegner des „Beauftragtenunwesens", wie sie es nannten, hatten kaum etwas eiligeres zu tun, als zwei neue Beauftragte einzusetzen: Einen für die Integration und einen für den Mittelstand.
Das ist noch gar nicht mal schlimm. Ärgern tut mich, dass der Mann, der jetzt im Namen und auf Kosten der Landesregierung und also des Steuerzahlers mittelständische Unternehmen besucht, Hans-Jörn Arp ist. Warum mich das ärgert? Weil Herr Arp im Ehrenamt Schatzmeister der CDU Schleswig-Holstein ist.

Enden soll man ja immer mit etwas Positivem, und das finde ich vor allem hier bei uns zuhause. Die Sozialdemokratie war ja schon immer einer international denkende Bewegung,

und auch dieser Neujahrsempfang hier funktioniert seit bald 20 Jahren über Grenzen hinweg. Die SPD-Ortsvereine Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek teilen sich einen Landtagsabgeordneten und richten gemeinsam einen Neujahrsempfang aus. Eigentlich sind wir die Vorreiter für die Verwaltungskooperation, die jetzt Fahrt aufnimmt mit Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Wentorf. Oststeinbek folgt hoffentlich bald. Seit dem letzten Jahr haben die Ortsvereine in Reinbek, Glinde, Barsbüttel auch einen quasi gemeinsamen Internetauftritt und vernetzen sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Ich hoffe, dass von der SPD in Südstormarn in den nächsten Monaten auch entscheidende Impulse für weitergehende Kooperationen ausgehen. Erste Gespräche dazu gibt es.

Gleich am 27. Oktober hat vor der ersten Landtagssitzung ein ökumenischer Gottesdienst stattgefunden. Einer der Predigenden wies uns darauf hin: „Sie haben ihre Mandate von Gott". Ich habe mir kurz überlegt, hier im Wahlkreis mit dieser Wahrheit zu argumentieren. Das habe ich dann aber verworfen. Ich weiß, wem ich mein Mandat vor allem verdanke. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal bei allen Wahlkämpfern, Wählern und allen bedanken, die im letzten Jahr mitgeholfen haben. Ich habe das Gefühl, mit vielen Freunden und Unterstützung aus dem Wahlkreis im Rücken die neue Aufgabe anpacken zu können. Dafür danke ich euch und wünsche euch allen ein gutes neues Jahr 2010!

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - veröffentlicht am 13.01.2010, 14:32 Uhr - 2788 Clicks - Nr. 28

Neujahrsempfang der SPD Südstormarn

***BeGe Neuschönningstedt** - Etwa 70 Gäste waren der Einladung der SPD Ortsvereine Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek zum gemeinsamen Neujahrsempfang in der BeGe Neuschönningstedt gefolgt. Bereits zum 19. Mal hatten die Sozialdemokraten Vertreter von Vereinen und Verbänden Südstormarns zum Jahresauftakt eingeladen. Klaus-Peter Puls, der Vorsitzende der SPD Reinbek, konnte in seiner Begrüßung der Gäste gleich drei Gratulationen aussprechen:*
Martin Habersaat zog als sein Nachfolger in den Landtag ein, Klaus Plöger wurde gerade als Landrat neu gewählt und Rainhard Zug wird am 1. April sein Amt als Bürgermeister der Stadt Glinde antreten.

Klaus-Peter Puls moderierte den Abend gewohnt unterhaltsam mit seiner Gitarre, ließ seine 17 Jahre im Landtag Revue passieren und bot seinem Nachfolger Unterstützung an, wenn diese gebraucht werde. Landrat Klaus Plöger erheitere die Gäste mit seinen Erfahrungen als Gleichstellungsbeauftragter des Kreises Stormarn und Überlegungen zur Frage, warum die Feuerwehren stets Katzen von Bäumen retten müssen und nie Kater. Er ging aber auch auf die aktuelle Schneelage ein und stellte fest, dass in Stormarn alle Beteiligten, viele ehrenamtlich, die Situation sehr gut bewältigt haben: „In Stormarn funktionieren die Sachen, und wir wolle gemeinsam daran arbeiten, dass das so bleibt." Wer erwarte, dass Plöger in seiner letzten Amtszeit weniger Termine vor Ort wahrnehmen werde, werde sich noch wundern, kündigte der Landrat an.

Martin Habersaat begann seine Rede gleich mit der Ankündigung, keine politische Bilanz aus dem neuen Landtag ziehen zu wollen, dafür sei seine Zeit im Landtag, im Februar werden es 100 Tage, noch zu kurz. Stattdessen hatte er einige Anekdoten und Betrachtungen eines Landtagsneulings mitgebracht: Von zu bewältigenden Papierbergen inklusive der Periodika „Lack im Gespräch" und „McInfo", einem figurbedrohenden Grünkohl-Marathon und den

Tücken des Parkhauses im Landeshaus. Er kritisierte die Entscheidung der Landesregierung, ausgerechnet den Schatzmeister der CDU-Schleswig-Holstein zum Mittelstandsbeauftragten des Landes zu machen, der nun auf Kosten der Steuerzahler die Unternehmen besuche.

Abschließend würdigte Habersaat die Kooperation der vier SPD-Ortsvereine, die nun fast 20 Jahre einen gemeinsamen Empfang ausrichten, ihre Internetauftritte synchronisiert haben und von denen er auch viele Impulse bei der enger werdenden Kooperation der Städte und Gemeinden Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek erwarte.

Die Rede von Martin Habersaat finden und mehr Fotos finden Sie unter www.martinhabersaat.de. und hier.

Keine Kommentare

Jusos Steinburg - veröffentlicht am 13.01.2010, 14:43 Uhr - 7261 Clicks - Nr. 29

Neujahrspunschen vom 10.01.2010 der Jusos Steinburg

Am vergangenen Sonntag luden die Steinburg-Jusos zum „Neujahrspunschen" ins provisorische Itzehoer „Haus der Jugend" am Holzkamp.
Im Kreise der Genossen wurde bei einem Becher Punsch (selbstverständlich Alkoholfrei) und Knabberkram ein lockerer, gemütlicher Nachmittag verbracht und wie beim SPD-Nachwuchs zu erwarten natürlich reichlich diskutiert.
Als besondere Gäste konnten die Kandidaten für den zukünftigen Juso-Landesvorstand begrüßt werden, die sich den Steinburger Genossen vorstellten sowie anschließend im persönlichen Gespräch Rede und Antwort standen.
Auch die benachbarten Juso-Kreisverbände aus Dithmarschen und Pinneberg waren trotz der Witterung vertreten.
„Es war ein gelungener Neujahrsempfang, der trotz des Wetters gut besucht war. Wir danken dem Team des HdJs für die Möglichkeit, den Empfang in ihren vorläufigen Räumlichkeiten auszurichten. Allerdings ist auch dabei wieder allen Gästen vor Augen geführt worden, dass das Haus am Holzkamp nicht mehr als eine Übergangslösung sein kann. Die Jugendarbeit Itzehoes kann auf ein baulich dafür ausgerichtetes Jugendzentrum nicht verzichten!" äußerte sich der Juso-Kreisvorsitzende Arne Engelbrecht zum Abschluss der Veranstaltung.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 13.01.2010, 23:31 Uhr - 6751 Clicks - Nr. 30

Kieler SPD gründet "SPD-Kulturforum Kiel"

Der SPD-Kreisverband Kiel hat beschlossen, ein "SPD-Kulturforum Kiel" zu gründen.
Dazu erklärte SPD-Kreischef Rolf Fischer:
"Es bedarf vieler und immer neuer Ansätze, sich mit der Kreativität einer Stadt auseinanderzusetzen, es bedarf aber auch Institutionen, die dies engagiert tun. Mit der Gründung des "SPD-Kulturforums Kiel" schaffen wir als Partei erstmals eine solche Institution, die gleichsam Ansprechpartner und Initiator sein soll.

Vorsitzende des neuen Gesprächs- und Aktionskreises sind Rolf Fischer, MdL und Kreisvorsitzender, und Ingrid Lietzow, Kreisvorstandsmitglied und Ratsfrau. Das SPD-

Kulturforum steht Mitgliedern und interessierten Kielerinnen und Kielern offen. Es werden Diskussionsrunden und öffentliche Veranstaltungen vorbereitet, Besuche in kulturellen Einrichtungen und Gespräche mit Kulturschaffenden durchgeführt. Die Auftaktveranstaltung ist für das erste Quartal 2010 geplant. In Vorbereitung ist auch eine Ausstellung des Kieler Malers Richard Grune, der heute in unserer Stadt fast vergessen ist. Weitere Motivationen, inhaltliche Schwerpunkte und Aktivitäten sind in einem Positionspapier "Der besondere Blick" zur Kulturpolitik Kiels festgeschrieben."

Kommentar von Uschi Petersen-Wilken vom 19.01.2010, 15:24 Uhr:
RE: Kieler SPD gründet
was erwartet Ihr noch für Kommentare, es ist doch schom ales fertig!! Uschi Petersen

SPD-Stormarn - veröffentlicht am 13.01.2010, 23:46 Uhr - 3921 Clicks - Nr. 31

SPD Stormarn: Perspektivkonferenz und Kreisparteitag

Zu einer Doppelveranstaltung lädt die SPD Stormarn ihre Mitglieder am 16. Januar in die Berufliche Schule Bad Oldesloe ein. Am Vormittag soll in einer parteioffenen Veranstaltung nach den Wahlschlappen im vergangenen Jahr in vier Arbeitsgruppen an der Revitalisierung der SPD gearbeitet werden, am Nachmittag findet dann ein außerordentlicher Kreisparteitag statt, auf dem unter anderem die Delegierten für den Landesparteitag am 6. Februar gewählt werden.

Zwei Gastredner haben sich die Sozialdemokraten eingeladen: Am Vormittag wird Hannes Birke, der langjährige Kreisvorsitzende der SPD-Pinneberg, da sein, am Nachmittag wird der neue Oberbürgermeister Kiels, Torsten Albig, erwartet.

Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD Stormarn, erläutert: „Die SPD muss die Zeit in der Opposition in Bund und Land zur Revitalisierung nutzen. Es bringt aber nichts, wenn wir das immer nur von Kiel und Berlin fordern, wir wollen zuhause in Stormarn damit anfangen." Am Vormittag soll es in vier Arbeitsgruppen zur Sache gehen: Uwe Teut moderiert die Gruppe „Lebendiges Parteileben", Tobias von Pein und Jochen Proske kümmern sich um „Innerparteiliche Demokratie", Susanne Danhier moderiert zum Thema „Inhaltliches Profil der SPD" und Martin Habersaat hat sich „Vernetzung und Kooperation" vorgenommen.

Keine Kommentare

SPD NMS Tungendorf - veröffentlicht am 14.01.2010, 10:30 Uhr - 2838 Clicks - Nr. 32

Pressefreiheit, eines der höchsten Güter unserer Demokratie schützen

Eine lebendige Demokratie braucht eine unabhängige und kritische Berichterstattung. Dafür stritt und steht die SPD.

Mit der Nichtverlängerung des Vertrages von Nikolaus Brender als ZDF-Chefredakteur haben Parteipolitiker der CDU massiv in die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und in die Grundfeste der Pressefreiheit eingegriffen.
Bekannte Medienmacher von Springer, Spiegel, Stern, Gruner + Jahr, Zeit, FAZ und FR wie auch die Vertreter von Reporter ohne Grenzen und des Deutschen Journalisten-Verbands sehen dies als einen „flagranten Verstoß" gegen die „Europäische Charta für Pressefreiheit". Ebenso sehen dies viele Staatsrechtler. Die Politik soll im Rahmen des Staatsvertrages bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten „mitwirken" aber „nicht bestimmen".
Ein Journalist mit einer sehr hohen Reputation in der Gesellschaft kann und darf nicht Spielball der Politik sein.
Aus diesem Grund hat die SPD Tungendorf auf ihrer Sitzung im Januar beschlossen, den Kreisvorstand damit zu beauftragen, für den kommenden Landesparteitag den Antrag zu stellen, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür einsetzen möge, sich im Bundestag für eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht einzusetzen.
Das Gericht soll prüfen, inwieweit die Zusammensetzung der ZDF-Gremien gegen die vom Grundgesetz garantierte Rundfunkfreiheit verstößt.

Keine Kommentare

AG60plus - Flensburg / Schleswig - veröffentlicht am 14.01.2010, 10:39 Uhr - 5626 Clicks - Nr. 33

40 Jahre in der SPD

Am 1. Januar 1970 trat Uwe LANGHOLZ in die SPD ein.
Nach vier Jahren wurde Uwe Langholz Vorsitzender des Ortsvereins Engelsby und dies bis 1999; also insgesamt 25 Jahre !
Von 2000 - 2008 führte er neun Jahre lang den Ortsverein Flensburg-Mürwik.
In seiner langen politischen Tätigkeit dürfen 20 Jahre Mitglied der Flensburger SPD Ratsfraktion, neun Jahre Schatzmeister des Kreisverbandes Flensburg und nicht zuletzt 32 Jahre Kreisvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD nicht fehlen.

Die AG60+plus im Kreisverband Flensburg war durch Uwe Langholz initiativ geworden, um eine Fusion der AG60+plus Arbeitsgemeinschaften von Flensburg und Schleswig-'Flensburg durchzuführen.
Seitdem ist Uwe Langholz durchgehend Vorsitzender der fusionierten Arbeitsgemeinschaft AG60+plus in den Kreisverbänden Flensburg und Schleswig-Flensburg.
Autor: Hermann Jobben

Kommentar von Christian Reimer vom 14.01.2010, 11:27 Uhr:
RE: 40 Jahre in der SPD
Uwe Langholz ist "sozialdemokratisches Urgestein" in Flensburg. Ich gratuliere ihm zum Parteijubiläum und wünsche ihm für seinen Vorsitz bei 60plus weiterhin Tatkraft und Freude.

SPD Herzogtum Lauenburg - veröffentlicht am 14.01.2010, 10:48 Uhr - 4149 Clicks - Nr. 34

Mangelhafte Informationspolitik

„Ich finde es schon eklatant, wenn ich aus der Zeitung erfahren muss, dass seitens des Landkreistages der Landesrahmenvertrag mit den Trägern der die Versorgung der Menschen mit Behinderung sicherstellenden Einrichtungen gekündigt worden ist." So Monika Brieger, stv. Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion und Vorsitzende des Kreissozialausschusses zu entsprechenden Presseberichten vor Weihnachten.

„Dieses Vorhaben ist von der Verwaltung des Kreises bislang mit keinem Wort im Fachausschuss erwähnt worden. Dies kann und darf nicht sein; bei einem so sensiblen Thema schon gar nicht. Mir ist bekannt, dass dies z. B. im Kreis Stormarn von der dortigen Verwaltung anders gehändelt worden ist. Ich finde diese Informationspolitik unmöglich. Es geht nicht, dass ich als Vorsitzende und der gesamte Fachausschuss hiervon aus der Presse und ich außerdem aus mir zur Verfügung gestellten Protokollen des zuständigen Fachausschusses auf Landkreistagsebene erfahre."

Brieger weiter: „In der nächsten Sozialausschusssitzung am 12.01.10 werde ich den Informationsstil der Verwaltungsleitung zum Thema machen. Im Vorfeld dieser Sitzung hat unser Fraktionsvorsitzender Gunar Schlage den Landrat schriftlich um eine Stellungnahme gebeten. Soweit mir bekannt ist, wurden noch nicht einmal die Einrichtungsleiter im Kreis in dem letzten gemeinsamen Gespräch vom Landrat oder Fachdienstleiter des Kreises über die geplante Aufkündigung des Landesrahmenvertrages informiert."

„Inhaltlich muss das Thema sicherlich politisch und nicht nur verwaltungsseitig genauestens aufgearbeitet werden. Wenn in Schleswig-Holstein festgestellt worden ist, dass der Kostenaufwand im Rahmen der Eingliederungshilfe im Verhältnis zu vergleich-baren Flächenländern überproportional hoch ist, muss dies ernstgenommen und genau untersucht werden. Allerdings erwarte ich, dass dieses Thema nicht nur unter Kosten-gesichtspunkten betrachtet wird, sondern auch unter Qualitätsaspekten. Es geht um Menschen! Sinnvoll wäre es mit Sicherheit gewesen, vor einer Kündigung zunächst Sondierungsgespräche über Veränderungsmöglichkeiten am bestehenden Landesrah-menvertrag mit den Partnern zu führen. Nachdenklich muss auch stimmen, dass selbst der liberale Landessozialminister Dr. Garg Bedenken in Bezug auf eine Kündigung des Landesrahmenvertrages insbesondere mit Blick auf die politischen Auswirkungen zum Ausdruck gebracht hat."

„Wie immer sich die Sache fortentwickeln wird, die mangelhafte Informationspolitik im Kreis Herzogtum Lauenburg wird bleiben. So stelle ich mir vertrauensvolle Zusammenar-beit sowohl auf Ebene Politik-Verwaltung als auch auf Ebene Kreis-Leistungserbringer nicht vor."

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - veröffentlicht am 14.01.2010, 11:09 Uhr - 2753 Clicks - Nr. 35

SPD zur Handwerkskammer: Verträgliche Lösung für alle Beteiligten finden
und städtebauliche Belange berücksichtigen!

Den bis jetzt vorliegenden Planungen zum Umbau und zur Erweiterung der Handwerkskammer kann, so die SPD, nicht zugestimmt werden. Es muss zusammen mit den Fördergebern und der HWK eine einvernehmliche Lösung mit allen Beteiligten erarbeitet werden. Das, was bis jetzt vorgelegt worden ist, ist aus Sicht der SPD nicht genehmigungsfähig.
Der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost: „Bei der notwendigen Veränderung der Planung müssen die nachbarschaftlichen und städtebaulichen Belange des sanierten Viertels einen zentralen Stellenwert bekommen. Dem Vermittlungsgespräch Ende Januar kommt deshalb eine hohe Bedeutung zu und kann die notwendigen Voraussetzungen schafffen."
Die SPD verweist auf die Wurzeln des Konflikts: „Der Standort der HWK ist auf eine städteplanerische Fehlentscheidung Mitte der 1960er Jahre zurückzuführen, die hier eine Behördenmeile und eine Hochstraße vorsah. Da diese Planung zu Gunsten einer Revitalisierung des Viertels aufgegeben wurde, stehen die Gebäude der HWK als alles überragender Fremdkörper im kleinteiligen Altstadtkern direkt neben Flensburgs ältester Kirche St.Johannis. Die Sanierungs- und Neubaupläne der HWK eröffnen jetzt Möglichkeiten für eine städtebaulich verträgliche Lösung. Sie könnte dem Viertel zu Gute kommen und als krönenden Abschluss der 20jährigen Sanierung einen architektonisch hervorragend gestalteten Industriebau als Repräsentant von 10200 örtlichen und überörtlichen Handwerkern darstellen. Eine gründliche Überplanung des gesamten Geländes der HWK könnte zu angemessenen Lösungen führen und die Fragen aus der Öffentlichkeit nach dem bisherigen stückweisen Sanieren der HWK verstummen lassen.
Beantwortet werden müssten die Fragen, ob das Raumprogramm in der vorgestellten Form nicht auch durch Auslagerung von Teilen der Nutzung (6 m hohe LKW-Halle, Internat) an andere Stellen erfüllt werden könnte. Möglicherweise wäre hier eine weitere Belebung der gerade sanierten Angelburger Straße denkbar."
Die SPD kann sich die Nutzung des JAW-Gebäudes Am Dammhof durch die HWK gut vorstellen: „Ein Angebot der Stadt, das ihr gehörende JAW-Gebäude in absehbarer Zeit an die HWK zu verkaufen könnte ebenso hilfreich sein, wie Überlegungen zur Parksituation im Innenhof oder in der näheren Umgebung. Da aus Kostengründen eine Umsiedlung der HWK an den verkehrsgünstigeren Stadtrand wohl nicht zu denken ist, die Stadt aber diese Institution gerne hier behalten will, sollten erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Auch die sachkundige Beratung der beteiligten Verwaltungsbehörden und der Politik das können ihre dazu beitragen, um zu einer optimalen Lösung zu kommen."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 14.01.2010, 11:22 Uhr - 62571 Clicks - Nr. 36

SPD Neujahrsempfang 2010

Bei ihrem diesjährigen Neujahrsempfang zeigte sich die SPD Schleswig-Holstein selbstkritisch, aber auch selbstbewusst. Schwerpunkte der Reden des Abends waren die Diskussionen innerhalb der SPD nach den verlorenen Wahlen im vergangenen Herbst und die Kritik an der „entsolidarisierenden Politik" der schwarz-gelben Bundes- und Landesregierungen.
Die meisten der rund 300 angemeldeten Gäste fanden sich trotz der anhaltend schlechten Wetterbedingungen in der Traum GmbH

in Kiel ein. Zum Auftakt begrüßte der Vorsitzende der gastgebenden Landespartei und Landtagsfraktion, Ralf Stegner, die angereisten Gäste aus dem gesellschaftlichen Leben Schleswig-Holsteins und den Ehrengast des Abends, die stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und Ministerin für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommerns, Manuela Schwesig.
Das ehrenamtliche Engagement und dessen Würdigung standen im Zentrum der Begrüßung von Ralf Stegner. In Hinblick auf die Ankündigung der schwarz-gelben Landesregierung die Zuwendungen des Landes für Vereine, Verbände und andere Organisationen radikal zu streichen sagte der SPD Landesvorsitzende: „Das Gesellschaftsbild, das hinter dieser Politik steht, ist nicht das der SPD. Das Bündnis von Konservativen und Egoisten stellt den Eigennutz über das Gemeinwohl, wenn reiche Erben Steuererleichterungen bekommen und die Boni für HSH-Manager erhöht, aber die Mittel für die Schwächsten gekürzt werden. Wer eine solche Politik verfolgt, legt es darauf an, den Kitt, der diese Gesellschaft zusammenhält, zu zerstören."
Der SPD-Landesvorsitzende betonte, dass die ehrenamtliche Arbeit öffentliche Unterstützung bräuchte. Die „Rendite einer solchen Arbeit" wäre „so wertvoll und unbezahlbar für unser Land" urteilte Stegner. Er hielt der schwarz-gelben Landesregierung vor, mit dieser Politik nicht nur Strukturen, sondern vor allem soziale Gerechtigkeit zu zerstören. „Die schwarz-gelbe Regierung wird den Widerspruch und Widerstand der Sozialdemokratie und vieler anderer gegen diese Politik erfahren" stellte der SPD-Landesvorsitzende fest.
Ralf Stegner betonte in seiner Rede, dass innerhalb und außerhalb der Parlamente eine starke Opposition gebraucht werde. Diese werde im Parlament von den Sozialdemokraten angeführt. Er warnte auch vor den „Scheinsozialdemokraten in der CDU, wie dem selbsternannten Arbeiterführer Rüttgers", ihnen sei nicht zu trauen. Zu den Plänen in der CDU für eine Ausweitung der Zuverdienstmöglichkeiten für Hartz IV-Empfänger sagte Stegner, es sei die Aufgabe ‚echter' Sozialdemokraten diese Forderung als das zu enttarnen, was sie seien, nämlich Forderungen nach einem noch größeren staatlich Subventionierten Niedriglohnsektor. „Unser Leitbild ist es, dass Menschen von ihrer Arbeit leben und ihre Familien ernähren können, Steuern und Beiträge bezahlen können anstatt mit unzureichenden Sozialtransfers abgespeist zu werden. Das ist ein fundamentaler Unterschied."
Auch die Diskussion um den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr spielte in der Rede Stegners eine Rolle. Er unterstütze die Kritik der Ratsvorsitzenden der EKD, Margot Käßmann. Die Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien haben es nicht verdient, dass ihre Fragen mit schneidigen Ministerreden und mangelnder Wahrhaftigkeit wie beim Kundus-Anschlag beantwortet werden. Sie wollen wissen, mit welchem Ziel, wie lange und in welcher Anzahl sie ihren gefährlichen Kriegseinsatz leisten sollen. SPD-Präsidiumsmitglied Ralf Stegner kündigte eine klare Positionierung der SPD in dieser Frage an, die „der SPD als Friedenspartei klarere Konturen geben wird".

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - veröffentlicht am 14.01.2010, 12:44 Uhr - 9034 Clicks - Nr. 37

SPD für nachhaltige Schuldenbegrenzung, faire Altschuldenregelung ...
... und solide Haushalts- und Steuerpolitik

Die SPD-Landtagsfraktion bringt zur Januar-Plenartagung Anträge zu einer Schuldenbegrenzung mit Nachhaltigkeitsklausel in der Landesverfassung und zu einer fairen Altschuldenregelung für Bund, Länder und Kommunen ein. Dazu erklären der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner und die finanzpolitische Sprecherin Birgit Herdejürgen in

Kiel:

Die SPD-Landtagsfraktion bleibt dabei: Der Bund hat nicht das Recht, durch eine im Grundgesetz festgelegte Schuldenbegrenzung in die Haushaltsautonomie der Länder einzugreifen und die Kernkompetenz der Landesparlamente zu beschneiden. Deshalb halten wir daran fest, dass vor dem Bundesverfassungsgericht Klage gegen diese Regelung erhoben wird. Statt der grundgesetzlichen Vorgabe will auch die SPD eine vernünftige Lösung zur mittelfristigen Begrenzung der Kreditfinanzierung als Bestimmung in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung verankern. Diese zielt darauf ab, künftig eine strukturelle Neuverschuldung des Landes zu verhindern. Eine derartige Verpflichtung ist allerdings nur verantwortbar, wenn Schleswig-Holstein auch die Rahmendaten beeinflussen kann. Werden die finanziellen Ausgangsbedingungen des Landes durch bundesgesetzliche Regelungen deutlich verschlechtert, so kann das Land nicht für darauf gründende neue Schulden die Verantwortung übernehmen.

Wir wollen wie bei dem bewährten, unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung verankerten Konnexitätsprinzip für die Kommunen, mit dieser Nachhaltigkeitsklausel in der Landesverfassung zusätzlichen Druck auf den Bund ausüben. Dieser darf den Ländern die finanziellen Ausgangsvoraussetzungen für einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme nicht entziehen. Zugleich verdeutlicht die Nachhaltigkeitsklausel die Verantwortung der Landesregierung, bundesgesetzlichen Regelungen, die zu unausgeglichenen Mehrbelastungen für Land und Kommunen führen, im Bundesrat nicht zuzustimmen bzw. diese im Vorwege in Verhandlungen tatsächlich abzuwenden.

Ein totales Kreditfinanzierungsverbot für Land und Kommunen wird kaum einzuhalten sein, wenn die vertretbaren Effizienzpotentiale bei Land und Kommunen nicht gehoben werden, wenn es nicht zu einem fairen Altschuldenpakt kommt und wenn wir nicht zusätzlich die Einnahmen des Landes und der Kommunen stärken.

Deswegen fordern wir die Landesregierung gleichzeitig auf, sich für neue Verhandlungen über eine vernünftige und faire Altschuldenregelung von Bund, Ländern und Kommunen einzusetzen. Dabei kann an das Stegner/Döring-Modell von 2004 angeknüpft werden, das 2006 von Herrn Carstensen und Uwe Döring noch gemeinsam bundesweit vertreten worden ist. Ziel sollte es sein, einen entsprechenden Staatsvertrag zu erreichen.

Die SPD-Landtagsfraktion ist davon überzeugt, dass eine solide Haushalts- und Finanzpolitik darüber hinaus verlangt, den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich zu sagen, welche Aufgaben staatlich zu finanzieren sind und wie das gehen soll. Wer die Priorität bei Bildung, Kinderbetreuung und Klimaschutz und damit bei den wichtigen Weichenstellungen für die Zukunft des Landes wirklich setzen will, muss auch Ja sagen zu einer konsequenten Verwaltungsstrukturreform. Darüber hinaus darf man die Interessen des Landes und der Kommunen nicht dadurch konterkarieren, dass man fragwürdigen Steuerentlastungen und Steuergeschenken im Bundesrat zustimmt. Im Gegenteil: Jetzt müssen die Pläne für strukturelle Mehreinnahmen für Land und Kommunen präzisiert werden.

Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten werden in der Steuerpolitik an ihr im Jahr 2004 erarbeitetes Steuerkonzept („Anders steuern - Gemeinwesen stärken – Schleswig-Holsteins Zehn-Punkte-Plan für ein sozial gerechtes und einfaches Steuersystem") anknüpfen. Der Fraktions- und Landesvorsitzende wirkt in diesem Sinne auf Bundesebene an einer Neukonzeptionierung der SPD-Steuerpolitik mit. Ziel ist es, die öffentlichen Haushalte zu

konsolidieren und Geringverdiener und Familien zu entlasten. Wer mehr verdient, große Vermögen hat oder erbt, soll dagegen auch mehr Steuern bezahlen. Steuersenkungen für Besserverdienende, wie sie die FDP anstrebt, sind unsozial und nur mit weiteren Staatsschulden zu finanzieren.

Die SPD-Landtagsfraktion möchte eine Schuldenbremse mit Nachhaltigkeitsklausel in der Landesverfassung verankern und hat dafür einen Gesetzentwurf für eine Änderung der Landesverfassung erarbeitet.

Antrag der SPD zum Altschuldenpaket

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - veröffentlicht am 14.01.2010, 15:02 Uhr - 53715 Clicks - Nr. 38

„Forschungsergebnisse europaweit verknüpfen"
Ulrike Rodust fordert den Aufbau einer maritimen Wissensbank

Brüssel: Als „sehr gutes Signal" hat die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust die Eröffnung des von Schleswig-Holstein und den übrigen norddeutschen Küstenländern unterstützten Brüsseler Büros des Konsortiums Deutsche Meeresforschung (KDM) gewertet. In ihrem Grußwort anlässlich der Festveranstaltung am Mittwoch betonte die Fischereipolitische Sprecherin ihrer Fraktion die herausgehobene Stellung der EU als Akteur in der Meerespolitik.

Die Repräsentanz der Vereinigung der großen Forschungsinstitute der Meeres-, Polar- und Küstenforschung am Arbeitsort des Europäischen Parlaments ermögliche einen „kurzen Draht" zwischen Wissenschaft und Politik, der „sicherlich Vorteile für beide Seiten" biete: Für das Konsortium Deutsche Meeresforschung, da die Befugnisse des EP gerade im Bereich der Fischereipolitik enorm gewachsen seien, für die Parlamentarier, die ohne guten Input aus der Forschung keine gute Politik machen könnten.

In ihrer Rede definierte Rodust den Aufbau einer „maritimen Wissensbank", die Forschungsergebnisse europaweit verknüpft als eine Priorität der integrierten Meerespolitik. Das KDM gehe hier mit gutem Beispiel voran. „Gebündeltes Wissen brauchen wir in den nächsten Jahren dringend", führte Rodust aus, schließlich biete die anstehende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik die Chance „eine bessere Politik als in der Vergangenheit zu machen". Dazu müsse „der fischereipolitische Ansatz von Grund auf geändert werden, um der

gegenwärtigen Realität auf unseren Meeren wie Überfischung, Überkapazitäten und Verschwendung durch Abwurf zu begegnen".

Keine Kommentare

SPD-NET-SH - veröffentlicht am 14.01.2010, 16:13 Uhr - 78778 Clicks - Nr. 39

Webseiten von Engelsby, Kaköhl und Oelixdorf ausgezeichnet

Auf dem Neujahrsempfang der SPD-Schleswig-Holstein wurden drei Ortsvereine für ihre Internetarbeit geehrt. Zusammen mit dem Sprecher der Internetkooperative SPD-NET-SH Rudolf Riep zeichnete unser Landesvorsitzender Ralf Stegner die genannten Ortsvereine aus.

Sie haben sich in den Kategorien Aktualität (Engelsby), Gestaltung (Kaköhl) und Ortsbezug (Oelixdorf) hervorgetan. Für den SPD-Landesverband ist die Auszeichnung eine Anerkennung der Arbeit, die kaum gesehen wird. Die Webmaster leisten ihre Arbeit im Hintergrund und sind wichtig für das Erscheinungsbild unserer Partei im Internet. Herbert Ohms aus Engelsby im KV-Flensburg nahm die Ehrung als Webmaster und OV-Vorsitzender in Empfang. Aus Kaköhl waren der OV-Vorsitzende Hans-Peter Ehmke und einer der beiden Webmaster Detlef Rix erschienen. Für Oelixdorf trat der Webmaster Klaus Albrecht an. Es gab eine Urkunde und ein Buchpräsent als Dank für die Arbeit. Weiterhin sollen die Seiten durch ein Banner ausgezeichnet werden, dass dann für alle sichtbar diesen schönen Erfolg dokumentiert.
Für die Internetkooperative ist diese Ehrung der Beginn einer Qualitätsoffensive, die das 10-jährige Jubiläum im nächsten Jahr vorbereiten soll. Vor einen Jubiläum macht man sich fein. Dieser „Hausputz" kann in einer Kooperative nicht verordnet werden und soll deshalb durch das Hervorheben guter Beispiele angeregt werden.
Um weitere gute Seiten auszuzeichnen, sollen sich ab sofort alle Besucher unserer Internetseiten an der Auswahl beteiligen. Man kann Seiten vorschlagen und danach über die Vorschläge abstimmen. Die Idee dahinter ist natürlich, alle Webmaster anzuspornen, damit wir im Jubiläumsjahr nicht nur viele Gliederungen vertreten sondern auch besonders gut gestaltete, aktuelle und ortsbezogene Seiten zeigen. Wir sind gespannt auf die Vorschläge und werden diese dann in einer Umfrage zur Abstimmung stellen.

Die Hauptadministratoren von SPD-NET-SH

SPD-Reinfeld - veröffentlicht am 14.01.2010, 17:23 Uhr - 2180 Clicks - Nr. 40

Pressemitteilung der AG Nachhaltigkeit der SPD-Reinfeld

Die Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Reinfeld" der SPD hat ihren Arbeitsschwerpunkt für 2010

festgelegt: Es geht um die Versorgung Reinfelds mit Energie, vorzugsweise der elektrischen. Das Spektrum umfasst dabei die Einrichtung eines Solarkatasters, die Installation einer Photovoltaikanlage auf der Matthias-Claudius-Schule, eine Entscheidung der Stadt und weiterer öffentlicher Einrichtungen am Ort für die Verwendung von Strom aus regenerativen Quellen, das Voranbringen von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, die Zielsetzung, die in Reinfeld verbrauchte Energie auch hier zu erzeugen, also langfristig unabhängig zu werden von fremdbestimmten Energiepreisen. Begonnen hat die Gruppe mit der Idee eines Solarkatasters, aus dem Interessierte entnehmen können, ob Dachflächen für den Aufbau von Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlagen geeignet sind.
Der Strom aus den Photovoltaik-Anlagen würde in das EON-Netz eingespeist, mit Hilfe der Solarthermie könnte man Warmwasser erzeugen oder Heizungs-anlagen unterstützen.
Vorbild dieser Idee ist die Stadt Osnabrück. Dort hat man in Kooperation mit der Fachhochschule ein Verfahren entworfen, bei dem beim Überfliegen des ausgewählten Gebietes Laser-Aufnahmen gemacht werden. Aus diesen werden mit einem speziell entwickelten Programm die Dachneigungen und deren Ausrichtung nach Süden ermittelt. Die Eignung der Dachflächen lässt sich anschließend einfach tabellarisch ablesen.
„Wir müssen endlich auch in Reinfeld bewusster und offensiver zum Klimaschutz beitragen." sagt dazu Gerd Herrmann, der für die Sozialdemokraten die AG „Nachhaltiges Reinfeld" gegründet hat. Die Mitglieder sind dabei, noch weitere Details zum Vorgehen in anderen Orten zusammenzutragen, um für Reinfeld und die Region zu einem möglichst effizienten Vorschlag zu kommen.
Das nächste Treffen der Gruppe ist für Dienstag, den 19. Januar 2010 um 19.30 vorgesehen. Nach weiteren Interessenten wird dringend gesucht. Sie können sich bei Gerd Herrmann, Tel. 1837 melden.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - veröffentlicht am 14.01.2010, 18:27 Uhr - 9828 Clicks - Nr. 41

SPD AG 60 plus: Neue Wege gehen – Wohnen im Alter
Deutschland wird älter, die Bevölkerung schrumpft. Ein Trend in Richtung Geburtenraten wie in den 50er Jahren ist nicht zu erwarten. Gleichwohl muss die Politik dafür sorgen, dass es jungen Menschen leichter fällt, eine Familie zu gründen. Deutschland wird aber auch älter und dies ist ein Grund, sich darüber zu freuen.
Richtig vorbereitet scheint man vor Ort indes aber nicht überall auf den rasanten Wandel. Es fehlen noch zu oft Unterstützungsmöglichkeiten für junge Familien und es fehlen mindestens genauso oft passende Angebote für ältere Leute. Die meisten Senioren wollen die eigenen vier Wände nicht verlassen. Auch dann nicht, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Hierfür sind nicht zuletzt vielfältig angepasste Formen des Lebens und Wohnens im Alter gefragt, die älteren Menschen ein barrierefreies, selbständiges Wohnen ermöglichen.
„Bis heute gibt es noch erhebliche Versorgungsdefizite in der Infrastruktur, in den Wohnblocks fehlen Aufzüge für Rollstühle und Rollatoren," bemängelt der Kreisvorsitzende der SPD-Senioren Hans Peter Robin, "ich erkenne auch nicht, dass die Wohnungswirtschaft durch Umbau in den vorhandenen Gebäuden Änderung herbeiführt."
Zu viele Kommunen verfügen weder über betreute Wohn- und Hausgemeinschaften noch über Erfahrungen mit gemeinschaftlichen Wohnprojekten.
Besonders groß sind die Versorgungsdefizite im ländlichen Raum. „Wenn z. B. der nächste Laden, die nächste Sparkasse oder Post kilometerweit entfernt sind," klagt Robin an," und wenn dazu noch das Umfeld nicht barrierefrei ist, haben es ältere Menschen besonders schwer.

Seniorengerechtes Wohnen braucht ein seniorengerechtes Umfeld!"
Die Bewahrung und Stärkung bewohnter Innenstädte gelingt nur, wenn es dort auch bezahlbaren Wohnraum und entsprechende Nahversorgung gibt.
„Die AG 60 plus will in diesem Jahr das Wohnen im Alter thematisieren und in den Mittelpunkt der politischen Arbeit stellen", so der Kreisvorsitzende der SPD Senioren in seinem Ausblick auf das Jahr 2010.

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - veröffentlicht am 15.01.2010, 10:05 Uhr - 3563 Clicks - Nr. 42

Verschuldungs-Wachstums-Beschleunigungsgesetz für den städtischen Haushalt

Jetzt steht es fest, dass Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist in Wahrheit ein Verschuldungs-Wachstums-Beschleunigungsgesetz für den Haushalt der Stadt Neumünster, erklärt der SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna.

Gewinner dieses Gesetzes sind zum Beispiel Hotelbesitzer und reiche Erben.

Verlierer gibt es viele: Die sozial Schwachen der Gesellschaft (welche mit deutlich weniger Unterstützung in Zukunft rechnen müssen), Bildungseinrichtungen, Kindergärten und sämtliche anderen öffentlichen Einrichtungen Theater, Stadtbücherei usw……und natürlich die junge Generation die nachher alles bezahlen kann.

Auch für das örtliche Handwerk wird sich das Gesetz kontraproduktiv auswirken, da erfahrensgemäß die Gemeinden Ihnen viele Aufträge erteilen, dies ist in Hinblick auf die klammen Finanzen in Neumünster und in vielen anderen Städten und Gemeinden in Zukunft nicht mehr zu erwarten.
Der Aufstand von Peter-Harry Carstensen und Wolfgang Kubicki hat für die Stadt Neumünster nichts gebracht, es bleibt dabei: Lobbyisten haben den Vorrang und der Verstand bleibt ausgeschaltet.

Die Stadt Neumünster kann -nach meiner Einschätzung- mit Einnahmeverlusten von mindestens zwei Millionen Euro im günstigsten Fall und (leider) wahrscheinlicher mit bis zu fünf Millionen Euro Einnahmeverlusten durch dieses Gesetz rechnen.

Nun wird deutlich, wie gefährlich diese unfähige Bundesregierung für die Kommunen und insbesondere für die Stadt Neumünster ist. Die Bürger/innen werden die Auswirkungen dieser verfehlten Politik direkt merken.
Aus der Sicht eines Kommunalpolitikers kann ich nur sagen, dass es absolut demotivierend ist, dass vor Ort versucht wird die Schulden abzubauen und dann aus Berlin mit einem Federstrich alles wieder zunichte gemacht wird.

Anbei die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion und die Antwort der Stadt:

1) Wie hoch sind voraussichtlich die zusätzlichen finanziellen Einbußen für den städtischen Haushalt der Stadt Neumünster durch die Steuererleichterungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes?

2) Wie gliedern sie sich auf?

Antwort der Stadt:
Das am 04.12.2009 vom Bundestag beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetzes soll nach vorliegenden Informationen im Jahre 2010 beim Land sowie bei den Gemeinden in Schleswig-Holstein zu Mindereinnahmen von 70 bzw. 60 Mio. Euro führen. Die Mindereinnahmen der Kommunen werden insbesondere den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie der Gewerbesteuer betreffen. Darüber hinaus sind die Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich mit 17,74 v.H. an den Mindereinnahmen des Landes beteiligt. Die voraussichtlichen finanziellen Einbußen für den städtischen Haushalt können nicht quantifiziert werden, da die hierfür erforderlichen Daten zurzeit nicht vorliegen.

Keine Kommentare

Lothar Hay - veröffentlicht am 15.01.2010, 14:08 Uhr - 5340 Clicks - Nr. 43

Maisanbau für Biomasse-Anlagen nimmt dramatisch zu

„Zur Antwort der Landesregierung auf seine Kleine Anfrage zum Grünlandumbruch in Schleswig-Holstein (Drucksache 17/121) sagt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay:

In vielen Kommunen in Schleswig-Holstein gibt es Konflikte beim Bau neuer Biomasse-Anlagen, für deren Betrieb in vielen Regionen Schleswig-Holsteins zunehmend Mais angebaut und eingesetzt wird. Nicht nur die Nachbarn in der Umgebung der Anlage befürchten gesundheitliche Risiken sowie Geruchs- und Lärmbelästigungen, auch die Landwirtschaft ist durch die Konkurrenz zwischen gut zahlenden Pächtern für Energiepflanzenanbauflächen und den Erzeugern von Nahrungsmitteln betroffen. In der Vergangenheit wurde für den Anbau von Mais auch massiv Grünland zu Ackerland umgebrochen – mit den damit verbundenen Nachteilen für die Natur und Artenvielfalt in unserem Land.

Aus der Antwort der Landesregierung zu meinen Fragen zu diesem Thema geht nunmehr hervor:

Der ersatzlose Umbruch von Grün- zu Ackerland ist durch die in der letzten Legislaturperiode erlassene Verordnung der Landesregierung gestoppt worden. Während seit 2003 der Anteil des Dauergrünlandes an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche von 35 % bis 2008 auf fast 32 % zurückgegangen ist, wuchs er 2009 wieder auf fast 33 % an. Nach dem Grünlandumbruchverbot wurden zwar ca. 1.000 Anträge zum Grünlandumbruch gestellt und fast vollständig genehmigt, die umgebrochene Fläche musste jedoch vollständig durch neu angelegtes Grünland ersetzt werden. Dies ist eine gute Nachricht.

Nicht gestoppt werden konnte jedoch der Flächenzuwachs für den Anbau von Silomais, überwiegend zur Verwertung in Biomasse-Anlagen. Während 2003 Silomais noch auf 86.400 ha angebaut wurde, wurden 2009 fast 148.000 ha für diesen Zweck genutzt. Dieser wohl noch zunehmende Monokulturanbau schädigt sowohl Natur und Umwelt in unserem Land als auch die Attraktivität einer vielfältigen Landschaft, die unserem Tourismus nutzt. Ich habe große Zweifel, ob die Forderungen auch aus der Landwirtschaft heraus diesen Trend durch Landesvorgaben zu stoppen, wirksam greifen können. Es ist zunächst eine interne Aufgabe der Landwirtschaft insgesamt, nicht einzelbetrieblich den größtmöglichen Nutzen zu realisieren.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion hat die energetische Nutzung von Biomasse aus Reststoffen, Gülle, Bioabfall, Landschaftspflege Priorität vor dem Anbau von Energiepflanzen. Die energetische Biomassenutzung darf nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion und einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Landwirtschaft stehen. Nur wenn diese Konkurrenz vermieden wird, kann die energetische Nutzung der Biomasse im gesellschaftlichen Konsens mehr als nur einen kurzen Boom erleben."

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - veröffentlicht am 15.01.2010, 17:39 Uhr - 57023 Clicks - Nr. 44

"Die zweite Säule ist wichtiger Bestandteil der Gemeinsamen Agrarpolitik!"

Die Zukunft der europäischen Agrarpolitik stand bei der Anhörung des designierten EU-Agrarkommissars Dacian Ciolos am Freitag in Brüssel auf der Tagesordnung.

Die Mitglieder des Landwirtschaftsauschusses im Europäischen Parlament waren dazu aufgerufen, den Rumänen zu seinen Vorstellungen über die Agrarpolitik der Europäischen Union zu befragen.

"Während der Anhörung hat sich der designierte Agrarkommissar mehrfach für den Erhalt und die Wichtigkeit der zweiten Säule in der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgesprochen", erläuterte Ulrike RODUST, SPD-Europaabgeordnete und Mitglied des Agrarausschusses. Sie zeigte sich zufrieden mit der Anhörung. "Natürlich muss noch geklärt werden, wie die Gelder der zweiten Säule weiter eingesetzt werden", erklärte Ulrike RODUST. "Offen ist auch noch, ob diese Mittel ausreichen oder ob hier weitere Gelder zur Verfügung gestellt werden müssen", so die Sozialdemokratin weiter.

„Die Landwirtschaft nimmt wichtige Aufgaben innerhalb der Gesellschaft wahr, die dem Gemeinwohl dienen. Hierzu zählen als wichtige Punkte der Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft, die Sicherstellung der Wasserqualität und des Bodenschutzes sowie der Tierschutz. Damit unsere Landwirte diese Güter im Sinne der Allgemeinheit auch in Zukunft produzieren, müssen entsprechende Anreize geschaffen werden", erklärte Ulrike RODUST. Sie wollte von dem designierten EU-Kommissar wissen, welche Schritte er dafür in Betracht zieht. Ciolos sprach sich für eine angemessene Entlohnung der durch die Landwirtschaft erzeugten öffentlichen Güter aus. Zudem stellte er klar, dass neben den bisherigen Maßnahmen gerade auch innovative Ansätze der Landwirte, die dem Erhalt und dem Schutz der ländlichen Räume dienen, gefördert werden müssen.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - veröffentlicht am 15.01.2010, 18:27 Uhr - 12264 Clicks - Nr. 45

Schleswig-Holstein - die Wirtschaftskrise und die Suche nach dem richtigen Weg

„Sie kennen sicher die Anekdote von der Kneipenwirtin, die ihre zahlungsschwache Kundschaft immer und immer wieder anschreiben lässt."
So begann Birgit Herdejürgen, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Land S-H, ihre Rede zum Neujahrsempfang, zu dem der SPD Ortsverein Nordhastedt (Dithmarschen) eingeladen hatte.
Die finanzpolitische Sprecherin erläuterte in ihrer Rede, wie die Wirtschaftskrise entstanden ist und wie man ihr begegnen sollte.
Dabei legte sie besonderes Augenmerk auf die kleinen und mittleren Unternehmen in unseren Bundesland, die bei uns die Stützen der Wirtschaft sind.
„Ein amerikanischer Großkonzern schließt einen Standort in Deutschland, obwohl dort schwarze Zahlen geschrieben werden. Und die Angestellten sind nur Zahlen im Geschäftsbericht. Bei Handwerksmeister Müller ist das etwas anderes", so Herdejürgen
Aus diesem Grund ist die Sozialdemokratin auch gegen weitere Steuerleichterungen.
„Sie helfen jeweils nur einer relativ kleinen Gruppe; meist solchen, die zwar eine starke Lobby haben, aber keineswegs diejenigen sind, die Unterstützung am nötigsten brauchen. Sie schaden aber den öffentlichen Finanzen massiv, und das Geld fehlt dann eben für die Infrastruktur", führte Birgit Herdejürgen aus.
Den zahlreichen Gästen gefiel es sehr gut, einen Vortrag zu diesem einschneidenden Thema zu hören.
„Ich bedanke mich ganz herzlich für diesen interessanten Vortrag und hoffe, dich bald wieder bei uns begrüßen zu dürfen", so beendete der OV-Vorsitzende, Claus-Hinrich Johannsen, den offiziellen Teil des Empfangs.

Die ganze Rede finden Sie ***HIER***

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 15.01.2010, 22:02 Uhr - 6175 Clicks - Nr. 46

CDU weint Krokodilstränen um den Kieler Flughafen!

Zu den Einlassungen von CDU-Ratsfraktionschef Kruber zum Flughafen Kiel erklärte SPD-MdL und Kreischef Rolf Fischer:
"Die Kieler CDU gibt nun Bestandsgarantien für den Flughafen Holtenau. Das ist schon stark, da sie es war, die noch vor kurzem, zusammen mit der CDU-Oberbürgermeisterin, den Flughafen zur Brache gemacht hat. Zudem erklärte der CDU-Wirtschaftsminister den Ausstieg des Landes aus der Flughafengesellschaft; damit gibt er den Flugplatz faktisch auf.
Holtenau wird in den Verkehrsplanungen des Landes keine Rolle mehr spielen. Und der CSU-Verteidigungsminister entscheidet über den Abzug des M F G 5, einem der letzten Hauptnutzer des Flugplatzes.

Die Kieler CDU hätte also in der eigenen Partei noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Wenn

sie zudem will, dass die Stadt Kiel in Zukunft alleiniger Betreiber des Flugplatzes sein soll, muss sie sagen, wo die Mittel für den Unterhalt herkommen sollen. Das aber kann sie nicht. Insofern sind die Beteuerungen reine Makulatur; die CDU weint also Krokodilstränen.

Die Faktenlage ist eindeutig. An ihr hat sich die zukünftige Politik für die Stadt und den Stadtteil auszurichten. Sollte es zum Abzug des M F G 5 kommen, den wir bedauern und kritisieren, dann muss über eine stadtplanerische Gesamtperspektive für das Holtenauer Ober- und Unterland nachgedacht werden. Dazu gehört dann auch das Flughafengelände.

Eine getrennte Entwicklung für beide Bereiche wäre angesichts der städtebaulichen Bedeutung des Areals nicht vertretbar. Wir erwarten, dass das Land hier in den nächsten Wochen klare Absprachen über die Zukunft des Flughafengeländes und der jetzigen Nutzer mit der Stadt trifft, damit wir die notwendige Planungssicherheit bekommen."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - veröffentlicht am 15.01.2010, 22:15 Uhr - 3966 Clicks - Nr. 47

Kommunen bezahlen die Zeche
Reinhard Mendel, Kolumne für das Stormarner Tageblatt

Es ist kalt in Stormarn. Nicht nur das Wetter macht uns frösteln, aus Berlin kommt ein eisiger Wind dazu. In den Haushalten der Kommunen werden Zuschüsse an Vereine und Verbände gestrichen, werden Erhöhungen der Gebühren für Kindertagesstätten diskutiert und Investitionen sowie Instandhaltungsarbeiten verschoben, Grundsteuern und Hundesteuern werden erhöht. Den Kommunen geht das Geld aus.

Sicherlich haben auch die Kommunen unter der allgemeinen Wirtschaftskrise zu leiden, insbesondere sind vielerorts die Gewerbesteuereinnahmen zurückgegangen. Aber am längst begonnenen Aufschwung werden die Kommunen nicht teilhaben, im Gegenteil, die Finanznöte werden noch schlimmer werden. Die Folgen der Entscheidungen in Berlin leeren die kommunalen Kassen. So finanzieren wir mit Gebührenerhöhungen und höheren kommunalen Abgaben die Steuergeschenke von CDU und FDP. In Schleswig-Holstein hatten sich alle Parteien zu dem Ziel kostenfreier Kindertagesstätten bekannt. Die SPD steht zu diesem Ziel, auf unseren Antrag ist im Kreishaushalt auch die Erhöhung des Kreiszuschusses zu den Personalkosten der Kindertagesstätten beschlossen worden. Aber CDU und FDP geben Mittel jetzt lieber für Subventionen an Hoteliers aus, statt sie in Bildung und Kinderbetreuung zu investieren.

Die Arbeitslosenquote in Stormarn ist besonders niedrig. Neben den guten Rahmenbedingungen, die Kreis und Kommunen hier für die Wirtschaft geschaffen haben, ist dies auch ein Verdienst der guten Arbeit der ARGE in unserem Kreis. Nun muss sie aufgelöst, anders organisiert oder auf eine neue rechtliche Grundlage durch Bundesgesetz gestellt werden. Seit Monaten warten alle auf eine Entscheidung, aber nichts passiert. Die Mitarbeiter sind verunsichert, viele sehen sich nach anderen Arbeitsplätzen um. Auch die Kunden wissen nicht, wie es zukünftig weiter geht. Statt sich in unsinnigen Streitigkeiten um Steuersenkungen und Wahlgeschenke zu verrennen, muss die Bundesregierung endlich ihre Hausaufgaben machen und den Kommunen und vor allem den betroffenen Menschen vor Ort

die Grundlage für die weitere Arbeit und auch das soziale Zusammenleben geben. Das ist wichtiger als jeder Streit darüber, in welcher Form den Besserverdienenden weitere Steuererleichterungen gegeben werden können.

Stormarn ist ein Kreis mit hoher Lebensqualität. Dafür haben im Kreis und in den Kommunen Verwaltung und Politik in der Vergangenheit viel getan. Nun verlieren wir hiervon etwas zu Gunsten der Klientel der Partei der Besserverdienenden. Vor allem aber verlieren die, die noch am wenigsten an dieser Lebensqualität teilhaben konnten, es sind die Geringverdiener und die Kinder. Es wird noch kälter in Stormarn.
Kommentar von ein Hundehalter vom 19.01.2010, 21:43 Uhr:
RE: Kommunen bezahlen die Zeche
Gerade flattert uns der Hundesteuerbescheid für 2010 ins Haus: Im letzten Jahr noch 30 Euro, sollen wir in diesem Jahr sage und schreibe 90 (NEUNZIG!) löhnen - 200 Prozent Steigerung. Das ist unsittlich - sind die Bürger jetzt zum Selbstbedienungsladen für korrupte und unfähige Politiker geworden, die sorglos das Geld der Steuerzahler auf den Kopf hauen, um dann milde lächelnd irgendwelchen sozial degenerierten Bank-Manager erneut Boni in schwindelerregender Höhe in den Anus zu pusten? (und nebenbei irgendwie auch noch abkassieren - aber das ist ja zu offensichtlich als das es einer Erwähnung bedarf). Mit der momentanen unfähigen Besetzung auf der politischen Bühne kann ich leider nur feststellen: Das Ende des Sozialstaats wurde lange herbeigeunkt, nun ist es endgültig eingetreten. Gute Nacht Deutschland. P.S. Nein, die Alternative ist für mich NICHT, dann doch gestalterisch in die Politik einzugreifen - immerhin haben die Herrschaften ja wohl ihren Job gelernt, so wie ich den meinen.... oder - etwa nicht? Ich werde doch nicht etwa von... Laien vertreten????

SPD-Flensburger Mitte - veröffentlicht am 16.01.2010, 15:10 Uhr - 2751 Clicks - Nr. 48

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD Flensburger Mitte

Am Mittwoch, den 20. Januar 2010 um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Flensburger Mitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein", Norderstr. 98 ein.

In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - veröffentlicht am 16.01.2010, 23:29 Uhr - 4121 Clicks - Nr. 49

Den Glauben an Politik wiederfinden
Perspektivkonferenz der SPD Stormarn

Knapp 100 Mitglieder der SPD Stormarn waren der Einladung des Kreisvorstandes gefolgt, nach den schwachen Wahlergebnissen von 2009 Wege aus der Krise zu finden. Dazu wurde in vier Arbeitsgruppen diskutiert, zuvor aber auch viel zugehört. Man hatte sich vier Gäste eingeladen, die von innerhalb und außerhalb der SPD ihren Blick auf die Partei schildern sollten:

Hannes Birke, den Kreisvorsitzenden der SPD Pinneberg, Jan Hansen, den Vorsitzenden des Kreisjugendrings, Andreas Guhr als Neumitglied der SPD und IG-Metall-Gewerkschafter und Pastor Richard Tockhorn aus Reinfeld.
Hannes Birke leitete Konferenz mit einem Referat über die aktuelle Lage der SPD ein. Er widersprach zwar der Darstellung seines Stormarner Amtskollegen Martin Habersaat, er sei schon „seit kurz nach dem Krieg" Kreisvorsitzender, dennoch konnte er in seiner Analyse auf viele Jahre Erfahrung in der Kommunalpolitik zurückgreifen. Aus den Reihen der Mitglieder in Pinneberg habe er die Botschaft vernommen, dass man mehr beteiligt werden wolle. Es habe dazu in der Vergangenheit manche Vorschläge gegeben, die von der Funktionärsebene nicht immer wahrgenommen worden seien. Das Regierungshandeln in Kiel und Berlin habe zu einem Vertrauensverlust geführt. Birke: „Das Programm der SPD war gut, aber die Menschen haben uns nicht geglaubt, dass wir auch umsetzen, was dort steht. Und: man glaubt nicht mehr, dass Politik das Leben der Menschen zum Besseren verändern kann." Birke forderte Ideen für die Gestaltung der Zukunft ein, aber auf das Aufzeigen von Wegen zu deren Umsetzung. Auch müsse man sich dem Problem stellen, dass die Sozialdemokratie in den Kommunen teils aus Altersgründen, teils aus Überlastung der ehrenamtlichen Politiker, nicht mehr überall stattfinde. Aber es gebe auch positive Beispiele, wie es gehen könne: „Das haben die Bürgermeisterwahlen in Kiel, Ahrensburg und der vier sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen gezeigt, die 2009 Wahlen gewinnen konnten – mit Engagement auf der Straße und Präsenz bei den Menschen, weniger auf SPD-Veranstaltungen."
Jan Hansen riet der SPD, sich in kommunalpolitischen Diskussionen nicht in Diskussionen ums Detail verwickeln zu lassen, sondern sich um klare Positionen zu bemühen. In Kiel und Berlin solle man ruhig merken, dass die SPD in der Opposition sei. Aber: „Es darf ruhig auch einmal einer anderen Partei zugestanden werden, eine gute Idee zu haben. An der können dann ja Mitglieder verschiedener Parteien weiter feilen." Seiner Meinung nach gebe es auch heute noch viel Interesse an politischer Beteiligung, aber eher nicht an bisherigen Politikstrukturen und Politiker-Typen.
Andreas Guhr, von der WASG zur SPD gewechselt, mahnte, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick zu behalten. „Menschen müssen im Mittelpunkt unserer Politik stehen, Menschen und die Verbesserung ihres Lebens sind das Wichtigste!", rief er dem Parteitag zu.

Pastor Richard Tockhorn, Beauftragter für den kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, beklagte, dass die Gruppe der Nichtwähler bei den Wahlen 2009 die Größte war. Damit habe nicht nur die SPD verloren, sondern auch die Demokratie. Er appellierte an die SPD, ihren Profilkern „Soziale Gerechtigkeit" zu schärfen und gerade in diesem Punkt ganz klar zu sein. Dann griff der die Ausführungen Hannes Birkes zum „Glauben" auf: „Menschen müssen glauben, dass Politik etwas ändern kann. Um das zu erreichen, müssen die Politiker selbst daran glauben." Also forderte er die anwesenden Sozialdemokraten auf, nach der anstehenden Fehleranalyse zur Arbeit in der Politik zurückzukehren und an der Verwirklichung ihrer Visionen zu arbeiten. In den folgenden Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Sozialdemokraten mit Projekten für ein lebendiges Parteileben, einer inhaltlichen Profilbildung der SPD, Maßnahmen zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie und einer besseren Vernetzung der Aktiven in der SPD. Manches Vorhaben wurde gleich vom folgenden Parteitag beschlossen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - veröffentlicht am 17.01.2010, 00:12 Uhr - 4062 Clicks - Nr. 50

Mehr diskutieren, mehr Demokratie wagen
Kreisparteitag der SPD Stormarn

„Wir wollen mehr Demokratie wagen!" – Womit Willy Brandt ab 1969 als Bundeskanzler erfolgreich war, soll vier Jahrzehnte später der SPD wieder auf die Beine helfen. Das ist eines der Ergebnisse des Kreisparteitages der SPD Stormarn, der am 16. Januar mehr als acht Stunden arbeitete und um Wege in die Zukunft rang. Mehr politische Diskussion, neue Veranstaltungsformen und mehr Einflussmöglichkeiten für die Mitglieder – mit diesen Schritten soll es voran gehen.
Als Gastredner hatten die Sozialdemokraten Torsten Albig in die Berufliche Schule Bad Oldesloe eingeladen, seit 2009 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel und mithin jemand der weiß, wie Menschen für Politik zu begeistern und zu überzeugen sind. Das Geheimnis seines Erfolges sei einfach gewesen, so Albig: „Die SPD Kiel war geschlossen in dem Ziel: Wir wollen gewinnen." Er forderte Geschlossenheit ein, die SPD müsse sich, wenn sie Kandidaten aufstelle, auch hinter diesen Kandidaten vereinen, es helfe nicht, „den Kandidaten zu 60 Prozent gut zu finden und zu unterstützen". Zwei weitere Ratschläge hatte Albig mitgebracht: So seien Wahlen nicht durch die letztgültige Diskussion von Antragsnuancen zu gewinnen und die wichtigste Fähigkeit in der Politik sei: Zuhören. „Den Menschen zuhören und dann zur Lösung ihrer Probleme Politik gestalten – das ist der Weg, auf dem die SPD zu alter Stärke gelangen kann."
Das Zuhören hatten die Sozialdemokraten bereits bei ihrer Perspektivkonferenz am Vormittag geübt, als sie sich vier Gäste eingeladen hatten, um mehr über die Außensicht auf die SPD zu erfahren. In Arbeitsgruppen hatte man anschließend verschiedene Wege zur Revitalisierung der SPD diskutiert. Eine Gruppe entwickelte Perspektiven von Parteiarbeit in Projektform, in kleinen, aktiven Gruppen, in denen Menschen sich begegnen und Spaß an der Diskussion entwickeln können. Ein weiteres Mittel sollen Foren sein, die zu unterschiedlichen Themen eine lebhafte Diskussion mit Experten ermöglichen sollen, Themen sollen beispielsweise „Soziale Sicherung", „Bundeswehreinsatz in Afghanistan" und „Grenzen des Wachstums" sein.

Eine andere Gruppe entwickelte auf der Grundlage eines Antrages der SPD Oststeinbek Ideen, die sich unter der altbewährten Überschrift „Mehr Demokratie wagen" zusammenfassen lassen. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und SPD-Kreisvorsitzender, erläutert: „Der Kreisvorstand wird auf Grundlage dieser Ideen Satzungsänderungen erarbeiten und Veranstaltungsformen entwickeln, die den Einfluss der Basis auf innerparteiliche Sach- und Personalentscheidungen stärken." An die Stelle des Delegiertenprinzips sollen künftig Mitgliederversammlungen gestellt werden, etwa bei der Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten zu Landtags- und Bundestagswahlen. Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang auch die Initiative des Landesvorstandes, Landesparteitage künftig deutlich zu vergrößern und damit mehr Mitgliedern aus den Ortsvereinen die Möglichkeit zu geben, sich auf Landesebene einzubringen. Weiter beschritten werden soll auch der Weg der SPD, ihre Listen bei Kommunalwahlen für Menschen ohne Parteibuch zu öffnen.
Als Delegierte für den Landesparteitag am 6. Februar 2010 in der Stadthalle Neumünster wurden gewählt: Angela Batty (Grande), Susanne Danhier (Bargteheide), Martin Habersaat (Barsbüttel), Tobias von Pein (Lütjensee), Margot Sinning (Ahrensburg), Uwe Teut (Bad Oldesloe) und Gesa Tralau (Hamberge).
Das Fazit des Kreisvorsitzenden: „Wenn so viele Menschen an einem Samstag einen vollen Arbeitstag in die Partei investieren, so konstruktiv diskutieren und gute Ergebnisse erzielen, beweist das, dass die SPD auch mit bald 150 Jahren noch längst nicht zum alten Eisen gehört – ganz im Gegenteil!"

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 17.01.2010, 15:31 Uhr - 64930 Clicks - Nr. 51

Schwarz-gelbe Katze aus dem Sack

Zu Medienberichten über die Vorhaben der schwarz-gelben Regierung zur Haushaltskonsolidierung erklärt der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner:
„Jetzt ist die schwarz-gelbe Katze aus dem Sack. Die Landesregierung will in Zukunft bei Kindern und Umweltschutz sparen. Anstatt mehr Gerechtigkeit über beitragsfreie Betreuung und Bildung zu sorgen, will die Landesregierung das erste kostenfreie KiTa-Jahr wieder abschaffen. Statt mehr in Klima- und Umweltschutz zu investieren, wird wieder genau an dieser Stelle gespart. Eine solche Politik zerstört Perspektiven und verfolgt keinen voraus denkenden Ansatz. Das ist die Koalition aus Konservativen und Egoisten. Erneut verteidigt Herrn Kubicki Steuergeschenke an Hoteliers und reiche Erben und die CDU hat immer noch genug Geld zur Schaffung zusätzlicher CDU Versorgungsposten und neuer HSH-Boni.

Jetzt zeigt sich, dass diese Rechtskoalition ein anderes Gesellschaftsbild verfolgt als die Sozialdemokratie. Während wir daran arbeiten, unser Leitbild Aufstieg durch Bildung durch konkrete Verbesserungen im Bildungsbereich zu erreichen, verbaut schwarz-gelb den Menschen die Perspektive für eine bessere Zukunft. Während die Sozialdemokratie erstreitet, dass man von seiner Arbeit leben kann, gibt es erste Forderungen

aus dem schwarz-gelben Lager, zur Arbeitspflicht und prekärer Beschäftigung. Der Scheinsozialdemokrat Rüttgers will mehr Hinzuverdienst bei Hartz IV Empfängern. Das klingt gut für die Betroffenen, bedeutet aber dauerhaft subventionierte Dumpinglöhne statt gut bezahlter Arbeit. Und Herr Koch hetzte gestern noch gegen die Ausländer und heute gegen die Arbeitslosen. Bei den bisherigen Erfahrungen mit Roland Koch kann man vermuten, dass es jetzt nur noch ein kleiner Schritt ist, hin zu einer Forderung nach Zwangsarbeitslagern. Diesem schwarz-gelben Gesellschaftsbild, das man in Schleswig-Holstein und im Bund erkennt, werden die Sozialdemokraten vehement widersprechen und weiterhin ihre Alternativen aufzeigen.

Links
Spiegel Online: Koch verlangt Arbeitspflicht für Arbeitslose

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - veröffentlicht am 17.01.2010, 15:56 Uhr - 3269 Clicks - Nr. 52

Fahrradwege und Car-Sharing: Kieler Mitte macht mobil

Der Fahrradverkehr im unteren Bereich der Holtenauerstraße zwischen Dreiecksplatz und Bernhard-Minetti-Platz war ein Diskussionsschwerpunkt der Sitzung des Ortsbeirates Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook am 13. Januar 2010 im Altenzentrum St. Nicolai.

Anlass für diesen Themenschwerpunkt war die eindringliche Schilderung eines Inhabers eines Blumengeschäfts in der Holtenauerstraße. Er habe dort beobachtet, wie gefährlich sich dort Radfahrerinnen und Radfahrer mit Fußgängern auf dem Fußweg begegnen würden.

Die Mitglieder des Ortsbeirates waren sich einig, dass es wohl die beste Lösung sei, den „schnellen" Fahrradverkehr in der Holtenauerstraße stärker auf die Fahrbahn zu verlagert. Dies entspricht auch eigentlich der jetzigen rechtlichen Situation dort, da die Benutzungspflicht für den Radweg (der zu schmal und kaputt ist) bereits aufgehoben wurde. Die wenigsten Radfahrerinnen und Radfahrer machen davon jedoch Gebrauch, da es keinen gesonderten Fahrradschutzstreifen auf der Fahrbahn gibt. Aus Sicht des Tiefbauamts, wäre dies jedoch keine geeignete Lösung, da die bestehende Fahrbahnmarkierung für die insgesamt vier Fahrspuren erhalten bliebe und ein Fahrradschutzstreifen nicht als solches deutlich erkennbar wäre.

Der Ortsbeirat beschloss dann jedoch, dass zukünftig zumindest auf der jeweils rechten Fahrspur Piktogramme auf die gemeinsame Nutzung der Spur für den Fahrrad- und Autoverkehr hinweisen sollen. Der SPD Ortsverein wird sich mit dem Thema Fahrradverkehr im Stadtteil zukünftig näher beschäftigen. Abhilfe könnte auch in diesem Bereich durch die Stadtregionalbahn geschaffen werden, die zu einer kompletten Umgestaltung führen würde.

Zweites Thema im Ortsbeirat war die Einrichtung einer Carsharing Station von StattAuto auf dem Blücherplatz. Der Ortsverein Kieler Mitte hatte dazu bereits auf seine letzte Sitzung Herrn Kählert von der StattAuto Genossenschaft eingeladen, der uns Carsharing als alternatives Mobilitätskonzept vorgestellt hat.

Der Ortsvereinsvorstand verspricht sich durch Carsharing einen Beitrag zum Klimaschutz im

Stadtteil und macht gleichzeitig Automobilität auch für Menschen möglich, die sich das sonst nicht leisten könnten.

Im Ortsbeirat fand sich eine Mehrheit, (ohne die Stimmen der CDU) für die Einrichtung einer Station auf dem Blücherplatz, diese wird zunächst für zwei Fahrzeugen sein und soll später die Station auf dem Hinterhof in der Nettelbeckstraße ablösen und so das Carsharing-System für mehr Benutzer attraktiver machen.

Im Rahmen des Werkstattverfahrens zur Umgestaltung des Blücherplatzes, welches nun endlich am 26. Februar beginnen soll, muss dann ein endgültiger Standort auf dem Platz für die StattAuto Station gefunden werden.

Mit dem Antrag, den wir gemeinsam mit den Grünen in den Ortsbeirat eingebracht haben, können wir auch die drängendste verkehrspolitische Herausforderung in unserem Ortsverein angehen - die Knappheit der Parkplätze! Ein Carsharing-Auto ersetzt etwa 4 bis 8 private PKW.

Der Ortsbeirat trifft sich wieder am 10. Februar im Altenzentrum St. Nicolai im Lehmberg 24.

Keine Kommentare

Ag60plus - Segeberg (Kreis) - veröffentlicht am 17.01.2010, 22:30 Uhr - 4913 Clicks - Nr. 53

AKN reagiert auf Kundenwünsche, aber leider nicht überall. Mobilitätsservice ist

In den letzten Jahren hat es hauptsächlich im Busbereich eine positive und schnelle Entwicklung gegeben, alte und mit hohen Einstiegen versehene Fahrzeuge durch modernes, mit flachen Zugängen ausgestattetes Material ohne Stufen zu ersetzen.
Jetzt sind die ersten Triebwagen für die AKN eingetroffen.
In den letzten Jahren hat es hauptsächlich im Busbereich eine positive und schnelle Entwicklung gegeben, alte und mit hohen Einstiegen versehene Fahrzeuge durch modernes, mit flachen Zugängen ausgestattetes Material ohne Stufen zu ersetzen. Die so genannten Niederflurbusse sind heute auf vielen Linien ausschließlich im Einsatz und kaum jemand kann sich noch daran erinnern, dass diese Bauart in den 80er Jahren noch nicht vorhanden war - was viele Fahrgäste von der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ausschloss: Kleinere Kinder, ältere Menschen, Personen mit schweren Lasten oder Fahrrädern, Mitbürger/innen mit Rollstühlen, schlicht alle in ihrer Bewegung eingeschränkte Fahrgäste (dazu braucht man nur ein gebrochenes Bein) hatten Probleme, einzusteigen. Dies gehört bei Bussen glücklicherweise sehr weitgehend der Vergangenheit an. Die AKN hat 2002 die ersten fünf Züge der Bauart "LINT" geliefert bekommen, die diesen notwendigen Anforderungen entsprechen. Zwischenzeitlich ist ein weiterer hinzugekommen. Diese Fahrzeuge sind derzeit von Neumünster aus auf der Strecke der Schleswig-Holstein-Bahn nach Büsum und auf der Strecke der nordbahn Richtung Bad Oldesloe im Einsatz.
Für unsere drei Strecken im Hamburger Verkehrsverbund (HVV) konnten bisher noch keine Nachfolger für die seit 1976 im Einsatz befindlichen Triebwagen des Typs VTE geordert werden. Wir sind jedoch weiterhin intensiv auf der Suche nach moderneren Zugtypen mit fahrgastfreundlicheren Einstiegen. Doch nichtsdestoweniger ermöglicht die AKN mobilitätseingeschränkten Fahrgästen den Zugang in die Züge auf ihren Strecken. Ein Service zur Mobilitätshilfe bietet Unterstützung bei Fahrten mit der AKN.

Nähere Informationen unter http://akn.de/cms/front_content.php??idcat=36 und auf der Homepage http://www.akn.de

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - veröffentlicht am 18.01.2010, 14:16 Uhr - 4623 Clicks - Nr. 54

Kreis Stormarn mit vorbildlichem Klimaschutzprogramm

Der Kreistag des Kreises Stormarn hat ein neues Klimaschutz-Programm verabschiedet, die zweite Fortschreibung des ersten Klimaschutz-Programms von 1996. Der Kreis Stormarn hat als einziger Kreis Schleswig-Holsteins ein Klimaschutz-Programm seit 1996. Wichtigste Ziele sind eine vorbildliche Kreisverwaltung im Klimaschutz und Hilfestellung beim Klimaschutz in ganz Stormarn.

Dafür haben die Experten im Fachbereich Umwelt Maßnahmen in 14 Handlungsfeldern für die eigene Zuständigkeit der Verwaltung vorgeschlagen und viele Aktionen im Kreis mit den verschiedensten Partnern.
Zu finden ist das Programm hier.

Grundlage für die Entwicklung von effizienten Klimaschutz-Maßnahmen war eine Analyse der Klimaschutzbeiträge wichtiger Handlungsfelder. Dabei liegen die Erneuerbaren Energien im Kreis unangefochten an der Spitze mit einer Verminderung von Treibhausgasen von über 86.000 t CO2 im Jahr. Der Spitzenreiter Windkraft bestreitet davon heute 2/3.

Betrachtet man aber die Potenziale auf der Basis heute verfügbarer Technik, können Solarenergie und Biomasse stark aufholen. Interessant sind dabei vor allem die vielen größeren Dachflächen von Gewerbe, Schulen, Vereinen und in der Landwirtschaft, von denen viele ideale Bedingungen für Photovoltaikanlagen bieten. Das verstärkte Interesse von Investoren und Bürgersolaranlagen-Gemeinschaften wie der Solarkraft Stormarn zeigt, dass hier Investitionen weiterhin wirtschaftlich interessant sind.

Im ländlichen Bereich gibt es immer mehr Interesse an dem Modell der 100%-Erneuerbare-Energien-Regionen, wobei dabei vor allem Biogasanlagen eine große Rolle spielen.

Einer der wichtigsten Klimaschutzbereiche bleibt der Gebäudebestand, da er den Löwenanteil der Treibhausbelastung im Energiesektor verursacht. Das ist aber auch der Bereich, in dem der Klimaschutz eine hohe regionale Wertschöpfung auslöst und wichtige regionale Arbeitsplätze sichert oder sogar zusätzlich schafft: 2008 ist die energetische Sanierung bzw. der energiesparende Neubau von 1.874 Wohneinheiten im Kreis von der KfW mit 83 Millionen € gefördert worden. Mit der Förderung wurde eine Investition von 208 Mio € ausgelöst, die dem regionalen Handwerk direkt zugute gekommen ist und Arbeitsplätze gesichert hat. Der Klimaschutzeffekt nur dieser Maßnahmen aus dem Jahr 2008 ist erheblich und liegt nach den Berechnungen bei über 3.500 t CO2 im Jahr.

Der Gebäudebestand bleibt in einem dicht besiedelten Kreis wie Stormarn mit seiner gewachsenen Gewerbestruktur weiter ein wichtiger Handlungsbereich für den Klimaschutz. Die guten Erfahrungen beim Kreis mit der Erstberatung der Bürger im Förderdschungel haben schon zu vielfacher Nachahmung geführt und sollen weiter verfolgt werden.

Für den eigenen Gebäudebestand des Kreises enthält das Programm ebenfalls

richtungweisende Vorschläge, z.B. den Einbau von Blockheizkraftwerken (BHKW), wo es keine Fernwärmeversorgung per BHKW gibt und Solaranlagen, wo die Dächer geeignet sind. Hier sind auch Bürgersolaranlagen willkommen. Daneben soll die Technik weiter stromsparend umgestellt werden, u.a. mit dem weiteren Ersatz von PCs durch Thin clients, die bis zu 80 % gegenüber einem PC sparen, da sie die Rechenleistung des Netzservers nutzen.
Die Kreisverwaltung kann auch im Bereich Mobilität das Klima entlasten, z.B. mit einem Anreiz für die Mitarbeiter/innen zum Umsteigen auf Bahn und Bus. Bei der günstigen Lage am Bahnhof kommen schon heute viele mit der Bahn, das könnten aber mit einem Jobticket, also einem Rabatt auf ein Jahresabonnement, noch viel mehr werden. Deshalb soll die Kreisverwaltung möglichst kostenlose Rahmenverträge für Jobtickets für Ihre Beschäftigten im HVV und SH-Tarif schließen. Im Außenbereich des HVV-Gebiets hätte das Pilotcharakter und ist als einfache Klimaschutzmaßnahme auch den Unternehmen im Kreis zu empfehlen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 19.01.2010, 13:32 Uhr - 63424 Clicks - Nr. 55

Kein Ausstieg aus dem Einstieg – 3. Kita-Jahr muss beitragsfrei bleiben!

Die SPD-Landtagsfraktion hat für die Plenartagung nächste Woche eine Aktuelle Stunde zum Thema „Beitragsfreiheit des 3. Kita-Jahres erhalten" beantragt. Dazu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber:
Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion hat in einem Interview am 17. Januar gesagt, im Zusammenhang mit Sparvorschlägen für den Haushalt „stehen selbstverständlich auch die KiTa-Gebühren auf dem Prüfstand". Für die SPD-Landtagsfraktion kommt ein Ausstieg aus dem Einstieg in die beitragsfreie Kita-Betreuung nicht in Frage! Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle Kinder, und das beginnt beim Besuch der Kindertagesstätten. Deshalb streben wir mittelfristig die Ausweitung der Beitragsfreiheit an.
Mit seiner unverhohlenen Anregung, die vor gerade einem halben Jahr eingeführte Beitragsfreiheit in Frage zu stellen, macht der CDU-Fraktionsvorsitzende unverblümt deutlich, dass Schwarz-Gelb offenbar bereit ist, die Steuergeschenke für Hoteliers, Besserverdienende, reiche Erben und Vermögende durch Eltern bezahlen zu lassen.
Wir wollen in einer Aktuellen Stunde wissen, was hinter der Ankündigung des CDU-Fraktionsvorsitzenden steckt.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 19.01.2010, 13:53 Uhr - 72890 Clicks - Nr. 56

Neubau von Kohlegroßkraftwerken ist ein energie- und klimapolitischer Irrweg

Zum Erörterungstermin für den geplanten Bau zweiter Steinkohle-Kraftwerksblöcke in Brunsbüttel sagte der energiepolitische Sprecher des SPD-Landesverbandes Stefan Bolln:

Wer heute auf den Bau von Kohlegroßkraftwerken ohne Kraft-Wärme-Kopplungs setzt, befindet sich auf den klimapolitischen Irrweg. Weder das untaugliche Feigenblatt einer nicht realisierbaren CO2-Abscheidungstechnik noch die angebliche spätere Energielücke rechtfertigen den Bau dieser Großtechnik , die die Investitionen für regenerative Energien verbaut, das

Monopol der Energieriesen für die Laufzeit von 40 Jahren sichert und ohne Akzeptanz in der Bevölkerung vor Ort ist. Dies belegen die heute vorliegenden fast 5.000 Einwendungen gegen den Bau der Kohlekraftwerke in Brunsbüttel.

Die SPD in Schleswig-Holstein setzt auf eine dezentrale Energieversorgung: Durch den Erhalt und Aufbau eigener Stadt- und Gemeindewerke können wir die kommunale Versorgung ausbauen – und stärken damit Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien. Nur so können wir den Herausforderungen der Energie- und Klimaschutzpolitik erfolgreich entgegen treten. Neue Kohlkraftwerke zur ausschließlichen Stromproduktion dürfen in unserem Land der Erneuerbaren Energien nicht gebaut werden, weder in Brunsbüttel noch anderswo.

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - veröffentlicht am 19.01.2010, 15:04 Uhr - 58822 Clicks - Nr. 57

"Weniger ist mehr"
Maria Damanaki bekennt sich zu ambitionierter Reform der EU-Fischereipolitik

Die designierte EU-Kommissarin für Fischerei- und Meerespolitik Maria Damanaki überzeugte in ihrer Anhörung die Abgeordneten des Europäischen Parlaments durch ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Fischereipolitik. Die Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion für Fischereipolitik, Ulrike RODUST, äußerte sich zufrieden mit der Vorstellung der Griechin: "Sie hat deutlich gemacht, dass es hier kein ‚Weiter so' geben darf. Ich bin mir sicher, dass sie die anstehende Reform zu einem Erfolg führen und sich dafür einsetzen wird, der dramatischen Überfischung unserer Meere ein Ende zu bereiten."

Damanaki machte deutlich, dass wirtschaftlicher und sozialer Erfolg der Europäischen Fischerei ohne ökologische Rücksichtnahme nicht zu haben sei. Nur wenn heute weniger Fisch gefangen wird, könnten sich die Fischbestände erholen. Erst dann könnten auch die europäischen Fischer wieder rentabel arbeiten. "Diese zutreffende Analyse ist unglaublich wichtig. Viel zu lange hat in der Fischereipolitik kurzfristiges Denken vorgeherrscht. Das gestärkte Europäische Parlament und die zukünftige EU-Kommissarin müssen dem ein Ende bereiten", so Ulrike RODUST.

Die Sozialdemokratin begrüßte außerdem Damanakis Bekenntnis zur Verantwortung für die sozialen Folgen der anstehenden Reform: „Wenn wir die Zahl der Schiffe reduzieren wollen – und das müssen wir – wird es auch zu sozialen Härten kommen. Die neue Kommissarin hat deutlich gemacht, dass wir die Fischer nicht allein lassen dürfen, sondern dass wir Mittel für Qualifikationen und Umschulung zur Verfügung werden stellen müssen."

Auch in einer Herzensangelegenheit freute sich Ulrike RODUST über die Aussagen Damanakis: Diese machte deutlich, dass bei zukünftigen Fischereiabkommen mit Drittländern Kriterien wie Menschenrechte und Demokratie eine wichtigere Rolle spielen werden. Unter Federführung von Ulrike RODUST hatte das Europäische Parlament im September 2009 aufgrund der dortigen Menschenrechtssituation ein Fischereiabkommen mit Guinea auf Eis gelegt.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 19.01.2010, 21:58 Uhr - 6499 Clicks - Nr. 58

Neue Impulse für Kieler Wirtschaftspolitik 2010

Der SPD-Kreisverband hat ein umfassendes Thesenpapier zur kommunalen Wirtschaftspolitik vorgelegt. Damit ist nach der Sozial- und Kulturpolitik ein weiterer Baustein für die perspektivische Entwicklung unserer Stadt gesetzt. Dazu erklärten die Initiatoren des Papiers SPD-Kreischef Rolf Fischer und Kreisvorstandsmitglied Hans-Peter Mallkowsky:
"Die Landeshauptstadt Kiel braucht einen Neuanfang in der kommunalen Wirtschaftspolitik.
Sie leidet nicht nur unter der aktuellen Wirtschaftskrise, sondern auch darunter, dass in den letzten Jahren zentrale Aufgaben vernachlässigt wurden. Vorhandene Stärken und Potenziale wurden nicht ausgebaut, Entwicklungen verpasst und Entwicklungsziele kaum definiert.

Gerade in der aktuellen Krise kann kommunale Wirtschaftspolitik so gut wie nicht mehr über die klassischen Instrumente wie Steuer- und Hebesätze, Abgaben oder Fördergelder betrieben werden kann. Dazu ist die Zahl der Gewerbesteuerzahler in Kiel zu gering und das Steueraufkommen abhängig von der Ertragslage weniger Unternehmen, die z.T. in großen Schwierigkeiten stecken. Traditionelle Aufgaben wie Stadtmarketing, Flächenmanagement und kommunale Betriebe bleiben wichtig. Vollkommen neu aufgebaut werden muss hingegen eine enge Zusammenarbeit mit den wichtigen ökonomischen, innovativen und kreativen Akteuren in der Stadt. Wir setzen weiterhin auf die Rekommunalisierung.

Wir benötigen u.a. eine Stärken und Schwächen-Analyse, engere Kooperation mit den Hochschulen in Kiel und eine Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit den Nachbarn. Der Umstand, dass die ehemalige KERN-Region in Schleswig-Holstein am Ende der Empfänger europäischer Fördergelder steht, ist nicht länger hinnehmbar. Das Papier enthält eine Vielzahl weiterer konkreter Vorschläge.

Mit der Einrichtung des neuen Dezernats für Arbeit und Wirtschaft müssen strategische Aufgaben und operative Kompetenzen zusammengeführt werden. Dieses neue Dezernat sollte nicht nur die klassischen Aufgaben wahrnehmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Zuständigkeiten für die kommunalen Betriebe und Beteiligungen und z.B. des Stadtmarketings, sondern darüber hinaus in folgenden Bereichen neue Zuständigkeiten erhalten oder mindestens eine Querschnitts-und Controllingfunktion übernehmen z.B. in der Innenstadtentwicklung, bei Förderprogrammen und bei den Zuständigkeiten für die Arbeitsmarktpolitik.

Wir wollen Fortschritte! Deshalb erwarten wir eine breite öffentliche Diskussion des Papiers, denn die ökonomische Entwicklung Kiels nimmt alle Akteure in die Pflicht."

Anhang: Wirtschaftspapier

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - veröffentlicht am 20.01.2010, 08:42 Uhr - 4992 Clicks - Nr. 59

Kein Ausstieg aus dem Einstieg - 3. Kita-Jahr muss beitragsfrei bleiben!

Die SPD-Landtagsfraktion hat für die Plenartagung nächste Woche eine Aktuelle Stunde zum Thema "Beitragsfreiheit des 3. Kita-Jahres erhalten" beantragt. Dazu erklärt der

Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber:
er Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion hat in einem Interview am 17. Januar gesagt, im Zusammenhang mit Sparvorschlägen für den Haushalt „stehen selbstverständlich auch die KiTa-Gebühren auf dem Prüfstand". Für die SPD-Landtagsfraktion kommt ein Ausstieg aus dem Einstieg in die beitragsfreie Kita-Betreuung nicht in Frage! Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle Kinder, und das beginnt beim Besuch der Kindertagesstätten. Deshalb streben wir mittelfristig die Ausweitung der Beitragsfreiheit an.

Mit seiner unverhohlenen Anregung, die vor gerade einem halben Jahr eingeführte Beitragsfreiheit in Frage zu stellen, macht der CDU-Fraktionsvorsitzende unverblümt deutlich, dass Schwarz-Gelb offenbar bereit ist, die Steuergeschenke für Hoteliers, Besserverdienende, reiche Erben und Vermögende durch Eltern bezahlen zu lassen.

Wir wollen in einer Aktuellen Stunde wissen, was hinter der Ankündigung des CDU-Fraktionsvorsitzenden steckt.

Keine Kommentare

Jusos Steinburg - veröffentlicht am 20.01.2010, 11:47 Uhr - 8884 Clicks - Nr. 60

Itzehoer CDU soll endlich mit offenen Karten spielen!
Der CDU-Ratsherr Ralph Busch hat mit seinem Eingabe an die Stadt für reichlich Verwirrung gesorgt. Indirekt scheinen seine Fragen „zum veränderten Freizeitverhalten der Jugendlichen" darauf abzuzielen, den Sinn eines neuen Jugendzentrums in Frage zu stellen.
Der CDU-Ratsherr Ralph Busch hat mit seinem Eingabe an die Stadt für reichlich Verwirrung gesorgt. Indirekt scheinen seine Fragen „zum veränderten Freizeitverhalten der Jugendlichen" darauf abzuzielen, den Sinn eines neuen Jugendzentrums in Frage zu stellen.
In der heutigen Sitzung des Jugend- und Sportausschusses steht die Thematik wieder auf der Tagesordnung. Die Vertreter des Itzehoer Jugendparlaments haben bereits angekündigt, der Sitzung beiwohnen zu wollen, um klar zu stellen, dass es zu einem neuen HdJ keine Alternative gibt.
Auch die Jusos Steinburg sehen das ähnlich, denn seit zwei Jahren harrt das zentrale Jugendzentrum Itzehoes in einem für den Zweck völlig ungeeigneten Bau am Holzkamp aus. Dazu äußerte sich der Kreisvorsitzende der SPD-Jugendorganisation Arne Engelbrecht:
„In den Räumlichkeiten gibt es keine vernünftigen Werk- und Handarbeitsräume. Die Größe der einzelnen Räume ist völlig unterdimensioniert. Konzerte müssen aufgrund der Lage mitten in der Stadt und einzelner wenig toleranter Nachbarn selbst am Wochenende um 22 Uhr beendet sein, während die Kneipen und Bars in der Nachbarschaft bis weit nach Mitternacht geöffnet haben."
Die Eingabe des Christdemokraten Busch bewerten die Jusos ähnlich wie die Vertreter des Jugendparlaments und gehen sogar noch weiter:
„Bisher hat die CDU immer scheinheilig ein neues HdJ mitgetragen. Das Misstrauen der Itzehoer Jugendlichen gegenüber der Politik will die CDU jetzt anscheinend bestätigen und den Neubau in Frage stellen.
Wir Jusos fordern die Ratsherren der Itzehoer CDU auf, endlich mit offenen Karten zu spielen und dazu zu stehen, dass sie kein neues HdJ wollen.
Nach Jahren des Hinhaltens haben die Jugendlichen und jungen Bürger dieser Stadt es nicht verdient, von der CDU vorgeführt zu werden!", so der Juso-Vorsitzende abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - veröffentlicht am 21.01.2010, 11:45 Uhr - 9850 Clicks - Nr. 61

Zukunft der Müllabfuhr in Nordfriesland
Kommunalisierung oder Lohndrückerei

Der Kreistag wird auf seiner Sitzung am 12.02.2010 entscheiden, ob die Abfuhr unseres Mülls erneut ausgeschrieben oder ob diese Aufgabe rekommunalisiert werden soll, weil sonst Dumpinglöhne zu befürchten sind.
Der SPD-Kreisverband und die SPD-Kreistagsfraktion laden aus diesem Anlass zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung ein, die am

Donnerstag, den 28.01.2010 um 13:30 Uhr im Hotel "Rosenburg" in Husum, Schleswiger Straße 65

stattfinden soll.

Die Veranstaltung wird mit 4 Kurzvorträgen von Fachleuten beginnen und nachfolgend Gelegenheit bieten, die gesamte Thematik zu diskutieren.

Vorträge:

Darstellung der gegenwärtigen Situation der Müllabfuhr in Nordfriesland
Hans-Joachim Alfeld, Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsgesellschaft NF (AWNF)

Vor- und Nachteile von kommunalen Betrieben
Dr. Berend Krüger, tätig im „Verband Kommunale Abfallwirtschaft", Sprecher der Geschäftsführer der Stadtreinigung Hamburg bis 31.12.2006

Erfahrungen bei der Ausschreibung von Abfallsammelleistungen unter besonderer Berücksichtigung der am 21.1.2010 erfolgten Neuvergabe der Sammlung von Altpapier im Kreis Rendsburg-Eckernförde
Ralph Hohenschurz-Schmidt, Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsgesellschaft Rendsburg-Eckernförde (AWR)

***Probleme für Arbeitnehmer bei Ausschreibungen**, nachdem Tariftreue, aufgrund einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, nicht mehr verlangt werden darf*
Jürgen Reimer, Geschäftsführer ver.di, Bezirk Westküste.

Die Einladung als pdf-Datei finden Sie auf der Seite des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - veröffentlicht am 21.01.2010, 13:46 Uhr - 4526 Clicks - Nr. 62

Gewalt gegen Frauen auch europaweit entschieden entgegentreten
Zur EU-Initiative gegen Gewalt an Frauen erklären die Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für Gleichstellung Siegrid Tenor-Alschausky und der europapolitische Sprecher Rolf Fischer: „Wir begrüßen es, dass die spanische EU-Ratspräsidentschaft sich erstmals verstärkt dem Thema Gewalt gegen Frauen annehmen wird und dies ganz oben auf ihre Agenda für das erste

Halbjahr 2010 setzt. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur in Deutschland, sondern EU-weit leider immer noch weit verbreitet.
Um den Kampf gegen Gewalt an Frauen europaweit aufzunehmen, wird in der EU eine Beobachtungsstelle eingerichtet, die Daten über Misshandlungen sammeln und auf deren Grundlage das Thema untersuchen wird. Wir erwarten, dass die Landesregierung sich den Plänen anschließt und die Entscheidungen nationaler Gerichte zum Schutz misshandelter Frauen auch grenzüberschreitend anerkannt werden. Das ist ein zusätzliches Maß an Sicherheit und erlaubt eine höhere Mobilität für betroffene Frauen. Sollte dies nicht von Berlin realisiert werden, dann wird die SPD dazu eine parlamentarische Initiative starten."

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - veröffentlicht am 21.01.2010, 14:45 Uhr - 14211 Clicks - Nr. 63

SPD-Steinburg sucht neue Wege
Auf einer Mitgliederversammlung, die Moderator Lothar Schramm als OpenSpace organisiert hatte, wurde Ideen für den Weg aus dem Tief gesucht, in dem sich nicht nur die Steinburger Sozialdemokraten befinden. Diese Versammlung war organisatorisch vorbereitet, die Festlegung der Inhalte blieb den TeilnehmerInnen vorbehalten.
Die stellvertretende Landesvorsitzende Bettina Hagedorn war als Beobachterin gekommen, um Hinweise und Ideen aus Steinburg aus erster Hand mit nach Kiel zu nehmen. Sie hat sich wie alle TeilnehmerInnen an den Gesprächen beteiligt und beigetragen zur Ideenfindung. Es ergaben sich aus der Runde sieben Arbeitsgruppen. Die neue Veranstaltungsform hat die inhaltlichen Erwartungen erfüllt, es haben sich GenossInnen beteiligt, die auf Parteitagen wohl nicht zu Wort gekommen wären oder sich nicht eingebracht hätten. Es sind die Themen angesprochen worden, die den TeilnehmerInnen wichtig waren und es sind Anstöße für die weitere Arbeit im Kreisverband entwickelt worden. Die Beteiligung haben sich die Organisatoren etwas stärker gewünscht, wurden in ihren Vorhersagen aber bestätigt. Von mehreren Seiten hieß es, dass die Straßenverhältnisse eine stärkere Beteiligung verhindert hatten. Auch die Bereitschaft für Essen und Trinken zu bezahlen lag auf dem Niveau der Vorhersage, dem Charakter der Veranstaltung angemessen, war es den TeilnehmerInnen nämlich freigestellt worden, soviel zu bezahlen, wie man es für angemessen hielt. Auch in der praktischen Solidarität hat sich die Veranstaltung in die sozialdemokratische Tradition eingeordnet, alle haben mit geholfen beim Auf- und Abbau, es war ein Veranstaltung der SPD-Steinburg. Die meisten sahen die Veranstaltung als gelungenen Einstieg in die Neubesinnung der Partei an.

Es folgt ein Bericht über die Inhalte der Arbeitsgruppen:

Das Thema ***Friedens- kontra Interventionspolitik*** *wurde besonders heftig diskutiert. Für die Beteiligten hängt von diesem Politikfeld die Glaubwürdigkeit der SPD in besonderem Maße ab. Aus der Gruppe wurde die Forderung laut, sich auf einer größeren Veranstaltung und mit sach- und fachkundigen Menschen eingehend mit der Frage zu befassen, wie es aus unserer Sicht mit dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr weitergehen soll. Mit dem Konzept des OpenSpace ist es verbunden, dass sich jede TeilnehmerInn nach eigenem Wunsch auch von der ursprünglichen Thematik ab- und anderen Themen zuwendet. So war am Ende der Gruppenphase dieses Thema am stärksten besetzt. Die Diskussion war besonders ergiebig, weil Mitglieder der Friedensbewegung, ein pensionierter Berufssoldat und ein pensionierter Pastor ihre Standpunkte austauschen konnten. Diese Gruppe bildete die Pluralität unserer Partei besonders deutlich ab. Die Grundüberzeugung, dass der zunehmende Einsatz*

militärischer Mittel uns in weitere Probleme hineinführt, anstatt si zu lösen war allen gemeinsam. Über den Weg zu einer sinnvollen weltumspannenden Friedenspolitik muss innerhalb der Partei und nach außen gestritten werden.

Von dem gleichen grundsätzlichen Ernst und Eifer war die Diskussion in der Gruppe getragen, die sich mit der ***Gesundheits- und Sozialpolitik*** *beschäftigte. Wie in der Öffentlichkeit wurde hier zunächst auf die Bereiche geschaut, wo die Reformen, die der SPD so geschadet haben, Nachteile bringen. Mit Nachdenklichkeit wurde das Argument betrachtet, dass es auch Gewinner aus den Reformen gegeben hat. Selbstverständlich und zu Recht, wird ein Mensch, der in Ausbildung oder Arbeit gekommen ist, seine eigenen Anstrengungen und seinen Einsatz als wesentlichen Grund dafür sehen, dass er nicht von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Wo hier die Politik die Grundlagen gelegt hat, kann ein betroffener Mensch kaum erkennen. Eine grundsätzliche Forderung aus dieser Gruppe war die Abschaffung von sogenannten Ein-Eurojobs und der geringfügigen Beschäftigung, die unter der Bezeichnung 400-Eurojobs bekannt sind, das basiert auf der Forderung, dass für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt werden muss. Die ursprüngliche Idee mit diesen Mitteln Einstiegsmöglichkeiten in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen, hat sich weitgehend nicht verwirklichen lassen. Im Gegenteil, diese Instrumente sind vielerorts in ihrer Wirkung gegen die Beschäftigten ausgenutzt worden und haben die Sozialsysteme weiteren Belastungen ausgesetzt. Dass es wieder selbstverständlich werden soll, dass jeder Mensch vollständig und umfassend medizinisch versorgt wird, war eine weitere Grundposition in dieser Diskussion.*

Die Beschäftigung mit der ***Finanz- und Steuerpolitik*** *hat hauptsächlich die Notwendigkeit betont, dass der Staat ohne ausreichende Einnahmen seine Handlungsfähigkeit verliert. Die aktuelle Regierungspolitik wird als sehr riskant betrachtet, weil sie anstatt auf Sicherung der Einnahmen zu achten, mehr Aktivitäten bei der Ausgabenseite betreibt, von denen nur wenige Menschen profitieren können.*
Die Bildung war der Arbeitsschwerpunkt einer weiteren Gruppe. Die Chancengleichheit aller SchülerInnen stand im Mittelpunkt der Betrachtungen. Die in der Öffentlichkeit wenig beachtete unterschiedliche Finanzkraft der Schulträger wurde problematisiert. Für die SPD ist es klar, dass die Entwicklung zur Gemeinschaftsschule unumkehrbar ist und dass dafür die nötigen Mittel bereitgestellt werden müssen. Als eine Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeit in den Schulen wird die Entlastung der Lehrer von unterrichtsfremden Tätigkeiten gesehen. Insgesamt wurde bemängelt, dass die Zukunftswirkung der Bildung nicht überall erkannt und berücksichtigt wird. Konkret wurde gefordert, die Bildungspläne für ein achtstufiges Gymnasium zu entrümpeln, weil es keinen Sinn macht den selben Inhalt mit den selben Stundenzahlen auf acht statt auf neun Jahr zu verteilen.

Um mit einem scheinbaren Gegensatz zwischen Umweltpolitik und Politik für die Menschen aufzuräumen hat sich eine Gruppe unter dem Thema ***Ressourcenschonung*** *zusammen gefunden. Konkret wurde der Kreis – also die Kreistagsfraktion – aufgefordert, die Windenergienutzung durch ein klares Konzept zu regulieren. Wenn auch einheitlich die Nutzung regenerativer Energien den Vorzug vor umweltbedrohenden Techniken haben soll, so muss doch beachtet werden, dass Nebenwirkungen auftreten, die die Akzeptanz für den sinnvollen Wandel der Energienutzung verhindern. Windräder, die zu nahe an Siedlungen stehen und Biogasanlagen, die landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelerzeugung entziehen, sind Beispiele für negative Auswirkungen eines prinzipiell richtigen Weges. Auch in dieser Arbeitsgruppe wurde die Weltsicht nicht vergessen. Unser Reichtum ist in Frage gestellt, wenn die heute armen Länder den selben Lebensstandard haben wollen wie wir. Bei dieser Frage ist der Energieverbrauch ein zentrales Problem und Handlungsfeld. Hier müssen die*

Länder, die sich das leisten können Vorreiter sein und sowohl den Energieverbrauch als auch die Kohlendioxidproduktion drastisch reduzieren. Das ist auch, wenn es noch nicht allen deutlich ist, ein Beitrag zum Weltfrieden.

*Eine Gruppe hat sich direkt mit den **Parteistrukturen** befasst, und einen Teil der unbefriedigenden Situation darauf zurückgeführt. Dabei sind Überlegungen angestellt worden, die innerparteiliche Änderungen vorschlage, die sich hie mit der Forderung nach mehr Basiswirksamkeit zusammenfassen lassen. Dieser Bereich muss natürlich intern besonders gründlich beraten werden. Dazu wurde ein Antrag an den Landesparteitag gestellt, der das Delegiertensystem abschaffen will und innerparteiliche Direktwahlen fordert. In seiner Konsequenz stellt er radikal die gesamte bisherige Parteistruktur in Frage. Ein anderer Bereich, der auch mit der bisherigen Parteiorganisation im Einklang steht, ist die Forderung, sich in Projekten auch für Menschen zu öffnen, die nur vorübergehend mitarbeiten wollen.*

*Eng damit verbunden war die Frage nach dem **Bild der Partei** in der Öffentlichkeit. Aus dieser Arbeitsgruppe ist die Forderung hervorgegangen, die Mitglieder im Sinne der innerparteilichen Bildungsarbeit besser mit dem gültigen Parteiprogramm vertraut zu machen. Es wurde konstatiert, dass viele GenossInnen dir mit einer inneren Grundüberzeugung fest zur Partei stehen, unsicher sind, wenn sie in Diskussionen nach programmatischen Grundsätzen gefragt werden. Hier wurde am Rande deutlich, dass zwar Neumitglieder eine Kurzfassung des Hamburger Programms bekommen, dass aber sonst kaum einer von dieser Möglichkeit wusste, wie man sich schnell einen Überblick verschaffen kann. Das wird als Symptom für die Überforderung der Basis angesehen, mit der Funktionärsebene mitzuhalten. Diese analytischen Überlegungen müssen natürlich weiter diskutiert werden, konkret soll daraus das Angebot abgeleitet werden, auf der Ebene der Ortsvereine die Kenntnis der Programminhalte zu verbessern. Wir müssen noch überlegen, wie das funktionieren soll. In der Abschlussrunde wurde nämlich von GenossInnen, die genug Zeit gehabt hatten den Vorwärts zu lesen, eingeworfen, dass doch alle Informationen verfügbar gewesen sind. Ganz offenbar trifft diese Idee ein Grundproblem unserer Partei. Wir haben ein internes Vermittlungsproblem, aus dem ein äußeres Vermittlungsproblem wird. Wie soll jemand, der die aktuelle Position der Partei nicht sicher kennt, sie am Infostand, am Stammtisch, im Kollegenkreis oder im Verein vertreten?*

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - veröffentlicht am 21.01.2010, 16:23 Uhr - 69613 Clicks - Nr. 64

Informationsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern

Ulrike Rodust besichtigt Fleischwerk in Valluhn und Fischhandel in Rostock

Lüttow-Valluhn/Rostock: Mit der Besichtigung des Fleischwerks der Edeka-Handelsgruppe in Valluhn beginnt die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Freitag (22. Januar 2010) ihren Informationsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Betriebsbesichtigung wird Rodust von früheren Fraktionskollegen aus dem schleswig-holsteinischen Landtag begleitet.

Im Anschluss an das Gespräch mit Vertretern der Edeka-Nord und der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns geht es für die agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament weiter nach Schwerin. Hier stehen Gespräche mit der SPD-Landtagsfraktion auf dem Programm.

Als letzte Station in Mecklenburg-Vorpommern steht nachmittags ein Besuch des Edeka-Centers Schlickeisen in Rostock an. Hier werden sich die SPD-Politikerin und ihre Mitarbeiter über das Fischangebot der Lebensmittelkette informieren. Mit dem Geschäftsführer der Edeka-Nord, Carsten Koch, wird Rodust sich über die ersten Erfahrungen des Konzerns mit der Umstellung auf den Handel mit Produkten der nachhaltigen Fischerei austauschen.

Rodust, die als fischereipolitische Koordinatorin ihrer Fraktion an der Reform der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik beteiligt ist, begrüßt das Engagement der Hamburger Edeka-Gruppe zusammen mit dem World Wild Fund For Nature (WWF). „Ich bin überzeugt, dass das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist", so Rodust „Politik, Wissenschaft und Wirtschaft müssen zusammenarbeiten, um der Überfischung unserer Meere entgegenzuwirken".

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - veröffentlicht am 21.01.2010, 17:05 Uhr - 3210 Clicks - Nr. 65

SPD-Engelsby: Resolution für Erhalt der ARGE

Die Ratsversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung einstimmig eine Resolution zum Erhalt der ARGE verabschiedet. Damit bekennt sich die Stadt Flensburg zu ihrer Verantwortung für eine kommunale Arbeitsmarktpolitik und lehnt die Absicht des Bundes, die Aufgaben des SGB II ab 2011 in getrennter Trägerschaft durchführen zu lassen, strikt ab.
Gleichzeitig werden Bundesregierung und Bundestag aufgefordert, unverzüglich eine Grundgesetzänderung herbeizuführen, die der Arbeitsgemeinschaft Flensburg die Fortsetzung ihrer erfolgreichen Arbeit in Kooperation mit der Agentur für Arbeit ermöglicht. Zusätzlich zur Form der Arbeitsgemeinschaft ist für weitere kommunale Träger die Möglichkeit zu eröffnen, die Aufgaben nach dem SGB II in alleiniger Verantwortung als so genannte Optionskommunen durchzuführen.

Im Interesse der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II mit ihren Familien will die Stadt Flensburg die Unterstützung bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Gewährung der Hilfe zum Lebensunterhalt aus einer Hand sicherstellen. Unter Berücksichtigung der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen ab 2011 wird sie auch prüfen, diesen Anspruch als "Optionskommune" umzusetzen.

„Die Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaft ist anerkannt und erfolgreich. So konnte die Zahl der Kunden von Mitte 2006 bis heute von knapp über 13.000 auf aktuell gut 11.100 reduziert werden – und das trotz der Wirtschaftskrise", betonte Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner heute in der Ratsversammlung. „Diese positive Entwicklung ist deutlich höher als in den anderen Städten in Schleswig-Holstein und in Prozenten etwa dreimal so hoch wie im bundesweiten Durchschnitt. Diese Erfolge sind entscheidend durch die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre eingebrachte Kompetenz und ihr Engagement mit geprägt worden", erläuterte der Oberbürgermeister. „Wir wollen deshalb durch diese Resolution ein deutliches Zeichen nach Berlin schicken, dass man sich dort mit den Plänen für eine Aufgabentrennung auf einem gefährlichen und sogar unsinnigen Weg befindet", so Tscheuschner.

Trotz dieser positiven Erfahrungen, die auch für viele andere Arbeitsgemeinschaften gelten, sieht der Koalitionsvertrag der Bundesregierung aber vor, dass man nicht das Grundgesetz

ändern werde sondern vielmehr ab 2011 eine Aufgabentrennung erfolgen soll.

Die Kommunen würden damit insbesondere auf die Abwicklung der Kosten der Unterkunft in weitgehender Abhängigkeit von den Entscheidungen der Agentur für Arbeit degradiert, ohne selbst aktiv Einfluss auf den regionalen Arbeitsmarkt nehmen zu können.

Viel stärker ist jedoch, dass die mit einer Aufgabentrennung verbundene Bürokratie, die Hartz-IV-Reform absolut ins Gegenteil verkehren würde.

Statt einer Anlaufstelle hätten die Bürgerinnen und Bürger - und in Flensburg sind es alleine über 11.000 Betroffene - es dann ständig mit zwei Behörden zu tun. Für eine Lebenslage müssen sie zwei Anträge stellen, sie erhalten zwei Bescheide, sie müssen zwei Entscheidungen, die in unmittelbarem Zusammenhang stehen, prüfen und gegebenenfalls auch gegen beide getrennt angehen.

Der Deutsche Städtetag schätzt den Mehraufwand der Aufgabentrennung allein für die Kommunen auf über 100 Millionen Euro.

Quelle: Pressestelle Stadt Flensburg

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 21.01.2010, 17:39 Uhr - 2067 Clicks - Nr. 66

Rede der Fraktionsvorsitzenden Gesa Langfeldt zum Thema Flughafen
Anlässlich des Antrages der Linken zur Stilllegung des Flughafens Kiel hat die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion deutlich gemacht, woran sich der Diskussionsprozess zur zukünftigen Entwicklung des Flughafenareals orientieren muss: Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit.

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute „dürfen" wir wieder mal über den Flughafen diskutieren – diesmal auf Initiative der Linken. Bereits im September letzten Jahres schlugen die Wellen in der Presse hoch, als ein grüner Bundestagskandidat den Vorstoß wagte, über eine mögliche Schließung des Flughafens bis 2012 laut nachzudenken. Nun treiben die Linken diese Sau wieder durchs Dorf. Ich sage Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Linken: wir lassen uns von Ihnen nicht den Takt vorgeben.

Aber wenn wir schon mal dabei sind, nun ein paar Worte zum Thema an sich:

• Wir alle wissen, dass eine Entscheidung für oder gegen den Kieler Flughafen schwerwiegende Konsequenzen nach sich zieht und sorgfältig geprüft werden muss. Ein Rückbau des Flughafengeländes, das Zigmillionen kosten würde, wäre unumkehrbar. Und auch rechtlich finden wir hier eine Einbahnstraße vor: eine erneute Genehmigung für Flugverkehr wäre nie und nimmer zu erreichen. Also müssen wir hier in aller Ruhe abwägen.

• Es wird viel über den Zusammenhang von MFG5 und Flughafen geredet. Dieser

Zusammenhang besteht tatsächlich: solange das MFG5 nämlich bleibt, ist auch der Bestand des Flughafens garantiert. Andersherum besteht der Zusammenhang aber nicht: wenn das MFG5 geht, bedeutet das nicht automatisch das Aus für den Flughafen.

• Daher ist die Position der SPD-Ratsfraktion eindeutig: lassen Sie uns dafür sorgen, dass das MFG5 mit seinen annähernd 1.000 Beschäftigten bleibt, dann können wir in aller Ruhe das Gelände des Flughafens gewerblich weiterentwickeln und brauchen das ganze Getöse um die Schießung nicht mehr.

• Es ist ja auch nicht so, dass das Land bereits aus der Flughafengesellschaft ausgestiegen ist. Da wird auch noch einiges Wasser die Förde rauf und runterlaufen, bis es so weit ist. Wenn das Land aussteigt, werden wir noch mehr vor der Frage stehen, ob wir den Flughafen aufrechterhalten können , wenn er weiterhin weit über eine Millionen Euro Defizit pro Jahr produziert. Natürlich können wir das nicht. Deshalb haben wir in unserem Kooperationsvertrag auch festgehalten, dass wir das Defizit deutlich senken wollen.

• Wir sind keine Utopisten: im Moment stehen die Zeichen auf Abzug des MFG5. Unter dieser Annahme ist es richtig, mit den Konversionsplanungen zu beginnen, den jeweils aktuellen Stand in den Ortbeiräten zu diskutieren. Wir wären schlecht beraten, wenn wir erst mit dem Denken beginnen würden, wenn der letzte Soldat abgezogen ist.

• Die Befürworter des Kieler Flughafens befürchten, dass Kiel als Wirtschaftsstandort weiter an Boden verliert und weiter ins Abseits gerät, sollte der Flughafen geschlossen werden. Genau das muss und wird unser Kompass sein bei der Entscheidung über die Fortführung oder Schließung des Flughafens: unter welchen Bedingungen sehen wir bessere wirtschaftliche Entwicklungschancen für die Landeshauptstadt Kiel. Könnten dort leicht deutlich mehr als die vorhandenen 100 Arbeitsplätze entstehen, als durch eine Schließung bedroht wären? Oder kann es gelingen, auf dem Gelände Gewerbe anzusiedeln, das auf Flugbetrieb angewiesen ist? Wie verhält es sich mit den tatsächlichen Rückbaukosten? Wie viel Ansiedlungen bräuchten wir, um das zu kompensieren? Je nachdem, wie diese Fragen beantwortet werden, muss auch unsere Entscheidung fallen.

• Und wenn der IHK-Präsident Klaus-Hinrich Vater - an ihre Adresse Kollegen der Linken - sagt, er sei überrascht, wie gering das von schnellen Verkehrsverbindungen abhängige Transplantationszentrum und die am Flughafen ansässigen Unternehmen von Gegnern geschätzt werden, so gilt auch für sie, erst diese Fragen klären und dann daraus Schlüsse ziehen.

• Die SPD-Ratsfraktion ist nicht untätig: wir werden am kommenden Samstag, den 23.1.2010, eine Klausurtagung auf dem Gelände des Flughafens abhalten, um uns genau mit dieser Frage zu beschäftigen: unter welchen Bedingungen kann das Gelände den größtmöglichen Nutzen für Kiel entwickeln? Das kann ich Ihnen allen nur empfehlen: Begeben Sie sich vor Ort und machen Sie sich ein Bild über die Entwicklungschancen.

• Außerdem werden aktuell vom Eigenbetrieb Beteiligungen und der KiWi Untersuchungen angestellt, wie das gesamte Gelände optimal entwickelt werden kann. Wovon werden wir mehr haben: von einem Gebiet mit oder ohne Flugbetrieb? Diese Frage werden wir beantworten und danach entscheiden.

• Wir erwarten eine ergebnisoffene Diskussion ohne ideologische Scheuklappen. In diesem

Zusammenhang möchte ich noch einmal vor Schnellschüssen und hektischem Aktionismus warnen. In der Ruhe liegt die Kraft, diese Weisheit gilt auch hier. Vorfahrt für Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung muss die Devise heißen.
Wir wollen und werden nichts auf die lange Bank schieben: Das Kieler SPD-Programm gibt uns auf, mit der Entwicklung des Flughafens verantwortungsvoll umzugehen. Genau das werden wir tun.
Deshalb werden wir Ihren Antrag auch zunächst nicht ablehnen, sondern wir werden ihn nur um 6 Monate zurückstellen. Dann sehen wir weiter. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Kommentar von Thilo Pfennig vom 22.01.2010, 01:09 Uhr:
RE: Rede der Fraktionsvorsitzenden Gesa Langfeldt zum Thema
Eine sehr ausgewogene Rede. Kann ich so voll unterschreiben.

SPD-Stormarn - veröffentlicht am 22.01.2010, 13:35 Uhr - 5156 Clicks - Nr. 67

Thönnes: Jetzt bewerben - Workshop für junge Medienmacher im Deutschen Bundestag

„Vom 14. bis 19. März 2010 werden Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren die Möglichkeit haben hinter die Kulissen der Berliner Mediendemokratie zu blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen und besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag", beschreibt SPD-MdB Franz Thönnes das Programm des Medienworkshops.

Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland bereits zum siebten Mal 40 junge Journalistinnen und Journalisten von Schüler-, Vereins-, Jugend- oder anderen Medien nach Berlin ein.

"Generation Global - Einheit. Nachhaltigkeit. Krise." - das ist der diesjährige Titel der Veranstaltung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit politischen und gesellschaftlichen Ereignissen ihrer Generation auseinandersetzen und die Themen aus ihrer Perspektive hinterfragen. „Dieses Thema spricht auch sicher Jugendliche aus den Kreisen Segeberg und Stormarn an. Deshalb wünsche ich mir eine rege Beteiligung an diesem Wettbewerb von jungen Menschen aus unserer Region", so der SPD-Politiker in seinem Aufruf zur Teilnahme.

Bewerben können sich interessierte Jugendliche mit einem Artikel oder einem Video-/Audiobeitrag zu einem Thema, das auf der Homepage http://bundestag.jugendpresse.de/ näher erläutert ist.

Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2010.

„Nähere Informationen können auch in meinem Bürgerbüro unter Tel. 04551-968383 erfragt werden", bietet Thönnes an.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 22.01.2010, 15:17 Uhr - 78229 Clicks - Nr. 68

Nun wird die schwarz-gelbe Koalition noch hinfälliger

Zum Ergebnis der Neuauszählung der Stimmen im Wahlbezirk Husum 3 erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:
Es ist gut, dass diese Neuauszählung stattgefunden hat und nun Klarheit besteht über das tatsächliche Ergebnis der Landtagswahl vom September 2009. Überraschend ist das nicht, dennoch wird weiterhin die Mehrheit der Mandate der regierungstragenden Fraktionen im Landtag nicht der Stimmenmehrheit in der Bevölkerung entsprechen. Für die Regierung und die sie tragenden Fraktionen wird das Regieren jetzt allerdings noch schwieriger. Die Koalition hatte bisher schon nicht die Kraft zu klaren und mutigen Vorhaben und Entscheidungen und wird nun absehbar noch hinfälliger werden.

Die SPD leistet kritische, aber konstruktive Oppositionsarbeit und entwickelt Lösungen und Alternativen, wo die Regierung versagt. Wir hoffen, dass auch alle anderen Oppositionsparteien so handeln. Die schwache schwarz-gelbe Regierung fährt mit platten Reifen. Die Oppositionsfraktionen sollten sich jetzt nicht als Reserverad einer schwachen schwarz-gelben Regierung anbieten bzw. zur Verfügung stellen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - veröffentlicht am 22.01.2010, 19:03 Uhr - 4738 Clicks - Nr. 69

Spendensammlung für Haiti

Ein auf dem Kreisparteitag der SPD aufgestelltes Sparschwein erbrachte eine Sammlung von ca. 240 Euro zugunsten der Erdbebenopfer von Haiti. Das Geld soll an die Deutsche Welthungerhilfe gespendet werden. Wer sich an dieser Aktion beteiligen will, kann das unter diesen Daten tun:

Deutsche Welthungerhilfe
Kennwort: „Nothilfe Haiti"
Konto 1115
BLZ 370 501 98
Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender in Stormarn: „Natürlich gibt es auch viele andere Organisationen, die mit den Spenden vor Ort viel Gutes bewirken können."

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - veröffentlicht am 22.01.2010, 20:04 Uhr - 3071 Clicks - Nr. 70

Das "Team Habersaat" geht an die Arbeit

Zum Start in das neue Jahr hat der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat nun sein Team für die Arbeit im Wahlkreis beisammen und zwei Mitarbeiter eingestellt. Der 32jährige Barsbütteler wird künftig in seiner Arbeit unterstützt von Angelika Lütjens (63, Reinbek) und Jonathan Stahn (20, Oststeinbek). Wer sich mit Fragen oder Anregungen an seinen Landtagsabgeordneten wenden möchte, hat nun zwei Ansprechpartner mehr.
Angelika Lütjens ist Telefonisch unter 04104/4577 zu erreichen, Jonathan Stahn unter 040/71498738. Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten gibt es unter www.martinhabersaat.de.
Alle drei freuen sich auf die vor ihnen liegenden Aufgaben. Martin Habersaat: „Ich wollte gerne ein Team, das aus verschiedenen Ecken des Wahlkreises kommt und verschiedene Erfahrungen einbringt. Die Mischung ist gut gelungen." Jedem Landtagsabgeordneten stehen monatlich 900 Euro zur Verfügung, um sich Verstärkung für die Arbeit im Wahlkreis zu organisieren.
Martin Habersaat, 32, ist seit Oktober 2009 Mitglied des Landtages in Schleswig-Holstein. In der SPD-Fraktion ist er zuständig für die Hochschulpolitik und die Metropolregion Hamburg. Seit 2004 ist Habersaat Vorsitzender der SPD-Stormarn.
Angelika Lütjens, 63, ist 3. stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Reinbek. Sie hat langjährige Erfahrungen in der Kommunalpolitik und unterstützte als Wahlkreismitarbeiterin auch schon Habersaats Vorgänger Klaus-Peter Puls. Sie lebt in Reinbek-Krabbenkamp.
Jonathan Stahn, 20, legte 2009 sein Abitur an der Sachsenwaldschule Reinbek ab und zog dann nach Oststeinbek. Habersaat und er kennen sich aus dessen Zeit als Referendar an der Sachsenwaldschule.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - veröffentlicht am 22.01.2010, 20:42 Uhr - 3995 Clicks - Nr. 71

Eine Mensa für die IGS Barsbüttel

Einweihungsfeier bei der IGS Barsbüttel: Pünktlich zum zweiten Schulhalbjahr wird die IGS eine offene Ganztagsschule, und zum Angebot gehört künftig auch ein leckeres Mittagessen, angeboten vom neuen Mensaverein in der ebenso neuen Mensa. Zur Einweihung konnte Schulleiter Hartmut Johann neben Schülern, Eltern und Lehrern viele Gäste aus Politik und Verwaltung begrüßen, etwa den Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, den Landrat Klaus Plöger und Bürgermeister Thomas Schreitmüller.

Auch Barsbüttels Bürgervorsteher Jörg Kiencke und Hermann Hanser (beide SPD), der Vorsitzende des SKS-Ausschusses, waren gekommen. Klaus Plöger freute sich besonders, dass „in diesen Zeiten eine Gemeinde Millionen in die Bildung investiert und sie nicht Hoteliers hinterherwirft". Sogar anwesende Christdemokraten konnten da Beifall klatschen.

Jetzt wird es darauf ankommen, dass die neuen Angebote gut angenommen werden. Bisher sieht es gut aus: über 270 Anmeldungen gibt es bisher für die Kursangebote am Nachmittag, 100 mehr, als zunächst erwartet.

Foto: Hartmut Johann, Thomas Schreitmüller, Klaus Plöger

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - veröffentlicht am 23.01.2010, 14:02 Uhr - 10422 Clicks - Nr. 72

Kreisverband Pinneberg zeigt Geschlossenheit und sammelt für Haiti

Ohne Gegenstimme hat der außerordentliche Kreisparteitag am 22. Januar 2010 in Uetersen den Antrag des Kreisvorstands beschlossen. Die Delegierten spenden fast 500 Euro für die Erdbebenopfer in Haiti.
„Erneuerung und Aufbruch" lautet der Titel des Antrages (vollständiger Text hier), den die Sozialdemokraten aus dem Kreis Pinneberg dem Landesparteitag am 6. Februar vorlegen. In zehn Punkten werden Vorschläge formuliert, mit denen die Partei Konsequenzen aus den schlechten Wahlergebnissen bei der Bundestags- und der Landtagswahl 2009 ziehen soll. Kreisvorsitzender Hannes Birke forderte einen selbstbewussten Umgang mit den politischen Entscheidungen der sozialdemokratischen Regierungsjahre. „Keine Wehleidigkeit, keine Verdrängung, keine Rechthaberei, sondern souveräner Umgang mit eigenen Erfolgen, Fehlern und Irrtümern, mit Notwendigkeiten und Perspektiven", gab er als Richtung vor. Der Kreisparteitag nahm den Antrag nach einer engagierten Diskussion bei zwei Enthaltungen einstimmig an.

Während der Veranstaltung spendeten die Delegierten aus den Ortsvereinen spontan für die Haiti-Hilfe. Die Sammlung ergab am Ende des Parteitags stolze 485 Euro. Der Betrag wird einer zuverlässigen Hilfsorganisation übergeben.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - veröffentlicht am 23.01.2010, 19:26 Uhr - 12608 Clicks - Nr. 73

Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss:
CDU und FDP erleiden Schlappe -
SPD unterstützt erfolgreichfreie Träger

Der „Rot-Stift" wird nicht bei den Jugendhilfeleistungen der freien Träger angesetzt. Für Thorsten Fischer - jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses (JHA)- sind das die Ergebnisse der Haushaltsberatungen in seinem Ausschuss.

Gemeinsam mit den Vertretern der freien Trägern konnte die SPD gegen die Stimmen von CDU und FDP durchsetzen, dass für die neu ausgehandelten Budgetverträgen mit einer 3jährigen Laufzeit der zu erwartenden Personalkostenanstieg einmalig 2,3 % vertraglich abgesichert wird.

„Eine klare Entscheidung gegen Leistungskürzungen" –so Fischer-. Als Budgetpartner des Kreises wären u.a. beim Kreisjugendring, den Familienbildungsstätten und dem Verein Wendepunkt. ohne Berücksichtigung der Personalkostensteigerungen in den nächsten 3 Jahren Leistungskürzungen nicht zu verhindern gewesen wären.

Auch bei der weiteren Förderung des Vereins die „Frischlinge" im Elmshorner Stadtteil Elmshorn in Höhe von 8.500,00 € und dem Zuschuss für die Stadtranderholung in Pinneberg und Elmshorn in Höhe von 2.000,00 € konnte sich die SPD erfolgreich durchsetzen und beabsichtigte Streichungen verhindern. Gerade bei der Stadtranderholung bleibt ein Angebot für Kinder erhalten, deren Eltern sich keine Urlaubsreise leisten können. Für Fischer in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten in einkommensschwachen Familien eine notwendige Entscheidung.

Der gesamte Jugendhilfeetat wurde mit den Stimmen von SPD, den Grünen und den Vertretern der freien Träger beschlossen. Trotz Einsicht in fachliche Notwendig eines Personalkostenzuschusses bei den Budgetverträgen lehnten CDU und FDP aus finanziellen Gründen den Etat ab.

Bei seinen Entscheidungen –so Fischer- habe der Ausschuss auch immer die schwierige Finanzsituation des Kreises berücksichtigt. So wurden beantragte Mehrausgaben abgelehnt. Lediglich die Sicherung der Jugendhilfeleistungen auf dem Niveau des Vorjahres fanden eine Mehrheit im Ausschuss. Vom Finanzausschuss erwartet Fischer, dass er die fachlich notwendigen und finanziell verantwortlichen Entscheidungen finanziell absichert.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 24.01.2010, 11:58 Uhr - 6745 Clicks - Nr. 74

Wer kann helfen? SPD sucht Materialien über Edmund Söhnker!

Die Kieler SPD bereitet eine historische Veröffentlichung zur Kieler Geschichte vor.
Dazu erklärte Rolf Fischer, SPD-Kreischef, Initiator und Ansprechpartner:
Viele Kielerinnen und Kieler kennen den Sohn: den überaus bekannten Theater- und Filmschauspieler Hans Söhnker, der am Kieler Theater seine ersten Schritte auf der Bühne ging und seiner Heimatstadt immer treu blieb. Kiel hat ihm als Würdigung einen Platz gewidmet.
Doch auch der Vater, Edmund Söhnker, hat nicht nur die Leidenschaft des Sohnes fürs Theater geweckt, sondern auch stadtgeschichtlich wichtige und interessante Ämter innegehabt:

Er war von 1907 bis 1912 Vorsitzender der Kieler SPD, 1916 bis 1920 Vorsitzender des Arbeiterbildungsausschusses, 1920 bis 1925 Wiederbegründer und Vorsitzender der Volksbühne Kiel und von 1910 bis 1933 Chef des großen Kieler Chor-Vereins. Wir wollen deshalb an Edmund Söhnker, der als Tischler auf der Kaiserlichen Werft in Gaarden arbeitete, erinnern und seine Lebensleistung in einer kleinen Biographie festhalten.

Dazu benötigen wir noch weitere Materialien über ihn: Photos, Erinnerungen, Zeitungsausschnitte, Material aus dem Chor-Verein oder der Volksbühne usw. Die Söhnkers wohnten in der Harmsstraße; gibt es noch Angehörige oder Bekannte in Kiel? Oder vielleicht hat jemand Informationen über den Weg der Familie bis in die Gegenwart? Gibt's es Nachbarn, Vereinsfreunde oder auch historisch Interessierte, die etwas beisteuern könnten?

Wer kann helfen? Informationen bitte an das Kreisbüro:
90 60 612 oder per mail direkt:
r.fischer@spd.ltsh.de

Wir sind dankbar für jede Nachricht!

Keine Kommentare

SPD-Elmschenhagen - veröffentlicht am 24.01.2010, 16:30 Uhr - 3755 Clicks - Nr. 75

Jahresempfang des Ortsvereins Elmschenhagen/Kroog

Alle Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtteils sind herzlich eingeladen zum Jahresempfang des SPD-Ortsvereins Elmschenhagen-Kroog mit dem Kieler OB Torsten Albig. Auch Ute Berg, die neue Wirtschaftsdezernentin der Stadt Kiel, wird sich bei uns vorstellen. Der SPD-Ortsverein Elmschenhagen-Kroog startet mit einem offenen Neujahrsempfang in das Jahr 2010. Er lädt dazu alle Einwohnerinnen und Einwohner, Verbände, Vereine, Vertreter der Kirchen sowie andere Institutionen von Elmschenhagen und Kroog ein. Der Empfang findet am Sonntag, dem 28.02.2010, von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr im AWO-Bürgertreff am Bebelplatz 3 statt.

Mit dabei ist der Kieler OB Torsten Albig, der zusammen mit der Ortsvereinsvorsitzenden und Vorsitzenden der Kieler SPD-Ratsfraktion, Gesa Langfeldt, die Gäste begrüßen und über Perspektiven der Stadtentwicklung sprechen wird.

Der SPD-Ortsverein Elmschenhagen-Kroog will zugleich die Gelegenheit nutzen, in einem Meinungsaustausch die kommunalpolitischen Wünsche und Anliegen der Elmschenhagener und

Krooger in Erfahrung zu bringen, damit diese in die Orts- und Stadtvertretung eingebracht werden können.

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - veröffentlicht am 24.01.2010, 19:26 Uhr - 2738 Clicks - Nr. 76

Bericht aus der Fraktion - Januar 2010
Die Mitglieder der Barsbütteler Gemeinderatsfraktion berichten:

CDU und BfB erhöhen Kita-Gebühren
Rundumschlag im SKS-Ausschuss. Gegen die Stimmen der SPD beschlossen CDU und BfB, die Kita-Gebühren in den nächsten drei Jahren auf einen Kostendeckungsgrad von 37,5% zu erhöhen. Damit gingen sie auch weit über die Vorschläge der Verwaltung hinaus. Ein Vater berichtete: „Das wären für uns über 900 Euro mehr im Jahr!"
Hermann Hanser, SPD-Fraktionsvorsitzender, sagte dazu: Lernen und Bilden, Erziehung und Ausbildung muss vom 1. Lebensjahr bis zum Ende des Studiums für die Kinder, Schüler und Studenten kostenfrei sein. Das kann sich ein reiches Land wie Deutschland leisten. Das kann sich auch Barsbüttel leisten. Die Gebührenerhöhung ist zum Ausgleich des Haushaltes nicht nötig." Martin Habersaat, SPD, hatte gegen die Erhöhung argumentiert: „Seit 2003 konnten wir die Gebühren in Barsbüttel stabil halten. U3-Gruppen und Bildungsangebote wurden im Wesentlichen von der Gemeinschaft finanziert. Dieser gesellschaftliche Konsens wird nun gebrochen."

Offene Ganztagsschule stößt auf großes Interesse
270 Anmeldungen konnte die IGS bisher für den bald startenden Ganztagsbetrieb entgegennehmen. Mit ca. 180 Schülern hatte man kalkuliert, mithin ist ein großer Erfolg für das neue Angebot in Barsbüttel. Hausaufgabenhilfe, Englischförderung und Rechtschreibung sind die Bereiche, die neben Fußball und Breakdance besonders gut angenommen werden.

Keine neue Hortgruppe für Willinghusen
Die SPD hatte beantragt, in der derzeit leer stehenden Einliegerwohnung in der Kita „Piratenschiff" in Willinghusen zum neuen Schuljahr eine Hortgruppe einzurichten. Die Kosten dafür hatte Bürgermeister Thomas Schreitmüller schon in den Haushalt 2010 einstellen lassen. Der Bürgermeister schlug vor, endgültig im Frühjahr zu entscheiden, ob Hort oder Krippe in der Kita geschaffen wird. Der Bedarf für die Einrichtung einer Hortgruppe in Willinghusen ist da. Deshalb schlug die SPD vor, die Einrichtung jetzt zu beschließen. CDU und BfB lehnten den Vorschlag der SPD und den des Bürgermeisters ab. In Willinghusen soll es bis auf Weiteres weder eine Hortgruppe noch eine U3-Gruppe geben.

Neue U3-Gruppe im Soltausredder
Über 77 Geburten konnten sich die Einwohnerinnen und Einwohner Barsbüttels 2009 freuen. In den vergangenen Jahren waren es in etwa ebenso viele. Deshalb reichen die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in der Gemeinde nicht aus. Der SKS-Ausschuss hat beschlossen, ab 1. September 2009 eine neue U3-Gruppe in der Kita Soltausredder einzurichten. Kinder, die in den dann bestehenden Gruppen nicht aufgenommen werden, können z.B. in Hamburg einen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Haben die Eltern einen Rechtsanspruch auf Betreuung, übernimmt die Gemeinde Barsbüttel den staatlichen Zuschuss.

Die neue Ortsmitte kommt

Die Entscheidung für einen Investor, der die neue Ortsmitte in Barsbüttel errichten soll, fällt voraussichtlich in diesem Sommer – dann könnte im Frühjahr 2011 mit dem Bau begonnen werden. Die neue Ortsmitte wird in der Straße „Am Akku", dem Zubringer zur Umgehungsstraße, entstehen. Die vorgesehene Fläche wird derzeit noch zum größten Teil als Baubetriebshof der Gemeinde genutzt.

Es soll ein Nahversorgungszentrum mit Discounter, Supermarkt und kleineren Geschäften sowie Dienstleistern und Gastronomie geschaffen werden. Ein Wochenmarkt und ausreichend Stellplätze werden ebenfalls berücksichtigt. Im Obergeschoss des Zentrums sollen Büros, Verwaltungs- und Wohnräume entstehen und ein größerer Veranstaltungssaal errichtet werden. Im Gespräch ist auch, das Rathaus in das geplante neue Zentrum zu verlegen.

Gehen im Rathaus bald die Lichter aus?

Unser Rathaus, sicherlich einst ein Schmuckkästchen, ist in die Jahre gekommen.

Ein jetzt veröffentlichtes Dekra-Gutachten vom 20.11.2009 kommt zu dem Schluss, dass das 1975 errichtete Verwaltungsgebäude mit dem 1986 hinzu-gefügten Anbau bei Weitem nicht mehr die heute geltenden gesetzlichen Mindestanforderungen erfüllt.

Holger Gettschat (SPD-Mitglied im Planungsausschuss): „Das gilt auch für wichtige Bereiche des Brand- und Arbeitsschutzes." Auf mangelt es für ihn bei der Energieeffizienz. So weist der Energiesparausweis des Gebäudes vom September 2009 einen Stromverbrauch um 25% über dem Wert vergleichbarer Gebäude aus. Dieser Vergleichswert wird bei der Heizenergie sogar um 60% über-schritten.

Die Kosten aller erforderlichen Instand-setzungs- und Sanierungsmaßnahmen einschließlich Umzug und Auslagerung während der Bauzeit werden auf 3.550.000 EUR geschätzt.

Ob es sich rechnet, unser altes Rathaus nur zu sanieren bzw. für noch mehr Geld zu modernisieren oder es besser ist, das marode Gebäude durch einen Neubau zu ersetzen oder das Rathaus gleich in der geplanten neuen Ortsmitte vorzusehen, muss jetzt die Politik entscheiden. Dabei sollte sie neben den Kosten auch die Interessen der Bevölkerung im Auge behalten.

Rathaus hat länger geöffnet

Die neuen Öffnungszeiten des Rathauses:
Montag: 8.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 15.00 – 18.30 Uhr
Donnerstag: 8.00 – 12.00 Uhr und 15.00 – 18.30 Uhr
Freitag: 8.00 – 12.00 Uhr.

Kommentar von Stefanie Path vom 29.01.2010, 22:14 Uhr:

RE: Bericht aus der Fraktion - Januar 2010

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Elternvertreterin aus dem Kindergarten Guipavasing und habe an der letzen SKS-Sitzung teilgenommen und habe mit erschrecken erfahren müssen, das die BfB beantragt hat den Kindergarten Guipavsring zu schließen und die CDU schon gewillt war diesem Antrag zu zustimmen, ohne das weder Kita Beirat informiert und gehört, bzw die Leitung informiert wurde!! Nur auf Gegenantrag von Hr. Habersaat diese Entscheidung bis zur nächsten SKS-Sitzung zu vertagen, konnte es zu diesem Zeitpunkt noch abgewendet werden. Leider vermisse ich, den für mich und viele Eltern sehr elementaren Teil

in Ihrem Fraktionsbericht. Ich finde es wichtig, auch über Planungen der Politik zu berichten!! Vieleicht kann man es zukünftig umsetzen? Mit freundlichen Grüßen Stefanie Path

Franz Thönnes, MdB - veröffentlicht am 25.01.2010, 09:33 Uhr - 10711 Clicks - Nr. 77

Jetzt bewerben - Workshop für junge Medienmacher im Deutschen Bundestag

„Vom 14. bis 19. März 2010 werden Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren die Möglichkeit haben hinter die Kulissen der Berliner Mediendemokratie zu blicken.
Sie hospitieren in Redaktionen, begleiten Hauptstadt-korrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen und besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag", beschreibt SPD-MdB Franz Thönnes das Programm des Medienworkshops. Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland bereits zum siebten Mal 40 junge Journalistinnen und Journalisten von Schüler-, Vereins-, Jugend- oder anderen Medien nach Berlin ein.
"Generation Global – Einheit. Nachhaltigkeit. Krise." – das ist der diesjährige Titel der Veranstaltung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit politischen und gesellschaftlichen Ereignissen ihrer Generation auseinandersetzen und die Themen aus ihrer Perspektive hinterfragen. „Dieses Thema spricht auch sicher Jugendliche aus den Kreisen Segeberg und Stormarn an. Deshalb wünsche ich mir eine rege Beteiligung an diesem Wettbewerb von jungen Menschen aus unserer Region", so der SPD-Politiker in seinem Aufruf zur Teilnahme. Bewerben können sich interessierte Jugendliche mit einem Artikel oder einem Video-/Audiobeitrag zu einem Thema, das auf der Homepage Jugendpresse näher erläutert ist. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2010.
„Nähere Informationen können auch in meinem Bürgerbüro unter Tel. 04551-968383 erfragt werden", bietet Thönnes an.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - veröffentlicht am 26.01.2010, 09:50 Uhr - 14614 Clicks - Nr. 78

Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbandes Segeberg in Henstedt-Ulzburg

Rund 120 Besucher konnte SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran am Sonntag in Henstedt-Ulzburg zum traditionellen Neujahrsempfang begrüßen.

Nach einem Grußwort des Henstedt-Ulzburger Bürgervorstehers Carsten Schäfer begrüßte der Bundestagsabgeordnete

Franz Thönnes die Gäste mit einem sehr launigen Beitrag.

Der Bewerber um das Bürgermeisteramt, Christian Carstensen, rief die Henstedt-Ulzburger Bevölkerung in seinem Grußwort auf, am 25.April ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen und zur Wahl zu gehen. Er erneuerte seinen Wunsch nach einem fairen Wahlkampf.

Die politische Neujahrsrede des parlamentarischen Geschäftsführers im Kieler Landtag, Jürgen Weber, ließ nicht nur das vergangene Jahr aus Sicht der SPD Revue passieren sondern rechnete auch mit den schwarz-gelben Regierungen in Kiel und Berlin ab.

Er prangerte deren Angriffe auf das Sozialsystem an mit den negativen Folgen für die Ärmsten in unserer Bevölkerung, während gleichzeitig den besser Situierten Wahlgeschenke gemacht würden.
Besonders hart ging er mit den „wohlplatzierten Spenden durch Unternehmer vor Gesetzesänderungen und der Klientelbedienung ohne Schamgrenzen durch FDP und CDU" ins Gericht.

Zu den Ehrungen langjähriger Parteimitglieder konnte Andreas Beran Klaus Behrens aus Bimöhlen, Ingrid Olef aus Trappenkamp und Hans Freter aus Norderstedt für 50 Jahre beglückwünschen. 60 Jahre Parteimitglied ist Hildegard Seeger aus Norderstedt.

Der von der Kreis-SPD neu geschaffene Ehrenbrief mit Verleihung der Willy Brandt- Medaille ging an Astrid Höfs aus Wahlstedt, die seit 1975 in verschiedenen Funktionen auf Orts-, Kreis- und Landesebene für die Partei gewirkt hat.

Die Veranstaltung wurde umrahmt von der begeisternden Musik durch jugendliche Preisträger der Kreismusikschule.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 26.01.2010, 15:25 Uhr - 2367 Clicks - Nr. 79

Hanns und Stagars zur Jugendbeteiligung beim Zentralbad
Zur Kommunalaufsichtsbeschwerde des Ratsherr Jansen, Die Linke, erklären Ratsherr Volkhard Hanns, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Torsten Stagars, Mitglied im Verwaltungsrat der Bäder GmbH der SPD-Ratsfraktion und Ratsherr Dirk Scheelje, Mitglied im Verwaltungsrat der Bäder GmbH der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen:
„Die rot-grüne Kooperation hat bereits am 17. September 2009 mit einem Ratsbeschluss sicher gestellt, dass bei der künftigen Ausgestaltung der Angebote in Kieler Bädern Kinder und Jugendliche im Rahmen einer Zukunftswerkstatt zu beteiligen sind. Übrigens werden wir auch andere Gruppen wie Schulen, Sportvereine und Menschen mit Behinderungen am Entscheidungsprozess beteiligen.

Die Zukunftswerkstatt zur Kinder- und Jugendbeteiligung wird Mitte Februar von der Stadtverwaltung durchgeführt.

Die Linke irrt, wenn sie eine Jugendbeteiligung an der Frage, wieviele Schwimmbäder künftig durch die Bäder GmbH vorzuhalten sind, einfordert. Diese Frage muss die Politik im Rahmen ihrer Verantwortung für die Rahmensetzung und den Haushalt beantworten. Bei der konkreten

Ausgestaltung des Zentralbades sind die Kieler Kinder und Jugendlichen dann zu beteiligen.

Seit über einem Jahr treiben Verwaltung und Selbstverwaltung in der Landeshauptstadt Kiel einen Prozess voran, welcher die Beteiligung von Kinder und Jugendlichen auch im Sinne des Par. 47 f GO gewährleisten soll. Die Beteiligung der Ratsfraktion Die Linke war in diesem Prozess überschaubar bis gar nicht vorhanden. Stattdessen begleiten sie diesen Prozess mit leerer Rhetorik in den Ratsversammlungen und nun mit einer Kommunalaufsichtsbeschwerde."

Kommentar von Thilo P vom 26.01.2010, 23:13 Uhr:
RE: Hanns und Stagars zur Jugendbeteiligung beim Zentralbad
Siehe dazu auch meinen Artikel unter: http://kielkontrovers.wordpress.com/2010/01/22/linke-klaut-direkter-demokratie-ihr-steckenpferd/

Franz Thönnes, MdB - veröffentlicht am 27.01.2010, 09:36 Uhr - 9933 Clicks - Nr. 80

Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität"
Thönnes: „Kommunen sind Schlüsselakteure, beim Erhalt der Vielfalt"

2010 ist das „Internationale Jahr der Biodiversität", also das Jahr der natürlichen Vielfalt in der Umwelt. Aus diesem Anlass sucht die Deutsche Umwelthilfe gemeinsam mit der Stiftung Lebendige Stadt bundesweit die Kommunen mit dem größten Engagement, innerhalb von Städten und Gemeinden diese Reichhaltigkeit zu schützen.
Dazu sagt der SPD-MdB Franz Thönnes: „Es ist wichtig, Natur für die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit erfahrbar zu machen. Eine intakte, vielfältige Natur nah an den Wohngebieten ist gerade für Ältere ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität, bietet aber auch Werktätigen Erholungsraum und Kindern Raum zum Spielen und Forschen."
Dazu sei eine intakte Umwelt wichtig für die Gesundheit der Menschen und damit haben die Kommunen auch eine Verpflichtung ihren Bürgern gegenüber, diese zu pflegen und erhalten.

Letztlich dürfe nicht vergessen werden, dass zum Schutz des Weltklimas nicht nur die internationalen Großprojekte erforderlich sind. „Jede Kommune kann durch einen bürgernahen Naturschutz einen Beitrag vor Ort leisten, das Bewusstsein der Menschen für den Umweltschutz anregen und gleichzeitig in die Attraktivität des Ortes investieren. Oft ist das ein Standortvorteil gegenüber anderen Gemeinden", so Thönnes weiter.

Der Zeitplan des Wettbewerbs sieht vor, dass im Juli 2010 alle deutschen Städte und Gemeinden angeschrieben werden und dann vier Monate Zeit haben, sich zu bewerben. Gemeinsam wird die „Bundeshauptstadt der Biodiversität" gekürt. Die Gewinnerstadt wird im April 2011 auf einer Auszeichnungsfeier prämiert und erhält dazu ein Preisgeld von 50.000 Euro.
Weitere Informationen unter:
www.biodiversitaetskommune.de
www.lebendige-stadt.de/de/projekte/projekt_biodiversitaet.htm

Bildquelle: www.pixelio.de / Thomas Max Müller

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - veröffentlicht am 27.01.2010, 11:15 Uhr - 12271 Clicks - Nr. 81

485,50 € - SPD-Kreisparteitag spendet für Haiti

Es war eine spontane Aktion des Vorstandes auf dem SPD-Kreisparteitag die Delegierten um einen Beitrag zur für die Erdbebenopfer auf Haiti zu bitten.
Es war eine spontane Aktion des Vorstandes auf dem SPD-Kreisparteitag die Delegierten um einen Beitrag zur für die Erdbebenopfer auf Haiti zu bitten. Der Aufruf hatte Erfolg. Am Ende der Tagung konnte die stellvertretende Kreisvorsitzende Roswitha Müllerwiebus einen Betrag von 485,50 € verkünden, der von den 73 Delegierten gespendet wurde.

Die Spende geht an die Organisation „Ärzte ohne Grenzen", die wie viele andere Hilfsorganisationen, spontan und ohne Verzögerung ärztliche Nothilfe in dem schwer verwüsteten Land leisten. Das von der Organisation errichtete aufblasbare Krankenhaus für 100 Patienten im Zentrum des Katastrophengebietes, in dem die Patienten ohne Furcht vor den Folgen weiterer Nachbeben behandelt werden können, ist für den Kreisvorsitzenden Hannes Birke ein besonderes Beispiel praktischer ärztliche Nothilfe.

Bei „Ärzte ohne Grenzen", die zu den privaten und unabhängigen Hilfsorganisationen gehören, ist für die SPD sichergestellt, dass die Spenden unmittelbar Hilfe für die betroffenen Menschen bedeutet.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 27.01.2010, 14:47 Uhr - 1421 Clicks - Nr. 82

Beitragsfreiheit für das dritte Kita-Jahr

Rücknahme der Beitragsfreiheit für das dritte Kita-Jahr kostet Kiel mehr als zwei Mio. Euro!
Zu der von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag angekündigten Prüfung der Rücknahme der Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):
"SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung warnen entschieden davor, die vom Land Schleswig-Holstein bereits eingeführte Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr wieder zurückzunehmen. Damit würde nicht nur vernünftige Familienpolitik aufgehoben - die Stadt Kiel würde ein solches Vorgehen des Landes auch 2,59 Mio. Euro kosten. So viel erhält die Stadt nämlich vom Land Schleswig-Holstein als Erstattung für den Beitragsausfall.

Kiel wird außerdem durch das vom Bund beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz mehr als 6 Mio. Euro an Einnahmen verlieren, und dies entspricht in etwa dem Umfang der städtischen Ausgaben für die Einrichtungen der Jugendarbeit. Daran wird deutlich: Familien- und jugendpolitisch wird die Politik von CDU und FDP für die Stadt und die Kielerinnen und Kieler teuer!"

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 27.01.2010, 15:44 Uhr - 1411 Clicks - Nr. 83

Aktive kommunale Beschäftigungsförderung ist auf gutem Weg!

"SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung unterstützen den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit durch eigenes Handeln: Wir haben einen "Fonds für innovative Beschäftigung" geschaffen, um der Langzeitarbeitslosigkeit auch mit kommunalen Mitteln entgegenzuwirken. Für das Haushaltsjahr 2009 ist dieser Fonds mit 500.000 Euro ausgestattet worden, für das Haushaltsjahr 2010 ist dieser Betrag um 100.000 Euro auf insgesamt 600.000 Euro angehoben worden.
Damit werden Mittel für Maßnahmen des Jobcenters bereitgestellt, aber vornehmlich besonders interessante innovative Beschäftigungsinitiativen unterstützt. Unter anderem soll daraus eine Stelle für den Verein Kollhorst e.V. im städtischen Naturerlebnisraum im Stadtteil Hasseldieksdamm finanziert werden.

Im Stellenplan der Stadt Kiel sind 49 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse speziell für Langzeitarbeitslose vorgesehen. Diese Arbeitsplätze werden aus Zuschüssen bezahlt, und zwar aus Mitteln, die sonst ohnehin als Sozialleistungen auszuzahlen wären. Darunter sind Beschäftigungen
- als Haus- und Platzmeister im Mehrgenerationenhaus Gaarden (4 Stellen),
- als Sozialpädagogische Assistenten im Mehrgenerationenhaus Gaarden (1 Stelle),
- als Platzmanager am Vinetaplatz in Gaarden (1 Stelle),
- als Erzieher/innen (3 Stellen) im Mehrgenerationenhaus Gaarden,
- als aufsichtführende "Ranger" für Sicherheit und Prävention im Sportpark Gaarden (24 Stellen),
- als Sprach- und Kulturvermittler im Amt für Familie und Soziales zur Betreuung irakischer Flüchtlinge (1 Stelle),
- in der Kindertageseinrichtung Schützenpark (1 Stelle),
- als Energiecoach bei der Schuldnerberatung (1 Stelle),
- im Stadtarchiv (1 Stelle),

- im Grünflächenamt (2 Stellen),
- als Umettikettierer in der Stadtbücherei (1 Stelle),
- als Assistent in der Energieleitstelle des Umweltschutzamtes (1 Stelle),
- in der Abfallsammlung, Straßenreinigung und in der Verwaltung des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (5 Stellen),
- am Ernst-Barlach-Gymnasium (1 Stelle) und an den Schulen am Göteborgring (1 Stelle).

Bei Beschäftigungsträgern, Sozialverbänden und Dritten sind rund 75 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Weitere Beschäftigungsverhältnisse sollen folgen. Wir hoffen, dass die Stadtverwaltung damit ein gutes Beispiel für andere Arbeitgeber z.B. für die freien Träger von Sozialarbeit gibt, um Langzeitarbeitslosen eine Chance auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu eröffnen", dies erklärten der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Schmalz, der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS?90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Sharif Rahim, und Ratsfrau Antje Danker (SSW). "Wir begrüßen, dass der Sozialdezernent nun mit einem Sachgebiet "Kommunale Beschäftigungsförderung und Übergangsmanagement" organisatorische Voraussetzungen für eine aktive kommunale Beschäftigungsförderung schafft."

Keine Kommentare

SPD Herzogtum Lauenburg - veröffentlicht am 27.01.2010, 22:43 Uhr - 4141 Clicks - Nr. 84

Lauenburgische SPD startet ins neue Jahr!

Die politische Arbeit hatte schon längst wieder begonnen, als die Kreis-SPD am Freitag den 22 Januar zu ihren Neujahrsgesprächen nach Ratzeburg einlud. Der Abend stand im Zeichen des Themas „Moral-Kultur-Politik".
Als Referent hierzu konnte der ehemalige Bundesvorsitzende der SPD und ehemalige Ministerpräsident Björn Engholm gewonnen werden. In seiner gut halbstündigen Rede, schaffte er es, dass im ersten Moment sperrig klingende Thema, interessant aufzubereiten. Er spannte den Faden vom alten Griechenland bis in unsere heutige Zeit.

Dabei ging er auf die besondere Rolle der Moral in der Politik ein. So gäbe es Situationen in denen Politiker das Recht hätten in bestimmter Weise zu handeln, aber bedeutet das auch, dass es moralisch ist? Ist es moralisch Vertretbar, dass eine Bundesministerin ihren Dienstwagen mit in den Urlaub nach Spanien nimmt, wo es doch rechtlich in Ordnung ist? Sollte eine Partei Millionenspenden annehmen und die Berufsgruppe der Spender daraufhin mit Steuergeldern entlasten? Diese Fragen versuchte Engholm zu beantworten und tat dies mit Anleihen bei Kant und anderen großen Philosophen. Dabei wurde seine Rede nie langweilig, was man auch an der gebannten Stile der über 200 Gäste bemerkte.

Nach der Rede Engholms gab es auf der Bühne noch Diskussionsrunden mit Vertretern aus der Kultur und den Kirchen, in die Engholm immer wieder einstieg.
Die Kreistagsabgeorndete und stellvertretende Kulturausschußvorsitzende Gitta Neemann-Güntner nutze in ihrer Rede die Gelegenheit, erneut die Position der lauenburgischen SPD zum Thema Kultur im Kreis deutlich zu machen. Nach Meinung der SPD muss Kultur vielfältig gefördert werden und dies ist mit der von der CDU geschaffenen Stiftung nicht möglich.

Der Kreisvorsitzende Peter Eichstädt resümierte in seiner abschließenden Rede, er habe ein gutes Gefühl was die Zukunft der SPD nicht nur auf Kreisebene angehe, wofür er breite Zustimmung im Publikum fand.

Nach dem „offiziellen Teil" hatten die Gäste noch Gelegenheit bei einem Getränk interessante Gespräche zu führen und nicht wenige nutzen die Gelegenheit, um noch ein Autogramm oder Bild von Björn Engholm zu ergattern.

So klang der Abend entspannt aus und eines ist gewiss: 2010 wird ein gutes Jahr für die SPD werden. Nicht nur hier im Kreis.

Keine Kommentare

Jusos Dithmarschen - veröffentlicht am 28.01.2010, 14:34 Uhr - 7622 Clicks - Nr. 85

Jusos Dithmarschen gründen offene Arbeitskreise

Die Dithmarscher Jungsozialistinnen und Jungsozialisten öffnen sich Nichtmitgliedern und wollen die inhaltliche Arbeit im Kreisverband stärken.

Jusos gründen Arbeitskreise

Die Dithmarscher Jungsozialistinnen und Jungsozialisten haben auf ihrer Vorstandssitzung am 13.01.2010 beschlossen 3 Arbeitskreise zu gründen, um die inhaltliche Arbeit im Kreisverband zu stärken.

Kreisvorsitzender Patrick Lange: „Ich erhoffe mir von der Gründung der 3 Arbeitskreise eine stärkere Teilhabe jüngerer Menschen die sich bisher nicht für Politik interessiert haben, und entschlossenere Streiterinnen und Streiter für die Sozialdemokratie."

Folgende Arbeitskreise wurden gegründet:
1) „AK Presse und Öffentlichkeitsarbeit": Dieser AK will sich, unter Leitung von Fait Strakerjahn, um die Aktualisierung und Verbesserung der Jusos Dithmarschen Internetseite kümmern, ein neues Logo für die Jusos Dithmarschen entwickeln, einen neuen Selbstdarstellungsflyer entwerfen und kontinuierliche Pressearbeit leisten. Perspektivisch soll eine eigene halbjährlich erscheinende Juso-Zeitschrift entworfen werden.

2) „AK gegen Rechts": Dieser AK, organisiert von Marco R., will herauszufinden was den heutigen Rechtsextremismus ausmacht. Es sollen Musik, Klamotten und Lebensstil von Rechtsextremen analysiert werden, und Grenzen sowie Schnittstellen zwischen rechtsextremer und liberal-konservativer Politik erkundet werden. Es soll eine Vernetzung antifaschistischer Kräfte in Dithmarschen erreicht werden und gemeinsame Demobesuche (Lübeck, Dresden) organisiert werden.

3) „AK Forum demokratischer Sozialismus": Dieser AK, organisiert vom Juso-Kreisvorsitzenden Patrick Lange, wird versuchen Bewusstsein für Politik und politische Strömungen zu schaffen, und dabei auch versuchen mittels Werbung bisher unpolitische junge Menschen anzusprechen. Dies soll z.B. durch die Durchführung und Auswertung von politischen Tests geschehen. Danach soll explizit sozialistische Theorie besprochen werden, die von christlichen Sozialismusvorstellungen über die Geschichte der Arbeiterbewegung bis hin zur Formulierung eines neuen demokratisch-sozialistischen Grundsatzprogrammes des Juso-Kreisverbandes reichen soll.

Die LeiterInnen der 3 Arbeitskreise, die offen für alle jungen Menschen und nicht nur für Juso-Mitglieder sind, sollen monatliche Treffen organisieren und gemeinsam mit den TeilnehmerInnen arbeitskreisspezifische Themen bearbeiten.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - veröffentlicht am 28.01.2010, 17:39 Uhr - 5768 Clicks - Nr. 86

Jedem eine warme Mahlzeit – Osterrönfelder SPD spendet für Schul-Mittagessen

Die SPD-Osterrönfeld unterstützt den Förderverein der Aukamp-Grundschule Osterrönfeld, der Kindern der offenen Ganztagsschule täglich einen Mittagstisch anbietet...

Der Förderverein der Aukamp-Schule in Osterrönfeld bietet Schülerinnen und Schülern der offenen Ganztagsschule jeden Mittag eine warme Mahlzeit an. Für 2,90€ können Kinder am Mittagessen in der Schule teilnehmen. Einige der Kinder und deren Eltern können sich diese Ausgaben aber leider nicht leisten. Damit die Jungen und Mädchen aber dennoch ein warmes Mittagessen bekommen und nicht mit leerem Magen dasitzen müssen, ist der Förderverein der Aukamp-Schule auf Spenden angewiesen. Diese wichtige Initiative möchte der SPD-Ortsverein Osterrönfeld unterstützen.

Seit vielen Jahren sind die Osterrönfelder Sozialdemokraten in der Vorweihnachtszeit mit einem Hobbymarkt und einem Stand auf dem Weihnachtsmarkt in Osterrönfeld vertreten. „Es ist gute Tradition, dass wir Gewinne, die wir bei diesen beiden Veranstaltungen erwirtschaften, nicht selbst behalten, sondern für eine soziale Einrichtung oder Initiative spenden", so der SPD-Vorsitzende, Detlef Strufe. In den letzten Jahren konnten etwa die beiden Osterrönfelder Kindergärten und die Osterrönfelder Tafel von den Spenden der SPD-Osterrönfeld profitieren. In diesem Jahr ist es nun der Förderverein der Aukamp-Schule, der damit hilfsbedürftigen Schülerinnen und Schülern ein warmes Mittagessen anbieten kann. Insgesamt spendet der SPD-Ortsverein Osterrönfeld 250€ für warme Mahlzeiten an der Aukamp-Schule.

Bildbeschreibung:Detlef Strufe (SPD) und Regina Baldes (SPD) überreichen Katrina Sandberg-Hauck vom Förderverein (mitte) den Scheck über 250€.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - veröffentlicht am 28.01.2010, 17:44 Uhr - 6900 Clicks - Nr. 87

Finanzkrise darf nicht zu Kulturkrise führen!

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes wird die Kommunen 1,6 Milliarden Euro kosten, zusätzlich zu den Einnahmeverlusten durch die Wirtschafts- und Finanzkrise. Konkret für Kiel bedeutet das einen geschätzten Verlust von mehr als 6 Millionen Euro. Schon bisher konnten die Kommunen die freiwilligen Leistungen nicht mehr erbringen, die eigentlich notwendig wären. Gerade der Kulturbereich ist in fast allen Kommunen von Kürzungen betroffen gewesen.
So gibt es aktuell wieder in vielen Städten und Kommunen Überlegungen z.B.

zur Schließung von Theatern (Wuppertal), Schließung von Musikschulen oder Einschränkungen bei der kulturellen Förderung.

Für Kiel wollen wir deshalb, dass im Rahmen des angekündigten Kulturentwicklungsplanes auch über Planungssicherheit für kulturelle Projekte gesprochen werden muss. Aus der Finanzkrise darf nicht auch noch eine kulturelle Krise werden.
Wir werden in den nächsten Monaten mit allen Beteiligten über diese Planungssituation sprechen, neue Wege eruieren und zur Entscheidung bringen. Wir begrüßen ganz ausdrücklich, dass eine Reihe Kieler Museen sich zu einer Kooperation zusammenfinden. Kooperationen dieser Qualität wären auch für andere Kulturbereiche vorstellbar. Die aktuelle Debatte über die Zukunft des Landestheaters, dem die Insolvenz droht, beweist zudem, wie wichtig dieser Dialog für die Kulturlandschaft Kiel ist. Die Entscheidung über das Landestheater wird auch Konsequenzen für Kiel und die gesamte Region zeitigen.

Es geht auch darum, dass man kleine, alternative Kulturangebote in der Kommune machen kann, die den Jugendlichen Alternativen zum Internet und zum Fernsehen am Nachmittag aufzeigen. Dazu gehört auch ihnen die Möglichkeit zu geben z.B. zu entdecken, welche Bedeutung das Spielen eines Instrumentes haben kann.

Für Kiel muss klar sein, dass der Kulturbereich nicht als Steinbruch für Einsparungen herangezogen werden darf.

Rolf Fischer, Vorsitzender des SPD-Kulturforums Kiel

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 29.01.2010, 09:54 Uhr - 1561 Clicks - Nr. 88

SPD-Ratsfratkion hat Gespräche mit Tabel-Mitarbeitern und KN geführt
Am 26. und 27. Januar 2010 hat die Fraktionsspitze der SPD-Ratsfraktion Gespräche mit Mitarbeitern der Zeitarbeitsfirma Tabel und mit der Hausspitze der Kieler Nachrichten geführt. Hintergrund der Gespräche waren Berichte über die Kündigung von fast 400 Beschäftigen der Tabel-Gruppe, die im Druckzentrum der Kieler Nachrichten in Kiel-Wellsee eingesetzt werden.

Die SPD-Ratsfraktion wird den Fortgang in Wellsee weiter begleiten und sich für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - veröffentlicht am 29.01.2010, 12:13 Uhr - 10078 Clicks - Nr. 89

Bundesregierung plant Aufspaltung der Jobcenter
Thönnes: Das ist eine falsche und fahrlässig Politik

Die geplante Aufspaltung der Jobcenter durch Bundesarbeitsministerin von der Leyen stößt bei SPD-MdB Franz Thönnes auf starke Kritik.

Das Bundesverfassungsgericht hatte die Zusammenarbeit von

Kommunen und Bund für verfassungswidrig erklärt, weil das Grundgesetz diese Form der Zusammenarbeit nicht vorsieht. Die Frist, die das Bundesverfassungsgericht für eine Neuordnung gesetzt hat, endet am 31. Dezember 2010. Dann haben die Jobcenter und Arbeitsgemeinschaften keine Rechtsgrundlage mehr. Die Schwarz-Gelbe Koalition will die bewährte gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Bund, Städte und Gemeinden aufgeben und auf getrennte Aufgabenwahrnehmung umstellen. Das heißt die Jobcenter und Arbeitsgemeinschaften in den Kreisen Segeberg und Stormarn müssen Ende 2010 aufgelöst werden. Die Bundesagentur für Arbeit wäre dann für die Vermittlung in Arbeit zuständig und die Kommune für die Bewilligung und Auszahlung der Kosten von Wohnung und Heizung und für Gewährung notwendiger sozialer Hilfeleistungen wie z.B. Schuldner- und Suchtberatung. 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger würden dann von zwei Behörden betreut. Dem entsprechend müssten zwei Akten geführt sowie Anträge, Bescheide und Widersprüche doppelt gestellt und bearbeitet werden.

Thönnes: „Das ist ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand. Die Jobcenter haben sich nach fünf Jahren weitestgehend gut eingearbeitet. Sie aufzulösen ist generell falsch, sie gerade in einer Wirtschaftskrise mit vielen Arbeitslosen aufzuspalten ist schlicht fahrlässig. Und unnötig". Bereits in der letzten Legislaturperiode hat der damalige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz einen Vorschlag zur Einrichtung von Zentren für Arbeit und Grundsicherung auf einer grundgesetzlich festen Grundlage unterbreitet. Alle 16 Ministerpräsidenten der Länder und das CDU-Präsidium hatten damals zugestimmt. „Gegen den Widerstand aus der CDU-Bundestagsfraktion scheinen Frau Merkel und Frau von der Leyen nicht anzukommen. Dabei täten sie gut daran, auf die Länder zu hören, denn diese Lösung bedeutet sowohl für die Arbeitsuchenden als auch die Beschäftigten verlässliche Strukturen, weniger Bürokratie und letztlich deutlich weniger Kosten", erklärt der SPD-Politiker weiter.

Eine Jobvermittlung aus einer Hand könne sich an den lokalen Bedürfnissen orientieren und vor Ort passgenaue Ansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entwickeln. „Bei einer Aufspaltung der Verantwortung verlieren die Kommunen jegliche Einfluss- und Verhandlungsmöglichkeit auf die Arbeitsmarktpolitik vor Ort. Aber genau diese Sachkenntnis der Kommunen brauchen wir auch für eine erfolgreiche Reduzierung der Arbeitslosigkeit", so Thönnes.

Bildquelle: www.pixelio.de / RainerSturm

Keine Kommentare

SPD-Russee - veröffentlicht am 29.01.2010, 18:23 Uhr - 3250 Clicks - Nr. 90

SPD fordert ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen

"Wir Bürger von Kiel müssen eine politische Diskussion dar-über führen, ob und wie wir eine weitere Verarmung unserer Stadt vermeiden. Wir können doch nicht den Niedergang in Gesundheit, Inneren Sicherheit, Bildung, Arbeit, Infrastruktur, Wissenschaft, Integration, Kultur, Sport und anderes mehr in unserer Stadt klaglos hinnehmen und zugleich hunderte von Milliarden Euro zur Sicherung von Banken akzeptieren.
Statt einfach zu fordern, dass das fehlende Geld bitteschön irgendwo andernorts eingespart werden soll, wie beispielsweise in der Verwaltung, beim Zentralbad an der Hörn, dem Freibad Katzheide, der StadtRegionalBahn, dem Flughafen

und dem Marinefliegerstandort Holtenau um nur einige zu nennen, müssen wir uns stattdessen den vermeintlich bedrängten Bereichen und Einrichtungen zuwenden und sie allesamt als Teil der Stadtgesellschaft begreifen", so Frank Hornschu, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer.

"Der SPD-Ortsverein Russee-Hammer fordert den Kreisverband der Kieler SPD auf, ein Konzept zur Initiierung einer Bürgerbewegung gehen den Staatsbankrott vor Ort zu erarbeiten", pflichtet Michael Wagner, Ratsherr für Russee-Hammer, bei. "Die Garantenstellung der Kommunen für ein zukunftsfähiges und gutes Zusammenleben darf nicht länger in Gefahr gebracht werden. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen muss gesichert und ausgebaut werden. Ziel muss es sein, den in der Kommune lebenden Menschen insgesamt ein gutes Angebot, u.a. in den Bereichen der Bildung, der Arbeits- und Wirtschaftsförderung, der Kultur und Integration, unterbreiten zu können.

Hierzu benötigen die Kommunen dringend eine kontinuierlich verlässliche und ausreichende finanzielle Ausstattung durch die Bundesregierung, also das Gegenteil von Wachstumsbeschleunigungsgesetz oder gar weitere Steuersenkungen von 24 Milliarden Euro, wie sie die FDP derzeit fordern", ergänzt Hornschu abschließend.

Der SPD-Ortsverein Russee-Hammer fordert eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen; zu diesem Thema hat er entsprechende Beschlüsse gefasst.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - veröffentlicht am 30.01.2010, 15:26 Uhr - 4506 Clicks - Nr. 91

Armut bekämpfen – gemeinsam mit Europa!
Zum heutigen offiziellen Auftakt zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung erklären der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, und der sozialpolitische Sprecher Wolfgang Baasch:
Armut ist ein zentrales Problem in Deutschland und in Schleswig-Holstein. Besonders Kinder, Ältere, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose sind armutsgefährdet. Armut, das heißt schlechtes Wohnen, ungesundes und unregelmäßiges Essen, kein oder kaum Zugang zu Arbeit, Bildung und Kultur. Armut, das heißt Verlust von Selbstbewusstsein, mehr Isolation und Verzicht auf gesellschaftliche, auf demokratische Teilhabe.

Das Europäische Jahr widmet sich dieser Thematik. Der vorliegende EU-Aktionsplan für 2010 fordert uns auf, eine aktive und offensive Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung einzuleiten. Für diese Aktivitäten stellt die EU 17 Mio. Euro zur Verfügung.

Wir hatten zur Umsetzung der Ziele des Europäischen Jahres in Schleswig-Holstein einen Antrag in den Landtag eingebracht. Dass es in der vergangenen Sitzung zu keinem gemeinsamen Beschluss kommen konnte, bedauern wir. Unsere Kritik, dass die Landesregierung bisher keine neuen Initiativen, kein eigenes Projekt, keine neuen Ideen im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr entwickelt hat, findet hoffentlich noch Berücksichtigung. Ansonsten verschenkt die Landesregierung eine große Chance!

Keine Kommentare

Serpil Midyatli, MdL - veröffentlicht am 31.01.2010, 09:31 Uhr - 6774 Clicks - Nr. 92

Clearingstelle für Junge Flüchtlingsopfer
Clearingstelle ist effektivster Weg, um Betroffenen wirksam zu helfen

In diesem gemeinsamen Antrag von SSW, den Grünen und der SPD geht es um die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für minderjährige Flüchtlinge. Zur Zeit ist es so, ***dass es in Schleswig-Holstein kein einheitliches abgestimmtes Konzept für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gibt.***
Seit Oktober 2005 ist das Jugendamt durch die Regelung des § 42 SGB VIII berechtigt und auch verpflichtet, einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling in seine Obhut zu nehmen. Hierbei ist nicht relevant, ob diese Flüchtlinge Deutschland bzw. Schleswig-Holstein „nur" als Transitland durchlaufen oder nicht.

Die Rechtslage ist hier eindeutig. Die 16- und 17-jährigen unbegleiteten Flüchtlinge haben einen Rechtsanspruch auf eine vorläufige Schutzgewährung. Die zuständigen Jugendämter haben neben der Inobhutnahme des Jugendlichen einem ***umfangreichen Katalog von Handlungsanweisungen*** *Folge zu leisten, wie zum Beispiel:*

- *die Primärzuständigkeit für die Erstunterbringung,*
- *Erstversorgung,*
- *eine jugendgerechte Betreuung nach den Jugendhilfestandards,*
- *Informierung der Ausländerbehörde,*
- *geltende ausländerrechtliche Bestimmungen mit den jugendrechtlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen,*
- *die Entscheidung für oder gegen einen Asylantrag,*
- *die Entscheidung für einen Antrag aus humanitären Gründen gemäß Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes,*
- *ob Rückkehr zur Familie ins Herkunftsland möglich ist,*
- *ob entsprechend der Dublin II Verordnung eine Familienzusammenführung im Drittland möglich ist,*
- *ob eine Rückschiebung oder Abschiebung erforderlich ist.*

Nun ist zu prüfen, ob es nicht vielleicht sinnvoll wäre, eine zentrale Anlaufstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einzurichten, um den Bedürfnissen gerecht zu werden, und wo ihnen durch besonders ausgebildete Fachkräfte die nötige Infrastruktur vorgehalten wird und die Jugendlichen eine bedarfsgerechte Versorgung erhalten könnten.

Da es sich hier um ein sehr komplexes Verfahren handelt und es noch weiteren Informationsbedarf gibt, möchte ich in den Ausschuss verweisen, um dort im weiteren Verfahren die Ausführungen der Betroffenen und des Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen in die Entscheidungsfindung einbeziehen zu können.

Punkt 4.3.6 des Erlasses des Innenministers vom 25.02.2008 über die Durchführung der ***Abschiebungshaft*** *sieht vor, dass bei Jugendlichen, die das 16., aber noch nicht das 18 Lebensjahr vollendet haben, ein Haftantrag nur gestellt werden soll, wenn die Haft für die Sicherung der Abschiebung unabdingbar erscheint. Die Ausländerbehörde muss daher vorab in Abstimmung mit dem zuständigen Jugendamt klären, ob eine anderweitige Unterbringung i.S. .d. § 42 Abs. 1 Satz 2 SGB Vlll möglich und geeignet ist. Trotzdem ist es in den*

vergangenen Jahren in Einzelfällen immer wieder vorgekommen, dass Jugendliche in Abschiebungshaft genommen wurden. Und ich muss auch darauf hinweisen, dass die Anordnung von Abschiebungshaft nach Punkt 4.3.4 dieses Erlasses auch gegen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zulässig ist, wenn diese als „unumgänglich" angesehen wird.

Wir sind uns hoffentlich alle darüber einig, dass wir alles tun sollten, um jugendlichen Flüchtlingen die Unterbringung in Abschiebungshaft zu ersparen. Es dient auch nicht gerade dem Ansehen unseres Landes, wenn wir den hier lebenden Kindern und Jugendlichen den ***größtmöglichen Schutz des Staates vor Vernachlässigung, Misshandlung und Traumatisierung*** *bieten wollen, bei den jugendlichen Flüchtlingen aber einen anderen Maßstab anlegen. Der Vorschlag zur Einrichtung einer Clearingstelle ist nach Auffassung meiner Fraktion der effektivste Weg, dieses zu verhindern und den Betroffenen wirksam zu helfen.*

Und wir sind auch dazu verpflichtet, ***die Verantwortlichen vor Ort nicht mit dem Problem alleine zu lassen.*** *Es ist hier zwar zu begrüßen, dass sich die Koalitionsfraktionen mit ihrem Berichtsantrag nun auch dem Thema nähern wollen. Die von der Landesregierung angeforderten Informationen dürfte diese aber bereits im Wesentlichen in dem Bericht „Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge" (Drs. 16/1622) vom 25.09.2007 vorgelegt haben, der wiederum Gegenstand umfänglicher Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss der letzten Wahlperiode war. Wir haben daher kein Informations-, sondern ein Handlungsdefizit und sollten uns daher nicht mit unnötigen Berichtsanforderungen aufhalten, sondern handeln!*

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - veröffentlicht am 31.01.2010, 17:21 Uhr - 4444 Clicks - Nr. 93

Lindenau-Werft braucht Unterstützung auch von der Landesregierung

Zum Medienbericht über Liquiditätsprobleme bei der Lindenau-Werft erklären der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Fischer und die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Regina Poersch:

Die Lindenau-Werft ist bedauerlicherweise wieder in den Schlagzeilen; das ist für den Prozess des Insolvenzverfahrens nicht förderlich. Deshalb braucht die Werft unsere Unterstützung, denn sie hat eine Zukunft!

Nicht zuletzt durch die ungünstige Witterung ist die Werft in Verzug geraten und hat nun erneut Liquiditätsprobleme. Allerdings kann ein Verzicht der Beschäftigten nicht die Lösung sein – diese müssen selbstverständlich ihre Gehälter für den Monat Januar erhalten. Um dies zu ermöglichen, muss das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) sich bewegen und zumindest einen Teil der Forderungen kurzfristig begleichen. Es kann nicht sein, dass staatliche Stellen dazu beitragen, 270 Arbeitsplätze zu gefährden. Wir erwarten hier auch schnelles Handeln des Wirtschaftsministers; dieser muss sich gegenüber dem BWB für die Werft einsetzen und auf eine Abschlagszahlung dringen. Auch der neue Mittelstandsbeauftragte kann hier aktiv werden.

Sollte die Landesregierung untätig bleiben, behält sich die SPD-Landtagsfraktion eine Landtags-Initiative vor.

Für die Verhandlungen mit Reedereien über neue Aufträge wünschen wir dem Lindenau-Geschäftsführer viel Erfolg.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.02.2010, 09:21 Uhr - 1694 Clicks - Nr. 94*

Theater: SPD, GRÜNE und SSW unterstützen Kultusminister Dr. Klug (FDP)!

"SPD, GRÜNE und SSW sind sich einig mit dem Minister für Bildung und Kultur, dass kulturelle und ästhetische Bildung eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft ist, wie er es in seinem Grußwort zu Beginn des Parlamentarischen Abends der Landestheater am 26. Januar 2010 in Kiel geäußert hat.

Wir unterstützen den Minister gleichfalls und ausdrücklich darin, dass die Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich des Landes Schleswig-Holstein für die Theater dynamisiert, d.h. an die Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes angepasst werden - wie es der Minister ebenfalls in seinem Grußwort geäußert hat! Denn das Land ist in der Pflicht, den Städten über den kommunalen Finanzausgleich die Finanzierung der Theater unter Einhaltung der geltenden Flächentarifverträge zu ermöglichen," dies erklärten die kulturpolitischen Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Ingrid Lietzow, die kulturpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Ulrike Kahlert, und Ratsfrau Antje Danker (SSW)

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - *veröffentlicht am 01.02.2010, 10:10 Uhr - 3280 Clicks - Nr. 95*

1. Stammtisch des OV Kieler Mitte

Aus dem Wunsch über die große und die kleine Politik auch einmal zwischen den offiziellen Veranstaltungen im informellen Rahmen zu plaudern, fand am 27. Januar zum ersten Mal der Stammtisch des Ortsvereins Kieler Mitte statt.

Der Stammtisch traf sich ab 20 Uhr im Oblomow und diskutierte bei Burger, Bier und Maracuja-Schorle über die Schüsse auf die Alte Meierei, die fortschreitende Gentrifizierung des Stadtteils und verschiedene mögliche Veranstaltungen zu diesen und anderen Themen.

Der Stammtisch findet ab jetzt immer am 4. Mittwoch im Monat statt und wir würden uns freuen, beim nächsten Mal weitere Mitglieder und (Noch-)Nichtmitglieder dabei wäre.

Nächster Termin ist der 24. Februar um 20:00 Uhr im Sponti Hansa (Hansastraße 48).

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 01.02.2010, 12:18 Uhr - 16206 Clicks - Nr. 96*

SPD-Kreisverband Segeberg spendet für Erdbebenopfer auf Haiti

Fast 800 Euro haben die Sozialdemokraten für die Erdbeben-Hilfe gesammelt.

Den Anstoß gaben die Jungsozialisten, als sie auf dem Kreisparteitag der SPD des Kreises Segeberg dazu aufriefen, für die erste Hilfe der Erdbebenopfer auf Haiti zu sammeln.

Fortgesetzt wurde die Sammelaktion auf dem Neujahrsempfang der Kreis-SPD in Henstedt-Ulzburg.

*Jetzt konnten Mitglieder des Kreisvorstandes einen Scheck in Höhe von 783,19 € vorbereiten. Der Betrag soll umgehend an die „Aktion Deutschland hilft"
weitergereicht werden. Wichtig für den Kreisvorstand war dabei die Sicherheit, dass die Spende auf kürzestem Wege den betroffenen Menschen zugute kommt.*

Der SPD-Kreisvorstand bedankt sich bei allen, die sich an der Spendenaktion beteiligt haben.

*Auf dem Foto mit dem symbolischen Spenden-Scheck:
Silke Brandt, Traute Schiffgen, Marc-André Ehlers, Jürgen Sass-Olker, Andrea Schuster, Tobias Köpke und Alexander Wagner (v.l.).*

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - veröffentlicht am 01.02.2010, 12:23 Uhr - 11088 Clicks - Nr. 97

Die Zukunft der Müllabfuhr in Nordfriesland

Die Frage ist: ***Kommunalisierung oder Lohndrückerei?***

Mit über 50 interessierten Zuhörern, darunter auch Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Betriebsräten, war die Veranstaltung am 28.01.2010 im Hotel "Rosenburg" in Husum sehr gut besucht.

Thomas Nissen, Vorsitzender der SPD-Fraktion im nordfriesischen Kreistag, unterstrich eingangs die Haltung des SPD-Kreisverbandes für eine Kommunalisierung der Müllabfuhr in Nordfriesland.

In den Vorträgen von Hans-Joachim Alfeld, Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsgesellschaft NF (AWNF), Dr. Berend Krüger, tätig im „Verband Kommunale Abfallwirtschaft", Ralph Hohenschurz-Schmidt, Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsgesellschaft Rendsburg-Eckernförde (AWR) und Jürgen Reimer, Geschäftsführer ver.di, Bezirk Westküste wurden die gegenwärtigen Situation der Müllabfuhr in Nordfriesland, Vor- und Nachteile von kommunalen Betrieben, Erfahrungen bei der Ausschreibung von Abfallsammelleistungen unter besonderer Berücksichtigung der am 21.1.2010 erfolgten Neuvergabe der Sammlung von Altpapier im Kreis Rendsburg-Eckernförde und Probleme für Arbeitnehmer bei Ausschreibungen eingehend dargestellt.

Deutlich wurde, dass der Kreis Nordfriesland mit der Kommunalisierung der Abfallentsorgung den besseren Weg gehen würde. Die Vorgehensweisen aus Stade und Rendsburg-Eckernförde, die in ihren Ausschreibungen Tariflöhne, bzw. den BDE-Tarif zur Bedingung machten, ist rechtlich nicht sicher, und der Nachahmung nicht empfohlen. Zwar sind dort die Ausschreibungen inzwischen rechtmäßig, aber nur, weil es dort zu keiner rechtlichen Auseinandersetzung kam.

Nachteile, machte Jürgen Reimer deutlich, müssen die Arbeitnehmer bei einer öffentlichen

Ausschreibung in Kauf nehmen. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes ist die Pflicht zur Tariftreue aufgehoben worden. Für viele Arbeitnehmer bedeutet das, wenn öffentlich ausgeschrieben wird, dass sie zu sogenannten "ALG-Aufstockern" werden würden und zudem zu schlechteren Arbeitbedingungen arbeiten müssten. Die Entscheidung zwischen Kündigung oder niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen wird den Arbeitnehmern immer öfter abgefordert.

Für den SPD-Kreisvorsitzenden Horst Deyerling ist dies nicht hinnehmbar. Vielmehr sollte sich der Kreis verpflichtet sehen und ein Interesse daran haben, dass Tariflöhne gezahlt werden. "Mit der Kommunalisierung der Müllabfuhr besteht zugleich die Möglichkeit, Leiharbeitsfirmen und sogenannten "Tochterunternehmen" der großen Entsorgungsunternehmen den Zugriff auf die Arbeitnehmer und damit die Lohndrückerei zu verhindern. Unser Besteben muss es sein, dass Arbeitnehmer nicht die Verlierer durch eine öffentliche Ausschreibung werden", so Horst Deyerling. "Die Abfallwirtschaftsgesellschaft NF ist gut aufgestellt, um die Aufgaben der kommunalisierten Abfallentsorgung zu bewältigen".

Der SPD-Kreisverband und die SPD-Kreistagsfraktion wurden in ihrer Haltung zur Kommunalisierung der Abfallwirtschaft in Nordfriesland gestärkt und die Fraktion wird im nächsten Kreistag für diesen Schritt eintreten.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - veröffentlicht am 01.02.2010, 15:57 Uhr - 3814 Clicks - Nr. 98

SPD-Engelsby: Planänderung im Gebiet Kauslund Osterfeld
Bürgerinformation im Technischen Rathaus

Die Stadt Flensburg lädt zur öffentlichen Bürgerinformation am Dienstag, dem 16. Februar um 19 Uhr im Technischen Rathaus, Am Pferdewasser 14, Raum H 20 (Theodor-Rieve-Zimmer) ein.

Auf dem betreffenden Grundstück war ursprünglich eine Kindertagesstätte vorgesehen. Mittlerweile ist an dieser Stelle jedoch kein Bedarf mehr für diese oder andere sozialen Zwecken dienende Einrichtungen erkennbar. Es ist daher vorgesehen, auf dem Grundstück eine an das Umfeld angepasste Wohnbebauung zu entwickeln.

Vorgestellt und diskutiert werden sollen die Ziele sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung und unterschiedliche Lösungen. Allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern wird Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Die Leitung der Bürgerversammlung erfolgt durch Ratsherrn Jörg Pepmeyer.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - veröffentlicht am 02.02.2010, 08:39 Uhr - 4483 Clicks - Nr. 99

Idstedt-Löwe Gegenstand von kleiner Anfrage
Zur vorgesehen Aufstellung des berühmten Idstedt-Löwen in Flensburg haben Rolf Fischer und Birte Pauls eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt:

Wir begrüßen die Aufstellung des Löwen in Flensburg und möchten mit der Kleinen Anfrage auch die durchaus gegebenen landeshistorischen Bezüge deutlich machen. Bei dem Denkmal handelt es sich um ein besonderes deutsch-dänisches Kulturerbe, das stärker als bisher zum Gegenstand historisch-politischer Bildung gemacht werden sollte. Wir fragen deshalb nach der Haltung der Landesregierung zur historisch-politischen kulturellen Bedeutung des Idstedt-Denkmals für die Grenzregion und für Schleswig-Holstein insgesamt. Insbesondere möchten wir wissen, ob die Landesregierung die von einigen Bürgern geäußerte Auffassung teilt, dass die Aufstellung zu Akzeptanzproblemen und sogar zu Widerständen führen wird.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - veröffentlicht am 02.02.2010, 09:47 Uhr - 67162 Clicks - Nr. 100

Hundert trostlose Tage in Kiel

Zur 100-Tage-Bilanz der Schwarz-Gelben Koalition erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner:

Nach 100 Tagen im Amt weiß die Koalition immer noch nicht, wohin sie Schleswig-Holstein führen will und wie sie den Haushalt konsolidieren soll: Mal wird das gerade eingeführte beitragsfreie 3. Kita-Jahr zur Disposition gestellt, mal das Pensionsalter von Polizeibeamten. Das klingt sehr nach „wünsch Dir was", aber nicht nach ernsthaften und durchdachten Konzepten. Im schlimmsten Fall stellt man einfach alles „auf den Prüfstand". Die Bürgerinnen und Bürger, die Konkretes wissen möchten, werden auf die Zeit „nach der Mai-Steuerschätzung" vertröstet – als ob diese irgendwelche Überraschungen bringen würde. Nicht einmal die CDU-geführten Ministerien haben Vorschläge gemacht, wo Ausgaben eingespart werden können, obwohl genau dieser – nicht stichhaltige - Vorwurf an die SPD-Minister als ein Grund für den Bruch der Großen Koalition durch die CDU im Juli 2009 herhalten musste.

Die einzigen Entscheidungen, die diese trostlose Regierung getroffen hat, waren zum Nachteil des Landes und seiner Menschen: Sie hat dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat zugestimmt; dieses Geschenk für Hoteliers und reiche Erben bringt Einnahmeverluste für Schleswig-Holstein in Höhe von jährlich 130 Mio Euro. Sie hat der Erteilung von Boni bei der HSH-Nordbank zugestimmt und damit Vorgaben des Landtages und des SoFFin ignoriert.

Gab's gar nichts Positives? Doch: Die Ankündigung eines Reifenwechsels bei Polizeifahrzeugen und die Möglichkeit, Autokennzeichen beim Umzug beizubehalten.

Von der FDP ist außer dem Trommelschlagen für den Erhalt einer Handvoll Realschulen und für das kostspielige Wahlfreiheitschaos G8 oder G9 sowie einer wirksam in Szene gesetzten Grippe-Schutzimpfung des Sozialministers seltsam wenig zu hören.

Die CDU verschanzt sich hinter dem breiten Rücken ihres Vorsitzenden/Ministerpräsidenten und hat bei ihm erreicht, dass zwei neue Beauftragte ernannt und ausgestattet werden, die niemand braucht, und für Aufgaben, für die es Minister gibt - nachdem sie jahrelang Beauftragte immer nur abschaffen wollte.

Fazit der 100 Tage Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein: Einnahmeverluste und Mehrausgaben.

Stattdessen hätten nach Ansicht der SPD bereits in den ersten 100-Tagen die Weichen gestellt werden müssen für

** eine Verwaltungsstrukturreform, mit der man dort sparen kann, wo es effektiv ist und die Bürgerinnen und Bürger nicht belastet,*
** ein zumindest grobes Konsolidierungskonzept, das die Richtung festlegt, wo gekürzt und gestrichen werden soll,*
** die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Schulgesetzes von 2007 mit dem Ziel, Sicherheit für die Zukunft der Schulen zu schaffen,*
** Verhandlungen über einen Altschuldenpakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel, das strukturelle Defizit des Landes abzuschaffen,*
** ein Erdkabelgesetz und vieles mehr, was eine handlungsfähige Regierung getan hätte.*

Nichts dergleichen ist geschehen – Schwarz-Gelb hat wertvolle Zeit vertan, anstatt sie zum Wohle des Landes zu nutzen. Von einer „Koalition des Aufbruchs" ist nichts zu spüren. Schon zum sogenannten Arbeitsprogramm der Regierung titelten die drei größten schleswig-holsteinischen Tageszeitungen: „Wo regieren sie denn?", „Warten auf Entscheidungen" und „Wer gibt mal Schwung?" Wir bleiben dabei: Bisher gibt es bei Schwarz-Gelb lediglich prima Klima, aber viel heiße Luft. Schön für die Tu-nix-Regierung, trostlos für Schleswig-Holstein.
Kommentar von Hans Peter Robin vom 02.02.2010, 11:29 Uhr:
RE: Hundert trostlose Tage in Kiel
Am 18.09.09 hat Kubicki in einer Pressemitteilung erklärt: „Die Wählerinnen und Wähler im Land wollen keine „Chaos-Combo" aus SPD, Linkspartei, GRÜNEN und SSW." Schon ein Vierteljahr später müssen Wählerinnen und Wähler mit Schrecken feststellen,dass sie stattdessen ein „Katastrophen – Duo" erhalten haben."

AfA Schleswig-Flensburg - veröffentlicht am 02.02.2010, 10:25 Uhr - 3645 Clicks - Nr. 101

Bundesverwaltungsgericht kippt wegen Formfehler den Postmindestlohn

Dringender Handlungsbedarf für eine Neuregelung des Postmindestlohns.
Nachdem das Bundesverwaltungsgericht den Mindestlohn für die Postbranche für rechtswidrig erklärt hat, zeigt dieser Fall einmal mehr, wie dringend notwendig ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn ist. Dieser würde Rechtssicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeuten und den Postdienstleistern die Möglichkeit bieten, sich gegen einen unsäglichen Dumpingwettbewerb zu stemmen.
Gerade im Dienstleistungsbereich ist es üblich Löhne zu zahlen, von denen es nicht möglich ist, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. ArbeitnehmerInnen , die in Vollzeit arbeiten und dann noch Aufstocken müssen, ist es nicht zu erklären, warum sich die eigenen Arbeitgeber gegen einen einheitlichen Mindestlohn stemmen. Hier wird auf dem Rücken der Beschäftigten Lohndumping betrieben.

Einige Postarbeitgeber haben bereits angekündigt, den Mindestlohn nicht mehr für ihre Beschäftigten zu zahlen. Darum bedarf es einer neuen Regelung.

Die AfA SL-FL verurteilt das Vorgehen der Postarbeitgeber und verlangt, dass das Bundesarbeitsministerium den bemängelten Formfehler bereinigen muss. Das ist mittels einer

neuen Verordnung möglich.
Am Beispiel des gekippten Postmindetlohns wird deutlich, wie dringend ein flächendeckender Mindestlohn - wie es in anderen europäischen Ländern üblich ist - durchgesetzt werden muss!

Keine Kommentare

Andreas Beran - *veröffentlicht am 02.02.2010, 11:56 Uhr - 8156 Clicks - Nr. 102*

Absage Landesparteirat

Liebe Genossinnen und Genossen,
aufgrund der Witterungslage wird
- auch nach Rücksprache mit dem Landesvorsitzenden - die Sitzung des Landesparteirates für heute, 2. Februar 2010, in Rendsburg abgesagt. Statt dessen findet eine Telefonkonferenz mit den Kreisvorsitzenden und den Vorsitzenden der vier großen Arbeitsgemeinschaften statt.
Andreas Beran

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 02.02.2010, 14:57 Uhr - 10573 Clicks - Nr. 103*

Gigaliner gefährden Straßenverkehr in den Kreisen Segeberg und Stormarn

Wie die Bundesregierung auf Nachfrage der SPD-Bundestagsfraktion bestätigt hat, plant sie einen bundesweiten Feldversuch mit überlangen und überschweren LKW. Diese auch Gigaliner genannten Lastwagen sind mit 25,25 Metern über 6 Meter länger als normale LKW und das zulässige Höchstgewicht kann weit über den bisherigen 40 t liegen.

Thönnes: „Mit der schrittweisen Einführung der Gigaliner begibt sich die Bundesregierung auf eine verkehrspolitische Geisterfahrt. Die Nachteile dieser Riesenlaster sind offensichtlich". Viele Straßen und Brücken seien für derartige Dauerbelastungen nicht ausgelegt. Dies führe zu verstärkter Abnutzung mit entsprechend aufwendigen Sanierungen bzw. zu hohen Kosten beim Um- und Neubau von Straßen, Brücken oder Kreisverkehren.

Darüber hinaus gehen von den Gigalinern Gefahren für den Straßenverkehr aus, weil sie bei den Spurwechseln oder im Kreisverkehr weiter ausscheren. Dies gefährdet insbesondere Fahrradfahrer. Auch Überholvorgänge dauern entsprechend länger. „Riesenlaster, die auf den Straßen in den Kreisen Segeberg und Stormarn unterwegs sind, sind eine Gefahr und führen zu Schäden an der Infrastruktur, die dann von den Kommunen repariert und bezahlt werden müssten", erläutert der SPD-Politiker.

Außerdem bestehe die Gefahr, dass sich neuer Güterverkehr von der Schiene zurück auf die Straße verlagere. Thönnes: „In den letzten Jahren haben wir z.B. mit dem Masterplan Güterverkehr und Logistik große Anstrengungen unternommen, um den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dieses Engagement wird durch die schwarz-gelbe Regierung gefährdet. Sie befördert damit den Verkehrsinfarkt auf den Autobahnen und schadet der Umwelt. Aus diesen Gründen lehnt die SPD-Bundestagsfraktion den bundesweiten Feldversuch ab".

Bildquelle: www.pixelio.de / tommyS

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 03.02.2010, 09:02 Uhr - 1401 Clicks - Nr. 104*

Dank an ABK und KVG für hervorragenden Winterdienst!

Zum Dauereinsatz des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) und der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) in den Wintermonaten Januar und Februar 2010 erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der umweltpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Björn Sander, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Wir danken den Mitarbeitern des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) für ihren Dauereinsatz im Winterdienst für die Kielerinnen und Kieler. Seit Anfang Januar 2010 räumen sie Straßen und Gehwege von Schnee und Eis, streuen Salz und Sand und schaffen es auch bei dieser harten Witterung noch, die Abfalltonnen zu leeren. Urlaube werden gestrichen und Überstunden gehäuft, damit die Kielerinnen und Kieler so sicher wie menschenmöglich auf den Straßen und Wegen fahren und gehen können – dafür ein großes, großes Dankeschön!

Derselbe Dank richtet sich an die Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG), deren Beschäftigte bei diesen schwierigen Witterungsverhältnissen einen nahezu reibungslosen Busverkehr hinbekommen und ihre Passagiere sicher durch die Straßen fahren.

Bei diesem Dauerschnee ist es völlig nachvollziehbar, wenn nicht alle Straßen gleichzeitig geräumt, sondern die Hauptstraßen und die gefährlichen Stellen vorrangig abgestreut werden. SPD, GRÜNE und SSW sind stolz auf die städtische Müllabfuhr, Straßenreinigung und die städtischen Verkehrsbetriebe!"

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 03.02.2010, 09:08 Uhr - 1412 Clicks - Nr. 105*

Jobcenter: SPD und GRÜNE haben längst Grundgesetzänderung beantragt!

„Wir freuen uns darüber, dass auch die neue schleswig-holsteinische Landesregierung aus CDU und FDP die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung für den Fortbestand des Kieler Jobcenters und der anderen ARGEN in Deutschland einsieht.

Und wir erinnern daran, dass die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN bereits im Dezember 2009 konkrete Gesetzentwürfe zur Änderung des Grundgesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht haben (Bundestagsdrucksachen 17/181 und 17/206), die schon in die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen worden sind. Mit einer Grundgesetzänderung würde ein Fortbestand der Jobcenter und der Hilfen „aus einer Hand" für Langzeitarbeitslose ermöglicht.

Kommt es zu keiner verfassungsrechtlichen Absicherung der bestehenden Jobcenter, dann wird es unnötige Doppelstrukturen in der Sozialverwaltung geben (zwei Anträge statt einem, zwei Aktenprüfungen statt einer, zwei Bescheide statt einem), und die sind überflüssig, kosten Geld und sind nicht im Interesse der Betroffenen. Noch nimmt die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP eine gegen die Städte gerichtete Haltung ein – aber wir hoffen auf Einsicht, dass diese Haltung falsch ist", dies erklärten der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Schmalz, und der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Sharif Rahim.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 03.02.2010, 09:24 Uhr - 4981 Clicks - Nr. 106*

Stopp der Agrarförderprogramme ist ein unvermeidlicher Schritt

Zu dem von Landwirtschaftsministerin Rumpf verkündeten Antragsstopp für drei Agrarförderprogramme erklärt der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Lothar Hay:

Der verkündete Antragsstopp im Agrarinvestitionsprogramm, im Milchinvestitionsförderprogramm und im Biomasseprogramm ist für die Landwirtschaft eine schlechte Nachricht. Vor dem Hintergrund der Sparzwänge ist dieser Schritt jedoch unvermeidlich. Gleichzeitig bietet dieser Stopp auch die Chance zum Nachjustieren aller Förderprogramme im ländlichen Raum. Wie in vielen Förderbereichen müssen wir das Ziel im Blick behalten, eine zukunftsfähige Infrastruktur für alle Menschen im ländlichen Raum zu erhalten und auszubauen. Nur auf Einzelbetriebe bezogene Förderprogramme haben vor diesem Hintergrund und angesichts der Haushaltslage des Landes eine geringere Priorität. Dies gilt für alle Bereiche der Wirtschaft, auch für die Landwirtschaft.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 03.02.2010, 09:31 Uhr - 4841 Clicks - Nr. 107*

Landesregierung ist am Zug!

Zu den Diskussionen über die finanzielle Situation des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters erklären die SPD-Abgeordneten Birte Pauls aus Schleswig und Lothar Hay aus Flensburg:

Der Ball liegt jetzt im Spielfeld der Landesregierung. Der Kulturminister hat auf dem Parlamentarischen Abend der drei großen Theater vollmundige Erklärungen abgegeben, die jetzt so schnell wie möglich mit einem Finanzierungskonzept gefüllt werden müssen.

Für die SPD ist wichtig, dass es auch im nördlichen Landesteil ein Theaterangebot gibt und dass die Sanierung nicht erneut auf dem Rücken der Beschäftigten vorgenommen wird; sie haben mit dem Haustarifvertrag große Belastungen auf sich genommen, auch in der Erwartung, die eigenen Arbeitsplätze erhalten zu können. Diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darf jetzt nicht die „Belohnung" dafür in Form der Kündigung überreicht werden.

Das Land und die übrigen Partner müssen jetzt sagen, was ihnen der Erhalt des Theaters wert ist.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 03.02.2010, 10:23 Uhr - 5346 Clicks - Nr. 108*

Serpil Midyatli und Rolf Fischer zum Muezzinruf aus Rendsburg

Zur Genehmigung des Muezzinrufs in Rendsburg erklären die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, Mitglied im SPD-Landesvorstand, und der kirchenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion und Sprecher des Kreises SPD und Kirchen,

Rolf Fischer:

Nach einem transparenten Verfahren mit Gutachten und Anhörungen ist heute die Genehmigung für den Muezzinruf in der Rendsburger Moschee erteilt worden.
Denn es ist klar: Es gibt keine sachlichen Argumente, die ein Verbot oder eine Einschränkung über die Nachtruhezeit hinaus gerechtfertigt hätten. Damit wird dieser Teil der Religionsausübung der Muslime auch Teil der Normalität in Rendsburg, wie er schon jahrelang Teil des Alltags in Neumünster ist.

Unsere Grundwerte, zu denen auch die Religionsfreiheit gehört, gelten für alle in Deutschland lebenden Menschen. Die pragmatische Lösung in Rendsburg ist ein Zeichen der Toleranz gegenüber religiös Andersgläubigen. In einer freiheitlichen Gesellschaft muss es möglich sein, dass Menschen ihren religiösen Riten folgen können, zumal dann, wenn diese die Gemeinschaft nicht beeinträchtigen. Dies kann in Rendsburg nun geschehen. Die Stadt ist damit Vorbild für andere.

Wir hören den Ruf des Muezzins und haben ihn verstanden. Er ist für uns auch ein politisches Signal.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 03.02.2010, 15:27 Uhr - 3094 Clicks - Nr. 109*

SPD-Engelsby: Aktuelle Situation im Winterdienst und in der Abfallbeseitigung
Die Hauptverkehrsstraßen, Gefällestrecken, Buslinien und unfallträchtigen Bereiche in Flensburg wurden bisher trotz der anhaltenden Schneefälle fast durchgängig freigehalten. Wegen der extremen Witterung konnte aber in den Nebenstraßen bisher nur sehr eingeschränkt Winterdienst geleistet werden. Sobald die Witterung es zulässt, wird das TBZ auch diese Straßen nach und nach räumen.
In vielen Bereichen kommt es aufgrund parkender Fahrzeuge zu Schwierigkeiten bei der Schneeräumung. Das TBZ bittet daher alle Autofahrer, ihre Fahrzeuge möglichst weit von den noch nutzbaren Fahrbahnen entfernt zu parken.
Trotz des vorhandenen Mangels an Streusalz werden Kreuzungen und Steigungen weiterhin abgestreut. In allen anderen Bereichen wird derzeit nicht gestreut.
In der Abfallbeseitigung kommt es seit Montag, dem 01. Februar zu Einschränkungen. Heute erfolgte die Nachleerung der abgebrochenen Touren vom Montag und Dienstag. Sofern es die Witterung zulässt, ist für den Rest der Woche beabsichtigt, dass sich die Abfuhrtage jeweils um einen Tag verschieben.
Das TBZ bittet darum, die Zugänge zu den Abfallbehältern vom Schnee zu befreien.
Bei der nächsten regulären Abfuhr besteht zudem die Möglichkeit, gebührenfreie Müllsäcke neben die Tonnen zu stellen, die dann kostenlos mit entsorgt werden.
Die Firma Veolia weist daraufhin, dass die Entleerung der gelben Abfallbehälter innerhalb des Stadtgebietes ab Mittwoch eingestellt worden ist. Es erfolgt keine Nachleerung. Zum nächsten Abfuhrtermin können ebenfalls kostenlos Säcke zugestellt werden.

Keine Kommentare

SPD Herzogtum Lauenburg - *veröffentlicht am 03.02.2010, 15:54 Uhr - 4158 Clicks - Nr. 110*

Lauenburgische Sozialdemokraten gehen neue Wege

Die SPD Herzogtum Lauenburg möchte ihrer Mitglieder stärker einbinden. Aus diesem Grund hat sie vier neue Arbeitsgruppen gegründet. In ihnen sollen die Genossinnen und Genossen die Möglichkeit haben, auch als nicht Mandatsträger sich mehr in die politische Arbeit einzubringen.
„Viele Mitglieder haben einfach nicht die Zeit sich als Gemeindevertreter oder Kreistagsabgeordnete zu engagieren", sagt David Welsch (21) Pressereferent der SPD. „Sie nehmen an den Sitzungen ihrer Ortsvereine teil, würden aber gerne mehr tun, ohne gleich ein Mandat anzustreben. An diese Mitglieder richten sich unsere neuen Arbeitsgruppen.", so Welsch weiter. Die Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den Themen: „Familien und Sozialpolitik", „Umwelt Klima und Energie" und „Kita, Schule und Ausbildung."

Des Weiteren wird der „Arbeitskreis Gemeindepolitik" geschaffen. Er soll GemeindevertreternInnen und BürgermeisternInnen eine Plattform zum Austausch bieten, aber auch Mitglieder ohne Mandat sind willkommen ihre Ideen und Vorschläge einzubringen.

Die SPD möchte mit diesem Schritten, dass bislang nicht voll ausgenutzte Potential ihrer Mitglieder fördern und eine neue Struktur des politischen Willensbildungsprozesses generieren.

„Es ist ein Signal an neue und alte Mitglieder, dass wir sie brauchen und das ihre Meinung wichtig ist. Wir begreifen uns als basisdemokratische Partei und diese neuen Arbeitsgruppen stärken diese Basisdemokratie noch weiter.", so Welsch.

Alle Mitglieder werden Einladungen zu den ersten Treffen der Arbeitsgruppen erhalten und sind herzlich Eingeladen sich einzubringen.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 03.02.2010, 17:03 Uhr - 2958 Clicks - Nr. 111*

Schwarz/ Gelb in Bund und Land – gehen in Glinde die Lichter aus?

Wie immer hat Frank Lauterbach, der SPD-Ortsvereinsvorsitzende in Glinde, eine provokante gewählt, um eine Monatsversammlung mit lebhaften Diskussionen zu erreichen, diesmal über die ersten 100 Tage der neuen Regierungskoalitionen. Am 9. Februar trifft sich die SPD Glinde zu diesem Zweck ab 20.00 Uhr im Bürgerhaus.

Als Gast wird der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat erwartet.

Außerdem auf der Tagesordnung: Aktuelle Viertelstunde und Berichte aus Vorstand und Fraktion.

Keine Kommentare

SPD-Mettenhof / Hasseldieksdamm - *veröffentlicht am 04.02.2010, 18:12 Uhr - 2853 Clicks - Nr. 112*

Trauer um Christa Kallin

Die SPD in Mettenhof / Hasseldieksdamm trauert um Christa Kallin, die am 20.01.2010 plötzlich und unerwartet im 78. Lebensjahr verstorben ist. Christa Kallin gehörte über viele Jahre dem Vorstand der Mettenhofer SPD an. Zuletzt galt ihr besonderes Engagement der Arbeitsgemeinschaft 60plus in der SPD. Darüber hinaus war sie 15 Jahre lang bis zum Frühjahr 2008 Mitglied im Mettenhofer Ortsbeirat, wo sie für die Belange älterer Menschen und den Ausgleich mit der Jugend eintrat.

Ein besonderes Anliegen war ihr die Umsetzung der Beschlüsse aus dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt. Für ihr langjähriges Engagement für und in der SPD wurde Christa Kallin im Dezember 2008 gemeinsam von Bundes-, Landes- und Ortsvereinsvorstand der SPD geehrt.

Ortsvereinsvorsitzender Cai-Uwe Lindner erklärt: "Mit Christa Kallin verlieren wir eine aufrechte Streiterin für Mettenhof. Sie wird uns als bekennende Christin mit ihrem unerschütterlichen Einsatz für den Frieden in Erinnerung bleiben. Die SPD wird ihr ein ehrendes Andenken bewahren".

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 04.02.2010, 18:28 Uhr - 6053 Clicks - Nr. 113*

Kieler SPD fordert bessere Finanzausstattung der Städte: "Stadt statt Staat"!

Die Finanzausstattung der Städte in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik Deutschland ist unzureichend und muss verbessert werden. Zulange haben die Städte im Schatten des Staates, d.h. von Bund und Land, gestanden. In Zukunft müssen die Städte in den Fokus des politischen Handelns gerückt werden, und bei der Verteilung des Gesamtsteueraufkommens sind sie mehr als bislang zu berücksichtigen: **Stadt statt Staat!**

Wir wenden uns an die Bundesregierung, die schleswig-holsteinische Landesregierung und an die kommunalen Spitzen- und Landesverbände. Als Kieler Sozialdemokraten mit Verantwortung für die Stadt, das Land Schleswig-Holstein und den Bund fordern wir von der Bundesregierung und der schleswig-holsteinischen Landesregierung:

· Der Bund darf keine Einnahmeausfälle für die Städte durch falsche Steuerpolitik verursachen! Deshalb darf die Gewerbesteuer nicht abgeschafft werden, sondern muss zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer fortentwickelt werden. Die Steuerfreiheit für die Veräußerung aus Kapitalgewinnen ist aufzuheben. Die Gewerbesteuerumlage ist zugunsten der Städte zu reduzieren.

· Die Landesregierung muss sich für einen gerechten kommunalen Finanzausgleich einsetzen: Städte sind nicht die „Reservekasse" des Landes! Innerhalb des kommunalen

Finanzausgleichs müssen bei der Berechnung des Finanzbedarfes pro Einwohner die höheren Infrastrukturkosten der Städte und ihre Leistungen auch für das Umland stärker als bisher gewichtet werden. Der bereits vollzogene Eingriff des Landes in den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von jährlich 120 Mio. Euro muss angesichts der Finanzkrise verringert werden. Es darf zu keinen zusätzlichen, indirekten Eingriffen in den kommunalen Finanzausgleich über "Befrachtungen" kommen. An allen bundesgesetzlichen Regelungen mit finanziellen Auswirkungen für die Städte muss sich der Bund ausreichend beteiligen, und die Finanzierungsanteile des Bundes müssen vom Land uneingeschränkt an die Städte weitergeleitet werden.

· **Bund und Land dürfen nicht die Fehler früherer Regierungen wiederholen und staatliche Sozialaufgaben auf die Städte abwälzen!** Der Bund muss wieder einen angemessenen Finanzierungsanteil an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II übernehmen, um das Ziel der Entlastung der kommunalen Haushalte auch zu erreichen, das durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe erzielt werden sollte. Aber vor allem die Organisation der „Jobcenter", d.h. der ARGEn (Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und städtischen Sozialverwaltungen), muss endlich durch eine Grundgesetzänderung gesichert werden. Sonst wird es unnötige Doppelstrukturen in der Sozialverwaltung geben (zwei Anträge statt einem, zwei Aktenprüfungen statt einer, zwei Bescheide statt einem), und die sind überflüssig, kosten Geld und sind nicht im Interesse der Betroffenen. Wir fordern ein Leistungsgesetz des Bundes für eine ausreichende materielle Versorgung von Menschen mit Behinderungen anstelle der Ausgestaltung als Sozialhilfeleistung, und eine angemessene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung eines solchen Leistungsgesetzes.

· **Die öffentliche Daseinsvorsorge in den Städten ist zu stärken - Bund und Land stehen mit in der Verantwortung!** Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Verkehr und Sportstätten kommen allen Menschen zugute. Wir sind für einen zwischen Bund, dem Land und den Städten abgestimmten Investitionspakt zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge, damit auf diese Weise die kommunalen Investitionen gekräftigt werden (zwei Drittel der öffentlichen Investitionen gehen von den Kommunen aus). Die staatliche Städtebauförderung - z.B. das Programm
"Soziale Stadt" - muss weiterentwickelt und verstärkt werden. Das Vergaberecht muss zugunsten der Städte gestärkt werden.

Torsten Albig (SPD)
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD), MdB
Kieler Bundestagsabgeordneter

Rolf Fischer (SPD), MdL
Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Kiel und Kieler Landtagsabgeordneter

Gesa Langfeldt (SPD), Ratsfrau
Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel

Anlage: Finanzpolitisches Papier "Stadt statt Staat - Städte brauchen eine bessere Finanzausstattung als bisher"

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 05.02.2010, 08:15 Uhr - 5480 Clicks - Nr. 114*

Auch das soziale Europa nicht ausgrenzen!
Zu den am 2. 2. 2010 vorgelegten europapolitischen Schwerpunkten der Landesregierung erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rolf Fischer:

In den europapolitischen Schwerpunkten der Landesregierung fehlt die soziale Dimension fast völlig. Vor allem müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um Beschäftigung in Schleswig-Holstein zu erhalten und auszubauen.
Neben all den bewährten und richtigen Selbstverständlichkeiten in der Europapolitik darf das soziale Europa als neuer Schwerpunkt nicht ausgegrenzt werden.

Auch in der angekündigten Dänemarkstrategie fehlt bisher eine Schwerpunktsetzung auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und eine Kooperation im sozialen Bereich. Zudem muss die Dänemark-Strategie ganz Schleswig-Holstein umfassen und Teil der beschlossenen Enquete zur interregionalen Zusammenarbeit werden. Dafür werden wir uns stark machen.

Unverständlich bleibt, dass die schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik nicht erwähnt wurde. Damit unterschlägt die Landesregierung ein modernes europäisches Politikfeld.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 05.02.2010, 11:06 Uhr - 6664 Clicks - Nr. 115*

Ein großes DANKE SCHÖN an das TBZ!
Der Sprecher der SPD Neumünster Stefan Eckner erklärt:
"Das einsetzende Tauwetter wollen wir nutzen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Technischen Betriebszentrums (TBZ) der Stadt Neumünster zu danken!

Sie waren es, die in den vergangenen Wochen Tag und Nacht eine unschätzbare Arbeit für unsere Stadt geleistet haben. Dies zeigt deutlich, dass es gut für Neumünster ist, dass wir das TBZ haben – es leistet einen unersätzlichen Dienst an der Stadt Neumünster und für die Bürgerinnen und Bürger!

Besonders hervorheben wollen wir, dass im Gegensatz zu anderen Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein es in Neumünster nie an Streusalz gemangelt hat. Diese Weitsicht hat sich wirklich bemerkbar gemacht. Wir können daher nur Danke sagen!"
Kommentar von Birgit Malecha-Nissen vom 08.02.2010, 00:11 Uhr:
Auch mein herzlicher Dank!
Liebe Neumünsteraner, viele Termine haben mich in den letzten Tagen nach Neumünster geführt. Ich bin sehr dankbar für die geräumten Straßen, die mich immer sicher und oft viel zu pünktlich ans Ziel geführt haben! Auf meinem Weg aus dem vereisten Passade weiß ich das sehr zu schätzen. Mit den besten Grüßen, Birgit Malecha-Nissen

Kommentar von Alexandra Mallon vom 07.02.2010, 18:56 Uhr:
RE: Ein großes DANKE SCHÖN an das TBZ!
Auch für den Bereich Gadeland und die von Schnee und Eis zu befreienden Straßenzüge sagt die SPD Gadeland dem TBZ herzlichen Dank. Weitsicht zahlt sich für die Bürger immer aus, nicht nur im Winter. Alexandra Mallon Vorsitzende SPD Gadeland

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 05.02.2010, 13:25 Uhr - 10714 Clicks - Nr. 116*

SPD in Nordfriesland legt Newsletter auf
Informationen breit steuen.

Seit Januar bietet der SPD-Kreisverband Nordfriesland seinen Mitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern monatlich einen Newsletter an.

Zusätzlich hat der Kreisverband eine eigene Info-Homepage eingerichtet.

In Zusammenarbeit mit dem SPD-Kreisvorstand, der SPD-Kreistagsfraktion, den unterschiedlichen Gremien und Arbeitsgemeinschaften des SPD-Kreisverbandes, den SPD-Ortsvereinen und unseren Landtagsabgeordneten Dr. Gitta Trauernicht und Marion Sellier werden wir Sie in einem monatlichen Newsletter über unsere Arbeit, Vorhaben und Meinungen informieren.

Inhaltliche Schwerpunkte des Newsletters werden Themen aus Nordfriesland sein. Jeweils eine Seite wird es für Berichte aus dem SPD-Landesverband und aus dem Europaparlament in Zusammenarbeit mit Ulrike Rodust geben. Zunächst bieten wir an, den Newsletter elektronisch zu "abbonieren". Langfristig ist ein kreisweiter Versand angedacht.

Ergänzt haben wir unser Informationsangebot mit einer Informations-Homepage, auf der den Pressemitteilungen von der SPD-Bundes-, Landes- und Kreisebene eingepflegt werden. Hintergrund: Es kommt vor, dass Pressemitteilungen nicht, verkürzt oder mit zeitlicher Verzögerung in der lokalen Presse erscheinen. Lokale Ereignisse erscheinen auch nicht in jeder Ausgabe. Wir stellen die Pressemitteilungen der SPD in Nordfriesland und die Presseberichte zu Veranstaltungen der Ortsvereine aus lokalen Zeitungsausgaben zum Nachlesen bereit.

Berichte aus Berlin von den SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix und Dr. Hans-Peter Bartels werden hier ebenso finden sein wie Pressemitteilungen von Ulrike Rodust und anderen Vereinen und Verbänden.

Über diese Homepage aus kann auch der Newsletter abgerufen werden.

Zu finden ist diese Info-Homepage unter: www.newsletter-spd-nordfriesland.de

Kommentar von Hans Georg Will vom 07.02.2010, 13:19 Uhr:
RE: SPD in Nordfriesland legt Newsletter auf
Gute Idee und viel Erfolg. Grüsse von Sylt nach Husum.

Kommentar von Gaby Lönne vom 06.02.2010, 14:48 Uhr:
RE: SPD in Nordfriesland legt Newsletter auf
Hallo Horst, die SPD-Nordfriesland war eines der Gründungsmitglieder unserer SPD-NET-SH-Gemeinschaft. Mittlerweile wird unser System, bis auf Ostholstein, von den GenossenInnen in ganz Schleswig-Holstein genutzt. Ich bin sehr stolz darauf. Carsten Schröder arbeitet unermüdlich daran, immer wieder neue Features einzuarbeiten. Es gibt kein anderes System, das so vernetzt einerseits und den einzelnen Gliederung andererseits so individuelle Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Der Informationsgehalt für den User ist enorm. Ich habe Verständnis für Internetseiten außerhalb von net-sh, denn auch wir können mit unserem

System nicht immer alle Möglichkeiten und Wünsche umsetzen. Das, was ich aus der neuen Homepage entnehme ist jedoch nichts, was unser System nicht auch kann. Jetzt kommst Du mit einem 1&1 Homepage-Baukasten und willst die SPD-Nordfriesland internettechnisch wieder ins letzte Jahrtausend zurückschicken, weil Du eine kleine Firma gegründet hast und gerne Webmaster spielst. Übrigens, das Kopfbild auf dieser Homepage ist meine Kreation. Ich habe es für den Kreisverband Nordfriesland gemacht innerhalb von net-sh... Mit roten Grüßen Gaby

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 07.02.2010, 12:45 Uhr - 2843 Clicks - Nr. 117*

Spannender Landesparteitag (LPT) in Neumünster am 6. Februar 2010
Eine Vertreterin des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis nahm am LPT in Neumünster teil. Der Eggebecker Antrag auf Unterbrechung des LPT mit Ziel Neuwahl des Landesvorstandes - noch von der Presse hoch angepriesen als wegweisender Antrag - erhielt kaum Beachtung und erlitt eine große Schlappe bei der Abstimmung.
Siegmar Gabriel betonte u. a. in seinem Beitrag, dass die Wählerinnen und Wähler die SPD in die Opposition gewählt haben. Siegmar betonte, dass die SPD sich nicht in die politische Mitte hinbegeben müsse. Die Mitte müsse zu uns kommen. Er betonte, dass die Mitte kein fester Ort sei, sondern eine Deutungshoheit, die wieder links werden müsse.
Viel Mut machte Heide Simonis mit ihrem Redebeitrag und betonte, dass die SPD aus einer Düsternis in den konstruktiven Mitgliederrunden bewiesen hat, dass wir es schaffen können. Unsere Partei sei manchmal nervig und zickig, dass man sie umbringen könnte.
Ralf Stegner hielt eine sehr ehrliche und kämpferische Rede, sparte nicht an Kritik mit uns als Partei, übte aber auch Kritik an seiner Person.
In einigen Wortbeiträgen wurde die Rückkehr zur eigenen Stärke durch die Besinnung auf die soziale Gerechtigkeit und auf eine gesunde Streitkultur gefordert.
Einen großen Raum nahm die Diskussion zum Thema Urwahl und Trennung von Amt und Mandat. Der Leitantrag wurde angenommen und erhielt nur eine einzige Gegenstimme.
Außerdem soll in Projektgruppen parteiweit und basisnah die politische Zukunft der SPD in SH erarbeitet werden.
Leider konnten aus Zeitgründen die umfangreichen gesellschaftspolitischen Anträge auf dem LPT nicht mehr behandelt werden und die Delegierten überwiesen diese an den Landesparteirat, woran auch Mitglieder eingeladen sind.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 07.02.2010, 14:26 Uhr - 3027 Clicks - Nr. 118*

Ein starker Auftritt
SPD-Vorsitzender Gabriel in Neumünster
SPD-Bundesvorsitzender Sigmar Gabriel auf Landesparteitag

Einen starken Auftritt hatte Sigmar Gabriel auf dem Landesparteitag
in Neumünster. Und als starkes Team mit dem AfA-Landesvorsitzenden
Wolfgang Mädel und dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner werden

wir nicht nur das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen, sondern auch die eigene Partei wieder mehrheits- und regierungsfähig machen.

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 07.02.2010, 16:58 Uhr - 5365 Clicks - Nr. 119*

Bugenhagenmedaille für Alfred Schulz

„Alfred Schulz hat aus seiner Glaubensüberzeugung ein deutliches Engagement in Politik und Gesellschaft gezeigt und sich konsequent zu den Schwachen der Gesellschaft gewandt." – Mit dieser Begründung wurde dem Sozialdemokraten Alfred Schulz im Hamburger Michel von Bischöfin Maria Jepsen die Bugenhagenmedaille verliehen, die höchste Auszeichnung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche.

Der ehemalige Gymnasiallehrer Alfred Schulz (81) war von 1971 bis 1992 Abgeordneter im Landtag Schleswig-Holsteins. Bis heute engagiert er sich für Flüchtlinge und Menschen in Schwierigkeiten und ist Mitglied des Arbeitskreises „SPD und Kirche".

Keine Kommentare

Jusos Segeberg - *veröffentlicht am 08.02.2010, 01:13 Uhr - 5800 Clicks - Nr. 120*

Erklärung der Jusos Segeberg zur geplanten Installation von Überwachungskameras

Wir, die Jusos Segeberg, sprechen uns klar gegen die Installation von Überwachungskameras an der Dahlmannschule in Bad Segeberg aus. Wir sehen die Überwachung von Schulgebäuden mit Kameras grundsätzlich als ungeeignetes Mittel der Vandalismusbekämpfung und Gewaltprävention an und lehnen diese deshalb ab. Diese Position haben wir ebenfalls erfolgreich auf dem letzten SPD-Kreisparteitag und der vergangenen Juso-Landeskonferenz vertreten,

so dass die Forderung nach einem Verbot von Kameras an Schulen auch Beschlusslage des SPD-Kreisverbands Segeberg und der Jusos Schleswig-Holstein ist.
Wir sind empört darüber, dass die öffentliche Hand bereitwillig mehrere Tausend Euro für die Einschränkung von Freiheitsrechten ausgeben will, aber als Schulträger gleichzeitig hinnimmt, dass Lehr- und Lernmittel bei weitem nicht in der notwendigen Weise bereitgestellt werden. Der dort angestellte Hinweis auf fehlende Finanzmittel ist im Gesamtkontext unverständlich.
Wir sind der Auffassung, dass Schulen nicht nur öffentliche Gebäude sind, sondern auch Orte der individuellen und gemeinschaftlichen Entfaltung. Die stumpfe Gleichsetzung mit Marktplätzen, U-Bahn-Stationen oder Einkaufszentren ist hier absolut fehl am Platz. SchülerInnen müssen sich in der Schule nicht nur zum „Beschult-werden" aufhalten, sondern sich dort auch wohlfühlen. Auch dies wird durch Kameras – unabhängig ob sie eingeschaltet sind, oder nicht – konterkariert.
Die bisher geplante Begrenzung der Überwachungszeiträume von 16.30 Uhr bis 7.15 Uhr blendet zahlreiche Aspekte der Nutzung des Gebäudes aus. Sowohl SchülerInnen-AG'en, als auch schulinterne Abendveranstaltungen und Sportangebote finden nach 16.30 Uhr statt. „Jemand, der an der Dahlmannschule nicht gefilmt werden möchte, soll sich dann nach Schulschluss dort nicht aufhalten" war vor kurzen zu lesen. Können es sich SchülerInnen aussuchen, ob ihre AG nach 16.30 Uhr stattfindet? Wird hier Personen, die sich an Schulkonferenzen beteiligen, Theateraufführungen besuchen oder Sport treiben wollen der

Zugang zum Gebäude indirekt verwehrt? Außerdem erreichen manche SchülerInnen auch vor 7.15 Uhr die Schule. Sollen sie dann solange warten, bis die Kameras deaktiviert sind, wenn sie doch aus Versicherungsgründen nach Ankunft umgehend das Gebäude aufsuchen sollen? Solche Zustände sind in keinster Weise hinnehmbar.
Darüber hinaus bietet schlicht die dann vorhandene Installation für die BefürworterInnen der Überwachung ausreichende Begründung für den ganztägigen Betrieb. ‚Und dann Kameras auch im Inneren des Gebäudes anzubringen, weil es auch dort in den letzten Monaten ins Besondere im Toilettenbereich zu enormen Schäden gekommen war, wäre dann ja auch nicht so schlimm.'

So weit darf es nicht kommen!
Eine Bewachung statt einer Überwachung des Gebäudes vor Ort durch Sicherheitspersonal zu den Nachtzeiten erscheint uns – auch im Hinblick auf die unmittelbarere Zugriffsmöglichkeit in tatsächlichen Schadensfall – am besten geeignet.
Des Weiteren distanzieren wir uns von den Aussagen, die in den Medien darüber gemacht wurden, dass unser Vorstandsmitglied Frederik Digulla den Anspruch gehabt habe, für die ganze Schülerschaft gesprochen und zugleich den Schulleiter offen angegriffen zu haben. Er hat lediglich seine Meinung, die auch die der Jusos ist, öffentlich kundgetan, unabhängig davon, dass er in der SchülerInnenvertretung aktiv ist. Die negativ-kritischen Verweise auf den Schulleiter sind ebenfalls nie Bestandteil seiner Aussagen gewesen.
Wir fordern alle SchülerInnen auf, deutlich zu machen, dass solche Maßnahmen an ihrer Schule nicht erwünscht sind.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 08.02.2010, 09:59 Uhr - 14521 Clicks - Nr. 121*

SPD-Kreisverband Segeberg will Energiekonzept zur alternativen Energieversorgun
Der SPD-Kreisverband Segeberg hat sich in den letzten Monaten verstärkt dem Thema „Alternative Energieversorgung für die Region Segeberg" gewidmet.
Beweggründe waren die Erkenntnis, dass alle von Klimaschutz, Erderwärmung und deren katastrophalen Folgen reden, aber kaum jemand die sich daraus ergebende Frage diskutiert: "Was können und müssen wir vor Ort tun?"

Es entwickelte sich ein konkretes Energiekonzept. Um dieses aber auch um- und durch-zusetzen, benötigt die SPD die Unterstützung und Mitwirkung möglichst aller Gemein-den und Städte des Kreises. Deshalb soll das Fachwissen der vor Ort handelnden Akteure auf einer Informationsveranstaltung eingeholt werden und über die gemeinsame Umsetzung beraten werden.

„Dazu sehen wir diese Energiekonferenz als geeigneten und angemessenen Rahmen an", sagte der Organisator der Veranstaltung Mario Florschütz.

Die Veranstaltung findet statt am Freitag, den 12.02.2010 in der Jugendbildungsstätte „Mühle", An der Trave 1/3 in Bad Segeberg. Einlass ist um 18:00 Uhr. Gegen einen Unkostenbeitrag wird ein Imbiss gereicht. Um 18:30 Uhr beginnt die Konferenz mit den Themen:
Rekommunalisierung der Versorgung am Beispiel der Stadtwerke Hameln
Aufbau u Gliederung des Stromnetzes in Land, Bund und Kreis, Konzessionsverträge, Bürgerbeteiligungen, Nahwärmeversorgung am Beispiel der kleinen Gemeinde Börnsen, Wärmeanschlussmöglichkeiten an Gebäuden und Integration von Solaranlagen und Erdwärme

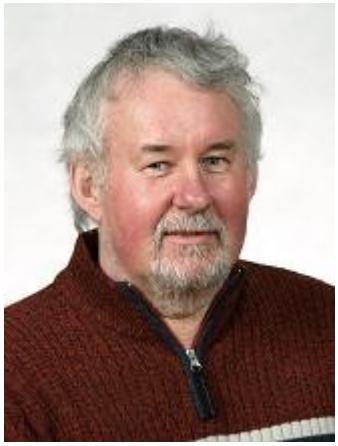
in Heizsysteme.

Referenten werden u.a. Frau Treptow von den Stadtwerke Hameln, Claus Möller, Minister a.D. und Peter Säker von der SPD-Kreistagsfraktion sein.

Eine weitere Veranstaltung zu dem Thema wird am 26.02. in Hitzhusen stattfinden.
Kommentar von Reinhold Nawratil vom 18.02.2010, 01:34 Uhr:
RE: SPD-Kreisverband Segeberg will Energiekonzept zur alter
Die ersten Schritte sind schon gemacht. Link direkt zur Homepage der Konferenz http://www.spd-segeberg.de/energiekonferenz_se/index.php?menu=1

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 08.02.2010, 11:37 Uhr - 2766 Clicks - Nr. 122*

Mittagsversorgung an den Flensburger Grundschulen



Die Reaktion von Frau Vollmer auf die korrekte Berichterstattung von Frau Julia Boecker über die letzte Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport hat mich doch sehr entsetzt. Frau Vollmer schmückt ihren Hut mit fremden Federn, wenn sie behauptet, dass ohne den Einsatz der WiF die Vorlage nicht auf den Tisch gekommen wäre.
Fakt ist, dass es schon der Wille des vorherigen Bildungsausschusses war, die Grundschulen in die Ganztagsversorgung mit aufzunehmen. Der Vorstoß des damaligen Fachbereichleiters Uwe Gaul wurde seinerzeit von allen Fraktionen einstimmig begrüßt und beschlossen. Die angeblich so federführende WiF gab es damals noch nicht. Im Gegenteil hätte Frau Vollmer die Einführung zum kommenden Schuljahr fast gefährdet, wenn sie trotz Rückziehers der CDU die erste Lesung doch eingefordert hätte, wie sie es zuerst gegen den Willen der anderen WiF-Mitglieder gewollt hat. Schön wäre es übrigens, wenn Frau Vollmer als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses sich sachkundig gemacht hätte. Dann hätte es diese Reaktion nicht geben dürfen!

Jochen Haut
Vorsitzender Ausschuss für Bildung und Sport

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 08.02.2010, 11:41 Uhr - 2862 Clicks - Nr. 123*

SPD zur Handwerkskammer: Bürgerbeteiligung u. keine Überschreitung der Baugrenz

Den jetzt als sogenannte „Kompromisslinie" vorliegenden Planungen zum Umbau und zur Erweiterung der Handwerkskammer kann die SPD Ratsfraktion so nicht zustimmen. Vor allen Dingen die fehlende Bürgerbeteiligung und das Heranrücken des neuen Baukörpers an die Süderfischerstraße machen es aus Sicht der SPD unmöglich, das städtebaulich nur schwer in die kleinteiligen Stadtteilstrukturen zu integrierende Projekt einfach durchzuwinken.
„Bei der Planung muss in besonderen Maße auf das hochwertige und kleingliedrige Quartier Rücksicht genommen werden", so der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. Enttäuscht ist die SPD vor allem darüber, dass der Baukörper nun doch über die rechtsgültige Baugrenze in Richtung Süderfischerstraße wachsen soll. Obwohl die HWK bei einer Bürgerversammlung zugestimmt hatte, die vorgesehene Baugrenzen-Überschreitung zur Süderfischerstraße

zurückzunehmen und nach innen zu erweitern, steht diese jetzt in der Verwaltungsvorlage.

„Wir bekräftigen unsere Forderung, eine einvernehmliche Lösung mit allen Beteiligten auch aus dem Quartier zu erarbeiten", so die SPD. Das, was jetzt vorgelegt worden ist, ist aus Sicht der SPD nicht zufrieden stellend. Statt das Gebäude nach vorn an die Straße zu rücken, sollte es lieber tiefer in den Hof gebaut werden. Deshalb wird die SPD dem Antrag auf Befreiung von den rechtsgültigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Östl. Alttadt nicht zustimmen.

Kritisch äußert sich die SPD auch zum Verfahren: „Wo bleibt die versprochene und von den Bürgern mehrfach eingeforderte Beteiligung, wenn jetzt ein von wenigen Beteiligten beratener Entwurf im Auschuss schon als Vorgabe beschlossen wird, ohne ihn in der Öffentlichkeit diskutieren zu lassen?" Darum fordert die SPD eine Bürgerversammlung, in der dies erfolgen kann.

Die SPD verweist auf die Wurzeln des Konflikts: „Der Standort der HWK ist auf eine städteplanerische Fehlentscheidung Mitte der 1960er Jahre zurückzuführen, die hier eine Behördenmeile und eine Hochstraße vorsah. Da diese Planung zu Gunsten einer Revitalisierung des Viertels aufgegeben wurde, stehen die Gebäude der HWK als alles überragender Fremdkörper im kleinteiligen Altstadtkern direkt neben Flensburgs ältester Kirche St.Johannis. Die Sanierungs- und Neubaupläne der HWK eröffnen jetzt Möglichkeiten für eine städtebaulich verträgliche Lösung. Sie könnte dem Viertel zu Gute kommen und als krönenden Abschluss der 20jährigen Sanierung einen architektonisch hervorragend gestalteten Industriebau als Repräsentant von 10200 örtlichen und überörtlichen Handwerkern darstellen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 08.02.2010, 13:24 Uhr - 3864 Clicks - Nr. 124*

Jahreshauptversammlung der SPD Bargteheide

100 Tage Opposition der SPD im Landtag: da waren die Mitglieder der SPD Bargteheide gespannt, was der Landtagsabgeordnete zu erzählen hatte. Gut 30 Mitglieder waren gekommen und bestürmten Martin Habersaat mit zahlreichen Fragen. Besonders Fragen zur HSH Nordbank und der Schuldenbremse interessierten die Genossen vor Ort. Habersaat berichtete außerdem über seine Schwerpunkte in der Landespolitik: Hochschulpolitik und Metropolregion Hamburg.

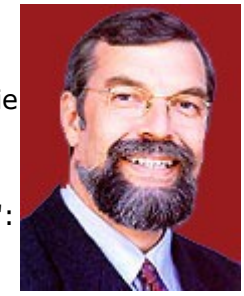
Außerdem sah er viele Errungenschaften der SPD-Regierungen vergangener Jahre in Gefahr: „Das beitragsfreie 3. Kita-Jahr steht zur Disposition, um etwa fünf Realschulen im Land zu erhalten will die FDP das Schulgesetz ändern und auch die Umgestaltung der Oberstufe sorgt

für erneute Unruhe in den Schulen. Freiheit für die Schulen ist gut, über diesen Slogans darf sich aber eine Landesregierung nicht vor ihrer Verantwortung drücken.“ Besonders geärgert hat sich der Landtagsneuling aus Barsbüttel nach eigener Aussage über den Umgang der CDU mit der Macht, als sie kurzerhand den Schatzmeister des CDU-Landesverbandes zum Mittelstandsbeauftragten machte, der nun auf Kosten des Steuerzahlers die Unternehmen im Land besuche
Anschließend berichtete die Ortsvereinsvorsitzende Susanne Danhier über die Arbeit der SPD in Bargteheide im vergangenen Jahr. Sie ließ ein ereignisreiches Jahr 2009 auf der Jahreshauptversammlung im Kleinen Theater Revue passieren. Nach der Landtagswahl 2009 ist sie selbst erste Nachrückerin auf der Landesliste der SPD, außerdem gab es eine Europa- und eine Bundestagswahl zu bestreiten, beide für die SPD mit mäßigen Ergebnissen. Erfreulicher waren da die regionalen Aktionen der SPD Bargteheide. Auf dem Wochenmarkt und dem Weihnachtsmarkt war die SPD gut vertreten und konnte für die Pfadfinder des Stammes Geisterburg Spenden in Höhe von 230 Euro sammeln.
An der von der SPD Bargteheide jährlich veranstalteten Schatzsuche im Sommer des Jahres hatten wieder zahlreiche Kinder und Eltern erst das Maislabyrinth durchkämmt und dann gemeinsam den versteckten Schatz geplündert. Diesmal fand Kevin(9) als erster den Schatz - eine Truhe voller Süßigkeiten: „Es war gar nicht schwer, den Schatz finden“; so Kevin, „aber so viel kann ich gar nicht alleine essen.“ Und so verteilte er denn voller Stolz seinen Schatz auch an die anderen Kinder.
Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Müller berichtete anschließend über die Fraktionsarbeit der SPD in 2009. Besonders das Energiekonzept der SPD Bargteheide interessierte die Mitglieder. Hier wird sich die SPD in Bargteheide zukünftig dafür einsetzen, das Konzept „Fifty-Fifty“ durchzusetzen. Bargteheider Schülerinnen und Schüler können in Projekten an ihren Schulen Strom sparen. 50 % der Einsparungen kommt dann den Schulen direkt ins Portemonnaie und kann für andere Projekte verwendet werden.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 08.02.2010, 14:43 Uhr - 6271 Clicks - Nr. 125*

Kiel soll auch "Kultureuro" prüfen!



In Städten wie Bremen, Köln, Osnabrück und in Lübeck wird der sog. "Kultureuro" diskutiert bzw. ist er bereits Beschluss. Gemeint ist, dass Hotels und Pensionen einen bestimmten Prozentsatz des Übernachtungspreises an die Stadt abführen. Im Gegenzug könnte die Stadt auf die vom Land Schleswig-Holstein geforderte Fremdenverkehrsabgabe verzichten.
Dazu erklärte Rolf Fischer als Vorsitzender des neuen "SPD-Kulturforums Kiel":

"Auch Kiel sollte die Variante "Kultureuro" ernsthaft prüfen. Aus den so entstehenden Mehreinnahmen könnte die Stadt einen Teil in die Kulturfinanzierung fließen lassen und damit die Attraktivität von Kunst und Kultur steigern. Das wäre für die Kultur gut und für die Nutzer von Kunst und Kultur. Da auch viele Übernachtungsgäste gerade die Kieler Kulturangebote nutzen, würde somit auch für diese Gruppe ein Mehrwert erreicht werden.

Das ist ein Vorschlag, der zudem zu deutlichen kommunalen Mehreinnahmen führen wird. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der gesenkten Mehrwertsteuer von 19% auf 7% für die Übernachtungsbetriebe entsteht hier finanzieller Spielraum für die Stadt, die damit ihre Einnahmen erhöhen könnte. In Köln werden z.B. 5% des Zimmerpreises an die Stadt

abgeführt, dort wird mit ca. 20 Mio. Euro Einnahmen gerechnet. Wir werden diesen Vorschlag an die Kommunalpolitik herantragen und diskutieren. Da es sich um eine neue Abgabe handelt, bedarf es einer rechtlichen Prüfung. Diese ist allerdings in anderen Städten bereits positiv ausgefallen."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 08.02.2010, 17:03 Uhr - 4203 Clicks - Nr. 126*

Einblicke in den Landtag Schleswig-Holstein

Eine der meistgestellten Fragen an Landtagsabgeordnete ist, berichtet Martin Habersaat, ob und wie Besuche im Landeshaus in Kiel möglich sind. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Einblick in die Arbeit des Landtages zu nehmen und das Landeshaus zu besuchen. Der Besucherdienst der Landtagsverwaltung ist behilflich, für Einzelpersonen oder Gruppen Besuche in Kiel zu organisieren, dazu gibt es offene Besucherabende im Landeshaus.

Martin Habersaat: „Wer als Einzelperson mit mir gemeinsam einen Tag in Kiel verbringen will, kann mich auch gerne direkt ansprechen. Wer über das Besucherteam einen Tag in Kiel organisiert und mich dort treffen will, sollte den Termin mit mir abstimmen." Wegen der starken Nachfrage kann es bei Gruppenterminen zu Wartefristen kommen.

Das Besucherteam des Landtages erreichen Sie so:
Susanne Keller, Tel.: 0431 – 988 – 1118
Sigrid Moser, Tel.: 0431 – 988 - 1121

Angebote für Gruppen

Besuch einer Plenardebatte
Einführung in die Thematik, anschließender Besuch der Debatte, nachbereitendes Gespräch mit Abgeordneten der Landtagsfraktionen.
Für max. 50 Teilnehmer ab 15 Jahren, Dauer: ca. 2 Stunden, nur an Sitzungstagen.

Diskussion mit Abgeordneten
Einführung in Aufgaben und Arbeitsweise des Landestages, anschließendes Gespräch zu Themen Ihrer Wahl.
Für max. 50 Teilnehmer ab 15 Jahren, dienstags von 10.00 – 12.00 Uhr, mittwochs und donnerstags von 14.00 – 16.00 Uhr.

Informationsprogramm
Einführung in Aufgaben und Arbeitsweise des Landtages unter besonderer Berücksichtigung des Vorwissens und der Interessen der Gruppe.
Für max. 50 Teilnehmer ab 15 Jahren, Dauer: ca. 1,5 Stunden, Termine nach Absprache.

Rollenspiele
Nach den Regeln einer Plenardebatte diskutieren Kinder und Jugendliche für sie wichtige Themen. Für die Teilnahme an einem Rollenspiel wird die Vorbereitung des Themas im Unterricht vorausgesetzt. Der Besucherdienst berät und unterstützt in diesen Fällen.
Für max. 50 Teilnehmer ab der 4. Klasse, Dauer und Termine nach Absprache.

Seminare
Für Gruppen mit besonderen Fachinteressen, z.B. WiPo- oder Rhetorik-Kurse, und Multiplikatoren, z.B. Lehrkräfte, werden Seminare mit Besuchen der Fachausschüsse des Landtages, Fachgesprächen und Diskussionen angeboten. Die Programme können individuell vereinbart werden.
Für max. 40 Teilnehmer, Dauer und Termine nach Absprache.

Angebote für Einzelpersonen

Besuch einer Plenardebatte
Besuch der Debatte ohne Teilnahme am Begleitprogramm.
(Anmerkung Martin Habersaat: Ein gemeinsamer Kaffee mit dem Abgeordneten ist dann sicher auch möglich!)
Für Sitzungstage kann ein Tribünenplatz reserviert werden.

Informationsabend
Besuch des Plenarsaals, Informationen über das Gebäude und die Arbeit des Parlaments.
Dauer: ca. eine Stunde; jeweils am letzten Montag im Monat von 18.00 – 19.00 Uhr. Treffpunkt am Haupteingang des Landeshauses, Voranmeldung nicht erforderlich, Personalausweis mitbringen.
Termine 2010: 29.3., 26.4., 31.5., 28.6., 30.8., 27.9., 25.10., 29.11.

Außerdem bietet der Landtag eine Vielzahl von Materialien an, um sich über die Arbeit des Landesparlaments zu informieren. Faltblätter, Sitzungskalender, Unterrichtsmaterialien und die Zeitschrift „Der Landtag“. Alle Materialien können kostenfrei bezogen werden.
bestellungen@landtag.ltsh.de

Der Landtag online: www.sh-landtag.de
Martin Habersaat online: www.martinhabersaat.de

Keine Kommentare

SPD-Wilster - *veröffentlicht am 08.02.2010, 22:04 Uhr - 7213 Clicks - Nr. 127*

Warum ist die Niederschlagswassergebühr in Wilster so hoch?

Zur Diskussion um die Regenwasserkosten berichtet Fraktionsvorsitzender Helmut Jacobs

Eine Antwort vorweg: In Wilster kann die Regenwassermenge, die dem Klärprozess zugeführt wird, genau gemessen werden. Viele wundern sich, dass in Wilster im Vergleich zu anderen Kommunen die Gebühr für die Beseitigung des Regenwassers so teuer ist.

Hier einige Erläuterungen: Wilster hat kein eigenes Klärwerk und leitet sein Schmutzwasser (SW) per Rohrleitung in das Itzehoer Klärwerk.

Es gibt mit Itzehoe einen Betriebsführungsvertrag. Laut Vertrag erhält Itzehoe einen Betrag für den Personaleinsatz in Wilster und für das SW, das nach Itzehoe gepumpt wird. Die SW-Kosten werden pro Kubikmeter abgerechnet.

Da das von Wilster nach Itzehoe gepumpte SW von der Itzehoer Stadtentwässerung gemessen wird, hat Wilster als eine von wenigen Kommunen einen genauen Überblick darüber, wie groß der Regenwasseranteil im SW ist. Kommunen mit eigenem Klärwerk können den Regenwasseranteil, der dem Klärprozess zugeführt wird, nur schätzen und nicht messen.

Die SW-Gebühr, die der Bürger bezahlen muss, richtet sich nach seinem Frischwasserverbrauch. D.h., wer 100 Kubikmeter nach seiner Wasseruhr verbraucht hat, muss auch für 100 Kubikmeter die Gebühr für SW bezahlen.

Wenn die Stadtwerke feststellen, dass in einem Jahr 210.000 Kubikmeter Frischwasser im Wilsteraner Wassernetz verbraucht worden sind, Itzehoe aber durch Messungen angibt, dass 500.000 Kubikmeter SW nach Itzehoe gepumpt worden sind, dann muss die Differenz von 290.000 Kubikmeter Regenwasser sein.

Damit die Wilsteraner Gebühr nicht ausufert, muss Wilster versuchen, möglichst wenig mit Regenwasser vermischtes Schmutzwasser nach Itzehoe zu pumpen. Das gelingt nur mit Trennungsmaßnahmen. Die Stadt hat in der Vergangenheit mehrere Investitionen getätigt, um das Niederschlagswasser vom Schmutzwasser zu trennen. In neuen Kanalnetzen wurden getrennte SW-Rohre und RW-Rohre eingebaut.

So ist es inzwischen gelungen, die Pumpmengen nach Itzehoe von ursprünglich 550.000 Kubikmeter auf 430.000 Kubikmeter zu reduzieren. Ziel ist eine Menge von 340.000 m3.

Die Stadtentwässerung Itzehoe hat kürzlich die neu gemessene Menge bekannt gegeben.

Bei der Berechnung der neuen RW-Gebühr im November ist noch von einer Pumpleistung von ca. 490.000 m3 ausgegangen worden.

Die RW-Gebühr wurde nach einem Verteilungsschlüssel ermittelt. Die Zuordnung baulicher Anlagen, die für SW und RW gemeinsam genutzt werden, wurde von einem Wirtschaftsberatungsunternehmen mit 50:50 vorgeschlagen. Ein Ingenieurbüro hat inzwischen den Auftrag erhalten, dieses Zuordnungsverhältnis neu zu ermitteln.

In der im November 2009 errechneten RW-Gebühr wirken sich Fehlbeträge der letzten Jahre mit 5,09 € pro Beitragseinheit aus. Kalkulatorische Kosten für neuere Investitionen tragen mit 5,61 € zu Buche.

Man muss RW- und SW-Gebühren gemeinsam sehen. Bei der Betrachtung der RW-Gebühr wird oft vergessen, dass die SW-Gebühr um 57 Cent pro Kubikmeter gesenkt wurde (15 %). Es gibt Beispiele in Wilster, wonach Einrichtungen mit einem hohen SW-Verbrauch einen insgesamt niedrigeren Gesamtbetrag für SW und RW zahlen müssen. Der Kleinverbraucher ist allerdings bei den aktuellen Zahlen in allen Fällen schlechter dran. Ein Verbraucher mit 105 Kubikmeter SW und 7 BE (Berechnungseinheiten) RW hat im Jahre 2010 insgesamt eine Mehrbelastung von 76 Euro.

Um die Regenwassergebühr für den einzelnen Bürger senken zu können, wird zurzeit überlegt, eine Grundgebühr einzuführen. Es profitieren auch diejenigen Grundstückseigentümer, die z.B.

ihr Regenwasser in die Wilsterau leiten, von den Investitionen, die zur Minimierung des Regenwassers im nach Itzehoe gepumpten SW beitragen. Sie zahlen gesenkte SW-Gebühren. Die neue Zahl, nämlich 60.000 Kubikmeter Mischwasser im Jahr werden weniger nach Itzehoe gepumpt, soll sofort und nicht erst am Jahresende berücksichtigt werden.
Es wird also alles getan, damit die RW-Gebühr billiger wird und die SW-Gebühr nicht gleichzeitig wieder steigt.
Kommentar von Manfred Franz vom 20.01.2011, 10:17 Uhr:
RE: Warum ist die Niederschlagswassergebühr in Wilster so hoch?
Die Differenz von 290000m³ wird dem -in das Abwasser- System unerkannt und somit fehlerhaft eingespeisten- Regenwasser zugeschlagen. Die Richtigkeit dieser Annahme ist durch nichts belegt und daher anzuzweifeln. Bei einer jährlichen Niederschlagsmenge von 700 Ltr/m² entsprechen 290000m³ einer Regenwasser-Ableitung aus 41 Hektar versiegelter Fläche. Die 41 Hektar sind immerhin 15,2 % des Stadtgebietes der Stadt Wilster (270,5 Hektar). Es sollten daher auch andere Quellen wie z. B. Eindringen von Grundwasser in das Kanalsystem, Toilettenspülungen mit Regenwasser, Kellerentwässerungen, Grundwasserabsenkungen in Häusern oder Nutzung von Flusswasser als Ursache für den hohen Fehlbetrag geprüft und ggf. beseitigt werden.

SPD Herzogtum Lauenburg - *veröffentlicht am 09.02.2010, 00:30 Uhr - 4539 Clicks - Nr. 128*

Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand durch die ARGE kann nach Einigung vom Wochenende wohl erhalten werden

„Auch wenn die Entscheidung sehr spät kommt und man viel Unsicherheit bei allen Beteiligten hätte vermeiden können: Die heute bekannt gewordene Einigung der CDU auf Bundesebene, jetzt doch einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, damit die Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch die ARGEn auch über das Jahresende hinaus gewährleistet werden kann, ist zu begrüßen".

So kommentiert der SPD-Kreisvorsitzende Peter Eichstädt die Beendigung des Streits innerhalb der CDU auf Bundesebene. Eichstädt weiter: „Die durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht erforderliche Grundgesetzänderung, damit die Arbeit der ARGEn auch über das Jahresende 2010 gewährleistet werden kann, hat die SPD immer gefordert. Ansonsten wäre etwas ohne Not aufgegeben worden, was erhaltenswert ist".

SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzender Gunar Schlage: „Ich habe, nachdem es einen entsprechende Vorstoß schon in der Großen Koalition durch den damaligen Arbeitsminister Scholz gegeben hat, den Ansatz der CDU mit Aufbau einer Mischverwaltung nicht nachvollziehen können. Insofern begrüße ich es , wenn die Union jetzt doch noch zu einer „last minute"- Vernunft gekommen ist. Ich habe es von Anfang an nicht verstanden, dass man sich auf eine Endlos-Diskussion über Formalien eingelassen hat, anstatt sich darauf zu konzentrieren, dass die inhaltliche Arbeit für Langzeit-Arbeitslose optimiert wird.

Mit Zerschlagung der ARGEn wäre es für Arbeitssuchende und Arbeitsvermittler noch unübersichtlicher und verwirrender geworden. Es wäre unnötiger Arbeitsaufwand entstanden -

zusätzliches Geld wäre in noch mehr Bürokratie gelandet".

Peter Eichstädt: „ Der Aufbau der ARGE bei uns im Kreis Herzogtum Lauenburg war, nachdem der Zug Richtung Optionskommune durch die damalige Kreistagsmehrheit der CDU abgefahren war, ein Kraftakt für alle Beteiligten, insbesondere der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein erneuter Kraftakt eines „Umbaus" wäre sicherlich erneut zu Lasten der Mitarbeiter, aber auch der Leistungsempfänger gegangen. Wenn das jetzt vermieden wird, kann man das im Interesse der Betroffenen im Kreis nur begrüßen."

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 09.02.2010, 09:08 Uhr - 67617 Clicks - Nr. 129*

Kluge Politik braucht die Frauen!
Neben den Debatten, die in der Presse mehr im Vordergrund standen, wurde auf dem Landesparteitag der schleswig-holsteinischen SPD in Neumünster auch die Frauen- und Gleichstellungspolitik stark thematisiert.
Kein Wunder: Denn eine Partei, der bei der Bundes- und Landtagswahl im Herbst 2009 die Wählerinnen in Scharen den Rücken kehrten, muss sich schon fragen, woran dies – inhaltlich und personell – gelegen haben mochte.

Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel, der sich in Neumünster den ganzen Vormittag für die Generaldebatte Zeit genommen hatte, kam in seiner Eingangsrede gleich deutlich zur Sache: Eine Partei, in der nur die Männer das Sagen hätten, sei „eine dumme Partei". Fehlten ihr doch die Erfahrungen und Sichtweisen von Frauen, die den Alltag und das politische Geschehen oftmals ganz anders beurteilten als ihr männlicher Widerpart. Daher sei die viel diskutierte Geschlechterquote auch kein rein formales Instrument, sondern helfe vielmehr inhaltlich bessere Entscheidungen zu treffen. Insofern sei ihre Einführung ein Gebot der politischen Vernunft gewesen. In der nachfolgenden Aussprache erinnerte die Landesvorsitzende der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) Cornelia Östreich daran, dass die „Quote" ja darum keineswegs aus Einsicht gewährt, sondern in der SPD hart erkämpft worden war. Wie es um eine Politik bestellt sei, in der solche Instrumente fehlen, ließe sich derzeit bei der schleswig-holsteinischen CDU-FDP-Regierung beobachten: eine einzige Ministerin in einer Männerriege, welche zuvor einen Koalitionsvertrag ohne jede Rücksicht auf Interessen und Lebenswirklichkeit von Frauen unter Dach und Fach gebracht hatte; Attacken auf Vereine und Verbände, in denen vor allem die weiblichen Mitglieder „nah am Menschen" arbeiten; Rückschritte bei der Gleichstellung; eine konfuse Schulpolitik, welche in erster Linie Mütter als „Hilfslehrerinnen der Nation" trifft; und die Infragestellung des beitragsfreien dritten Kindergartenjahrs – welches die Große Koalition gerade kurz vor der Landtagswahl eingeführt hatte. „Wenn das keine frauenfeindliche Politik ist – was dann ?", fragte Östreich. Dennoch habe die SPD bei den letzten Wahlen die Frauen nicht zu überzeugen vermocht, bei denen vielmehr die CDU einen „Merkel-Bonus" beanspruchen konnte. (Das galt zumindest auf Bundesebene; in Schleswig-Holstein hatten sich die Wählerinnen stattdessen verstärkt den Grünen zugewandt.) Sigmar Gabriel hatte zu dieser Analyse „keinen Dissens" – und fügte von der bundespolitischen Ebene das Beispiel der unsäglichen „Herdprämie" hinzu. Es sei doch ein Widersinn erster Güte, Eltern einerseits Kita-Gebühren abzuverlangen und dies als Investition in die Bildung und Entwicklung ihres Kindes zu rechtfertigen; und sie andererseits mit der Zahlung eines „Betreuungsgeldes" dafür zu belohnen, wenn sie ihren Kindern genau diese Bildungsmöglichkeiten vorenthalten ! (Die AsF wird dieses Thema zum

Internationalen Frauentag am 8. März erneut aufgreifen.)

Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Gleichstellung hielt auch Heide Simonis, die auf dem Landesparteitag von allen Delegierten sehr herzlich begrüßt worden war.

„Das Frauenthema ist noch lange nicht erledigt", so ihre Mahnung. Junge Frauen mit Kindern würden in unserer Gesellschaft – und leider auch oft von der Politik – sträflich allein gelassen. Wenn sich die SPD hier nicht kümmere, werde es niemand tun. Das Land könne aber auf die Qualifikation und das Engagement gerade der jüngeren Frauen nicht verzichten.

In vielen weiteren Redebeiträgen – vor allem aus den Reihen der Jusos – wurde ebenfalls mehr Frauenpower für die künftige SPD-Politik in Schleswig-Holstein eingefordert.

Um diese Einsichten widerzuspiegeln, musste am Leitantrag noch intensiv nachgearbeitet werden. Von der expliziten Nennung auch der weiblichen Form über einen eigenen Arbeitsschwerpunkt „Gleichstellung" und die Forderung nach frauenfreundlicheren Parteistrukturen bis zur gezielten Förderung von Frauen in Ämtern und Mandaten – vieles fehlte im ersten Anlauf der Nord-SPD, um die richtigen Lehren auch aus der Enttäuschung der Wählerinnen zu ziehen. Immerhin baute Parteichef Ralf Stegner an mehreren Stellen eine Brücke und übernahm viele Anträge der Frauen-AG, damit über Selbstverständlichkeiten nicht erst abgestimmt werden musste.

„Der Diskussionsprozess der schleswig-holsteinischen SPD nach den verlorenen Wahlen – der offenbar für viele Beteiligte schwierig ist – darf nicht dazu führen, dass die Interessen von mehr als der Hälfte der Bevölkerung in den Hintergrund gedrängt werden", resümieren die Genossinnen nach dem Parteitag. „Kluge Politik braucht die Frauen", aber umgekehrt gelte auch: Die Wählerinnen würden definitiv keine „dumme Politik" akzeptieren.

Auf seiner Klausursitzung am kommenden Wochenende wird der schleswig-holsteinische AsF-Landesvorstand sein künftiges Arbeitsprogramm erstellen.

Cornelia Östreich (AsF Landesvorstand), 8. Februar 2010

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 09.02.2010, 10:24 Uhr - 3886 Clicks - Nr. 130*

AfA SL-FL fordert Stopp der Datenkrake ELENA

Die AfA Schleswig-Flensburg fordert den Gesetzgeber auf, das Gesetz für die zentrale elektronische Datenerfassung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (inkl. Beamtinnen und Beamte)mit dem Kürzel ELENA zu stoppen. Die AfA SL-FL empfiehlt allen Betroffenen Einspruch gegen diese Erfassung zu erheben!
Grundlage für die Erhebung persönlicher Arbeitnehmerdaten, die seit dem 01.01.2010 von jeder erwerbstätigen Person erhoben werden, ist ein Gesetz vom 28. März 2009. Mit Hilfe des ELENA Verfahrensgesetzes (Gesetz über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises) soll die Zentrale Einkommensspeicherung von Arbeitnehmerdaten legalisiert werden.
Dieses Gesetz zur Vorratsspeicherung gemäß dem 6. Abschnitt des Sozialgesetzbuch IV, §§95 ff. (Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises) ist aus Gründen des Verfasssungs- und Datenschutzrechtes abzulehnen.

Dem Sinn des Gesetzes widerspricht schon der 2 jährige Aufbau einer Datenbank, die auch mit erheblichem Aufwand der Arbeitgeber verbunden ist.
Von der beabsichtigten Kostenersparnis kann keine Rede sein, es werden millionenfach Daten erhoben, die nie benötigt werden, da die meisten Bürgerinnen und Bürger - aus welchen Gründen auch immer - weder Wohngeld, Elterngeld oder Arbeitslosengeld beantragen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 09.02.2010, 11:13 Uhr - 74708 Clicks - Nr. 131*

Soziale Unwuchten müssen nun beseitigt werden

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Hartz-IV-Regelsätze erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner:
Das Urteil schafft Klarheit darüber, dass die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf berechnet werden müssen. Wir Sozialdemokraten haben die sozialen Unwuchten, die insbesondere bei den Regelsätzen für Kinder vorhanden sind, immer kritisiert. Denn Kinder sind keine „kleinen Erwachsenen", sondern haben eigene Bedürfnisse. Das Bundesverfassungsgericht hat hier klargestellt, dass sich besonders bei Kindern die neue Bemessung stärker an der Realität orientieren muss. Darüber hinaus steht für uns fest, dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert sein muss. Es kann deshalb nicht akzeptiert werden, dass – wie von Schwarz-Gelb beschlossen - Besserverdienende über den Kinderfreibetrag mehr Geld für ihre Kinder erhalten als Normalverdiener und dass Hartz-IV-Leistungsempfänger leer ausgehen, weil die Kindergelderhöhung auf die Regelsätze angerechnet wird.
Kommentar von Hauke Seyfert vom 11.02.2010, 10:57 Uhr:
RE: Soziale Unwuchten müssen nun beseitigt werden
Sehr geehrter Herr Riep, da Sie mich zum Dialog aufforderten und auf mein erstes Schreiben vom 09.02.2010 schon geantwortet haben, möchte ich Ihnen ein Feedback geben und vereinzelt ein paar Klärungsfragen zu Ihren Ausführungen stellen. Sie schrieben mir: „Dass dieses Nachbessern so lange gedauert hat kann man zurecht beklagen, aber dann bitte auch unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeiten. Nicht unbedingt zu meiner Freude haben die WählerInnen die Regierungsverantwortung jeweils zu einem Teil der CDU übertragen, das heißt, dass es sich um Koalitionsentscheidungen handelt, was die Zeitabläufe betrifft." Meinen Sie damit den total unwürdigen Königinnenmord an Frau Simonis, durch einen Ihrer Genossen mit den drei Wahlgängen? Meinen Sie damit das mögliche rot-grüne Bündnis mit einer Mehrheit von einer Parlamentsstimme für eine linke Politik, die durch einen SPD Abgeordneten tot gemacht wurde, als dadurch die Regierungsverantwortung von der SPD an die CDU übertragen wurde? Definieren Sie die Sauereien, die an Frau Simonis und den Wählerinnen und Wählern aus Schleswig-Holstein, die eine linke Regierung haben wollten, als WählerInnen die Regierungsverantwortung jeweils zu einem Teil der CDU übertragen haben? Wenn das der Fall sein sollte, nehmen Sie mich nicht ernst. Sie machen einfach so als hätte das Einknicken der SPD für eine Neokonservative Regierung nicht gegeben (siehe auch SPD Hessen). Wollen Sie mir das erzählen? Bitte antworten Sie mir, ich bitte um einen Dialog. Ich halte das als eine reine Geschichtsklitterung von Ihnen,. Sie schrieben auch: „Dem wutgetriebenen Vorkommentator sollte klar sein, dass die SPD jetzt in der Opposition ist und die Pflicht hat das

Regierungshandeln kritisch zu begleiten." Ist das legitim, immer wenn die SPD nicht an der Macht ist, das blaue vom Himmel zu erzählen (genau die gleichen SPD-Promis werfen den LINKEN opportunistisches Verhalten vor) und wenn es die Partei dann doch einmal geschafft hat eine Wahl zu gewinnen, das Gegenteil davon zu tun? Vielleicht mit den Ausreden die Situation war ganz anders als gedacht, oder der Koalitionspartner wollte nicht, aber wir, usw.. Was kümmert mich mein Geschwätz von Gestern? Sind Sie nicht der Meinung, dass eine Partei auch zur Wahrheit den Bürgern gegenüber verpflichtet ist? Wieso ist die SPD für den Krieg am Hindukusch wenn sie am Ruder sitzt und auf einmal sind die selben Verantwortlichen für einen zeitlich geplanten Rückzug? Oder der Parteitag in Hamburg zu der Frage der Privatisierung der Bahn, Mehrwertsteuererhöhung, bessere Bildung, Ausbildungsplatzgesetz, etc. Gehen Sie davon aus, das die Wähler an einer permanenten Amnesie leidet, glauben Sie die Glaubwürdigkeit der SPD wird dadurch wirklich verbessert? Oder wollen Sie eigentlich überhaupt nicht mehr an die Regierung und vielleicht nur noch als Mehrheitsbeschaffer für die CDU fungieren? Was mich aber wirklich fassungslos machte, ist Ihre Ausführung zu Ihrem Genossen Sozialberater Herrn Dr. Hartz. Sie schrieben mir: „ Die tatsächlichen oder vermeintlichen Verfehlungen in der VW-Chefetage sind durch den Verlust der jeweiligen Posten und gerichtliche Würdigung der Handlungen passend bedacht worden." Erst einmal schreiben Sie anonym von einer VW-Chefetage und nicht von Herrn Dr. Hartz. Mögen Sie den Namen nicht, oder schadet der Name der PR Ihrer SPD auf dieser öffentlichen Web-Seite? Desweiteren glauben Sie, dass die Verfehlungen von Herrn Dr. Hartz mit gerichtlicher Würdigung den Handlungen passend bedacht worden sind. Ich muss feststellen, Sie denken anscheinend schon in den Kategorien wie die von den Herren Sinn, Ackermann und Mehdorn, oder Clement, Sarrazin und nicht zu vergessen, Genosse Asmussen. OK, das würde zu meiner Theorie über den Stand der Funktionsträger der heutigen SPD passen. Falls Sie aber Relationen ansetzen würden, die auf einem durchschnittlichen Monatslohn bemessen wären, kann ich Ihnen versichern, Herr Dr. Hartz hat sich vor einem angemessenen Urteil frei gekauft. Seine Strafe hat er im Verhältnis zu seinem vorhergehenden Einkommen aus der Portokasse bezahlt (diese Meinung war in der Presse oft von Kommentatoren, verschiedener Deutschen Tages- und Wochenzeitungen geschrieben worden. Ich kann Sie Ihnen, bei Bedarf raus suchen.) Ich schlage Ihnen vor sich einmal einen Menschen der von Hartz IV lebt anzuschauen, der vielleicht weil er sein Leben nicht mehr so richtig in den Griff bekommt, einmal seinen Termin bei der ARGE vergisst. Wissen Sie wie viel Prozent er von seinem Existenzminimum sofort abgezogen und andere schikanöse Auflagen auf gebrummt bekommt? Ja, fördern und fordern heißt es so schön neoliberal von Herrn Schröder und seinem bzw. Ihrem Genossen Herrn Dr. Hartz. Beim Kaiser hieß dass noch Zuckerbrot und Peitsche. Ich bin mir sicher, dass Sie dass alles genau wissen und trotzdem – oder deshalb - versuchen, mit mir rhetorisch Schlitten zu fahren. Ist dass der neue Stil der SPD Schleswig-Holsteins? Sie nehmen mich nicht ernst, dass ist zumindest mein Eindruck, warum forderten Sie mich zum Dialog auf, wenn ich von Ihnen nur die alte Soße neu aufgewärmt vorgesetzt bekomme? Alles nebulöse Rechtfertigungen, wie beim Doping im Sport. Und von wegen Arbeitsplatzverlust, Herr Dr. Hartz ist schon wieder beschäftigt und zwar wieder einmal mit Langzeitarbeitslosen, mit denen kannt er sich ja bestens aus, allerdings diesmal nicht die cafebraunen Langbeinigen aus Brasilien stammenden. Tja, gut gediente Genossen lässt man halt einfach nicht im Stich, Nicht war Herr Riep? Was sagen Sie zu diesem solidarisch Rettungsschirm? Der Hammer ist allerdings Ihre Formulierung: „Die tatsächlichen oder vermeintlichen Verfehlungen in der VW-Chefetage..." Was wollen Sie denn damit ausdrücken Herr Riep? Was meinen Sie mit vermeintlichen Verfehlungen? Wollen Sie damit sagen, dass Herr Dr. Hartz vielleicht gar nicht solche Manipulationen gemacht hat und eventuell auch noch zu unrecht bestraft worden ist? Ist es Zeit eine Legende um Herrn Dr.Hartz zu bauen, der zu Unrecht Verurteilte? Wenn Sie dass nicht vorhatten, dann bitte ich Sie mir Ihre Formulierung zu erklären. Ob Ihre

Verharmlosungen für die massiven Schweinereien Ihrer SPD an den Bürgern etwas mit einer Fliege, die auf einmal und genau zu einem Zeitpunkt, nachdem die Wähler mit dieser SPD abgerechnet haben, zu tun hat oder nicht, können Sie gerne eine andere Meinung, als ich, dazu haben. Ich behaupte aber auf jeden Fall, die PR- Manager der SPD Schleswig-Holstein möchten, dass das Outfit von Herrn Dr. Stegner bürgerlicher aussieht, dass ist reine PR-Strategie. Neue Fassade, alter Kern, tolles Konzept, wirklich überzeugend Herr Riep. Die SPD hatte schon immer geniale Parteistrategen. Mit Versagern im vom Herrn Clemnt dereguliertem Billig-Lohn-Sektor wird anders umgegangen, das versichere ich Ihnen, Wahrscheinlich bekommen Sie die aktuelle Situation an der Arbeitsfront gar nicht mehr so richtig mit, vielleicht sitzen Sie zu lange in Versammlungs- und Tagungsräumen. Abschließend stellt sich mir natürlich die Frage, was trägt der Herr Dr. Stegner nach seiner nächsten Wahlschlappe für Klamotten, ich schlage Ihnen einen Blaumann vor, das ist noch authentischer und führt bestimmt zum erwünschten Erfolg? Mit freundlichen Grüßen Hauke Seyfert

Kommentar von Hauke Seyfert vom 10.02.2010, 13:24 Uhr:

RE: Soziale Unwuchten müssen nun beseitigt werden

Sehr geehrter Herr Riep, gerne führe ich mit Ihnen eine Debatte über die Politik der SPD. Leider ist die Diskussion nicht mehr auf der Landeswebseite. Sehen wir einmal von den ganzen Wahllügen, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuererhöhung, mehr soziale Gerechtigkeit (die Kinderarmut und die Millionäre haben sich in Ihren Regierungszeiten jeweils verdoppelt) und Sicherung des Lebensstandarts (die Kaufkraft ist in der SPD Regierungszeit um 8% gesunken) einmal ab, erinner ich mich noch gut wie der Landesvorstand Ihre Genossin Heide Simonis voll gegen die Wand haben fahren lassen. Damit war der Weg frei für Ihren Spitzenkanditaten. OK, Sie, innerhalb der SPD können ja miteinader umgehen wie Sie mögen, Vertrauen aufbeauen sieht anders aus. Die verantwortliche Person, auch wenn es nicht Herr Stegner sein sollte, obwohl er den größten Nutzen daraus gezogen hat, ist immer noch in Amt und Würde. Das Kalkühl war doch, dass diese Atracke nach fünf Jahren bei den WählerInnen vergessen ist und der Landesverband mit dieser Leiceh im Keller ruhig weiter machen kann wie gehabt. Alleine deswegen ist das Abschmieren der Landes SPD, bei den letzten Wahlen voll gerechtfertigt! Aber das ist ersteinmal gar nicht mein Problem. Mein Problem ist zum Beispiel, dass meine 16 jährige Tochter jeden Monat 80 Euro Schulbusgeld bezahlen muss, um ihr Abi machen zu können. Und das obwohl die SPD immer von Chancengleichheit redet. Ich weiß auch noch sehr gut wie Herr Stegner erst einmal mitgestimmt hat und später - wie jetzt, Herr Rütgers bei dem Konjunkturbeschleunigungsgesetz - nach massiven Druck, die Angst überkam und er dann gegen steuerte. Ich weiß noch sehr gut wie meine Lebenspartnerin wegen einer schwierigen Schwangerschaft einen knappen Monat im Krankenhaus liegen musste und wir danach 250 Euro Krankenhausgeld, neben den Bestattungs und Friedhofskosten bezahlen mussten. Deshalb mussten wir unseren über 10 Jahre alten Corsa verkaufen und deshalb habe ich kein Auto und bekomme keine Arbeit mehr. Auch nicht im SPD regulierten Billiglohn-Sekrotr (Viele liebe Grüße an die Herrn Clement und Schröder und die anderen Wirtschaftsgenies-Genossen und diese Regulierungsleistung war alles ganz ohne Eigennutz der Genossen, einfach vorbildlich selbstlos Adecco, Gazprom, etc.). Da muss ich nämlich flexibel sein, bis zum Anschlag, praktisch ohne Arbeitnehmerrechte. Besonders freuen tue ich mich in meiner Situation über Energie- und Ernährungsspartipps von Herrn Sarrazin, sehr hilfreich wirklich und wir laufen ja auch mit zwei übereinander liegenden Pullovern durch die Wohnung, gerade jetzt natürlich, danke SPD danke, ohne Euch würden wir glatt erfrieren! Aus meiner Familie bekommt die SPD nie wieder eine Stimme, mit und ohne Fliege um den Hals. Mit freundlichen Grüßen Hauke Seyfert PS. Bitte keine Krokodilstränen für mich und meiner Familie

Kommentar von Rudolf Riep vom 09.02.2010, 18:55 Uhr:
RE: Soziale Unwuchten müssen nun beseitigt werden
Der Vorkommentator hat hier seine Wut ausgedrückt über Sachen, die in seinem Kommentar nicht vollständig erfasst werden. Die Überprüfungsklausel war integraler Bestandteil der Sozialgesetzänderungen, deshalb ist es durchaus folgerichtig, wenn sich die SPD jetzt damit beschäftigt, wie die Regelungen nachjustiert werden müssen. Dass dieses Nachbessern so lange gedauert hat kann man zurecht beklagen, aber dann bitte auch unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeiten. Nicht unbedingt zu meiner Freude haben die WählerInnen die Regierungsverantwortung jeweils zu einem Teil der CDU übertragen, das heißt, dass es sich um Koalitionsentscheidungen handelt, was die Zeitabläufe betrifft. Im Klartext, die Neufassung der Regelsätze war vorgesehen und sie muss nun angegangen werden. Dem wutgetriebenen Vorkommentator sollte klar sein, dass die SPD jetzt in der Opposition ist und die Pflicht hat das Regierungshandeln kritisch zu begleiten. Das hat überhaupt nichts mit Fliege oder ohne Fliege zu tun, solche Vorhaltungen haben es schwer als Sachargumente gewürdigt zu werden. Die tatsächlichen oder vermeintlichen Verfehlungen in der VW-Chefetage sind durch den Verlust der jeweiligen Posten und gerichtliche Würdigung der Handlungen passend bedacht worden. Ich würde mich freuen, wenn Menschen wie Hauke Seyfert sich nicht nur die Wut von der Seele schreiben sondern auch in den Dialog mit der SPD eintreten bzw. zurückkehren würden. Rudolf Riep

Kommentar von Hauke Seyfert vom 09.02.2010, 12:23 Uhr:
RE: Soziale Unwuchten müssen nun beseitigt werden
Jetzt kommt wieder die Verlogenheit der Sozialdemokraten zum Vorschein, diesesmal zwar ohne Fliege umd den Hals, aber keine bischen anders als jemals zuvor. Dei Hartz IV Regelsätze sind aus der SPD Regierungszeit, ist das schon vergessen, oder soll hier die Öffentlichkeit hinters Licht geführt werden? Dieser Herr Hartz hat nicht nur mit brasilianischen Edelnutten Politiker und Betrtiebsräte und wer weiß wen alles nocj, bestochen, nein dieser Schröder-Liebling war der Sozialberater der SPD. Auf deren Mist ist das doch alles entstanden. Und jetzt auf einmal wieder Herzblut für die Wähler am Rande der Gesellschaft. Das glaubt Euch niemand mehr. Sowas von geheuchelt, prima PR->Programm für die SPD, Programm 18 läuft auf vollen Touren. Glück auf SPD!

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 09.02.2010, 12:19 Uhr - 3878 Clicks - Nr. 132*

AfA Schleswig-Flensburg solidarisiert sich mit den Streikenden im öD
Die AfA Schleswig-Flensburg unterstützt die Forderungen der Gewerkschaft ver.di für Arbeitsverbesserungen und Erhöhung der Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst.
Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben in den letzten Jahren enorme Einbußen akzeptiert. Sie haben jetzt ein Recht darauf, dass sich die Arbeitgeber bewegen, zumal die Beschäftigten weiterhin äußerst zurückhaltend in ihren Forderungen sind. Dieser Streik verdient eine breit angelegte Unterstützung und Solidarität.
In den vergangenen Jahren hat es eine fatale Lohnentwicklung nach unten gegeben. In der jetzigen Situation kann aus einem kraftvollen Nein zu konkreten Verschlechterungen der erste Schritt zu einer Alternative der neoliberalen Politik des Sozialabbaus werden.

Die AfA Schleswig-Flensburg wünscht allen Betroffenen bei ver.di viel Erfolg bei den Tarifauseinandersetzungen und viel Durchhaltevermögen und Kraft.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 09.02.2010, 15:34 Uhr - 10456 Clicks - Nr. 133*

20 Jahre Kinderhospiz-Arbeit in Deutschland
SPD-MdB Thönnes: „Nicht weggucken, sondern mitfühlen"

Am 10. Februar 2010 feiert der Deutsche Kinderhospizverein am „Tag der Kinderhospizarbeit" sein 20jähriges Bestehen. Dazu sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes: „Kinder und Sterben ist immer ein schwieriges Thema, das betroffen macht. Darum ist es gut, dass es seit 20 Jahren Anlaufstellen für betroffene Menschen gibt."

In seinem Wahlkreis übernimmt der Verein „Die Muschel" in Bad Segeberg diese wichtige Aufgabe. Mit besonders geschulten, ehrenamtlichen Mitarbeitern werden Familien zu Hause in ihrem Alltag unterstützt. Dabei steht im Vordergrund, unheilbar kranken Kindern und ihren Familien trotz der Belastungen ein gutes Leben zu ermöglichen. Diese Arbeit stellt der Verein am 10.2.2010 ab 14.00 Uhr im KulturHaus Remise, Hamburger Straße 25 bei Kaffee und Kuchen vor.

„Besonders den ehrenamtlichen Helfern, die es sich zur Aufgabe machen, andere Menschen zu unterstützen, danke ich für ihre Arbeit im Hospizbereich", so Thönnes weiter. Es sei wichtig, dieses Thema nicht zu verdrängen, sondern es offen anzusprechen. „Die Kinder und ihre Familien sollten das Mitgefühl der Gesellschaft erfahren", ergänzt der SPD-Bundestagsabgeordnete. Das Sterben gehöre zum Leben dazu und dürfe nicht zum Tabu-Thema gemacht werden.

Nähere Informationen zur ehrenamtlichen Mitarbeit oder für Spenden finden sich unter: www.die-muschel-ev.de oder www.deutscher-kinderhospizverein.de

Bildquelle: www.pixelio.de / Ines Friedrich

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 09.02.2010, 17:13 Uhr - 3058 Clicks - Nr. 134*

Bundesverfassungsgerichtsurteil zu Hartz-IV muss umsetzgesetzt werden
Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis fordert eine schnelle Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Regelsätzen von Hartz IV. Die Bundesregierung muss eine transparente am tatsächlichen Bedarf orientierte Neuregelung schaffen. Die neuen Leistungen müssen so bemessen sein, dass sie auf die Bedürfnisse der Betroffenen mit einem Existenzminimum abgesichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.
Das Urteil zeigt aber auch, dass dringend ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn umgesetzt wird. Wer Vollzeit erwerbstätig ist, muss ein Einkommen erzielen, mit dem er oder sie oberhalb des Leistungsniveaus der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist!

Das Bundesverfassungsgericht kritisiert völlig zu Recht, dass ein kinderspezifischer Bedarf bisher überhaupt nicht ermittelt wurde. Die Regelleistung für Kinder darf nicht länger nur als prozentualer Anteil an der Regelleistung für alleinstehende Erwachsene bemessen werden. Die neue Berechnung für Kinder muss sich an der Realität und den besonderen Bedürfnissen von Kindern orientieren.

Hier im das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010:

Bis zum 31.12.2010 muss eine gesetzliche Neuregelung erfolgen, die spätestens ab 1.1.2011 gültig sein muss. Diese Regelung muss folgendes enthalten:
Eine transparente, nachvollziehbare und sachgerechte Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs. Dieser Bedarf kann auch in Form pauschaler Regelsätze erfolgen, die auf statistischen Auswertungen beruhen. Diese müssen aber realitätsnah und nachvollziehbar begründet werden.
Da diese pauschalen Regelsätze aber nur einen Durchschnittswert ergeben, muss es eine Härtefallregelung geben, wenn ein besonderer Bedarf vorhanden ist, der für die Sicherung des Existenzminimums erforderlich ist.
Da sich die Regelleistungen für Bedarfsgemeinschaften und Kinder aus dem nicht korrekt bemessenen Regelsatz für allein stehende Erwachsene ableiten, müssen auch diese neu hergeleitet werden.
Insbesondere fehlt eine plausibel bemessene Regelleistung für Kinder bis 14 Jahre völlig. Die Regelleistung für Kinder muss auf einer nachvollziehbaren Ermittlung des tatsächlichen spezifischen Bedarfs für eine kindgerechte Persönlichkeitsentfaltung beruhen.
Die laufende Anpassung der Regelsätze gemäß der Anpassung der Renten ist nicht erlaubt, weil sie sich an der Lohnentwicklung und nicht an der Weiterentwicklung des tatsächlichen Bedarfs orientiert.
Das Verfassungsgericht hat festgestellt, dass die Ermittlung der Regelsätze verfassungswidrig ist. Die Höhe der bisherigen Regelsätze ist für das Bundesverfassungsgericht nicht zwingend unzureichend und verfassungswidrig. Bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung der Regelsätze können unabweisbare Sonderbedarfe für die Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums ab sofort geltend gemacht werden. Die Kosten dafür hat der Bund zu tragen.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 09.02.2010, 19:08 Uhr - 3418 Clicks - Nr. 135*

Diskussionstreff mit Gerhard Wauker

Zum nächsten Treffen des Glinder Diskussionstreffs 60plus hat Organisatorin Marietta Exner den Vorsitzenden des neu gewählten Seniorenbeirats, Gerhard Wauker, eingeladen. Das Treffen findet am 11. Februar ab 15.00 Uhr im Bürgerhaus statt.

Einmal monatlich, am zweiten Donnerstag im Monat um 15.00 Uhr, trifft sich die AG 60plus zu Kaffee und Kuchen im Bürgerhaus. Mit dabei ist dann immer auch ein Referent, der, den Interessen der Teilnehmer/innen entsprechend, eingeladen wird. Kommen kann jeder, der in gemütlicher Runde klönen oder etwas zu den spannenden Themen erfahren will. Eine Mitgliedschaft in der SPD ist nicht erforderlich.
Gelegentlich stehen auch andere Aktivitäten auf dem Programm, beispielsweise Stadtrundfahrten durch Glinde oder Tagesauflüge ins Alte Land.
Geleitet wird die AG 60plus von Marietta Exner, die bei Fragen als Ansprechpartnerin zur Verfügung steht.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 09.02.2010, 20:51 Uhr - 6881 Clicks - Nr. 136*

Zur aktuellen Debatte um den "Kultureuro"

"Sich um die Steigerung von Einnahmen zu sorgen kann generell nicht schlecht sein. Im Besonderen aber werden wir neue Formen der Kulturfinanzierung diskutieren müssen, wenn wir Angebot und Arbeitsplätze auf Dauer in diesem Bereich erhalten wollen. Ich verweise auf die Diskussion um die Zukunft der Eutiner Festspiele und besonders auf die aktuelle Debatte zum Landestheater. Dort gibt es zurzeit Solidaritätskonzerte für die Angestellten.
Auf Dauer wird die schwierige Situation der Kultur in Schleswig-Holstein nicht an der Landeshauptstadt Kiel vorbeigehen. Darauf sollten wir uns einstellen", so der Vorsitzende des SPD-Kulturforums Rolf Fischer.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 10.02.2010, 14:10 Uhr - 1410 Clicks - Nr. 137*

Bund muss in der Krise Rettungsschirm spannen

"SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung fordern einen Rettungsschirm für Städte wie Kiel, um den Auswirkungen der Wirtschaftskrise entgegenzutreten: Wachstumseinbruch und Anstieg der Arbeitslosigkeit. Schon gegen zu erwartende Einnahmeeinbrüche wie insbesondere bei der Gewerbesteuer können die Städte nicht mehr ansparen.
Notwendig ist eine staatliche Antikrisen-Politik zugunsten der Städte, damit diese die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und den Ausbau von Kindertagesstätten und die Sanierung von Schulen ermöglichen können. Eine gute städtische Infrastruktur ist ein unverzichtbarer Faktor für wirtschaftliches Wachstum und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Deshalb muss der Bund das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers rückgängig machen und dafür sorgen, dass die Stadt Kiel eine vollständige, dauerhafte und gleichwertige Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle in Höhe von 6 Mio. Euro pro Jahr erhält. Außerdem muss der Bund zusätzlich seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende anheben. Vor allen Dingen fordern die Ratsfraktionen von SPD und GRÜNEN und der SSW den Stopp aller von der neuen Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP beabsichtigten weiteren Vorhaben für Steuersenkungen. Allein die vollzogenen und angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung summieren sich auf Einnahmeausfälle für die Städte in zigfacher Millionenhöhe."Dies erklärten der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 10.02.2010, 14:13 Uhr - 5128 Clicks - Nr. 138*

Gefahr für unsere Sparkasse?

„Wir befürchten, dass durch die von CDU und FDP geplante Änderung des Sparkassengesetzes wegen europarechtlicher Vorschriften der Einstieg privater Institute zugelassen werden muss", kommentiert der SPD-Landtagsabgeordnete Lothar Hay den heute vorgestellten Gesetzentwurf. Vor allem gebe es Zweifel, ob die Hamburger Sparkasse (Haspa), deren Einstieg bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein durch die Gesetzesänderung ermöglicht werden soll, als öffentlich-rechtliches Institut anerkannt wird. Falls nicht, hätte das einen Dammbruch zur Folge und nach der Haspa dürfte auch anderen Privaten der Erwerb von Anteilen nicht verweigert werden, befürchtet Lothar Hay. Dies hätte weitreichende Konsequenzen für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein, zu denen auch die Nospa gehört.

Die FDP verfolge seit Jahren das Ziel, die Sparkassen zu privatisieren. Vor einem Jahr hat sie vorgeschlagen, die Sparkassen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und bis zu 49,9 % privates Kapital zuzulassen. Dazu erklärte ihr Vorsitzender Kubicki im Landtag unverblümt: „… meine Fraktion (wird) selbstverständlich als Second-best-Lösung dem Beitritt der Haspa zum schleswig-holsteinischen Sparkassenmarkt zustimmen (…) Wir sind uns nämlich definitiv sicher, dass dies der Einstieg in die weitere Öffnung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein sein wird." (Plenardebatte am 29.1.2009).

In der Großen Koalition konnte die SPD eine Privatisierung der Sparkassen verhindern, so der ehemalige Innenminister Lothar Hay. „Doch nun lässt sich die CDU von der FDP auf das politische Glatteis locken. Das Ziel der FDP ist klar: Mit dieser Gesetzesänderung hat sie nach eigenem Bekunden eine erste Tür zur Privatisierung geöffnet."

Die SPD-Landtagsfraktion möchte dagegen das 3-Säulen-Modell mit privaten Banken, Genossenschaftsinstituten und öffentlich-rechtlichen Sparkassen wie bisher erhalten. Gerade die Sparkassen sind für eine Versorgung der mittelständischen Wirtschaft und der Privathaushalte in der Fläche unverzichtbar; sie stellen auch das Girokonto für jedermann sicher. Sie verwenden ihre Ausschüttungen für das Gemeinwohl, z. B. für Sportvereine und Kultur in den Kommunen – im Gegensatz zu Privaten, die ihren Anteilseignern Renditen sichern müssen. Lothar Hay: „Deshalb brauchen wir die Sparkassen und wollen sie erhalten."

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 10.02.2010, 14:42 Uhr - 4066 Clicks - Nr. 139*

Streit auf dem Rücken von Eltern und Kindern!

Zur aktuellen Berichterstattung über die angekündigte Zurückweisung von schleswig-holsteinischen SchülerInnen von Hamburger Schulen erklären Olaf Schulze und Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordnete aus Geesthacht und Barsbüttel:

Monatelang stritten sich Hamburg und Schleswig-Holstein über die gegenseitige Aufnahme von Gastschülerinnen und -schülern aus dem jeweils anderen Land.

Nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, so die Hoffnung, würde es eine Einigung geben.

Die gab es aber nicht, stattdessen gaben die beiden Landesregierungen bekannt, sie hätten sich auf eine großzügige Übergangsregelungen verständigt.

Jetzt weist die Hamburger Schulbehörde Schulen an, Anträge schleswig-holsteinischer Schüler so zu behandeln, als ginge es um ein Asylverfahren. Auch Eltern und Schüler, die bereits ein Schulverhältnis in Hamburg haben, werden verunsichert.

Als Abgeordnete im Hamburger Umland erleben wir tagtäglich die Verunsicherung, die damit geschürt wird. Es darf nicht wahr sein, dass im Jahr 2010 und in Zeiten des Zusammenwachsens in der Metropolregion die Landesgrenze im Leben der Menschen eine so negative Rolle spielt.

Wir schließen uns den Aussagen Henning Höppners, des bildungspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, an:

Begründete Schulverhältnisse mit Hamburger Schulen aus vorherigen Schuljahren sind öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zwischen Eltern und Schule und müssen Bestandsschutz genießen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung steht in der Verantwortung, im Zusammenwirken mit der Hamburger Schulbehörde zunächst für das anstehende Schuljahr 2010/11 Klarheit und Rechtssicherheit für die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern zu schaffen.

Unter SPD-geführten Regierungen in Kiel und Hamburg wäre so ein Umgang miteinander wie zwischen Schwarz-Geld und Schwarz-Grün nicht möglich gewesen!

Hamburger Schulgesetz:
V i e r t e r Te i l
Schulverhältnis
Erster Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen
§ 28
Rechte und Pflichten aus dem Schulverhältnis
(1) Mit der Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers in eine staatliche Schule wird ein öffentlich-rechtliches Schulverhältnis begründet. Die von einer Schülerin oder einem Schüler jeweils besuchte Schule bleibt so lange als Stammschule für die Sicherstellung des regelmäßigen Schulbesuchs und für alle sonstigen schulischen Belange verantwortlich, bis der Wechsel in eine andere Schule tatsächlich erfolgt ist oder die Schülerin oder der Schüler nach Erfüllung der Schulpflicht aus dem staatlichen Schulsystem entlassen worden ist.

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - *veröffentlicht am 10.02.2010, 15:00 Uhr - 4180 Clicks - Nr. 140*

Krisenmanagement und Wirtschaftsförderung für Neumünster
SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna fordert ein entschiedenes und wirksames Eintreten für Betriebe in wirtschaftlicher Schieflage.
„In Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Wirtschaftsförderer im höchsten Maße gefordert. Eine gute Wirtschaftsförderung ist nicht nur ein echter Standortvorteil, sondern

außerordentlich wichtig, damit nicht weitere Firmen ins Wanken geraten.
Gute Wirtschaftsförderung zeichnet sich durch ein intelligentes und cleveres Krisenmanagement aus, dass darin besteht mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.
Wenn sich namenhafte Firmen aus Neumünster ganz oder zum Teil zurückziehen, ist der Zeitpunkt eingetreten, wo von Seiten der Stadt überlegt werden muss, ob die Wirtschaftsförderung richtig funktioniert oder nicht.
Die Firmen Arvato Logistics (100 Mitarbeiter) und TWN (19 Mitarbeiter) beenden Ihre Tätigkeit und die Firma Oerlikon Neumag entlässt bis zu 140 Mitarbeiter. Damit sind fast 260 Familien in Neumünster direkt betroffen.

Somit stellt sich die Frage, wenn eine Rettung der genannten Firmen von Seiten der Stadt/Wirtschaftsförderung nicht möglich ist, wie dieser hohe Arbeitsplatzabbau am Standort Neumünster durch geeignete Maßnahmen kompensiert wird.
Es muss entschieden verhindert werden, dass Neumünster in einen Abwärtsstrudel gerät."

Die SPD-Rathausfraktion hat in seiner Sitzung am 8. Februar 2010 einstimmig eine "Kleine Anfrage" zur kommenden Ratsversammlung verabschiedet, die sich mit diesem Thema befasst.

Kleine Anfrage:

„Die Firmen Arvato und TWN beenden Ihre Tätigkeit in Neumünster und die Firma Oerlikon Neumag entlässt bis zu 140 Mitarbeiter in Neumünster.

a) Wurden von Seiten der Stadt bzw. Wirtschaftsagentur Maßnahmen zur Rettung der Firmen bzw. zur Abwendungen von Entlassungen vorgeschlagen oder wurden von Seiten der Stadt Angebote zur Unterstützung gemacht?

b) Sieht die Verwaltung bzw. die Wirtschaftsagentur geeignete Ansätze für Rettungs- bzw. Stützungmaßnahmen für die betreffenden Firmen durch Fördermaßnahmen des Bundes bzw. der Länder (Deutschlandfonds etc.)?

c) Gibt es Überlegungen von Seiten der Stadt Neumünster bzw. Wirtschaftsagentur um die voraussichtlich wegfallenden Arbeitsplätze in Neumünster durch konkrete Maßnahmen zu kompensieren? Wenn ja, welche Maßnahmen sind dies im Detail."
Kommentar von Rolf Pommerenke vom 14.05.2010, 00:54 Uhr:
RE: Krisenmanagement und Wirtschaftsförderung für Neumünster
Leider kann ich als Noch - Betriebsratsvorsitzender von Arvato dazu nur sagen, daß unser neuer OB, nach Bekanntgabe der Schließung unserer Firma nur einen Satz des Bedauerns im Courier von sich gegeben hat und er keine Möglichkeit der Hilfe sieht.(Courier)In der selben Ausgabe des Couriers, nur eine Seite weiter,dann feierlich den Weihnachtsmarkt eröffnet hat. Ich könnt mir glauben daß meine Entäuschung sehr groß war und ich den Glauben an bestimmte Politiker verloren habe. Liebe Grüße Rolf Pommerenke (Betriebsratsvorsitzender)

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 10.02.2010, 16:18 Uhr - 4203 Clicks - Nr. 141*

"Mut zu neuen Wegen" von Birger Heidtmann
Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes zum Thema Hartz4 ist sicher kein Grund zum

Jubeln. Zwar zeigt die schriftliche Begründung der Richter deutlich, dass die bisherigen Berechnungsgrundlagen für Kinder verfassungswidrig sind. Mehr Geld für die Betroffenen wird es aber sicherlich nicht geben. Ganz im Gegenteil.
Die FDP will die staatliche Unterstützung umschichten und bei den Langzeitarbeitslosen sparen, während die CDU die Hartz 4 Sätze in Zukunft regional differenzieren will, was nichts anderes bedeutet als sie ggf. auch je nach Wohnort drastisch zu kürzen. Ebenfalls ganz bewusst wird nun der Geringverdiener gegen den Hartz 4 Empfänger aufgehetzt, in dem man bereits offen damit droht die eventuellen Hartz4-Mehrbelastungen auf das Wohngeld und die Kinderzuschläge umzulegen.
Insgesamt 6,5 Millionen Menschen beziehen in Deutschland Hartz 4. Seit der Einführung im Jahre 2005 hat sich ein schleichender Umbau der Beschäftigungsverhältnisse vollzogen, der immer rasanter voranschreitet. Während sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs stark abnahmen, erhöhte sich die prekarisierte Arbeit. Die Leiharbeit stieg auf ihren Höchststand von 823.000 Betroffenen. Seit 2005 stieg die Anzahl der Geringverdinern von 6,4 auf 7,1 Millionen. Die Anzahl derjenigen, die trotz Arbeit Hartz 4 beziehen, ist seit 2005 von 950.000 auf 1,34 Millionen Menschen angestiegen. Hartz 4 hat sich in der bisherigen Form also als nicht nur als ein totaler arbeitsmarktpolitischer Flop erwiesen, es hat auch die Kosten in neue und ungeahnte Höhen getrieben. Die Sozialausgaben in Deutschland haben so mittlerweile ein jährliches Gesamtvolumen von runden 755 Millionen Euro erreicht, Tendenz steigend.
Für die Unterkunft von Hartz-IV-Empfängern sind die Kosten auf nahezu 40 Milliarden Euro im Jahr angestiegen. Fast ein Viertel der kommunalen Einnahmen werden dadurch inzwischen für soziale Leistungen vor Ort aufgebracht. Damit hat sich dieser Haushaltstitel seit 1990 nahezu verdoppelt. Es wäre nun sicherlich unfair den schwarzen Peter vollständig an die schwarz-gelbe Regierung weiterzureichen. Schließlich ist Hartz 4 ein rot-grünes Produkt aus der Schröder-Ära, dass aber ohne die Zustimmung der CDU und der Liberalen im Bundesrat nicht hätte auf den Weg gebracht werden können. Die Klärung der politischen Schuldfrage ist daher eher belanglos. Einzig und allein die Linke, die wie immer die politische Weitsicht für sich gepachtet zu haben scheint, dürfte nun hämisch frohlocken und sich in der Öffentlichkeit publikumswirksam auf die eigene Schulter schlagen.
Während die Springer Presse den Verlust des Titels des Exportweltmeisters betrauert, steht die deutsche Sozialpolitik vor einem finanziellen Desaster. Allein in Berlin leben 36 von 100 Kindern von Hartz 4, bundesweit sind es heute bereits 16 Kinder. Rund 755 Millionen Euro gibt der Staat für das Wohlergehen seiner Bürger aus. Damit fließt heute jeder dritte Euro der in Deutschland eingenommen wird, über die öffentlichen Kassen in die allgemeine Wohlfahrt. Man sollte bei solchen Summen eigentlich annehmen können, dass die Zahl der Bedürftigen mit stetig steigender Unterstützung sinkt. Das genaue Gegenteil ist aber offensichtlich der Fall. Je mehr sich der Wohlfahrtsstaat ausweitet, desto weniger Menschen kommen ohne seine Hilfe allein zurecht. Mehr als 70% seiner Einnahmen erlangt der Staat durch Steuern und Sozialabgaben und hat dabei jährlich etwa 42 Milliarden Euro an Kreditzinsen zurück zu zahlen. Damit werden bereits heute nahezu 15 % der gesamten Staatseinnahmen in den Schuldendienst gesteckt und die Spirale dreht sich weiter.
Ohne Frage, die Politik steht ganz offensichtlich auch vor einem Glaubwürdigkeitsproblem. Nachdem man die Staatsverschuldung in neue Höhen getrieben hat und der Wirtschaft durch immer neue Steuererleichterungen entgegen gekommen ist, wird der Bevölkerung suggeriert, dass weitere Einsparungen auf dem sozialen Sektor unumgänglich sind um noch schlimmeres zu verhindern. Für viele Bürger ist schlicht nicht mehr nachvollziehbar, wie eine verantwortungsvolle Regierung den Banken und Unternehmen mit Milliarden Subventionshilfe unter die Arme greifen kann, aber gleichzeitig die staatliche Unterstützung und Fürsorge in immer schnelleren Schritten abbaut. Die durchaus berechtigten Lohnforderungen des öffentlichen Dienstes werden von CDU und FDP als nicht finanzierbar betrachtet und strikt

abgelehnt.
Während die Realeinkommen der Arbeitnehmer in Deutschland seit Jahren stagnieren und die Zahl der Geringverdiener stetig wächst, steigen die Unternehmensgewinne und Kapitaleinkünfte auch nach der Wirtschaftskrise weiter rasant an. Die Einkommen der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes liegen seit Jahren hinter der Wirtschaftsentwicklung zurück. So liegt der der Anteil der Löhne am Volkseinkommen bei 68,8% und ist damit so niedrig wie im Jahre 1960. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben in den letzten Jahren enorme Einbußen hingenommen. Deutschland hat mit einem Minus von 0,8 Prozent EU-weit die schwächste Reallohn- Entwicklung überhaupt. Zur selben Zeit fordern die Liberalen aber weitere umfangreiche Entlastungen für die Unternehmer. Es ist für den aufmerksamen Beobachter nicht mehr zu übersehen: Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich mit schwarz-gelber Hilfe immer weiter. Die Unredlichkeit dieser Art der Politik auf Kosten der eigenen Bürger macht sprachlos und beginnt sich nun auch in den Umfragewerten wieder zu spiegeln. Allein in den letzten 4 Wochen verlor die FDP fast die Hälfte ihrer Zustimmung und dümpelt nun nur noch bei knapp 8,5%. Der Lack ist ab, die Spaß-Partei befindet sich im freien Fall.
Die aktuellen Forderungen des Automobilkonzerns GM lassen in diesem Zusammenhang tief blicken. Der Sanierungsplan für den angeschlagenen Opelkonzern hat es dann auch in sich. Allein in Deutschland sollen 3900 Stellen abgebaut werden. Mit einem süffisanten Lächeln auf den Lippen tat Opel-Chef Reilly kund, dass die Bundesregierung nun höflichst aufgefordert wird das Vorhaben mit Staatshilfen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zu unterstützen. Im selben Atemzug erwartet er von den Arbeitnehmern einen jährlichen Sanierungsbeitrag von insgesamt 265 Millionen Euro. Ganz reale Lohnkürzungen der nach dem Kahlschlag übrig gebliebenen Opelaner sind also ebenfalls bereits fest einkalkuliert. Über all dem steht die massive Drohung, dass man sonst eben dicht machen müsse. Es ist daher kaum anzunehmen, dass die Bundesregierung diesem „Sanierungsplan" ihre Zustimmung langfristig verweigern kann. Die Leitragenden werden aber einmal mehr die Arbeitnehmer und Steuerzahler sein.
Das nun gültige Hartz 4 Urteil bietet nun aber auch die Chance, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Gerade die Sozialdemokraten täten sicher gut daran, sich offen zu einem gemachten Fehler zu bekennen und sich ihrer Verantwortung für die Arbeitnehmer und den „kleinen Leuten" wieder deutlicher bewusst zu werden. Die Menschen sind nicht dumm und erwarten von der Politik ganz sicher kein Schlaraffenland, aber zumindest die Wahrung ihrer elementarsten bescheidenen Lebensgrundlagen und ein Stück gelebter Ehrlichkeit. Die SPD fordert in einem ersten richtigen Schritt, eine nun schnelle Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes. Die Politik muss jetzt nicht nur zügigl reagieren, sondern auch dazu entschlossen sein bisher unbequeme Wege zu gehen, um eine weitere gesellschaftliche Teilung in Haben und Nicht-Haben zu verhindern. Aus diesem Grund sollte im Willy-Brandt-Haus die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Anhebung der Erbschaftssteuer und die Einführung einer Börsenumsatzsteuer kein Tabuthema mehr sein.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 10.02.2010, 17:02 Uhr - 5035 Clicks - Nr. 142*

Gefahr für unsere Sparkasse Holstein?

„Wir befürchten, dass durch die von CDU und FDP geplante Änderung des Sparkassengesetzes wegen europarechtlicher Vorschriften der Einstieg privater Institute zugelassen werden muss", kommentieren der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und Reinhard Mendel, der Vorsitzende der Stormarner SPD-Kreistagsfraktion, den heute vorgestellten Gesetzentwurf.

Mendel ist außerdem Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Holstein. Vor allem gebe es Zweifel, ob die Hamburger Sparkasse (Haspa), deren Einstieg bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein durch die Gesetzesänderung ermöglicht werden soll, als öffentlich-rechtliches Institut anerkannt wird. Falls nicht, hätte das einen Dammbruch zur Folge und nach der Haspa dürfte auch anderen Privaten der Erwerb von Anteilen nicht verweigert werden, befürchten die beiden Sozialdemokraten. Dies hätte weitreichende Konsequenzen für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein, zu denen auch die Sparkasse Holstein gehört. Mendel: „Die Sparkassen werden zerschlagen, wenn künftig Deutsche Bank oder andere Kreditinstitute Anteilseigner von Sparkassen werden."

Die FDP verfolgt seit Jahren das Ziel, die Sparkassen zu privatisieren. Vor einem Jahr hat sie vorgeschlagen, die Sparkassen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und bis zu 49,9 % privates Kapital zuzulassen. Dazu erklärte ihr Vorsitzender Kubicki im Landtag unverblümt: „… meine Fraktion (wird) selbstverständlich als Second-best-Lösung dem Beitritt der Haspa zum schleswig-holsteinischen Sparkassenmarkt zustimmen (…) Wir sind uns nämlich definitiv sicher, dass dies der Einstieg in die weitere Öffnung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein sein wird." (Plenardebatte am 29.1.2009). Der CDU-Ministerpräsident Carstensen hat versprochen, diese Änderung des Sparkassengesetzes gibt es nur, wenn sichergestellt ist, dass es europäischem Recht entspricht. Das ist gerade nicht sichergestellt. Sein Versprechen ist genau so viel wert wie sein Versprechen, dass das Land die Sparkassen von Verlusten durch die HSH-Bank freihalten werde. Diese Verluste mussten die Sparkassen nämlich auch selbst tragen.

In der Großen Koalition konnte die SPD eine Privatisierung der Sparkassen verhindern, so Habersaat, der auch Kreisvorsitzender seiner Partei ist. „Doch nun lässt sich die CDU von der FDP auf das politische Glatteis locken. Das Ziel der FDP ist klar: Mit dieser Gesetzesänderung hat sie nach eigenem Bekunden eine erste Tür zur Privatisierung geöffnet."

Die SPD-Landtagsfraktion möchte dagegen das 3-Säulen-Modell mit privaten Banken, Genossenschaftsinstituten und öffentlich-rechtlichen Sparkassen wie bisher erhalten. Gerade die Sparkassen sind für eine Versorgung der mittelständischen Wirtschaft und der Privathaushalte in der Fläche unverzichtbar; sie stellen auch das Girokonto für jedermann sicher. Sie verwenden ihre Ausschüttungen für das Gemeinwohl, z. B. für Sportvereine und

Kultur in den Kommunen – im Gegensatz zu Privaten, die ihren Anteilseignern Renditen sichern müssen. Habersaat und Mendel sind sich einig: „Deshalb brauchen wir die Sparkassen und wollen sie erhalten."

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 10.02.2010, 17:37 Uhr - 4028 Clicks - Nr. 143*

Morgen schulfrei in Rendsburg-Eckernförde
Am Donnerstag, 11.02.2010, findet an allen Schulen im Kreis Rendsburg-Eckernförde kein Unterricht statt! Grund sind die schlechten Verkehrsbedingungen aufgrund des starken Schneefalls. --

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 10.02.2010, 18:26 Uhr - 9820 Clicks - Nr. 144*

Gesetzentwurf der Bundesregierung verteuert Pakete Massensendungen
Thönnes: „Die Zeche bezahlen Verbraucher, gemeinnützige Einrichtungen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände."

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben in den Bundestag eingebracht. Durch ihn sollen die von der Mehrwertsteuer befreiten Post-Universaldienst erheblich eingeschränkt werden:
Für Pakete zwischen 10 und 20 Kilogramm und Massensendungen — z. B. von Behörden, Banken, Kirchen, Ärzten, Vereinen, Parteien und Gewerkschaften — werden in Zukunft 19 % Mehrwertsteuer fällig.
„Dies widerspricht den europäischen Vorgaben, dass solche Dienstleistungen von der Umsatzsteuer befreit werden sollen. Sie gehören zur Grundversorgung", sagt dazu der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes.
Die Zeche für die erhofften Steuermehreinnahmen von 300 Mio. Euro jährlich müssten letztlich die Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen, auf die die Mehrkosten abgewälzt würden. Andere, wie Wohlfahrtsverbände, Vereine und Kirchen, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, würden erheblich belastet. „Daran sollten CDU/CSU und FDP bei ihren nächsten Sonntagsreden über das Ehrenamt denken", so Thönnes weiter.
Die Bevölkerung wolle wissen, wie viele Postämter noch erhalten bleiben, wie zuverlässig die neuen Post-Agenturen arbeiten und ob die im Postsektor Beschäftigten ohne staatliche Zuzahlungen von dem Einkommen aus ihrer Arbeit leben können. „Die Bundesregierung kommt ihrer grundgesetzlichen Verpflichtung, einen günstigen und flächendeckenden Post-Service zu garantieren, aus ideologischen Gründen nicht nach", sagt Franz Thönnes. Vor dem Hintergrund der mehrwertsteuerrechtlichen Subventionierung von Hotelübernachtungen würde auch hier die Richtung schwarz-gelber Umverteilung sichtbar: „Millionen Nutzer öffentlicher Dienstleistungen zahlen für eine kleine Klientel, ob es Hoteliers oder Lohndrücker in der Postbranche sind", so der SPD-Politiker.

Bildquelle: www.pixelio.de / Christopher Robin

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 10.02.2010, 20:53 Uhr - 2299 Clicks - Nr. 145*

Pressemitteilung der AG Nachhaltiges Reinfeld
Die Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Reinfeld" der SPD hat einen Antrag formuliert, nach dem auf dem Dach des 50er-Jahre-Baues der Matthias-Claudius-Schule in Reinfeld eine Solaranlage installiert werden soll. Dieser Antrag soll über die SPD-Vertreter in den nächsten Tagen an den Verbandsvorsteher und Reinfelder Bürgermeister Gerhard Horn gehen soll.
Die nach Süden gewandte Dachfläche des alten Gebäudeteils ist nach Ansicht der AG dafür bestens geeignet. „Ziel einer solch en Maßnahme ist die Verminderung der CO^2-Ausstoßes durch Erzeugung elektrischer Energie auf der Basis erneuerbarer Ressourcen. Dafür soll gegebenenfalls auch in Kauf genommen werden, dass eine nach herkömmlichen Kriterien konstruierte Wirtschaftlichkeit der Investition nicht vollständig erreicht wird." sagt dazu Gerd Herrmann, SPD-Stadtverordneter, der die AG gemeinsam mit Fraktionsmitglied Susanne Nesbeda gegründet hat.

Für die restlichen Dachflächen der MCS soll festgestellt werden, welche baulichen Maßnahmen erforderlich sind, um auch dort Photovoltaik-Anlagen zu installieren und welchen finanziellen Aufwand dies bedeuten würde.
Darüber hinaus müsse überprüft werden, durch wen und in welcher rechtlichen Form die Anlage betrieben werden soll.

Die Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Reinfeld" trifft sich wieder am Dienstag, dem 16.02.2010 im Stavenkamp 3D.

Keine Kommentare

SPD-Norderstedt - *veröffentlicht am 10.02.2010, 22:13 Uhr - 4561 Clicks - Nr. 146*

SPD Norderstedt und GALiN kritisieren Grotes Vorgehen
Die SPD und die GaLiN nehmen ohne Überraschung zur Kenntnis, dass Herr Grote sich zur Wiederwahl stellt.

Kopfschütteln hat jedoch Grotes Ankündigung hervorgerufen, dass es auf der Grundlage seiner Entscheidung am 26.4.2010 eine Veranstaltung der Stadt in der TriBühne geben wird, bei der sich alle Kandidaten für das Amt vorstellen sollen.
Laut Grote sollen sich die Bürger dort ein Bild von den Kandidaten machen, wem man vertraut und wer am besten die Zukunft der Stadt gestalten kann.

Anette Reinders von der GaLiN zeigt sich verwundert:

„Nach der Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein bestimmt nicht der Bürgermeister einen Termin, der ihm passt, sondern die Stadtvertretung oder der Hauptausschuss beschließt über die Anzahl der durchzuführenden Vorstellungsveranstaltungen, über den Ort und den Zeitpunkt. Weder die Stadtvertretung noch der Hauptausschuss haben sich bisher mit diesem Thema befasst."

Heiner Köncke von der SPD kritisiert, dass Herr Grote wieder einmal nur seine persönlichen Interessen verfolgt und dabei die Gesetzeslage ignoriert.

Köncke: „Es ist doch der Normalfall, dass man sich mit allen Betroffenen über die Anzahl der

Veranstaltungen und die Termine einigt, damit auch alle und nicht nur Herr Grote diese Termine wahrnehmen können. Der richtige Ort dafür ist der Hauptausschuss."
Weiter weist Köncke darauf hin, dass die Politiker, die in der Stadtvertretung oder im Hauptausschuss entscheiden sollen, wieder einmal über die Presse und nicht in den zuständigen Gremien über die Pläne des Verwaltungsleiters informiert werden. Dieses ist ein ganz schlechter Stil und passt nicht zum von Herrn Grote gewünschten fairen und sachorientierten Wahlkampf.

Anette Reinders und Heiner Köncke fordern OB Grote gemeinsam auf, die Einzelheiten der Kandidatenvorstellung schnellstmöglich im Hauptausschuss zu klären.

Keine Kommentare

Sönke Rix, MdB - *veröffentlicht am 12.02.2010, 10:51 Uhr - 10001 Clicks - Nr. 147*

100 Tage Chaos mit kleinem Lichtblick
100 Tage Chaos, 100 Tage Klientelpolitik, 100 Tage Wähler-Täuschung, viel Krach – keine Bewegung: Auf diese Formel lässt sich der Schwarz-Gelbe Fehlstart bringen. Wirtschaftliche Lähmung und soziale Spaltung – Rekordverschuldung und Steuersenkungen auf Pump, Ruin der Kommunen, Gefährdung unseres Gesundheitssystems, keine Beschäftigungs-, keine Investitions-, keine Wachstumsstrategie.

Das Ausmaß der Regierungsunfähigkeit in der schwarz-gelben Chaos-Koalition hat politische Freunde wie Gegner überrascht. Koalitionsvertrag, Regierungserklärung, Klausurtagung oder Krisentreffen: Nirgendwo konnte Schwarz-Gelb auch nur die wichtigsten politischen Fragen klären.

Schwarz-Gelb startete mit einem Vertrauensvorschuss, der schon nach 100 Tagen aufgebraucht ist. Die Unzufriedenheit wächst. Inzwischen bescheinigt nahezu jeder zweite Deutsche der Regierung schlechte Arbeit (Politbarometer, 29.01.2010). Und es wird auch klar, woran das liegt: 70 Prozent sagen, dass Schwarz-Gelb nicht das Gemeinwohl, sondern nur Einzelinteressen vertritt – auch eine Mehrheit der FDP-Anhänger ist dieser Meinung (64 Prozent).
Aber: In der größten Finanz- und Wirtschaftskrise braucht Deutschland eine Regierung, die erkennt, welche Lösungen funktionieren und die nicht rein ideologisch begründete Entscheidungen trifft.
Wenigstens in einer Frage scheint die Union aufgewacht zu sein und stellt sich nun ihrer Aufgabe als Regierungspartei, die nicht allein für ihre Klientel Politik macht: Sie befürwortet jetzt auch eine Grundgesetzänderung, um die Jobcenter erhalten zu können. Was mir dazu einfällt? Besser spät als nie.
Denn bereits vor einem Jahr hat der frühere Arbeitsminister Olaf Scholz einen von allen Bundesländern getragenen Kompromissvorschlag vorgelegt, um die Arbeitsgemeinschaften aus Agentur für Arbeit und Kommune und die Optionskommunen auf eine tragfähige Verfassungsgrundlage zu stellen. Blockiert hat damals in der Großen Koalition die CDU/CSU. Dieser Kompromiss sollte für die nun anstehenden Verhandlungen den Rahmen bilden. Er schafft die Voraussetzungen, damit die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen auch künftig die Aufgaben gemeinsam wahrnehmen können. Dazu werden so genannte „Zentren für Arbeit und Grundsicherung" errichtet. Durch klare Aufsichtsstrukturen sind Transparenz und die Möglichkeit der Zuordnung der Verantwortung für die einzelnen Leistungen gegeben.

Eine Erhöhung der Anzahl der Optionskommunen sah der Kompromiss nicht vor. Für uns besteht keine Veranlassung, diese begründete Position in den vor uns stehenden Verhandlungen mit der Bundesregierung aufzugeben.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 12.02.2010, 12:14 Uhr - 5722 Clicks - Nr. 148*

Schleswig-Holstein muss gentechnikfrei bleiben!

Zur Pressekonferenz der Initiative gentechnikfreies Norddeutschland erklären die Sprecher für Agrarpolitik und Gentechnik der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay und Dr. Henning Höppner:

Die SPD unterstützt die Initiative für ein gentechnikfreies Norddeutschland und das Ziel, die gentechnikfreie Produktion zu einem Markenzeichen für Schleswig-Holstein zu machen. Denn damit schaffen wir für unsere landwirtschaftlichen Produkte neue Marktchancen und bieten den Verbraucherinnen und Verbraucher
Während Hamburg am Mittwoch fraktionsübergreifend beschlossen hat, auf Gentechnik zu verzichten, und dies auf die gesamte Metropolregion ausdehnen möchte, mauert Schleswig-Holsteins schwarz-gelbe Regierung und verweist auf EU-Recht. Dies kann jedoch geändert werden, dafür muss sich Schleswig-Holstein endlich auf Bundesebene einsetzen. Wir wollen von der EU das Recht erhalten, per Gesetz den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft in unserem Landwirtschafts- und Tourismusland auszuschließen.

Wir waren in Schleswig-Holstein in der rot-grünen Regierungszeit bundesweit führend beim Thema gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir haben die gentechnikfreie Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten immer als eine Art schleswig-holsteinisches Reinheitsgebot betrachtet, als ein wichtiges und von den Verbrauchern gefordertes Qualitätskriterium. Schwarz-Gelb lähmt auf allen Gebieten fortschrittliche Initiativen, möchte im Gegenteil die Forschungsgelder für Gentechnik erhöhen; auch der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein unterstreicht das und zeichnet sich durch eine Technikgläubigkeit aus, die in keiner Weise den bisherigen – eher negativen – Erfahrungen mit (gen-) technischer Optimierung in der Ernährungswirtschaft entspricht. Das muss sich ändern, Schleswig-Holstein muss den Mut und politischen Willen aufbringen, um sich wieder an die Spitze der Initiative für ein gentechnikfreies Norddeutschland zu stellen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird zu diesem Thema einen Initiativantrag in den Landtag einbringen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 12.02.2010, 16:08 Uhr - 9925 Clicks - Nr. 149*

Gefahr für die Fördesparkasse?

„Wir befürchten, dass durch die von CDU und FDP geplante Änderung des Sparkassengesetzes wegen europarechtlicher Vorschriften der Einstieg privater Institute zugelassen werden muss", kommentiert der SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Dr. Kai

Dolgner den heute vorgestellten Gesetzentwurf
Vor allem gebe es Zweifel, ob die Hamburger Sparkasse (Haspa), deren Einstieg bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein durch die Gesetzesänderung ermöglicht werden soll, als öffentlich-rechtliches Institut anerkannt wird. Falls nicht, hätte das einen Dammbruch zur Folge und nach der Haspa dürfte auch anderen Privaten der Erwerb von Anteilen nicht verweigert werden, befürchtet Dolgner. Dies hätte weitreichende Konsequenzen für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein, zu denen auch die Fördesparkasse gehört.
Die FDP verfolge seit Jahren das Ziel, die Sparkassen zu privatisieren. Vor einem Jahr hat sie vorgeschlagen, die Sparkassen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und bis zu 49,9 % privates Kapital zuzulassen. Dazu erklärte ihr Vorsitzender Kubicki im Landtag unverblümt: „… meine Fraktion (wird) selbstverständlich als Second-best-Lösung dem Beitritt der Haspa zum schleswig-holsteinischen Sparkassenmarkt zustimmen (…) Wir sind uns nämlich definitiv sicher, dass dies der Einstieg in die weitere Öffnung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein sein wird." (Plenardebatte am 29.1.2009).
In der Großen Koalition konnte die SPD eine Privatisierung der Sparkassen verhindern, so der Abgeordnete. „Doch nun lässt sich die CDU von der FDP auf das politische Glatteis locken. Das Ziel der FDP ist klar: Mit dieser Gesetzesänderung hat sie nach eigenem Bekunden eine erste Tür zur Privatisierung geöffnet."
Die SPD-Landtagsfraktion möchte dagegen das 3-Säulen-Modell mit privaten Banken, Genossenschaftsinstituten und öffentlich-rechtlichen Sparkassen wie bisher erhalten. Gerade die Sparkassen sind für eine Versorgung der mittelständischen Wirtschaft und der Privathaushalte in der Fläche unverzichtbar; sie stellen auch das Girokonto für jedermann sicher. Sie verwenden ihre Ausschüttungen für das Gemeinwohl, wie z.B. in der Stiftung Sparkasse Eckernförde für Kunst und Kultur, Jugendpflege und Sport – im Gegensatz zu Privaten, die ihren Anteilseignern Renditen sichern müssen. Dolgner : „Deshalb brauchen wir die Sparkassen und wollen sie erhalten."

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 12.02.2010, 22:30 Uhr - 2206 Clicks - Nr. 150*

CDU kämpft nicht für den Kreishaushalt, sondern gegen Landrätin
Die SPD-Kreistagsfraktion fordert die CDU auf, den Machtkampf mit der Landrätin einzustellen und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu besinnen.
Statt für den Kreis und seine Bürgerinnen und Bürger eine optimale Versorgung zu erreichen, statt wirklich Geld zu sparen, wo es möglich ist, denn dazu hatte die CDU in der Vergangenheit genügend Gelegenheit –denn wer angesichts der enormen Verschuldung noch große Immobilien wie die ev. Akademie kauft, will nicht ernsthaft sparen- , statt gemeinsam mit der Landrätin die Probleme des Kreises anzupacken und zu lösen, geht es der CDU einzig und allein darum, der Landrätin zu zeigen, wer vermeintlich die Macht hat.

„Dieses Machtgebaren eines Herrn Dingeldein hat durch den Widerspruch der Landrätin eine empfindliche Schramme bekommen.", so Arnold Wilken, SPD-Fraktionsvorsitzender.

Wenn sich nun die CDU nach der Rücknahme des Widerspruchs durch die Landrätin als „Sieger" fühlt, so beweist sie einmal damit, dass es ihr einzig um ihren Kampf gegen die Landrätin geht und nicht um den Haushalt.

Die SPD weist darauf hin, dass sich die Landrätin nicht mit der Deckelung der Personalkosten abgefunden und diese akzeptiert hat –wie es die CDU darstellt-.
Sondern Geld, das dem Kreis Anfang des Jahres außerplanmäßig zugeflossen ist, macht es ihr möglich, die notwendigen Stellenbesetzungen vorzunehmen, damit der Kreis seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen kann.
Damit ist auch die Grundlage für den Widerspruch entfallen.
Der Sieg gilt also dem unverhofften Geldsegen, aber mit Sicherheit nicht der CDU.

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert die CDU auf, sich auf ihre Aufgaben als Selbstverwaltung zu besinnen und ihr Macho-Gehabe gegenüber der Landrätin endgültig einzustellen.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Segeberg - *veröffentlicht am 13.02.2010, 10:21 Uhr - 2486 Clicks - Nr. 151*

Bei den ARGEN was im Argen? Landesrechnungshof prüfte
Die SPD Kreistagsfraktion begrüßt die Veröffentlichung der Ergebnisse der Querschnittsprüfung der kommunalen Leistungen nach SGB II in den Argen-Leistungszentren in den Schleswig-Holsteinischen Kreisen durch den Landesrechnungshof.
Die Prüfung hat sich auf die von den Kommunen und Kreisen mitfinanzierten Leistungen für Unterkunft und Heizung in dem Prüfungszeitraum von 2005 bis 2008 erstreckt. Die kommunalen Leistungen, die Personalausstattung in den Leistungszentren und die Steuerung der gesetzlichen Leistungen und der Qualität der Mitarbeiter/Innen wurden untersucht.

Nach Auffassung der SPD sind die Ergebnisse erschreckend!

In allen Leistungszentren der Schleswig-Holsteinischen Kreise wurde in dem Prüfungszeitraum eine Fehlerquote von 79% festgestellt. Nach den Berechnungen des Landesrechnungshofes haben viele hilfsbedürftige Einzelpersonen und Familien durch fehlerhafte Bearbeitung 3,4 Mio. EURO zu wenig erhalten. Dies muss sofort abgestellt werden.
Von den Steuergeldern der neun Kreise, der Kommunen und der Bundesregierung sollen nach der Querschnittsprüfung jährlich annähernd 10,2 Mio. EURO zu viel ausgezahlt worden sein.

Die SPD Kreistagsfraktion fordert, eine Qualitätskontrolle durch eine konsequente Fachaufsicht der Kreises sicherzustellen.
Auch der Kreis Segeberg hat sich in der Vergangenheit überwiegend so verhalten, als wäre die sachliche Zuständigkeit für diese Kreisaufgabe auf die Arge-Leistungszentrum Segeberg übergegangen.
Auch der Steuerungskreis, bestehend aus der Geschäftsführerin, als Mitarbeiterin des Kreises, dem langjährigen Landrat und dem Geschäftsführer der Bundesanstalt für Arbeit in Neumünster, ließen sich im ZickZackKurs von Nürnberg (Zentrale der Bundesanstalt für Arbeit) und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales steuern.
Dies führte nicht nur zum Nachteil der hilfsbedürftigen Menschen auch zum Nachteil der Kommunen und Kreise. Auch der rücksichtslose Umgang mit dem Personal führte zu einer andauernden Fluktuation und zu einer teilweisen schlechten Arbeitsqualität.
Die SPD fordert, für den Neuaufbau der Leistungszentren die politische Einflussnahme des Kreises Segeberg verbindlich festzuschreiben und die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen.

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 13.02.2010, 17:35 Uhr - 5121 Clicks - Nr. 152*

Wiegard soll im PUA zu seiner Verantwortung Stellung nehmen!
Zur heutigen Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses HSH Nordbank erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:
Wir haben die ehemaligen SPD-Minister Dr. Ralf Stegner und Lothar Hay zu ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrates der HSH Nordbank mit umfassenden Sachdarstellungen gehört.

Finanzminister Wiegard, Mitglied des Aufsichtsrates und der Ausschüsse der HSH Nordbank seit 2005, hat sich bisher nicht bereit erklärt, als Betroffener eine Sachdarstellung zu geben; er hat seine Bereitschaft dazu vom Ergebnis der Akteneinsicht seines Anwaltes abhängig gemacht. Warum, Herr Wiegard?

Finanzminister Wiegard sollte so schnell wie möglich vor dem PUA zu seiner Verantwortung Stellung nehmen!

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 14.02.2010, 15:13 Uhr - 5212 Clicks - Nr. 153*

Stormarner SPD-Senioren gründen AG 60plus!

Die allgemeine Lebenserwartung steigt und der Bevölkerungsanteil der über Sechzigjährigen nimmt drastisch zu. Dieser Wandel stellt Gesellschaft und Politik vor neue Herausforderungen. Die SPD Stormarn hat reagiert und zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft 60plus auf Kreisebene aufgerufen. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender freut sich: „Wenn bei Eis und Schnee 19 Menschen aus politischem Interesse zusammenkommen, ist ein echter Bedarf nach politischer Auseinandersetzung vorhanden."

So konnte die Gründung samt Vorstandswahlen erfolgreich durchgeführt werden. Der Vorstand der neuen Senioren AG setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Jürgen Schneider, seinen Stellvertretern Manfred Wittkowski und Niels Peter Horn, der Schriftführerin Angela Batty sowie den BeisitzerInnen Lieselotte Jürgensen und Ewald Liebe.

In „bunten Nachmittagen" sollen immer ein Kernthema und ein aktuelles politisches Thema („Der Aufreger des Monats") besprochen werden. Außerdem wird es Zeit für Kulturelles, zum Vorlesen von Geschichten und zum Klönen geben. Auch Alltagsfragen können besprochen werden. Ergänzend dazu sind Ausflüge und Besichtigungen geplant. „Wir wollen aber kein Kaffeekränzchen werden, sondern uns ernsthaft mit Politischen Fragen auseinandersetzen", sagt die SPD-Kreistagsabgeordnete Angela Batty.

Jürgen Schneider: „Auch Nicht-SPD-Mitglieder sind willkommen!" Wer Interesse hat und die Einladungen erhalten will, wende sich an Jürgen Schneider Tel.04531/84603 – juergen.schneider@spd-badoldesloe.de

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 14.02.2010, 15:58 Uhr - 2847 Clicks - Nr. 154*

Februar - MV mit Martin Habersaat
...und drei Neumitgliedern

Die Glinder SPD-Mitglieder blieben, soweit sie trotz des Eiswetters am Dienstagabend der Einladung zu ihrer Februarmonatsversammlung gefolgt und in ihr Bürgerhaus gekommen, besser „geschliddert" waren, in letzter Konsequenz „gelassen", was die Neubesinnung auf ihre alten Tugenden als linke Volkspartei anbetraf.
Auch wenn es mit dem Begriff „Volkspartei" zur Zeit etwas hapert, wollen die Glinder Sozialdemokraten ihrer zuletzt schwer gebeutelten Partei mit neuer Motivation - und der Einbindung einiger neuer und vor allem auch jüngerer Mitglieder, die sich in den letzten Wochen zu einer Mitarbeit einfinden - auch öffentlich mit möglichst eigenen Aktionen und über die heimische Presse stärker "die Finger in die Wunden legen", die die Menschen nach der "geistig-moralischen Wende" durch die Regierungsparteien in Berlin und Kiel nun am eigenen Leib spüren.

In einer lebendigen Diskussion, die vom neuen SPD-Landtagsabgeordneten Martin Habersaat und dem 2.Vorsitzenden Oliver Sendzik mit einigen Thesen und Fakten zum provokanten Thema des Abends „Schwarz/Gelb in Land und Bund - gehen in Glinde die Lichter aus?" eingeleitet wurde, ist mehr als klar, wo man anzusetzen hat: Mit ihrer deutlichen Mehrheit in Berlin versucht die Regierung Merkel/Westerwelle trotz der so erstaunlich schnell "gekippten" öffentlichen Meinung und Kritik, möglichst schnell die eingeleitete Klientelpolitik (z.B. zugunsten der Hoteliers) durchzubringen und das gegenwärtige soziale Klima (das geprägt ist durch Angst um die Arbeitsplätze, um die Sicherheit der Renten und die Stabilität der Krankenversicherungen) soweit zu nutzen, dass immer mehr vom früher geschaffenen Netz wegfällt (Mindestlohndebatte).

Mit einer einzigen Stimme Mehrheit (so ist Politik nun mal, das ist nun mal auch eine Mehrheit, darüber waren sich die Anwesenden schon einig) versucht die neue Koalition in Kiel derzeit, möglichst alles, was Schwarz/Rot noch vor einem Jahr in Sachen Schulpolitik, Sparkassensystem, Denkmalschutz, Landesentwicklungsplanung auf den richtigen Weg gebracht hatte, wieder zurückzuschrauben. Ob kostenlose Kita-Nutzung, das Schulabi mit G8 oder G9 oder die Beschlüsse zu den Gemeinschaftsschulen, alles steht unter dem Motto „wir müssen sparen" wieder auf dem Prüfstand, zu Lasten der Kinder und ihrer Eltern.

Wir müssen, so Frank Lauterbach, gegen die „gefühlte Ungerechtigkeit" angehen. Zum Thema Hartz IV müsste die Bundesspitze der SPD gegebenenfalls sogar den Mut haben, wie Manfred Wagner forderte, zuzugeben, dass diese Maßnahme jedenfalls im Ergebnis ein Fehler war. Hein Thies, früher ein aktiver Gewerkschafter, hatte einen ungemein praktischen Vorschlag, den er seiner Partei zur Prüfung empfahl: „Wir müssen die Unternehmer vom Schlage Schlecker gesetzlich zwingen, mit den heute möglichen Instrumenten wie den Zeitarbeitsverträgen, den

400 Euro-Jobs und anderem nur mengenmäßig begrenzt umgehen zu dürfen.“ Anders als eine zeitlich befristete Hilfe für den wirtschaftlich gefährdeten Unternehmer sollten diese Maßnahmen überhaupt nie sein. Heute würden sie zum Nachteil des Arbeitsmarktes dagegen schamlos missbraucht. „Wo ist der gute Unternehmer, der vorbildlich seiner sozialen Verantwortung nachkommt?“, war nicht nur die Frage von Norbert Schicketanz. Martin Habersaat plant in diesem Zusammenhang demnächst monatliche Besuche in solchen Unternehmen und bittet die Öffentlichkeit, ihm solche gern zu nennen.

Eine Perspektive besonderer Art gab er seinen Genossen auf eine Frage, welche möglichen neuen „Leitfiguren innerhalb der SPD“ ihm einfielen, zum Schluss des Abends mit auf den Weg: „Wir werden vielleicht schon bald das ‚Jahr der blonden Frauen‘ feiern können. Hannelore Kraft aus Nordrheinwestfalen (vielleicht ja Ministerpräsidentin im Mai), Doris Ahnen (desgleichen in Rheinland-Pfalz) oder Manuela Schwesig aus Mecklenburg-Vorpommern haben Chancen, bald bundesweit bekannter als bisher zu werden.“ - Und letztlich, auch das ein Fazit des Abends: Ralf Stegner, der Landes- und Fraktionsvorsitzende, sitzt nicht nur fest im Sattel, sondern ist als fähiger und glaubwürdiger Sozialdemokrat unbestritten. Er wurde zwar (auch in unseren heimischen) Medien wiederholt zumindest für eine der beiden Positionen zur Disposition gestellt. Mehrheiten hierfür, so Martin Habersaat, gab es auf den vergangenen Parteitagen jedoch nicht. Im Gegenteil: Er erfreute sich einer deutlichen Zustimmung von über 80 Prozent.

(Fotos und Text: Norbert Schicketanz)

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 14.02.2010, 19:10 Uhr - 3097 Clicks - Nr. 155*

Informationsveransaltung zum Thema "Allein erziehend und Hartz-IV"
Der SPD-Ortsverein Flensburger Mitte lädt ein für Dienstag, den 16. Februar 2010 um 19:00 Uhr in das Gemeindehaus St. Michael am Ochsenmarkt. Unser Thema: "Allein erziehend und Hartz-IV".

Wie sieht der Alltag der betroffenen Mütter, Väter und ihren Kindern aus, welche Zukunftsperspektiven hat diese Personengruppe, werden die Kinder ausgegrenzt? Auf diese und noch mehr Fragen hat die Arbeitsgruppe der AsF und der Jusos Antworten erhalten. Wir werden die Resultate unserer Fragebogen Aktion vorstellen und nach Lösungen suchen.

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - *veröffentlicht am 15.02.2010, 08:45 Uhr - 2978 Clicks - Nr. 156*

Bürgerbeteiligung im Stadtteil

Die letzte Sitzung des Ortsbeirates Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook am 10. Februar 2010 im Altenzentrum St. Nicolai stand unter dem Zeichen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei öffentlichen Planungsvorhaben im Stadtteil.
Die Planungen des **Neubaus einer Mensa und einer Sporthalle** für die Ricarda-Huch-Schule und die Goethe-Schulen laufen auf Hochtouren. Am 19. Januar 2010 wurde ein erster Architekten-Entwurf öffentlich vorgestellt und am 2. Februar mit den Anwohnern der Hansastraße erörtert. Der Ortsbeirat

hätte sich hierzu eine frühzeitige Beteiligung und Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler und der Anwohnerinnen und Anwohner gewünscht. Ein geänderter Entwurf wird unter Beteiligung aller Interessierten am 16. Februar in der Richarda-Huch-Schule um 19:00 Uhr in der Aula diskutiert. Wichtig aus Sicht des Ortsbeirates ist, dass das Planungsverfahren bald abgeschlossen werden kann, da die Mensa schon ab dem nächsten Schuljahr (ab 1. 8. 2010) für den Ganztagesbetrieb an den Schulen benötigt wird.

Bei der Gestaltung des Blücherplatzes gelingt die Bürgerbeteiligung besser, so wird am 26. Februar ab 18:00 Uhr im Wissenschaftszentrum eine „**Ideenwerkstatt Blücherplatz**" stattfinden (Anmeldung unter 901-62668 oder joachim.jacobsen@kiel.de). Diese Werkstatt geht auf einen Antrag des Ortsbeirates aus dem letzen Jahr zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität des Blücherplatzes zurück.
Weiterer Punkt der Sitzung war der 3. Regionale **Nahverkehrsplan**, hierzu wurde von uns angeregt, dass der Busverkehr zur Universität weiter ausgebaut werden muss, auch sollte die Einrichtung einer gesonderten Linie für die Verkehre rund um die Universität geprüft werden. Ein weiterer Punkt für den Ortsbeirat war, dass die Haltestelle Hardenbergstraße und weitere Haltestellen an der Feldstraße (Yorkstraße, Wrangelstraße), zügig barrierefrei gestaltet werden sollten. Der Ortsbeirat hätte sich hierzu ein konkretes Datum im Nahverkehrsplan gewünscht. Außerdem beschloss der OBR, das Thema „**Mobilität im Quartier mit Rad und Bus**" auf seiner Sitzung am 19. Mai zu erötern.
Von Bürgerinnen und Bürgern wurde angeregt, dass die **Statue von Carl-Loewe**, die zurzeit an der Muhliusschule steht (früher Carl-Loewe-Schule), wieder an ihren ursprünglichen Standort im Carl-Loewe-Weg zurückkehren soll. Diesem Wunsch schloss sich der Ortsbeirat einstimmig an. Der Komponist und Sänger Carl Loewe (1796-1869) verbrachte seine letzten Lebensjahre in Kiel.
Der Ortsbeirat trifft sich wieder am 10. März im Altenzentrum St. Nicolai im Lehmberg 24.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 15.02.2010, 12:28 Uhr - 4415 Clicks - Nr. 157*

Olof-Palme-Preis 2010 - Nominierungen jetzt einreichen!

Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme- Friedenspreis seit 23 Jahren an Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle engagieren. Jetzt bittet der Kreisvorstand wieder alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises um Nominierungen. Wer Menschen oder Vereine kennt, die sich in vorbildlicher Weise für den Frieden oder den weltweiten sozialen Ausgleich engagieren, kann diese bis zum 8. März einreichen.

Dazu sollten auch die Kontaktdaten der Nominierten und der Nominierenden und eine entsprechende Begründung geliefert werden. Ansprechpartnerin ist Monika Poppe-Albrecht in der Kurparkallee 2, 23843 Bad Oldesloe oder per Mail: KV-Stormarn[at]spd.de.

Der Olof-Palme-Friedenspreis der SPD Stormarn wurde nach der Ermordung Olof Palmes am 28. Februar 1986 ins Leben gerufen zum Gedenken an den schwedischen Ministerpräsidenten und sein Lebens- und Friedenswerk. Martin Habersaat, der SPD-Kreisvorsitzende aus Barsbüttel, erklärt: „Olof Palme setzte sich dafür ein, den Menschen ein Leben in demokratischer Freiheit zu verschaffen, kämpfte gegen Unrecht, Unterdrückung und Rassismus, trat für den Frieden ein und für Sicherheit durch Partnerschaft, für Abrüstung, gegen Atomwaffen und für die Verbesserung der Situation in der Dritten Welt."

Ein fünfköpfiges Kuratorium wählt aus den eingegangenen Vorschlägen die Preisträger aus. Seine Entscheidung ist es auch, den Preis zu teilen oder auf einen Preisträger zu konzentrieren. Daher bleibt auch die Laudatio der eingereichten Vorschläge und die Preisverleihung selbst einem Mitglied des Kuratoriums vorbehalten. Vorsitzende des Kuratoriums ist Gisela Böhrk, die ehemalige Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein. Die weiteren Mitglieder sind der Bargteheider Pastor im Ruhestand Cord Denker, die Pröpstin Margit Baumgarten, Stormarns Landrat Klaus Plöger und Birgit Kassovic von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft.

In den vergangenen Jahren wurden bereits über 140 Gruppen und Personen benannt, deren ehrenamtliche Tätigkeit sonst kaum öffentlich Erwähnung findet oder einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Der Preis, dotiert mit 1500 Euro, ist eine Anerkennung und Ehrung und soll damit zur Nachahmung und zum Weitermachen anregen.

Preisträger 2009 war das Nordstormarner Projekt „Sprachpartner/in gesucht", 2008 gewannen der Verein „FIT-Für Integration und Toleranz" aus Bad Oldesloe und der Freundeskreis Nicaragua aus Großhansdorf. Die weiteren Preisträger der letzten Jahre: Sachsenwaldschule Reinbek (für verschiedene Projekte zur Unterstützung der Kindernothilfe). Kreisgymnasium Bargteheide (Hilfe beim Aufbau einer Patenschule in Afrika), Ruth Rick aus Ammersbek für InterWal e.V. (Friedensprojekte für jüdische und palästinensische Kinder), YAD RUTH (Unterstützung von Holocaust-Überlebenden) und Ursula Nölle aus Oststeinbek (Verein zur Unterstützung von Schulen für afghanische Flüchtlingskinder).

Informationen zum Preis finden sich unter
http://www.olof-palme-friedenspreis.de/.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 15.02.2010, 13:42 Uhr - 70717 Clicks - Nr. 158*

Westerwelle geriert sich wie Haider

Zur Diskussion über die Äußerungen von Herrn Westerwelle über Hartz-IV-Bezieher erklärt Ralf Stegner:

„Herr Westerwelle, aber auch Herr Koch, versuchen es immer wieder mit schamlosen, bewusst gesetzten Provokationen und Entgleisungen auf Kosten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen politisch zu punkten. In der aktuellen Debatte über die Neuregelung der Hartz-IV-Gesetzgebung geriert sich der FDP-Vorsitzende wie der Jörg Haider der deutschen Politik. Dieser Politikstil der Ressentiments gegen Arbeitslose und politischen Brandtstifterei spaltet unsere Gesellschaft und auch der Versuch der Steigerung schlechter Umfragewerte rechtfertigt ihn nicht. Der Vergleich mit der Sklavenhaltergesellschaft Roms und der Dekadenz der reichen

Oberschicht ist so zielführend wie der Versuch, mit Eigentoren an die Tabellenspitze zu gelangen.

Die Äußerungen von Herrn Westerwelle zeugen von der Unfähigkeit der FDP und ihres Vorsitzenden, Lebensrealitäten in unserer Gesellschaft anzuerkennen und das Leben aller Bürgerinnen und Bürger verbessern zu wollen. Die FDP verkommt endgültig zur Klientelpartei und drückt Schwarz-gelb ihren eiskalten Stempel auf. Soziale Gerechtigkeit als Ziel der Sozialen Marktwirtschaft hat sie offenbar aufgegeben!

Da der Fraktionsvorsitzende der FDP in Schleswig-Holstein, Kubicki, meine im Internet verbreitete Kritik als in der Kürze oberflächlich zurückgewiesen hat, biete ich ihm an, in einem Streitgespräch über Grundfragen der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland öffentlich und ausführlich zu debattieren."

Kommentar von Horst Deyerling vom 19.02.2010, 12:29 Uhr:
RE: Westerwelle geriert sich wie Haider
@ Kai, natürlich hat die SPD Hartz IV erfunden. Und im Ansatz war dies der richtige Weg, um die Sozialkassen nicht kollabieren zu lassen. Wir wollen aber nicht vergessen, dass viele Verschärfungen, über die jetzt geklagt werden, von der CDU stammen, bevor auch diese Partei im Bundestag zugestimmt hat. Wer sich mit dem gesamten Hartz IV-Projekt befasst, würde feststellen, dass der ursprüngliche Entwurf deutlich anders aussah. Wäre es nach der CDU gegangen, würden viele Leistungsempfänger heute noch schlechter da stehen. Dies wurde von der SPD verhindert. Der Kompromiss ist die jetzige Form. Die Schwächen und Härten von Hartz IV nur allein der SPD anzulasten ist inhaltlich und sachlich falsch. Diese Debatte sollte in dieser Form beendet werden und endlich inhaltlich behandelt werden.

Kommentar von kai vom 18.02.2010, 22:15 Uhr:
RE: Westerwelle geriert sich wie Haider
Harz VI wer hats erfunden?Die SPD also mal ganz leise sein.

Kommentar von Günther vom 16.02.2010, 12:35 Uhr:
RE: Westerwelle geriert sich wie Haider
Man muss sich mal zurückerinnern, an die FDP vor 40 Jahren mit ihren grossen Politikern und Staatsmännern und -Frauen wie Walter Scheel, Hildegard Hamm-Brücher und Hans Dietrich Genscher. Mit Ihnen hat die FDP sehr gute Politik gemacht in der sozialliberalen Koalitionen mit den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt. Und Jetzt? Man schaue sich diesen Laden einmal an. Die heutige FDP ist nur noch eine Partei, die eine Klientel vertritt. Da ist kein Platz mehr für Sozialpolitik, Umweltpolitk und anderes. Bei den sinkenden Umfragewerten dieser Partei gerät ihr Chef Westerwelle in Panik und verunglimpft Arbeitslose und Hartz-4 Empfänger. Das ist keine Art und Weise, wie man mit Menschen (Wählern!) umgeht. Ich hoffe dass diese Klientel-Partei mit Westerwelle bei den nächsten folgenden Wahlen unter die 5% Klausel fällt und in der Bedeutungslosigkeit verschwindet.

Kommentar von Hans-Christian Koch vom 15.02.2010, 16:18 Uhr:
RE: Westerwelle geriert sich wie Haider
zu einem solchen Dialog ist der Kubicki doch zu feige....

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 15.02.2010, 15:49 Uhr - 10787 Clicks - Nr. 159*

Thönnes: Startschuss für den Deutschen Bürgerpreis 2010 „Retten, helfen, Chancen schenken"

„Der Bürgerpreis der Initiative „für mich. für uns. für alle." hat sich in den sieben Jahren seines Bestehens zu einer festen Größe der Freiwilligen- und Anerkennungskultur in Deutschland entwickelt und spricht alle ehrenamtlich engagierten Menschen an.
Ab 2010 heißt die Auszeichnung entsprechend ihrer Bedeutung auch konsequent Deutscher Bürgerpreis", erklärt SPD-MdB Franz Thönnes die Initiative.
Der Wettbewerb startet 2010 mit dem Thema „Retten, helfen, Chancen schenken."
„Bürgerschaftlich Engagierte, die Mitmenschen im Katastrophenschutz oder Rettungsdienst beiseite stehen, Leben retten und schützen, aber auch jene, die Hilfsbedürftigen wie behinderten, kranken oder sozial benachteiligten Menschen Chancen auf ein besseres Leben ermöglichen, können sich ab sofort um den Ehrenamtspreis bewerben", so der SPD-Politiker weiter. Die aktuellen Teilnahmeunterlagen finden Interessierte im Internet unter www.deutscher-buergerpreis.de oder bei teilnehmenden Sparkassen. „Auch in Segeberg und Stormarn gibt es viele gute Beispiele für herausragendes Bürgerschaftliches Engagement. Deshalb würde ich mich über eine rege Beteiligung gerade von jungen Menschen aus unserer Region freuen", betont Thönnes.
Ehrenamtliches Engagement werde in vier Kategorien ausgezeichnet: U21 ehre Bewerber bis zu einem Alter von 21 Jahren und würdigt damit junges Engagement. Die Kategorie Alltagshelden richte sich an vorbildlich engagierte Personen und Projekte unabhängig vom Alter. In der Kategorie Engagierte Unternehmer könnten sich Inhaber von Unternehmen bewerben, die persönlich Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Und der Bürgerpreis in der Kategorie Lebenswerk werde für mindestens 25 Jahre bürgerschaftliches Engagement verliehen.
„Die Bewerber nehmen zunächst auf lokaler Ebene am Wettbewerb teil. Wer von einer der rund 70 lokalen Initiativen ausgezeichnet wird, geht automatisch ins Rennen um den nationalen Bürgerpreis", beschreibt Thönnes. Einsendeschluss für die lokalen Bewerbungen sei der 30. Juni 2010 und Abschluss des Wettbewerbs sei die feierliche Verleihung des Deutschen Bürgerpreises im Dezember 2010 in Berlin.
Quelle: www.pixelio.de / S. Hofschlaeger

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 15.02.2010, 20:10 Uhr - 6162 Clicks - Nr. 160*

Stadtteilbüchereien auf der Zielgeraden!

Zum Konzept zur hauptamtlichen Weiterführung der Stadtteilbücherei Gaarden:

"Die Zukunft der Kieler Stadtteilbüchereien ist auf der Zielgeraden und wird gesichert werden. Damit hat die Kieler SPD eines ihrer zentralen Wahlkampfversprechen erfüllt. In den Kieler Stadtteilbüchereien wird wieder hauptamtliches Personal eingesetzt, um den Ausleihbetrieb sicherzustellen. So erhalten wir starke Stadtteile und funktionierende Stadtteilbüchereien.

Dies geschieht in direkter und unmittelbarer Absprache mit den Fördervereinen. Grade der direkte Austausch mit den Fördervereinen hat die jetzt gefundene Lösung sichergestellt. Die gute Verteilung zwischen hauptund ehrenamtlicher Arbeit ist ein weiterer Baustein für die Bildungsinitiative, die wir als Kooperation in Kiel umsetzen.

Wir begrüßen, dass für die Stadtteilbücherei Gaarden nun eine sichere Zukunft beginnt: Die Öffnungszeiten bleiben bestehen, und der Ausleihbetrieb wird auch weiterhin mit hauptamtlichen Personal durchgeführt - anstatt ihn auf die ehrenamtlich tätigen Vereinsmitglieder zu verlagern. Zur Lebendigkeit des Stadtteils trägt der Verein "Gaarden liest e.V." sehr gut bei, durch Leseförderung, soziale Büchereiarbeit, Veranstaltungen und Stadtteilmarketing. Es ist begrüßenswert, dass jetzt parteiübergreifend alle Mitglieder des Kulturausschusses der Kieler Ratsversammlung diesen Weg mitgehen wollen. Das SPD-Kulturforum wird auch weiterhin den engen Zusammenhang zwischen Kulturförderung und Bildungsvermittlung betonen. Dies ist ein zentrales Moment in der Gestaltung einer modernen Stadt," so der Vorsitzende des SPD-Kulturforums Kiel und Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 15.02.2010, 21:20 Uhr - 4898 Clicks - Nr. 161*

Kein Ausverkauf unserer Sparkassen!
Reinhard Mendel – Kolumne für das Stormarner Tageblatt

Angesichts knapper kommunaler Kassen ist es für uns in Stormarn besonders erfreulich, wenn gleichwohl eine großzügige Unterstützung der Jugendarbeit erfolgt, wenn allen Kindern das Naturereignis Grabau ermöglicht wird, wenn wertvolles Kulturgut erhalten und viele soziale Projekte gefördert werden.
Zu verdanken haben wir das unserer regionalen Sparkasse, die hierfür jedes Jahr über ihre Stiftungen Millionenbeträge zur Verfügung stellt.

Nun haben CDU und FDP in Kiel den Ausverkauf der Sparkassen in Schleswig-Holstein eingeläutet. Die FDP sagt unverhohlen, dass sie eine Privatisierung will. Die CDU will angeblich nur die HASPA oder vergleichbare Institute als zukünftige Anteilseigner unserer Sparkassen zulassen. Aber wer glaubt ernsthaft, dass andere privatrechtliche Bankinstitute nicht mit Hilfe des Europarechts eine Gleichbehandlung erzwingen wer-den, um sich ebenfalls Teile eines lukrativen Marktes zu sichern?

Denn im Banksektor ist der Marktanteil der Sparkassen lukrativ, auch wenn einzelne Institute von weniger fähigen Vorständen Hand in Hand mit eher ahnungslosen Aufsichtsgremien an die Wand gefahren werden. Das gibt es bei privaten Banken (siehe Hypo Real Estate) ebenso wie bei Landesbanken. Aber statt für eine bessere Aufsicht und Qualität der Aufsichtsgremien zu sorgen, will man zulassen, dass künftig die Geschäftspolitik mitbestimmt wird von Anteilseignern, die in Frankfurt, Hamburg oder München sitzen können.

Dort wird aber eher das Interesse sein Gewinne mit der Beteiligung zu erzielen als dieses Geld

für Stiftungen in der Region auszugeben. Kredite werden dann nur noch nach reinen Renditegesichtspunkten bewilligt, oder eben nicht. Denn, wie es gerade unsere Sparkasse Holstein tut, es sind die regionalen Sparkassen, die kleine und mittelständische Betriebe in ihrer Region nicht nur zur Gewinnmaximierung, sondern auch im Interesse der Wirtschaftsregion unterstützen. Dafür und im Interesse der vielen kleinen Sparer hat sich das Dreisäulenmodell bewährt, zu dem die öffentlichen Sparkassen mit ihrem Regionalprinzip gehören. Die SPD in Stormarn und in Kiel will das erhalten. Wir wollen keine Zerschlagung des Sparkassenmodells und wir wollen, dass auch weiterhin unsere Wirtschaftsregion von unserer regionalen Sparkasse unterstützt und viel Gutes für unsere Bürger in Stormarn durch die Stiftungen unserer Sparkasse getan wird.

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 16.02.2010, 12:17 Uhr - 5023 Clicks - Nr. 162*

"Es geht um mehr" von Birger Heidtmann

In Westerwelles liberaler Westernwelt wird scharf geschossen. Groß-Rancher Guido beordert seine Cowboys auf die gelbgetünchte Ponderosa, um nun endlich gegen faule Hartz4- ler und Sozialschmarotzer in German-City vorzugehen. Der bereits politisch angeschlagene Außenminister fordert jetzt den großen Showdown im Berliner Parlament. Wäre die Lage nicht so ernst, könnte man über das derzeitige rhetorische Feuerwerk des von sich selbst verzückten Vizekanzlers sicher schmunzeln.
In einem Punkt hat Guido Westerwelle aber dennoch recht: Eine Generaldebatte muss her und zwar über die Verbesserung der Reallöhne, und eine damit verbundene schnelle Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

Betrachtet man das affektierte Gebaren des deutschen Außenministers, so scheint der schwarz-gelbe Regierungsauftrag offenbar nicht mehr nur „Kampf der Arbeitslosigkeit" sondern nun auch „Kampf dem Arbeitslosen" zu lauten. Die immer mal wieder bemühte Darstellung von den „freiwillig Arbeitslosen mit viel zu hohen Ansprüchen" hat hier zu Lande scheinbar längst auch einen amtlichen Charakter erhalten. Beschäftigte werden einmal mehr gegen nicht Beschäftigte ausgespielt. Die Methode könnte System haben, wird doch so die Schuldfrage für die desolaten Zustände ganz einfach an die Betroffenen weiter gereicht. Seit der Einführung von Hartz 4 im Jahre 2005 und der damit verbunden Reduzierung der Sozialhilfe, wurden große Teile der Bevölkerung ganz allmählich unter ihr Existenzminimum gedrückt. Die aktuellen Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Der Niedriglohnsektor wächst!
Vollmundig spricht die Kanzlerin von einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Tatsächlich ist in den letzten Jahren die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland angestiegen. Dieser Aufschwung am Arbeitsmarkt hat aber vor allem einen Aufschwung prekärer Arbeitsplätze zur Folge gehabt. Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und Minijobs erlebten seit 2005 einen regelrechten Boom. Allein die Zahl der Leiharbeiter in Deutschland hat sich zwischen 2005 und 2008 nahezu verdoppelt. Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich ausgebaut worden. Je nach Definition gibt es heute bis zu 7 Millionen Niedriglohnempfänger, darunter zwischen 3 und 4 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Deutschland hat damit in absoluten Zahlen den größten Niedriglohnsektor in Europa. Auch der Anteil an allen Beschäftigten liegt mit 22 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Allein zwischen 2005 und 2008 stieg die Niedriglohnbeschäftigung um 13 Prozent. Die Lohnspreizung

ist in Deutschland ebenfalls längst überdurchschnittlich und bewegt sich auf dem Niveau von Großbritannien. Die durchschnittlichen Stundenlöhne von Niedriglöhnern sind während der letzten beiden Jahre sogar absolut gesunken, in Westdeutschland von 7,25 auf 6,89 Euro und im Osten von 5,48 Euro auf 4,86 Euro. Erwartungen, dass durch eine größere Lohnspreizung mehr Beschäftigung entsteht, haben sich nicht erfüllt. Die Arbeitslosenquote bei Geringqualifizierten ist in Deutschland deutlich höher als in anderen europäischen Ländern, die überwiegend Mindestlöhne haben. Mit einem Bruttostundenlohn von fünf Euro oder weniger mussten bereits 2006 etwa 1,9 Millionen Arbeitnehmer auskommen. Das sind 400.000 mehr als zwei Jahre zuvor. Gesetzliche Mindestlöhne gibt es in 20 der 27 EU-Länder. Die meisten westeuropäischen Länder setzen derzeit eine Lohnuntergrenze von mehr als acht Euro. In Luxemburg sind es sogar gut neun Euro. In den vergangenen Jahren haben viele dieser Länder ihre Mindestlöhne spürbar erhöht, während man sich in Deutschland weiter um eine Entscheidung drückt zugunsten der Arbeitnehmer drückt.

Die Gewinner stehen fest!
Einen wirklichen Aufschwung gibt es also nachweisbar in der Tat nur bei den großen Konzerngewinnen, den ausgeuferten Managergehältern und Kapital- und Vermögenseinkommen. Die Profite der Unternehmen sind auch nach der Wirtschaftskrise weiter angewachsen. Die Unternehmen konnten auch nach dem großen Börsencrash 2009 eine massive Umverteilung zu ihren Gunsten verbuchen. Die Realeinkommen der meisten Arbeitnehmer sind währenddessen nicht nur nicht gestiegen, sondern vielerorts sogar gesunken. Einen derartigen Aufschwung ohne wachsende Arbeitseinkommen hat es in der deutschen Vergangenheit bisher so noch nicht gegeben. Ein weiterer Nebeneffekt: Diese ungünstige Lohnentwicklung wird zu einer starken Belastung für die gesetzlichen Sozialversicherungen. Deren wichtigste Einnahmequelle sind bekanntlich die Beiträge. Diese betrugen im Jahr 2008 runde 64 Prozent. 1991 war dieser Anteil mit 72 Prozent noch weit größer gewesen. Man braucht sicher kein Orakel zu befragen um für das Jahr 2010 weitere Einnahmeverluste zu prognostizieren.
Einer der zentralen Schwachpunkte der deutschen Wirtschaft war schon immer die fehlende Binnennachfrage. Der private Konsum ist rückläufig und eine Konsumschwäche geht vor allem auf die schwache Einkommensentwicklung zurück. Das Wachstum der letzten Jahre kam in Deutschland vor allem aus dem Export. Doch nun rächt sich die zu starke Exportorientierung der deutschen Wirtschaft. Durch die weltweite Rezession werden die Folgen einer solchen Politik jetzt mehr als offensichtlich. Der Titel des „Exportweltmeisters" ist ein Titel ohne effektiven volkswirtschaftlichen Nutzen, insofern hat sein Verlust für den deutschen Arbeitnehmer eher einen rudimentären Charakter. Fakt ist aber auch, dass die deutsche viel gelobte weltweite Wettbewerbsfähigkeit vor allem durch die „günstige" Entwicklung der Lohnstückkosten immer weiter verbessert wurde. Ein riesiger Niedriglohnsektor und massenhaft prekäre Beschäftigung sind die Folgen, dieser auf reine Gewinnmaximierung orientierten Politik.
Das niedrige Löhne auch gleichzeitig niedrige Kosten bedeuten und zu höheren Profiten und mehr Investitionen führen und damit die Produktion und Beschäftigung sichern, ist eine These, die sich als unhaltbar herausgestellt hat. Im Gegenteil, Lohnverzicht kann sogar zur Erhöhung der Kosten führen, wenn die Nachfrage sinkt, die Kapazitätenauslastung zurückgeht und die allgemeinen Fixkosten steigen. Niedrige Kosten garantieren noch nicht einmal höhere Gewinne oder führen automatisch zu mehr Investitionen. Ganz im Gegenteil, mehr Investitionen können sogar Arbeitsplätze vernichten, wenn sie ausschließlich der Rationalisierung der Betriebsabläufe dienen. Steigen die Gewinne nun doch einmal an, können die zurückgebliebenen Löhne nicht mehr genug Kaufkraft entwickeln um das gesamte Warenangebot noch aufnehmen zu können. Nicht genutzte Maschinen und Anlagen müssten stillgelegt werden. Die Folge wären weitere

Massenentlassungen. Die so bewusst herbeigeführte Öffnung der Einkommensschere zwischen Arm und Reich schneidet auch Entwicklungsmöglichkeiten ab. Wer arm ist und fast alles brauchen kann, hat kein Geld, etwas zu kaufen. Wer reich ist und schon alles hat, kauft nicht mehr, weil er nichts mehr braucht. Das Ergebnis ist ein gesamtgesellschaftliches Fiasko.
Eine wachsende Vernunft oder ein steigendes Verantwortungsbewusstsein in den Köpfen der heutigen Wirtschaftsführer lässt sich leider derzeit nicht erkennen. In ihren Augen sind die Löhne, die Steuer- und Abgabelasten viel zu hoch. Die leeren Staatskassen haben aus Unternehmersicht die Arbeitslosen, Arbeitnehmer und Rentner mit ihren ausufernden Forderungen nach einer soliden und ausreichenden Daseinsvorsorge zu verantworten. Das Realeinkommen stagniert bzw. geht bereits zurück und die „kleinen Leute" tragen inzwischen vier Fünftel aller Steuerlasten, während das Unternehmertum nur ein Fünftel zu tragen hat. In den sechziger Jahren war das Verhältnis hier noch ausgewogen. Es stellt sich die Frage, wie lange noch soll die Unternehmersteuer gesenkt werden, wenn die erhofften Wettbewerbsvorteile und damit auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ausbleiben?

Keine Steuergeschenke mehr!
Die schwarz-gelbe Methode des geplanten Sozialumbaus in Deutschland führt zu einer immer schnelleren Lastenumverteilung von oben nach unten. Sozial- wie steuerpolitisch wird das Tempo ebenfalls immer rasanter. Die Lohnquote ist heute auf dem Niveau der 50iger Jahre angekommen, während der Anteil der Lohnsteuern am gesamten Steuereinkommen auf über ein Drittel angestiegen ist. Die Steuerlast auf Gewinne ist dagegen um ein Drittel zurückgegangen. Die realen Nettolöhne stagnieren hier zu Lande seit Jahren, die realen Nettogewinne erreichen aber weiterhin Rekordhöhen. Durch den bewussten Verzicht auf reale Steuereinnahmen bei Unternehmen, verschenkt der Staat jedes Jahr Milliarden, obwohl gerade diese Einnahmen einen weiteren Sozialabbau bremsen würden. Allein durch das Verstopfen von Steuerschlupflöchern, die Besteuerung von Spekulationsgewinnen, sowie die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer würden Milliarden in die leeren Kassen gespült werden und so den „kleinen Mann" entlasten.
Nach dem jetzigen Hartz4-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, sollte es die Aufgabe der Regierung sein, die Lebensverhältnisse der Niedriglohnverdiener so zu verbessern, dass sie in Zukunft eben nicht mehr auf eine staatliche Unterstützung angewiesen wären um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Daher ist eine Debatte über die schnelle Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes deutlich hilfreicher, als die plumpe öffentliche Jagd nach sogenannten Sozialschmarotzern. Die FDP hat ein weiteres Mal bewiesen, dass sie nur die Interessen einer bestimmten Bevölkerungsschicht vertritt. Sie selbst will keine Volkspartei sein und das ist wohl auch gut so. Um ein Land mitzuregieren, braucht es offensichtlich eben doch etwas mehr, als polemischer Verbalakrobatik um die nächsten Wahlen zu gewinnen. In NRW wird sich schon sehr bald zeigen, wie der Wähler die bisherige Regierungsarbeit der Spaß-Partei einordnet.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 16.02.2010, 14:29 Uhr - 71690 Clicks - Nr. 163*

Für den Erhalt der freien Schulwahl!
Für den Erhalt der freien Schulwahl! Keine Barrieren auf dem Bildungsweg! Kein „Nadelöhr" beim Übergang auf weiterführende Schulen! Die SPD Arbeitsgemeinschaften AsF und AfB befürworten grundsätzlich die freie Schulwahl und setzen sich gegen alle Formen ihrer Einschränkung ein.

Alle Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtags werden von uns aufgefordert, für eine Festschreibung der freien Schulwahl im schleswig-holsteinischen Schulgesetz zu sorgen. Die jetzige Erlass-Regelung öffnet der Willkür Tür und Tor!

Ebenso fordern wir die Politikerinnen und Politiker in unseren Kreisen und Kommunen auf, sich in ihrem Bereich für den Erhalt der freien Schulwahl einzusetzen und für Strukturen zu sorgen, welche unsere Schülerinnen und Schüler hinsichtlich des angestrebten Abschlusses nicht einschränken.

„Maßgeblich muss die bestmögliche Förderung unserer Landeskinder mit einem wohnortnahen vollwertigen Bildungsangebot sein. Aus unserer Sicht kann dies nur durch die flächendeckende Sicherung bzw. Einrichtung von guten Grund- und Gemeinschaftsschulen gelingen.", so Ulf Daude, stv. Landesvorsitzender der AfB SH.
Dies umfasst auch die Möglichkeit der Anmeldung an mehreren weiterführenden Schulen. Nach massiven öffentlichen Protesten hat das nunmehr FDP-geführte Bildungsministerium den fragwürdigen Versuch, nur noch die Anmeldung an einer einzigen Schule zuzulassen, zwar zurückgenommen und einen lebbaren Kompromiss vorgelegt.

Solange die Angriffe der derzeitigen Landesregierung speziell auf die Gemeinschaftsschule jedoch weitergehen, ist eine wirklich freie Schulwahl – und damit die bestmögliche Förderung jedes Kindes – damit noch nicht gewährleistet .

„Der Übergang ihres Kindes auf die weiterführende Schule ist für Eltern eine anstrengende und oftmals stressbesetzte Zeit", weiß Dr. Cornelia Östreich, Vorsitzende der AsF SH. Flächendeckend Gemeinschaftsschulen zur Verfügung zu stellen – anstelle sie, wie der derzeitige FDP-Bildungsminister, zu bekämpfen und „auszubremsen" – würde die Situation erheblich entspannen. Parallel dazu muss es aber auch einen konsequenten Ausbau der Ganztagsbildung und –betreuung an Schulen geben. „Denn machen wir uns nichts vor: Erst dann werden Eltern – und insbesondere Mütter – sorgenfrei einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit nachgehen können."

Dies gilt natürlich auch für den Erhalt des 3. kostenfreien Kindergartenjahres sowie den weiteren Ausbau einer hochwertigen und für die Eltern kostenfreien Betreuung im KiTa und U3 Bereich. Hier zu investieren bedeutet, unseren Kindern eine echte Chance zu geben und die Erwerbsmöglichkeiten der Eltern zu fördern – Ein echter Aufbruch aus der Krise anstelle einer Demontage der Kommunen und des Staates um fragwürdige Steuergeschenke zu finanzieren.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 16.02.2010, 15:29 Uhr - 11469 Clicks - Nr. 164*

Keine Kürzungen bei den Volkshochschulen

Nicolai Overbeck bezeichnet Kürzungen von CDU und FDP als bildungsfeindlich
Kürzungen bei den Volkshochschulen sind Bildungspolitisch das völlig falsche Signal, kritisiert die SPD Fraktion die Entscheidung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport. Hintergrund ist die von CDU und FDP im Rahmen der Haushaltsberatungen durchgesetzte Kürzung der Zuschüsse um 20 Prozent von 90.000,00 € auf 78.000,00 €.

„Bildung darf nicht eine Frage der Konjunktur sein. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten

muss in Bildung investiert werden", ist Nicolai Overbeck, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Pinneberger Kreistag überzeugt.

Für ihn leisten die elf Volkshochschulen im Kreis in der Erwachsenenbildung eine wertvolle Arbeit. Die Teilnahme an den Kursen ist darüber hinaus für viele Bürger eine Teilhabe am sozialen Leben im Kreis. Die vergleichsweise niedrigen Kursgebühren ermöglichen es nahezu allen Bürgern die Angebote zu nutzen.

Mit der beschlossenen Kürzung besteht die Gefahr, dass die Teilnehmerbeiträge angehoben werden müssen. Darauf wiesen die VHS-Leiter und Leiterin aus Pinneberg und Elmshorn in der Sitzung hin. Dies schließe gerade einkommensschwache VHS-Teilnehmer von den Angeboten aus.

„In Zeiten knapper öffentlicher Mittel" –so Overbeck- „ sind die Volkshochschulen schon länger gezwungen mit einzelnen Angeboten Gewinne zu erwirtschaften". Er befürchtet, dass sich dieser Trend auf Grund der Kürzungen zu Lasten der Kernaufgaben der VHS verstärken wird. Dies sind vor allem Kurse, die sich an bildungsferne Menschen richteten, wie die Alphabetisierungs- und Integrationskurse.

Für Overbeck ist der Kreiszuschuss ein wesentlicher Aspekt der Ausgleichsfunktion des Kreises. Mit seinem Zuschuss werden die Volkshochschulen in elf Städten und Gemeinden mit dem Ziel unterstützt, ein breites Bildungsangebot aufrecht zu erhalten, welches allen Bürgern des Kreises zu gute kommt. Der Kreiszuschuss von 90.000,00 € liegt für Overbeck an der untersten Grenze der Ausgleichfunktion des Kreises. Eine weitere Kürzung gefährdet den bildungspolitischen Auftrag der VHS.

Die SPD-Fraktion hat zum Haushalt für das Jahr 2010 ein umfangreiches Haushaltssanierungskonzept vorgeschlagen. „Anders als CDU und FDP werden wir im Bereich der Bildung nicht sparen und im Kreistag die Rücknahme der Kürzungen bei den VHS fordern", erklärt Overbeck.

Keine Kommentare

Stefan Bolln - *veröffentlicht am 16.02.2010, 17:19 Uhr - 8739 Clicks - Nr. 165*

Stefan Bolln zur Diskussion um den Haider-Vergleich
Wenn der Vergleich dazu beiträgt, dass auch in Schleswig-Holstein im Agendajahr 2010 die öffentliche Debatte um die verschiedenen Facetten der Reform beginnt, so war der inhaltlich nicht falsche Vergleich doch ein guter Auftakt. Leider wird die personifizierte Auseinandersetzung nicht aufzeigen, wie schwarz/gelb unter gelber Führung die Arbeits-, Sozial-, und Wirtschaftspolitik aussehen soll.

Außer mehr Mitarbeitern in den Ministerien in Berlin und Steuergeschenken für Wohlhabende und somit die weitere Schwächung derer, die für wohlhabende Arbeiten, habe ich leider nichts vernommen. Ob nun Kürzungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche ohne Arbeit im Wartestand auf sinnvolle und gesellschaftlich anerkannte Beschäftigung sind, zukommen oder ob die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor endlich den Schutz durch Mindestlöhne bekommen, ist nun allemal die aktuelle Stunde im Schleswig-

Holsteinischen Landtag wert. Dass jene vom reichen Anwalt Kubicki beantragt wird, lässt vermuten, dass er die Flucht nach vorne antreten möchte. Als der unheimliche Regierungschef nimmt er dafür die gleichen Mittel wie sein Quasi-Chef Carstensen, dem ich seine anhaltenden Flitterwochen gönne.

Die SPD hat ihre Niederlagenaufarbeitungszeit am 6.02 abgeschlossen und tut gut daran aktiv in die Diskussionen einzusteigen. Solidarität und Gerechtigkeit sind Motor eines friedlichen Zusammenlebens. Wenn aber 75% der Bürgerinnen und Bürger unzufrieden sind, obwohl der Wohlstand im statistischen Durchschnitt gestiegen ist, dann läuft etwas falsch. Das müssen wir ändern. 80% des Geldes ist bei nur 20% der Bürgerinnen und Bürger (falls es nicht im Ausland liegt und in Deutschland nur auf CD´s dokumentiert ist). Es geht nicht um Neid, aber um gerechte Verteilung von Arbeit und Wohlstand. Für diese gesellschaftliche Arbeit hat die Sozialdemokratie ihre Berechtigung seit über 140 Jahren und auch die schwärzesten Momente überlebt.

Mitmachen und mutig mitgestalten für eine gerechtere Gesellschaft statt für das Recht des Stärkeren! Sozialdemokratie überlebt den Neoliberalismus, wenn sie gelebt wird.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 17.02.2010, 10:13 Uhr - 1678 Clicks - Nr. 166*

Elternwille pro Gemeinschaftsschule setzt sich durch

"Wir begrüßen die Entscheidung des Ministeriums, vier weitere Gemeinschaftsschulen für Kiel zu genehmigen. Damit wird der Wille der Eltern und Schulkonferenzen in die Tat umgesetzt, die sich für diesen Weg entschieden haben.
In Kiel sind das die Fridtjof-Nansen-Gemeinschaftsschule, die Friedrich-Junge-Gemeinschaftsschule, die Goethe-Gemeinschaftsschule sowie die Freiherr-vom-Stein-Grund- und Gemeinschaftsschule.
SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in Kiel bei der Umsetzung der Schulreform großen Wert auf möglichst breite Mehrheiten und Akzeptanz in und an den Schulen gelegt. Dies wurde von der Stadt als Schulträger bei der Anmeldung beim Land auch stets berücksichtigt. Die Entscheidung des Landes erfolgt gerade noch rechtzeitig für die Anmeldung an den weiterführenden Schulen. Nun gilt es, die Schulen weiter zu stärken, damit schulisches Lernen auch unabhängig von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler von Erfolg gekrönt ist," dies erklärten der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski und die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 17.02.2010, 13:38 Uhr - 15250 Clicks - Nr. 167*

Energiekonferenz geht in 3. Runde

SPD-Kreisverband Segeberg: Nach den erfolgreich durchgeführten Energiekonferenzen des SPD Kreisverbandes Segeberg in Henstedt-Ulzburg und Bad Segeberg geht es jetzt in die dritte Runde.
Die Fachkonferenz findet am Freitag, den 26.02.2010 im Forsthaus Hitzhusen statt.

Nachdem die Referenten auf den vorangegangenen Tagungen viele wertvolle Informationen zu den Themen Rekommunalisierung der Stromnetze und Konzessionsverfahren sowie Wärmenetze und deren Nutzung in kleinen Gemeinden geliefert haben, werden auch im dritten Teil Referenten aus ganz Deutschland erwartet.

Dann wird es ebenso um Fördergelder von EU, Bund und Land gehen wie um die Zukunftstechnologie Speichermedien. Vorgestellt wird das Projekt „100EE-Regionen". Dieses Forschungs- und Entwicklungsprojekt unterstützt Regionen und Kommunen, die sich das Ziel gesetzt haben, ihre Energieversorgung zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien (EE) zu bestreiten.

Darüber hinaus wird eine Ausstellung über Kleinwindkraftanlagen und Mini-Blockheizkraftwerke stattfinden.

Als Referenten sind unter anderem Inga Besten und Kathrin Müller von der „deENet" sowie Hans Eimannsberger von der Investitionsbank Schleswig-Holstein eingeladen.

Zum Abschluss der Veranstaltung findet mit allen Teilnehmern eine Diskussion zum Thema „Wege in die Energieautarkie und ein gesundes Klima" statt.

Einlass ist um 18.00 Uhr. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen. Es besteht die Möglichkeit, bei Voranmeldung bis zum 22. Februar (kv-segeberg@spd.de oder Tel.:040 / 5 23 52 02) gegen einen Kostenbeitrag einen Imbiss einzunehmen.
Kommentar von Reinhold Nawratil vom 18.02.2010, 01:35 Uhr:
RE: Energiekonferenz geht in 3. Runde
Die ersten Schritte sind schon gemacht. Link direkt zur Homepage der Konferenz http://www.spd-segeberg.de/energiekonferenz_se/index.php?menu=1

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 18.02.2010, 09:48 Uhr - 3032 Clicks - Nr. 168*

Birte Pauls berichtet über erste Erfahrungen im Kieler Landtag
Der SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis blickte auf der Jahreshauptversammlung am 17. Februar auf ein arbeitsreiches Jahr 2009 zurück und die Mitglieder waren gespannt, welche Erkenntnisse die neu in den Kieler Landtag Eingezogene Birte Pauls aus den Erfahrungen der 100 Tage Opposition gewonnen hatte.

Viele Mitglieder waren gekommen und richteten zahlreiche Fragen an Birte Pauls, die zum Beispiel in der Gemeinde Steinfeld ein sehr gutes Abstimmungsergebnis bei der Landtagswahl am 27. September 2009 erzielt hatte. Besonders Fragen zur Finanzlage und Aufstockung des Landtags durch Überhangmandate interessierten die Genossen vor Ort. Birte berichtete außerdem über ihre Schwerpunkte in der Landespolitik.

Außerdem sah sie viele Errungenschaften der SPD-Regierungen vergangener Jahre in Gefahr und zeigte dieses anhand des Beispiels zum beitragsfreien 3. Kita-Jahr auf, das zur Disposition steht. Um etwa fünf Realschulen im Land zu erhalten will die FDP das Schulgesetz ändern und auch die Umgestaltung der Oberstufe sorgt für erneute Unruhe in den Schulen. Freiheit für die Schulen ist gut, über diesen Slogans darf sich aber eine Landesregierung nicht vor ihrer Verantwortung drücken. Besonders geärgert hat sich die Neue im Kieler Landtag nach eigener Aussage über den Umgang der CDU mit der Macht, als sie kurzerhand den Schatzmeister des

CDU-Landesverbandes zum Mittelstandsbeauftragten machte, der nun auf Kosten des Steuerzahlers die Unternehmen im Land besuche. Außerdem wurden weitere Posten für "Beauftragte" von der schwarz-gelben Koalition geschaffen, die den Landeshaushalt maßgeblich belasten.

Der amtierende Kreisvorsitzende Ralf Wrobel berichtete über die Arbeit des Kreises Schleswig-Flensburg und über den a. o. Landesparteitag in Neumünster. In anschließender Diskussion sprachen sich die Genossinnen und Genossen ihre Solidarität mit Ralf Stegner aus und äußerten ihren Unmut, wie nach der Landtagswahl mit Ralf Stegner umgegangen wurde.

Die Ortsvereinsvorsitzende Anne Marxen berichtete über die Arbeit der SPD in Steinfeld-Ulsnis im vergangenen Jahr. Sie ließ ein ereignisreiches Jahr 2009 auf der Jahreshauptversammlung anhand eines Beamer-Vortrags begleitet von vielen Fotos über die regen Ortsvereinsaktivitäten Revue passieren. Erfreulich waren die regionalen Aktionen der SPD Steinfeld-Ulsnis und der Ortsvereine im Amt Süderbrarup im Super-Wahljahr 2009. Besonders erfreulich zeigte sich die Vorsitzende über das Interesse der Jugend, die als Neumitglieder im Ortsverein Steinfeld-Ulsnis herzlich aufgenommen wurden.

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 18.02.2010, 13:23 Uhr - 3367 Clicks - Nr. 169*

Beschäftigungsverhältnisse sozial gerecht gestalten

Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis am 17. Februar 2010 wurde eine Resolution einstimmig angenommen. Diese spricht sich für eine gerechte Arbeitsverteilung aus und fordert einen zeitnahen Stopp von befristeten Arbeitsverträgen sowie unzumutbare Ausgliederungen und Leiharbeit.
Die schlimmsten Keulen des Spätkapitalismus sind die verheerenden Gestaltungen der prekären Arbeitsverhältnisse. Dazu gehören die hemmungslosen Befristungen, Ausgliederungen und Leiharbeit. Das sind Probleme, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Maulkorb und Fußfesseln anlegen.

Die schwarz-gelbe Koalition verhöhnt mit ihren dumpfen Parolen und ihrem Populismus die Hartz-IV-Empfänger und diejenigen, die von Löhnen leben müssen, die nicht zum Leben reichen. So spricht zum Beispiel die Bundeskanzlerin von einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Tatsächlich ist in den letzten Jahren die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland angestiegen. Dieser Aufschwung am Arbeitsmarkt hat aber vor allem einen Aufschwung prekärer Arbeitsplätze zur Folge gehabt. Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und Minijobs erlebten seit 2005 einen regelrechten Boom. Allein die Zahl der Leiharbeiter in Deutschland hat sich zwischen 2005 und 2008 nahezu verdoppelt. Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich ausgebaut worden. Je nach Definition gibt es heute bis zu 7 Millionen Niedriglohnempfänger, darunter zwischen 3 und 4 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Deutschland hat damit in absoluten Zahlen den größten Niedriglohnsektor in Europa. Statistisch bisher unberücksichtigt bleiben all diejenigen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht mehr vermittelbar sind oder schlicht keinen Anspruch auf staatliche Hilfe haben. Betroffen sind hier z.B. Personen, die durch die Anrechnung von Abfindungen in Unternehmen, Jahrzehnte lang angesparte finanziellen Rücklagen und durch die Hinzuziehung der Berechnung des Einkommens des Ehe- bzw. Lebenspartners keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben. Diese o.g. Personen erhöhen also die bisher bekanntgegebenen offiziellen

Arbeitslosenzahlen um ein vielfaches.
Mit Nachdruck muss die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn durchgesetzt werden. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern gibt es gesetzliche Mindestlöhne gibt es in 20 der 27 EU-Länder. Die meisten westeuropäischen Länder setzen derzeit eine Lohnuntergrenze von mehr als acht Euro. In Luxemburg sind es sogar gut neun Euro. In den vergangenen Jahren haben viele dieser Länder ihre Mindestlöhne spürbar erhöht, während man sich in Deutschland weiter um eine Entscheidung drückt zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern drückt.
Die Jahreshauptversammlung spricht sich dafür aus, dass die AfA Schleswig-Flensburg als auch der AfA-Bundeskongress vom 16. bis 18. April 2010 in Potsdam und der Kreisparteitag SL-FL am 12. Juni 2010 und der Bundesvorstand sich jeweils mit der o.g. Thematik auseinandersetzt mit dem Ziel, diese verheerenden Zustände und Arbeitsverhältnisse sozial gerecht zu regeln.

Keine Kommentare

AG60plus - Kiel - *veröffentlicht am 18.02.2010, 19:40 Uhr - 4448 Clicks - Nr. 170*

Ältere für mehr Chancengleichheit
Ältere für mehr Chancengleichheit
Der Kieler Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels als Gast bei der Jahresmitgliederversammlung der AG60plus Kiel gab eine Übersicht zur aktuellen politischen Situation.

Der Kieler Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels bezeichnete den Weg zur geforderten Kopfpauschale als einen Kniefall der schwarz-gelben Bundesregierung vor der Gesundheitslobby. Anstatt einen Kostenanstieg im Gesundheitswesen zu bremsen und für mehr Wettbewerb zu sorgen, werden die gesetzlich Versicherten zu Bittstellern beim Staat, weil die Pauschale für viele nicht bezahlbar ist.
Des Weiteren sprach er sich vor den Mitgliedern der Kieler SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus im „Legienhof" für den beschlossenen Atomausstieg aus. Es sei ein Unding, der Atomindustrie Milliarden Euro in die Kassen zu spülen, wenn auf der anderen Seite für die Beseitigung skandalöse Zustände im Atomlager Asse lagern.
Die alternde Gesellschaft ist eine Herausforderung mit großen Chancen, die genutzt werden sollten, so der der neu gewählte Vorsitzende Detlef von Schlieben der AG 60plus. Denn nicht nur die Betreuung von gesundem und sicherem Aufwachsen der Enkelkinder und die Zeit in der Familie in der Pflege von Angehörigen, werden von vielen Menschen nicht genügend wahrgenommen! Hier heißt es, so von Schlieben, den demographischen Wandel der heutigen industriellen und technischen Umwelt anzupassen, um menschenwürdig älter werden zu können!
Der neu gewählte Vorstand der Kieler SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Ingrid Jander, Lore Klose, Ingrid Voss, Rolf-Dieter Barth, Bert Giencke, Ernst-Peter Seck, Karl-Hermann Wienecke-Höltje und Erwin Witzel.

Detlef von Schlieben
Kiel, 18. Februar 2010

Keine Kommentare

AG60plus - Stormarn - *veröffentlicht am 19.02.2010, 14:00 Uhr - 2790 Clicks - Nr. 171*

Arbeitsgemeinschaft 60plus geht an die Arbeit

In Glinde gibt es seit Jahren einen erfolgreichen Diskussionstreff 60plus, jetzt trafen sich 19 Interessierte in Bad Oldesloe und gründeten die Arbeitsgemeinschaft 60plus auf Kreisebene. Der Vorstand der neuen Senioren AG setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Jürgen Schneider, seinen Stellvertretern Manfred Wittkowski und Niels Peter Horn, der Schriftführerin Angela Batty sowie den BeisitzerInnen Lieselotte Jürgensen und Ewald Liebe.

Jürgen Schneider: „Unter unseren 19 Gründungsmitgliedern waren zahlreiche Nicht-SPD-Mitglieder, weitere sind willkommen!" Wer Interesse hat und die Einladungen erhalten will, wende sich an Jürgen Schneider Tel.04531/84603 – juergen.schneider@spd-badoldesloe.de.

Keine Kommentare

AG60plus - Stormarn - *veröffentlicht am 19.02.2010, 14:07 Uhr - 2805 Clicks - Nr. 172*

Kein Kaffeekränzchen – Politik und Aktion

Im Rahmen der Gründungsveranstaltung besprach die neue Stormarner AG 60plus auch ihre Vorhaben für 2010. In „bunten Nachmittagen" sollen immer ein Kernthema und ein aktuelles politisches Thema („Der Aufreger des Monats") besprochen werden. Ergänzend dazu sind Ausflüge und Besichtigungen geplant. „Wir wollen aber kein Kaffeekränzchen werden, sondern uns ernsthaft mit Politischen Fragen auseinandersetzen", sagt die SPD-Kreistagsabgeordnete Angela Batty.

Außerdem wird es Zeit für Kulturelles, zum Vorlesen von Geschichten und zum Klönen geben. Auch Alltagsfragen können besprochen werden.
Jürgen Schneider, Vorsitzender der Stormarner AG 60plus: „Auch Nicht-SPD-Mitglieder sind willkommen!" Wer Interesse hat und die Einladungen erhalten will, wende sich an Jürgen Schneider Tel.04531/84603 – juergen.schneider@spd-badoldesloe.de

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 19.02.2010, 18:26 Uhr - 9654 Clicks - Nr. 173*

SPD Rendsburg Eckernförde begrüßt die Weiterentwicklung des Schulsystems

Die Schleswig-Holsteiner Bürgerinnen und Bürger haben sich deutlich für eine Weiterentwicklung unseres Schulsystems entschieden. "Wenn nicht einmal 5% der Wahlberechtigten für den Erhalt von reinen Realschulen sind, dann ist ihre Zeit endgültig abgelaufen", so Sönke Rix, MdB, Kreisvorsitzender der SPD RD-Eck.

Die SPD Rendsburg-Eckernförde freut sich sehr über die bestehende Akzeptanz für die neuen Schulformen. Wie bei der Einrichtung der Gemeinschaftschulen - deren Anzahl zur Zeit schon die der Gymnasien in Schleswig-Holstein übertrifft - haben die Menschen auch hier ein deutliches Votum gegen das 3-gliedrige-Schulsystem abgegeben.

Eine isolierte Schulform wie eine eigenständige Real- oder Hauptschule ist nicht im Sinne der Menschen. Vielmehr wollen gerade die Eltern, dass ihren Kindern alle Möglichkeiten offen stehen, sich optimal zu entwickeln und die Kompentenzen für ihr Leben und ihren Beruf zu erwerben.

"Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Realschullehrerinnen und Realschullehrer nicht mehr gebraucht werden. Wir möchten ihre speziellen Fähigkeiten und Kompentenzen weiterhin zum Wohle der Kinder und Jugendlichen nutzen und in die neuen Schulen integrieren", so Ulf Daude, Mitglied des SPD Kreisvorstandes und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) RD-Eck: "Der Realschulabschluss bleibt auch in den neuen Schulformen als qualifizierter Schulabschluss erhalten. Die Wege dahin werden aber ohne Qualitätsverlust offener.".

Wir werden weiter daran arbeiten, alle Schulen in Schlewig-Holstein zu Gemeinschaftschulen weiter zu entwickeln. Es muss gewährleistet sein, dass auch in ländlichen Regionen für alle Kindern die Möglichkeit besteht, nach der Grundschule auf eine Gemeinschaftsschule zu wechseln. Aus unserer Sicht muss daher mittelfristig in mindestens jedem zweiten Amt eine Gemeinschaftsschule bis Klasse 10 entstehen.

"Warum sollten auch nicht alle Kinder und Jugendlichen die Chance auf eine gymnasiale Ausbildung haben?", ist für Ulf Daude die grundlegende Frage:
"Entscheidet muss die Motivation und Leistungsbereitschaft sein, auf keinen Fall aber der Wohnort oder das soziale Umfeld".

Keine Kommentare

SPD-Wattenbek - *veröffentlicht am 21.02.2010, 18:32 Uhr - 3190 Clicks - Nr. 174*

U3-Betreuung in Wattenbek

Ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot liegt der SPD Wattenbek schon lange am Herzen. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist die Erweiterung des Betreuungsangebotes in der Kindertagesstätte Wattenbek. Künftig sollen auch Kinder unter 3 Jahren betreut werden können. Zwar werden bereits seit 2008 in Wattenbek maximal 4 Kinder mit zweieinhalb Jahren in die Kita aufgenommen, wenn es für die Eltern aus beruflichen gründen notwendig ist. Nun sollen auch jüngere Kinder betreut werden können.

Dazu wird es ab Beginn des Kindergartenjahres 2010/2011 eine altersgemischte Gruppe und eine Krippengruppe geben.

Obwohl die Gemeinde zu dieser Erweiterung des Betreuungsangebotes (noch) nicht verpflichtet

ist, hat sich die Gemeindevertretung aufgrund einer Empfehlung des dafür eingerichteten Arbeitskreises dazu entschlossen, die sog. U3-Betreuung in Wattenbek zu fördern und zeitnah umzusetzen.

Dazu ist es erforderlich, die Kindertagesstätte baulich zu erweitern und für die Jüngsten kindgerecht umzubauen. Auch hierzu hat sich die Gemeindevertretung entschlossen und hat einen Architekten in Zusammenarbeit mit dem interfraktionellen Arbeitskreis mit der Planung beauftragt.

Die SPD Wattenbek ist überzeugt davon, dass dies der richtige Schritt ist, um unsere Gemeinde attraktiver zu machen. Die Zeiten wandeln sich. Eltern benötigen immer häufiger erweiterte Betreuungsmöglichkeiten. Und sei es nur, um sicher zu stellen, dass der Nachwuchs nicht genau mit dem Ende der Elternzeit sofort ganztags in den Kindergarten muss, sondern eine kindgerechte Eingewöhnung möglich ist.
Wir halten diesen Schritt aber auch für notwendig, um unsere Kindertagesstätte langfristig zu erhalten. Bietet Wattenbek keine U3-Betreuung an, werden die Eltern gezwungen, sich im Umland nach geeigneten Betreuungsangeboten umzusehen. Es ist dann jedoch nicht zu erwarten, dass diese Eltern ihre Kinder dann mit Vollendung des dritten Lebensjahres aus dem dann bewährten Angebot herauszunehmen, um es dann in Wattenbek anzumelden. Solche Familien sind dann für die Kita Wattenbek und unter Umständen sogar für die Grundschule Wattenbek "verloren".

Wir sind daher davon überzeugt, dass die Erweiterung der Kita und die Einführung der U3-Betreuung gerade in Zeiten zurückgehender Geburtenzahlen notwendig ist, um die Attraktivität unserer Kindertagesstätte zu erhalten.
Wir wollen damit aber auch unsere Gemeinde ein Stück l(i)ebenswerter machen.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 22.02.2010, 10:13 Uhr - 5801 Clicks - Nr. 175*

DANKE SCHÖN an das TBZ

Am 21.02.2010 bedankt sich der Kreis- und Fraktionsvorsitzende Andreas Hering in der PRIMA SONNTAG:

Das einsetzende Tauwetter wollen wir nutzen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Technischen Betriebszentrums (TBZ) der Stadt Neumünster zu danken!

Sie waren es, die in den vergangenen Wochen Tag und Nacht eine unschätzbare Arbeit für unsere Stadt geleistet haben. Dies zeigt deutlich, dass es gut für Neumünster ist, dass wir das TBZ haben – es leistet einen unersätzlichen Dienst an der Stadt Neumünster und für die Bürgerinnen und Bürger.

Das TBZ leistet im großen Umfang für die öffentliche Versorgung wichtige Dienste. Und zwar vielfach schnell und unbürokratisch, wie es ein privater Betreiber nie tun könnte und würde.

Vielen Menschen ist zum Teil gar nicht bekannt, wie vielfältig die vom TBZ wahrgenommenen Aufgaben sind. Dass die Mitarbeiter des TBZ unsere Straßen reinigen, den Winterdienst machen, den Müll abholen, und dass die Stadtentwässerung beim Klärwerk angesiedelt ist, wissen vielleicht noch viele. Aber dass es MitarbeiterInnen des TBZ sind, die dafür sorgen, dass unsere Parks gepflegt werden und Blumen unsere Innenstadt verschönern, dass sie für die Sauberkeit und Sicherheit auf den Spiel- und öffentlichen Sportplätzen sorgen und den Strand am Einfelder See pflegen, wissen viele sicher nicht. Und ob es ohne die engagierte und tatkräftige Hilfe des TBZ die Holstenköste, die diversen Stadtteilfeste und andere besondere Ereignisse noch gäbe, ist auch völlig offen.

Deshalb wird die SPD Neumünster darauf achten, dass die Stadt auch zukünftig ihren 100-prozentigen Anteil am TBZ behält, also Privatisierungen ausgeschlossen bleiben.

Das TBZ ist als Einrichtung der Daseinsvorsorge für Neumünster unentbehrlich.

Es arbeitet nach Aussage auch vieler Gutachter und interkommunaler Vergleiche sehr wirtschaftlich, was nicht zuletzt mit der sehr engagierten Belegschaft zusammenhängt, die in den vergangenen Jahren die Wirtschaftlichkeit deutlich gesteigert hat.
Kommentar von Gerald Biedermann vom 26.02.2010, 08:29 Uhr:
RE: DANKE SCHÖN an das TBZ
Man sollte diese Würdigung auch gerne einmal öffentlich äussern.Ein Bericht im HC würde sich dafür glänzend eignen.

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 22.02.2010, 11:10 Uhr - 69477 Clicks - Nr. 176*

Schleswig-Holstein sagt Nein zur Wiedereinführung der Realschule!
Zu Medienberichten, wonach das Volksbegehren über die Wiederverankerung der Realschule im Schulgesetz weit unter den erforderlichen 5 % geblieben ist, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Henning Höppner:
Die Schleswig-Holsteiner haben das nur noch vom Realschullehrerverband (VDR) unterstützte Volksbegehren offensichtlich scheitern lassen. Die vorliegenden Zahlen der überprüften und gültigen Unterschriften belegen ganz klar, dass die nötigen Unterschriften von 5 % der Wahlberechtigten auch nicht annähernd erreicht worden sind.

Das heißt, dass nicht einmal mehr die FDP-Wähler für einen Wiedereinstieg in ein zersplittertes Schulwesen zu haben sind. Damit ist auch die Absicht der schwarz-gelben Koalition hinfällig, die Realschule als Angebotsschule wieder im Schulgesetz zu verankern. Wir fordern CDU und FDP auf, ihr erst im Januar durchgepauktes Vorschaltgesetz zur Änderung des Schulgesetzes sofort zurückzunehmen.

Wir Sozialdemokraten fühlen uns darin bestärkt, dass zwei Schularten für die Sekundarstufe I, nämlich Gemeinschaftsschule und Gymnasium, vollauf genügen. Wir hoffen, dass dieses Ergebnis auch nach Hamburg ausstrahlt und man sich auch dort für längeres gemeinsames Lernen entscheidet.
Kommentar von Gerald Biedermann vom 26.02.2010, 08:35 Uhr:
RE: Schleswig-Holstein sagt Nein zur Wiedereinführung der Re
Und warum nicht gleich eine Schulart? Kostendruck und Leistungsdruck gehen Hand in Hand zu Schule.Gibt es keine Menschen mehr, die am Wohl der Schüler Interesse haben und völlig weltfremd unser Bildungsniveau in die Ecke werfen?

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 22.02.2010, 11:55 Uhr - 66754 Clicks - Nr. 177*

Wir wollen Sacharbeit und keine Schmutzkampagnen!

Zu einer FOCUS- Vorabveröffentlichung erklären die stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD Schleswig-Holstein, Andreas Breitner und Bettina Hagedorn:

„Die SPD ist sicher gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes der Auffassung, dass über Politikkonzepte und Zukunftslösungen für Schleswig-Holstein auch kontrovers debattiert werden sollte. Dass dies auch in der Sache hart erfolgt, entspricht demokratischen Gepflogenheiten – dafür steht Ralf Stegner. Er steht für einen klaren politischen Kurs und kann in der politischen Auseinandersetzung ebenso hart austeilen wie einstecken.

Hier aber überschreiten Herr Carstensen und seine CDU-FDP-Landesregierung die Grenze des politischen Anstandes. Diese schmutzigen Tricks sind wir leid!

Wenige Tage nachdem der Landesvorsitzende der CDU in einer öffentlichen Veranstaltung über ein mehr als zwei Jahre zurückliegendes Telefonat zum Zwecke der Rufschädigung Unwahrheiten über Ralf Stegner verbreitet, werden aus der Landesregierung heraus interne Briefwechsel und Halbinformationen den Medien zugespielt, die erkennbar dem Ziel des politischen Rufmords dienen.

Der damit verbundene Versuch, Ralf Stegner zu verdächtigen, er würde sich zu Lasten des Landes persönlich bereichern wollen, ist ehrabschneidend und infam. Diese Methode setzt drauf, dass bei der Massivität der öffentlich geäußerten Vorwürfe immer etwas hängen bleibt.

Offenkundig versucht eine extrem schwache und erfolglose Landesregierung mit allen Mitteln vom eigenen Versagen abzulenken, indem sie den Oppositionsführer durch den Schmutz zieht.

Politisch wird dies nicht gelingen, aber eine solche Kampagne verlässt die zulässige auch harte politische Auseinandersetzung und versucht das persönliche Ansehen von Ralf Stegner zu beschädigen.

Unabhängig davon, dass wir das der Landesregierung politisch nicht durchgehen lassen werden, wird die SPD sich aller rechtlichen Möglichkeiten bedienen, um der Verleumdung durch den Ministerpräsidenten entgegenzuwirken. Was die widerrechtliche Weitergabe personenbezogenen Daten seitens der Landesregierung angeht, behält sich die SPD ausdrücklich rechtliche Schritte vor.

Dass Ralf Stegner in der Sache nichts zu verbergen hat, zeigt seine öffentliche Erklärung vom heutigen Tag."

Zu einer Vorabveröffentlichung des Magazin ‚FOCUS' von heute erklärt der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner:

„1. Mir zu unterstellen, ich wollte mich auf Kosten des Landes Schleswig-Holstein persönlich bereichern, ist empörend. Ein solcher Vorwurf ist infam. Ich habe in den ganzen Jahren meiner Zugehörigkeit zur Landesregierung und als Abgeordneter des Landtages nach bestem Wissen meine jeweiligen Erklärungs-, Ablieferungs- und Versteuerungspflichten erfüllt.

2. Als Finanz- und Innenminister habe ich vom 1. März 2003 bis zum 15. Januar 2008 verschiedenen Gremien angehört, aus denen Nebeneinkünfte neben den Amtsbezügen resultierten. Das galt für die Gremien der HSH-Nordbank, der KfW und für die Vorstandsposition in der Tarifgemeinschaft der Länder.

3. Minister, Staatssekretäre und auch andere Landesbeamte haben nach der Nebentätigkeitsverordnung eine Ablieferungsverpflichtung für alle Nebeneinkünfte, die 5.550 Euro im Jahr überschreiten.

4. Für das Jahr 2003 erhielt ich erstmals zusätzliche Einkünfte aus der Gremienmitgliedschaft, die unter 5.550 Euro lagen.

5. Im Jahr 2004 erhielt ich Vergütungen aus der Gremienmitgliedschaft bei der HSH und der KfW, die in der Summe deutlich über 5.550 Euro lagen und sich teilweise auf die Gremientätigkeit 2003 bezogen.

6. Ich hatte stets wenn solche Einkünfte eingingen Kontakt zu den zuständigen Referaten des Finanz- und Innenministeriums, um meinen Pflichten was Offenlegung, Abführung und Versteuerung angeht vollständig und korrekt nachkommen zu können. Bezogen auf die Gremientätigkeit im Jahr 2003 wurde mir damals gesagt, entscheidend sei nicht das Jahr für das solche Vergütungen gezahlt werden, sondern die Ablieferungspflicht beziehe sich auf das Jahr des Zuflusses. Dem entsprechend wurde ein höherer Betrag an das Land abgeführt.

7. Entsprechend habe ich nach jeweiliger Konsultation in den Jahren 2005, 2006 und 2007 alle Einkünfte angegeben, die entsprechenden Abführungen an die Landeskasse unmittelbar veranlasst und versteuert. Dies galt für die gesamte Zeit bis zum 15. Januar 2008.

8. Für Beträge, die mir danach neben meiner Abgeordnetenvergütung zugeflossen sind, habe ich - ebenfalls nach telefonischer Konsultation mit Mitarbeitern des Finanz- und Innenministeriums – die erforderlichen Erklärungen gegenüber dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages vollständig abgegeben. Darüber hinaus habe ich zugeflossene Entgelte in meiner Steuererklärung für 2008 vollständig angegeben. Sie sind entsprechend versteuert worden.

9. Am 2. Februar 2010 erhielt ich dann ein Schreiben des Staatssekretärs im Innenministerium Dornquast, der unter Bezug auf §10 Abs. 1 und § 9 Abs. 2 der Nebentätigkeitsverordnung nach der Ablieferungsverpflichtung für das Jahr 2007 fragte und um eine entsprechende Erklärung bat.

Ich habe mit Schreiben vom 4. Februar 2010 geantwortet und mein o.a. Kenntnisstand und die bisherige mit den zuständigen Fachleuten mehrmals erörterte Praxis dargelegt. Im Schlusssatz meines Anschreibens wies ich darauf hin, dass ich davon ausgehe, dass damit die Angelegenheit erledigt sei.

10. Auf mein Schreiben vom 4. Februar 2010 ist bisher keine Antwort eingegangen, so dass ich davon ausgehen konnte, dass die Angelegenheit tatsächlich erledigt ist und ich korrekt gehandelt habe.

11. Stattdessen gibt es die Vorabveröffentlichung des Magazin FOCUS, zu der offenkundig aus

der Landesregierung heraus der Briefwechsel beigesteuert worden ist.

12. Da der Briefwechsel teilweise bereits presseöffentlich ist, will ich ihn als Anlage der Öffentlichkeit vollständig zur Verfügung stellen. Ich äußere mich zu solchen Details in der Öffentlichkeit nur, weil Vorwürfe gegen mich erhoben werden, die einen erheblich rufschädigenden Charakter haben.

13. Was abzuführen ist wird abgeführt. Das war immer so und bleibt so. Das gilt für jedes Jahr. Gerade weil mir an absoluter Korrektheit stets gelegen war und ist, habe ich ein Interesse daran, dass mögliche Differenzen in der rechtlichen Bewertung oder der bisherigen Praxis schnellstmöglich ausgeräumt werden können. Sollte das Innenministerium zu einer anderen Auffassung gelangen, als in meinem Schreiben vom 4. Februar 2010 dargelegt, wäre es eine Selbstverständlichkeit, dass mir diese Auffassung unverzüglich schriftlich mitgeteilt wird. Inwieweit sich daraus Folgerungen für weitere Erklärungspflichten meinerseits und ggf. höhere Ablieferungsverpflichtungen und eine damit verbundene Rückerstattung bereits gezahlter Steuern ergeben, entzieht sich derzeit meiner Kenntnis.

14. Ich finde es empörend, dass bei dem dargelegten Verfahrensstand unter Verstoß gegen geltendes Recht aus der Landesregierung ein interner Briefwechsel presseöffentlich gemacht wurde. Dies gilt umso mehr, als damit heftige persönliche Vorwürfe verbunden sind und die Öffentlichkeit Interna und Details dieser Vorgänge kaum nachvollziehen kann."

Download

- Brief Dornquast
- Brief Stegner

Links

- ralf-stegner.de: Persönliche Erklärung zu den Vorwürfen des Focus

Kommentar von Dr. jur. Theodor von Campe vom 24.02.2010, 09:48 Uhr:
RE: Wir wollen Sacharbeit und keine Schmutzkampagnen!
1. Während Stegner, ein Befürworter der geltenden Hartz-4-Gesetze, welche nach einem verurteiltem Straftäter benannt sind und verkündet, hierzu keine "Rolle rückwärts" machen zu wollen, aber auch eben keine "Rolle vorwärts" darstellt, kommt über die Medien heraus, daß er enorme Nebeneinkünfte eingestrichen hat, auf die er, nach eigenem Erlaß, keinen Anspruch hat. Da sind Gelder in einer Höhe geflossen, mit denen Hartz-4-Empfänger über Jahre auskommen müßen. 2. Stegner redet von Mindestlohn. Dabei hat er noch nicht begriffen, daß es zu vielen Menschen darum geht, den Job zu behalten. Bei Wegfall des Weihnachts- und Urlaubsgeld, bei Lohnsenkung. 3. Als Innenminister hat Stegner versagt. Da geht es eben nicht nur um die Kennzeichenüberwachung oder die fehlenden Winterreifen für Polizeiwagen, da geht es auch darum, daß er Termine bei der HSH nicht wahrgenommen hat - aber die Gelder einstrich - und den Unfug in der HSH-Pleite-Bank nicht aufklärte. Andere Organisationen, die vor ähnlichen Zeit- und Überlastungsproblemen stehen bedienen sich dann "externer Revisionäre" die sich kompetent der Dinge beschäftigen und aufklären. Das hätte Stegner, bei allen Terminproblemen machen können und es hätte seine Einnahmen "minimiert". Und niemand hätte "jaulen" können. 4. Da laufen also in Kiel zwei Männer herum, Stegner & Carstensen, die sich darin gefallen, einen Zweikampf auf unterster Ebene zu führen.

Die Interessen der Menschen im Lande bleiben dabei komplett auf der Strecke. Und Carstensen kann nun ungehindert über die Streichung von Kindergeld reden, weil er diese Gelder "zielgerichtet" als Verpflegung in Kindergärten / SChulen einsetzen "könnte", aber nicht muß - und schon gar nicht bei den Kindern welche den Kindergarten nicht besuchen bzw. bis zur Einschulung "auf Null gefahren werden". Die Verpflegung in KITAS / SChule ist übrigens eine Idee der LINKEN ! 5. Bleiben wir noch mal bei Innenminister a. D. Stegner. Er hat es versäumt, die landesbauordnung auf den Kopf zu stellen und überflüssigen Mist zu entrümpeln. Lasst doch, wer möchte, sein Haus isolieren, OHNE bei der bauaufsicht um eine Baugenehmigung betteln zu müßen. Und anstatt "zu verschlafen", daß die HSH-Pleite-Bank Gelder in der Südsee versenkt wäre es sinnvoller gewesen, mit diesen Geldern das Handwerk - durch günstige Darlehn - zu versorgen. Haus-Isolierung, Carport, garage, Einliegerwohnung usw. usw. usw. Das hätte den Vorteil gehabt : - weniger Hartz-4-Ausgaben ! - Beschäftigung ! - Steuereinnahmen ! - Energieeinsparung ! . Der Ball wäre sozusagen "rund" geworden ! . Jeder hartz-4-Bezieher der es versäumt, einen vorgegebenen Termin bei der ARGE usw. nachzukommen handelt sich eine Sperre ein und nagt am Hungertuch ! Die etlichen tausende von Euros von der HSH plus Mehrwertsteuer an Stegner stellten ja nur ein Nebeneinkommen dar. Es ist aber schon an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten, durch die Lande zu ziehen, Hartz-4-gesetze für toll anzusehen, von diesen Beziehern auch noch Mitgliederbeiträge für die SPD einzuziehen und selbst im Geld zu schwimmen, die erforderliche Gegenleistung aber weder selbst noch durch Vertreter erbringen zu lassen.

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 23.02.2010, 12:23 Uhr - 3135 Clicks - Nr. 178*

Bürger fordern erneut: Keine Öffnung der Ringstraße!

Auf einer Bürgerversammlung am 11.02.2010 gab es für die Bürgerinnen und Bürger noch einmal die Gelegenheit gemeinsam mit der Verwaltung über die Planungen zur Verkehrsführung der Hochfelder Landstraße mit Anschluss an die Ringstraße zu diskutieren. Eingeladen hatte der SPD Ortsverein Adelby. 40 Anwohnerinnen und Anwohner des betreffenden Gebietes waren gekommen und machten in der sehr lebhaften Debatte noch einmal deutlich, dass sie sich seitens der Stadtverwaltung hinters Licht geführt fühlen. Anwohner aus Alt-Sünderup erinnerten an die Bürgerinitiative Sünderup (BIS) die seinerseits die Unterschriften aller Bewohner Sünderups an den Oberbürgermeister übergeben hatten, um die Versprechungen der Verwaltung, die Stilllegung der Ringstraße und die Schließung der Dorfstraße einzufordern.

Viele Bauherren der Wohngebiete Sünderup und Hochfeld beklagen, dass die in der Vergangenheit dargestellten Ziele, Schließung Ringstraße sowie Kreisverkehre auf der K8, Gründe für einen Kauf in diesen Wohngebieten gewesen seien. Dass nunmehr weder das eine noch das andere umgesetzt würde, empörte die Anwohner. Sie fühlen sich getäuscht und unter falschen Voraussetzungen dorthin gelockt.

Für die SPD bestätigte sich noch einmal, dass die Stadtplanung hier unzuverlässig handelt. Der Beschluss die Ringstraße stillzulegen, war seinerzeit im Stadtentwicklungsausschuss gefasst und den Bürgerinnen und Bürgern zugesagt worden. Und dennoch schlägt die Verwaltung in ihrer aktuellen Beschlussvorlage einen Vollanschluss der K8 an die Ringstraße vor.
„Durch solche Handlungsweisen haben die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Aussagen der Verwaltung verloren“, sagt Simone Lange, Vorsitzende des Ortsvereins. „Da kann ich gut verstehen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger verdrossen zurückziehen und nicht mehr an die Gestaltungskraft durch Bürgerbeteiligung glauben, wenn am Ende die Verwaltung

doch anders handelt", so Lange weiter.

Die jetzige Vorgehensweise der Verwaltung gründet allein auf die Initiative der Gemeinde Tastrup, die sich mit ihrer Bitte, über die Ringstraße einen direkten Anschluss an Tarup und Engelsby zu erhalten an den Oberbürgermeister gewandt hatte.

Ein Blick auf die Karte zeigt aber, dass die Anwohner Tastrups genauso an das Verkehrsnetz angeschlossen werden und über die Umgehung K8 und Osttangente genauso eine zügige Verbindung nach Tarup hinein erhalten.

Wir erinnern gern an ähnliche Diskussionen als es um die Trassenführung der Osttangente ging. Auch hier befürchteten viele Verkehrsteilnehmer zu große Umwege auf dem Weg in die Innenstadt. Wo man früher von Tarup kommend direkt durch Adelbylund über den Hafermarkt hinweg in die Innenstadt fuhr, nutzt man heute tatsächlich die Osttangente und die Nordstraße. Ein Umweg, aber durch den gegebenen Verkehrsfluss eine zügige Verbindung ohne zeitliche Einbußen.

Der SPD Fraktionsvorsitzende Helmut Trost erneuerte noch einmal die Forderung nach einer T-Lösung im Bereich des Anschlusses K8 – Ringstraße, bei der im Kreuzungsbereich nach Süden abgefahren bzw. von Süden kommend auf die K8 gefahren werden kann, nach Norden jedoch kein Anschluss an die Ringstraße vorgenommen wird.

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 23.02.2010, 18:23 Uhr - 3237 Clicks - Nr. 179*

SPD Reinbek lädt ein zur Mitgliederversammlung am 4. März 2010
Die SPD Reinbek lädt zur ordentlichen Mitgliederversammlung am 4. März 2010 ein. Sie findet ab 19.30 Uhr in der Kantine des Rathauses in Reinbek statt.
Auf der Tagesordnung stehen die brennenden Themen der aktuellen Kommunalpolitik in Reinbek. Der OV-Vorsitzende Klaus-Peter Puls schreibt in seiner Einladung:

Kommunalpolitik 2010: Was will die SPD? -
Sozialdemokratische Eckpunkte / Diskussion und Positionsbestimmung

- Uwe-Plog-Halle: Der nächste Winter kommt bestimmt...
- Holzvogtland: Anfassen oder grün lassen?
- Freizeitbad: Wie verhindern wir, dass die Stadt baden geht?
- Und, und, und ...

Auf spannende und kontroverse Diskussionen kann man gespannt sein, alle Sozialdemokrat/inn/en, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie die Presse sind herzlich willkommen!

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 23.02.2010, 22:13 Uhr - 5686 Clicks - Nr. 180*

Kieler Schuldnerberatung gefährdet!
Zur aktuellen höchst schwierigen Situation der Schuldnerberatung in Kiel:

Gemäß des aktuellen Haushaltserlasses der Landesregierung vom Februar 2010 dürfen zur Zeit nur 50 % der Mittel für die Verbraucherinsolvenzberatung und Prävention von den Beratungsstellen in Anspruch genommen werden. Die andere Hälfte ist gesperrt. Diese Halbierung der Gelder wird zu einer absoluten Belastung der Schuldnerberatungsstellen und gefährdet die Arbeit in höchstem Maße.
Da dieser Schritt im Rahmen der Einsparmaßnahmen des Landes erfolgt, bleibt es völlig offen, ob es zur Zahlung der Gelder in der bisherigen Höhe überhaupt noch kommen wird. Auch Kiel ist mit seiner Schuldnerberatung davon betroffen.

Wenn der Rotstift dort angesetzt wird, wo Menschen aus den roten Zahlen kommen wollen, so ist dies mehr als kontraproduktiv. Die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen ist angesichts einer wachsenden Zahl von Klienten unverzichtbar. Wer in dieser Gesellschaft in die Schuldenfalle gerät, der findet nur schwer den Weg zurück. Wir werden uns deshalb auf Landesebene und im Rahmen der städtischen Möglichkeiten für eine Wiederherstellung der ehemaligen Regelung einsetzen.

Rolf Fischer
Kreisvorsitzender und MdL

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 24.02.2010, 11:46 Uhr - 9168 Clicks - Nr. 181*

Gefahr für den ländlichen Raum!
SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde beantragt Resolution zur Änderung des Sparkassengesetzes

In dem im Landtag zur Zeit vorliegenden Antrag zur Änderung des Sparkassengesetzes sieht die SPD-Kreistagsfraktion erhebliche Gefahren und Nachteile für den ländlichen Raum und die Kommunen.
„Die im Landtag diskutierte Änderung des Sparkassengesetzes würde die Existenz der öffentlich-rechtlichen Sparkassen als unabhängige Institute gefährden und damit erhebliche negative Folgen für eine Versorgung des ländlichen Raumes mit Finanzdienstleistungen, die Finanzierung der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) sowie für die Beschäftigten der Sparkassen zur Folge haben," so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gerhard Gehringer. „Die SPD-Kreistagsfraktion hat daher im Hauptausschuss und Kreistag beantragt, den Landtag eindringlich aufzufordern, von dieser Gesetzesänderung abzusehen."

Die dem Landtag vorgelegte Änderung des Sparkassengesetzes soll vordergründig lediglich eine bis zu 25,1 % limitierte Beteiligung der privatrechtlich organisierten Hamburger Sparkasse an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein ermöglichen. Tatsächlich jedoch hätte diese Änderung durch ihre EU-rechtlichen Auswirkungen eine wahrscheinlich unbegrenzte

Beteiligungsmöglichkeit aller privaten Banken und auch sonstiger Finanzinvestoren (bis hin zu Hedgefonds) an den öffentlich-rechtlichen Sparkassen zur Folge. Damit würde diese bewährte Säule des deutschen Bankensystems mit ihrer besonderen Aufgabenstellung und gemeinwohlorientierten Verantwortung ausgehöhlt und letztlich zum Einsturz gebracht. Es ist zu befürchten, dass nach einer privaten Beteiligung die Geschäfte dann auch in diesem Bereich ausschließlich nach Gewinnmaximierungsgesichtspunkten geführt werden würden.

Auch für den Kreis selbst und die Kommunen wären deutliche Nachteile zu befürchten, da ein erheblicher Teil der kommunalen Kreditversorgung ebenfalls über die öffentlich-rechtlichen Sparkassen erfolgt. Hinzu kommt der zu befürchtende Wegfall der von der Fördesparkasse, aber auch von den anderen öffentlich-rechtlichen Sparkassen, eingerichteten gemeinnützigen Stiftungen und der hier zur Verfügung stehenden Mittel für gemeinnützige Aufgaben, z. B. im kulturellen und sozialen Bereich, aber auch in der Jugend- und Sportförderung.

Gerhard Gehringer
(stv. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde)

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 24.02.2010, 13:55 Uhr - 2857 Clicks - Nr. 182*

SPD lehnt Erhöhung der Elternbeiträge ab.
Die SPD-Ratsfraktion stellt heute dazu im Jugendhilfeausschuss folgenden Antrag:

Eine Elternbeitragserhöhung wird abgelehnt.

Die finanziellen Mittel aus den Ausgleichszahlungen an die Träger der Kindertagesstätten in Flensburg werden in den Pro-Kopf-Zuschuss überführt.
Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses schriftlich darzulegen, inwieweit der Zuschussbetrag dadurch erhöht werden muss und eine entsprechende Beschlussvorlage zu fertigen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 24.02.2010, 17:34 Uhr - 1295 Clicks - Nr. 183*

Glückwunsch an ABK zum 2. Platz bei "Gesa"!
Zum 2. Platz des Abfallwirtschaftsbetriebs Kiel (ABK) beim Innovationspreis "Gesa (Gesundheit am Arbeitsplatz)" erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"SPD, GRÜNE und SSW gratulieren dem Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) zum zweiten Platz des Innovationspreises "Gesa (Gesundheit am Arbeitsplatz)". Diesen zweiten Platz hat der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb für sein Projekt "Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze (SALA)" bekommen. Mit diesem Projekt soll die Fähigkeit der Betriebsbeschäftigten erhalten werden, ihre oft schwere körperliche Arbeit auch bis zur Rente bewältigen zu können. Dazu werden ein ganzheitliches betriebliches Gesundheitsmanagement aufgebaut, praktische

Maßnahmen zur Verbesserung der Ergonomie von Geräten und Fahrzeugen umgesetzt und das ganze Projekt wissenschaftlich von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel begleitet.

Das SALA-Projekt dient der Entwicklung eines professionellen Gesundheitsmanagements und wird sowohl von der Werkleitung als auch von den Vertretungen der Beschäftigten - Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenbeauftragter - getragen. Es ist ein vorbildliches Beispiel moderner Verwaltungsführung, das von SPD, GRÜNEN und SSW unterstützt wird."

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 25.02.2010, 08:49 Uhr - 3090 Clicks - Nr. 184*

Stephan Kienaß zum Bericht des Arbeitskreises Sparkasse

In der Ratsversammlung beleuchtete der SPD-Ratsherr die Aktivitäten des Arbeitskreises, arbeitete heraus, welche Möglichkeiten er hatte und erläuterte einige der Ergebnisse. Stephan Kienaß führte in seiner Rede unter anderem aus (Auszüge):

Der Arbeitskreis hatte die Aufgabe, die Umstände zu untersuchen, die zu der finanziellen Situation der Flensburger Sparkasse im Herbst 2007 geführt haben.
Er war kein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, mit weitgehenden Rechten, wie Akteneinsicht oder Vorladungsrecht. Es war auch nicht seine Aufgabe, strafrechtliche Untersuchungen durchzuführen, dies war und ist Sache der Staatsanwaltschaft. Schon sehr früh mussten wir uns in der Arbeitsgruppe auf das Mögliche begrenzen, nämlich auf die Frage, wie die Entscheidungswege zur Kreditvergabe waren. (...)
Falsch ist die Behauptung, der Arbeitskreis sei auf eine Mauer des Schweigens gestoßen. Alle Befragten haben umfassend, unter Berücksichtigung des Datenschutzes, ausgesagt. Geschwiegen haben nur diejenigen, die ihre Erkenntnisse ausschließlich über die Presse publizieren.

Folgende Erkenntnisse hat der Arbeitskreis gewonnen: Die Entscheidung über Großkredite trifft allein der Kreditausschuss, nachdem diese von Sachbearbeitern überprüft und vom Vorstand zur Vergabe empfohlen wurden. Dem Verwaltungsrat steht es zum keinen Zeitpunkt zu, sich in die Kreditvergabe einzumischen, es wäre auch nicht möglich, einen Kredit zu stoppen. Festgestellt wurde, dass der Verwaltungsrat ab 2001 eine Risikobegrenzungsstrategie hatte und somit durchaus seinen Pflichten nachkam.

Ingesamt kann die Arbeitsgruppe keinen konkreten Vorwurf gegen Einzelne oder gegen Gremien erheben, weil eine Bewertung von Entscheidungen von vor 13 Jahren mit den Erkenntnissen von heute nicht seriös möglich ist, denn hinterher ist man immer schlauer. (...)

Die Ratsversammlung muss in die Aufsichts- und Verwaltungsräte Vertreter entsenden, die die Leidenschaft und das Interesse haben, sich für ihre Aufgaben zu qualifizieren. Im Verwaltungsrat der Sparkasse können nicht die Vertreter der Flensburger Kreditwirtschaft, bei den Stadtwerken nicht Vertreter der Energiewirtschaft, bei den Friedhöfen nicht die Bestatter die Interessen der Stadt Flensburg vertreten. (...)

Wenn es auch nicht am Willen oder der Aussagebereitschaft von handelnden Akteuren fehlte, ist eine solche Arbeitsgruppe kein geeignetes Instrument, um solche komplexen Vorgänge zu erhellen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 25.02.2010, 09:56 Uhr - 8992 Clicks - Nr. 185*

Der Nutzen der namentlichen Kennzeichnung ist zweifelhaft

Wenn man die Begründung für den Gesetzentwurf liest, könnte man glauben, dass die schleswig-holsteinische Polizei, auch unter rot-grüner Verantwortung, bisher als „anonyme Staatsmacht" aufgetreten sei. Die GdP weist zu Recht darauf hin, dass es Dienstausweise, Visitenkarten und empfohlene freiwillige Kennzeichnung längst gibt.

Die Polizei in Schleswig-Holstein hat einen ausgesprochen guten Ruf. Einer der Gründe ist sicher auch das Konzept der Bürgerpolizei des sozialdemokratischen ehemalig

Abgesehen davon, dass nicht alles, was in der autonomen Szene als „Übergriff" gewertet wird, objektiv auch einer ist, steht es doch außer Frage, dass es in Einzelfällen auch Übergriffe gibt. Die Probleme bei der Verfolgung dieser Übergriffe entstehen aber nicht etwa durch die mangelnde Identifizierbarkeit der betroffenen Beamten, sondern entspringen unter anderem einem falsch verstandenen Kameradschaftsgeist bei der Abgabe von Zeugenaussagen. Daran würde übrigens ein Namensschild nicht das Geringste ändern.

Noch am 28. März des letzten Jahres erklärte der damalige Staatsekretär Lorenz, dass der Landesregierung kein einziger Fall bekannt sei, bei dem eine Identifizierung von Einsatzkräften der schleswig-holsteinischen Polizei, (und nur über diese reden wir hier heute) im Nachhinein nicht möglich gewesen wäre. Im Übrigen tragen Einheiten beigeschlossenen Einsätzen eine Rückenkennung und der Einheitsführer trägt die Verantwortung für seine Gruppe. Intern sind die Beamten sehr wohl identifizierbar, aber natürlich nicht für jeden Ausstehenden und das hat gute Gründe:

Polizeibeamte haben es halt nicht nur mit netten Menschen zu tun, die z. B. ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen. Sie sind in einigen Gruppen ein regelrechtes Feindbild. Polizeibeamte werden angegriffen und verfolgt, nur weil sie Polizeibeamte sind, und zwar bis ins Privatleben hinein. Und das sind keine fiktiven bzw. Einzelfälle. Erst vorgestern wurden mir bei einem Besuch meines heimischen Polizeireviers entsprechende Vorgänge geschildert. Sie werden angegriffen, weil sie sich für uns bei Durchsetzung der Gesetze exponieren, die dieses und andere Parlamente beschließen. Dieses wird uns sicher noch beim Thema Gewalt gegen Polizeibeamte in einer der nächsten Sitzungen beschäftigen.

Natürlich würde es den gewaltbereiten Gruppen leichter fallen, unsere Polizeibeamten unter Druck zu setzen, wenn sich mit wenigen Fotos von geschlossenen Einsätzen ganze Dossiers im Internet einrichten ließen. Demonstrationssprüche wie (ich zitiere): „Bullenschwein wir kriegen dich - Übergriffe rächen sich" oder „Kein Vergeben - Kein Vergessen, Bullen haben auch Adressen" lassen jedenfalls nicht wirklich vermuten, dass es diesen Gruppen um eine geordnete, rechtsstaatliche Verfolgung polizeilicher Übergriffe ginge.

Hier mögen die Antragsteller doch einmal gründlich darüber nachdenken, ob sie wirklich in Kauf nehmen möchten, dass die Umsetzung ihrer Forderung auch erhebliche Konsequenzen für die Beamtinnen und Beamten und deren Familien haben

können. Geschlossene Einsätze der Polizei, und über die reden wir hier eigentlich, finden nicht nur anlässlich von Demonstrationen statt. Die Bereitschaftspolizei wird zunehmend auch in Bereichen eingesetzt, z.B. bei der Auseinandersetzung verfeindeter Rockergruppen, in denen eine massive Gefährdung einzelner Beamter nicht ausgeschlossen werden kann.
Abschließend möchte ich den Antragsstellern noch den Hinweis geben, dass es nicht nur ein Gebot der Höflichkeit gewesen wäre, vorher einmal mit den Betroffenen über diesen Gesetzentwurf zu sprechen, auch hier muss ich der GdP Recht geben. Es wäre vor allem ein Zeichen der politischen Klugheit gewesen, da ein ähnlicher Vorschlag gerade vom Berliner Gesamtpersonalrat der Polizei einstimmig abgelehnt worden ist. Gemäß einem Beschluss des Bundesarbeitsgerichtes vom 11. 6. 2002 (Az. 1 ABR 46/01) ist die namentliche Kennzeichnung nämlich mitbestimmungspflichtig. Spätestens dann müssten Sie den Betroffenen erklären, warum Sie unbedingt eine namentliche Kennzeichnung einführen und dafür aber eine zusätzliche Gefährdung, mindestens aber eine große Verunsicherung unserer Polizeibeamten in Kauf nehmen wollen. Es gab in Schleswig-Holstein bisher nicht einen einzigen nachgewiesenen Fall, bei dem eine Kennzeichnung bei der Verfolgung von Übergriffen einen Zusatznutzen gebracht hätte.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 25.02.2010, 11:30 Uhr - 10034 Clicks - Nr. 186*

Ostseeparlamentarierkonferenz
Thönnes erneut Leiter der Bundestagsdelegation

Im Rahmen der Konstituierung des Deutschen Bundestages wurde SPD-MdB Franz Thönnes (Wahlkreis Segeberg – Stormarn - Nord) erneut zum Leiter der 5-köpfigen Delegation des deutschen Parlaments in der Ostseeparlamentarierkonferenz gewählt. Sein Stellvertreter ist CDU-MdB Dr. Johannes Wadephul (Wahlkreis Rendsburg – Eckernförde).

Thönnes führt bereits zum dritten Mal die Berliner Delegation in der jährlich mit 130 Parlamentariern aus allen Ostsee-Anrainer Staaten stattfindenden Konferenz an. Seit 2002 ist der SPD-Politiker damit auch Mitglied im Ständigen Ausschuss, dem Leitungsgremium der Konferenz. Neben der Stärkung der gemeinsamen Identität der Ostseeregion hat die Parlamentariertagung auch die Aufgabe politische Maßnahmen zu initiieren und zu begleiten sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und der Zivilgesellschaft zu begleiten. Sie ist das parlamentarische Gegenstück zum Ostseerat, dem Kooperationsgremium der Regierungen der Ostseeanrainer-Staaten.

Neben Russland ist Deutschland das größte Ostsee-Küsten-Land. Thönnes: „Dies bringt für uns sowohl Verantwortung als auch eine Vielzahl von Interessen im Rahmen der Ostseepolitik mit sich. Dies gilt insbesondere für uns Schleswig-Holsteiner." So gelte es dafür zu kämpfen, dass die Ostsee sich nach und nach von einem der am stärksten verschmutzten Meere wieder zu einem sauberen Gewässer entwickele. Gerade hier stehe die zügige Umsetzung des HELCOM-Aktionsplanes, insbesondere die Reduzierung der Einleitung von Nährstoffen in das Meer, auf der Tagesordnung. Auch gehe es angesichts des wachsenden Seeverkehrs darum die

Schiffssicherheit sowie die Erfüllung der Umweltstandards, egal unter welcher Flagge gefahren werde, zu gewährleisten. „Deshalb fordern wir die Einführung eines satellitengestützten Systems zur Überwachung der Verkehrsbewegungen und Emissionen der Schiffe", so Thönnes. Dazu gehöre ebenso die landgestützte Stromversorgung für Fracht- und Passagierschiffe in den Häfen. Aus wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Gründen müsse der Blick auch stärker auf Schiffbau, Hafenwirtschaft Logistik und maritime Technologien gelegt werden. Für Grenzpendler in grenzüberschreitenden gemeinsamen Arbeitsmärkten wie zwischen Sønderjylland und Schleswig/Flensburg sind klare soziale Absicherung und Beratung zu gewährleisten.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die neue Ostseestrategie der Europäischen Union, die mit einer Vielzahl von grenzüberschreitenden Projekten versuche die Entwicklung der Region in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und sozialer Gestaltung zu fördern, um sie zu einem attraktiven Ort für Investitionen, Arbeit und Leben zu machen. Dazu gehört unter anderem das „Baltic Sea Labour Network" (BSLN) mit 26 Partnern aus 9 verschiedenen Ländern. Mit dabei sind hier neben anderen Organisationen auch der Arbeitgeberverband Nordmetall und der DGB Nord. Gemeinsam arbeitet man an der Entwicklung eines sozialen Dialoges, der Förderung der Arbeitsmarkt-Mobilität sowie einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in der Region. Thönnes: „Wir wollen eine wirtschaftlich wettbewerbsfähige und sozial starke Ostseeregion."

Die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz wird am 29. und 30. August 2010 in Mariehamn auf den Åland-Inseln stattfinden.

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 25.02.2010, 13:35 Uhr - 60620 Clicks - Nr. 187*

"Überfischung stoppen!"
Radikale Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik unerlässlich

Brüssel: Das Europäische Parlament hat am Donnerstag eine erste Resolution zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik verabschiedet. Mit dieser Abstimmung bezieht das Parlament erstmals Position zu dem Reformprozess, der bis 2013 abgeschlossen sein muss. Durch den Lissabon-Vertrag wird das Europäische Parlament zukünftig über die zentralen Fragen der Fischereipolitik mitentscheiden.

Die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Ulrike Rodust begrüßte das Abstimmungsergebnis: „Dies ist ein guter Tag, weil wir deutlich gemacht haben, dass die Gemeinsame Fischereipolitik umfassend überarbeitet werden muss. Angesichts des desolaten Zustands unserer Meere haben wir in den nächsten Jahren viel Arbeit vor uns." Die schleswig-holsteinische SPD-Politikerin unterstrich, dass das Ergebnis aus deutscher Sicht

positiv sei, da das Parlament das Prinzip der relativen Stabilität (d.h. eine gleich bleibende nationale Zuteilung der Fangrechte auf Basis von historischen Fangzahlen) nicht in Frage stellt. „Es ist uns gelungen gegen den massiven Widerstand südeuropäischer Abgeordneter einen anständigen Kompromiss zu erarbeiten, der den Interessen der deutschen Fischer stark entgegen kommt", so Rodust.

Die Sozialdemokratin betonte, dass ihre Fraktion wichtige Abstimmungserfolge feiern konnte: „Wir haben unterstrichen, dass zu den zentralen Problemen die vielerorts noch vorhandenen Flottenüberkapazitäten zählen und konnten uns damit gegen die Konservativen durchsetzen." Rodust machte außerdem klar, dass die EU weltweit Verantwortung für den Schutz der Fischbestände habe: „Wir können nicht bei uns zu Hause die Meere schützen und dafür die Gewässer der Entwicklungsländer leer fischen. Aus Sicht vieler konservativer Kollegen im EP haben wirtschaftliche Interessen Vorrang vor den Bedürfnissen der Menschen. Das ist nicht in Ordnung."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 25.02.2010, 13:56 Uhr - 11108 Clicks - Nr. 188*

SPD-Kreisverband fährt nach Berlin
Vom 7. bis 9. Mai 2010 veranstaltet der SPD- Kreisverband Rendsburg-Eckernförde wieder eine Busfahrt nach Berlin.

Die Kosten für diese Fahrt belaufen sich auf € 179,00 pro Person. In diesem Betrag sind enthalten:
• Bustransfer von Eckernförde, Rendsburg und Nortorf nach Berlin und zurück
• 2 Übernachtungen im Doppelzimmer mit Frühstück (Einzelzimmerzuschlag € 49,00) im Hotel „Ludwig van Beethoven" (www.hotel-ludwig-van-beethoven.de)
• Stadtrundgang „rund um das Brandenburger Tor"
• Besuch des Bundesrats
• Besuch des Berliner Abgeordnetenhauses
• Besuch des Reichstags mit Sönke Rix, MdB
• Intensive Stadtrundfahrt
• Fahrt nach Potsdam
• Führung im Schloss Cecilienhof (fakultativ)
• eine Reisebroschüre

Neben dem Programm bleibt aber auch Zeit zur Eigenerkundung von Berlin, zum Besuch von Museen oder Theateraufführungen.

Die Abwicklung, Betreuung und Durchführung dieser Fahrt liegt wieder in den bewährten Händen der Berliner DIENSTWERKER, hinter denen sich die langjährige MdB des Kreises - Ulrike Mehl - „verbirgt"

Für die Fahrt gibt es noch freie Plätze. Wer sich jetzt entscheidet, hat gute Chancen mitzukommen.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 19. März 2010 bei
Heidrun Isolt
Admiral-Scheer-Str. 6
24340 Eckernförde
Tel. 04351 – 83226
E-Mail. dienstwerker@web.de
anzumelden.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 26.02.2010, 09:21 Uhr - 76487 Clicks - Nr. 189*

Zugang zur modernen Wissens-und Informationsgesellschaft sichern
Sandra Redmann und Detlef Buder: Nicht alles, was die Landesregierung derzeit tut, ist schlecht. Das gilt aus meiner Sicht für die Breitbandstrategie des Landes, die von der Landesregierung auch in unserer Regierungsverantwortung unterstützt und moderiert wurde. Das wird auch nicht durch den vorliegenden „Jubelberichtsantrag" der Regierungsfraktionen entwertet.

Der Zugang zur modernen Wissens- und Informationsgesellschaft ist ohne die Breitbandtechnologie nicht vorstellbar. Die leistungsfähige Breitbandinfrastruktur gehört wie der Zugang zu Strom und Wasser zur Basisinfrastruktur für die Menschen und Unternehmen in der ganzen Welt. Während derzeit die Grundversorgung im Breitband von mindestens 1 Mbit/s in den meisten Städten und Ballungsräumen vorhanden ist, sind mindestens 300 Gemeinden überwiegend im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins noch nicht ausreichend versorgt. Für private Anbieter lohnt sich in diesen Bereichen der Aufwand nicht, es ist daher staatliche Aufgabe, hier die Entwicklung in Schwung zu bringen. Wichtig ist es aber, die „Marktspielregeln" einzuhalten, weil sonst möglicherweise aus Sicht der EU-Kommission eine Wettbewerbsverzerrung eintreten könnte.

Kurzfristig soll bis Ende 2010 eine flächendeckende Grundversorgung mit Breitbanddiensten von mindestens 1 Mbit/s für 99 % der Bevölkerung erreicht werden. Dies alleine ist auch angesichts der nur gering zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen schon ein anspruchsvolles Ziel, das wohl kaum zu diesem Datum zu erreichen sein wird. Die Ansprüche an die Übertragungsgeschwindigkeit im Breiband steigen jedoch ständig. So ist parallel schon das langfristige Ziel gesteckt, bis 2020 eine flächendeckende Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsnetzen von mindestens 100 Mbit/s sicher zu stellen. Dies ist nur durch ein flächendeckendes Glasfasernetz zu erreichen.

Wir haben uns in unserem Fraktionsfacharbeitskreis bereits den heute beantragten Sachstand geben lassen. Der breite und pragmatische Ansatz ist aus unserer Sicht richtig und verdient weiterhin der Anerkennung für das Engagement der kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium.

Angesichts der Tatsache, dass 70% aller Kosten bei der Verlegung von Leitungen Tiefbaukosten sind, begrüßen wir insbesondere die nun mögliche Landes-Förderung für die Kommunen im ländlichen Raum mit bis zu 75%. Zusammen mit der Anhebung des Förderhöchstbetrages von 200.000 auf 500.000 € und der Neudefinition der unterversorgten Gemeinden müssen nun schnell konkret die Maßnahmen zur Verbesserung der Breitbandversorgung beginnen. So

können hoffentlich bald die letzten weißen Flecken im Versorgungsatlas, die „letzten Täler der Ahnungslosen" auf der Karte Schleswig-Holstein verschwinden.
Kommentar von Gerrit..... vom 11.03.2010, 19:53 Uhr:
RE: Zugang zur modernen Wissens-und Informationsgesellschaft
und wann wird es in osterrönfeld soweit sein? bei einer download rate von 40 kb/s ist das hier nicht grad berauschend mfg

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 26.02.2010, 15:44 Uhr - 2591 Clicks - Nr. 190*

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD Flensburger Mitte

Am Mittwoch, den 03. März um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Flensburger Mitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein", Norderstr. 98 ein.

In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - *veröffentlicht am 27.02.2010, 09:38 Uhr - 3435 Clicks - Nr. 191*

Viele Ideen für Blücherplatz – Bürgerwerkstatt ein großer Erfolg

Am 26.02. fand die Bürgerwerkstatt zur Gestaltung des Blücherplatzes statt. Etwa 70 interessierte Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit im Wissenschaftszentrum, um Ideen für die Nutzung und Gestaltung des Blücherplatzes zu diskutieren.
Auf große Kritik stieß dabei die bestehende Planung, dass das historische Kopfsteinpflaster in Esmarchstraße entfernt werden soll. Hintergrund ist, dass in diesem Bereich Gelder aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung für den Lärmschutz verbaut werden. Die Bürgerinnen und Bürger bedauerten insbesondere, dass dadurch, eine der letzten erlebbaren historischen Straßenachsen in Kiel zerstört würde.
Im Zentrum der Ideen für den Blücherplatz stand jedoch insbesondere die Verbesserung der

Aufenthaltsqualität des Platzes. Einigkeit herrschte etwa darüber, dass die „Toilettenbude" abgerissen werden sollte und in der Nähe des Spielplatzes ein Cafe mit WC-Anlage errichtet werden müsste. Zudem solle der Platz mit Bäumen und Bänken ausgestattet werden. Auch das Thema Parkraum und Marktplatz spielte eine zentrale Rolle. So wollen die Bürger auch weiter über die Realisierung einer Tiefgarage unter dem Platz nachdenken.

Weiter wurde angeregt, dass die Einzelhändler und Marktbeschicker gemeinsam eine Marketingstrategie entwickeln, um die Marke „Blücher" als Erlebniseinkaufszentrum weiterzuentwickeln. Auch für Feste und kulturelle Veranstaltungen sollte der Platz in Zukunft stärker genutzt werden.
Der SPD Ortsverein Kieler Mitte wird die Diskussion weiter begleiten und freut sich über die rege Beteiligung der Anwohner und Gewerbetreibenden im Stadtteil. Es wird interessant, wie die Verwaltung den Impuls nun weiter diskutiert und konkrete Planungsentwürfe vorlegt. Im Ortsbeirat Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook wird die Dokumentation der Ergebnisse in einigen Monaten präsentiert werden und über weitere Schritte beraten werden.

http://www.bluecherplatz-kiel.de/

Keine Kommentare

SPD-Kropp - *veröffentlicht am 27.02.2010, 17:19 Uhr - 3043 Clicks - Nr. 192*

Unterwegs als Wahlbeobachter

Joachim Tschesch unterwegs in der Ukraine als Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
Die OSZE schickt jedes Jahr viele ehrenamtliche Wahlbeobachter in unterschiedliche Regionen, um sich über den jeweiligen Ablauf der Wahl einene Überblick zu verschaffen.
Joachim Tschesch war im Januar und Februar 2010 jeweils 10 Tage im Zuge der Präsidentenwahlen in der Ukraine und schon vorher in Georgien, Tadschikistan und in der Republik Moldau als Wahlbeobachter der OSZE eingesetzt.
Über seinen Einsatz als Wahlbeobachter wird Joachim Tschesch am
Mittwoch, 17.03.2010 um 19:00 Uhr
im Veranstaltungszentrum Rosengarten
Rheider Weg 7, 24848 Kropp
Veranstalter: Soldatenkameradschaft Kropp e. V.
mit seinem Vortrag "Unterwegs als Wahlbeobachter" berichten.
Hierzu sind alle herzlich eingeladen.
Freut Euch auf einen sehr informellen, hoch aktuellen und spannenden Vortrag.
In Absprache mit Herrn Tschesch soll dieser Abend eine Benefizveranstaltung sein. Gegen eine Spende ist aber nichts einzuwenden. Die Spende wird dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zur Verfügung gestellt.
Für weitere Planung ist es wünschenswert, die Teilnehmerzahl vorab dem 1. Vorsitzenden der Soldatenkameradschaft Kropp e. V. Klaus Liedtke (liedtke-kropp@t-online.de) mitzuteilen.

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 27.02.2010, 18:39 Uhr - 6185 Clicks - Nr. 193*

Neue Wege sind nötig
Zur Demonstration vor dem Landeshaus zum Erhalt der Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein:

„Wir benötigen dringend eine Phase der Planung, damit die Theaterfinanzen die Künstler auf hohem Level ihre Arbeit fortsetzen können. Deshalb ist die Dynamisierung der FAG-Mittel für drei Jahre ein Schritt, der Zeit für eine notwendige und umfassende Beratung bringt.
Ich weise angesichts der engen kommunalen Haushaltslage noch einmal daraufhin, dass wir alle Möglichkeiten der Einnahmesteigerung prüfen müssen. Ich wage zu bezweifeln, ob wir auf Dauer ohne „Kultureuro" auskommen, wenn wir das aktuelle Niveau halten wollen", so Rolf Fischer für das „SPD-Kulturforum Kiel".

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 27.02.2010, 20:14 Uhr - 2467 Clicks - Nr. 194*

WilhelmTel Ein Meilenstein für Quickborn
Wir haben uns seit Jahren für wilhelm.tel in Quickborn eingesetzt, speziell als neuen Geschäftszweig der Stadtwerke GmbH. Der Weg war steinig, jetzt haben wir eine Lösung, die von allen Parteien gestützt wird. Das freut uns umso mehr. Es liegt jetzt an uns, dass wilhelm.tel auch in Quickborn zum Erfolgsmodell wird.
Meilenstein für Quickborn

Die Ratsversammlung hat am 2. November 2009 mit großer Mehrheit grünes Licht für wilhelm.tel in Quickborn gegeben.

In Kooperation mit der Norderstedter Gesellschaft "wilhelm.tel" wird Quickborn ein flächendeckendes Breitbandnetz aufbauen und die Produkte "wilhelm.tel" vertreiben.

Wir, die SPD-Fraktion, begrüßen die Entscheidung und freuen uns, dass den Quickbornern damit ein schnelles Daten- und Telefonnetz, Fernsehen und Video aus einer Hand angeboten wird. Verschiedene Wohnungsunternehmen haben schon nachgefragt, die Wohnwertqualität wird sich in Quickborn erheblich steigern und Wirtschaft und Handel kann auf schnelle Hochgeschwindigkeits-Autobahn zurückgreifen, bis zu 100 Mbits/sec. Das wird den Standort Quickborn stärken.

Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte unserer Pressemitteilung vom 31.07.2008

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 27.02.2010, 20:24 Uhr - 2874 Clicks - Nr. 195*

QUICKBORNS CDU SPIELT VERRÜCKT
Will die CDU den Character der Quickborner Heide umkrempeln? Hin zu größerer Ausnutzung der grossen Grundstücke, zu Mehrgeschossbauten und zu mehr Wohneinheiten pro Grundstück? Wandel der Waldsiedlung in eine Hochhaussiedlung? Die SPD Quickborn warnt

und empfiehlt erhöhte Wachsamkeit.
QUICKBORNS CDU SPIELT VERRÜCKT

Es ist schon ein unglaublicher Vorgang, der sich in der Quickborner Heide abspielte. Die Stadt Quickborn, vertreten durch Bürgermeister Köppl, lädt betroffene Anwohner der Quickborner Heide zu einer Bürgerveranstaltung ein. Betroffen sind überwiegend die Bürger des sogenannten „Waldviertels".

Ziel dieser Bürgerveranstaltung ist die Information über die Aufstellung eines Bebauungsplanes. Ein durchaus üblicher Vorgang, wenn es in der Heide nicht einen CDU-Ratsherrn geben würde, der Verrat witterte.

Ratsherr Hermanns - von der Heide (CDU-Fraktion) hat mit Datum vom 04. Februar 2010 ein Flugblatt an alle Betroffenen verteilt. In diesem Blatt schreibt er u.a.:

„ Es geht um die Einschränkung Ihrer Rechte bei der Nutzung Ihres Vermögens."

Er fordert die betroffenen Bürger auf, im Rahmen der angesetzten Bürgeranhörung „ der Verwaltung deutlich ihre Meinung zu sagen!"

Das ist harter Tobak!!

Fassen wir zusammen, was Ratsherr Hermanns – von der Heide möchte:

- Grössere Ausnutzung der grossen Grundstücke
- Mehrere Geschosse
- Mehrere Wohneinheiten pro Grundstück

Dies bedeutet, dasz der Charakter der Quickborner Heide als Waldsiedlung einer Hochhaussiedlung weichen soll. Dann stehen in der Quickborner Heide neben den ortstypischen Kiefern vereinzelt deutlich höhere Gebäude und diese neben Einfamilienhäusern??

Ist das die neue Zielrichtung des Städtebaus der CDU? Keine Rücksicht auf gewachsene Strukturen?? Maximale Profitorientierung für die Grundstücks-eigentümer?

Nach diesem populistischen Aufruf wollten viele betroffene Bürger an der Veranstaltung teilnehmen, jedoch „platze der Raum aus allen Nähten!" Die Veranstaltung wurde auf den März 2009 - dann aber im größeren Rahmen - verschoben.

Katastrophal ist das Bild, welches der CDU-Ratsherr sowie die Quickborner CDU hier abgeben. Es wird mit plumpen Parolen zum Protest aufgerufen. Die Zielrichtung der CDU kann nicht ernst gemeinte städtebauliche Politik sein. Diese aufgestellten Forderungen gehen weit über das Ziel hinaus und sind in keiner Weise mit den dort lebenden Menschen, mit der Landschaft und mit den Zielen unserer gemeinsam erarbeiteten Planungen der Quickborner Heide in Einklang zu bringen.

Amüsant ist, dasz der Bürgermeister Köppl von seinen eigenen Leuten aus der CDU-Fraktion angegriffen wird. Üblicherweise stimmen sich die CDU-Fraktion und der Bürgermeister regelmäszig ab. Hier jedoch will die Fraktion wohl gegen Ihren Bürgermeister ein eigenes

„Süppchen kochen"!!

Müssen wir uns Sorgen um den Zustand der Quickborner CDU und Ihrem Bürgermeister machen???

Kommentar von Uwe Schell vom 04.04.2010, 21:54 Uhr:
RE: QUICKBORNS CDU SPIELT VERRÜCKT
Liebe Leute von der SPD, es sollte auch der SPD klar sein, dass die von Herrn von der Heide in seinem kurz vor der geplanten Veranstaltung in der Waldschule in keinem einzigen Punkt der Position der CDU bei diesem Thema wiedergibt. Es ist eine rein persönliche Einzelmeinung ohne Rückhalt durch die Fraktion. Derartige Fundamentalabweichungen sollen ja gelentlich auch in anderen Fraktionen vorkommen. Allerdings hat die CDU unmittelbar nach der Veranstaltung für entsprechende Klarstellungen gesorgt, so dass die vorliegende Presseerklärung eigentlich nur als üble Nachrede gewertet werden kann, die zeigt, auf welche Weise und mit welchen Methoden die SPD die Meinung der Bürger in der Heide beeinflussen will. Bei einem solchen Vorgehen muss man sich Deshalb nur Sorgen um die Sorgen um die Wahrnehmung der SPD zu machen, zumal die Initiative zur zur Erarbeitung eines Konzeptes zur Erhaltung des waldartigen Charakters der Heide durch die Verwaltung von der CDU ausgegangen ist. Hierzu bedarf es also keiner Nachhilfe. Der inhaltliche Beitrag der SPD hierzu war bisher gleich Null! Uwe Schell ehem. Planungaausschussvorsitzender

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 28.02.2010, 10:50 Uhr - 3661 Clicks - Nr. 196*

AfA SL-FL solidarisiert sich mit den Busfahrern
Die AfA Schleswig-Flensburg unterstützt die Forderungen in der Tarifauseinandersetzung der Busfahrer zur Angleichung der Löhne und Gehälter auf dem Niveau im übrigen Busgewerbe. Die AfA Schleswig-Flensburg verurteilt das Taktieren auf Arbeitgeberseite und wünscht allen Betroffenen bei ver.di viel Erfolg bei den Tarifauseinandersetzungen und den Streikenden viel Durchhaltevermögen und Kraft.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 28.02.2010, 12:51 Uhr - 9956 Clicks - Nr. 197*

Hans Peter Robin: Altersarmut verhindern
Anlässlich der heutigen Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung erklärt der Kreisvorsitzende der AG SPD 60 plus Hans Peter Robin:

Auf zu viele künftige Rentner wartet ein Leben in Armut. Besonders in den neuen Ländern droht mittelfristig eine starke Zunahme der Verarmung im Alter, wobei auch viele Rentner in Westdeutschland im Alter mit einer geringen Rente auskommen werden müssen.

Wir müssen diesen Entwicklungen gegensteuern. Gute Arbeit und Mindestlöhne sind die wichtigsten Instrumente zur Vermeidung späterer Altersarmut. Deshalb fordern die SPD-Seniorinnen und Senioren die Einführung von Mindestlöhnen.

Dafür ist es notwendig, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition sich endlich bewegt und ihre Blockadepolitik beendet. Rentensteigerungen sind unmittelbar mit der Entwicklung des

Lohnniveaus verbunden - steigende Löhne bedeuten steigende Renten.

Eine angemessene Alterssicherung ist angesichts unsteter Erwerbsverläufe und niedriger Löhne nicht mehr selbstverständlich. Notwendig ist auch, die Höhe der Grundsicherung einer Überprüfung zu unterziehen. Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus wird auch aus Solidarität mit den Perspektiven der jüngeren Generation konstruktiv alle Initiativen begleiten, die vor Altersarmut schützen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 28.02.2010, 15:01 Uhr - 3937 Clicks - Nr. 198*

Gegen das Vergessen - Stormarner Kreistagsfraktion im Archiv

Die Kreistagsfraktion begab sich im Rahmen der Fraktionssitzung am 14.01.2010 in die Vergangenheit und besichtigte das Kreisarchiv. Geschichte in Bildern ist meistens ganz weit weg. Das Bildmaterial, das man aus Dokumentationen kennt, sind Bilder aus Berlin oder Bonn untermalt mit einer sonoren distanzierten Stimme. Über die Vergangenheit der eigenen Region erfährt man selten etwas, da kein oder nur sehr wenig Material vorhanden ist.

Die SPD Kreistagsfraktion wollte sich daher über die Situation in Stormarn informieren und besichtigte in diesem Zusammenhang das Kreisarchiv. Man merkt schnell, dass die Situation in Stormarn eine andere ist. „Wir können die Jahre 1950 bis 2000 komplett bebildern," berichtet Dipl. Kreisarchivar Stefan Watzlawzick.

Ermöglicht wurde das durch Journalistennachlässe im Umfang von ca. 350.000 Bildern. Aber das Archiv bietet noch mehr, in Form von historischen Urkunden, Karten und Akten aus den preußischen Jahren des Kreises und der Nachkriegszeit. „ Es ist der Versuch den Kreis zum Sprechen zu bringen.", ergänzt Dr. Spallek von der Kulturstiftung der Sparkasse Holstein. Und dies gelingt in Form von Ausstellungen beispielsweise zur Südstormarner Kreisbahn, durch die Unterstützung von Doktorarbeiten zum Thema „Opfer des Nationalsozialismus" in Stormarn oder in der Bereitstellung von Bildern für die lokale Presse. Ebenfalls bei der Erstellung von Dorfchroniken wirkt das Archiv aktiv mit. Im Vordergrund steht dabei, zur Zufriedenheit der SPD, dass eine Chronik erscheinen kann und nicht, dass der Kreis Einnahmen durch Bildrechte erzielt. Geschichte erhält so einen direkten Bezug zur Region und bietet somit leichter die Möglichkeit der Identifikation. Eine Besonderheit in Stormarn ist zudem, dass jede Kommune im Kreis ein eigenes Archiv unterhält bzw. sich einem Archivverbund angeschlossen hat. Damit wird im ganzen Land der Kreis Stormarn als Vorbild angesehen, auch hinsichtlich des Internetauftritts. In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, dass drei Kreise in Schleswig Holstein kein Kreisarchiv unterhalten.

Die SPD Kreistagsfraktion ist mit der Situation in Stormarn sehr zufrieden und freut sich über die Ausweitung des Onlineangebotes.Fraktionsvorsitzender Reinhard Mendel fasst zusammen, dass das Archiv in Stormarn sehr vorbildlich sei, sehr gute Arbeit leiste und eine weitverbreitete Vernetzung besitze, welche das hervorragende Gesamtergebnis ausmache. Ironie der Geschichte ist, da es sich primär um ein Verwaltungsarchiv handelt, wird dieser Artikel über die Arbeit der SPD Kreistagsfraktion vom 14.01.2010 in ein paar Jahren wieder im Archiv zu finden sein.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 28.02.2010, 15:05 Uhr - 5037 Clicks - Nr. 199*

Dr. Ralf Stegner zu Gast beim Glinder Diskussionstreff 60plus

Im Fernsehen wirkt er manchmal grantig, die CDU hat sich seit Monaten auf ihn als ihren Lieblingsgegner eingeschossen und auch in der SPD gibt es unterschiedliche Beurteilungen. Als bei einem seiner letzten Besuche beim Glinder Diskussionstreff 60plus wieder einmal lebhaft über den SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner diskutiert wurde, bot Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter für Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek, an, diesen einmal nach Glinde einzuladen,
damit sich der Diskussionstreff um Organisatorin Marietta Exner selbst ein Bild machen kann.

Am Donnerstag, dem 11. März 2010 ab 15.00 Uhr, ist es nun so weit. Es besteht bei Kaffee und Kuchen die Möglichkeit, mit Ralf Stegner zu diskutieren und sich ein eigenes Urteil zu bilden. Außerdem werden Ralf Stegner und Martin Habersaat über die ersten Monate Landespolitik unter schwarz-gelber Parlamentsmehrheit berichten.

Marietta Exner: „Ich freue mich auf einen spannenden Nachmittag. Beim Diskussionstreff 60plus wird immer sehr lebhaft diskutiert. Das gilt sicher noch mehr, wenn Ralf Stegner da ist.“ Interessierte Gäste, selbstverständlich auch Nicht-SPD-Mitglieder, sind herzlich willkommen!

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 28.02.2010, 15:16 Uhr - 3439 Clicks - Nr. 200*

Stabsgebäude retten, aber wie?

Ein kommunalpolitisches Thema hat der Vorstand der SPD Glinde um den Vorsitzenden Frank Lauterbach sich für die nächste Monatsversammlung des Ortsvereins vorgenommen, die am 9. März ab 20.00 Uhr im Bürgerhaus Glinde (Am Markt 2) stattfinden wird. Wie immer sind interessierte Gäste herzlich willkommen. Dieses Mal soll es um die Stabsgebäude auf dem ehemaligen Bundeswehrdepot gehen, für deren Erhalt sich inzwischen eine Bürgerinitiative stark macht.

Auf der Tagesordnung stehen außerdem eine aktuelle Viertelstunde, Berichte vom Vorstand und aus der Fraktion sowie Anträge, Ideen und Wünsche aus den Reihen der Mitglieder. Vor der Versammlung findet ab 19.00 Uhr eine parteiöffentliche Vorstandssitzung statt.

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - *veröffentlicht am 28.02.2010, 15:16 Uhr - 4139 Clicks - Nr. 201*

Nachwahlen im Ortsverein Kieler Mitte

Auf seiner Jahreshauptversammlung Mitte Februar wählte der Ortsverein drei neue Mitglieder in den Vorstand. Neue stellvertretende Vorsitzende ist Gesa Grube-Bente, sie wird insbesondere das Themenfeld familienfreundlicher Stadtteil in der Arbeit des Vorstandes weiter ausbauen, unterstützt wird sie dabei von der ebenfalls neu in den Vorstand gewählten Maria Chagelishvili. Dritter im Bunde ist Knud Andresen, der insbesondere den Bereich der innerparteilichen Bildung im Ortsverein anpacken wird. Die Nachwahlen im Vorstand waren notwendig geworden, da drei Mitglieder den Vorstand aus beruflichen Gründen verlassen hatten: Alke Voß und Rüdiger Ewald, sowie das langjährige Vorstandsmitglied und Kreisausschussvorsitzende Anke Nöbel.

Auf der Jahreshauptversammlung berichtete Hans-Peter Bartels über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion in ihrer neuen Rolle als Opposition. Zudem stellte der Vorstand ein Mitgliederbereuungskonzept für den Ortsverein vor, dass in den nächsten Monaten umgesetzt werden soll.

Ebenfalls wurde von den Mitgliedern der neu eingerichtete Stammtisch des Ortsvereins begrüßt, der am Mittwoch bereits zum zweiten Mal tagte. Themen des Stammtisches war diesmal neben der Diskussion über den Landesparteitag Anfang Februar in Neumünster, die Sammlung von Themen und Aufgaben für die Arbeitsplanung.

Der nächste Mitgliederstammtisch des Ortsvereins ist für den 24.03. um 20 Uhr im Hansa 48 geplant.
Kommentar von Dirk Lerche vom 28.02.2010, 20:55 Uhr:
RE: Nachwahlen im Ortsverein Kieler Mitte
Herzlichen Glückwunsch den neuen Vorständlern und viel Erfolg bei der Arbeit! Dirk

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 01.03.2010, 08:55 Uhr - 3057 Clicks - Nr. 202*

NEIN zur Kopfpauschale! Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle!
Die SPD - Flensburg sammelt ab sofort Unterschriften gegen die Kopfpauschale. In die Unterschriftenliste können Sie sich zu unseren Bürozeiten (Montags, Dienstags und Freitags, von 13:00 bis 16:00 Uhr), im SPD-Büro, Große Str. 69, 24937 Flensburg eintragen.

Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander einstehen. Deswegen lehnen wir die Kopfpauschale der schwarz-gelben Koalition

ab.

• Die Kopfpauschale ist ungerecht, weil sie unabhängig vom Einkommen erhoben wird. Die Kosten für Geringverdiener steigen und Bezieher hoher Einkommen tragen weniger bei.
• Sie macht einen sozialen Ausgleich nur noch durch Bittstellerei beim Staat möglich.
• Und sie führt dazu, dass gute medizinische Leistungen nur noch über private Zusatzversicherungen zu bekommen sein werden.

Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem die Kosten für Gesundheit gerecht auf alle Schultern verteilt werden. Wir sagen Nein zur Kopfpauschale!

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.03.2010, 11:32 Uhr - 1172 Clicks - Nr. 203*

Konstruktive Vorschläge zum Flughafen willkommen

Zu dem merkwürdigen Bündnis aus CDU, DGB und Verdi für den Erhalt des Flughafens Holtenau erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD Gesa Langfeldt und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, Lutz Oschmann und Antje Danker (SSW): „Über die Zukunft des Flughafens wird in der Öffentlichkeit und im Rathaus schon lange diskutiert.
Die Kooperation aus SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und SSW hat hierzu ein Verfahren vereinbart: Es geht um die Frage, unter welchen Bedingungen wir eine bessere wirtschaftliche Entwicklung für Kiel auf dem Gelände des derzeitigen Flughafens verwirklichen können. Hierzu finden derzeit umfangreiche Prüfungen statt. Wenn diese Prüfungen abgeschlossen und bewertet sind, werden wir entscheiden. Dies wird vor der Sommerpause geschehen.

Die Weiterentwicklung des Flughafenbetriebs steht gegen eine Planung für einen neuen Stadtteil auf dem Flughafengelände mit Gewerbe, Wohnen und Freizeitnutzung. Die Chancen auf neue Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen sowie auf mehr Einwohner und Schlüsselzuweisungen müssen mitgedacht werden. Jeder, der den Flughafen dauerhaft erhalten will, muss auch sagen, wie er das Defizit von jährlich 1,3 Mio. Euro bezahlen will oder was dafür im Kieler Haushalt gestrichen werden soll. Konstruktive Vorschläge werden uns immer willkommen sein.“

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.03.2010, 11:36 Uhr - 1361 Clicks - Nr. 204*

MVK ist unverzichtbar für dezentrale Energie- und Fernwärmeversorgung!

Zu der Umrüstung des Kieler Müllheizkraftwerks von Dampf- auf Heizwasserbetrieb erklären der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Lars Juister, der umweltpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Björn Sander, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):
"Das Kieler Müllheizkraftwerk (MVK) ist eine der modernsten und saubersten Abfallentsorgungsanlagen weltweit.
Gerade deswegen ist es heute und in Zukunft ein unverzichtbarer Baustein

für eine dezentrale Energie- und Fernwärmeerzeugung in unserer Stadt, um eine wirtschaftliche, ökologische und bezahlbare Versorgung der Kielerinnen und Kieler zu gewährleisten. SPD, GRÜNE und SSW unterstützen die Umrüstung des Müllheizkraftwerks von Dampf- auf Heizwasserbetrieb."

Keine Kommentare

AG60plus - Stormarn - *veröffentlicht am 01.03.2010, 15:35 Uhr - 4992 Clicks - Nr. 205*

AG 60plus besucht Tutanchamun

Die neugegründete Stormarner AG 60plus plant ihren ersten Ausflug. Am Montag, dem 29. März 2010, soll es zur Tutanchamun-Ausstellung nach Hamburg gehen. Anmeldungen sind beim AG-Vorsitzenden Jürgen Schneider möglich. Dieser freut sich: „Wir werden ab 16.00 Uhr von einem Ägyptologen durch die Ausstellung geführt und werden eine Sternstunde der Archäologie hautnah erleben."

Anreise
RB 14:31 Uhr (Gleis 3) ab Bad Oldesloe – Treffen 14:15 im Foyer des Bahnhofs.
Zustiegsmöglichkeiten in Bargteheide 14:41 und Ahrensburg 14:48.
(Natürlich auch auf allen anderen Bahnhöfen)
Wir sitzen unten im ersten Wagen am Anfang des Zuges. Fahrkarten für verbindlich angemeldete Teilnehmer ab Bad Oldesloe besorge ich. Auch für die anderen empfehle ich die HVV-9 Uhr-Gruppenkarte für 5 Personen. (4 Ringe 18,40/3 Ringe 14,10 Euro)
15:09 Ankunft in Hamburg – wir fahren dann ab Hbf-Süd mit der U1 (Richtung Norderstedt) bis zum Stephansplatz. (15:21). Leider müssen wir dann etwa 1200 m lang einen etwas unbequemen Fussweg zum Eingang der Ausstellung bewältigen. Dafür haben wir aber ausreichend Zeit.

Tutanchamun-Ausstellung
Das unversehrte Grab des Pharaos Tutanchamun wurde 1922 entdeckt. Die Ausstellung zeigt eine Reproduktion der dort gefundenen Schätze. Sehr gut erklärt und ausgestellt. Man kann so wirklich eine Sternstunde der Archäologie hautnah nacherleben.
Wir sind um 15:50 angemeldet. Die Garderobe (kostenlos) sollte abgegeben werden. Obwohl wir ab 16 Uhr durch einen Ägyptologen geführt werden, sollten wir die im Eintrittspreis enthaltenen Audio-Führer umhängen. Wir können dann nämlich nach der Führung noch Erläuterungen zu einzelnen Exponaten „nachhören". Für verbindlich angemeldete Teilnehmer habe ich auch die Eintrittskarten besorgt. Zusätzliche Teilnehmer können für 13 Euro eine Eintrittskarte zum Seniorenpreis erwerben. Bitte Ausweis oder Rentnerausweis mitbringen.
An der Führung können aber alle teilnehmen. Die Führung endet um 17 Uhr. Dann können je nach Interesse einzelne Exponate noch näher betrachtet werden. Es ist aber auch eine

Cafeteria vorhanden. Etwa gegen 17:45 wollen wir uns am Ausgang sammeln.

Rückfahrt
Wir müssen dann leider wieder den etwas unbequemen Fußweg auf uns nehmen. Dann fahren wir mit dem Bus 112 (R Braune Brücke) oder 109 (R Hbf/Steintordamm) zum Hauptbahnhof. Dort fährt ab 18:46 (Gl 5a/b)die RB nach Bad Oldesloe. 19:06 an AHR; 19:14 an Bargteheide; 19:24 an OD.
Alternativ fährt um 18:39 (Gl 6b) ein RE ; 18:52 an AHR: 19:04 an OD

Kosten
Bei 20 Teilnehmern kosten Eintritt und Führung anteilig ca 20 Euro pro Teilnehmer. Hinzukommen die Fahrtkosten von ca 4 Euro.

Anmeldung
bitte per mail juergen.schneider@SPD-badoldesloe.de oder 04531/84603 (AB) oder Postkarte an Juergen Schneider - Schanzenbarg 11 - 23843 Bad Oldesloe

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 01.03.2010, 15:39 Uhr - 4313 Clicks - Nr. 206*

SPD Kreistagsfraktion und Kinderschutzbund Stormarn setzen auf Prävention

Kinderfreundlichkeit ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Thema geworden. Damit es jedoch nicht bei leeren Phrasen bleibt, informiert der Geschäftsführer des Kinderschutzbundes Stormarn Ingo Löding die SPD Kreistagsfraktion über die Situation im Landkreis. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit unter finanziellen und personellen Gesichtspunkten des Kinderschutzbundes sind gut. Aber aus den Berichten Lödings wird jedoch schnell deutlich, dass Stormarn nicht die Insel der Glückseeligen ist.
„Insbesondere die Auflösungserscheinungen der Familie bergen Risiken für Kinder", so Löding.

Dies spiegelt sich neben ungelösten Trennungen vor allem in der mehrfachen Belastung Alleinerziehender wider, die häufig von Transferzahlungen aufgrund mangelnder Betreuungsmöglichkeiten abhängig sind. Vor allem in einem reichen Kreis wie Stormarn werde die Aufspaltung in Arm und Reich sehr schnell deutlich, was dann zu einer zusätzlichen Belastung wird. Neben der Arbeit des Kinderschutzbundes in den Kinderhäusern und der allgemeinen Beratungstätigkeit ist vor allem das Projekt „ Frühe Hilfen" ein elementarer Baustein geworden. Im Rahmen dieses Projektes sind im Kreis Stormarn drei Familienhebammen tätig, die 69 junge Mütter in vielfach beeinträchtigten Lebenslagen über die Geburt hinaus begleiten. „Oft herrschen Gewalterfahrungen, Süchte, gesundheitliche und psychische Probleme vor bzw. traumatische Erfahrungen. Dies führt zu einer starken Belastung der Mutter-Kind-Beziehung , vor allem, wenn das Kind unerwünscht war" ,berichtet Löding. Die Aufgabe der Familienhebammen besteht darin, eine gesunde

Beziehung zwischen Mutter und Kind aufzubauen, um so Kindeswohlgefährdungen dauerhaft zu vermeiden.

Die SPD hat sich damals im Jugendhilfeausschuss für die finanzielle Unterstützung des Projektes der „ Frühen Hilfen" ausgesprochen und ist froh, über die Abwendungen von Kindeswohlgefährdungen, die aus Lödings Bericht hervortreten.

Die Fraktion fühlt sich auch in ihrer Entscheidungen bestärkt, Verhütungsmittel für Bedürftige Kreis Stormarn bereitzustellen. Insbesondere unter dem Aspekt, dass 66% der Empfängerinnen der „Frühen Hilfen" Hartz IV beziehen (Verhütungsmittel sind im Regelsatz nicht vorgesehen) und die Kinder vielfach keine Wunschkinder waren.Aber auch das umfangreiche Präventivangebot für Eltern im Kreis Stormarn, aufgebaut unter Federführung der SPD, hat sich als Meilenstein erwiesen. Löding hebt in diesem Zusammenhang einen Bericht des Jugendamtes hervor, der aufzeigt, dass die Kosten im Bereich Jugendhilfe im Kreis Stormarn nicht so stark gestiegen sind, wie in der übrigen Bundesrepublik. In Stormarn ist man daher Dank der Arbeit des Kinderschutzbundes, der am 20.04.2010 sein dreißigjähriges Bestehen feiert, auf dem richtigen Weg.Die SPD ist in der Verantwortung diesen Weg weiter zu beschreiten. Es gilt nicht nur darum freiwillige Leistungen zu erhalten, sondern den Ausbau der Präventivmaßnahmen voranzutreiben, wenn diese nicht nur spätere Kosten Einsparen, sondern den Menschen direkt Helfen ihre Situation zu verbessern.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 01.03.2010, 15:42 Uhr - 4306 Clicks - Nr. 207*

Olof-Palme-Friedenspreis 2010 am 27. April

Der Palme-Preis 2010 wird am 27. April im Schloss Reinbek verliehen. Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme-Friedenspreis seit 23 Jahren an Vereine, Verbände und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle engagieren. Noch bis zum 8. März sind Nominierungen möglich.

Festredner in diesem Jahr wird der ehemalige Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen sein.

Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD Stormarn: „Wir freuen uns, mit Jörn Thießen einen Gastredner gewonnen zu haben, der aus seiner spannenden Biographie heraus viele Anknüpfungspunkte zu den Politikfeldern hat, die Olof Palme beschäftigt haben.“ Thießen studierte in Kiel und Berlin Evangelische Theologie, Germanistik und die Geschichte der Medizin. Er war persönlicher Referent und Redenschreiber Björn Engholms, ist ordinierter Pastor und leitete das Büro des Verteidigungsministers Rudolf Scharping. Von 2005 bis 2009 war er Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Wer Menschen oder Vereine kennt, die sich in vorbildlicher Weise für den Frieden oder den weltweiten sozialen Ausgleich engagieren, kann diese noch bis zum 8. März bei der SPD

Stormarn nominieren. Dazu sollten auch die Kontaktdaten der Nominierten und der Nominierenden und eine entsprechende Begründung geliefert werden. Ansprechpartnerin ist Monika Poppe-Albrecht in der Kurparkallee 2, 23843 Bad Oldesloe oder per Mail: KV-Stormarn[at]spd.de. Der Olof-Palme-Friedenspreis ist nicht zuletzt denen zu verdanken, die in jedem Jahr das Preisgeld von 1500 Euro stiften: den SPD-Bundestags- und Landtagsabgeordneten in Stormarn, dem Kreisverband und zu einem nicht unerheblichen Teil der Walter-Jacobsen-Stiftung aus Hamburg.

Olof Palme ist durch das Attentat am 28.02.1986 nicht nur aus seinem Leben, sondern auch mitten aus seiner politischen Arbeit gerissen worden. Er hinterließ keine Memoiren und kaum systematische Schriften. Dennoch bleibt sein Lebenswerk bis heute unvergessen: So erneuerte und festigte der schwedische Sozialdemokrat das Modell des Dritten Weges in seinem Heimatland, wo der soziale Frieden gewahrt und die Arbeitslosigkeit im Hinblick auf andere Industriestaaten vergleichsweise niedrig ist. Darüber hinaus war Palme weltpolitisch sehr aktiv, unter anderem als Mitglied der „Nord- Süd-Kommission" seines Freundes Willy Brandt, als Vorsitzender der „Palme- Kommission", die der UNO Abrüstungsvorschläge gemacht hat und darüber hinaus als einer der vier Organisatoren der „Vier- Kontinente- Initiative", welche im Dezember 1985 einen Aufruf zum Stopp des Rüstungswettlaufes vorstellte. Für Verfolgte in Südafrika, Afghanistan und die Opfer vieler Diktaturen in der Dritten Welt, war Olof Palme mehr als nur ein Symbol für Solidarität.

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 01.03.2010, 15:55 Uhr - 2685 Clicks - Nr. 208*

SPD QUICKBORN fordert schnelle Ausbesserung von Straßenschäden

Der Winter hat die Quickborner Straßen stark geschädigt. Die SPD Quickborn fordert daher eine schnelle Instandsetzung. Kein Verständnis zeigt die SPD Quickborn allerdings dafür, dass Bürgermeister Köppl (CDU) nichts anderes einfällt, als für die Straßensanierung die Schuldenlast um 200.000,- Euro zu erhöhen.

„Es ist schon erstaulich", so Karl-Heinz Marrek, SPD-Ratsmitglied, „das Bürgermeister Köppl (CDU) nur der übliche Reflex nach mehr Geld und damit höhere Schulden einfällt". Karl-Heinz Marrek fordert ein konsequentes Umdenken. „Auch bei zwingend notwendigen Ausgaben, muss noch konsequenter erst durchdacht werden ob Finanzmittel bereits vorhanden sind, Ausgaben zeitlich verschoben oder für außergewöhnliche, aber notwendige Ausgaben umgeschichtet werden können." Nach Meinung der SPD Quickborn sind ausreichende und kurzfristig einsetzbare Finanzmittel für die Straßensanierung vorhanden und eine weitere, höher Verschuldung nicht notwendig. „Diese Mittel müssen nur bedarfsgerecht eingesetzt werden", so Karl-Heinz Marrek (SPD). Er hat kein Verständnis dafür, dass Bürgermeister Köppl (CDU) zu den bereits bereitgestellten Finanzmitteln von mehr als 300.000,- Euro für die „Verschleißdeckensanierung" und „Deckensanierung" zusätzliche 200.000,- Euro für die Behebung von Winterschäden verlangt. Die SPD Quickborn fordert daher, die für 2010 bereits vorhandenen Finanzmittel für die Straßensanierung erst für die Sanierung der Winterschäden einzusetzen. Marrek, „Man hört immer nur den Ruf nach mehr Geld in Millionenhöhe zur Beseitigung der Winterschäden, man hört aber nie, dass das Geld für vergleichbare Aufgaben bereits vorhanden ist und jetzt für andere Straßen verwendet werden muss," und ergänzt „maximal verschieben wir die geplante Straßenausbesserungen bei einigen Straßen um ein Jahr. Dadurch wird das Quickborner Straßennetz sicherlich nicht zusammenbrechen."

In der Sitzung des Ausschusses für Kommunale Dienstleistungen" am 23.02.2010 folgte die Ausschussmitglieder dem Antrag des SPD Quickborn

Kommentar von Stadt Quickborn vom 04.03.2010, 13:40 Uhr:

RE: SPD QUICKBORN fordert schnelle Ausbesserung von Straßens

Stadt widerspricht der Darstellung der SPD Die Stadt Quickborn ist mit der Darstellung einer SPD-Pressemitteilung zur Straßensanierung und den damit verbundenen Kosten nicht einverstanden. Die Fachbereichsleiterin Liegenschaften, Birgit Raphael: „Herr Marrek zieht die falschen Schlüsse und stellt dann Behauptungen auf, die nicht zutreffen. Die Verwaltung hat nicht beantragt die Verschuldung zu erhöhen, wie Herr Marrek behauptet". Der diesmal deutlich erhöhte Mittelbedarf zur Beseitigung der Winterschäden wurde - wie viele andere Projekte auch - zum Haushalt 2010 angemeldet. Im Haushalt müssen sich alle Einnahmen und Ausgaben die Waage halten. Darüber beraten der zuständige Fachausschuss, der Finanzausschuss und abschließend die Ratsversammlung auf der Grundlage von Vorschlägen aus der Verwaltung. Erachtet schon der zuständige Fachausschuss eine Maßnahme für unnötig, wird über die Finanzierbarkeit auch keine Diskussion geführt. In Sachen Straßenunterhaltung war bisher unstrittig, dass lediglich ein Minimum an Haushaltsmitteln eingeplant wird, um Schäden zu beheben. Bürgermeister Thomas Köppl: „Falls wir die aktuelle Winterschadenbeseitigung nicht durchführen, kommt es zu erheblichen weiteren Schädigungen an Straßen, Wegen und Plätzen. Bei einer Reduzierung der Unterhaltung tritt eine weitere Verschärfung der Situation spätestens in der nächsten Frostperiode ein. Diese Kettenreaktion ist leicht nachvollziehbar. Im Ergebnis muss der Steuerzahler erheblich mehr Geld aufwenden und hat ein schlechteres Ergebnis". Das kann politisch durchaus gewollt sein und beschlossen werden. Aufgabe der Verwaltung ist es, auf diesen Umstand hinzuweisen. Leider hat sich der Fachausschuss nicht mit den Inhalten beschäftigt, sondern ohne fachliche Diskussion auf Antrag der SPD die Verwaltungsvorlage abgelehnt. Durch diesen Beschluss ist die Angelegenheit für 2010 zunächst erledigt und man wird die Maßnahmen im Wesentlichen auf die Erhaltung der Verkehrssicherung beschränken müssen.

Kommentar von Thomas Köppl vom 02.03.2010, 18:32 Uhr:

RE: SPD QUICKBORN fordert schnelle Ausbesserung von Straßens

Sanierung nach Marrek: Unwetter, Ziegel werden vom Dach gelöst. Das Dach hat ein Loch, es regnet rein, Feststellung es regnet wirklich rein. Auftrag an Dachdecker, nehmen Sie einige Ziegel an anderer Stelle aus dem Dach raus. Es wird schon nichts passieren! Es regnet an anderer Stelle rein. Freunde zum Essen eingeladen, wegen sozialer Notwendigkeit. Jetzt Tapezieren und Dach decken angesagt. Dachdecker nimmt an anderer Stelle Ziegel raus. Maler bestellt: dumm , dass mit der Tapete ging nicht so gut wie bei den Ziegeln, neue Tapeten gekauft. Dachdecker wegen Unfähigkeit gewechselt. Kasse leer wegen Maler, Dachdecker und Freundschaftessen. Freunde kommen auch nicht mehr. Essen gut, aber die Feuchtigkeit! Nach einem intensiven Jahr der gemeinsamen Suche nach Sparmöglichkeiten und Einnahmequellen ist der Beitrag nicht ganz ernsthaft zu beantworten. LG Thomas Köppl

AG60plus Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 01.03.2010, 17:43 Uhr - 5084 Clicks - Nr. 209*

AG SPD 60 plus unterstützt SPD-Kampagne „NEIN zur Kopfpauschale!"

Zur SPD-Kampagne „NEIN zur Kopfpauschale!" erklärt die Bundesvorsitzende der AG SPD 60 plus Erika Drecoll:

Mit Erschrecken müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Merkel und Westerwelle eine Errungenschaft unseres Sozialsystems, nämlich die solidarische Krankenversicherung, abschaffen wollen.

Wir lehnen das ab und unterstützen die SPD-Kampagne: Nein zur Kopfpauschale. Die Kopfpauschale zerstört unser solidarisches Gesundheitssystem.
Schon heute wird mit den 8 Euro Zusatzbeiträgen die paritätische Zahlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weiter ausgehöhlt und der Einstieg in die Kopfpauschale vorbereitet. Bezieher kleinerer Einkommen werden damit proportional stärker belastet als Großverdiener. Gerade Rentnerinnen und Rentner und sozial Schwache sind besonders hart getroffen.

Die Seniorenarbeitsgemeinschaft der SPD will keinen Systemwechsel, sondern die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung. Für die SPD-Seniorinnen und Senioren ist die Einführung einer Bürgerversicherung der richtige Weg.

HIER können Sie die Kampagne unterstützen!

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 01.03.2010, 18:00 Uhr - 10194 Clicks - Nr. 210*

Arbeitsmarkt in Segeberg und Stormarn: Leicht positiver Trend

Thönnes: Trotz Winter und Krise leicht positiver Trend - Aktive Hilfe gehört in den Vordergrund statt politische Ablenkungsmanöver."

Zu den am 25. Februar 2010 veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes: „Es zeigt sich, dass in der Großen Koalition durch SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz richtige Weichenstellungen vorgenommen wurden. Wenn sich die Kritiker von staatlichen Hilfsmaßnahmen durchgesetzt hätten, wäre die Lage auf den Arbeitsmärkten heute sehr viel bedrohlicher."

In diesem Zusammenhang kritisiert Thönnes die Koalition von CDU/CSU und FDP: „Die Art und Weise, wie Vertreter der Bundesregierung die Diskussion um die Grundsicherung in den letzten Tagen geführt haben, ist unangemessen. Besonders Außenminister Westerwelle benimmt sich, als wäre immer noch Wahlkampf und vergisst darüber, dass er eine Verantwortung für alle Menschen in Deutschland übernommen hat." Die Empfänger von Grundsicherungsleistungen hätten einen Anspruch darauf, dass sie Unterstützung erführen und dürften nicht als Spielball für parteipolitische Taktierereien missbraucht werden.

Der Größte Teil der Betroffenen wolle bekanntlich arbeiten, so Thönnes weiter. Darum sei es

wichtig, ihnen dabei zu. So müsse beispielsweise das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen für Alleinerziehende ausgebaut werden. "Es darf nicht sein, dass man keine Arbeit findet, weil es keinen KiTa-Platz gibt", sagt der SPD-Politiker. Dabei sei es beunruhigend, dass die Steuerpolitik Schwarz-Gelben Koalition den Kommunen dafür die finanziellen Möglichkeiten zunehmend drastisch einschränke.

Auch die von der SPD in der Großen Koalition verbesserten Bedingungen für Kurzarbeit seien gutes Beispiel für die Sicherung von Arbeitsplätzen. "Verantwortungsvolle Politik behält die Folgen für alle Menschen im Blick und beschenkt nicht kleine Interessengruppen", so Thönnes. "Daran muss man die CDU/CSU-geführte Bundesregierung leider oft erinnern."

Bildquelle: www.pixelio.de / Rainer Sturm

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 02.03.2010, 09:45 Uhr - 4078 Clicks - Nr. 211*

Landestheater – wo bleibt die Kulturbeauftragte Schwarz?

Zur Debatte im Landtag über den Erhalt des Landestheaters erklären die Schleswiger SPD-Landtagsabgeordnete Birte Pauls und der Flensburger SPD-Landtagsabgeordnete Lothar Hay:

Die örtlichen CDU-Landtagsabgeordneten Callsen und Herold und der FDP-Abgeordnete Brodersen haben aus ihren Fraktionen keine Unterstützung erhalten: Die Regierungskoalitionen haben einen Antrag beschlossen, der wieder jegliche konkrete Entscheidung für den Erhalt des Landestheaters auf die lange Bank schiebt. Es sollen erstmal Pläne gemacht, alles Mögliche auf den Prüfstand gestellt, Ressourcen genutzt und Synergieeffekte erzielt werden, die Landesregierung wird aufgefordert, zu vermitteln. Davon kann das Theater nicht überleben!

Was wir brauchen, ist eine erneute Dynamisierung der Mittel. Wir haben dies in unserem Antrag gemeinsam mit Grünen und SSW gefordert, denn es kann nicht ständig von den Beschäftigten erwartet werden, Opfer zu bringen. Das Landestheater ist ein Standortfaktor und eine wichtige kulturelle Institution für die Bürgerinnen und Bürger im Landesteil Schleswig, deshalb muss es erhalten werden.

Was uns sehr erstaunt, ist die Tatsache, dass die Kulturbeauftragte des Ministerpräsidenten, Caroline Schwarz, sich in dieser Debatte schon die ganze Zeit auffällig zurückhält. Dabei wäre es ihre ureigene Aufgabe, für diese Kultureinrichtung zu kämpfen!

Wir Sozialdemokraten werden uns auch weiterhin konstruktiv für die Zukunftssicherung des Landestheaters einsetzen und dafür auch bei den Regierungsparteien werben.

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 02.03.2010, 09:51 Uhr - 4909 Clicks - Nr. 212*

Handwerkskammer muss in Flensburg bleiben

Die Landtagsabgeordneten Susanne Herold, Johannes Callsen (CDU), und Birte Pauls, Marion Sellier und Lothar Hay (SPD) fordern die Parteien in der Flensburger Ratsversammlung auf, gemeinsam mit der Handwerkskammer Flensburg für eine einvernehmliche Lösung beim Um- und Ausbau der Handwerkskammer zu sorgen.

Die Handwerkskammer gehört zum Oberzentrum Flensburg; Ein Weggang würde nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten, sondern das Oberzentrum schwächen. Da die Zeit drängt, muss es sehr schnell eine positive Entscheidung für die 6,4- Millionen- Investition geben.

Die Kammer leistet anerkannt gute Arbeit und sorgt dafür, dass mittelständische Betriebe im nördlichen Landesteil stark aufgestellt sind.

Wenn die Handwerkskammer jetzt Flensburg als Standort aufgeben sollte verlieren wir qualifizierte Arbeitsplätze und ein hochwertiges Ausbildungsangebot. Der Service für die Mittelständler vor Ort geht verloren. Flensburg verliert damit Wirtschaftskraft und wird in seiner zentralen Funktion als Oberzentrum geschwächt. Im Interesse Flensburgs und der vielen Aus- und Weiterzubildenden in der Region muss dieser Aderlass auf jeden Fall verhindert werden.

Keine Kommentare

SPD-Ellerau - *veröffentlicht am 02.03.2010, 11:56 Uhr - 3601 Clicks - Nr. 213*

Bericht des Bürgermeisters zur GV-Sitzung am 25.02.2010 (TOP 5)

Bericht des Bürgermeisters zur GV-Sitzung am 25.02.2010 (TOP 5)

1.Am 23. März 2010 wird die diesjährige Arbeitskreis-Konferenz der AKN – Linie A1 / Hauptbahnhof Hamburg im Ellerauer Bürgerhaus stattfinden. Eingeladen hierzu sind wieder Vertreterinnen und Vertreter der politischen Gremien aller an der AKN liegenden Kommunen sowie der Stadt Norderstedt und des Bezirks Eimsbüttel in Hamburg. Außerdem der Vorstand der AKN, die Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in Hamburg und der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jost de Jager. Letzterer wurde um einen Sachstandsbericht zur Zukunft der AKN gebeten (Elektrifizierung, weiterer zweigleisiger Ausbau, Taktverdichtung etc.) Dieses werden auch die Themen der Konferenz sein, darüber hinaus soll über die Aufrechterhaltung der Forderung nach einer Durchfahrt der AKN zum Hamburger HBF. beraten werden. Im Anschluss an die Konferenz wird es ein Pressegespräch geben.

2.Die Gemeinde Ellerau hatte das Auslaufen der Konzessionsverträge für Strom und Gas im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gegeben. Daraufhin hatten sich auch die Stadtwerke Elmshorn schriftlich beworben, nun aber ihre Bewerbung ohne Angabe von Gründen zurück gezogen.

Die Verwaltung in Norderstedt (Frau Trahm) arbeitet zu Zeit an dem Verfahren. Es werden

weitere Schritte in Richtung Auswahlverfahren erarbeitet (Infosammlung, Bewertungsmatrix, etc.).

3.Am 15. Febr. 2010 fand eine Sitzung des Kreisvorstandes des SHGT, Kreisverband Segeberg und des Fachverbandes der Hauptverwaltungsbeamten der Ämter statt, an der ich als Mitglied des Kreisvorstandes teilgenommen habe. Themen der Sitzung waren:
Fördermöglichkeiten aus dem Zukunftsprogramm wirtschaft,
Anpassung des Mitgliedbeitrages des Kreisfeuerwehrverbandes Segeberg,
Das Normenkontrollverfahren zur Amtsordnung (ein Urteil wird am 26.02.2010 erwartet, also morgen),
Der sogen. „Kommunalgipfel" der ARGE der Kommunalen Landesverbände mit dem Ministerpräsidenten am 10.02.2010, bei dem ja leider herausgekommen ist, dass (Zitat) „das Land sich nicht in der Lage sieht, den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich zu kompensieren, aber an dem Eingriff festhält, obwohl die Kommunen aufgrund der dramatischen Finanzlage den eingriff nicht mehr verkraften können".
Als Termin für die Delegiertenversammlung hat der Landesvorstand Freitag, den 19. Nov. 2010 (14.00 Uhr) festgelegt.

4.Der WZV hat die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einzug der Abfallgebühren durch die Verbandsgemeinden vorsorglich zum 31.12.2010 gekündigt. In dem Kündigungsschreiben wird darauf hingewiesen, dass der bisher den Verbandsgemeinden zugestandene „Verwaltungskostenanteil" in Höhe von 10,44 €/Jahr und Restabfallbehälter als zu hoch angesehen wird. Der WZV wird mit insgesamt 567.000 €/Jahr belastet. Dieser Kostenanteil soll reduziert werden.

5.Die derzeitigen Pächter der Wasserflächen des Bürgerparks haben sich dem Angelsportverein Quickborn angeschlossen. Daraufhin wurde ab 1.1.2010 ein neuer Pachtvertrag mit dem Angelsportverein Quickborn abgeschlossen. Der Pächter ist zur ganzjährigen Pflege der Uferzone und der Wasserflächen ver-pflichtet. Eislaufen im Winter bleibt allen Bürgern gestattet, ebenso die Nutzung der Wasserfläche dem Modellbootsclub Albatros.

6.In Bezug auf die Betreuung der Tagesmütter in Ellerau wurde eine Vereinbarung mit dem Kreis Segeberg dahingehend geschlossen, dass die Be-treuung durch den Verein „Tagespflege Norderstedt e.V" ab 01.10.2010 durchgeführt wird. Hierfür zahlt Ellerau einen Kostenanteil von jährlich 1.125 €, der kreis 7.500 € und Henstedt-Ulzburg 6.375 €,

7.Der lang anhaltende Winter hat auch in Ellerau seine Spuren hinterlassen. Zunächst möchte ich aber den Bauhof-Mitarbeitern für ihren Tag- und Nachteinsatz zur Schneeräumung und für das Abstreuen der Straßen und Gehwege herzlich danken. Auch viele Sonntagseinsätze fallen darunter. Die Hausmeister schließe ich in den Dank gern mit ein. Denn auch sie hatten in den letzten Wochen viel zu tun, die Wege an der Schule, am Bürgerhaus, am Kindergarten usw. frei zu räumen.
In diesem Zusammenhang gab es viele Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich über unzureichend bzw. schlecht geräumte Gehwege beklagten. Unter anderem aber auch einen Anruf, in dem sich der Anrufer über zu vieles Streuen in seiner Straße beschwerte.

Es sind schon jetzt zahlreiche Frostaufbrüche an den Straßen festzustellen, eine Gesamtübersicht lässt sich aber erst einigen Wochen erstellen. Soweit für die Straßen andere Baulastträgern (Kreis, Land, WZV) zuständig sind, wurden die erkennbaren Schäden seitens der Verwaltung bereits weiter gegeben.

8.Eine neue Informationsbroschüre der Gemeinde ist in Vorbereitung. Die letzte ist mehr als 5 Jahre alt und daher in vielem überholt bzw. veraltet. Voraussichtlich wird die neue im April des Jahres herauskommen, finanziert wird sie durch Werbung, ist also kostenlos für die Gemeinde.

9.Die Renovierungs- und Restaurierungsarbeiten im Kindergarten „Uns Lütten"
gehen voran. Die Kosten liegen gut im Rahmen der Bewilligung aus dem Konjunkturpaket II. Der Anbau am Kindergarten „Lilliput" ist vor dem Winter nicht mehr ganz fertig geworden, es wird aber nach Frostende sofort weiter gearbeitet. Ebenso verhält es sich mit den Instandsetzungsarbeiten an der Rathausfassade. Hier muss auch frostfreies Wetter abgewartet werden.

10. Der Jahresabschluss der Kommunalbetriebe Ellerau für das Geschäftsjahr
2008 liegt inzwischen vor. Er wird mit dem Protokoll der heutigen Sitzung an die Mitglieder der Gemeindevertretung verteilt.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.03.2010, 12:14 Uhr - 1278 Clicks - Nr. 214*

Kooperation steht zu den Einsparanstrengungen der Verwaltung
„Mit einem Minus von 114 Mio. € im Ergebnisplan 2011 kann sich die Kommunalpolitik nicht abfinden. Es ist richtig, dass der Oberbürgermeister frühzeitig Vorgaben für Ausgabenkürzungen macht. Gleichzeitig müssen wir weiter in die strategischen Ziele investieren. Der Ausbau der Kitas wird fortgesetzt ebenso die Schulbausanierung.
Die Sozialausgaben müssen zielgenauer dazu führen, dass Wege aus Bildungsferne und Arbeitslosigkeit beschritten werden. Das beginnt bei Kleinkindern und braucht qualifizierte Bildung und Betreuung.

Der Lübecker Weg ist kein Vorbild für Kiel. Wir können das strukturelle Defizit nicht wegsparen, Bund und Land haben in ihren Beschlüssen bewiesen, dass sie ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht werden wollen. Wir machen aber deutlich, dass die Kieler Kommunalpolitik dort konsolidiert, wo es Spielräume gibt im vollem Bewusstsein, dass es weh tun wird," dies erklärten die Fraktionsvorsitzende der SPD, Gesa Langfeldt, der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Lutz Oschmann und Ratsfrau Antje Danker vom SSW.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 02.03.2010, 14:58 Uhr - 1367 Clicks - Nr. 215*

Nothilfeprogramm für Beseitigung von Straßenschäden gefordert!
„Die Parteien der Rathauskooperation von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW fordern von Bund und Land ein Nothilfeprogramm, um den städtischen Mehraufwand infolge des extremen Winters aufzufangen. Ohne Hilfe von außen kann es nur in geringem Maße zu Reparaturen der Straßenschäden kommen und die Schlaglöcher werden zu einem Dauerzustand werden.
Auch die Kosten für Straßenreinigung und Winterdienst - soweit sie nicht gebührenfinanziert sind - sowie die Schneeräumung von Dächern durch die Feuerwehr müssen aufgefangen werden.

SPD, Grüne und SSW fordern daher, den Kommunen nicht permanent neue und teure Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung aufzubürden, ihnen durch Steuersenkungen zusätzlich die Einnahmen zu kürzen, und dann noch zu erwarten, dass sie auch noch allen Unbilden der Natur finanziell gewachsen sind. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht! Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf einstellen, dass Schlaglöcher künftig zum Dauerzustand werden und in vielen Straßen Geschwindigkeitsbegrenzungen wegen des Straßenzustandes angeordnet werden müssen, wenn sich Bund und Land hier nicht bewegen und zusätzliches Geld bereitstellen. Eine mögliche Lösung wäre eine Ausweitung der Konjunkturprogramme des Bundes, aus dem Straßenreparaturen finanziert werden könnten," dies erklärten die verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion Achim Heinrichs und B90/Die Grünen Lutz Oschmann und Ratsfrau Antje Danker, SSW.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 02.03.2010, 17:42 Uhr - 5443 Clicks - Nr. 216*

SPD trauert um Siegfried Wohlers

Zum Tode des langjährig kommunalpolitisch aktiven Siegfried Wohlers erklärte SPD-Kreischef Rolf Fischer:

„Viele werden sich so an ihn erinnern: mit viel Sachkenntnis, mit klarer Aussprache und mit viel Herz! So stritt Siegfried Wohlers, 1934 geboren, für unsere Sache, die über 44 Jahre als Mitglied auch seine war. Dafür wurde er vom Kreisverband geehrt.
Der gelernte Betonwerker gehörte zuletzt dem SPD-Ortsverein West-Altstadt an und war 11 Jahre lang noch bis 2010 Mitglied im Ortsbeirat Mitte. Dort hat er engagiert für die vielen großen und kleinen Themen seines Stadtteils gestritten; für die Verbesserung des Wohnumfeldes, für die Innenstadtentwicklung und immer wieder hat er sich gerade für die Belange der Menschen mit Behinderung eingesetzt. Er war fast 40 Jahre im Verband der Kleingärtner und 53 Jahre in der Gewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt. Aus diesen Tätigkeiten ist Siegfried Wohlers vielen Kielern in Erinnerung. Wir trauern um ihn und gedenken seiner in Respekt und Dankbarkeit."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 02.03.2010, 17:58 Uhr - 6395 Clicks - Nr. 217*

Grundlegende Debatte über Regeln für den Umgang mit Daten notwendig!

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur **Vorratsdatenspeicherung**:

„In seinem heutigen Urteil hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die konkrete Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung nicht verfassungsgemäß ist. Einmal mehr hat es damit die besondere Bedeutung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung im Zusammenhang mit den neuen Medien betont.

Datenschutz und Regeln im Internet gehören zu den wichtigsten Themen im Umgang mit den

Informationstechnologien, die eine zunehmende Bedeutung für unsere Gesellschaft erlangen.

Das Urteil macht deutlich, dass eine grundlegende Debatte über den Umgang mit Daten notwendig ist! Neben den Regeln für staatliche Zugriffe auf Daten muss es dabei um die Datensammelwut von privater Seite gehen. Die Bürgerinnen und Bürger der Informationsgesellschaft müssen auch und gerade vor Angriffen Dritter geschützt werden. Sie sollen sich in der virtuellen Welt frei bewegen können, deshalb darf sie nicht rechtsfrei sein!" so der Sprecher der Kieler ASJ, Lars Juister.
Kommentar von Thilo Pfennig vom 02.03.2010, 23:17 Uhr:
RE: Grundlegende Debatte über Regeln für den Umgang mit Date
Schade, dass diese Einsicht der SPD so spät kommt. Denn sie hat die Vorratsdatenspeicherung mit eingeführt und mit getragen. Das sollte nicht unerwähnt bleiben.

Kai Dolgner, MdL - *veröffentlicht am 03.03.2010, 07:40 Uhr - 5539 Clicks - Nr. 218*

Kai Dolgner: Aus Fehlern lernen (Vorratsdatenspeicherung)
Wir sollten das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dazu nutzen, über den Sinn und die Notwendigkeit der Vorratsdatenspeicherung insgesamt neu nachzudenken. Ich persönlich habe die Vorratsdatenspeicherung immer sehr skeptisch gesehen, weil ich sie für einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte halte. Ich bin mir aber bewusst, dass meine Position innerhalb der SPD nicht unumstritten ist.
Deshalb werden wir uns intensiv mit den Konsequenzen des Urteils für Schleswig-Holstein auseinandersetzen.
Wir warten gespannt auf den angekündigten Änderungsantrag der Regierungskoalition zum Polizeirecht.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 03.03.2010, 08:45 Uhr - 4245 Clicks - Nr. 219*

Vom „Zeitzeugen-Löwen" lernen
Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zum Idstedt-Löwen erklären der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer und die minderheitenpolitische Sprecherin Birte Pauls:

Wir begrüßen es, dass die Landesregierung den Idstedt-Löwen als Zeitzeugen für das deutsch-dänische Verhältnis interpretiert. Gleichwohl bleibt die Antwort, ob der Löwe stärker als bisher in die historisch-politische Bildung einbezogen werden soll, höchst unbefriedigend.
Das lapidare „ja" als Antwort auf die entsprechende Frage ist uns zu wenig. Wir werden der Landesregierung nach der Aufstellung des Löwen in Flensburg entsprechende Vorschläge machen. Vorstellbar wäre eine historische Tagung in Flensburg, eine Aktion mit schulen aus dem Grenzland, eine kulturelle Aktion usw., die die Bedeutung des Löwen und seine Geschichte ins Zentrum stellen. Wir erwarten, dass die Landesregierung zusammen mit der Stadt Flensburg dem Idtstedt-Löwen dann im Rahmen der politischen Bildung größere Aufmerksamkeit schenkt.

Kleine Anfrage
der Abgeordneten Rolf Fischer und Birte Pauls (SPD)
und
Antwort
der Landesregierung - Minister für Bildung und Kultur

Überführung des Idstedt-Löwen nach Flensburg

1. Ist die Landesregierung in den Prozess der Aufstellung des Idstedt-Löwen in

Flensburg einbezogen und wenn ja, in welcher Form?

Antwort:
Nein. Der Landesregierung ist aber bekannt, dass die Stadt Flensburg Verhandlungen mit dem Königreich Dänemark mit dem Ziel der Überführung des Idstedt-Löwen nach Flensburg führt. Im Übrigen teilt die Landesregierung die Auffassung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages 1-16-04-224-008433, nach der die Frage, ob der Idstedt-Löwe nach Flensburg zurückkehren soll, in erster Linie auf kommunaler Ebene in Flensburg mit der dänischen Seite zu entscheiden ist.

2. Wie bewertet die Landesregierung die historisch-politische und die kulturelle Bedeutung des Idstedt-Denkmals für die Grenzregion und für Schleswig-Holstein insgesamt?

Antwort:
Die wechselvolle Geschichte des Idstedt-Löwen spiegelt die Phasen der dänischdeutschen bzw. dänisch-schleswig-holsteinischen Beziehungen von den kriegerischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Die Landesregierung teilt insoweit die Auffassung der Stadt Flensburg, wie sie in der Begründung zur Beschlussvorlage RV-64/2009 der Ratsversammlung am 04.06.2009 zum Ausdruck kommt, dass der Idstedt-Löwe heute gewissermaßen als „Zeitzeuge" einer wechselhaften deutsch-dänischen Vergangenheit, als Mahnmal der nationalen Auseinandersetzung aber auch als Zeichen für die Überwindung und das heutige gute Verhältnis von Dänen und Deutschen interpretiert werden kann.

3. Teilt die Landesregierung die von einigen Bürgern geäußerte Auffassung, dass die Aufstellung zu Akzeptanzproblemen und sogar zu Widerständen führen wird?

Antwort:
Die Präsentation eines öffentlichen Denkmals mit historischem oder künstlerischem Rang ist stets auch Anlass zur öffentlichen Diskussion.

4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es sich bei dem Denkmal um ein besonderes deutsch-dänisches Kulturerbe handelt, das stärker als bisher zum Gegenstand historisch-politischer Bildung gemacht werden sollte?

Antwort:
Ja.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 03.03.2010, 09:21 Uhr - 68425 Clicks - Nr. 220*

Konzeptionslosigkeit der Landesregierung als „gute Idee"

Zu der von Innenminister Schlie angekündigten „Konzeptbörse zukunftsfähige Städte" erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete und Innenpolitiker Thomas Rother:
Das ist doch eine gute Idee: Die betroffenen Kommunen dürfen selber die Lösung für die Probleme entwickeln, die ihnen die Landesregierung durch ihre Zustimmung zum „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" und den daraus folgenden Steuerausfällen beschert hat.

Es würde den Kommunen mehr Nutzen bringen, wenn die Abschläge aus dem KFA, die nicht kompensiert sind, über das Finanzausgleichsgesetz an die Kommunen ausgezahlt würden.

Minister Schlie nimmt sich anscheinend alle Zeit der Welt. So, wie er plant, kann ja nicht einmal der Haushalt 2011 erreicht werden. Die Kommunen brauchen aber rasch finanzielle Hilfen.

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 03.03.2010, 14:29 Uhr - 7177 Clicks - Nr. 221*

Einstimmig! Wiederwahl von Günter Humpe-Waßmuth.

Zur Wiederwahl von Stadtrat Günter Humpe-Waßmuth in der Sitzung der Ratsversammlung am 2. März
2010 erklärt SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Hering:

Günter Humpe-Waßmuth genießt über Stadt- und Parteigrenzen hinaus Anerkennung und Respekt. Er besitzt ein klares sozialpolitisches und sozialdemokratisches Profil. In der Bildungs-, Familien- und Kulturpolitik hat Günter Humpe-Waßmuth bereits viel für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neumünster erreicht.

Für Günter Humpe-Waßmuth ist Politik keine Freizeitbeschäftigung sondern Lebensinhalt. Bei ihm verbinden sich Weitsicht und visionäres Denken mit einem hohen Maß an Sachverstand und Kreativität. Als längjähriger Stadtrat kennt er die Sorgen aber auch die bestehenden Potentiale der Menschen in unserer Stadt.

Günter Humpe-Waßmuth (59), in Hamm geboren, war lange Jahre bei der Stadt Duisburg als Leiter des Jugendamtes tätig. 1996 wurde er in Neumünster auf Vorschlag der SPD-Fraktion von der Ratsversammlung einstimmig zum Stadtrat für die Bereiche Jugend, Soziales und Gesundheit gewählt. Zu seinem Sachgebiet kamen später u. a. auch die Bereiche Schule, Kultur und Sport hinzu. Über Parteigrenzen hinweg genießt er hohe Wertschätzung und Anerkennung Bei den Bürgerinnen und Bürgern und den Vertretern von Verbänden und freien Trägern gilt Günter Humpe-Waßmuth als verlässlicher und fairer Gesprächspartner, der sich durch seine menschliche und offene Art die Sympathie der Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner erworben hat. Selbst der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages und CDU-Kreisvorsitzender Torsten Geerdts bezeichnete Günter Humpe-Waßmuth einmal in einer Rede vor der Ratsversammlung als "Glücksfall für die Stadt". Günter Humpe-Waßmuth gilt als anerkannter Fachmann in seinem Gebiet. So hat er vor allen im Bereich der Bildungspolitik mit dem in 2008 beschlossenen Schulentwicklungsplan das neue Schulgesetz

des Landes als erste Stadt in Schleswig-Holstein umgesetzt und Lehrern, Eltern und Schülern damit Planungssicherheit für die kommenden Jahren ermöglicht.

Günter Humpe-Waßmuth zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass er keine Politik für die laufende Legislaturperiode oder die nächste Wahl anstrebt; vielmehr will er Weichen stellen für die nächsten 20 Jahre. Dementsprechend orientiert sich seine politische Meßlatte weniger am Erhalt der bestehenden Strukturen in unserer Stadt sondern an den Erfordernissen einer sich im kommunalen Wettbewerb behauptenden Kreativität, Flexibilität und Zukunft ausstrahlenden Kommune. Neumünster als wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt Schleswig-Holsteins ist für Günter Humpe-Waßmuth nicht nur ein Slogan sondern klares politisches Ziel.

In der Familienpolitik hat er in den vergangenen Jahren den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für 3 bis 6-jährige umgesetzt. Für die Betreuung von unter 3-jährigen wurden die Plätze bereits verdoppelt und werden in Zukunft weiter ausgebaut.

Im Kulturbereich hat Günter Humpe-Waßmuth den Kunstflecken nach Beschluss durch die Ratsversammlung erfolgreich auf den Weg gebracht und das kulturelle Profil Neumünsters insgesamt gemeinsam mit den Akteuren aus Kunst und Kultur entscheidend mitgeprägt. Seine Vision ist dabei: Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik sind keine Bereiche, die man voneinander trennen kann. Sie ergänzen sich vielmehr. Das kulturelle Angebot einer Stadt und gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wichtige Standortfaktoren für erfolgreiche Unternehmensansiedlungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die SPD-Rathausfraktion freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Günter Humpe-Waßmuth und dankt allen in der Ratsversammlung vertretenen Parteien, die Humpe-Waßmuth in der Sitzung der Ratsversammlung (02.03.10) einstimmig zum Ersten Stadtrat gewählt haben. Er ist damit zum ersten Stellvertreter von Oberbürgermeister Dr. Olaf Tauras befördert worden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 03.03.2010, 15:48 Uhr - 1705 Clicks - Nr. 222*

„Konzentration auf Gaarden"

„Gute Nachrichten für den Stadtteil Gaarden aus dem Bauausschuss. In zwei Beschlüssen sollen die Mittel für Programme aus dem Konjunkturprogramm für Gaarden erhöht werden: „Umgestaltung des Vinetaplatzes" und „Attraktivitätssteigerung Grünzug Zum Brook" sind Maßnahmen zur Umfeldverbesserung, was auch dazu beitragen wird, das Wohnumfeld in Gaarden zu verbessern.
Zusätzlich werden jetzt die Mittel für den Neubau einer Kindertageseinrichtung ebenfalls abgesichert, die dazu beitragen werden, dass die Jüngsten bessere Startchancen erhalten. Gerade in Gaarden gibt es noch eine deutliche Unterversorgung an Kindergartenplätzen, die hiermit reduziert wird. Wir freuen uns: Es geht weiter voran mit der Entwicklung im Stadtteil Gaarden. Die notwendige Förderung des Nachwuchses kommt einen großen Schritt voran und das Umfeld wird ebenfalls verbessert," dies erklärten die baupolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion Dr. Hans-Friedrich Traulsen, der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Dirk Scheelje und Ratsfrau Antje Danker, SSW.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 03.03.2010, 15:53 Uhr - 1306 Clicks - Nr. 223*

Kooperation wird den Wohnungsmarkt weiterhin im Blick behalten.
„Die Kooperation aus SPD, Grüne und SSW wird die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt weiterhin im Blick behalten. Mit dem Wohnungsmarktkonzept, dem Kieler Mietspiegel und den Regelungen zur Beobachtung des Wohnungsmarktes sind wichtige Instrumente auf kommunaler Ebene vorhanden, die Entwicklung des Wohnungsmarktes gemeinsam mit Akteuren zu diskutieren und zu gestalten.
Wir begrüßen das Signal der Wohnungswirtschaft, mit der Verwaltung über Kooperationsverträge zu verhandeln, um auch in Zukunft eine bessere „Durchmischung" zu erhalten. Wir würden uns freuen, wenn weiterhin - im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Wohnungswirtschaft, Mieterverein und Kieler Stadtverwaltung - eine sinnvolle Steuerung auf dem Kieler Wohnungsmarkt erfolgen kann", dies erklärten die wohnungsbaupolitischen Sprecher von SPD-Ratsfraktion und Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Wolfgang Schulz und Lutz Oschmann sowie Ratsfrau Antje Danker, SSW.

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - *veröffentlicht am 03.03.2010, 18:05 Uhr - 2633 Clicks - Nr. 224*

2010: Mit der SPD kommt Kiel in Bewegung!

Bildungswege statt Asphalt: Nächstes Jahr werden 8 Mio. Euro mehr für Schulen ausgegeben als im Vorjahr. Davon werden Fachräume modernisiert und Schulgebäude saniert, im Stadtteil Brunswik in der Kieler Gelehrtenschule und in der Reventlou-Grundschule. Außerdem werden in ganz Kiel sechs zusätzliche Schulsozialarbeiter eingesetzt. Dafür wird bei der Straßenerneuerung gespart.

Mehr Kinderbetreuung: Im Jahr 2010 schaffen wir in Kiel 355 neue Krippenplätze, 343 neue Kindergartenplätze und 234 zusätzliche Betreuungsplätze für Grundschüler. Allein in den Stadtteilen Ravensberg, Brunswik und Düsternbrook gibt es 80 neue Krippenplätze, 161 neue Kindergartenplätze und 20 neue Hortplätze. Denn Mütter und Väter sollen ihren Beruf nicht aufgeben müssen.

Neues Zentralbad: Die Schwimmhallen in Gaarden und am Lessingplatz sind zu klein und zu marode. Zuwenig Kieler Kinder können in ihnen schwimmen lernen. Selbst wenn die Hallen für viel Geld saniert würden, stiegen anschließend die Eintrittspreise, sodass ein Badbesuch für viele Menschen zu teuer würde. Darum sollen stattdessen ein modernes, großes Zentralbad an der Hörn gebaut werden, damit die Eintrittspreise auch in Zukunft für alle bezahlbar bleiben.

Kiel kommt in Bewegung – mit Sport: Wir fördern die Kieler Sportvereine und ihre wichtige soziale Arbeit. So wird die Stadt für Kinder aus armen Familien die Vereinsbeiträge zahlen. Mit 860.000 Euro setzen wir für den Breitensport genauso viel ein wie für das Holstein-Stadion. Außerdem werden wir im dichtbesiedelten Stadtteil Ravensberg eine neue Schulsporthalle für die Ricarda-Huch-Schule, die Goetheschulen und die Berufsschule bauen – wie im Vorjahr in Mettenhof.

Keine Kommentare

SPD-Kaköhl - *veröffentlicht am 03.03.2010, 23:00 Uhr - 2314 Clicks - Nr. 225*

Gemeindevertretung Blekendorf, 2. März 2010
Sitzung der Gemeindevertretung Blekendorf
2. März 2010, Feuerwehrhaus Blekendorf

16 Zuhörer, A. Gothsch (KN)

Zunächst äußerte die SPD ihr Unverständnis über den geplanten Ablauf der Sitzung: Es sollte ein nicht-öffentlicher Teil mit 4 Punkten zunächst behandelt werden, obwohl doch die Öffentlichkeit zu 19.30 Uhr eingeladen wurde.

Das sei unnötig und außerdem unfreundlich den interessierten Bürgern gegenüber, die eine ungewisse Wartezeit in Kauf nehmen müssten. Ein nicht-öffentliches Thema musste aber nachher noch öffentlich behandelt werden, so dass es beim „Rückzug" der Vertretung ins Obergeschoss blieb.

Dort ging es zunächst um den Durchführungsvertrag zum B-Plan 20, für den die letzten offenen Fragen erst am Sitzungstag geklärt worden waren. Im Kaköhler Gewerbegebiet (an der Kreisstraße nach Sehlendorf) kann jetzt ein mehr als 2000 qm großes Grundstück an die Fa. Immotec verkauft werden; hoffentlich ein erster Schritt, dem noch weitere folgen!

Ein Minibagger sollte für den Wasserbetrieb angeschafft werden, dazu waren Angebote in Giekau, Kiel-Wellsee und Hansühn besichtigt worden. Gekauft würde ein gebrauchtes Gerät der Fa. HKL zum Preis von 16.000 € netto.

Dann wurden in öffentlicher Sitzung ab 20.20 Uhr mehrere bereits in den Ausschüssen ausführlich beratene Flächennutzungs- und Bebauungsplansachen beschlossen, wobei es um den „Obst-Erlebnis-Garten" Futterkamp und die „Biogasanlage Nessendorfer Mühle" ging.

Für die Schulsanierung wurde die Ausschreibung beschlossen.

Bei den Satzungen der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung waren redaktionelle Änderungen erforderlich.

Das Dach des gemeindeeigenen Hauses „Hoheluft" in Nessendorf ist sanierungsbedürftig. Beschlossen wurde, den Architekten Voß mit einem Kostenvoranschlag zu beauftragen.

Bei der DSL-Versorgung hat sich eine neue Lage ergeben. Nachdem die im Haushalt auf Antrag der SPD eingesetzten 14.000 € eigentlich dafür vorgesehen waren, im Ortsteil Blekendorf über das Netz der Telekom eine DSL-Verbindung zu ermöglichen, sind die geschätzten Kosten jetzt geringer geworden. Nun soll das „nur" noch 7.700 € kosten, die dann auch noch zu 75% bezuschusst werden könnten. Bei geringerer oder größerer Akzeptanz durch die Anschlussnehmer könnten die Summen sich aber dementsprechend verändern. Zunächst soll ein Ing-Büro mit der Ausschreibung beauftragt werden. Dieses soll auch gleich die Dörfer Sechendorf und Sehlendorf mit einbeziehen. Diese beiden Orte erscheinen am „bedürftigsten", weil die anderen größeren Dörfer in unserer Gemeinde schon besser versorgt sind.

Im Kindergarten müssen die Beiträge für die Kinder unter drei Jahren festgesetzt werden, die

es seit August 09 dort gibt. Der Beschlussvorschlag des Ausschusses, den Betrag auf 150 € (statt der für die anderen Kinder geltenden 100 €) festzusetzen, wurde auf 140 € reduziert; gültig ab 1. April; die weitere Entwicklung soll beobachtet werden. Das wurde bei einer Gegenstimme befürwortet.

Für die Kinderbetreuung ab Vollendung des ersten Lebensjahres in einer Tagesstätte oder durch Tagespflege wird es ab 1.8.2013 einen Rechtsanspruch geben. Derzeit gibt es einen solchen für eine Unter-3-Betreuung in einer Tagesstätte, wenn der Bedarf nachgewiesen wird. Kann die Wohnortgemeinde keinen solchen Betreuungsplatz anbieten, können die Erziehungsberechtigten eine Betreuung außerhalb der Wohnortgemeinde in Anspruch nehmen. Dann muss die Wohnortgemeinde einen Kostenausgleich an die Standortgemeinde zahlen. Laut der Empfehlung des Kreises Plön wurde ein Betrag von 3,90 € je Betreuungsstunde und Kind festgelegt. Daran wird sich die Gemeinde mit einem Drittel, also maximal 1,30 € pro Kind und Stunde, beteiligen.

Dieter Falkowski wurde von der Gemeindefeuerwehr als Gemeindewehrführer wiedergewählt; diese Wahl muss formell von der Vertretung bestätigt werden, was einstimmig geschah. Es folgte die Vereidigung und Übergabe der Ernennungsurkunde.

Im Bau- und Umweltausschuss gibt es eine eher redaktionelle Umbesetzung, Matthias Bock (CDU) war hier sowohl als Vorsitzender wie auch als Vertreter bestimmt worden, was berichtigt werden musste. Harm Kruse ist jetzt Vertreter.

Nach zwei Einwohnerfragen informierte der Bürgermeister über die Kosten des Winterdienstes. Es sind ca. 19.500 €, 34 t Streusalz wurden verbraucht, dazu 3000 l Diesel mehr.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 04.03.2010, 12:04 Uhr - 11322 Clicks - Nr. 226*

CDU-Personalpolitik: Oben ist noch Luft

Zur Doppelbesetzung der Leitung beim Statistikamt Nord sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Die Koalition aus CDU und FDP hat heute im Finanzausschuss bekräftigt, dass es für sie ganz normal ist, eine hoch dotierte Spitzenposition einfach mal für knapp ein Jahr doppelt zu besetzen.
CDU/FDP waren nicht einmal bereit, die Brücke zu beschreiten, die der eigene Staatssekretär auf Druck der Opposition gebaut hat: den Termin der Einstellung auf das kommende Jahr zu verschieben.

Dieser Vorgang ist empörend. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden mit immer neuen Horrormeldungen unter Druck gehalten: Da sollen mal 2.000, mal 4.000 und mal noch mehr Stellen eingespart werden. Gleichzeitig gibt es am oberen Ende großzügige Personalentscheidungen wie diese.

Die Doppelbesetzung einer Spitzenposition ist nicht nur in der Sache falsch, sie ist auch ein falsches Signal!

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 04.03.2010, 13:42 Uhr - 3185 Clicks - Nr. 227*

Sporthallen in Quickborn

Die Stadt investiert endlich in neue Schulbauten, das Angebot an Sporthallen-Flächen bleibt aber auf dem jetzigen Stand. SPD-Fraktionsvorsitzender Jens-Olaf Nuckel fordert vom Bürgermeister Informationen darüber, wie das Angebot an Sportflächen erweitert und damit dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden kann. Er stellt folgenden Antrag zur März-Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Freizeit.

SPORTHALLEN IN QUICKBORN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Köppl,

auch nach Erneuerung der Sporthalle Mühlenberg und der Errichtung der neuen Sporthalle am Schulzentrum der Regionalschule wird es aufgrund des Wegfalls der der Hallen Goetheschule und Kästnerschule keine Entlastung des Schul- und Vereinssports geben. Im Gegenteil, Sportunterricht für Schulen und der Breitensport werden nur noch eingeschränkt möglich sein.

Ein Abbruch der Sporthalle der Heinrich-Hertz-Realschule ist aufgrund des Standortes der neuen Sporthalle erforderlich.

Nach dem Schliessen der Goetheschule wird das Grundstück neu überplant. Eine Variante der weiteren Nutzung der dort vorhandenen Sporthalle zeichnet sich zur Zeit nicht ab.

Die Halle der Kästner-Schule soll erst nach der endgültigen Errichtung der neuen Sporthalle der Regionalschule abgebrochen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt soll sie jedoch noch genutzt werden.

Die gemeinsame Nutzung der neuen Sporthalle Mühlenberg durch das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium sowie der Grundschule Mühlenberg führt zu einer deutlichen Überlastung des Sportraumes bzw. zu einer Minderung des Sportunterrichts beider Schulen.

Zur Zeit wird in der Stadt Quickborn im Bereich des Schulbaus zukunftsweisend geplant. Im Bereich der Sporthallen wird sich der derzeitige Zustand des Raumangebotes nicht verändern. Deswegen beantragen wir, die Sporthallen-Situation in Quickborn darzulegen und Alternativen zu einer ggf. notwendigen Erweiterung des Sporthallenraums zu entwickeln.

Eine Alternative kann sein, die Halle der Kästner-Schule auch nach dem Errichten der neuen Sporthalle der Regionalschule zu erhalten und zu sanieren. Hier bitten wir um Gegenüberstellung der Kosten des Abbruchs sowie der Kosten der Sanierung dieser Sporthalle. Gleichzeitig bitten wir um Darstellung der Erweiterung der Sporthalle Mühlenberg um einen weiteren, den 4. Hallenteil. Sollten weitere Varianten möglich sein, bitten wir, diese in die Gegenüberstellung mit aufzunehmen.

Wir beantragen, diesen Punkt als Tagesordnungspunkt im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Freizeit im März 2010 zu beraten.

Mit freundlichen Grüssen
Jens-Olaf Nuckel
Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.03.2010, 15:54 Uhr - 1198 Clicks - Nr. 228*

Stadt stärkt Wirtschaft und Infrastruktur durch öffentliche Aufträge!

"Seit 2008 hat die Landeshauptstadt Kiel in jedem Jahr städtische Aufträge im Wert von mehr als 7 Mio. Euro an Kieler Unternehmen vergeben - das bedeutet Arbeit für Kiel! Die Aufträge betrafen Bauleistungen z.B. für Straßenbau und Kanalisationsarbeiten, für Schulgebäude und für Dienstleistungen. SPD, GRÜNE und SSW unterstützen die Stärkung von Wirtschaft und Infrastruktur in unserer Stadt.

Die Zahlen zeigen, wie wichtig die Vergabe öffentlicher Aufträge für die regionale Wirtschaft und den Erhalt von Arbeitsplätzen ist. Zugleich wird deutlich, dass ohne eine solide Finanzgrundlage einer Stadt wie Kiel die nötigen Mittel fehlen, den vorhandenen Investitionsstau abzuarbeiten und dauerhaft Arbeitsplätze insbesondere im Handwerk und Bau zu sichern. Statt teure Steuergeschenke zu verteilen und die wichtigste kommunale Steuer - die Gewerbesteuer -abzuschaffen, brauchen die Städte und die regionale Wirtschaft Mittel, um in der energetischen Gebäudesanierung, beim Bau neuer Kindertagesstätten und bei der Sanierung von Schulgebäuden nicht kleckern zu müssen, sondern klotzen zu können.

Im Jahr 2008 hat die Landeshauptstadt Kiel insgesamt 310 Ausschreibungen vorgenommen und für insgesamt 29,7 Mio. Euro Aufträge an Unternehmen vergeben. Davon sind 196 Aufträge (Wert: 21 Mio. Euro) an schleswig-holsteinische Unternehmen gegangen, allein 78 Aufträge im Wert von 7,9 Mio. Euro gingen an Kieler Betriebe und haben in unserer Stadt Arbeitsplätze gesichert. Im Jahr 2009 wurden sogar Aufträge im Wert von 35 Mio. Euro vergeben (214 Aufträge). An schleswig-holsteinische Unternehmen sind 146 Aufträge für 23,8 Mio. Euro gegangen, davon sind 65 Zuschläge an Kieler Betriebe im Wert von 7,0 Mio. Euro erteilt worden," dies erklärten der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker, SSW.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 04.03.2010, 15:58 Uhr - 3070 Clicks - Nr. 229*

Kommunalaufsichtsbeschwerde

"Die Kommunalaufsichtsbeschwerde der Linken entbehrte jedweder Sachgrundlage, was das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein in seiner Antwort vom 24.02.2010 auch deutlich macht. Die Ergebnisse der Werkstatt, in welcher nahezu 50 Kinder und Jugendliche beteiligt waren, sind beeindruckend.

Leider glänzten auch hier die Parteien „Die Linke“ und die „Direkte Demokratie“ obwohl es um die Jugendbeteiligung nach § 47 f der Gemeindeordnung ging, durch Nichtanwesenheit. Schade, die Kinder hätten es wirklich verdient.

Durch die Kommunalaufsichtsbeschwerde hat „Die Linke“ andere Initiativen der Verwaltung und Selbstverwaltung zur Erhöhung der Kinder- und Jugendpartizipation durch den mit der Beschwerde einhergehenden Arbeitsaufwand erschwert und belastet. Es genügt eben nicht, den Anwalt für die Jugendlichen in dieser Stadt zu spielen, man muss es auch sein und dafür engagiert arbeiten.

Dieses Ergebnis hat uns nicht wirklich überrascht. Die gute Zusammenarbeit der Kooperation von SPD, Grünen und SSW, die zahlreichen Vorgespräche mit diversen Benutzergruppen und eine Bürgerbeteiligung zum richtigen Zeitpunkt, deuteten schon auf diese Antwort aus dem Innenministerium hin.

Auf Einladung konnten sich die Fraktionen am 12.Februar 2010 in der Jugendherberge Gaarden die tollen Ergebnisse der Kinder anschauen und auch mit den Jugendlichen reden. Wir waren sehr angetan von den Ideen und den Ergebnissen der Jugendlichen und haben auch ihre gute Stimmung mit ins Rathaus zurückgenommen.

Das Verhalten der Linksfraktionen spiegelt einmal mehr das wahre Interesse am Bau des Zentral-Schwimmbades an der Hörn bzw. der gesamten Schwimmbadsituation in Kiel wider. Würde man diesbezüglich ihren Vorstellungen folgen, käme es am Ende unweigerlich zu Eintrittspreisen in Höhe von mehr als 5,- € für alle Kieler Schwimmbadbenutzer und Badegäste, " dies erklärten die jugendpolitischen Sprecher der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, Volkhard Hanns und Markus Engelmann sowie der sportpolitische Sprecher und Sprecherin Torsten Stagars, Kirsten Wegner und Antje Danker, SSW.
Kommentar von Volkhard Hanns vom 15.03.2010, 12:57 Uhr:
RE: Kommunalaufsichtsbeschwerde
@ Nidda Schweda: Schreiben jetzt alle Angestellte der Fraktion einzeln? Inhaltlich ist eine seltsame Argumentation auffällig: 1. Die SPD war vertreten: Ratsherr Stargas hat als SPD-Fraktionsmitglied und sportpolitischer Sprecher teilgenommen, na gut, er ist auch im Aufsichtsrat, aber v.a. aus politischem Interesse anwesend gewesen, sicher nicht wegen der Ausübung der Aufsichtsfunktion. Albern Stargas und Stargas zu unterscheiden...Wir teilen uns in der Fraktion die Termine, haben die PM auch gemeinsam verfasst... Wenn ich wegen anderer Termine nicht anwesend sein konnte, wusste ich mich doch gut vertreten und die SPD-RAtsfraktion gut repräsentiert. 2. Die Linke war beim Workshop nicht, auch nicht bei der Präsentation, die Einladung erfolgte in der Kinderkommission: bitte richtig lesen 3. Der Präsentationstermin war offen für alle Fraktionen, nur der eigentliche Workshop nicht. Wenn DD von der Bäder GmbH falsch informiert worden ist, dann entzieht sich das meiner Kenntnis und Verantwortung... Ich wäre einfach hingegangen. Die Diskussion nimmt langsam absurde Züge an, wird hier bewusst die PM verdreht oder hat dies andere Gründe? Ab nächsten Monat ist die DD auch in der Kinderkommission vertreten, dort ist ehrliches Engagement vonnöten. Schaun mer mal...

Kommentar von Ratsherr Falk Stadelmann (SPD vom 14.03.2010, 18:30 Uhr:
RE: Kommunalaufsichtsbeschwerde
Schön, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung in Kiel funktioniert. Gut, dass das von der Kinderkommission der Stadt erarbeitete Programm "Jugend mischt mit" von der Ratsversammlung schon im Mai 2009 einstimmig beschlossen worden ist. Sehr zu begrüßen, wie die Stadtverwaltung und die städtische Bäder GmbH die Kinder- und Jugendbeteiligung konkret bei der Planung für die künftige Ausgestaltung des neuen Zentralbades an der Hörn organisiert haben (und Dank an die 50 Kinder und Jugendlichen, die sich mit ihren Ideen und ihrer Kreativität beteiligt haben). Nach Einschätzung der SPD-Ratsfraktion wird das neue Zentralbad besonders für Kinder und Jugendliche ein Gewinn werden: Nicht nur wegen der neueren Ausstattung, sondern weil die Eintrittspreise für ein einziges, dafür aber großes Schwimmbad nun einmal günstiger zu gestalten sind als für drei (Schwimmhallen Gaarden und Lessingplatz sowie Freibad Katzheide) kleinere Bäder, die dringend sanierungsbedürftig sind. Für die SPD-Ratsfraktion - und hier sind wir uns nicht nur mit unseren Kooperationspartnern GRÜNE und SSW, sondern auch mit der FDP und der CDU einig - sind bezahlbare Eintrittspreise für Kinder und Jugendliche sehr wichtig. Für die "alte" LINKE und die "neue" LINKE (= die sog. "Direkte Demokratie") hat das Argument, dass Schwimmbäder auch für Menschen mit wenig Geld da sind, offenbar bislang keine Rolle gespielt. Vielleicht gelingt es ja, die "alte" und die "neue" LINKE hier zur Einnahme einer sozialeren und weniger gleichgültigen

Haltung zu überzeugen. Immerhin hat die "neue" sog. "Direkte Demokratie" jetzt auch beschlossen, eine Vertreterin in die Kinderkommission der Stadt zu vorzuschlagen (welche die Ratsversammlung am 18.03.2010 sicher auch wählen wird). Das ist schön, so könnte sich die neue "linke" Fraktion der sog. "Direkten Demokratie" in der Jugendpolitik künftig weniger herausreden (z.B. dass man ihr nicht Bescheid gesagt habe...). Damit würde sich diese neue Fraktion dann - wie die Jugendpolitikerinnen und -politiker der anderen Fraktionen - endlich einmal wirklich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen widmen können, sodass diese auch etwas davon haben - und die Stadt und die Kielerinnen und Kieler auch. Wer für die Gründung einer neuen "linken" Ratsfraktion wie die sog. "Direkte Demokratie" jährlich einen sechsstelligen Betrag aus dem Stadthaushalt für sich verlangt, von dem darf man aber auch ein bißchen Einsatz verlangen.

Kommentar von Nidda Schweda vom 13.03.2010, 22:13 Uhr:
RE: Kommunalaufsichtsbeschwerde
Liebe Leserin, lieber Leser, nachfolgend einige Klarstellungen bzgl. der von Ratsherrn Hanns getätigten Äußerungen bzgl. der Nichtanwesenheit der Ratsfraktion Direkte Demokratie bei der Beteiligungs-Werkstatt in Sachen Zentralbad: Zitat: "Leider glänzten auch hier die Parteien „Die Linke" und die „Direkte Demokratie" obwohl es um die Jugendbeteiligung nach § 47 f der Gemeindeordnung ging, durch Nichtanwesenheit." Auch Ratsherr Hanns war nicht anwesend. Laut Auskunft der zuständigen Bäder GmbH, die die Veranstaltung organisiert hat, war nur ein einziger Kommunalpolitiker anwesend – und zwar Ratsherr Stagars in seiner Funktion als Aufsichtsratsmitglied. Zitat: "In der Kinderkommission wurde ausdrücklich von Seiten der Verwaltung zum Besuch der Werkstatt eingeladen…" Der Ratsfraktion Direkte Demokratie ist keine Einladung zugegangen, sondern sie hat von dem Termin aus den KN erfahren und dann eigene Nachforschungen angestellt. Zitat: "…eine Vertreterin der Linken war anwesend…" Diese Mitteilung von Ratsherrn Hanns muss verwundern, da doch auch „Die Linke" durch Nichtanwesenheit glänzte. Zitat: "Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass Ratsfrauen und Ratsherren nicht abgewiesen werden. Ich frage mich aus, warum diese um Erlaubnis gefragt haben. Auf den Gedanken muss man auch erst einmal kommen." Auf den Gedanken des um Erlaubnisfragens konnte die Ratsfraktion Direkte Demokratie allerdings nicht kommen, da ihr mitgeteilt wurde, dass das Erscheinen von Politikern nicht gewünscht wird. Wir hätten sehr gern gesehen, wie die Kinder und Jugendlichen an jenem Werkstatt-Tag beteiligt wurden. Zitat: "Und wer hat geantwortet und inweifern." Die Auskunft, dass Fraktionsmitglieder nicht teilnehmen können, wurde der Ratsfraktion Direkte Demokratie von der die Veranstaltung organisierenden Bäder GmbH nach den erwähnten eigenen Recherchen gegeben. Die Richtigstellungen kann die Ratsfraktion Direkte Demokratie auch beweisen. Es sei erwähnt, dass die Ratsfraktion Direkte Demokratie sehr an einer Versachlichung der Debatte und einen fairen Austausch der Argumente interessiert ist. Mit freundlichen Grüßen, Nidda Schweda (Mitarbeiterin der Ratsfraktion Direkte Demokratie)

Kommentar von Thilo Pfennig vom 05.03.2010, 22:05 Uhr:
RE: Kommunalaufsichtsbeschwerde
Sehr geehrter Herr Hanns, das ist sehr nett von Ihnen, dass Sie meinen Kommentar nicht löschen. Ich bin auch gegen Kommentarlöschungen jedweder Art. Außer es sind Beleidigungen oder vollkommen sinnfreie Beiträge. In meinem Blog kielkontrovers.wordpress.com begrüße ich Kommentare auch als Dialog. Was die DDKiel macht, weiss ich nicht und kann ich daher auch nicht weiter kommentieren. Wo ist die Arbeit der Kinderkommission überhaupt dokumentiert? Gibt es Protokolle? Im ALLRIS ist da nichts zu finden. Gruß, Pfennig

Kommentar von Volkhard Hanns vom 05.03.2010, 17:34 Uhr:

RE: Kommunalaufsichtsbeschwerde

Die PM ist korrekt und wird daher nicht zurückgenommen. In der Kinderkommission wurde ausdrücklich von Seiten der Verwaltung zum Besuch der Werkstatt eingeladen, eine Vertreterin der Linken war anwesend und wird dies bestätigen können. Die Pressemitteilung zielte v.a. auf die Beschwerde der Linken, die Darstellung ist wie gesagt zutreffend. Dass in der Direkten Demokratie der Wunsch bestand teilzunehmen, ist mir neu. Sie hat ja auch kein Mitglied in die Kinderkommission entsandt, deren Hauptaufgabenfeld zur Zeit die Effektivierung der Kinder- und Jugendbeteiligung ist. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass Ratsfrauen und Ratsherren nicht abgewiesen werden. Ich frage mich aus, warum diese um Erlaubnis gefragt haben. Auf den Gedanken muss man auch erst einmal kommen. Und wer hat geantwortet und inweifern. Eine Teilnahme sollte natürlich nicht stattfinden, ein Besuch war möglich. Ich hätte mich auch nicht abweisen lassen. Die Grundkritik stimmt aber, schauen wir uns doch mal die Arbeit an der Jugenpartizipation an. Im letzten Jahr waren es etwa 8 Sitzungen zu diesem Thema (Ak, Kinderkommission...) In diesem Jahr bereits 2. Bei diesen und auch an der Veranstaltung "Jugend im Rat" glänzte die DD durch Abwesenheit. Dass sie im Rollenspiel nicht berücksichtigt werden konnte, hatte organisatorische Gründe (war auch abgesprochen), eine Teilnahme der DD war aber ausdrücklich erwünscht, fand aber nicht statt. Ehrenamtler müssen nicht überall dabei sein, aber nie? Dafür hagelt es eine große Anfrage, was die Verwaltung wirklich neben der Beschwerde der Linken stark in Anspruch genommen hat, sollte sie doch eigentlich das Konzept zur Jugendbeteiligung umsetzen, das alle anderen Fraktionen, außer den beiden Linken, angeschoben. Die in der Pressemitteilung getätigte Kritik ist daher aufrecht zu erhalten, eine Entschuldigung ist unangebracht. Ihr Kommentar, Herr Pfennig, wird hier natürlich nicht gelöscht, so wie es die DD mit meinem Kommentar zu dem unflätigen Blogeintrag im DD-Blog getan hat. Hier werden sogar Assoziationen zwischen der PM und der NS-Zeit impliziert. Unglaublich. Mein ausgewogener Kommentar wird anschließend gelöscht. Vielleicht ist Ihre Demokratie nicht so direkt, wie Sie hier vorgeben. Die SPD hat keine Angst vor dem Austausch von Argumenten. Ob tatsächlich die Verwaltung Ratsmitgliedern der DD, andere lassen wir mal außen vor, vom OBR habe ich in der PM nicht gesprochen, den Besuch verweigert hat, werde ich bei der Verwaltung hinterfragen, selbst, wenn es ausgesprochen unwahrscheinlich klingt. Selbst dann hätte aber nicht ich mich zu entschuldigen.

Kommentar von Thilo Pfennig vom 04.03.2010, 23:39 Uhr:

RE: Kommunalaufsichtsbeschwerde

Sowohl dem Ortsbeirat Gaarden als auch den Ratsmitgliedern der Direkten Demokratie als auch mir als kritischen Begleiter wurde verweigert die Beteiligung zu beobachten. Es ist also eine glatte Lüge, dass hier verschiedene Vetreter die Möglichkeit hatten der Veranstaltung beizuwohnen. Sie sollten sich entschuldigen!

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 04.03.2010, 17:03 Uhr - 9192 Clicks - Nr. 230*

Helmut Trost im Amt als Kreisvorsitzender bestätigt.

Mit einem klaren Votum bestätigte der Kreisparteitag der Flensburger Sozialdemokraten am 27.02.2010 Helmut Trost als Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes.

Zu neuen Stellvertretenden Vorsitzenden wurden Simone Lange (SPD Ortsverein Adelby) und Axel Kohrt (SPD-Ortsverein Mürwik) gewählt.

Im Amt des Schatzmeisters wurde Stephan Kienaß (OV Flensburger Mitte) und als Schriftführerin wurde Meike Makoschey (OV Mürwik) bestätigt.

Zu Beisitzer/innen wählten die Genossinnen und Genossen

Maria Matz (OV Flensburg-Nord)
Anke Schmid (OV Engelsby)

Frank Hamann (OV Flensburger Mitte)
Herbert Ohms (OV Engelsby)
Christian Reimer (OV Flensburg-Nord)
Johannes Schmidt (OV Adelby)
Jens Seelbach (OV Adelby)
Stefan Trahn (OV Flensburg-Nord)

Begonnen hatte der Parteitag mit Grußworten der Landtagsabgeordneten Birte Pauls, die auch die Grüße des Landesvorstands überbrachte, und des Amtierenden Vorsitzenden des Nachbar-Kreisverbandes Schleswig-Flensburg, Ralf Wrobel.

Deutliche Unterstützung erhielt die Ratsfraktion für ihre Position im Ringen um eine stadtverträgliche Gestaltung des Neubaus der Handwerkskammer. Kritisiert wurde, dass die Politik in nicht auflösbaren Konflikt getrieben wurde - im Spannungsfeld zwischen verantwortungsvoller Stadtentwicklungspolitik und Strukturpolitik. "Wir müssen wieder zu einer Baukultur des Miteinander, nicht des Gegeneinander kommen", meinte der alte und neue Vorsitzende Helmut Trost. Kritisiert wurde der sogenannte OB-Kompromiss, weil er die Rücknahme eines früheren Entgegenkommens der Handwerkskammer beinhaltete. "Es gibt Lösungsmöglichkeiten, die es auch ermöglichen, das Raumprogramm der Handwerkskammer stadtverträglich umzusetzen und die auch für die Förderung akzeptabel wären", so die SPD. Angesichts des aufgebautes Zeitdrucks müsse man schnell die Chance der Mediation nutzen, ausgestreckte Hände ergreifen und nicht die Türen zuschlagen. Die Handwerkskammmer sei nicht nur eine städtebauliches, sondern auch ein strukturpolitisches Thema.

Einig war sich der Parteitag in einem anderen Punkt: "Wir, die Flensburger Sozialdemokraten, müssen buchstabieren, was soziale Gerechtigkeit für unsere Stadt bedeutet. "Viele Rathausentscheidungen sind finanzpolitisch fatal, ein Affront gegen Mütter, Väter und Kinder, ein Rückschritt für die Bildungsstadt Flensburg und das falsche Signal

für die Kultur in unserer Stadt", so Helmut Trost in seinem Rechenschaftsbericht. "Wir wollen Wachstum und Innovation mit Gerechtigkeit verbinden. Wir wollen ein zukunftsfähiges Flensburg - eine sozial gerechte, gesunde und intakte Stadt. Leistungsfähig und innovativ, eine Stadt für alle, ökologisch nachhaltig, mit kultureller
Vielfalt und Toleranz."

Dafür schnürte der Parteitag ein umfangreiches Arbeitspaket für den neuen Kreisvorstand. So wurde er beauftragt, ein Arbeitsprogramm u.a. zu den Schwerpunkten

Familienpolitik und Solidarisches Miteinander
Arbeit und Wirtschaft in Flensburg
Bildungschancen und Qualifizierungsmöglichkeiten
Ausbau der Kulturszene
Umweltschützende Energieversorgung durch die Stadtwerke GmbH
Umweltoptimierte Nahverkehrssysteme
zu erarbeiten.

Dabei wird sich der neue Kreisvorstand vor allem mit der Gesamtheit familienpolitischer Entscheidungen von kommunaler Ebene bis hin zu bundespolitischen Entscheidungen befassen. Das erklärte Ziel heißt Chancengleichheit für alle Kinder und im Fokus steht die Leistungsfähigkeit der Familien.

Auf den Antrag der Jusos, die Kameraüberwachung an Schulen zu verbieten, gab es kontroverse Diskussionen. Der Parteitag sprach sich dafür aus, das Thema Sicherheit an Schulen im Zusammenhang mit den Freiheitsrechten des Einzelnen umfassender zu diskutieren und politische Positionen dazu zu entwickeln.

Einig waren sich die Genossinnen und Genossen bei einem Beschluss zur Stärkung des Hochschulstandortes Flensburg und der Aufforderung an die Landtagsfraktion, die strukturelle Unterfinanzierung der Flensburger Hochschulen zu beseitigen.

Keine Kommentare

Kai Dolgner, MdL - *veröffentlicht am 04.03.2010, 18:05 Uhr - 6052 Clicks - Nr. 231*

Eher heiße als dünne Luft
Zum heute angekündigten gemeinsamen Vorgehen von Polizei und Kommunen gegen die Rockerkriminalität erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Kai Dolgner:

Das einzig Konkrete, das der Innenminister heute zum Thema Bekämpfung der Rockerkriminalität gesagt hat, war, dass es ausreichend Polizeikräfte für Einsätze gegen Rockerbanden gäbe.
Da einerseits solche Einsätze viel Personal erfordern, andererseits aber die Polizei Berge von Überstunden ,,vor sich herschiebt", sind wir gespannt,
wie sich der Innenminister gegen den Rest der Regierung behauptet, der Stelleneinsparungen von ihm fordert.

Nach den eher diffusen Ankündigungen des Innenministers bleibt unklar, wie es gelingen soll,

für kriminelle Rockerbanden ,,die Luft dünner" werden zu lassen. Uns scheint, dass es eher heiße als dünne Luft gibt. Jedenfalls öffnen die Äußerungen von Schlie
Spekulationen Tür und Tor. Sie können eher dazu beitragen, die Motorradszene insgesamt zu kriminalisieren als den tatsächlich kriminellen Rockerbanden das Handwerk zu legen.

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - *veröffentlicht am 05.03.2010, 10:54 Uhr - 4565 Clicks - Nr. 232*

Solidarität mit der TWN Belegschaft

SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna sprach mit dem Betriebsratsvorsitzenden von TWN Herrn Dietmar Raksch.
Johna fordert die Neumünsteraner zur Solidarität mit der TWN-Belegschaft auf und erklärt:

TWN ist der letzte Textilproduzent in der ehemaligen Tuchmacherstadt Neumünster, daher kann die Neumünsteraner Politik nicht zur Tagesordnung zurückkehren, wenn das letzte Unternehmen dieser Branche von der Schließung bedroht ist.
Wenn man auf das Stadtwappen von Neumünster schaut, wird man schon nachdenklich. Die vielen Schornsteine auf unseren Wappen stammen noch aus einer Zeit, wo unsere Textilproduzenten noch die größten Arbeitgeber waren.

Mein Respekt gilt den Beschäftigten von TWN, die obwohl eine Werkschließung zum 31.05.2010 angekündigt ist, weiterhin loyal zu Ihrer Firma stehen und pflichtbewusst weiterarbeiten.
Die Mitarbeiter/innen von TWN sind keine Kostenfaktoren, sondern eine wertvolle Ressource. Mit den Beschäftigen geht gleichzeitig auch das Wissen für eine hochwertige Teppichproduktion verloren.
Dies muss auch die Konzernleitung einsehen und Ihre Entscheidung überdenken, bzw. mindestens für einen ordentlichen Sozialplan sorgen.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 05.03.2010, 11:11 Uhr - 70675 Clicks - Nr. 233*

Raubbau an Familien, Gleichstellung und Gemeinnützigkeit verhindern!

SPD-Frauen zum 8. März 2010: Raubbau an Familien, Gleichstellung und Gemeinnützigkeit verhindern!
Mit extremer Sorge schauen schleswig-holsteinische AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) und „Forum Familie" auf den diesjährigen 8. März – und die Zeit danach. „Nur Blumen verteilen und unbeschwert feiern, das ist 2010 nicht drin", meinen die beiden Vorsitzenden Cornelia Östreich und Gesa Tralau. Zwar stehe der Internationale Frauentag weiterhin für viele Errungenschaften einer modernen Demokratie und Gesellschaft: Wahlrecht für Frauen, Recht auf Erwerbstätigkeit, Partnerschaft statt männlicher Bevormundung, Anerkennung von Familienarbeit. „Aber die jetzigen Regierungen in Land und Bund bedrohen die ohnehin schwierige Lebenssituation vieler Frauen und Familien akut. Dagegen hilft nur entschlossenes Zusammenstehen fortschrittlicher PolitikerInnen – auch über Parteigrenzen hinweg", appellieren die SPD-Frauen.

Die schwarz-gelben Fehlleistungen gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit seien inzwischen kaum noch zu zählen: angefangen auf Bundesebene mit unverantwortlichen Steuergeschenken an einzelne Lobbygruppen, welche dem Gemeinwohl direkt zuwiderlaufen. Denn die Einnahmeausfälle hätten die Länder und Kommunen zu verkraften – denen oft nichts anderes übrig bleibe, als bei Bildung, Sozialem und Infrastruktur vor Ort zu kürzen. „Unter diesen Bedingungen das ‚Wachstumsbeschleunigungsgesetz' auch für Familien schön zu rechnen, ist einfach nur zynisch", kritisieren die Nord-Sozialdemokratinnen. „Was hat denn eine Familie von 20 oder 30 Euro mehr im Monat, wenn gleichzeitig Kita-Gebühren steigen, Schwimmbäder geschlossen werden und der Schulbus noch seltener fährt ?" Dass die schleswig-holsteinische CDU-FDP-Regierung derzeit laut darüber nachdenke, das kürzlich erst eingeführte beitragsfreie 3. Kindergartenjahr wieder zu kippen, passe perfekt ins Bild.

A propos „zynisch": Bei aller berechtigten Empörung über die Tiraden eines Guido Westerwelle werde manchmal vergessen, wer tatsächlich das höchste Armutsrisiko in Deutschland trägt. „Das sind Familien – vor allem Alleinerziehende sowie Familien mit mehreren Kindern – und junge Leute, mit alarmierend steigender Tendenz", bringen Östreich und Tralau in Erinnerung. „Mit Blick auf diese Gruppen zeigt das Gerede von ‚spätrömischer Dekadenz' und ‚anstrengungslosem Wohlstand' seine ganze Gefährlichkeit: Der Vizekanzler diffamiert die Zukunft unseres Landes !" Dazu passe wiederum das komplette Schweigen über wirksame Lösungsansätze. „Existenzsichernde Mindestlöhne in allen Branchen, gleiche Löhne für Frauen und Männer, erschwingliche Kinderbetreuung und Bildung für alle – und wir bräuchten solche ‚Gespensterdebatten' nicht mehr", pflichten die Schleswig-Holsteinerinnen dem Berliner SPD-Fraktionschef Frank Walter Steinmeier bei. Stattdessen hätten die Konservativen im Bund gleich das nächste Phantom beschworen: in Gestalt des „Erziehungsgeldes", treffender „Herdprämie" genannt. „Das toppt nun wirklich alles", stellen AsF und Familienforum fest und verweisen auf die klaren Gegenanträge des Neumünsteraner Parteitags (beispielsweise von den Jusos). „Eltern – also in der Praxis vor allem Mütter – dafür zu bezahlen, dass sie ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken und ihnen somit frühe Bildung vorenthalten, ist Familienpolitik aus der Mottenkiste." Wie eine junge, angeblich moderne CDU-Bundesministerin so einen Murks vertreten könne, ist ihnen schleierhaft.

Dass Peter Harry Carstensen sich neuerdings auch in Berlin als Familienpolitiker betätigt und über eine Umschichtung des Kindergeldes sinniert, beeindruckt die Fachfrauen ebenfalls wenig. „Dahinter steht ja kein durchdachtes Konzept", bemängeln sie. „Kitas verteuern und bezuschussen; Gemeinschaftsschulen ausbremsen, aber Schulen angeblich fördern wollen; das Kindergeld nur als Thema in der Sozialstaatsdebatte hochkochen – ohne ein Wort über die Kinderfreibeträge, von denen vor allem die Reichen profitieren: Das war kein guter Beitrag!"

Dabei ziehen sich ganz konkret auf Landesebene über Frauen, Familien und gesellschaftlich Aktiven dunkle Wolken zusammen: kein Wunder bei einer Regierung, die mit nur einer Ausnahme aus Männern besteht und der zum Thema „Gleichstellung" kein einziger zukunftsweisender Satz eingefallen sei. Stattdessen werde munter Verunsicherungspolitik auf dem Rücken der BürgerInnen ausgetragen. Nach dem erwähnten Rückwärtssalto bei der Kita nun Angriffe auf eine Gleichstellungspolitik, die aus Schleswig-Holstein seit den späten 1980ern überhaupt erst ein modernes Bundesland gemacht hat; geplante Horrorkürzungen (30 % in 2011 und 2012) bei den freien Trägern, Vereinen und Verbänden sowie radikale Einschnitte bei der Eingliederungshilfe, die zuvor in fragwürdiger Weise „auf teuer" gerechnet wurde: „Überall sind in erster Linie Frauen betroffen, die für eine selbstständige Lebensführung auf gute Kinderbetreuung und faire Berufsberatung angewiesen sind – die aber auf der anderen Seite auch einen Großteil des gemeinnützigen und des ehrenamtlichen Engagements

in unserem Lande ‚stemmen", wissen die Sozialdemokratinnen.

Dabei lägen mit Sicherheit noch längst nicht alle Grausamkeiten auf dem Tisch, weil Konservative und Liberale gemeinsam auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen spekulierten. „Wie auch immer das Kalkül - Politik gegen Frauen, Familien und Gemeinwohl ist schlechte Politik", betonen Östreich und Tralau abschließend. „Schlechte Politik ist auch, die Gräben in unserer Gesellschaft immer noch tiefer zu schaufeln, wie es der FDP-Bundesvorsitzende tut. Gute Politik ist nur jenseits der jetzigen Regierungsparteien in Bund und Land zu haben."

Cornelia Östreich, 23. Februar 2010

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 05.03.2010, 12:44 Uhr - 14680 Clicks - Nr. 234*

SPD-Kreisverband Segeberg kritisiert schwarz-gelbe Energiepolitik
Auf drei Veranstaltungen hat sich der Kreisverband der SPD mit dem Thema alternative Energien und deren konkrete Anwendung befasst.
In Henstedt-Ulzburg ging es dabei um die Biomassenutzung und das Klimaschutzprogramm, in Bad Segeberg um die Rekommunalisierung der Stromversorgung und um die Integration von Solaranlagen und Erdwärme in bestehende oder neue Heizsysteme.

Auf der dritten Veranstaltung im Storchendorf Hitzhusen zeigten Fachberater insbesondere die Möglichkeiten der Nutzung von Kleinwindanlagen auf. Maßgeschneiderte Kleinanlagen für private Nutzer zu interessanten Preisen weisen den richtigen Weg in eine unabhängige Energieversorgung. Am Beispiel der Stadtwerke in Hameln wurde überzeugend dargestellt, wie Gemeinden und Städte den Weg in die Energieautarkie finden. Vorgestellt wurde auch das Projekt „100%-Erneuerbare-Energie-Regionen", das Kommunen anspornen soll, sich eines Tages komplett durch erneuerbare Energien zu versorgen.

Der SPD-Kreisverband kritisiert in diesem Zusammenhang die aktuellen Entscheidungen der schwarz-gelben Regierung als Schritt in die falsche Richtung und als Gefahr für die steigende Nutzung erneuerbarer Energien. Die Bundesregierung hat nach der Kürzung der Förderung von Solarstrom nun auch die Mittel zur Markteinführung erneuerbarer Energien radikal gesperrt – Solaranlagen auf Ackerflächen sollen nicht mehr gefördert werden. Damit torpediert schwarz-gelb die weltweiten Bemühungen um eine nachhaltige Klimapolitik.
Kommentar von Reinhold Nawratil vom 06.03.2010, 18:06 Uhr:
RE: SPD-Kreisverband Segeberg kritisiert schwarz-gelbe Energ
Die Regierung der Bundesrepublik unterläuft wieder einmal aus parteitaktischen Gründen den Bestrebungen der EU. Das Europäische Parlament und die EU-Commission streben eine Dezentralisierung der Ernergieversorgung und der Energienetze an. Der Eneuerbaren Ernergie werden Fördermittel bereit gestellt, die u.a. eine 75% Förderderung von Projekten in erneuerbaren Energie durch Privatpersonen vorsehen. Ansprechpartner sind die Aktivregionen, die KfW-Bank und die Investitionsbank. Der Monopolisierung durch die Nationalstaaten soll entgegengetreten werden. Die SPD Fraktionen unterstützen diese Bestrebungen. Aber es hapert mal wieder an der Kommunikation mit dem Bürger. Ich kann nur jeden Bürger aufrufen, sich auf Energiekonferenz, Konferenzen zur Nachhaltigkeit sowie auf Seminaren u.a. der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein zu informieren. http://afnu.schleswig-holstein.de Mit freundlichen Grüßen Reinhold Nawratil

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 05.03.2010, 20:00 Uhr - 5551 Clicks - Nr. 235*

Initiative gegen Geschäftsspenden und Polit-Sponsoring
Der SPD-Kreisverband Kiel hat angesichts der aktuellen Debatte eine Initiative zur veränderten
Finanzierungspraxis der SPD-Parteiarbeit in Schleswig-Holstein gestartet.

„Die von der CDU in NRW und in Sachsen geübte Praxis der „Vermietung" von Spitzenpolitikern und des Sponsoring von Parteien entspricht nicht unserem Verständnis von Unabhängigkeit und Freiheit der politischen Willensbildung. Schon der Eindruck von Käuflichkeit muss vermieden werden.
Die Praxis von „Geld gegen Gespräche" oder auch die Einnahme von Wirtschaftsspenden, die immer eine direkte oder indirekte Verbindlichkeit schaffen, schadet dem Ruf von politischen Parteien. Die Kieler SPD sieht sich in ihrer seit 1972 gültigen Grundsatzentscheidung, vollständig auf Spenden von Firmen und Verbänden zu verzichten, bestärkt und hält hieran fest. Unser Beispiel zeigt, dass es möglich ist, gute und kreative Wahlkämpfe aus Mitgliederbeiträgen und Einzelspenden von Personen zu finanzieren. Einen „Hochglanzwahlkampfwettbewerb" zwischen den Parteien lehnen wir ohnehin ab und setzen auf Argumente und Sachpolitik. Dies kann auch mit geringeren Mitteln erreicht werden.
Auf dem SPD-Landesparteirat Ende März starten wir deshalb eine Initiative und streben einen Grundsatzbeschluss an, der nach dem Kieler Beispiel auch in der gesamten Landespartei Klarheit schafft: „Der Landesparteirat der SPD Schleswig-Holstein verurteilt entschieden die bekannt gewordenen CDU-Pläne und Praktiken zur Spendeneinnahme und zum Polit-Sponsoring.
Die SPD Schleswig-Holstein, d.h. Landesverband, Kreisverbände und Ortsvereine sowie die anderen Parteigliederungen werden zukünftig gänzlich auf Firmen- und Verbandsspenden verzichten", so SPD Kreisvorsitzender Rolf Fischer

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 05.03.2010, 20:21 Uhr - 7280 Clicks - Nr. 236*

Stephan Heinzel und der Aufstieg der Kieler SPD
Einladung zur Buchvorstellung

In diesem Jahr wird die Kieler SPD offiziell 145 Jahre alt. Der Kreisverband nimmt dieses Jubiläum zum Anlass, ein Geschichts-Projekt vorzustellen, das eine besondere Qualität hat und in seiner Art für die Kieler Parteienlandschaft wohl ohne Beispiel ist:
Wir haben eine dreibändige Parteigeschichte auf den Weg gebracht, die erstmals die Entwicklung der Kieler Partei von ihren Anfängen bis in die Gegenwart dokumentiert.
Der Band I. „Stephan Heinzel und der Aufstieg der Kieler SPD" (1863-1900)liegt jetzt vor und wir möchten Ihnen deshalb Buch und Projekt vorstellen:

Am Mittwoch, den 10. März,
um 15.00 Uhr,
im Kieler Parteihaus am Kleinen Kuhberg.

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 06.03.2010, 16:52 Uhr - 4286 Clicks - Nr. 237*

"Kieler Murks" von Birger Heidtmann

Als "Aufbruch in eine bessere Zukunft" bezeichneten CDU und FDP in Schleswig-Holstein die Politik, die sie in ihrem Koalitionsvertrag auf 57 Seiten vereinbart hatten. Vorrangiges Ziel der neuen Landesregierung sollte es sein, "die Finanzkrise zu überwinden und die Vertrauenskrise zu bewältigen". So steht es in der Präambel des unter Hochdruck formulierten Vertragswerkes. Den Großteil des Textes machen bisher allerdings nur bloße und unverbindliche Absichtserklärungen aus.

Konkrete Beschlüsse findet man in dem Papier eher nicht. Statt anzufangen endlich Politik zu machen, wurschtelt man sich von einer Krise und Peinlichkeit zu nächsten. Während den Kommunen das Wasser bis zum Hals steht und das Realeinkommen weiterhin dramatisch sinkt, vollführt die Landesregierung einen politischen Eiertanz.

Hat die Landesregierung bisher nicht unbedingt mit geballter Fachexpertise geglänzt, so verfügt sie dennoch über eine solide Selbsteinschätzung. "Mit der nachhaltigen Konsolidierung des Haushalts steht das Land Schleswig-Holstein vor der größten Herausforderung seiner Geschichte. Die neue Regierung aus Union und FDP hat dafür einen klaren Kurs gesetzt und ist konsequent an die Arbeit gegangen. Die Koalition des Aufbruchs hat bewiesen, dass Schleswig-Holstein neue Stärke gewinnt, wenn es entschlossen auftritt und mutig weiter Kurs hält." Mit diesen Worten hatte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen die bisherige Regierungsarbeit im Februar über den grünen Klee gelobt. Die Realitäten im Land sprechen allerdings eine andere Sprache.

Bereits im Vorfeld jeder Regierungstätigkeit orakelte die schwarz-gelbe Koalition, dass das Land zwischen den Meeren vor "enormen finanzpolitischen Herausforderungen" stünde, die die politischen Gestaltungsmöglichkeiten gravierend eingeschränkten. CDU und FDP versprachen den Wählern dennoch eine "nachhaltige und generationsgerechte Haushaltspolitik". Das Ziel, ab dem Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, also dann ohne neue Schulden auszukommen, machte sich die CDU/FDP Regierung zum obersten Gebot ihres Handelns. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen nach Plänen der Landesregierung bis 2020 zum Beispiel zehn Prozent der Personalstellen des Landes abgebaut werden, das wären insgesamt etwa 5.600 Arbeitsplätze. Welche Folgen das für die Aufgaben der gebeutelten Kommunen vor Ort haben dürfte, wird wohl erst wirklich sichtbar werden, wenn die Landesregierung ihre Spar-Vorschläge vollständig preis gegeben hat.

Während man bereits jetzt Vereine, Theater und Verbände etc. im Land auf massive Einsparungen und Budgetkürzungen vorbereitet, werden gleichzeitig Posten für sogenannte Beauftragte aus dem Boden gestampft um langjährige politische Weggefährten finanziell abzusichern. Das Statistische Landesamt erhält sogar einen zweiten Vorstandssprecher, obwohl man auf diesen ohne große Mühen verzichten könnte. Den Steuerzahler wird diese sinnlose Personalentscheidung runde 80.000 Euro jährlich kosten. Selbst bisher loyale Staatsdiener, wie der Bund der Kriminalbeamten Schleswig-Holsteins, schütteln angesichts der bisherigen Regierungsarbeit mit dem Kopf. Auf der BdK Homepage kann man dann auch lesen: „Wo zur Stützung der „bedürftigen" HSH-Nordbank- und anderer Aktionäre - Milliarden Euro aufgebracht wurden, ist für die Verfolgung von Straftaten nicht einmal mehr das Notwendigste vorhanden." Im Öffentlichen Dienst sollen aber trotzdem bis 2020 voraussichtlich 4800 Stellen abgebaut werden. Nach Berechnungen der Landesregierung soll dadurch das Haushaltsdefizit um jährlich zehn Prozent gesenkt werden. Der dabei zu erwartende Qualitätsverlust scheint durch Schwarz-Gelb bewusst in Kauf genommen zu werden.

Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die damit verbundene Kostenübernahme aller Hartz IV-Maßnahmen durch die Länder und Kommunen, sowie die umfangsreichen Steuersenkungspläne der schwarzgelben Bundesregierung bei der Unternehmensbesteuerung

und der Erbschaftsteuer, werden absehbar weitere Einnahmeverluste in Millionenhöhe den Landeshaushalt und mittelbar auch die Kommunen belasten. Die kommunalen Finanzen geraten so in Zukunft sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite unter enormen Druck.
Auf der Einnahmeseite schlagen aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Steuerrechtsänderungen erhebliche Steuermindereinnahmen zu Buche. Dieser Prozess wird durch deutlich sinkende Zuweisungen der Länder noch verstärkt. Gleichzeitig werden auf der Ausgabenseite spürbare Mehrausgaben unabwendbar. Deutlich hervorzuheben ist hier der aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen unvermeidliche Anstieg bei den sozialen Leistungen, insbesondere der Kosten der Unterkünfte für Hartz4 Bezieher. Hinzu kommen die von der Gesetzgebung bestimmten, ebenfalls durch die Kommunen nicht beeinflussbaren Mehrausgaben bei den Pflichtausgaben. Nicht nur für das Jahr 2010, sondern auch für die folgenden Jahre sind kommunale Finanzierungsdefizite im zweistelligen Milliardenbereich zu erwarten. In der mittleren Frist bis 2013 werden die Kommunen nach übereinstimmenden Schätzungen von Bund, Ländern und Kommunen Defizite in einer Größenordnung von deutlich über 40 Mrd. Euro verzeichnen müssen. Der Deutsche Städtetag ließ dann auch verkünden: "Der Kassenkreditbestand der Kommunen droht bis 2013 auf eine bislang schier unvorstellbare Größe von 80 Mrd. Euro heranzuwachsen. Selbst wenn im Jahr 2013 die Steuereinnahmen wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht haben werden, werden die Finanzierungssalden weiterhin negativ sein und die jährlich neu hinzukommenden Defizite können nur langsam nach unten gefahren werden." Die Gemeinden und Städte sollen nun also die Suppe allein auslöffeln. Das Innenministerium an der Förde zeigt sich aber auch erstaunlich erfinderisch und schlug den kommunalen Spitzenverbänden jüngst vor, eine An- und Ummeldegebühr zu erheben um die maroden Gemeindekassen zu füllen. Der Bürger soll also ein weiteres Mal zur Kasse gebeten werden.
Die Kommunen mussten 2009 im Vergleich zu 2008 bundesweit rund. zehn Milliarden Euro weniger verkraften. Sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben ist die Entwicklung längst aus dem Ruder gelaufen. Die kommunalen Einnahmen sind im letzten Jahr bundesweit insgesamt um etwa 3,6 Milliarden Euro auf 171,3 Milliarden Euro zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Ausgaben um 8,5 Milliarden Euro auf 175,75 Milliarden Euro angewachsen und ein Ende dieser unerfreulichen Entwicklung ist nicht in Sicht. Es dürfte klar sein, dass nicht davon auszugehen ist, dass sich die Kommunen in Zukunft aus eigener Kraft aus ihrer Schuldensituation befreien könnten. So dürfte selbst bei einem kompletten Stopp sämtlicher freiwilliger Leistungen die strukturelle Überschuldung zahlreiche Kommunen nicht beendet werden. Damit ist bei den elementarsten Pflichtleistungen der Städte und Dörfer die Unterstützung des Bundes und der Landesregierung unerlässlich. In Kiel scheint sich die Regierungstätigkeit derzeit aber eher auf das Verwalten des Mangels, als auf das dringend notwendige politische Handeln, zu reduzieren.
Die Kassen der allermeisten Städte und Gemeinden sind leer. Die Bürger verstehen nur allzu gut, dass sie sich wohl oder übel von vielen liebgewonnenen Annehmlichkeiten des Sozialstaates trennen und mehr für kommunale Leistungen bezahlen müssen. Rechnerisch gibt es dazu derzeit wohl kaum eine wirkliche Alternative. Nicht mehr nachvollziehbar ist für den Steuerzahler allerdings, wenn sich die politischen Würdenträger im Land lieber mit sich selbst und ihrem angekratzten Ego beschäftigen, als politische Alternativen zu entwickeln, die die brenzlige Situation entschärfen würden. In den Geldbörsen der gebeutelten Bürger herrscht bereits heute vielerorts Ebbe. Die „Koalition des Aufbruchs" hat bisher bewiesen was sie alles nicht kann. Wie bereits im Bund erscheint Schwarz-Gelb auch im Land auf Kosten der meisten Bürger ausschließlich Klientelpolitik zu betreiben. Zukunftsfähig ist dieses politisch einseitige Selbstverständnis sicherlich nicht.

Keine Kommentare

AfA Stormarn - *veröffentlicht am 06.03.2010, 17:02 Uhr - 3325 Clicks - Nr. 238*

Sozialkonferenz in Bad Oldesloe
Einladung an alle Parteimitglieder der SPD zur

Sozialkonferenz
mit dem sozialpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion
Wolfgang Baasch , MdL

wo: in **Bad Oldesloe**
im **Bürgerhaus** in der **Mühlenstrasse**
(neben dem Stormarner Tageblatt)

wann: Donnerstag, den **25.03.2010**
um **19.30 Uhr**

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir haben auf dem Kreisparteitag am 16. Januar 2010 besondere landespolitische Themen angesprochen. Eines dieser wichtigen Themen war die Sozialpolitik. Lasst uns diese Diskussion im Kernbereich der SPD-Politik weiter führen!
Die AfA Stormarn
hat den sozialpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion

Wolfgang Baasch , MdL

eingeladen, um die Schwerpunkte der Arbeit auf diesem Gebiet im Landtag in Kiel vorzutragen. Selbstverständlich wird die Zeit zur Diskussion ausreichend gegeben sein.

Wir wollen zusätzlich einen gemütlichen Rahmen schaffen:
Es gibt ein gutes Glas Wein und etwas Gebäck, damit auch eine Diskussion in der SPD richtig Spaß macht.

Wir freuen uns auf Euren Besuch und die inhaltliche Diskussion.

Mit sozialistischen Grüssen

Uwe Teut
AfA Kreisvorstand Stormarn

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 06.03.2010, 21:25 Uhr - 9637 Clicks - Nr. 239*

SPD AG 60 plus: Pflegerisiko nicht auf Angehörige abwälzen
„Die Kreis-Arbeitsgemeinschaft der SPD Senioren unterstützt die Erklärung der Bundesvorsitzenden der AG SPD 60 plus Erika Drecoll
zum Vorschlag der Bundesfamilienministerin Schröder, eine Pflegezeit für Arbeitnehmer einzuführen," so der Kreisvorsitzende Hans Peter Robin.

Das von der Ministerin vorgestellte Modell wirft mehr Fragen auf, als es Antworten gibt. Die Ministerin geht offensichtlich von einem gut bezahlten Normalarbeitsverhältnis in Vollzeit aus. Pflege ist jedoch nach wie vor vorwiegend weiblich. Frauen arbeiten mehr als Männer im Niedriglohnbereich und in Minijobs. Für diese Frauen ist das von Frau Schröder angebotene Modell keine akzeptable Lösung.

Wenn pflegende Angehörige bis zu vier Jahre für nur 75 Prozent Lohn arbeiten müssen, ist ihre eigene finanzielle Lage nicht mehr abgesichert. Wie wirkt sich das auf die spätere Rente aus oder auf eine eigene Erkrankung der Pflegeperson nach der Pflege? Muss dann das Geld zurückgezahlt werden? Solche wichtigen Fragen lässt das Modell von Frau Schröder offen.

Die häusliche Pflege durch Angehörige muss mehr Wertschätzung erfahren und anders anerkannt werden als dies bei einem „kostenneutralen" Ansatz der Fall wäre, bei dem allein die pflegenden Angehörigen die Kostenbelastung einer Freistellung tragen. Die Pflege von Angehörigen muss ebenso hoch bewertet werden wie die Erziehung von Kindern. Dies gebietet auch die demografische Entwicklung. Zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist eine ähnliche Lösung wie beim Elterngeld zu wählen. Ein
Rechtsanspruch auf eine zweijährige Pflegezeit mit finanziellen Rahmenbedingungen ähnlich denen des Elterngeldes, das heißt 67 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens bis maximal 1.800 Euro, mindestens aber 300 Euro, würde viele pflegende Angehörige besser finanziell absichern und zugleich auch mehr zeitliche Flexibilität für die Pflege ermöglichen. Die SPD und die AG 60 plus fordern einen bezahlten Pflegeurlaub.

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 07.03.2010, 14:18 Uhr - 2866 Clicks - Nr. 240*

Sozialdemokratische Eckpunkte für Reinbek
"In einer öffentlichen Mitgliederversammlung mit reger Beteiligung und lebhafter Diskussion", so der Vorsitzende Klaus-Peter Puls, "hat die Reinbeker SPD für die Kommunalpolitik 2010 sozialdemokratische Eckpunkte gesetzt und der zahlreich anwesenden Stadtverordnetenfraktion für die im Rathaus anstehenden Entscheidungen wichtige Positionsbestimmungen mit auf den Weg gegeben."
Der Fraktionsvorsitzende Volker Müller führte in die Einzelthemen ein, und die Versammlung kam zu folgenden Ergebnissen:

Uwe-Plog-Sporthalle

1. Auf Abriss und Neubau der Halle am jetzigen Standort wird verzichtet. Die Funktionsfähigkeit und Standsicherheit der Halle wird schnellstmöglich durch Sanierung des Daches und der tragenden Dachkonstruktion wiederhergestellt.

2. Die Gesamtkosten der Sanierung sollen den Betrag von einer Million Euro nicht übersteigen. Diese Summe ist als Höchstbetrag in den städtischen Haushalt 2010 einzustellen.

3. Bei der Vergabe der Bauleistungen sollen fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige ortsansässige Betriebe nach Möglichkeit beteiligt werden.

4. Für die Finanzierung sind alle Fördermöglichkeiten auszuschöpfen. Es ist insbesondere zu prüfen, ob Mittel aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes für die Sanierungsmaßnahme eingesetzt bzw. umgewidmet werden können.

Freizeitbad

1. Bestrebungen anderer Fraktionen, das Freizeitbad zu schließen, werden abgelehnt. Das Bad ist als wichtige Einrichtung für alle Generationen und als Arbeitsplatz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten.

2. Zu prüfen sind die zukünftige Organisation und Verwaltung des Freizeitbades in städtischer Regie und die Möglichkeiten einer dezentralen energiepolitischen Lösung gemeinsam mit anderen städtischen Einrichtungen.

Holzvogtland und Haidland

1. Der planerischen Erweiterung des Gewerbegebiets Haidland mit dem Ziel zusätzlicher Schaffung von Arbeitsplätzen wird zugestimmt.

2. Einer Erweiterung des EKZ Schönningstedt für die vorhandenen Betreiber ohne Sortimentsausweitung kann zugestimmt werden. Eine Gemeinbedarfsfläche ist weiterhin vorzuhalten. Es ist darauf hinzuwirken, dass die verkehrliche Situation auf Kosten des Investors verbessert wird.

3. Das Holzvogtland südlich des EKZ Schönningstedt und nördlich des Stadtteils Prahlsdorf ist von Bebauung freizuhalten.

Kulturverbund im Mittelzentrum

1. Die Verträge für das Sachsenwaldforum sind zu kündigen mit dem Ziel, modifizierte Nutzungsbedingungen für städtische Einzelanmietungen zu erreichen.

2. Schloss und Museum Rade sind als kulturelle Einrichtungen mit örtlicher und überörtlicher Bedeutung zu erhalten.

3. Für alle städtischen Kulturangebote einschließlich VHS ist ein gemeinsam zu organisierender und zu finanzierender "Kulturverbund" mit den Gemeinden des gemeinsamen Mittelzentrums (Reinbek, Glinde und Wentorf) und weiteren Nachbargemeinden anzustreben.

Reinbek als soziale Stadt

1. Die SPD Reinbek setzt sich unabhängig von gesetzlichen Einschränkungsmöglichkeiten für ein bedarfsgerechtes Krippen- und Kindertagesstättenangebot ein.
2. Die SPD Reinbek spricht sich dafür aus, die freien Träger der Sozialarbeit mit ihren verlässlichen Angeboten weiterhin uneingeschränkt zu unterstützen.
3. Die SPD Reinbek schließt zur Finanzierung einer starken sozialen Stadt moderate Steuererhöhungen nicht aus.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 07.03.2010, 21:55 Uhr - 4649 Clicks - Nr. 241*

Bildungs- und Sozialpolitik in der Kommune

Dr. Ralf Stegner und Martin Habersaat im Bürgerhaus Barsbüttel

Die Beratungen über den Barsbütteler Gemeindehaushalt 2010 haben es gezeigt, auch in anderen Städten und Gemeinden wird deutlich: die finanzielle Lage der Kommunen ist schwierig, über den Umgang mit den Kommunalfinanzen gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Die Einen wollen „Sparen um jeden Preis" und stellen „alles auf den Prüftsand".
Hermann Hanser, der Fraktionsvorsitzende der SPD Barsbüttel stellte fest: „Bildung und Erziehung dürfen nicht von der kurzfristigen Haushaltslage abhängig sein". Vereine und Verbände sind verunsichert, Barsbütteler Eltern haben eine Bürgerinitiative gegründet und setzen sich für ihre Interessen ein.

Wie können Vereine und Verbände weiter unterstützt werden?
Wie können Städte und Gemeinden als Träger ihre Schulen und Kindertageseinrichtungen weiter entwickeln?
Welche Entwicklungen in der Landespolitik werden Einfluss auf die Situation vor Ort haben?

Über diese und andere Fragen diskutieren mit interessierten Gästen Dr. Ralf Stegner, MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein; Martin Habersaat, MdL, im Landtag für Barsbüttel, Glinde, Oststeinbek und Reinbek und Vorsitzender der SPD Stormarn; Hermann Hanser, Vorsitzender der SPD Fraktion Barsbüttel und des SKS – Ausschusses Barsbüttel. Los geht es am Donnerstag, dem 11. März 2010 um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Barsbüttel.

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 07.03.2010, 22:09 Uhr - 17040 Clicks - Nr. 242*

SPD-Kandidat mit klarer Mehrheit zum Itzehoer Bürgermeister gewählt

Der SPD-Kandidat Dr. Andreas Koeppen hat die Bürgermeisterwahl in Itzehoe im ersten Wahlgang klar gewonnen. Mit 56% lag er deutlich vor dem Amtsinhaber Rüdiger Blaschke, der auf 39% kam. Der dritte Bewerber Martin Wnuck kam auf knapp 5%.
Dieser Sieg wurde vorbereitet vom Wahlsiegteam unter der Leitung von Jürgen Stahmer mit Beratung durch Thies Thiessen von der SGK. Möglich wurde der deutliche Sieg, weil es gelungen ist, die anderen Parteien zu überzeugen. Außer der SPD haben sich die GRÜNEN, die CDU und die UWI für Andreas Koeppen ausgesprochen. Zudem haben sich viele unabhängige BürgerInnen, denen das Schicksal ihrer Stadt am Herzen liegt für den neuen

Bürgermeister eingesetzt. Somit gibt es diesmal viele Gewinner.

Die SPD-Steinburg gratuliert allen diesen Wahlsiegern und wünscht dem neuen Bürgermeister unserer Kreisstadt alles Gute für sein Amt. Hoffentlich wird sich die gute Stimmung des Wahlabends in der politischen Arbeit der Stadt Itzehoe wiederfinden.
Für die SPD war dieser Wahlabend viel schöner als die letzten Wahlabende, die wir hinter uns haben. Er war auch besser besucht. Das könnte der Auftakt für die neue Gemeinsamkeit in Itzehoe werden, die sich Andreas Koeppen zum Wahlkampfziel gemacht hatte.
Kommentar von Dirk Lerche vom 09.03.2010, 21:18 Uhr:
RE: SPD-Kandidat mit klarer Mehrheit zum Itzehoer Bürgermeis
Herzlichen Glückwunsch aus Kiel und viel Erfolg!

Kommentar von Jürgen Klein vom 09.03.2010, 18:47 Uhr:
RE: SPD-Kandidat mit klarer Mehrheit zum Itzehoer Bürgermeis
Herzlichen Glückwunsch aus Hohenlockstedt Auf diesem Wege ein Dankeschön an das Wahlkampfteam. Ihr habt eine klasse Arbeit geleistet. Es ist ein schönes Gefühl für alle Sozis zu wissen- Ja wir können gewinnen. Andreas hat mit der richtigen Einstellung, mit Einsatz, Wissen und Menschlichkeit die Bürger überzeugt. Die Erwartungen sind nun hoch - wir alle sind nun aufgefordert Andreas zu unterstützen.

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.03.2010, 11:48 Uhr - 2664 Clicks - Nr. 243*

Ricarda-Huch-Schule und Goetheschulen: Mensabau geht los!
"SPD, GRÜNE und SSW unterstützen den Vorschlag von Bürgermeister Todeskino und Schulstadtrat Möller, so bald wie möglich mit dem Bau der gemeinsamen Mensa für die Ricarda-Huch-Schule und die Goetheschulen zu beginnen. Denn zum nächsten Schuljahr wird die bisherige Realschule eine Gemeinschaftsschule mit Ganztagsbetrieb und braucht - ebenso wie das Gymnasium und die Grundschule - eine funktionierende Mensa.
Wir begrüßen, dass die sehr sachkundig vorgetragenen Bedenken von Anliegern und Stadtteileinwohnern in zwei öffentlichen Veranstaltungen angehört wurden und nun bei der weiteren Umsetzung des Vorhabens zum Teil berücksichtigt werden können:
- Indem die Haupterschließung über den Westring erfolgt und die Eltern ihre Kindern dort und nicht über die Hansastraße zur Schule bringen werden,
- indem auch nach Schulschluss Nutzer der Sporthalle oder der Mensa dort ihren Wagen abstellen und dafür nicht über die Hansastraße anfahren müssen,
- indem der bestehende Parkplatz in der Hansastraße unter Berücksichtigung der Belange der dortigen Kindertagesstätte umgestaltet wird (ohne Parkfläche aufzugeben),
- indem der Zulieferverkehr für die Mensa auch über den Westring und nicht - wie von manchen Anwohnern befürchtet - über die Hansastraße geführt werden wird,
- indem eine Fahrrad- und Fußwegverbindung zwischen Hansastraße und Westring über das Gelände der Schulen organisiert und so der Stadtteil besser mit der Universität verbunden wird,
- indem zusätzliche Beleuchtungen am Mensagebäude vorgesehen werden, um Vandalismusgefahr entgegenzuwirken, und
- indem zusätzliche Baumpflanzungen zwischen dem Mensagebäude und Anliegergrundstücken vorgenommen werden.
Da die Finanzierung der gemeinsamen Sporthalle, die SPD, GRÜNE und SSW im Stadthaushalt 2010 beschlossen haben, auf anderen Grundlagen beruht, besteht hier die Möglichkeit eines Architektenwettbewerbs. Der Vorschlag der Verwaltung für einen solchen Wettbewerb für eine

Dreifeld-Sporthalle am Westring wird von uns unterstützt,"der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Kirsten Wegener, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 08.03.2010, 12:59 Uhr - 15419 Clicks - Nr. 244*

Keine Zeit zum Luftholen

Gerade mal 15 Stunden nach seinem beeindruckenden Wahlsieg der Bürgermeisterwahl in Itzehoe war Andreas Koeppen bereits wieder im Einsatz!

Gemeinsam mit den Frauen der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Frauen (AsF) verteilte er anlässlich des Internationalen Frauentages Rosen in der Itzehoer Innenstadt.

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 08.03.2010, 21:35 Uhr - 2155 Clicks - Nr. 245*

Pressemitteilung der SPD-AG Nachhaltiges Reinfeld

SPD-AG Nachhaltiges Reinfeld tagt
Die Arbeitsgruppe Nachhaltiges Reinfeld der Reinfelder SPD hat ihre nächste Zusammenkunft für Dienstag, den 16. März vorgesehen.
Das Treffen findet statt um 19.30 Uhr im Stavenkamp Nr. 3D. Inhaltlich soll es diesmal um konkrete Vorarbeiten für ein Solarkataster gehen sowie um die Planung der nächsten Aktivitäten. Nähere Informationen gibt es bei Gerd Herrmann, Tel. 1837.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.03.2010, 09:45 Uhr - 1332 Clicks - Nr. 246*

Beseitigung von Straßenschäden

"Als Soforthilfe gegen die zahlreichen Straßenschäden aufgrund des lang anhaltenden Winters in Kiel fordern SPD, GRÜNE und SSW, dass die verbliebenen Restmittel für Lärmschutz aus dem Konjunkturpaket II für Schlaglochreparaturen genutzt werden können. Bislang sind durch den von der Ratsversammlung beschlossenen Nachtragshaushalt 2009 noch 700.000 Euro für Straßenbaumaßnahmen zur Verbesserung des Lärmschutzes in der Esmarchstraße und in der Blücherstraße vorgesehen, die noch nicht verbaut sind.
Zur Freigabe dieser Mittel für Schlaglochreparaturen ist aber die kurzfristige Zustimmung der zuständigen Stellen der Landesregierung erforderlich. Der Ball liegt nun im Feld der Landesregierung!

Auch die Umwidmung der Mittel vom an sich vorgesehenen Ersatz für das Natursteinpflaster rund um den Blücherplatz zur Auffüllung von Schlaglöchern wird dem Lärmschutz dienen. Schließlich machen die Abrollgeräusche von Kraftfahrzeugen, die über Schlaglöcher fahren, ebenfalls erheblichen Krach. Die Beseitigung der Löcher dient deshalb auch dem Lärmschutz," dies erklärten der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Achim Heinrichs, der verkehrspolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 09.03.2010, 11:32 Uhr - 12403 Clicks - Nr. 247*

Birgit Herdejürgen beim parlamentarischen Abend des Handwerks
Gern folgte die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen der Einladung des Handwerkverbandes Schleswig-Holstein zum parlamentarischen Abend.

„Das Handwerk spielt in Schleswig-Holstein eine zentrale wirtschaftliche Rolle und so ein Abend ist dann immer eine sehr gute Gelegenheit miteinander zu sprechen und sich auszutauschen", so Herdejürgen.

Wie wichtig das Handwerk für Schleswig-Holstein ist führte der Präsident des Fachverbandes Ulrich Mietschke in seiner Begrüßungsrede an.

25.000 Betriebe mit 120.000 Beschäftigten und 17.000 Auszubildenden erwirtschaften 10,5 Milliarden Euro. Dabei sei das Handwerk eben keine „marktradikale" Wirtschaft, sondern die Wirtschaftsmacht von nebenan, die sich auch in den Gemeinden, in Vereinen und Verbänden engagiere, betonte Mietschke.
Auch hob Ulrich Mietschke die besondere Bedeutung der Sparkassen für das Handwerk hervor, da diese die Situation der Betriebe vor Ort gut kennen, und demnach auch einschätzen können.
Die anstehende Novellierung des Sparkassengesetzes werde sie sehr kritisch begleiten, versprach die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Herdejürgen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 09.03.2010, 11:56 Uhr - 4691 Clicks - Nr. 248*

SPD will verbesserte Pflegeberatung

Für zwei Tage zog sich die SPD Kreistagsfraktion in Timmendorf zur Klausurtagung zurück, um über Ziele und zukünftige Vorhaben zu beraten. Eines der Schwerpunktthemen war die Beratung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen. Das Thema ist aktuell durch die Debatte um Pflegestützpunkte im Gespräch. Zwar wurde auf die demographische Entwicklung insbesondere durch Einführung der Pflegeversicherung reagiert, jedoch mangelt es an einer transparenten und zeitgemäßen Darlegung der Pflegeberatung. Fraktionsvorsitzender Reinhard Mendel: „Wer plötzlich mit Fragestellungen rund um das Thema Pflege befasst ist, findet in Stormarn aufgrund der vielen Angebote von verschiedenen Trägern nicht immer einfach die nächste Beratungsstelle. Hier brauchen wir mehr Service für Betroffene und Angehörige. Hierzu muss eine pragmatische Lösung gefunden und nicht das Rad neu erfunden werden."

Margot Sinning, langjährige Vorsitzende des Stormarner Sozial- und Gesundheitsausschusses: „Wir haben in Stormarns Städten und Gemeinden eine Fülle von Beratungsstellen, es sind gewachsenen Strukturen, festgehalten im Pflegebedarfsplan. Hier wird deutlich, dass in Stormarn hervorragende Pflegeberatung und Versorgungsangebote durch verschiedene Träger wahrgenommen werden. Leider fehlen teilweise noch Angebote für Demenzkranke." Aber aufgrund der Vielfalt sei der Zugang des einzelnen Bürgers zu den diversen Angeboten manchmal schwierig. Ziel der SPD ist es daher, alle Angebote in Informationen und Broschüren für die Bürger zusammenzufassen, damit schnell ein entsprechendes Beratungsangebot gefunden und geholfen werden kann. Ergänzend fordert die SPD, dass alle Träger der Pflege mit ihren Beratungsstellen im örtlichen Telefonbuch unter dem Stichwort „Pflegeberatung" aufgeführt werden.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 09.03.2010, 14:34 Uhr - 1480 Clicks - Nr. 249*

Neue STENA-Super-Fähren für Kiel!

„Mit den neuen, 240 Meter langen und mehr als 1.000 Passagiere befördernden Super-Fähren setzt die Reederei „Stena Line" ein starkes Signal für die Landeshauptstadt als Tourismus- und Wirtschaftsstandort.
SPD, GRÜNE und SSW begrüßen, dass das Unternehmen seine strategische Entscheidung zugunsten des Kieler Hafens getroffen hat, von dem aus in Zukunft der Fährverkehr der „Stena Line" zwischen Göteborg und Schleswig-Holstein gesteuert werden wird. Das bedeutet mind. 40 zusätzliche Arbeitsplätze für Kiel, u.a. im Umschlaggeschäft.

Zum September 2010 – pünktlich zum Einsatzbeginn der neuen Super-Fähre „Stena Germanica" – wird auch der neue Schwedenkai mit dem neuen Terminal fertiggestellt sein, in das die städtische Seehafengesellschaft mit Unterstützung des Landes rund 30 Millionen Euro investiert hat. Mit diesem erstklassigen Terminal bietet Kiel in der Innenstadt eine attraktive Infrastruktur als Fährhafen. SPD, GRÜNE und SSW werden weiter an einer Verbesserung der Innenstadtentwicklung arbeiten, um die Attraktivität des Tourismusstandortes Kiel zu

erhöhen," dies erklärten der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Kommentar von Ratsherr Falk Stadelmann (SPD) vom 13.03.2010, 18:55 Uhr:

RE: Neue STENA-Super-Fähren für Kiel!

Kiel wird nun DER Stena-Fährhafen in Schleswig-Holstein. Die Reederei "STENA LINE" konzentriert ihr Geschäft und ihr Personal auf unsere Stadt. Aber im Kieler Hafen und um das Hafengeschäft herum werden neue Arbeitsplätze entstehen. Die städtische Seehafengesellschaft hat mit dem Bau des neuen Schwedenkais und des Terminals richtig investiert. Jetzt kommt es darauf an, unsere Stadt - besonders die Innenstadt - so zu stärken, dass noch mehr Fährpassagiere, die im Kieler Hafen ankommen, in unserer Stadt bleiben, hier Urlaub machen, einkaufen, in Restaurants und Cafés gehen oder Freizeit- oder Kultureinrichtungen besuchen. Deshalb hat die SPD gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern dafür gesorgt, dass sich nach der absehbaren Schließung der Karstadtfiliale am Alten Markt dort Nachfolgeunternehmen ansiedeln können und werden, damit der Platz rund um die Nikolai-Kirche belebt und nicht zu einer Brache wird. Und deshalb soll in zwei Jahren an der Hörn ein neues, zentral gelegenes Hallen- und Freizeitbad die Türen öffnen: Für die Kielerinnen und Kieler (Schulschwimmen, Sport- und Freizeitschwimmen), aber auch für Touristinnen und Touristen, die auch bei schlechtem Wetter attraktive Freizeitmöglichkeiten in Kiel finden werden. Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) wird noch vor dem Sommer zehn Empfehlungen zur Tourismuspolitik in Kiel vorlegen, an deren Erarbeitung die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung, Kiel-Marketing GmbH und Kiel-Marketing e.V., die Sporthafen GmbH, die städtische Seehafengesellschaft, die Industrie- und Handelskammer zu Kiel, der Kieler Hotel- und Gaststättenverband e.V., der Einzelhandelsverband Nord, die Kieler Wirtschaftsförderungsgesellschaft und der Förderkreis Altstadt e.V. beteiligt sind. Auf dieser Grundlage werden wir über weitere Verbesserungen sprechen, auch über eine Perspektive für unsere Stadt für neue Kultureinrichtungen, wenn sie finanzierbar sind.

Kommentar von Günther vom 13.03.2010, 13:33 Uhr:

RE: Neue STENA-Super-Fähren für Kiel!

Toll, es kommen immer größere Fähren nach Kiel und das Kreuzfahrtgeschäft wird auch immer besser. Das ist auch sehr gut so. Nun muß doch auch jeden klar sein, das das Versenken des Science-Centers eine große Fehlentscheidung war. Es wäre eine wichtige Attraktion für die Stadt gewesen.

SPD-Amtsverband Südangeln - *veröffentlicht am 09.03.2010, 18:44 Uhr - 2357 Clicks - Nr. 250*

Mitglieder des SPD-Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg besuchten NDR Studio

NDR Studio Flensburg: Klein, aber oho!

Auf seiner letzten Klausur hatte der SPD-Kreisvorstand beschlossen, eine größere Reichweite der Pressemitteilungen zu erlangen. Hierfür wurde der Beisitzer für Öffentlichkeitsarbeit, Jörg Joosten aus Tolk, beauftragt einen Kontakt herzustellen zum Hörfunk und Fernsehen. Zusammen mit dem amtierenden SPD-Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel aus Brebel, besuchte Joosten nun das Studio des Norddeutschen Rundfunks (NDR) in Flensburg. Einleitend zeigte Joosten eine fast 20 Jahre alte NDR Publikation über das Studio Flensburg, welches den Titel hatte: Klein, aber oho! Dass dieser Titel nicht übertrieben war, davon konnten Joosten und Wrobel sich im fast 2-stündigen Gespräch mit dem Studioleiter des NDR Studios Flensburg,

Werner Junge, überzeugen.
„Wir haben seit dem 12. November 1950 in Flensburg Hörfunkbeiträge produziert. 1951 war das Jahr in dem begonnen wurde, ganze Sendungen (wie "Vun Binnenland & Waterkant") für Schleswig-Holstein - also regionalisiert- auszustrahlen. Die Brückenfunktion nach Dänemark war vom ersten Tag an und ist bis heute eine Aufgabe des Studios. Das Ziel und Auftrag - und das ist halt das Besondere - haben sich in Kern seit 1950 nicht verändert. Zu der Zeit war das Studio Flensburg noch Bestandteil des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), aus dem später der NDR und der Westdeutsche Rundfunk (WDR) wurden. Es war eine politische Entscheidung das Studio in der Grenzregion Deutschlands nach Dänemark zu betreiben, weil das Zusammenleben von Deutschen und Dänen nicht immer so problemlos war wie es heute ist", so Junge.
Nach dem 2.Weltkrieg bekam Deutschland auf einer Konferenz kaum noch Mittelwellenfrequenzen und -sender mit großer Reichweite zugeteilt, wie sie in Deutschland und Europa vor dem 2.Weltkrieg Standard in der Rundfunkversorgung waren, so das in Deutschland der UKW-Rundfunk Einzug hielt mit all seinen Vor- und Nachteilen, so Junge weiter. Durch die auf Sichtweite begrenzte Reichweite der UKW-Sender war es möglich geworden eine Regionalisierung im Rundfunk einzuführen.
„Hier bei uns auf dem flachen Land schaffen wir es mit den UKW-Sendern Flensburg (89,6 MHz) und Sylt (90,9 MHz), mit unserer regionalen Berichterstattung aus dem Studio Flensburg fast den gesamten Landesteil Schleswig zu erreichen. Ich weiß, dass es südlich von Husum schwer ist uns zu empfangen. Wir berichten 3-mal am Tage aus dem Studio in Flensburg. Dann wird das Programm von NDR 1 Welle Nord auseinander geschaltet und zwar um 10:30Uhr für die Veranstaltungstipps und jeweils um 12:30Uhr und 16:30Uhr für die Regionalnachrichten aus der Region", so Werner Junge weiter.
Aktuell arbeiten im Studio Flensburg 10 Mitarbeiter, die aber auch Beiträge aus der Region für andere ARD-Rundfunkanstalten und seit 2000 auch für das Fernsehen produzieren. Eine der heutigen Aufgaben des NDR Studio Flensburg sei es, so Junge weiter, den öffentlich, rechtlichen Rundfunkauftrag zu erfüllen und eine starke regionale Präsenz zu gewährleisten trotz nicht steigender Finanzmittel. Die regionale Präsenz ist heute im Rundfunkbereich in Schleswig-Holstein ein Alleinstellungsmerkmal des NDR. Dies bietet kein privater Rundfunkanbieter in Schleswig-Holstein. Es gibt seit 1982 insgesamt 4 weitere Studios des NDR in Schleswig-Holstein und zwar in Heide, Norderstedt, Lübeck und Kiel. Kiel ist auch seit 1970 Sitz des Landesfunkhauses des NDR in Schleswig-Holstein und strahlt seit 1981 das Landesprogramm des NDR die „Welle Nord" aus. Es gelte, so Junge, die Stärkung der dezentralen Struktur sowohl im Hörfunk als auch im Fernsehbereich fortzusetzen. Der NDR arbeite, so Junge, gegen den in vielen Firmen üblichen Trend, in dem der NDR sein Engagement in der Region und Fläche ausweitet.
„Zur Stärkung des Programms wurde und musste eine Änderung des Musikprogramms durchgeführt werden. Dies war für einige Mitarbeiter/innen und Hörer/innen ein harter Schritt, aber unbedingt notwendig, um eine größere Anzahl von Rundfunkhörern für das Programm von NDR 1 Welle Nord zu begeistern. Unser klares Ziel ist es, das das Programm von NDR 1 Welle Nord in Schleswig-Holstein das meist gehörte Rundfunkprogramm wird", so Junge abschließend.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 09.03.2010, 20:00 Uhr - 2662 Clicks - Nr. 251*

SPD-Engelsby: Wer macht mit beim Flensburger Frühjahrsputz?
Helferinnen und Helfer sind herzlich willkommen!
Am 27. März ist es wieder soweit. Flensburgerinnen und Flensburger aller Altersgruppen werden ausschwärmen und die dann hoffentlich wieder schneefreien Grünflächen der Stadt mit vereinten Kräften von achtlos weggeworfenem Müll befreien. Basis ist die Aktion „Unser sauberes Schleswig-Holstein", bei der der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag und der Städteverband Schleswig-Holstein zum landesweiten Müllsammeln aufrufen.

Möglichst viele öffentliche Plätze und Grünanlagen sollen an diesem Tag von gedankenlos weggeworfenem Abfall befreit werden.
Flensburg ist natürlich wie immer dabei. Beim Technischen Betriebszentrum - TBZ in der Schleswiger Straße sind die Vorbereitungen bereits mit der Einladung fester Partner angelaufen. Das TBZ wird wieder in bewährter Form die Koordination der Sammelplätze im Stadtgebiet übernehmen und den gesammelten Abfall an den verschiedenen Stellen im Stadtgebiet abholen.

Alle, die mitmachen möchten, können sich beim TBZ unter Tel. 85-1703 anmelden. Michael Borchmann vom Kundenzentrum des TBZ nimmt Interessierte auf und stimmt mit ihnen das Sammelgebiet ab: „Straßennachbarn, Sportvereine, Kegelclubs, Skatrunden, Einzelpersonen – wir freuen uns über jede helfende Hand!" Natürlich kann man auch direkt beim TBZ in der Schleswiger Straße 76 vorbeischauen und sich anmelden (Mo.-Mi. 8.00 -15.30 Uhr, Do. 8.00 - 17.30 Uhr, Fr. 8.00 - 12.30 Uhr).

Schulen und Kindergärten können wie gewohnt bereits am Vortag, d.h. am Freitag, dem 26. März sammeln.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 09.03.2010, 20:44 Uhr - 3821 Clicks - Nr. 252*

Osterrönfeld wird müllfrei
Am Samstag, 27. März 2010, lädt die landesweite Aktion "Unseres sauberes Schleswig-Holstein" alle Bürgerinnen und Bürger herzlich dazu ein, im eigenen Wohnort die Landschaft von achtlos weggeworfenem Müll zu befreien. Auch in Osterrönfeld findet das Großreinemachen statt...

Um 9:30 Uhr treffen sich alle interessierten Osterrönfelderinnen und Osterrönfeld am Feuerwehrgerätehaus (Schulstraße 36), von wo aus gemeinsam gestartet wird. Bei hoffentlich gutem Wetter und schneefreien Böden können Groß und Klein Osterrönfeld wieder einigermaßen müllfrei machen.

Im Anschluss wartet auf alle Helferinnen und Helfer wieder ein kleiner "Dankeschön-Imbiß" im Feuerwehrgerätehaus.

Lesen Sie auch den Bericht zum Frühjahrsputz 2009 [mehr]

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 09.03.2010, 21:11 Uhr - 6614 Clicks - Nr. 253*

Frauen brauchen gleiche Löhne und mehr Kinderbetreuung!
Zum Internationalen Frauentag am 08. März 2010:

"Vor 99 Jahren, am 19. März 1911, gingen erstmals Frauen in Berlin zum Frauentag für ihre Rechte auf die Straße. Sie kämpften um das Frauenwahlrecht, um ihre politischen Rechte und um Partizipation. Fast ein Jahrhundert später tragen Frauen Verantwortung in allen Bereichen unserer Gesellschaft und auf allen Ebenen.
Kieler Sozialdemokratinnen sind ein gutes Beispiel für politische und administrative Verantwortung von Frauen an hervorgehobener Stelle - als Stadtpräsidentin (Ratsfrau Cathy Kietzer), als einzige Fraktionsvorsitzende in der Ratsversammlung (Ratsfrau Gesa Langfeldt), als erste muslimische Volksvertreterin im Kieler Landtag (Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli) und bald als neue Stadträtin für Arbeit und Wirtschaft (Ute Berg).

Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie keine Generation zuvor. Und trotzdem liegt Deutschland bei der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zurück.

- Immer noch liegt der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern bei etwa 23 Prozent. Das ist beschämend und inakzeptabel. Es gilt die Kernforderung "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit". Die Bundesregierung ist aufgefordert, klare gesetzliche Regelungen zu schaffen, damit die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen endlich geschlossen wird.

- Außerdem brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Er bedeutet für viele Frauen einen wichtigen Schritt hin zur Existenzsicherung, zur Vermeidung von Armut, zu materieller Unabhängigkeit, er bedeutet Anerkennung ihrer Arbeit und Leistung. Wenn sich im Februar 2010 der Discountermarkt Lidl für die Einführung von Mindestlöhnen ausgesprochen hat, so ist das ein Schritt in die richtige Richtung, der auch in Kiel vielen Frauen hilft. Auf Worte müssen Taten folgen!

- Um Müttern genauso wie Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, ist ein Ausbau der Kinderbetreuung dringend erforderlich. Deshalb hat die SPD-Ratsfraktion gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern im Kieler Stadthaushalt für das Jahr 2010 die Schaffung von 325 neuen Krippenplätzen, 134 neuen Kindergartenplätzen und 267 neuen Hortplätzen für Grundschulkinder (bzw. entsprechende Tagespflegeplätze) beschlossen. Denn bis Ende des Jahres 2013 soll in Kiel für jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren ein Kindergarten- oder Tagespflegeplatz geschaffen, für jedes zweite Grundschulkind ein Hortplatz geschaffen und für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Krippen- oder Tagespflegeplatz erreicht werden. Damit unterstützen wir Mütter und Väter bei der Erziehung ihrer Kinder und ermöglichen ihnen, gleichzeitig einer Berufstätigkeit nachzugehen.

Um auch in Zukunft öffentliche Kinderbetreuung in den Städten und damit auch in Kiel organisieren zu können, muss der Bund seine finanzielle Beteiligung ausweiten und nicht verringern. Wenn allerdings CDU, CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag ein auch von Ökonomen als nutzlos bewertetes Betreuungsgeld - im Volksmund "Herdprämie" genannt - vereinbaren und gleichzeitig die finanziellen Möglichkeiten der Städte zum Ausbau der Kindertagesstätten einschränken, dann wissen wir: Vereinbarkeit von Kindererziehung und

Berufstätigkeit für Frauen will diese Bundesregierung nicht. Das geht nur mit der SPD",
so die Vorsitzende der Kreisarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und
frauenpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Ingrid Lietzow.
Kommentar von Tim vom 10.03.2010, 14:49 Uhr:
RE: Frauen brauchen gleiche Löhne und mehr Kinderbetreuung!
Mh ja. Das mit den 23% ist ja inzwischen auch so eine Art Klassiker der Gleichberechtigung. Leider ist das nicht ganz so einfach: http://bit.ly/AEK4D - Deswegen lässt sich die Lücke auch nicht einfach so schließen. Ich denke, die anderen Themen sind wesentlich wichtiger. Da kann man auch konkret etwas tun.

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 09.03.2010, 22:37 Uhr - 3283 Clicks - Nr. 254*

SPD vor Ort: Bürger beurteilen ihre Stadt
Am vergangenen Samstag war die SPD Quickborn wieder unterwegs, um die Bürger nach ihrer Meinung zu fragen. Während einer Veranstaltung der Reihe „SPD vor Ort" am Dorotheenplatz konnten sich die Bürger in Anwesenheit der Bürgermeisterkandidatin Johanna Skalski auf Stelltafeln dazu äußern, was ihnen an der neuen Innenstadt gefällt, aber auch, was noch verbessert werden muss.
Bei herrlichem Winterwetter nutzen viele Besucher diese Gelegenheit. Gut angekommen sind bei den Bürgern der Brunnen am Forum, die abendliche Beleuchtung auf dem Dorotheenplatz und insgesamt einige „schöne Verbesserungen".

Auf der Wunschliste der Quickborner stehen aber noch viele offene Punkte. Da ist zum einen die schlechte AKN-Verbindung für Menschen mit Schichtdienst. Viele Bürger beklagen, dass die Stadt insgesamt nicht einzelhandelsfreundlich sei. Saubere Fenster in der Bahnhofshalle und Sauberkeit überhaupt in der Stadt wurden angemahnt und insgesamt fordern die Bürger mehr grün. Selbst der an sich gelobte Dorotheenplatz müsse mehr grün erhalten, er sei heute viel zu grau.

Vermißt werden ein öffentliches WC und eine Uhr am Bahnhof, Stellplätze für die Geschäfte und zwar auf der Straße vor den Läden. Die Poller sind wegen ihrer unzweckmäßigen Form ein öffentliches Ärgernis. Hier wird gefordert, sie für den Autofahrer sichtbar zu machen. Klage gab es über nicht ausreichend breite Zugänge für Rollatoren, wie sie zumeist von alten Menschen benutzt werden. Aber auch das Dauerthema Hundekot war wieder dabei mit der einfachen Anregung, ausreichend Hundetütenautomaten aufzustellen und man fragt sich, wieso das bei einer neuen Innenstadt immer noch ein Thema sein muss. Ein Kiosk in der Bahnhofshalle wird ebenso vermisst, wie ein Engagement für mehr Sozialwohnungen.

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - *veröffentlicht am 10.03.2010, 09:43 Uhr - 3878 Clicks - Nr. 255*

Neue Uni-Buslinie: SPD setzt sich erfolgreich für mehr Platz im Bus ein

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Kieler Mitte, Benjamin Raschke, erklärt: „Der SPD-Ortsverein Kieler Mitte begrüßt die Entscheidung der Stadtverwaltung und der Kieler Verkehrsgesellschaft, eine zusätzliche Schnellbuslinie „Linie 60 S" entlang der Linie 61/62 zwischen der Universität und dem Hauptbahnhof einzurichten, um die Verkehrssituation zwischen den Haltestellen „Universität" und „Uni-Sportstätten" bzw. „Uni-Bibliothek" zu entschärfen.
So wird es wieder mehr Platz im Bus für alle geben! Als im Dezember 2009 im Ortsbeirat Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook die Stadtverwaltung über die verschärfte Verkehrslage berichtete, haben die SPD-Ortsbeiratsmitglieder genau diese Schaffung einer neuen Bus-Shuttle-Linie vorgeschlagen. So kann der Universitätscampus mit den Wohnvierteln der Studierenden gut verbunden werden.

Nach den Planungen der Stadtverwaltung soll die neue Schnellbuslinie nun mit zwei zusätzlichen Fahrtenpaaren je Stunde zwischen Hauptbahnhof und Universität verkehren und nicht alle, sondern nur ausgewählte Haltestellen zwischen Innenstadt und Universität ansteuern.

Stadtverwaltung und Verkehrsgesellschaft entscheiden damit im Interesse der Stadtteileinwohnerinnen und -einwohner ebenso wie der Studierenden und der Beschäftigten der Universität. Die Zunahme der Passagiere in den Bussen auf den Linien zur Universität geht auf die Einführung der sog. Bachelor- und Masterstudiengänge zurück, die jetzt mehr Anwesenheit der Studierenden in Vorlesungen und Seminaren verlangen als die frühere Studienordnung. Das bedeutet, dass mehr Studierende den Bus benutzen als früher, und das morgens und mittags jeweils zu Vorlesungsbeginn und Vorlesungsende. Gemeinsam mit den Angestellten der Universität und allen anderen Kielerinnen und Kielern, die besonders morgens und mittags auf dem Weg zur Arbeit oder in die Stadt zusteigen, sind die bisherigen Busse oft überfüllt. Mit der zusätzlichen „Linie 60 S", die nur während der Vorlesungszeiten fährt und von jedermann benutzt werden kann, und mit einem zusätzlichen Bus morgens auf der Linie 61/62 werden die bestehenden Busverbindungen auf den Linien 61/62 (Olshausenstraße) und 81 (Westring) entlastet."
Kommentar von Dirk Lerche vom 11.03.2010, 18:17 Uhr:
RE: Neue Uni-Buslinie: SPD setzt sich erfolgreich für mehr P
Das wurde auch Zeit. Endlich!

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 10.03.2010, 15:14 Uhr - 74530 Clicks - Nr. 256*

Politik im Internet

In der Gustav-Heinemann Bildungsstätte trafen sich Internetaktivisten der SPD-Schleswig-Holstein und Bildungsurlauber um über die Vernetzung von Politik und Neuen Medien zu sprechen. Der Wahlkampf von Präsident Obama wurde mit den Versuchen der deutschen Parteien sich im Internet zu präsentieren verglichen. Die Verlagerung von Verwaltungsvorgängen ins Internet wurde kritisch betrachtet und die Veränderung im Umgang mit persönlichen Daten problematisiert.
Je nach Vorwissen waren neue oder vertiefende Erkenntnisse möglich. Das Erfolgsrezept der Bildungsstätte, Menschen mit unterschiedlichen Vorkenntnissen und Einstellungen zusammen zu bringen, schuf die Grundlage für rege Diskussionen.

Der Referent Bernd Oswald hatte viele Informationen zusammengetragen, die in die Tiefe gingen und Zusammenhänge beleuchteten, die neu waren. So gab es für alle TeilnehmerInnen was zu Lernen.

Der Obama-Wahlkampf wurde mit eindrucksvollen Zahlen dokumentiert und die Mitmachmöglichkeiten vorgestellt. Wer hätte schon gewußt, dass Obama 7,8 Millionen Fans auf seiner Facebookseite hat. Die Frage, was sich aus Amerika auf unsere Verhältnisse übertragen lässt, und was davon wünschenswert ist wurde lebhaft diskutiert. Die Parteien in Deutschland haben alle versucht, aus dem Wahlkampf in Amerika zu lernen. Es wurde deutlich, dass das unterschiedlich gut gelungen ist. Die Gegenüberstellung der Parteiseiten aus dem Wahlkampf war sehr erhellend. Deutlich wurde, dass für die SPD noch ein deutliches Verbesserungspotential besteht.

Eine große Sorge war die Entwicklung der Datensammlung im öffentlichen Bereich. Die elektronische Gesundheitskarte kann in ihren Auswirkungen auf die Arbeitswelt und die Selbstbestimmung schwer eingeschätzt werden. Wie kann man kontrollieren, welche Informationen gespeichert werden, wie kann man falsche Eintragungen ändern, waren die zentralen Fragen, die diskutiert wurden.
Bei ELENA, dem elektronischen Einkommensnachweis, ging die Skepsis weiter, hier wurde deutlich, dass Daten erfasst werden sollen, die den Grundsätzen für die öffentliche Datensammlung widersprechen. Niemand von den TeilnehmerInnen konnte die Berechtigung für die Erfassung von Fehlzeiten für die Berechnung von Wohngeld, Arbeitslosengeld oder sonstigen Transferleistungen erkennen. Es heißt, dass öffentliche Datenbanken nur solche Informationen enthalten dürfen, die unmittelbar der Aufgabenerfüllung dienen. Außerdem scheint bei ELENA das Prinzip der Vorratsdatenspeicherung wieder auf zu leben, das an anderer Stelle vom Verfassungsgericht verboten wurde.

Ebenso Bedenken gab es gegen private Datensammlungen. Als Beispiel wurde die Vorbereitung auf GOOGLE-Streetview bewertet. Auch hier gibt es einen gefühlten Vollzugsdefizit bei den Datenschutzrechten. Das Prinzip, dass nur solche Daten erfasst werden dürfen, für die es eine Einwilligungserklärung gibt, wird hier ins Gegenteil verkehrt. Man kann der Abbildung des eigenen Hauses durch GOOGLE widersprechen, man muss also aktiv werden, um eine Datenverwendung zu verhindern. Nicht der Datensammler muss aktiv werden, weil es als

unzumutbar gilt, jeden Hausbesitzer zu fragen. Dass diese Rechtsauffassung nicht nur bei den Teilnehmern umstritten ist, zeigt die Verbraucherschutzministerin, die den Widerspruch gegen diesen GOOGLE-Dienst praktisch unterstützt.
Ausführlich wurde die Erscheinung der Piratenpartei und ihre Wirkung auf das Parteiensystem betrachtet. Deutlich wurde, dass die etablierten Parteien Nachholbedarf bei der Beteiligung über das Internet haben. Und dass die Onlinedemokratie noch am Anfang ihrer Entwicklung steht.
Es sollen noch die Chancen und Risiken der Internetwahl beleuchtet werden und neue Aktionsformen angeschaut werden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenahng die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes, dass Flashmobs als Arbeitskampfmittel für zulässig erklärt. Bei einer Flashmob-Aktion werden durch Internetaufrufe und Telefonketten ganz viele Aktivisten zu einer Aktion zusammengetrommelt, die für den Betroffenen wie aus dem Nichts entsteht. Das ist ein großer Unterschied zu angekündigten Aktionen wie Streiks oder Demonstrationen.

Autor: RR

Kommentar von Jörg vom 10.03.2010, 20:26 Uhr:
RE: Politik im Internet
Eine gute Frage! Welchen Nutzen hat die Allgemeinheit eigentlich? Mir fällt beim besten Willen nichts ein. 3-D-Navigation? Wie albern ist das denn?

Kommentar von Steffen vom 10.03.2010, 17:16 Uhr:
RE: Politik im Internet
Och immer dieses Google-Streetview-Thema… Da gibt es eine Hand voll Fotos, auf denen Leute in blöden Situationen gezeigt werden und schon stellt man den ganzen Service in Frage. Natürlich ist es neu für viele Menschen, dass quasi das Internet bei ihnen vorm Grundstück vorbeifährt. Da kann ich Skepsis verstehen - aber mal im Ernst: Welchen Schaden hat man davon, wenn das eigene Haus im Internet zu sehen ist? Und welchen Vorteil hat die Allgemeinheit davon, wenn sie diese Bilder zur 3D-Navigation nutzen kann?

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 11.03.2010, 23:15 Uhr - 3341 Clicks - Nr. 257*

Diskussionstreff 60plus – Viele wollten Ralf Stegner kennenlernen

Über 70 Gäste konnte Organisatorin Marietta Exner zum jüngsten Diskussionstreff 60plus im Bürgerhaus Glinde begrüßen. Alle waren aus demselben Grund gekommen: Ralf Stegner einmal aus der Nähe kennenlernen. Eine Teilnehmerin stellte anschließend fest: „Der ist politisch und rhetorisch fit, das wusste ich, aber er kann ja auch scherzen und lächeln!" Vorher hatten Ralf Stegner und der regionale Landtagsabgeordnete Martin Habersaat mit den Senioren zwei Stunden lang viele Themen diskutiert.

Ein Schwerpunktthema vieler Fragen waren die öffentlichen Finanzen. „Die Kommunen werden sich nicht über die Erhöhung der Hundesteuer sanieren können!", stellte Ralf Stegner fest. Er

entwickelte unter anderem die Idee, die Gewerbesteuer zu einer Kommunalsteuer umbauen. Gleichzeitig befand er, wer es mit den Zielen Kinderbetreuung, Bildung und Klimaschutz ernst meine, der dürfe den Menschen keine Steuersenkungen versprechen: „Kein Kind hat etwas davon, dass Schwarz-Gelb Hoteliers und reiche Erben entlastet. Und mit dem reichen Erbe ist nicht das Einfamilienhaus in Glinde gemeint, sondern die Villa am Starnberger See." Stegner entwickelte auch Perspektiven: „Am besten für die Staatskasse ist, wenn alle jungen Menschen in Arbeit gebracht werden, niemandem erzählt wird, er werde nicht gebraucht. Und wer arbeitet, braucht einen anständigen Lohn, von dem er auch leben kann. Der zahlt dann auch Steuern und braucht weder zum Lohn noch zur Rente staatliche Zuschüsse."

Eine Teilnehmerin berichtete von ihrem ehrenamtlichen Engagement in einem Oststeinbeker Kindergarten und machte deutlich, wie wichtig künstlerische und musische Bildung schon für die Kleinsten sind. Ralf Stegner konnte aus dem Programm der SPD zitieren: „Jedes Kind soll ein Instrument lernen." Zuhause habe er das auch praktiziert, seine drei Söhne, heute 16, 17 und 18 Jahre alt, beherrschen alle unterschiedliche Instrumente.

Kritik gab es an manchen aktuellen Positionen der FDP: Mit ihrer Bildungspolitik, die eigentlich zurück zum dreigliedrigen Schulsystem will, sei die FDP derzeit die konservativste Kraft im Landtag, befanden die Landespolitiker Habersaat und Stegner. Und die Pläne für eine Kopfpauschale im Gesundheitssystem seien zwar auf den ersten Blick einfach, aber nicht gerecht: „Es ist nicht gerecht, wenn die Krankenschwester genauso viel zahlen muss wie der Chefarzt. Und was die FDP ‚sozialen Ausgleich' nennt, wird Millionen Menschen zum Gang ins Sozialamt zwingen!"

Über Sprache und Politik machten sich viele der Anwesenden Gedanken. Stegner kritisierte das Wort „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" für ein Projekt, das die Städte und Gemeinden vor große finanzielle Probleme stellt. Martin Habersaat nannte „auf den Prüfstand stellen" als Unwort vieler Haushaltsberatungen: „Was die CDU auf den Prüfstand stellt, will sie nicht etwa reparieren oder verbessern, sondern oft genug abwracken." Holger Gettschat aus Barsbüttel problematisierte den Begriff „Steuerflüchtling", mit dem der kriminelle Akt der Steuerhinterziehung vertuscht werde.

Nach einem lebhaften Nachmittag befand Stegner schließlich: „Solche Diskussionstreffs wie den in Glinde, der nun schon 18 Jahre existiert, sollte es überall im Land gegen. Die Demokratie braucht Menschen, die sich für ihre Umgebung interessieren und munter debattieren!"

Foto: Ralf Stegner, Marietta Exner (die Kanne war ein Geschenk von Heide Simonis), Martin Habersaat

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 11.03.2010, 23:17 Uhr - 2371 Clicks - Nr. 258*

Bildungspolitik braucht Weitblick – Ralf Stegner im Bürgerhaus Barsbüttel

Vertreter zahlreicher Vereine und Verbände Barsbüttels, Schulleiter, Mitglieder der Elterninitiative Barsbüttel, der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Bürgervorsteher Jörg Kiencke – eine illustre Runde hatte sich im Bürgerhaus Barsbüttel versammelt, um zu diskutieren, was momentan überall im Lande die Herzen bewegt:
Wie sollte kommunale Bildungs- und Sozialpolitik in Zeiten knapper Kassen aussehen?
Zum Nachdenken über dieses Thema hatten Hermann Hanser, Vorsitzender der SPD-Fraktion Barsbüttel, der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und der Vorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner, eingeladen.

Problematisiert wurde unter Anderem der Begriff der „Freiwilligen Leistungen". So nennt sich alles, was eine Kommune tun kann, wozu sie aber nicht gesetzlich gezwungen ist. Hanser: „Sozialpädagogen an den Schulen und ein reges Vereinsleben in Barsbüttel, um zwei Beispiele zu nennen, sind aber unbedingt nötig. Ausgaben in diesem Bereich sind also Pflicht im Rahmen einer verantwortungsvollen Politik." Ralf Stegner zitierte Studien, nachdem jeder Euro, der in Bildung investiert wird, sich bis zu sechsfach rentiert. Wer heute alle Jugendlichen mitnehme, müsse später weniger Geld für Sozialtransfers ausgeben und erhöhe seine Steuereinnahmen. Außerdem befand er lobend: „Barsbüttel hat eine moderne soziale Infrastruktur. Das wird sich für die Zukunft der Gemeinde rechnen."

Bei vielen Systemen müsste überprüft werden, ob sie den Interessen der Menschen dienen oder anderen Prinzipien folgen. Das machte Stegner am Beispiel des Gesundheitswesens und Krankenhäusern deutlich, aber auch an Verwaltungsstrukturen, die reformiert werden könnten. Änderungsbedarf gibt es, waren sich alle Beteiligten einig, auch bei vielen Prinzipien, denen kommunale Haushalte unterworfen sind Stegner: „Statt nur als Investition gelten zu lassen, was in Beton investiert wird, muss auch Geld für Bildung als Investition in die Zukunft betrachtet werden."

Auch die Frage nach Beteiligungsmöglichkeiten in der Politik wurde diskutiert. Werner Schlüter, der Vorsitzende des Seniorenbeirates Barsbüttel, freute sich über das jüngste Engagement der Barsbütteler Eltern. Andere Anwesende betonten die Möglichkeit für ältere Barsbüttlerinnen und Barsbütteler, sich über den Seniorenbeirat einzumischen. Einen Wunsch formulierte Ralf Stegner als Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein: „Die SPD muss der Partner all derer sein, die sich für die Gesellschaft engagieren, in der sie leben." Das Prinzip „Eigennutz vor Gemeinnutz" finde anderswo seine politische Heimat.

Martin Habersaat fasste zusammen: „Gerade in der Bildungs- und Sozialpolitik kommt es auf den Weitblick an. Volkswirtschaftliche Betrachtungen sind hier wichtiger als der enge Blick auf Jahresetats. Und: Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen."

Keine Kommentare

SGK-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 12.03.2010, 09:58 Uhr - 1799 Clicks - Nr. 259*

Schwarz-gelbe Koalition spaltet das Land und sieht Städte als notwendiges Übel
Zur der Vorstellung der Maßgaben von CDU und FDP zum neuen Landesentwicklungsplan erklärt der Landesvorsitzende der SGK-SH, Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner: „Die CDU/FDP-Koalition will Schleswig-Holstein zu einem Land der Dörfer machen.

Städte versteht dieses schwarz-gelbe Bündnis als notwendiges Übel. Sie verkennt dabei, dass die meisten Menschen in Schleswig-Holstein in Städten leben und gerade die Städte die wirtschaftlichen und kulturellen Motoren unseres Landes sind.

Ohne aktive Zentren würde kaum jemand auf dem Lande leben wollen. Die Maßgaben von CDU/FDP zum Landesentwicklungsplan nehmen den Städten ihre Entwicklungschancen, bevorteilen einseitig den ländlichen Raum und schwächen die Städte in einer Zeit, in der diese finanziell nicht ein und aus wissen. Schleswig-Holstein wird gespalten in zukunftsfähige Dörfer und entwicklungsarme Städte. Für diese Landesregierung kann man sich nur fremd schämen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 12.03.2010, 11:24 Uhr - 2328 Clicks - Nr. 260*

Einrichtung von drei neuen Planstellen für Schulsozialarbeit
„Mit der Entscheidung, drei neue Schulsozialarbeiterstellen zu schaffen, gehen wir einen weiteren Schritt in Richtung „Soziale Stadt". Die Grundlage für diesen Ausbau der Schulsozialarbeit haben wir in den Haushaltsverhandlungen Ende 2009 gelegt. Insgesamt stellen wir damit mittlerweile über 15 Schulsozialarbeiterstellen zur Verfügung.
Damit verbessern wir weiter kontinuierlich die Kooperation von Jugendhilfe und Schule am Standort Schule.

An der Timm-Kröger-Schule, dem Thor-Heyerdahl-Gymnasium und der Theodor-Möller-Schule werden neue Stellen geschaffen, um die bereits bestehenden Angebote in Kiel weiter zu verbessern.

Wir freuen uns über den konkreten Umsetzungsvorschlag der Verwaltung, in dem die richtigen Prioritäten gesetzt werden und den wir voll unterstützen. Auf die Kooperation von SPD, Grünen und SSW ist in Kiel Verlass. Wir werden auch in Zukunft trotz der schwierigen Haushaltssituation die Schulsozialarbeit weiter ausbauen," dies erklärten der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter Kokocinski und die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kirsten Wegner.

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 12.03.2010, 11:51 Uhr - 57172 Clicks - Nr. 261*

"Handelsverbot hilft Rotem Thunfisch!"
EU-Mitgliedsstaaten wollen Handel mit bedrohtem Thunfisch stoppen

Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust begrüßt den Beschluss der EU-Regierungen, sich auf der am Wochenende beginnenden Artenschutzkonferenz CITES in Doha für ein weltweites Handelsverbot für roten Thunfisch einzusetzen.

Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust begrüßt den Beschluss der EU-Regierungen, sich auf der am Wochenende beginnenden Artenschutzkonferenz CITES in Doha für ein weltweites Handelsverbot für roten Thunfisch einzusetzen. „Ich bin sehr erfreut, dass die EU mit einer Stimme sprechen wird. Das bedeutet eine reelle Chance auf ein Handelsverbot", kommentierte die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament die Entscheidung.

Experten fordern seit langem ein Handelsverbot des vom Aussterben bedrohten Roten Thunfisches. In der Vergangenheit sind zahlreiche Versuche, der Überfischung durch Quotenregelungen beizukommen, gescheitert, da die illegale Jagd auf den lukrativen roten Thunfisch nicht eingedämmt werden konnte. Ein Handelsverbot dürfte die illegale Fischerei deutlich unattraktiver machen und zum Schutz der Art beitragen. In der EU fischen hauptsächlich Frankreich, Spanien und Italien im Mittelmeer nach dem besonders in Japan begehrten Sushi-Fisch. Trotzdem konnten die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament erreichen, dass der Rote Thunfisch in Anhang I des CITES-Abkommens aufgenommen wird und damit in Zukunft ein internationales Handelsverbot gilt.

„Jetzt müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten den Ball aufnehmen und das Handelsverbot auf der CITES-Konferenz durchsetzen", fordert Rodust, die jedoch warnt: „Noch ist nichts entschieden. In Doha muss eine Zweidrittel-Mehrheit her. Ich baue auf den weltweiten öffentlichen Druck, der wankelmütige Regierungen nicht unbeeindruckt lassen wird!"

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 12.03.2010, 13:58 Uhr - 2500 Clicks - Nr. 262*

SPD Barsbüttel im Bürgergespräch

Nach der Bundes- und Landtagswahl im September 2009 hatte sich die SPD Barsbüttel vorgenommen, monatlich auf dem Wochenmarkt präsent zu sein und den Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig Informationen aus der Kommunalpolitik zu liefern. Klaus-Jürgen Krüger: „Bisher haben wir unser Vorhaben einhalten können. Aber jetzt standen wir schon vier Monate im Schnee hier, langsam kann es gerne wärmer werden!" Auf dem März-Stand berichteten die Sozialdemokraten...

unter anderem von der möglichen Zukunft des Baubetriebshofs, der Elterninitiative für eine bessere Kita-Betreuung und den Erfolgen der neuen Mensa an der IGS.

Ein weiteres Thema kam in diesem Monat aus der Bundespolitik: Die Kopfpauschale, die Gesundheitsminister Rösler in der Krankenversicherung anstrebt. Hier fanden die Sozialdemokraten für ihre ablehnende Position viel Zustimmung. Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, selbst auch regelmäßig auf dem Wochenmarkt präsent: „Die Pläne für eine Kopfpauschale im Gesundheitssystem sind zwar auf den ersten Blick einfach, aber nicht gerecht. Es ist nicht gerecht, wenn die Krankenschwester genauso viel zahlen muss wie der Chefarzt. Und was die FDP ‚sozialen Ausgleich' nennt, wird Millionen Menschen zum Gang ins Sozialamt zwingen!"

Andrea Johann freute sich, außerhalb eines Wahlkampfes ungezwungen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen: „Der mögliche Umzug des Rathauses, die Gestaltung der neuen Ortsmitte, Projekte im Bildungs- und Betreuungsbereich – es gibt so viele spannende Themen in unserer Gemeinde, und es ist uns wichtig, die Bürgerinnen und Bürger daran zu beteiligen."

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 12.03.2010, 16:53 Uhr - 7887 Clicks - Nr. 263*

SPD-Intiative: Donnerstag als Veggie-Tag

Auf seiner letzten Sitzung hat der Kieler SPD-Kreisvorstand beschlossen, sich für die Einführung eines Veggie-Tag nach dem Vorbild der belgischen Stadt Gent einzusetzen.

Die Kieler SPD möchte für eine Kieler Initiative an den Bildungseinrichtungen in der Stadt werben und mit den Schulen, Berufsschulen und Hochschulen mit Mensen in einen Dialog treten, ob sie sich an der Veggie-Tag-Initiative beteiligen wollen, die europaweit schon viele Sympathisanten gefunden hat.

Zum Hintergrund: Die Massentierhaltung wird heutzutage als einer der größeren klimaschädlichen Faktoren angesehen – die UNO geht davon aus, dass 20 % des durch Treibhausgase hevorgerufenen Klimawandels auf die Massentierhaltung zurückzuführen ist.

Zum einen werden große Mengen an Futter benötigt, die in extensiver Landwirtschaft angebaut und meist importiert werden, zum anderen werden Treibhausgase wie Methan freigesetzt, die noch schädlicher als CO2 sind.

Ein geringerer Fleischkonsum würde sich also positiv auf das Klima auswirken. Die belgische Stadt Gent (240.000 EinwohnerInnen) hat dies erkannt und im vergangenen Jahr den Donnerstag zum 'VeggieDag' erklärt: Das heißt, an diesem Wochentag werden in allen staatlichen Kantinen und Mensen lediglich vegetarische Essen angeboten. Diese Initiative fand in der Bevölkerung großen Anklang und hat dazu geführt, dass auch einige Restaurants am Donnerstag nur vegetarische Gerichte anbieten.

Ein positiver Nebeneffekt an Schulen wäre zudem, dass die Schülerinnen und Schüler auf diese Weise auch lernen können, dass Gemüse und Obst schmecken können – ohne jedoch gezwungen zu werden, komplett auf Fleisch zu verzichten.

Ansprechpartner: Benjamin Raschke, benjamin.raschke@spd-online.de, 0176-29011419
Kommentar von Lorenz Mayer vom 22.03.2010, 16:57 Uhr:
RE: SPD-Intiative: Donnerstag als Veggie-Tag
Ich finde diese Initiative der Kieler SPD sehr gut und möchte zum nacheifern ermuntern – nicht nur die gesamte SPD, sondern überhaupt ALLE Parteien… In meinem Blog und bei Facebook habe ich auf Eure Initiative hingewiesen. Alles Liebe Lorenz

Kommentar von Benjamin Raschke vom 14.03.2010, 20:59 Uhr:
RE: SPD-Intiative: Donnerstag als Veggie-Tag
@Gerhard Fischer: Vielen Dank :-) @Peter: Genau das ist nicht das Ziel der Initiative - mit einem vegetarischen Tag in der Woche ist das ja immer noch recht selten, das heißt es wird niemand durch diese Idee dazu gezwungen, sich nur noch vegetarisch zu ernähren. Ich glaube auch nicht, dass es in absehbarer Zeit eine Mehrheit von Vegetarier_innen gibt ... aber ein kluger Mix aus beidem ist wohl durchaus sinnvoll und das wird durch diese Initiative gefördert.

Kommentar von Gerhard Fischer vom 13.03.2010, 14:58 Uhr:
RE: SPD-Intiative: Donnerstag als Veggie-Tag
wünsche den Kieler Initiatoren ein gutes Gelingen. Es ist ein wichtiges Zeichen für den Klimaschutz, den Tierschutz und die Gesundheit. Hoffen wir, dass sich immer mehr Städte dieser Idee anschliessen. Liebe Kieler, als Nordlichter seid Ihr diesesmal dann die Spitzenreiter, der Süden schaut diesbezüglich ganz schön alt aus Gruss vom Bodensee

Kommentar von Peter vom 12.03.2010, 17:41 Uhr:
RE: SPD-Intiative: Donnerstag als Veggie-Tag
Ich bin mir nicht ganz sicher, wie gut ich diese Idee finde. Natürlich ist es ein tolles Signal für eine bessere Ernährung. Wenn es dann aber dazu führt, dass der Gesundheitswahn übernimmt und es dann nur noch bestimmte Fleischesser-Kneipen gibt und das öffentliche Fleischessen ganz verboten wird, geht es zu weit.

Mitgliederversammlung am 17. März

Der Barsbütteler OV Vorsitzende Jörg Kiencke lädt ein zur nächsten Mitgliederversammlung der SPD Barsbüttel am Mittwoch, dem 17. März 2010 um 19:00 Uhr im Rathaussaal.

Unter anderem soll es um einen Ausblick auf die Jahre 2010 und 2011 gehen.

Die Mitgliederversammlung ist öffentlich. Wer Interesse an der SPD Barsbüttel und der Parteiarbeit hat, ist herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 15.03.2010, 13:43 Uhr - 9624 Clicks - Nr. 265*

Thönnes: Jakob Muth-Preis für inklusive Schulen
Gemeinsam lernen - mit und ohne Behinderung

Unter dem Motto „Gemeinsam lernen – mit und ohne Behinderung" zeichnet der "Jakob Muth-Preis für inklusive Schule" auch in diesem Jahr Schulen aus, die behinderte und nicht behinderte Kinder vorbildlich zusammen unterrichten. Bewerben kann sich bis zum 14. Mai 2010 jede Schule, die den Weg zur inklusiven Schule beschreitet - unabhängig von Schulform oder Trägerschaft. Die drei ersten Preise sind mit je 3.000 Euro dotiert und werden im November 2010 feierlich verliehen.

„Mit dem bundesweiten Preis soll die Praxis von Schulen bekannter gemacht werden, die eine bessere Teilhabe ermöglichen – unabhängig von Herkunft, Beeinträchtigung oder sonstiger Benachteiligung. Namensgeber Jakob Muth (1927-93) hatte sich als Bochumer Professor schon früh für eine gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder eingesetzt", erläutert SPD-MdB Franz Thönnes. „Deshalb lade ich inklusive Schulen in Segeberg und Stormarn ein, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen und sich zu bewerben. Auch in unserer Region gibt es gute Beispiele für gemeinsames Lernen von Anfang an".

Die seit Anfang 2009 verbindliche UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen fordert auch für Deutschland, schulische Bildung möglichst inklusiv zu gestalten. „Mit der Konvention ist die Entscheidung über die Frage, ob es ein inklusives Schulsystem geben muss, gefallen. Jetzt geht es um das Wie", erklärt Thönnes. Wenn behinderte Kinder gemeinsam mit nicht behinderten Kindern unterrichtet werden, seien die Bildungschancen deutlich größer, und zwar für alle Kinder. „Jetzt sind die Schulen auf der Suche nach Konzepten. Sie benötigen die Erfahrung und Kreativität von Pädagogen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben. Nichts wirkt besser als ein gutes Vorbild", so der SPD-Politiker weiter.

Deutschland sei hier im internationalen Vergleich noch nicht weit genug und müsse dringend mehr Anstrengungen unternehmen. Inklusion bedeute nicht, dass sich der Lernende in ein bestehendes System integrieren muss, sondern dass das Bildungssystem die Bedürfnisse aller Lernenden berücksichtigt und sich an sie anpassen muss. „Erst wenn unser Bildungssystem allen Kindern ermöglicht, in einem gemeinsamen Unterricht voll am schulischen Leben

teilzuhaben, können wir von umfassender Bildungsgerechtigkeit sprechen", unterstreicht Thönnes. Diese Idee solle der Jakob Muth-Preis in Deutschland weiter voranbringen.

Bewerben kann sich jede Schule, die sich auf dem Weg zur inklusiven Schule befindet. Das Bewerbungsformular, die Auswahlkriterien sowie weitere Informationen zum Preis finden Sie unter www.jakobmuthpreis.de oder per Telefon unter 05241-8181598.

Bis zum 14. Mai 2010 können Bewerbungen geschickt werden an:
Jakob Muth-Preis für inklusive Schule
c/o Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 15.03.2010, 15:23 Uhr - 58748 Clicks - Nr. 266*

Ulrike Rodust besucht Hof Sophienlust in Schierensee
Einsatz für gentechnikfreie Landwirtschaft in Schleswig-Holstein

Aktuelle Fragen der Landwirtschaftspolitik, wie etwa die Problematik der Grünen Gentechnik und die zukünftige Förderstruktur, standen im Mittelpunkt eines Gedankenaustauschs, zu dem die Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Freitag auf Hof Sophienlust in Schierensee erwartet wurde.
Die schleswig-holsteinische SPD-Politikerin war gemeinsam mit ihren ehemaligen Landtagskollegen Lothar Hay und Henning Höppner einer Einladung von Christof Klemmer gefolgt. Klemmer, der auf Hof Sophienlust biologisch-dynamische Landwirtschaft betreibt vertritt den nach anthroposophischen Prinzipien arbeitenden Demeter-Verband in Schleswig-Holstein.

Im Gespräch mit den Abgeordneten erläuterten Klemmer und die Geschäftsführerin des Bioland-Landesverbandes Carola Ketelhodt ihre Bemühungen um eine Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft auch im Rahmen europäischer Förderung. Rodust, die als agrarpolitische Sprecherin die deutschen Sozialdemokraten im Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments vertritt, begrüßt Klemmers Einsatz für die gentechnikfreie Landwirtschaft in Schleswig-Holstein und im Kreis Rendsburg-Eckernförde: „Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der EU stehen gentechnisch veränderten Lebensmitteln kritisch gegenüber. Wenn Europäische Kommission und nationale Regierungen – wie etwa die deutsche Bundesregierung – meinen, das ignorieren zu wollen, müssen sie sich auf Widerstand einstellen: Nicht zuletzt auf Seiten des durch den Lissabonner Vertrag auch in der Agrarpolitik deutlich gestärkten Europäischen Parlaments."

Weiterer Programmpunkt für Rodust, Hay und Höppner war die Besichtigung des landwirtschaftlichen Betriebes und der angeschlossenen sozialtherapeutischen Einrichtung, die Menschen mit Behinderungen Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, Hauswirtschaft, Gärtnerei, Meierei, Bäckerei und im Naturkosthandel bietet.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 16.03.2010, 11:38 Uhr - 70372 Clicks - Nr. 267*

Mit guter Arbeit Perspektiven schaffen

Präsidium der SPD legt Papier zur Arbeitsmarktpolitik vor - Ralf Stegner: "Wir müssen mehr Aufstiegsperspektiven schaffen und Abstiegsängste nehmen!"

Das Präsidium der SPD hat heute in Berlin das Diskussionspapier "Fairness auf dem Arbeitsmarkt" vorgelegt. Dieses Papier bildet die Grundlage der Diskussion um die Erneuerung der Arbeitsmarktpolitik der SPD. Darin fordert die SPD u.a. eine deutliche Begrenzung der Leiharbeit, die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, die Ausweitung des Bezugs des Arbeitslosengeldes I, eine Berufsausbildungsgarantie für junge Leute, die Ausweitung von Qualifizierungsangeboten, sowie die Weiterentwicklung des sozialen Arbeitsmarktes.

"Die Vorstellungen der SPD zielen darauf ab, für ganz viele Menschen wieder mehr Aufstiegsperspektiven zu schaffen und gleichzeitig anderen Menschen ihre Abstiegsängste zu nehmen!" so Präsidiumsmitglied Ralf Stegner.

Die SPD setze bei ihren Vorstellungen auf die Solidarität und den Wunsch auf eine ordentlich bezahlte Beschäftigung aller Menschen, so Stegner: "Das gegeneinander Ausspielen von Menschen mit geringen Einkommen und den Empfängern von Sozialtransfers anderer Parteien ist unverantwortlich. Die SPD wird dies weiterhin kritisieren und eine solche Politik weder unterstützen, noch sich zueigen machen."

Die Ausweitung des Anspruches auf Bezug des Arbeitslosengeldes I um bis zu 12 Monate und den Verzicht auf Anrechnung von Vermögen bei der Grundsicherung für Arbeitslose begrüßt Ralf Stegner ebenso wie die deutliche Begrenzung der Leiharbeit: "All dies sind Forderungen, die wir im Norden gemeinsam mit den Gewerkschaften schon vor längerer Zeit formuliert haben. Ich freue mich sehr, dass diese sich nun in der gesamten SPD durchsetzen."

Damit sich Leistung wirklich wieder lohne, müssten auch ordentliche Löhne gezahlt werden, betonte der SPD-Landesvorsitzende. "Wir können und wollen nicht zulassen, dass wir einen immer größer werdenden Anteil von Menschen haben, die von ihrer Arbeit nicht oder nur schlecht Leben können. Dem sogenannten Niedriglohnsektor sagen wir den Kampf an!" zeigte sich Ralf Stegner im Willy-Brandt-Haus in Berlin entschlossen.

In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Pläne der SPD für eine Vereinfachung der

Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen als wegweisend. Auch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € findet die Unterstützung von Ralf Stegner.

Positiv bewertete der SPD-Landesvorsitzende die Bereitschaft innerhalb der SPD, sich wieder stärker selbstbewusst und konstruktiv-kritisch mit den Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierungszeit zu beschäftigen: "Einer Partei, die nicht zur Selbstkritik und Korrektur ihres Regierungshandelns bereit ist, wird man schwer neues Vertrauen entgegen bringen können. Es ist nun mal so, dass die SPD das Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen verletzt hat. Sich nun dieser Sache zu stellen und Alternativen zu entwickeln, ist ein richtiger und wichtiger Schritt."

Links
Fairness auf dem Arbeitsmarkt

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 16.03.2010, 14:14 Uhr - 10525 Clicks - Nr. 268*

Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe: Thönnes erneut Vorsitzender

Die mit der Konstituierung des Deutschen Bundestages einhergehenden Wahlen haben SPD-MdB Franz Thönnes in seiner Aufgabe als Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe bestätigt. Für den Ammersbeker Politiker ist dies bereits die dritte Amtszeit in dieser Funktion. Erst vor kurzem wurde er erneut Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Die Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe umfasst 60 Abgeordnete aller Fraktionen und pflegt die Beziehungen zu Dänemark, Finnland, Island Norwegen und Schweden. Sie ist eine von 53 Zusammenschlüssen der Abgeordneten im Deutschen Bundestag, die den Kontakt zu Parlamenten anderer Staaten halten. Sie stellen ein Forum zum internationalen Meinungsaustausch dar und sind ein unverzichtbares Instrument der parlamentarischen Kontrolle im außenpolitischen Bereich. Die Mitglieder der Gruppen kommen mit Abgeordneten der Partnerstaaten zusammen um über Themen von beiderseitigem Interesse zu beraten. Die Ergebnisse finden dann letztendlich Eingang in politische Entscheidungen. Ergänzt wird dies durch regelmäßigen Austausch mit den jeweiligen Botschaften in Berlin.

Thönnes: „Ich freue mich über das Vertrauen für dieses Mandat. Gerade für Schleswig-Holstein ist es wichtig gute Kontakte im Norden und in den Ostseeraum zu haben. Das ist aus wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gründen wichtig für uns. Auch der Norden wächst im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses immer weiter zusammen. Dies ergänzt meine Arbeiten im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages und im Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.03.2010, 15:57 Uhr - 1617 Clicks - Nr. 269*

Elternwillen respektieren: G8 überarbeiten statt abschaffen
Zur Diskussion über G8 oder G9 an den Gymnasien, erklären der schulpolitische Spre-cher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski und die schulpolitische Spreche-rin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kirsten Wegner:

"Die Diskussion über Beibehaltung von G8 oder die Wiedereinführung von G9 an Gymna-sien ist unnötig wie ein Kropf. Auch der Landeselternbeirat der Gymnasien hat sich ein-deutig für die Beibehaltung von G8 - was dem bundesweiten Standard entspricht - ausgesprochen. Viel wichtiger sei es, zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler die Stundentafel zu verschlanken, die Lerninhalte zu entrümpeln und die Profiloberstufe grundlegend zu überarbeiten.

Zudem erschwert für die Landeshauptstadt Kiel als Schulträger das "Offenhalten der G8 Zukunft" in unverantwortlicher Weise die Planungen für die anstehenden notwendigen Umbauten an verschiedenen Kieler Gymnasien.

Fakt ist: Es besteht bereits auch schon eine Wahlmöglichkeit für Schüler und Eltern zwi-schen G8 und G9: das Gymnasium mit Abiturmöglichkeit nach acht Jahren (G8) und die Gemeinschaftsschule mit Abiturmöglichkeit nach neun Jahren (G9)!"
Kommentar von Günther vom 17.03.2010, 07:24 Uhr:
RE: Elternwillen respektieren: G8 überarbeiten statt abschaf
Ich bin aber darüber hinaus auch der Meinung, das bei Halbtagsschulen G9 gelten sollte und bei Ganztagsschulen G8. Ferner bin ich der Meinung, dass man das gegliederte Schulsystem so langsam abschaffen sollte. Es gehört in die Vergangenheit.

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 16.03.2010, 17:31 Uhr - 16211 Clicks - Nr. 270*

Informationen zu „Konzessionsverträgen"
Unter dem Titel „Konzessionsverträge – Handlungsoptionen für die Kommunen" hatte die SPD Kommunalvertreter der SPD aus dem Kreis Steinburg nach Itzehoe eingeladen. Für die politisch Verantwortlichen ein wichtiges Thema; laufen doch in vielen Gemeinden die bestehenden Wegenutzungsverträge in diesem oder im nächsten Jahr aus und die Entscheidung für Folgeverträge steht an.

Als Fachleute waren Stefan Bolln, umweltpolitischer Sprecher des SPD-Landesvorstandes und Olaf Schulze, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion dabei; für die Bewerber um die Netze stellten Herr Tenfelde als Vertreter der Anbietergemeinschaft Stadtwerke Itzehoe und Stadtwerke Glückstadt und Herr Echt von der E.ON Hanse ihre Leistungsfähigkeit dar.

Die Gemeindevertreter stehen in vielen Gemeinden vor der Entscheidung, zukünftig mit regionalen Anbietern wie den Stadtwerken Glückstadt und Itzehoe oder mit überregionalen Anbietern wie der E.ON Hanse und der neu gegründeten Schleswig-Holstein-Netz AG zusammenzuarbeiten.

Der Einladung der Kreis-SPD waren viele Kommunalpolitiker gefolgt, um sich über die möglichen Alternativen zu informieren und sich das nötige Rüstzeug für die anstehenden Entscheidungen in den Kommunen anzueignen.

Der SPD-Kreisvorstand hat nach der Veranstaltung folgenden Beschluss gefasst und den

Kommunalpolitikerinnen und -politikern zuer Beachtung empfohlen:

Der SPD-Kreisvorstand spricht sich bei der Konzessionsvergabe für die kommunalen Netze durch die Gemeinden für eine Rekommunalisierung aus.

Die SPD Steinburg hält an dem von der rot-grünen Regierung mit den Energiekonzernen vereinbarten Atomausstieg fest. Die fehlenden Energieerzeugungskapazitäten werden durch dezentrale Energieerzeugung auf Basis der erneuerbaren Energien und durch verstärkten Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mehr als ausgeglichen werden können. Der Schlüssel für diesen Weg liegt in den kommunalen Netzen. Die Kommunen müssen mehr Einfluss als in der Vergangenheit auf den Anschluss von Energieerzeugungsanlagen haben.

Wir fordern die Kommunalpolitiker auf, bei der Neuvergabe der Konzession ernsthaft zu prüfen, in wie weit Stadtwerkekooperationen eine Alternative zum bisherigen Netzbetreiber bzw. der von E.ON Hanse gegründeten Schleswig-Holstein Netz AG sein können.

Bei einer Vergabe an die Stadtwerke sind die Einflussmöglichkeiten der Gemeinden größer und etwaige Überschüsse kommen den Gemeinden in voller Höhe zugute.

Die Stadtwerke fordern wir auf, ein schlüssiges Konzept zur Versorgungssicherheit vorzulegen.

Kommentar von Gaby Lönne vom 18.03.2010, 09:17 Uhr:
RE: Informationen zu „Konzessionsverträgen"
Die Verhandlungen im Bereich Amt-Nordsee-Treene zusammen mit benachbarten Ämtern zu diesem Thema sind gerade kläglich gescheitert. Ein Arbeitskreis hatte sich intensiv mit der Materie auseinandergesetzt, ist mit der E.ON, der Stadtwerke Flensburg und Schleswig in Verhandlung gewesen. Der Arbeitskreis favorisierte dann die Stadtwerke Schleswig. Die Gemeinden in den Ämtern stimmten, bis auf wenige für Schleswig. Bis dann die Schleswiger kurz vor Toresschluss das Handtuch warfen. Ein Desaster für alle Ämter! Wer sich als Gemeindevertreter mit der Materie auseinandersetzt, wird schnell feststellen, dass er völlig überfordert ist. Man müsste wohl ein entsprechendes Hochschulstudium haben, um alles zu verstehen. Ich werde das Gefühl nicht los, dass wir nur benutzt werden. Andere ziehen die Fäden. In Witzwort kommt es nun nicht mehr zur Abstimmung. Ich hätte gegen die "Re-Kommunalisieung" gestimmt. Keiner weiß, wie teuer es wird, ein Netz zu übernehmen, die E.ON rückt ja nicht mit dem Preis raus, man kann nur schätzen. Zudem gibt es verschiedene Leitungsschichten. Zur Diskussion steht nur das Netz, das zum Endverbraucher geht. Die Mittelspannungsleitungen bleiben nach wie vor bei der E.ON. Was ist bei einem Stromausfall? Wird erst mal über Zuständigkeiten diskutiert? Desto kleinteiliger ein Netz wird, um so mehr "Abrechnungsstationen" werden gebraucht. 30 Prozent der Stromkosten sind Nutzungskosten. Wird es für den Bürger dann noch teurer? Der Gesetzgeber hat sich da was nettes ausgedacht, aber nicht zuende gedacht....

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 17.03.2010, 22:09 Uhr - 2825 Clicks - Nr. 271*

AfA - Regionalkonferenz in Bad Oldesloe
AfA-Regionalkonferenz am 20.03.2010 in Bad Oldesloe
Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD führt am Sonnabend, 20.03.2010 von 11:00 bis 14:00 ihre Regionalkonferenz aller Landesverbände im Norden (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Braunschweig und Niedersachsen) im Stormarner Kreistag in Bad Oldesloe durch

Thema: Mitbestimmung und sichere Arbeit in unsicheren Zeiten

Hauptredner werden sein: Klaus Barthel, MdB und zukünftiger stellvertr. AfA-Bundesvorsitzender, Ralph Müller-Beck vom DGB, Region KERN und Wolfgang Baasch, MdL und Landesvorstandsmitglied der SPD-SH

Die Regionalkonferenz findet in einem sehr interessanten aber auch schwierigen Umfeld statt. Interessant, da die Bundespartei mit ihrem Präsidiumsbeschluss vom 15.03.2010 -Begrenzung der Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, Mindestlöhne und den sozialen Arbeitsmarkt - endlich die von der AfA seit Jahren geforderte Kehrtwendung in der sogenannten Hartz Gesetzgebung eingeleitet hat. Das war für den sozialen Ausgleich und dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen ein wichtiger Schritt.

Schwierig, da das wirtschaftlich Umfeld gerade in der Küstenregion mit seiner Schiffbauindustrie und den Seehäfen, mehr als einfache Sprüche erfordert.

Wolfgang Mädel AfA-Landesvorsitzende SH:" Wir stehen vor der immensen Herausforderung, Kompetenz, Gestaltungskraft, Glaubwürdigkeit und vor allem das Vertrauen in die Sozialdemokratie für die Zukunft wieder herzustellen. Das heißt für uns, dass mit den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten auf einer fairen Basis zusammen gearbeitet wird. Die Voraussetzungen sind sich mit der überfälligen Neujustierung der SPD in der Arbeitsmarkt und Sozialpolitik geschaffen worden. Jetzt gilt es zusätzlich die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen auszubauen. Denn nur sie sind Garant für die Sicherung von Arbeitsplätze in Deutschland."

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 18.03.2010, 07:12 Uhr - 3145 Clicks - Nr. 272*

SPD-Engelsby: Durchweg gute Noten für das Flensburger TBZ!
Das Technische Betriebszentrum beteiligt sich regelmäßig am so genannten ERFA Benchmark und erzielt im aktuellen Vergleich wieder sehr gute Werte. Die ERFA Gruppe Schleswig-Holstein in der das TBZ seit der Gründung im Jahre 2002 mitarbeitet besteht aus Betrieben für Abfallwirtschaft, Stadtreinigung und andere kommunale Aufgaben.

Beim Vergleich mit den Werten der anderen Betriebe der ERFA Gruppe belegte das TBZ beispielsweise bei den Abfallgebühren pro Einfamilienhausgrundstück mit 210 Euro Jahresgebühr den dritten Platz. Der Mittelwert liegt bei 245 Euro. Dieser Wert spiegelt die Gebühren des Jahres 2008 wieder. Mit den aktuellen Jahresgebühren von 175,80 Euro würde das TBZ den Spitzenplatz im Sinne der Gebührenschuldner belegen. „Die Grundlagen für diese Gebührenverbesserung wurden im Maßnahmenprogramm 2006 erarbeitet und jetzt kann jeder die Früchte ernten", erläutert Gunther Leiser, stellvertretender Geschäftsführer des TBZ.

Bei den Kosten für die Entwässerung eines Einfamilienhausgrundstücks lag das TBZ zwar im aktuellen Vergleich noch 10% über dem Durchschnitt von 379 Euro Jahreskosten, kann sich aber durch die aktuelle Gebührenanpassung und die damit zusammenhängende Senkung auf einen Wert von durchschnittlich 349 Euro wesentlich verbessern. „In Zeiten steigender Belastungen für den Bürger durch immer knapper werdende öffentliche Kassen ist es sehr positiv, dass das TBZ als städtische Tochter bei den Gebühren Entlastungen umsetzen konnte", ergänzt Kämmerer und Bürgermeister Henning Brüggemann

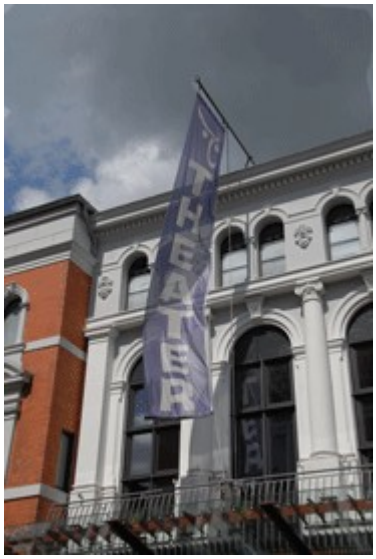
In der Gesamtbewertung bescheinigt der mit der Auswertung beauftragte neutrale Gutachter dem TBZ auch bei den finanziellen Aufwendungen im Bereich der Entwässerung hervorragende Werte. Das bedeutet, dass die Kosten für das Personal und die Unterhaltung des Kanalnetzes erheblich unter denjenigen vergleichbarer Betriebe liegen.

„Diese Ergebnisse kommen nicht von ungefähr, sondern sind das Ergebnis eines kontinuierlichen Optimierungsprozesses innerhalb des TBZ", betont der Vorsitzende des TBZ Verwaltungsrates Hans Hermann Laturnus anlässlich der Präsentation der Ergebnisse.

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 18.03.2010, 07:24 Uhr - 8049 Clicks - Nr. 273*

Initiative der Flensburger Sozialdemokraten
Landesparteirat der SPD zur Situation des Landestheaters: Finanzierung aus Finanzausgleich und Landesmitteln kombinieren



Auch nach der Ablehnung eines entsprechenden Antrages im Landtag durch CDU und FDP bleibt das Thema Sicherung des Landestheaters für die schleswig-holsteinische SPD auf der Tagesordnung.
Auf dem Landesparteirat, dem höchsten Gremium der SPD zwischen den Landesparteitagen, wurde auf Initiative der Flensburger Sozialdemokraten über mögliche Wege aus der Notsituation diskutiert. Die drohenden Einschnitte in die traditionsreichen Theater- und Orchesterstrukturen sind für die Landes-SPD nicht hinnehmbar.
Helmut Trost, Vorsitzender der Flensburger SPD, machte dabei deutlich: „Das Landestheater ist ein unverzichtbarer Bestandteil des schleswig-holsteinischen Kulturlebens. Gerade in der Fläche schafft es ein kulturelles Angebot, das nicht gefährdet werden darf. Für uns stellt sich hier die Frage, wer Zugang zu Kultur, zu Theater haben soll. Nicht vergessen werden darf, dass Theater neben seinem kulturellen Angebot auch einen Bildungsauftrag hat."
Wiederholt wurde die Forderung nach Wiedereinführung der Dynamisierung des Vorwegabzuges für Theater im Finanzausgleich. Der Landesparteirat ging jedoch noch darüber hinaus und forderte die Landtagsfraktion auf, sich zusätzlich für die Einführung einer Förderung des Landestheaters aus Mitteln des Landes Schleswig-Holstein einzusetzen. Wegen der Bedeutung des Landestheaters für das Land und den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein sei eine Finanzierung nur aus kommunalen Mitteln nicht hinnehmbar.

Foto: Herbert Ohms

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 18.03.2010, 08:31 Uhr - 1208 Clicks - Nr. 274*

Städte stärken und nicht schwächen!
"SPD, GRÜNE und SSW wollen eine starke Landeshauptstadt mit einer lebendigen und zukunftsfähigen Innenstadt. Wir arbeiten an einer Stärkung des Einzelhandels, an der Sicherung der Nahversorgung in den Stadtteilen, an Perspektiven für Wohnen und Arbeit in einer lebenswerten Stadt.
Deshalb planen wir ein Einzelhandelskonzept für die geordnete Stadtentwicklung, deshalb haben wir eine verlässliche Ordnung für die Innenstadtentwicklung geschaffen und der Karstadtnachfolge am Alten Markt eine Perspektive ermöglicht.

All das und mehr wird durch den Parlamentsbeschluss zur Zukunft der Landesentwicklung, den die Landtagsfraktionen von CDU und FDP am 17. März 2010 gefasst haben, konterkariert: Jetzt soll in jeder Gemeinde jeder alles dürfen. So ist eine zerstörerische Konkurrenz um die niedrigste Gewerbe- und Grundsteuer und Stadtflucht zugunsten von "grüner Wiese" und ländlichem Raum vorprogrammiert. Wir appellieren an den schleswig-holsteinischen Innenminister Klaus Schlie (CDU), diesem Landtagsbeschluss nicht zu folgen und stattdessen den Dialog mit den Städten über eine gute Landesentwicklung zu führen, die die Städte in den Mittelpunkt stellt. Mit dieser Forderung wissen wir den Städteverband Schleswig-Holstein und die Industrie- und Handelskammer zu Kiel an unserer Seite."

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 18.03.2010, 10:11 Uhr - 9450 Clicks - Nr. 275*

Schleswig-Holsteinisches Landestheater und Sinfonieorchester GmbH
Resolution Schleswig-Holsteinisches Landestheater und Sinfonieorchester GmbH

1. Der Kreistag Rendsburg-Eckernförde appelliert an das Land Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund der Einzigartigkeit des Theaters im Kanon der kulturellen Angebote in unserem Land, seine Verantwortung für den Erhalt des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters und Sinfonieorchesters als Mehrspartentheater wahrzunehmen.

2. Der Kreistag Rendsburg-Eckernförde fordert das Land Schleswig-Holstein auf, umgehend seinen Beitrag zur Umsetzung des Konzeptes zur Liquiditätssicherung des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters und Sinfonieorchesters, dass die Dynamisierung der Gesellschafterbeiträge und des Landeszuschusses für 3 Jahre vorsieht, zu leisten.

3. Der Kreistag fordert die Verantwortungsträger des Landestheaters auf, zeitnah ein Sanierungskonzept vorzulegen und umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer deutlichen Steigerung der Auslastung des Theaters führen werden.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 18.03.2010, 15:44 Uhr - 9161 Clicks - Nr. 276*

Koalition steht beim isländischen EU-Beitrittsantrag auf der Bremse

Zur Verweigerungshaltung der Koalitionsfraktionen im Europaausschuss des Deutschen Bundestages, zum isländischen Beitrittsgesuch Stellung zu beziehen, erklären der stellvertretende europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Roth und der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Franz Thönnes:

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit Ende vergangenen Jahres eine Positionierung des Deutschen Bundestages zum EU-Beitrittsantrag Islands gefordert. In der heutigen Sitzung des EU-Ausschusses haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Es geht darum, die neuen Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union nach dem Lissabon-Urteil aus Karlsruhe aktiv zu nutzen. Dabei sollte auch die Vorbereitung zu einem zeitigen Einvernehmen des Deutschen Bundestages mit der Bundesregierung vor dem nächsten Europäischen Rat am 25./26. März 2010 in Brüssel erfolgen. Dies ist gestern an der Verweigerungshaltung der Koalitionsfraktionen im Europaausschuss des Deutschen Bundestages gescheitert.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt grundsätzlich den Beitrittsantrag Islands zur Europäischen Union. Es gelten die gleichen Kriterien für die Aufnahme, wie für alle anderen Beitrittskandidaten. Vor dem Hintergrund der langjährigen EWR-Mitgliedschaft Islands sind wir optimistisch, dass die Verhandlungen ergebnisorientiert und zügig verlaufen werden.

Die Verweigerungshaltung der Koalitionsfraktionen ist in der Sache nicht nachvollziehbar. Für die parlamentarische Praxis setzt sie einen gefährlichen Präzedenzfall. Sie zeugt auch von dem mangelnden Bewusstsein für die gestiegene Verantwortung des Bundestages nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den neuen Begleitgesetzen.

Die Stärkung der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages, gerade bei Entscheidungen über Beitrittsverhandlungen, war infolge des Lissabon-Urteils aus Karlsruhe wichtig. Die Koalitionsfraktionen drohen diese nun durch Untätigkeit zu verspielen. Ebenso kann sich damit die Entscheidung des Europäischen Rates zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und Island verzögern. Hierfür tragen dann alleine CDU/CSU und FDP und die Bundesregierung die Verantwortung. Bei einer klaren Haltung von der Regierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen wäre ein Zeitplan für eine Entscheidung des Parlamentes durchaus bis zum Europäischen Rat am 26. März 2010 einzuhalten.

Bildquelle: farblos / www.pixelio.de

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 18.03.2010, 17:40 Uhr - 58463 Clicks - Nr. 277*

Europa stoppt Monstertrucks auf Schleswig-Holsteins Straßen
"Niemand wird Monstrucks auf Schleswig-Holsteins Straßen vermissen"

Grenzüberschreitende Einsätze von Gigalinern verstoßen gegen geltendes EU-Recht.
Die schleswig-holsteinische Landesregierung hätte folglich die Genehmigung für den Einsatz der Riesen-Lkw zwischen dem deutsch-dänischen Grenzübergang und Nützen-Kampen bei Kaltenkirchen nicht erteilen dürfen. Das geht aus der am Donnerstag von der Europäischen Kommission veröffentlichten Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage hervor.

„In ihrer Stellungnahme weist die Kommission darauf hin, dass sie jeden Verstoß gegen die entsprechende Richtlinie verfolgen wird", erläutert Ulrike Rodust, SPD-Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein. „Auf Deutschland käme also ein Vertragsverletzungsverfahren zu, sollte die hiesige Landesregierung nicht schnellstens Konsequenzen ziehen", so Rodust weiter.

Ein Aussetzen der Genehmigung werde sicher weder bei den dänischen Fuhrunternehmern, noch bei der deutschen Lkw-Lobby auf Begeisterung treffen, sollte dafür aber die Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen freuen: „Ich bin mir sicher, dass die meisten Menschen die Monstertrucks auf Schleswig-Holsteins Straßen nicht vermissen werden." Sicherheitsbedenken sprächen ebenso gegen sie, wie die Folgekosten im Straßen- und Brückenbau, die auf die Steuerzahler zukämen, erklärt Rodust. Ein weiterer Punkt ist ihr aber noch wichtiger: „Ökologisch halte ich die Gigaliner für eine Lkw gewordene Milchmädchen-Rechnung, bei der der erhebliche Verlagerungseffekt von der umweltfreundlicheren Schiene auf die Straße jede Emissionseinsparung durch die Riesen-Trucks mehr als wettmacht."

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 18.03.2010, 23:38 Uhr - 3854 Clicks - Nr. 278*

Osterrönfeld in Zukunft mit Fahrradstraßen? - Wie behindertengerecht ist O'feld?

Die Osterrönfelder Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 18.03.2010 unter anderem zwei Anträge der SPD-Fraktion Osterrönfeld beraten, in denen die Sozialdemokraten die Einrichtung von Fahrradstraßen vorschlagen und eine öffentliche Begehung Osterrönfelds anregen, mit der Frage „Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?"

„**Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?"**

Wie behindertengerecht sind die öffentlichen Einrichtungen in Osterrönfeld? Wo liegen die Probleme auf öffentlichen Wegen und Straßen? Mit welchen Schwierigkeiten haben körperlich und geistig Behinderte in Osterrönfeld zu kämpfen?

Als Nichtbetroffener ist die Beurteilung dieser Fragen kaum möglich. Was für den einen nur ein Kantstein oder eine Treppe ist, ist für den anderen bereits ein unüberwindbares Hindernis.

Um all diese Fragen sachgerecht beantworten und vorhandene Probleme lösen zu können, hat die SPD-Fraktion Osterrönfeld eine öffentliche Begehung Osterrönfelds beantragt.

Ziel der Aktion sollte es sein, die Öffentlichkeit für die Belange behinderter Menschen zu sensibilisieren und allen Betroffenen die Möglichkeit zu bieten, ihre Ideen und Wünsche einzubringen. Das Ergebnis sollte eine Prioritätenliste sein, aus der alle notwendigen Veränderungen sowie bauliche Maßnahmen entsprechend ihrer Dringlichkeit hervorgehen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde von den anderen Fraktionen befürwortet und wird im zuständigen Ausschuss weiter beraten.

Lesen Sie hier mehr zum Antrag [mehr]

Verkehrsproblematik im Dorfkern – Attraktivität der Alternativen steigern!

Seit Jahren ist die kritische Verkehrssituation für Radfahrer und Fußgänger in der Dorfstraße bekannt. Da eine bauliche Veränderung und eine Realisierung der Dorfkernplanung auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, kann mit der Einrichtung von Fahrradstraßen im Dorfkern kurzfristig und kostengünstig wenigstens teilweise eine Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer erreicht werden. Indem Verkehrsströme entflochten und auf die vorhandenen Straßen besser verteilt werden, profitieren letztendlich nicht nur die Fahrradfahrer, sondern auch Fußgänger und Kraftfahrer von der Maßnahme.
Fahrradfahrer können nur dann von der gewohnten Route entlang der gefährlichen Dorfstraße weggelockt werden, wenn die Attraktivität von alternativen Routen gesteigert wird. Eine derartige Attraktivitätssteigerung stellt die Einrichtung von Fahrradstraßen dar, weil Fahrradfahrer dort gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern bevorrechtigt sind.

Bevor es zur Abstimmung über den Antrag der SPD kam, stand bereits fest, dass ein Etappenziel der Sozialdemokraten bereits erreicht war: endlich wird wieder ernsthaft und zielorientiert über die Verkehrsproblematik im Dorfkern gesprochen und nach Lösungen gesucht, egal ob man nun den Antrag der SPD befürwortet oder nicht.

Die Gemeindevertretung beschloss schlussendlich, den Antrag der SPD weiter zu verfolgen und im Werks- und Verkehrsausschuss zu beraten.

Die Internetseite der SPD-Osterrönfeld bietet die Möglichkeit, sich ausführlich über das Thema Fahrradstraßen und den Antrag der SPD zu informieren. Außerdem ist Ihre Meinung zu diesem Thema gefragt!

Ein Klick lohnt sich [mehr]!
--

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 19.03.2010, 07:44 Uhr - 1445 Clicks - Nr. 279*

Schwarzarbeit - FDP auf dem Holzweg!
„Jeder Versuch, die Schwarzarbeit zu bekämpfen, verdient die volle Unterstützung. Das setzt allerdings voraus, dass man sich im Klaren darüber ist, was Schwarzarbeit ist und wer in der Bekämpfung der Schwarzarbeit welche Rolle übernimmt.

Die FDP begründet ihren Antrag ausschließlich mit dem wirtschaftlichen Schaden, der durch „ausfallende Beiträge an die Sozialversicherung, durch Steuerausfälle sowie durch die Gefährdung von regulären Arbeitsplätzen" zu entstehen droht. Wir bezweifeln im übrigen, dass der Schaden in Kiel „über 1 Mrd. Euro" liegt.

Diese Sichtweise, die in dem Antrag der FDP zum Ausdruck kommt, entspricht dem allgemeinen Verständnis von Schwarzarbeit, der den Begriff aber bei weitem nicht ausfüllt. Daher ist eine kleine Nachhilfestunde für die Kolleginnen und Kollegen von der FDP notwendig, die sie bei guter Recherche sich auch selbst hätte geben können, da aus September 2009 eine kleine Anfrage (Drucksache 0791/2009) vorliegt, die erschöpfend Auskunft gibt und den nun vorliegenden Antrag überflüssig macht.

* Für das, was landläufig unter Schwarzarbeit verstanden wird – illegale Beschäftigung, d. h. Bekämpfung der Scheinselbständigkeit und der Nichtentrichtung von Sozialabgaben – ist die Zollverwaltung zuständig. Das Hauptzollamt arbeitet in diesem Bereich sehr erfolgreich, auch in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit.
* Für die Überwachung der Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten und der illegalen Rechnungslegung und des Steuerbetruges ist die Steuerfahndung der Finanzverwaltung zuständig.
* Nur die auch zur Schwarzarbeit gehörende Überwachung des Meisterzwanges fällt in die Zuständigkeit der Landeshauptstadt Kiel. Der Meisterzwang ist für sehr viele Gewerke gelockert bzw. aufgehoben worden, so dass dieser Bereich keine praktische Relevanz mehr hat. Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung 2004 die vormals existierende Arbeitsgruppe Schwarzarbeit aufgelöst (vgl. Drucksache 0522/2004).

Zusammengefasst bedeutet das: die Bekämpfung der Schwarzarbeit ist wichtig, wird aber in den zentralen Bereichen vom Zoll und der Finanzverwaltung gewährleistet. Wer das ändern will, sollte sich an den Bundesgesetzgeber wenden – zu dem die FDP im Moment einen recht guten Draht haben dürfte.

Für die interkommunale Zusammenarbeit gibt es sicher bessere Beispiele als die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Deshalb war der Antrag abzulehnen," dies erklärten der innenpolitsche Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, die innenpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Ratsfrau Karin Weichert und Ratsfrau Antje Danker, SSW.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 19.03.2010, 11:30 Uhr - 11505 Clicks - Nr. 280*

Thönnes: „Seniorengerechte Kommunen gehören zum Generationenvertrag"
Preis 2010 für seniorenfreundliche Städte und Gemeinden:

Europaweit sucht die Stiftung Lebendige Stadt Kommunen, aber auch Institutionen und Einrichtungen, die Konzepte für eine bessere Teilhabe von Senioren am öffentlichen Leben entwickeln und umsetzen.

SPD-MdB Franz Thönnes wünscht sich eine möglichst große Beteiligung aus den Kreisen

Segeberg und Stormarn: „Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Wenn hier vermehrt gute Bedingungen für Senioren in den Kommunen geschaffen werden, so können dabei auch neue Arbeitsplätze entstehen." Darüber hinaus kommt den Gemeinden bei einem generationenübergreifenden Miteinander auch vermehrt das Erfahrungswissen der Älteren zugute.

Seniorenfreundliche Städte und Gemeinden seien nicht nur eine Frage von angemessenem Respekt gegenüber der Lebensleistung der Senioren, sondern auch eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. „Wer den Generationenvertrag als Grundlage unserer Gesellschaft ernst nimmt, der muss den Menschen Perspektiven aufzeigen", so Thönnes. Deshalb gehe die Bitte an alle, die sich für ein seniorengerechtes Miteinander einsetzen, sich mit ihren Projekten bei der Stiftung Lebendige Stadt zu bewerben. „Ich wünsche mir, dass sich möglichst viele Projekte in den Wettbewerb einbringen. Dadurch zeigt sich die große Vielfalt von verschiedenen Ansätzen und daraus können alle Verantwortlichen viel lernen", sagt der SPD-Politiker

Bewerbungsschluss für den mit 15.000 Euro dotierten Stiftungspreis ist der 31. Mai 2010. Interessierte Städte, Gemeinden und Einrichtungen finden nähere Informationen unter: www.lebendige-stadt.de

Bildquelle: © Viktor Schwabenland / PIXELIO

Keine Kommentare

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 20.03.2010, 17:57 Uhr - 5864 Clicks - Nr. 281*

Gedanken zur FDP 2010

Andreas Hering, Kreis- und Fraktionsvorsitzender der SPD Neumünster erklärt in der PRIMA SONNTAG vom 21.3.2010:

Stellen wir uns mal folgendes vor: Aus einem Land, fern von unserer Zeit

Der neue Vize-Regierungschef fordert eine geistig-politische Wende nach dem Amtsantritt. Er geißelt alles dagewesene der vergangenen Jahre als schlicht falsch für unser kleines Land. Nur er und seine Leute könnten das Land vorm Unheil retten. Nur er und seine Leute wüssten, wie man ein Land regiert, dass eine noch nie dagewesene Erfolgsgeschichte in über 60 Jahren feierte. Und dann das:

Der eine neue Minister bekommt ein Ministerium, das er vorher immer abschaffen wollte. Jetzt wo er der Chef ist, wird es sogar aufgebläht – mit Leuten, die von der Materie schlicht keine Ahnung haben. Aber sie gehörten immer schon zu den Freunden des Chefs – kann ja nicht falsch sein.

Die andere neue Ministerin klagt gegen die alte Regierung – als neue Ministerin muss sie vor dem höchsten Gericht sowohl die Klage (aus alter Zeit) vertreten, als auch gegen die Klage argumentieren (als Ministerin).

Und der neue Vize-Regierungschef nimmt politisch-wirtschaftliche Weggefährten mit auf Auslandsreisen, die seiner Partei im Vorwege viel Geld gespendet haben. Ohne Hintergedanken natürlich. Denn Unternehmer spenden natürlich nur aus demokratischen Gepflogenheiten. Früher hieß das Staatsbürgerliche Vereinigung – mit Gerichtsurteilen und Gefängnis geahndet.

Und dann werden noch für eine Branche die Steuern gesenkt – nicht, das vorher Spenden geflossen sind aus genau dieser Branche.

Das also ist die geistig-politische Wende: Günstlingswirtschaft und Klientelpolitik mit dem größten Nutzen für sich und seinesgleichen.

Nein: Dies ist kein schlechter Romanstoff: Dies ist die FDP 2010! Und davon werden wir regiert? Ach, wachte ich doch aus meinen schlechten Träumen nur schnell wieder auf!

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 21.03.2010, 18:11 Uhr - 72253 Clicks - Nr. 282*

Frei erfunden!
Zu einer Meldung eines politischen Wochenmagazins, wonach die „Spitze der SPD" die „Ablösung" von Ralf Stegner als Partei- und Fraktionsvorsitzenden beschlossen hätte, erklären Andreas Breitner, und Lothar Hay, MdL:
„Diese Meldung überrascht uns. Sie kann getrost als frei erfunden bezeichnet werden. Die Spitzen der SPD in Partei und Fraktion haben in dieser Woche ihre Solidarität mit Ralf Stegner erklärt.

Über die journalistische Qualität und Seriosität des betreffenden Magazins möchten wir uns nicht weiter äußern. Der Duktus dieser Meldung spricht wie viele andere Meldungen der vergangenen Wochen für sich."

Kommentar von Reinhold Nawratil vom 06.04.2010, 16:47 Uhr:
RE: Frei erfunden!
Bedauerlicherweise müssen wir immer wieder feststellen, daß Äußerungen einzelner Personen in der Presse ein größeres Gewicht erhalten, als die Meinung der Mitglieder. Wir haben uns geschlossen hinter Ralf Stegner gestellt oder besser gesagt vor ihn gestellt. Wenn Einzelpersonen Stegner ablösen wollen, dann sollen sie das offen tun und als Gegenkandidaten auftreten. Aber sie sind feige und haben Angst davor, daß wir sie geschlossen abwählen. Leider sind diese Leute nicht in meinem Kreisverband, ich würde sie aus ihrem Versteck holen und ihre Abwahl verlangen. mit solidarischen Grüßen Reinhold Nawratil

Kommentar von Rudolf Riep vom 30.03.2010, 18:55 Uhr:
RE: Frei erfunden!
Der Kommentator Seyfert treibt sich offenbar mit Vorliebe auf den SPD-NET-SH Seiten herum, um das von ihm betriebene Projekt 18 voranzutreiben. Im Internet ist er als Mitglied der Linken zu finden. Es ist schön, wenn die politische Konkurrenz unsere Seiten nutzt, um sich zu tummeln. Sein letzter Kommentar trifft allerdings nicht den Inhalt des Artikels, auf den er bezogen ist. Vielmehr reiht er sich ein in die Verdächtigungen gegen Ralf Stegner und versucht sich in suggestiver Darstellung, wie sie auch in Teilen der veröffentlichten Meinung wiederfindet. Auch hier sei gesagt, die SPD wählt ihre Repräsentanten selber. Falls Hauke

Seyfert zu den frustrierten Sozialdemokraten gehören sollte, die ihr Heil bei der Linken suchen, sollte er dort seine Meinung kund tun. Wenn er Interesse an der Weiterentwicklung der SPD hat, ist er eingeladen (wieder?) Mitglied unserer Partei zu werden. Wir sind an kritischen Stellungnahmen interessiert an polemischen Verdächtigungen und Unterstellungen nicht. Rudolf Riep SPD-Steinburg

Kommentar von Hauke Seyfert vom 30.03.2010, 11:24 Uhr:
RE: Frei erfunden!
Natürlich ist der Artikel bei Focus nur frei erfunden. Der Harvardabsolvent Dr. Ralf Stegner ist der beste Mann im ganzen Stall. Der Mann, der nach seiner Wahlpleite keine Fliege mehr trägt, bewies seine Qualifikationen schon öfter. Bei der öffentlichen Vorführung von Frau Simonis zum Beispiel, er war da, wußte von nichts, tat nichts und ist deswegen auch nicht von irgendetwas verantwortlich und dass, obwohl er den meisten Nutzen davon hatte. Das Gleiche bei den HSH Nordbank Zockerskandal. Herr Dr. Stegner war zwar da, aber er wußte von nichts, er tat nichts und ist wieder einmal für nichts verantwortlich, wie auch? Und jetzt seine Gehälterschieberei. Der Herr Doktor war zwar zwischenzeitlich einmal Innenminister, aber er wußte von nichts, er tat auch nichts und ist auch dieses mal nicht verantwortlich. Reife Leistung Herr Dr. Stegner, Perfekt! Es gibt niergends einen besseren Kandidaten für den Posten als Landesminister als Herr Dr. Stegner. "Projekt 18" grüßt die Landes SPD.

Kommentar von Gisela Teuchert-Benker vom 21.03.2010, 23:21 Uhr:
RE: Frei erfunden!
Ich weiß nicht, wo das konservative Kampfblatt focus seine Erkenntnisse hernimmt. Ich habe jedenfalls in der letzten Woche bei einer Sitzung des Landesparteirats keine Anzeichen eines Putschs erkennen können. Sollten sich die wenigen Einzelpersonen, die sich über derlei Meldungen möglicherweise freuen nicht langsam dazu übergehen, Mehrheiten zu akzeptieren? Ich wünsche Ralf Stegner, dass die Vorwürfe gegen ihn ausgeräumt werden. Er ist kein Raffke.

Kommentar von Rudolf Riep vom 21.03.2010, 18:44 Uhr:
RE: Frei erfunden!
Schon unsere frühere Bundestagsabgeordnete Cornelie Sonntag hat davor gewarnt, dass sich die Presse zu einer vierten und unkontrollierten Macht entwickeln würde. Die Veröffentlichungen, die sich um Ralf Stegner ranken, sind ein Beispiel dafür. Korrektes Wiedergeben von Fakten ist die Aufgabe der Presse. Meinungen, wie sie selbstverständlich auch Journalisten zustehen, müssen davon unterschieden und auch als solche erkennbar gemacht werden. Dann ist das in Ordnung. In der letzten Zeit kann man aber den Eindruck gewinnen, dass es an manchen Stellen nicht mehr um Berichterstattung geht sondern, dass unserer Partei die Entscheidung über den Landesvorsitz abgenommen werden soll. Das können wir immer noch selber erledigen. Und in der Partei gibt es genug kritische Mitglieder, die genau darauf achten, was unsere Repräsentanten tun. Eine faire sachliche Berichterstattung ist also auch im Interesse der SPD. Und wenn die Aufmerksamkeit auf alle Spitzenpolitiker und ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Verfehlungen nur gleichmäßig verteilt wird, kann sich jeder ein eigenes Bild machen. Das wünscht sich die SPD-Steinburg.

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 21.03.2010, 21:10 Uhr - 6110 Clicks - Nr. 283*

Landesentwicklungsplan schadet der Förde-Region!
Zur aktuellen Debatte über den Landesentwicklungsplan der Schwarz-Gelben Landesregierung:

Die Planungen der Landesregierung werden für die Region um die Kieler Förde extrem negative Folgen haben. Eine erste Analyse macht deutlich, dass sowohl für die Landeshauptstadt als auch für die Gemeinden im Umland etliche Konsequenzen zu strukturellen Mängeln führen werden. So stärkt die Entscheidungsfreiheit zur kommunalen Infrastruktur die Konkurrenz statt die notwendige Kooperation:

1. Bei der Entwicklung von Gewerbegebieten muss eine faire Entwicklungsmöglichkeit für den Gesamtraum zum Tragen kommen und nicht kommunale Egoismen. Ansonsten bleibt die Region weit unter ihren Möglichkeiten.

2.Die demographische Entwicklung muss für die gesamte Region bewertet werden, damit es nicht Unwuchten kommt, wie einem nichtregulierbaren Wohnungsbau, einer Zersplitterung des ÖPNV, die mangelhafte Abstimmung mit dem Oberzentrum und negativen Konsequenzen für die kulturelle Zusammenarbeit. Gerade in Zeiten der knappen Kassen ist Kooperation angesagt.

3. Auch im Bereich des Tourismus werden kommunale Alleingänge zu negativen Folgen für die gesamte Förde-Region führen. Hier muss die Landesplanung weiterhin über wirksame Instrumente zum fairen Ausgleich von Interessenkonflikten verfügen.

4. Die notwendige Reform der finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen wird durch den Vorschlag konterkariert, weil er die Konkurrenzsituation zwischen den Kommunen verstärkt.

"Für unsere Region ist eine solche Änderung des Landesentwicklungsplanes in der vorliegenden Form nicht tragbar. Sie wird die langsam gewachsenen Kooperationsstrukturen zwischen Kiel und dem Umland gefährden. Daran können weder die Umlandgemeinden noch die Landeshauptstadt ein Interesse haben. Wir werden in den politischen Gremien für einen Stopp dieser "Landeszerplanung" werben", so die SPD Kreisvorsitzenden aus Plön, Anette Langner, und Kiel, Rolf Fischer.

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 21.03.2010, 21:35 Uhr - 3638 Clicks - Nr. 284*

Ergebnisreiche AfA-Regionalkonferenz in Bad Oldesloe
Traditionell beteiligte sich die AfA Schleswig-Flensburg mit einer großen Delegation an der AfA-Regionalkonferenz Nord am 20.03.2010 in Bad Oldesloe, zu der alle nördlichen Landesverbände (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Niedersachsen) Delegierte entsandt hatten. Ein großes Lob an die AfA des Kreises Stormann für die perfekte Organisation der Konferenz.
Klaus Barthel, MdB (und designierter Stellvertreter des AfA-Bundesvorsitzenden Ottmar Schreiner), setzte seinen Schwerpunkt auf die schwierige Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Arbeitsmarktpolitik muss wieder in den

Vordergrund gebracht werden. Die in über 150 Jahre erkämpften Rechte der ArbeitnehmerInnnen werden immer wieder mit fadenscheinigen Gründen von den Arbeitgebern und letztendlich der ihnen verbundenen Lobbypolitik ausgehebelt. Der SPD-Präsidiumsbeschluss vom 15.03.2010 „Fairness auf dem Arbeitsmarkt" zu den Themen Begrenzung der Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, Mindestlöhne und Korrekturen in der sogenannten Hartz Gesetzgebung, die immer wieder von der AfA gefordert wurden, sind ein Anfang in die richtige Richtung. In Sachen Humanisierung der Arbeitswelt gibt es außerdem viel zu tun.
In der anschließenden Diskussion wurden Themen angesprochen zur Ausbildungsplatzsituation, zum gerechten Sozialstaat, Mitbestimmung, Leiharbeit und dass die SPD zur Glaubwürdigkeit der SPD zurückkehrt. Eine Forderung wurde dahingehend gerichtet, dass die AfA in die Mitte der Partei gehört. Man erinnerte sich des alten Wehnerwortes, der da sagte, dass die AfA das Herz der SPD sei. Demzufolge müsse sich die AfA in der Mitte der Partei positionieren, weil Arbeitnehmer-Innnen-Rechte die Urinteressen der Partei berühren.

Keine Kommentare

SPD-St. Michaelisdonn - *veröffentlicht am 21.03.2010, 22:18 Uhr - 3797 Clicks - Nr. 285*

Herzlich Willkommen !
Der SPD-Ortsverein begrüßt Sie auf seiner Internetpräsenz.

Die Seiten werden augenblicklich erstellt und nach und nach mit interessanten Informationen aus St Michel, dem Ortsverein und der Fraktion gefüllt.

Gerne nehmen wir schon jetzt Ihre Anregungen entgegen.

Wir freuen uns auf Ihre Meinungen und Hinweise.

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 22.03.2010, 14:03 Uhr - 59959 Clicks - Nr. 286*

EU gespalten beim Artenschutz - Roter Thunfisch wird aussterben
Ulrike Rodust und Jo Leinen zu den CITES-Verhandlungen in Doha, bei denen kein Fortschritt für den globalen Artenschutz erzielt werden konnte.
Der Versuch, den Handel mit Roten Thunfisch zu verbieten, ist unter anderem auch am Stimmverhalten mehrerer EU-Mitgliedstaaten gescheitert.

"Wie schon bei der Klimakonferenz in Kopenhagen, so war auch das Auftreten der Europäischen Union bei der Artenschutzkonferenz in Doha enttäuschend", sagte der Vorsitzende des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, Jo LEINEN.

Trotz Lissabon-Vertrag verstehe die EU es immer noch nicht, mit einer Stimme zu sprechen und ihr Gewicht bei internationalen Verhandlungen in die Waagschale zu werfen.

Beim Roten Thunfisch haben mehrere EU-Mitgliedsländer ihren kurzfristigen Wirtschaftsinteressen Vorrang vor dem langfristigen Interesse des Artenschutzes im Mittelmeer

und im Nordatlantik eingeräumt. "Nachdem schon 80 Prozent der Bestände im Mittelmeer abgefischt sind, droht dem Roten Thunfisch mangels eines internationalen Handelsverbots in einigen Jahren die endgültige Vernichtung", warnte die die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Ulrike RODUST.

"Die EU-Kommission ist jetzt aufgefordert zu handeln und nach dem Misserfolg bei der CITES-Konferenz konkrete europäische Maßnahmen zur Rettung des Roten Thunfischs auszuarbeiten", erklärte Jo LEINEN.

Noch sei es aber nicht zu spät. "Damit der Rote Thunfisch überleben kann, muss ein einjähriges Fangmoratorium erlassen werden. Dies ist über die Internationale Thunfischkommission ICCATT möglich. Hier muss die EU geschlossener auftreten als bei den CITES-Verhandlungen!", sagte Ulrike RODUST.

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 22.03.2010, 14:34 Uhr - 12107 Clicks - Nr. 287*

Das 3. Kindergartenjahr muss beitragsfrei bleiben!
Eine Wiedereinführung der Elternbeiträge durch die Landesregierung ist ein Anschlag auf eine zeitgemäße Familienpolitik.
Das 3. Kindergartenjahr muss beitragsfrei bleiben fordert Thorsten Fischer. Eine Wiedereinführung der Elternbeiträge durch die Landesregierung ist ein Anschlag auf eine zeitgemäße Familienpolitik.

Die schwarz-gelbe Koalition in Kiel bereitet offensichtlich eine „Streichliste" sozialer Leistungen vor und schließt dabei die Rücknahme des beitragsfreien 3. Kindergartenjahres nicht aus. Zu dieser Einschätzung kommt der Vorsitzende der Jugendhilfeausschusses Thorsten Fischer (SPD) nach den Äußerungen des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Christian von Boetticher. Von Boetticher hatte angekündigt, „dass es bei den Kürzungen im Landeshaushalt keine Tabus gäbe und auch das dritte beitragsfreie KiTa-Jahr kommen auf den Prüfstand".

Allein schon die Ankündigung hält Fischer für einen Anschlag auf eine Familienpolitik, die sich zum Ziel gesetzt hat, Familien mit Kindern finanziell zu entlasten, die Bildungschancen im frühen Kindesalter zu verbessern und Frauen die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familien zu erleichtern.

Die Begründung, der desolate Zustand der Landesfinanzen mache „schmerzhafte Kürzungen" notwendig, lässt Fischer nicht gelten. Wenn mit Zustimmung der Landesregierung Hoteliers und reiche Erben finanziell entlastet werden und diese Steuergeschenke durch die Wiedereinführung des Elternbeitrages von monatlich bis zu 215,00 € bezahlt werden sollen, dann ist der CDU das soziale Gewissen abhanden gekommen, bewertet Fischer die Ankündigung von Boettichers.

Für die SPD steht das dritte beitragsfreie KiTa-Jahr nicht zur Disposition. Sollte die Schwarz-gelbe Koalition in Kiel tatsächlich die „Rolle rückwärts" machen, dann werden wir uns an die Seite der Eltern stellen und ihren Protest nachhaltig unterstützen, kündigt Fischer an.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 22.03.2010, 15:53 Uhr - 10145 Clicks - Nr. 288*

Thönnes zur Lösung für die ARGEN: SPD-Position weitgehend durchgesetzt

SPD-Position weitgehend durchgesetzt – Betreuung aus einer Hand wird gesichert

Die Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen aus einer Hand wird abgesichert. Das ist das Fazit nach 13-stündigen Verhandlungen am letzten Wochenende zwischen Vertretern von CDU/CSU, der FDP und der SPD. Damit kann die getrennte Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen, die zum 01. Januar 2011 drohte, abgewendet werden.

Thönnes: „Die gefundene Lösung ist gut für die Menschen in den Kreisen Stormarn und Segeberg, die Arbeit suchen, und sie gibt den Beschäftigten in den ARGEN in Bad Oldesloe, Bad Segeberg, Kaltenkirchen und Norderstedt Sicherheit. Letztendlich hat sich damit weitestgehend der Vorschlag durchgesetzt, den der damalige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz mit allen Ministerpräsidenten ausgehandelt hatte. Im Sommer letzten Jahres hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dies jedoch blockiert."

Acht Punkte sind wichtig:
1. Für die ARGE-Nachfolge wird als Regelmodell nun mit einer Änderung des Grundgesetzes eine dauerhafte Lösung für die gemeinsamen Einrichtungen von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit, also die ARGEN, geschaffen.

2. Dies ermöglicht einen stabilen Personalkörper, eine eigene Personalvertretung und eine stärkere Rolle der Geschäftsführer.

3. Die Kontrolle und Steuerung der Arbeitsmarktpolitik in den Optionskommunen erfolgt durch Zielvereinbarungen und einem gleichen Kontrollsystem für die gemeinsame Einrichtungen und Optionskommunen.

4. Es ist ein Erfolg für die SPD, dass die von der Regierung gesperrten 900 Mio. € in der Arbeitsmarktpolitik für das laufende Haushaltsjahr nun freigeben werden sollen. Das verbessert die Planungssicherheit vor Ort für die ARGEN sowie die Bildungseinrichtungen und kommt den Arbeitslosen direkt zu Gute.

5. Im Deutschen Bundestag soll eine Entschließung zur Verstetigung der arbeitsmarktpolitischen Mittel in den nächsten Jahren eingebracht werden. Auch das verbessert die Chancen der Langzeitarbeitslosen.

6. Der Betreuungsschlüssel für Langzeitarbeitslose wird nun wie von der SPD bereits 2009 geplant, bei den unter 25-Jährigen bei 1:75 und bei den über 25-Jährigen bei 1:150 angesetzt. Auch das bietet zusätzliche Planungssicherheit.

7. Geplant ist eine moderate Erweiterung der Optionskommunen um bis zu 25 Prozent. Aus den bisher 69 können also insgesamt maximal 110 werden. Diese grundgesetzlich verankerte Begrenzung wird zusätzlich mit engen Zulassungskriterien verknüpft. So kann die genannte Erweiterung nur dann erfolgen, wenn die betroffenen Kommunalparlamente dies mit 2/3-Mehrheit beschließen und diverse zusätzliche Zulassungskriterien erfüllt werden. Ein Antrag zur

Umwandlung in eine Optionskommune kann bis Ende 2010 und in der zweiten Jahreshälfte 2015 gestellt werden. Die Änderungen treten dann zum ersten des jeweils übernächsten Jahres in Kraft. Allerdings nur, wenn die maximale Anzahl von 110 Optionskommunen noch nicht erreicht ist.

8. Die zeitliche Bestandsbegrenzung der 69 bestehenden Optionskommunen wird entfristet. Ihre weitere Fortführung ist damit möglich. Alle, die ARGEN und die Optionskommunen, fallen künftig unter das gleiche einheitliche Kontrollsystem

Die letztliche Entscheidung über diesen Kompromiss erfolgt am kommenden Mittwoch unter den Spitzenvertretern der beteiligten Parteien. Erfolgt auch hier eine Zustimmung zu dem Kompromiss, ist bei Zustimmung aller beteiligten Bundestagsfraktionen eine grundgesetzliche Änderung noch in der 1. Jahreshälfte 2010 möglich.

Thönnes: „Letztendlich sind CDU/CSU bei diesem Thema dann doch noch vernünftig geworden. Das Ganze hätte man auch schon letztes Jahr haben können. Nun gilt es die gesetzlichen Regelungen zu schaffen. Dann können sich die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den ARGEN auch wieder mit einer abgesicherten Regelung für die Langzeitarbeitslosen, aber auch für ihre Arbeit selbst, um die wichtige Aufgabe, nämlich die Vermittlung in neue Beschäftigung kümmern."

Quelle: www.pixelio.de / RainerSturm

Kommentar von Reinhold Nawratil, AG60plus Kreis Segeberg vom 06.04.2010, 16:54 Uhr:
RE: Thönnes zur Lösung für die ARGEN: SPD-Position weitgehen
Die Arbveitsgemeinschaft AG60plus des Kreises Segeberg begrüßt die Entwicklung auf dem Gebiete der Grundsicherung. Es ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Die Grundsicherung muß den tatsächlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Bedauerlich ist, daß der Kreis der "Optionsgemeinden" weiter ausgedehnt wurde. Die Arbeit der ARGEN und Jobcenter hat sich gerade in den letzten Jahren bestens bewährt. Gerade ältere haben wieder eine Perspektive erhalten, sodaß sie das Rentenalter von 67 Jahren im Arbeitsprozess erreichen und nicht von der "Stütze" leben müssen. Denn anerkannt zu sein als vollwertige Kräfte ist gerade für diese Menschen ihr Lebensinhalt. Mit solidarischen Grüßen Reinhold Nawratil

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 23.03.2010, 10:29 Uhr - 4560 Clicks - Nr. 289*

Neue Phase der Städtepartnerschaften einleiten!

Die Kieler SPD-Landtagsabgeordneten haben eine Städtepartnerschaft zwischen Kiel und der türkischen Stadt Samsun angeregt. Dazu erklären die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, und der europapolitische Sprecher Rolf Fischer:

In Kiel leben viele Bürgerinnen und Bürger, die ihre Wurzeln in der türkischen Stadt Samsun am Schwarzen Meer und ihrer Umgebung haben. Deshalb haben wir eine Kooperation dieser beiden Städte angeregt.
Als Landtagsabgeordnete wissen wir, dass Städte umso erfolgreicher sind, je stärker sie zusammenarbeiten. Zudem haben Samsun und Kiel eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten: die Maritime Wirtschaft, die Hafenpolitik, Universität und Hochschulen, Zentrumsfrage und Wirtschaftsstandort. Auch die Einwohnerstruktur und die Größe unserer Städte gleichen sich.

Eine partnerschaftliche Beziehung zwischen beiden Städten wäre etwas Besonderes. Damit könnte eine neue Phase von Städtepartnerschaften in Schleswig-Holstein eingeleitet werden. Aus Samsun haben wir positive Signale auf unseren Vorschlag erhalten. Wir werden ihn in die Kieler Ratsversammlung einbringen und hoffen auf Zustimmung. Eine Städtepartnerschaft zwischen Kiel und Samsun wäre die erste derartige deutsch-türkische Kooperation und wir wünschen uns, dass sie Signalwirkung hat und weitere Kommunen in unserem Land Städtepartnerschaften mit türkischen Kommunen eingehen.
Kommentar von Cetin Kocak vom 04.01.2011, 20:51 Uhr:
RE: Neue Phase der Städtepartnerschaften einleiten!
Liebe Rolf Fischer Mit erstaunen habe ich Entscheidung der SPD für eine Städtepartnerschaft mit Samsun vernommen. Ich persönlich bin für eine Städtepartnerschaft Kiels mit einer Stadt in der Türkei, aber mit Samsun hat die SPD Kiel die denkbar ungünstigste Partnerwahl getroffen. - Samsun wird seit 1980 von Parteien regiert die dem islamischen Spektrum angehören - Die rechtsradikalen Parteien haben bei den Wahlen in Samsun einen Wählerpotential von ca. 20 %, diese Stadt gehört zu den Hochburgen der MHP, in Deutschland bekannt als die „Grauen Wölfe" - In Samsun hat die CHP einen Wählerpotential von max. 25 % - Bei den Kommunalwahlen 2009 erhielt die CHP 21,5 % der Stimmen. Die AKP 48,4 % und die MHP 20,9 % - Der Vorsitzende der pro kurdischen Partei DTP wurde bei einem Gerichtstermin in Samsun von einem rechtsradikalen Täter tätlich angegriffen, seine Nase wurde gebrochen. In Samsun werden Kurden kaum geduldet, es leben dort kaum Kurden. - Der türkische Menschenrechtsverein hat mehrfach die Existenz von paramilitärischen rechtsradikalen Bünden in Samsun bestätigt. Der Attentäter des armenischen Journalisten Hrant Dink kam aus Samsun und hatte Kontakte zu den Geheimbünden. - Linke und kurdische Studenten an der Universität in Samsun werden von rechtsradikalen, aber auch von der Polizei vor Ort regelmäßig verfolgt und terrorisiert. Diese sind einige der Fakten über Samsun. Ich hätte mir gewünscht dass Kiel die Partnerschaft zu einer Kommune mit eher demokratischer Tradition und pro europäischen Haltung sucht. Es gibt in der Türkei genügend sozialdemokratisch regierte Städte. Die Begeisterung der SPD für Samsun kann ich nicht nachvollziehen, mir ist auch nicht klar warum dringend eine Entscheidung getroffen werden soll. Eine Städtepartnerschaft ist eine Bindung für sehr lange Zeit, daher rate ich zur einer durchdachten Entscheidung und Einbindung aller Parteien im Kieler Rathaus. Als Kieler muss ich sagen das die SPD in dieser Frage eindeutig eine falsche und für Kiel eine problematische Entscheidung getroffen hat. Ich hoffe dass diese Entscheidung nicht umgesetzt wird. Mit freundlichen Grüßen Cetin Kocak

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 23.03.2010, 10:47 Uhr - 3502 Clicks - Nr. 290*

SPD will den Erhalt des Nahversorgungsstandortes Tarup

Die SPD Ratsfraktion setzt sich in der kommenden Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses für den Erhalt des Nahversorgungsstandortes auf dem Gelände des jetzigen EDEKA-Marktes in Tarup ein und hofft auf eine zügige Nachfolgelösung.
„In weniger als 10 Tagen wird der EDEKA-Markt in Tarup seine Pforten schließen. Das einzig positive ist, das alle Mitarbeiter bei EDEKA beschäftigt bleiben. Nach dieser sehr kurzfristigen Entscheidung des Betreibers wird in Tarup kein Einzelhandel mehr vorhanden sein. Aus Sicht der Taruper Bürgerinnen und Bürger besteht der dringende Bedarf einer Nahversorgung

gerade für die Anwohnerinnen und Anwohner mit geringer Mobilität", so die SPD-Ortsvereinsvorsitzende und Ratsfrau Simone Lange.

„Damit das Gebäude an der Ecke Taruper Hauptstraße/Norderlück schon bald wieder Nahversorgung bietet, soll die Verwaltung eine Nachnutzung zum nächstmöglichen Zeitpunkt fördern und potentielle Nutzungsinteressenten bei der Realisierung ihrer Pläne unterstützen. Es ist unser Ziel", erläutert der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost, „den Nahversorgungsstandort Tarup unter den gegebenen Rahmenbedingungen (600 m²) aufrechtzuerhalten und parallel zum laufenden Verfahren des Einzelhandelsgutachten unverzüglich Perspektiven zu entwickeln."

Das für April mit einem ersten Strukturentwurf angekündigte Einzelhandelsgutachten bezieht sich auf den gesamten Einzelhandel Flensburgs und wird auch den Bereich Flensburg Südost einbeziehen. Dies schließt den Erhalt des Standortes Tarup keinesfalls aus. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Tarups ist es aufgrund der kurzfristigen Schließung des Marktes erforderlich, unverzüglich eine Nachnutzung zu sichern und nicht erst das Ergebnis des Einzelhandelsgutachtens abzuwarten.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 23.03.2010, 19:24 Uhr - 2740 Clicks - Nr. 291*

SPD-Engelsby: Kostenlose Schadstoffannahme in Engelsby

Am Sonnabend, dem 27. März 2010 nimmt die Freiwillige Feuerwehr Engelsby im Rahmen des Flensburger Frühjahrsputzes von 10 bis 13 Uhr kostenlos Schadstoffe entgegen. Die Sammlung erfolgt in Kooperationmit dem Technischen Betriebszentrum (TBZ) im Gerätehaus in derEngelsbyer Straße 101.

Farben und Lacke, Holz- und Pflanzenschutzmittel, Altmedikamente, Reiniger, Lösungsmittel, Kleberreste, Batterien sowie Spraydosen und quecksilberhaltige Produkte können dann vor Ort abgegeben werden.
Nicht angenommen werden Altöl und Autobatterien, da diese Abfälle über den Fachhandel zu entsorgen sind.

Die Kosten der Annahme und Entsorgung werden über die Haushaltsgrundgebühren (Basisanteil der Abfallgebühr) finanziert. Gewerbebetriebe sind daher von dieser Möglichkeit der Schadstoffentsorgung ausgeschlossen, zumal sie auch einer gesonderten Nachweispflicht unterliegen.
Angenommen werden nur haushaltsübliche Mengen !

Unabhängig von diesem Angebot können Schadstoffe auch jederzeit direkt bei der Schadstoffannahmestelle des TBZ auf dem Recyclinghof Schleswiger Str. 95 a abgegeben werden: Montags und dienstags, donnerstags und freitags von 8 bis 17 Uhr, samstags von 8 bis 13 Uhr.
Mittwochs sind die Flensburger Recyclinghöfe geschlossen!

Weitere Informationen rund um das Thema Sonderabfälle gibt es beim TBZ unter der Telefon-Nr. 85-2281.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 23.03.2010, 22:44 Uhr - 3969 Clicks - Nr. 292*

Erste Neugründung bei der AfA Schleswig-Holstein

Landesbetriebsgruppe Deutsche Post DHL gegründet

Unter den Augen des SPD Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner gründete sich am Abend des 22. März 2010 im Legienhof in Kiel eine neue Landes-Betriebsgruppe der SPD-Arbeitnehmerorganisation AfA. AfA steht für „Arbeitgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen".

SPD-Mitglieder, die im Konzern Deutsche Post DHL tätig sind, tun sich zusammen und wollen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus diesem Bereich innerhalb der SPD eine kraftvolle Stimme geben, damit künftig wieder stärker deren Interessen in der SPD berücksichtigt werden.

Nach einem Grußwort vom ver.di-Landesfachbereichsleiter Postdienste Wolfgang Abel und einem klar Position beziehenden Referat von Ralf Stegner standen dann die für eine Gründungsversammlung obligatorischen Wahlen an.

In den Vorstand wurden gewählt:

Gunnar Appelt, Vorsitzender und Delegierter zur AfA-Landeskonferenz
Uwe Gier, stellvertretender Vorsitzender
Walter Lorenzen und Wolfgang Abel als Beisitzer.

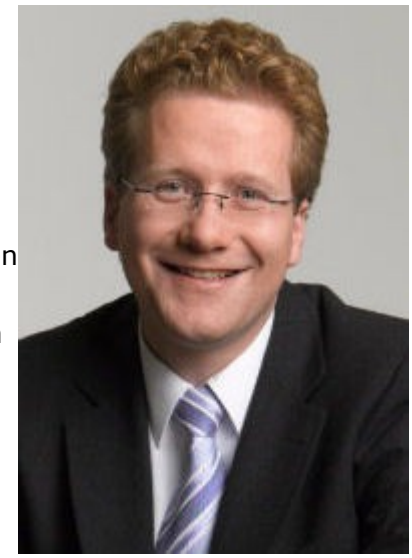
Direkt im Anschluss wurde die Arbeit aufgenommen und es wurden fleißig Termine vereinbart und Kontaktdaten ausgetauscht, damit das alles kein Papiertiger, sondern ein politisch reger Teil der AfA in der SPD wird.

Kontakt für weitere Informationen:
Gunnar Appelt, Vorsitzender der AfA-Betriebsgruppe Deutsche Post DHL, Tel.: 0151-11671111
Mail: gunnar.appelt@betriebsrat-deutschepost.de.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 23.03.2010, 23:43 Uhr - 4139 Clicks - Nr. 293*

Berufsbildung in Stormarn
Martin Habersaat - Kolumne für das Stormarner Tageblatt



Es tut sich was in der Berufsbildung: Zum 1.1.2010 sind die Berufsschulen in Lauenburg und Mölln zu Regionalen Bildungszentren (RBZ) geworden. Am 20.1. weihte Bildungsminister Klug (FDP) die größte Schule Schleswig-Holsteins ein, das RBZ Kiel. RBZ gibt es inzwischen in den meisten Kreisen und kreisfreien Städten des Landes. Bald auch bei uns? Um ihre Selbstständigkeit zu erhöhen, können Berufliche Schulen in Schleswig-Holstein in RBZ umgewandelt werden, die rechtlich eigenständig sind und in Abstimmung mit dem regionalen Weiterbildungsverbund berufliche Aus- und Weiterbildung anbieten, abgestimmt auf den regionalen Bedarf. Kernaufgabe bleibt natürlich der staatliche Bildungsauftrag. Durch die Umwandlung sollen ein effizienterer Ressourceneinsatz und eine Verbesserung der Unterrichtsqualität erreicht werden. Kurz: Bessere Schule fürs gleiche Geld. Die Zentren erhalten vom Schulträger ein eigenes Budget und treffen eigenständig Entscheidungen über den Mitteleinsatz. Folge: Motiviertere Pädagogen, besserer Unterricht. Aufgrund der eigenen Rechtsfähigkeit können sie auch Verträge zur Optimierung ihres pädagogischen Auftrags mit Dritten abschließen. Also: Mehr Geld für Bildung, Vernetzung mit den Ausbildungsbetrieben.

Auch anderswo gibt es solche Entwicklungen: Landesbetrieb Erziehung und Berufsausbildung in Hamburg, regionale Kompetenzzentren in Niedersachsen, operativ eigenständige Schulen in Baden-Württemberg sind nur drei Beispiele.

Am 30. März entscheidet Stormarns Schulausschuss über die Zukunft der Beruflichen Schule Bad Oldesloe, die seit einigen Jahren an einem RBZ-Schulversuch teilnimmt und sich nun die Umwandlung wünscht. Fazit: Gut für Schule und Schüler - die SPD ist da-für!

Keine Kommentare

SPD-Fraktion Flensburg - *veröffentlicht am 24.03.2010, 12:22 Uhr - 2825 Clicks - Nr. 294*

SPD fordert mehr Ehrlichkeit in der Diskussion um Kita-Elternbeiträge

In der Diskussion um die Erhöhung der Elterngebühren fordert die SPD Ratsfraktion mehr Transparenz und Ehrlichkeit. „Wir brauchen", so der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost, „ eine solide Entscheidungsvorbereitung durch die Verwaltung und den zuständigen Bürgermeister– fair, objektiv und in der Sache richtig. Dies ist leider nicht mehr gewährleistet! Wir halten dies für nicht hinnehmbar."

Der Hintergrund der massiven SPD-Kritik: Nachdem der Jugendhilfeausschuss und der Finanzausschuss über die Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Flensburger Kindertagesstätten entschieden haben, steht die Entscheidung bezüglich der Erhöhung der Elternbeiträge noch aus.

Bereits in der letzten Sitzung des Finanzausschusses führte SPD-Ratsfrau Simone Lange an, dass mit dem beschlossenen Förderbetrag eine auskömmliche Finanzierung der Kitas gegeben ist und eine Elternbeitragserhöhung nicht mehr erforderlich ist. Die von Frau Lange aufgestellte Behauptung bewahrheitete sich nach einem Gespräch mit der Verwaltung. Tatsächlich würde die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Elternbeiträge zu einer Überfinanzierung führen.

Darauf hat die Verwaltung bereits reagiert und schlägt nunmehr in der Vorlage FA 12/2010 eine stufenweise Erhöhung der Elternbeträge vor. Danach soll zum 01.08.2010 einerseits die Beitragserhöhung nachgeholt werden, die im November 2008 mehrheitlich vom Rat abgelehnt worden war. Andererseits soll erstmals ein Unterschiedsbetrag zwischen Kindern unter 3 und Kindern über 3 Jahren eingeführt werden, sodass eine Elternbeitragserhöhung bis zu 26 % vorgenommen würde.
In einer zweiten Stufe sollen die Elterngebühren zum 01.01.2011 dann an die Betriebskosten einer Kita gekoppelt und nochmals bis zu 21 % angehoben werden.
Darüber hinaus soll der Zuschlag für Früh- und Spätdienste von derzeit 12 Euro pro Stunde auf 35 Euro pro Stunde für Kinder U 3 und 29 Euro für Kinder Ü3 drastisch angehoben werden.

„Das alles täuscht aber nicht über die Einseitigkeit seitens der Verwaltung hinweg, wie mit dem Thema Elternbeitrag umgegangen wird", so der SPD-Fraktionsvorsitzende. Die jugendpolitiche Sprecherin Simone Lange dazu: „Es ist enttäuschend zu erleben, wie wenig sich die Verwaltungsspitze mit den Interessen der Eltern und Kinder auseinandersetzt. Wir erwarten hier deutlich mehr Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit seitens der Verwaltung. Herr Barckmann erklärte in der Finanzausschusssitzung, man werde das Finanzierungssystem überprüfen und im Falle einer Überfinanzierung zugunsten der Eltern entscheiden. Wir werden ihn beim Wort nehmen."

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 24.03.2010, 13:59 Uhr - 1409 Clicks - Nr. 295*

Betriebsergebnis der Wertstoffhöfe des ABK

"Die rekommunalisierten Wertstoffhöfe des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) arbeiten preiswerter als früher beauftragte Entsorgungsunternehmen. Das kommt den Gebührenzahlern zugute. SPD, GRÜNE und SSW begrüßen das ausgezeichnete Betriebsergebnis der Wertstoffhöfe des ABK.
Die Stadt konnte im Jahr 2009 ca. 127.000 Euro einsparen gegenüber dem Jahr 2008, in welchem der Betrieb der Recyclinghöfe noch an ein privates Entsorgungsunternehmen vergeben war. Dieses Spitzenergebnis konnte der ABK erzielen, obwohl es neben den städtischen Wertstoffhöfen auch gewerbliche Konkurrenz gab, und obwohl die Wirtschaftskrise zu einem Preisverfall geführt hat. Voraussetzung war der richtige Beschluss der Ratsversammlung vom Mai 2008, die Recyclinghöfe zu rekommunalisieren, ebenso die durch Beschluss der Ratsversammlung eingelegte Revision zum Bundesverwaltungsgericht, die die gewerbliche Abfallsammlung in Kiel nur unter engen Voraussetzungen für zulässig erklärt hat.

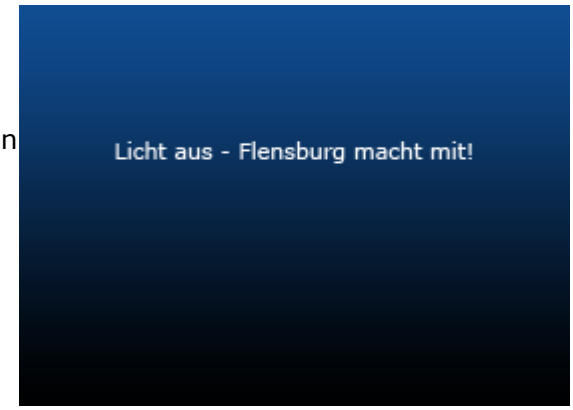
Die Wertstoffhöfe werden kommunalisiert bleiben und dauerhaft vom ABK betrieben werden. Dafür sprechen sowohl betriebliche Effizienz und gute Qualität als auch die Entlastung der Gebührenzahler, die durch die Kostenersparnis bewirkt wird.

Diese erfolgreiche Rekommunalisierung ist eine gute Grundlage für die nächste, bereits im Mai 2009 von SPD, GRÜNEN und SSW mit Zustimmung von FDP und DIE LINKE beschlossene Rekommunalisierung in der Kieler Abfallwirtschaft: die vollständige Übernahme der Restabfall- und Altpapiersammlung (d.h. der Müllabfuhr) in Kiel durch den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb," dies erklärten der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 24.03.2010, 18:04 Uhr - 2696 Clicks - Nr. 296*

SPD-Engelsby: Licht aus! Klimaschutz an! Auch Flensburg macht mit!



Die Stadt Flensburg beteiligt sich in diesem Jahr zum zweiten Mal an der Aktion Licht aus für den Klimaschutz des WWF und ruft alle Flensburgerinnen und Flensburger sowie Institutionen und Unternehmen auf, ebenfalls ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen. Am Sonnabend, dem 27. März wird zwischen 20.30 Uhr und 21.30 Uhr, an den städtischen Gebäuden die nicht sicherheitsrelevante Beleuchtung abgeschaltet.

Besonders gut sichtbar wird die Aktion, wenn zusätzlich die Außenbeleuchtung an prägnanten Gebäuden wie dem Alten Gymnasium und der Goetheschule von 20.30 bis 21.30 Uhr erlischt. Auch die Stadtwerke werden die Außenbeleuchtung des sonst nachts grün angestrahlten Schornsteins für den Klimaschutz abschalten.

„Wir sind mit unseren Partnern aktiv im Klimapakt Flensburg, um nachhaltig in unserer Region etwas für den Klimaschutz zu tun", betont Flensburgs Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner. „Durch die Teilnahme an der Earth Hour möchten wir zeigen, dass wir die Probleme des Klimawandels ernst nehmen", so Tscheuschner weiter.

Die Earth Hour ist eine Aktion des World Wildlife Fund for Nature (WWF). Am 27. März beteiligen über 100 Nationen mit rund 1.600 Städten (Stand 15. März) an der Aktion. Die Earth Hour ist eine symbolische Aktion zur Stärkung des Umweltbewusstseins. In Deutschland gab es bisher drei ähnliche Aktionen in den letzten Jahren. Ihren Ursprung hat die Earth Hour in Australien. Als dort 2007 beschlossen wurde in einem Jahr die CO2-Emissionen um 5% zu reduzieren, startete man die Aktion mit einer Earth Hour am 31. März 2007.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 25.03.2010, 10:20 Uhr - 1266 Clicks - Nr. 297*

Winterschäden: Hilfe des Landes ist auch Erfolg der Rathauskooperation!

"Die schleswig-holsteinische Landesregierung will den Kommunen 20 Millionen Euro aus dem Kommunalen Investitionsfonds und 12,6 Millionen Euro aus dem Förderprogramm für

kommunalen Straßenbau zur Verfügung stellen, um Straßenschäden durch Schnee und Eis nach dem harten Winter zu reparieren.
Damit folgt die Regierung auch einem Beschluss der Kieler Ratsversammlung, die noch in der vergangenen Woche auf Antrag von SPD, GRÜNEN und SSW das Land zu einem Nothilfeprogramm zur Beseitigung kommunaler Winterschäden aufgefordert hat. Dieser vernünftige Schritt der Regierung ist auch ein Erfolg der Kieler Rathauskooperation.
Für SPD, GRÜNE und SSW ist wichtig, dass die Kieler Stadtverwaltung nun schnell und fristgerecht Anträge beim Land einreicht, um Fördermittel für Sanierungsmaßnahmen zu erlangen. Wichtig ist auch, dass durch die Entnahme der Gelder aus dem Kommunalen Investitionsfonds nicht bei anderen kommunalen Investitionen gespart wird.
Die Entscheidung der Landesregierung bedeutet zugleich eine empfindliche Schlappe für die Kieler CDU: Während die CDU-Landespolitiker einem Hilfsprogramm für Städte und Gemeinden zustimmen, haben Kieler CDU-Kommunalpolitiker eine solche Landeshilfe in weltfremder Weise abgelehnt und lieber in städtischen Bauprojekten kürzen wollen. Mit dieser Kieler CDU ist nachweislich weder Stadt noch Staat zu machen!" Dies erklärten der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Achim Heinrichs, der verkehrspolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 25.03.2010, 12:54 Uhr - 4006 Clicks - Nr. 298*

Stillos und unwürdig!

Zur Reaktion von Innenminister Klaus Schlie auf die Verwechslung mit Justiminister Schmalfuß in der Presseerklärung des Fraktionsvorsitzenden der Linken Heinz-Werner Jezewski vom 24.03.2010 erklärt der Flensburger Abgeordnete und frühere Innenminister Lothar Hay anlässlich eines Besuches der JVA Flensburg:
„Mit Entsetzen habe ich zur Kenntnis nehmen müssen, dass politische Gegner in Presseerklärungen der Landesregierung neuerdings persönlich herabgewürdigt werden.
Zwar kann ich nachvollziehen, dass der Innenminister die offensichtliche Verwechslung seiner Person mit Justizminister Schmalfuß durch eine öffentliche Erklärung korrigiert hat. Dieses hätte ich ebenfalls getan.
Auch ist es aus meiner Sicht noch vertretbar, diese Erklärung mit einer pointierten Bemerkung über die Beachtung von Sorgfaltspflichten bei der Abfassung von Presseerklärungen zu würzen.

Diesen Vorgang zum Anlass zu nehmen, den politischen Gegner darüber hinaus persönlich zu diskreditieren, in dem man ihm die vollständige Identifikation mit dem demokratischen Rechtsstaat abspricht und ihm zugleich den Resozialisierungsbedarf eines Strafgefangenen unterstellt, ist dagegen stillos und eines Verfassungsministers unwürdig. Es scheint hier eher Herr Schlie zu sein, der in der Wirklichkeit seines verantwortungsvollen Amtes noch nicht ganz angekommen ist.“

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 25.03.2010, 12:57 Uhr - 4578 Clicks - Nr. 299*

Sparen – koste es was es wolle!

Zur angekündigten Schließung der JVA Flensburg erklären die justiz- und vollzugspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Rother und Andreas Beran sowie der Flensburger Abgeordnete Lothar Hay:
Die Pläne zur Schließung der JVA Flensburg stellen sich bei näherer Betrachtung in mehrfacher Hinsicht als Rechung ohne den Wirt heraus: Die Aufwendungen für Vorführungen der Gefangenen zu Gerichtsterminen im Landgerichtsbezirk Schleswig sowie die Fahrtkosten und Dienstzeiten der Polizeibeamten, die für eine Vernehmung von Flensburg nach Kiel oder Neumünster fahren müssen, dürften bei der Entscheidung des Ministeriums keine große Rolle gespielt haben. Hinzu kommt, dass eine wohnortnahe Unterbringung der Gefangenen nicht nur der Resozialisierung dient, sondern auch Fahrtkosten reduziert, auf deren Ersatz Angehörige von Inhaftierten Anspruch haben könnten, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind. Dies dürfte bei den Ehepartnern und Kindern der Gefangenen die Regel sein.

Es ist aus unserer Sicht kurzsichtig, durch das Stopfen von Löchern im Haushalt des Justizministers Löcher in anderen Haushalten, wie beim Innenminister oder den ohnehin schon gebeutelten Kommunen, aufzureißen.

Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass bei einer möglichen Schließung der JVA Flensburg das Ziel der Resozialisierung der Strafgefangenen nicht gefährdet wird. Zur Erreichung dieses Ziels gehört auch, dass der Kontakt zu Verwandten und Freunden aufrecht erhalten werden kann.

Wie der Bund der Strafvollzugsbediensteten Schleswig-Holstein in seiner Presseerklärung vom 23.03.2010 mitteilte, hat Justizminister Schmalfuß den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch im Dezember 2009 eine Bestandsgarantie der kleinen Justizvollzugsanstalten gegeben und ihre Arbeit gelobt. Jetzt erfahren sie das Aus für ihre Einrichtungen.

So geht man mit Beschäftigten nicht um, Herr Minister!

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 25.03.2010, 15:42 Uhr - 62784 Clicks - Nr. 300*

"Agrarerzeugnisse brauchen eindeutige Kennzeichnung"
EP fordert aussagekräftigere Informationen für Verbraucher

Das Europäische Parlament fordert eine verbesserte Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse und aussagekräftige Informationen für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Einen entsprechenden Bericht mit der Aufforderung an die EU-Kommission, geeignete Maßnahmen zu prüfen, haben die Europaabgeordneten am Donnerstag in Brüssel verabschiedet.

„Wichtig ist, dass die Verbraucherin und der Verbraucher sehen, woher ein Produkt kommt" ist sich die agrarpolitische Sprecherin der SPD Abgeordneten, Ulrike Rodust sicher: „Es muss

ihnen die Möglichkeit gegeben werden, auf regionale Erzeugnisse zurückzugreifen, ohne lange nach der Herkunft suchen zu müssen." Entsprechend zufrieden ist die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete mit der Abstimmung im Plenum.
Der Bericht plädiert für eine weitergehende Angabe des Erzeugungsortes als das bisher bei Lebensmitteln der Fall ist. „Damit haben wir die Möglichkeit regionale und lokale Strukturen zu stärken", so die Sozialdemokratin weiter.

Mit der Zustimmung zu dem Bericht hat sich das Europaparlament zudem gegen die von der EU-Kommission im Vorfeld vorgeschlagene Zusammenlegung von zwei geschützten Produktbezeichnungen ausgesprochen. Zurzeit finden die Konsumenten Produkte mit unterschiedlichen Siegeln im Handel, die auf Erzeugung, Verarbeitung und Herstellung eines Erzeugnisses in einem bestimmten geografischen Gebiet hinweisen oder darauf, dass mindestens eine Produktionsstufe im ausgewiesenen Herkunftsgebiet durchläuft. In Schleswig-Holstein zählen hierzu etwa das Lübecker Marzipan und der Holsteiner Karpfen.

Keine Kommentare

SPD-Schilksee - *veröffentlicht am 25.03.2010, 16:14 Uhr - 3032 Clicks - Nr. 301*

Neue Vorsitzende für SPD Schilksee

Am Mittwoch, den 24. März 2010 wurde **Gesine Stück** (41) einstimmig zur neuen Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Schilksee gewählt. Sie löst damit Hans Mehrens (68) ab, der nach vier Jahren in dieser Funktion nicht wieder kandidierte, um Jüngeren Platz zu machen.

Hans Mehrens blieb dem Ortsverein als stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender erhalten. Außerdem wählten die Mitglieder auf der Jahreshauptversammlung Peter Baumgardt als Kassierer sowie Heidi Behlen, Maike Finger, Gerd Müller, Gerd Prasse und Jürgen Röpstorff als Beisitzer.

Gesine Stück war von 2003 bis 2008 Ratsfrau in der Kieler Ratsversammlung, davon zwei Jahre als Baupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.
Kommentar von Marita Bölckow vom 10.04.2010, 23:54 Uhr:
RE: Neue Vorsitzende für SPD Schilksee
Die neue Vorsitzende Gesine Stück eröffnet aus meiner Sicht wieder Perspektiven für den Ortsverein. Endlich eine Frau die Kompetenz und Sachverstand hat. Eine Frau die ehrlich für ihre Überzeugung steht und in der Lage ist, der SPD in Schilksee neuen Auftrieb zu geben.

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 25.03.2010, 19:32 Uhr - 6012 Clicks - Nr. 302*

SPD-Fraktion fordert Aufklärung über CDU-Coaching
Zu den Berichten auf NDR 1 über die Nebentätigkeiten des suspendierten Fernsehredakteurs Gerd Rapior für führende CDU-Politiker erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:
Die SPD-Landtagsfraktion erwartet Aufklärung darüber,
· wann sich Herr Carstensen von dem NDR-Redakteur Gerd Rapior coachen ließ,
· ob Rapior Herrn Carstensen vor dem Fernseh-Duell gegen Heide Simonis gecoacht hat und
· ob Rapior gar verantwortlicher Redakteur oder redaktionell beteiligt war an der Vorbereitung oder Ausführung des Fernsehduells Carstensen : Simonis.
Wir erwarten eine genaue Untersuchung, welche Auswirkungen auf die landespolitische

Berichterstattung des NDR die Tatsache hatte, dass einer der wichtigen Landeshaus-Korrespondenten des NDR auf der Lohnliste der CDU stand.
Kommentar von Knut vom 31.03.2010, 11:37 Uhr:
RE: SPD-Fraktion fordert Aufklärung über CDU-Coaching
@Hermann: Es ist schon interessant, ob sich ein Journalist des NDR ein paar tausend Euro extra bei den Leuten verdient hat, die er eigentlich kritisch begleiten sollte. Wenn Dein Klempner sein Einkommen zusätzlich mit Provisionen von einer Kachelfirma aufbessert, hast Du sicher auch ein komisches Gefühl, wenn er Dir das Badezimmer aufstemmt... Wie Du auf diesen Internetseiten sehen kannst, gibt es auch genügend politische Themen, um die sich die SPD kümmert. Trotzdem gehört es meiner Meinung nach auch zu den Aufgaben einer politischen Partei, für faire politische Verhältnisse zu sorgen und bestimmte Verhaltensweisen der Konkurrenz zu hinterfragen - es kann ja auch dabei herauskommen, dass da nix verwerfliches passiert ist...

Kommentar von Hermann vom 26.03.2010, 11:44 Uhr:
RE: SPD-Fraktion fordert Aufklärung über CDU-Coaching
Irgendwie bin ich enttäuscht von der SPD, weil sie mangels handfester Themen wohl schon auf Spatzen schießen muss. Warum muss ich als Auftragsgeber (CDU oder PHC) den Auftragsnehmer(NDR-Mit.) vor Auftragsvergabe durchleuchten und wieso steht man gleich auf der Lohnliste einer CDU, wenn ein eigenständiger Auftrag (angeblich 2x 1000 Euro) abgewickelt wurde. Danach müßte ich also meinen Klempner durchleuchten und stehe nach Begleichung der Rechnung auf seiner Firmen-Lohnliste? Upps! Stellen sich mir die Fragen, ob Frau Simonis von der SPD unterdrückt wurde, weil sie sich keine Vorbereitung finanziell erlauben konnte und ob es nicht schon ausreichend ist, das ein Herr Stegner die SPD in der Öffentlichkeit nicht gerade positiv aussehen läßt. Mich als SPD-Wähler schreckt die Öffentlichkeitsarbeit der SPD momentan total ab, als ob es keine wichtigeren Baustellen in unserer Landespolitik gibt Herr Weber!!!!

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 25.03.2010, 19:35 Uhr - 5223 Clicks - Nr. 303*

Khat-Schmuggel weiterhin erfolgreich bekämpfen
Zum Besuch des Arbeitskreises Europa und Minderheiten in Padborg im deutsch-dänischen Polizei- und Zollzentrum – Bürogemeinschaft Padborg und im Regionskontor erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises und europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:
Bei unserem Gespräch mit der Leitung und mit Mitarbeitern des deutsch-dänischen Polizei- und Zollzentrums sind unter anderem die Fragen der Drogen- und Schleuserkriminalität angesprochen worden. Es wurde deutlich, dass insbesondere der Schmuggel der Kaudroge Khat weiter zunimmt und sich mittlerweile im Bereich von Tonnen bewegt. Die deutsch-dänische Grenze ist dabei das Einfallstor für Nordeuropa. Die erfolgreiche Arbeit der Bürogemeinschaft muss fortgesetzt werden. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, dafür zu sorgen, dass die Bürogemeinschaft endlich einen offiziellen Behördenstatus erhält, um angesichts der erhöhten Anforderungen vernünftig und zielgerichtet arbeiten zu können.

Zudem hat der Arbeitskreis das Regionskontor der Region Sønderjylland – Schleswig besucht und sich über den aktuellen Stand der grenzüberschreitenden Kooperation mit Dänemark und insbesondere über den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt informiert. Der Rückgang der Grenzpendelerzahlen von 19.000 auf etwa 13.000 im vergangenen Jahr zeigt, dass die Krise auch den deutsch-dänischen Arbeitsmarkt erreicht hat. Der Austausch erfolgt aber immer noch

auf einem sehr hohen Niveau. Hier werden wir weitere Schritte zur gegenseitigen Anerkennung der Abschlüsse und für eine stabile Sozialversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anstreben.

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 25.03.2010, 20:30 Uhr - 2741 Clicks - Nr. 304*

SPD-Engelsby: Neue Spielgeräte im Kauslunder Winkel

Planungsgespräch zur Spielplatzgestaltung
Der Kinderspielplatz „Kauslunder Winkel" soll in diesem Jahr neu gestaltet werden. Das Spielmobilteam des Kinder- und Jugendbüros möchte möglichst viele Anregungen und Ideen der Kinder, Eltern und Anwohner des Stadtteils in die Gestaltung des Platzes mit einfließen lassen.

Alle Interessierten sind daher am Dienstag, dem 30. März 2010 um 16.30 Uhr zu einem Planungsgespräch auf dem Kinderspielplatz herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 26.03.2010, 09:51 Uhr - 3470 Clicks - Nr. 305*

Neues Infoblatt für Osterrönfeld
Die SPD-Osterrönfeld bringt dieser Tage ihr neues Infoblatt für Osterrönfeld heraus. Mit einer Auflage von 2100 Stück erreicht das Infoblatt alle Osterrönfelder Haushalte. Nach intensiver Vorarbeit wird das Blatt nun von unzähligen Helferinnen und Helfern in Osterrönfeld verteilt.

Neben politischen Artikeln setzen die Osterrönfelder Sozialdemokraten auf einen bunten Mix aus "Wissensseiten", Ratgebern und aktuellen Berichten aus Osterrönfeld.

Themen u. a.: Wegenutzungsverträge, Seifenkistenrennen, Fahrradstraßen, Kitas, Rauchwarnmelder und vieles mehr.

Das Infoblatt finden Sie ab sofort auch als Online-Ausgabe auf der Internet-Seite der SPD-Osterrönfeld [siehe hier]

--

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 26.03.2010, 11:53 Uhr - 4967 Clicks - Nr. 306*

Olof-Palme-Friedenspreis: Kuratorium wählte aus sechs Nominierungen

Verleihung am 27. April 2010,
18.30 Uhr, Schloss Reinbek

Die Entscheidung ist gefallen: Das Kuratorium des Olof-Palme-Friedenspreises hat getagt und aus sechs eingegangenen Nominierungen den oder die Gewinner bestimmt. Die Entscheidung des Kuratoriums wird Cord Denker bei der Preisverleihung am 27. April vorstellen und begründen. Die Festveranstaltung beginnt um 18.30 Uhr mit einem Empfang im Gartensaal des Schlosses Reinbek.

Im Festsaal wird dann der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat die Gäste begrüßen. Die Festrede hält Jörn Thießen, den musikalischen Part übernimmt in diesem Jahr die Harfenistin Janina Albrecht.

Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme- Friedenspreis seit 23 Jahren an Vereine, Verbände und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle engagieren. Ein fünfköpfiges Kuratorium wählt aus den eingegangenen Vorschlägen die Preisträger aus. Seine Entscheidung ist es auch, den Preis zu teilen oder auf einen Preisträger zu konzentrieren. Daher bleibt auch die Laudatio der eingereichten Vorschläge und die Preisverleihung selbst einem Mitglied des Kuratoriums vorbehalten. Dem Kuratorium gehören Gisela Böhrk, die ehemalige Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein, der Bargteheider Pastor im Ruhestand Cord Denker, die Pröpstin Margit Baumgarten, Stormarns Landrat Klaus Plöger und Birgit Kassovic von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft an.

Nominiert wurden von Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Stormarn in diesem Jahr Hans-Peter Weiß und der Interkulturelle Gesprächskreis der VHS Ahrensburg, Manfred Kutsche, der Vorsitzende der Kulturrings Bargteheide, das Spendenparlament Reinbek und Umgebung e.V., Christine Zeising und Essen für Alle (EfA) aus Bad Oldesloe, Otto Fickel für den Hilfsgütertransport für behinderte Kinder von Bad Oldesloe nach Posen und Alfred Schulz aus Reinbek für sein Engagement in der Asyl- und Migrationsarbeit in Stormarn und Reinbek und im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Jörn Thießen, der diesjährige Festredner, studierte in Kiel und Berlin Evangelische Theologie, Germanistik und die Geschichte der Medizin. Er war persönlicher Referent und Redenschreiber Björn Engholms, ist ordinierter Pastor und leitete das Büro des Verteidigungsministers Rudolf Scharping. Von 2005 bis 2009 war er Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 26.03.2010, 12:30 Uhr - 4319 Clicks - Nr. 307*

Konstruktive Opposition in Land und Bund

Zu einer Frühjahrsklausurtagung traf sich die 25köpfige SPD-Landtagsfraktion im März in Hohwacht an der Ostsee. Die zwei Tage wurden genutzt, um über Ziele und Schwerpunkte der SPD-Politik im Land, aber auch im Bund zu sprechen. Für den letzteren Bereich waren am zweiten Tag die Bundestagsabgeordneten der SPD Schleswig-Holstein dazu gekommen. Für Stormarn waren der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und die Bundestagsabgeordneten Franz Thönnes und Bettina Hagedorn dabei.

Martin Habersaat: „Wir wollen zeigen, dass die SPD die bessere Alternative zur Politik von schwarz-gelb in Bund und Land ist. Mit dem Prinzip ‚Gemeinwohl vor Eigennutz' wird eine Gesellschaft langfristig besser fahren. Dabei wollen wir eine kritische, aber auch eine konstruktive Oppositionskraft sein und realistische und finanzierbare Alternativen zu den schwarz-gelben Klientelprojekten erarbeiten."

Foto: SPD Landtags- und Bundestagsabgeordnete (Fotograf: Thorsten Pfau)
Erste Reihe v.l.: Franz Thönnes, Gitta Trauernicht, Dr. Ralf Stegner, Hans Müller, Martin Habersaat, Bettina Hagedorn, Gaby Hiller-Ohm

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 26.03.2010, 16:07 Uhr - 10722 Clicks - Nr. 308*

Tangstedter absolvierte Praktikum bei SPD-MdB Thönnes

Mirko Dechow, Student und gebürtiger Tangstedter, absolvierte in den letzten vier Wochen ein Praktikum im Berliner Büro von SPD-MdB Franz Thönnes. Dabei unterstütze er das Team des Bundestagsabgeordneten organisatorisch und inhaltlich. Seine allgemeine Hochschulreife hat er an der beruflichen Schule in Norderstedt erhalten. Derzeit studiert er Nordamerikastudien und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses befasst sich Franz Thönnes schwerpunktmäßig mit außenpolitischen Fragen zu den Nordischen Ländern und zu Osteuropa. So wurde Mirko Dechow bereits in die Erarbeitung eines Berichts zur Verbesserung der sozial gesicherten Arbeitnehmermobilität in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten zwischen Deutschland und Polen mit einbezogen. Ebenso war er an der Erstellung einer Projektskizze zur Schaffung eines internationalen Ausbildungsprojektes „FBQ – Fördern – Bilden – Qualifizieren" im Zusammenhang mit dem geplanten Bau der Fehmarnbelt-Querung beteiligt. Mirko Dechow: „Diese direkte Einbeziehung in die aktuellen Vorhaben ist nicht nur interessant für mich, weil

ich mich in meinem Studium auf die internationale Politik fokussiere, sondern weil mir das Praktikum auch gute Einblicke in den Berliner Arbeitsalltag meines Wahlkreisabgeordneten gegeben hat."

Thönnes: „Seit Jahren gebe ich jungen Menschen aus meinem Wahlkreis die Möglichkeit, einen Einblick in die politische Arbeit zu erhalten und freue mich über ihr Engagement. Die jeweiligen guten Arbeitsergebnisse bestätigen mich darin und kommen letztendlich beiden Seiten in ihrer Arbeit zu Gute."

Bildunterschrift (v.l.n.r.): Mirko Dechow und Franz Thönnes vor dem Deutschen Bundestag

Keine Kommentare

Lothar Hay - *veröffentlicht am 27.03.2010, 10:57 Uhr - 5227 Clicks - Nr. 309*

Der Ministerpräsident muss seine Versprechen halten!

Zu Versprechungen des Ministerpräsidenten nach Sturmschäden erklären die tourismus- und wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Regina Poersch, und der Helgoland-Beauftragte der Fraktion, Lothar Hay:

Bei der Besichtigung der vom Sturmtief „Daisy" im Januar stark geschädigten Ostseestrände hat der Ministerpräsident vollmundig versprochen, die schleswig-holsteinischen Gemeinden nicht im Stich zu lassen. Passiert ist bisher jedoch in diesem Sinne nichts! Das Kabinett hat eine Entscheidung über Hilfen für die gebeutelten Kommunen vertagt und lässt diese hängen. Doch der Saisonstart Ostern 2010 steht bevor, deshalb ist Eile geboten. Wir fordern die Landesregierung auf, umgehend ihrer Verantwortung gerecht zu werden und zu handeln. Dazu gehört, Mittel für Strand-Wiederherstellung zur Verfügung zu stellen und Maßnahmen zur Behebung der Schäden in enger Kooperation mit den Kommunen einzuleiten.

Den Helgoländern hatte der Ministerpräsident bereits Anfang November 2007, nach dem Sturmtief „Thilo", Hilfe zur Beseitigung schwerer Schäden auf der Düne versprochen. Auf diese Hilfe wartet Helgoland noch heute – die Sturmschäden wurden zwar behoben, jedoch musste die Gemeinde dies selbst bezahlen.

Der Tourismus ist enorm wichtig für unser Land, deshalb ist Hilfe für die Ostseebäder – aber auch für Helgoland und damit Sicherung der touristischen Attraktivität auch eine wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Der Ministerpräsident darf nicht immer neue Versprechen machen, sondern er muss diese auch halten!

Wir haben das Thema deshalb in den Wirtschaftsausschuss eingebracht und erwarten dort eine Erklärung des zuständigen Tourismusministers.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 27.03.2010, 13:26 Uhr - 4452 Clicks - Nr. 310*

Enquete-Kommission zur norddeutschen Zusammenarbeit

Die „Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation" werden ab der nächsten Woche von einer Enquetekommission des schleswig-holsteinischen Landtages ausgelotet. Das Gremium ist vom Landtag auf Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch Plenarbeschluss vom 29. Januar eingesetzt worden. Die SPD-Fraktion endsendet als Vertreter der Metropolregion Hamburg den Stormarner Abgeordneten und SPD-Kreisvorsitzenden Martin Habersaat in die Kommission.

Martin Habersaat ist in der SPD-Landtagsfraktion für Hochschulpolitik und die Metropolregion Hamburg zuständig. Letzteres Themenfeld war entscheidend für seine Berufung. Habersaat: „Ich freue mich, dass man mir als jungem Angeordneten das Vertrauen schenkt, an so einer spannenden Aufgabe mitzuarbeiten. Es ist völlig klar, dass die norddeutschen Länder weiter zusammenwachsen müssen und ich werde an diesem Zukunftsprojekt gerne mitarbeiten." Neben Zusammenarbeit bei Wirtschaftsförderung und infrastruktureller Entwicklung nennt Habersaat den jüngsten Streit um das Gastschulabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein als mögliche Ansatzpunkte: „Die Landesgrenzen dürfen im Alltag der Menschen nicht hinderlich sein. Der Nordstaat wird sicher kein Ziel in den nächsten Jahren, wohl aber Etappen des Zusammenwachsens auf dem Weg dorthin." Neben Habersaat entsendet die SPD die ehemalige Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht, die Regierungserfahrung aus Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein einbringen kann sowie Anette Langner aus dem Kreis Plön, die Perspektiven des ländlichen Raums einbringen wird.

Am kommenden Montag, 29. März 2010, um 14:00 Uhr findet die konstituierende Sitzung der Enquetekommission im Landeshaus (Sitzungszimmer 139) statt. Nach einer Begrüßung durch den Landtagspräsidenten Torsten Geerdts werden Vorsitz und Stellvertretung gewählt. Außerdem klärt das Gremium Verfahrensfragen und bespricht die Terminplanung. Die Sitzungen der Kommission sind öffentlich, ein Abschlussbericht soll nach aktueller Planung Mitte 2011 vorgelegt werden.

Folgende Mitglieder haben die anderen Fraktionen benannt: Abg. Dr. Michael von Abercron (CDU), Abg. Markus Matthießen (CDU), Abg. Petra Nicolaisen (CDU), Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU), Bernd Jorkisch, Vizepräses der IHK zu Lübeck, Abg. Ingrid Brand-Hückstädt (FDP), Abg. Gerrit Koch (FDP), Abg. Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE), Abg. Anke Spoorendonk (SSW).

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 27.03.2010, 14:28 Uhr - 3805 Clicks - Nr. 311*

Osterrönfeld - Aufräumen für den Frühling

Müll, der über das Jahr achtlos in die Natur geworfen wurde, wird alljährlich bei der Aktion "Unser sauberes Schleswig-Holstein" wieder eingesammelt. Auch in Osterrönfeld trafen sich am 27. März 2010 rund 60 freiwillige Helferinnen und Helfer, darunter sehr viele Kinder, um gemeinsam Osterrönfeld wieder einigermaßen müllfrei zu machen.

Landwirte, Freiwillige Feuerwehr und Osterrönfelder Bauhof stellten Fahrzeuge zur Verfügung, damit die Helfer ausschwärmen konnten und der Müll abtransportiert werden konnte. Es wurden die unterschiedlichsten Bereiche Osterrönfelds angefahren, wo mal mehr, mal weniger Müll eingesammelt wurde. Ob nun komplette Fenster oder Bauschutt, die Fundstücke waren recht unterschiedlich, beschränkten sich aber in der Masse auf Verpackungsmüll verschiedenster Art.

Nach getaner Arbeit kamen alle Aktiven wieder zusammen und konnten sich bei einer Erbsensuppe im Feuerwehrgerätehaus stärken. Gesponsert wurde die Mahlzeit vom Osterrönfelder Dirk Stocks.

Die Organisatoren zeigten sich zufrieden mit dem Frühjahrsputz, der sicher auch im Frühjahr 2011 wieder stattfinden wird.

--

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 27.03.2010, 21:19 Uhr - 4295 Clicks - Nr. 312*

Aufruf für ein sauberes Glücksburg

Die Vorsitzende des Vereins Mensch und Umwelt und Mitglied der SPD Fraktion Glücksburg Birgit Hein folgte mit vielen Sammlern/Innen dem Aufruf Wege, Plätze und Strände von Unrat zu säubern.
Von Bockholmwik aus in Richtung Holnis wurden viele blaue Säcke mit angeschwemmten Plastik und Glas aufgelesen und an einem Sammelpunkt für den Abtransport durch den Bauhof der Stadt Glücksburg zusammengestellt.

Die Menge des Unrats und der angeschwemmten Gegenstände hat sich verringert, erfordert trotzdem den schwerpunktmäßigen Einsatz - wie an diesem Tag von freiwilligen HelferInnen.

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 28.03.2010, 10:17 Uhr - 2667 Clicks - Nr. 313*

Einstimmiges Nein zur Sanierung des Radweges

Die Gemeindevertretung Steinfeld hat sich auf der letzten Sitzung mit einem einstimmigen Beschluss gegen die Sanierung des Radweges auf der alten Kreisbahntrasse ausgesprochen. Die veranschlagten 40.000 € müssen dringend für den Umbau des Kommunikationszentrums

Jägers Ruh verwendet werden. Dieses Zentrum hat Priorität für die Nutzung der Bürgerinnen und Bürger in Steinfeld, zumal die mündlich zugesagten Zuschüsse nicht bewilligt wurden. Mit dem Nein der Gemeinde Steinfeld atmet auch die Gemeinde Loit auf. Sie kann die veranschlagten 10.000 € ihres 0,52 Km-Abschnittes der Strecke für andere Zwecke investieren, die in der Gemeinde dringend notwendig sind. Das Projekt der Gemeinde Taarstedt zur Sanierung der Teilstrecke des Radwanderweges kann somit nicht mehr realisiert werden. Die Gemeinde Taarstedt ist die einzige Gemeinde die Interesse hat, ihren Abschnitt von 5,41 Km des Radwegwanderweges zu renovieren.

Der 1,91 Km lange Radweg wird weiterhin von der Gemeinde Steinfeld gepflegt und kann auch als Rad- und Wanderweg weiterhin genutzt werden.

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 28.03.2010, 15:00 Uhr - 4090 Clicks - Nr. 314*

Pressemitteilung: Neuer Vorstand der SPD-Reinfeld

Pressemitteilung

Der SPD-Ortsverein hat am 25.03.2010 auf seiner gut besuchten Mitgliederversammlung in der Mensa des Bildungszentrums den kompletten Vorstand für die kommenden 2 Jahre gewählt. Ausgeschieden aus dem Vorstand sind aus persönlichen Gründen Reinhard Scharf und Hendrik Schmidt.
Zur Ortsvereinsvorsitzenden wurde die Stadtverordnete Petra Gehrke gewählt, die den OV seit 1 Jahr kommissarisch leitet, nachdem der langjährige Vorsitzende Heinz Hartmann wegen der Vielzahl seiner Ämter den Vorsitz vor einem Jahr abgab. Die Vertreter für die kommenden Jahre sind Jochen Witt und neu dabei Simon S., der als junger Mann sein besonderes Augenmerk auf die Belange von Kindern und Jugendlichen richten wird. Als Beisitzer wurden Annita Klüver, Thomas Klüver und das Neumitglied Romy Schröder gewählt, sowie als Schriftführer Jochen Gehrke. Als Kassenwartin wurde Martina van Elkan-Röhl zum wiederholten Male in den Vorstand gewählt. Alle Wahlen erfolgten ohne Neinstimmen bei maximal 3 Enthaltungen.

Neben der Wahl von Delegierten für den Kreisparteitag befasste sich die Jahreshauptversammlung auch noch mit einigen Aktionen und gemeinsamen Freizeitgestaltungen, wie z. B. einer Fahrt zum „Paradiesgarten" (Rosenschau) in Rhena. Die Freizeitaktivitäten sind nicht nur für Mitglieder gedacht, sondern werden auch in der Presse veröffentlicht, damit interessierte Reinfelderinnen und Reinfelder mitmachen können. Beschlossen wurde auch, sich an der am 24.04.2010 stattfindenden Menschenkette zwischen Brunsbüttel, Hamburg und Krümmel gegen die Verlängerung von Laufzeiten von Atomkraftwerken zu beteiligen. Voraussichtlich werden Fahrgemeinschaften gebildet – bei Interesse bitte melden bei Petra Gehrke, Tel.: 04533-4362.

Keine Kommentare

SPD-Reinfeld - *veröffentlicht am 28.03.2010, 21:02 Uhr - 2519 Clicks - Nr. 315*

Fahrt der SPD-Reinfeld zum Paradiesgarten am 05.06.2010

Wie auf der Jahreshauptversammlung beschlossen, wollen wir gemeinsamen einen Ausflug zum „Paradiesgarten" in Rehna unternehmen. Hierzu treffen wir uns am 05.06.2010 um 13.00 Uhr auf dem Marktplatz in Reinfeld zur Bildung von Fahrgemeinschaften. Die verabredete Führung beginnt um 14.00 Uhr, der Eintritt kostet 10,- €.

Anmeldungen bei Annita Klüver, Telefon 04533-4362 oder
Email: Thomas.kluever@web.de. Eine Anmeldung bis Ende Mai ist wünschenswert, damit dem Inhaber des Paradiesgartens die ungefähre Besucherzahl mitgeteilt werden kann.

Der „Garten" ist eigentlich ein großer Park, den Herr Korsch mit viel Liebe zum Detail in verschiedene Zonen aufgeteilt hat. Das Hauptaugenmerk sind die Rosen – mehr als 300 Sorten, die an Hauswänden und in Bäume klettern, wunderschöne Hecken bilden, aber auch zwischen vielen anderen Blumen leuchten. Die Führung mit Herrn Korsch durch die gesamte Anlage, über verwunschene Wege, über Steuobstwiesen mit immer neuen Ausblicken und Eindrücken dauert ca. 1,5 Stunden. Man kann zwischendurch gern auch Fragen stellen und wertvolle Tipps bekommen. Es ist ein Spaziergang, der die Sinne anregt und der Seele gut tut.

Die Anfahrt erfolgt über die A 20 bis Schönberg, dort geht es auf die B 104 bis Rehna, wo wir im Ort links ab in Richtung Brützkow und nach ca. 2 Km in einen Feldweg zum Paradiesgarten abbiegen.

Auch interessierte Nichtmitglieder können sich gerne zu der Fahrt anmelden. Nach der Besichtigung des Gartens gibt es die Möglichkeit zu einem Picknick (selber mitbringen).

Petra Gehrke

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 29.03.2010, 08:57 Uhr - 1381 Clicks - Nr. 316*

Neue Zukunftschance für HDW!

„Wir freuen uns, dass mit dem Einstieg von Abu Dhabi Mar der zivile Überwasserschiffbau bei HDW eine Zukunft hat. Wir hoffen auf ein langfristiges Engagement und der damit verbundenen Möglichkeit, dass die Beschäftigten wieder zeigen können, dass sie Spitzenkräfte auch im zivilen Bereich sind.
Die Kieler Rathauskooperation steht zu HDW und an der Seite der Beschäftigten, für deren Interessen sich insbesondere der Betriebsrat mit Weitblick konstruktiv eingebracht und ein Höchstmaß an Sicherheit für die Beschäftigten erreichen konnte. Aber auch die Rolle der IG Metall ist hervorzuheben: Wolfgang Mädel als erster Handlungsbevollmächtigter für Kiel hat wieder einmal bewiesen, dass Gewerkschaften das wirtschaftlich Machbare ebenso im Auge haben wie die Sicherung von Arbeitsplätzen. Unser Dank gilt allen Beteiligten, die daran mitgearbeitet haben, eine Zukunftsperspektive für den zivilen Überwasserschiffbau bei HDW zu verwirklichen – das sind neben den Beschäftigten, den Betriebsräten und den Gewerkschaften vor allem auch die Geschäftsleitung und die Investoren von Abu Dhabi Mar.

Für eine gedeihliche Zukunft muss es gelingen, das vorhandene Know-how der Beschäftigten und die technischen Möglichkeiten sowohl für den zivilen Überwasserschiffbau als auch im

boomenden Offshorebereich – Windenergiemarkt zu nutzen. Darüber hinaus wird es darum gehen, die Zusammenarbeit mit Hamburg und HDW Nobiskrug zu intensivieren und so Potenziale zu entwickeln," dies erklärten die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 29.03.2010, 13:57 Uhr - 9193 Clicks - Nr. 317*

AG für Bildung (AfB) der SPD RD-ECK Nachteilsausgleich für Schülerinnen und Sch
Die AfB Rendsburg-Eckernförde fordert die scharz-gelbe Landesregierung und den FDP-Bildungsminister Klug auf, einen angemessenen Nachteilsausgleich für unsere Schülerinnen und Schüler zu entwerfen und landesweit zu organisieren.
Natürlich wurde die große Schulreform in Schleswig-Holstein in der Koalition aus CDU und SPD auf den Weg gebracht. Dabei war uns bewusst, dass es zu Schwierigkeiten in der Umstellungsphase für die Kinder und Jugendlichen sowie für die Schulen und Lehrkräfte kommen wird. Bei einer langfristig angelegten Umstellung der Bildungsgänge ist dies vertretbar und auch leider nicht vermeidbar. Anschließend gelten aber die gleichen Bedingungen für Alle und die vielen Vorteile überwiegen den Aufwand.

Wenn Herr Klug nun kurz vor dem Ziel und der allgemeinen Anerkennung und Etablierung der neuen Schulformen an so ziemlich allen Stellschrauben noch einmal herumdrehen will, dann muss auch ein Konzept vorliegen, wie die bisherigen und künftigen Anforderungen und Leistungen miteinander verglichen werden können.

„Es wird zurzeit von Seiten der Landesregierung und des Bildungsministeriums für völlige Verwirrung bei der Kindern und Eltern gesorgt, wohin die Reise gehen soll. Es darf nicht sein, dass ein guter, erfolgreicher und vergleichbarer Schulabschluss vom Geburtsdatum abhängt!", so Ulf Daude, Vorsitzender der AfB RD-Eck und bildungspolitischer Sprecher des SPD Kreisvorstandes RD-Eck.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 29.03.2010, 14:00 Uhr - 9698 Clicks - Nr. 318*

Nachteilsausgleich für Schülerinnen und Schüler
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) der SPD Rendsburg-Eckernförde fordert :

Nachteilsausgleich für Schülerinnen und Schüler in S.-H.

Die AfB Rendsburg-Eckernförde fordert die scharz-gelbe Landesregierung und den FDP-Bildungsminister Klug auf, einen angemessenen Nachteilsausgleich für unsere Schülerinnen und Schüler zu entwerfen und landesweit zu organisieren.

Natürlich wurde die große Schulreform in Schleswig-Holstein in der Koalition aus CDU und SPD auf den Weg gebracht. Dabei war uns bewusst, dass es zu Schwierigkeiten in der Umstellungsphase für die Kinder und Jugendlichen sowie für die Schulen und Lehrkräfte kommen wird. Bei einer langfristig angelegten Umstellung der Bildungsgänge ist dies

vertretbar und auch leider nicht vermeidbar. Anschließend gelten aber die gleichen Bedingungen für Alle und die vielen Vorteile überwiegen den Aufwand.

Wenn Herr Klug nun kurz vor dem Ziel und der allgemeinen Anerkennung und Etablierung der neuen Schulformen an so ziemlich allen Stellschrauben noch einmal herumdrehen will, dann muss auch ein Konzept vorliegen, wie die bisherigen und künftigen Anforderungen und Leistungen miteinander verglichen werden können.

„Es wird zurzeit von Seiten der Landesregierung und des Bildungsministeriums für völlige Verwirrung bei der Kindern und Eltern gesorgt, wohin die Reise gehen soll. Es darf nicht sein, dass ein guter, erfolgreicher und vergleichbarer Schulabschluss vom Geburtsdatum abhängt!", so Ulf Daude, Vorsitzender der AfB RD-Eck und bildungspolitischer Sprecher des SPD Kreisvorstandes RD-Eck.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 29.03.2010, 14:16 Uhr - 11155 Clicks - Nr. 319*

Thönnes wirbt für deutschen Betriebsräte-Preis 2010
Gute Beispiele bekannt machen:

Erneut werden beispielhafte Initiativen und Projekte der Arbeitnehmervertretung mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis durch die Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb" 2010 ausgezeichnet.

„Bei allen Betriebsratsgremien in den Kreisen Segeberg und Stormarn werbe ich dafür, sich an dieser Aktion zu beteiligen und sich mit ihren Projekten aus der Betriebsratsarbeit zu bewerben", erklärt SPD-MdB Franz Thönnes. „Als ehemaliger Gewerkschaftssekretär schätze ich den Wert von Arbeitnehmervertretungen aus eigener Erfahrung besonders", so der Abgeordnete weiter. Die Idee des Preises ist es, vorbildlicher Betriebsratsarbeit eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung zu verschaffen. Zu diesem Zweck werden die ausgezeichneten und nominierten Beiträge in der Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb" und auf dem „BetriebsräteTag" dokumentiert und publiziert. Außerdem erhalten die Preisträger eine Plastik, die sinnbildlich für die Arbeit und den Einsatz von Betriebsräten steht.

Berücksichtigt werden Initiativen und Projekte aus den Jahren 2008 bis 2010, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Bewältigung von Krisen im Betrieb führen oder geführt haben. Bewerbungsschluss ist der 30. April 2010. Nähere Informationen sind erhältlich unter www.deutscherbetriebsraete-preis.de.

„Besonders in den heutigen, wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist die Arbeit der Gewerkschafter nicht leicht. Dennoch ist es vielfach nur den Betriebsräten zu verdanken, dass die Belange der Beschäftigten in einer Krise, die sie nicht selber verursacht haben, nicht gänzlich auf der Strecke bleiben. Diese Arbeit gilt es zu würdigen", betont Thönnes. „Deshalb wünsche ich mir eine rege Beteiligung von engagierten Arbeitnehmervertretern aus unserer Region".

Bildquelle: Bund Verlag GmbH

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 29.03.2010, 18:48 Uhr - 10811 Clicks - Nr. 320*

Die Interessen des Landes kamen zuerst!
*Zur heutigen Vernehmung von Heide Simonis erklärt **Birgit Herdejürgen** für die SPD-Landtagsfraktion im HSH Nordbank Untersuchungsausschuss:*

„Die frühere Ministerpräsidentin und Vorsitzende des Aufsichtsrates der HSH Nordbank von 2003 bis 2005 hat schlüssig und überzeugend dargelegt, welchen Kurs die von ihr geführte Landesregierung im Aufsichtsrat der Bank verfolgte: Die Ziele des Landes, mit der HSH Nordbank eine werthaltige und einflussreiche Anlage zur langfristigen Sicherung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors und der maritimen Wirtschaft zu haben, kamen vor Renditeerwartungen.

Gleichwohl ist eine Bank ein Wirtschaftsunternehmen und muss sich den Bedingungen des Marktes anpassen, wenn es im Wettbewerb bestehen will. Warnungen oder Bedenken gegen diesen Geschäftskurs hat es weder vom Vorstand der Bank noch von den Aufsichtsgremien des Bundes gegeben.

Zur Erklärung des CDU-Obmannes Tobias Koch ist zu sagen: Falsche Vorhaltungen und die bewusste Verdrehung von Inhalten schaden dem Ansehen des gesamten Ausschusses und dienen nicht der Wahrheitsfindung.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 30.03.2010, 09:31 Uhr - 1348 Clicks - Nr. 321*

FDP gibt unsinnige Steuersenkungen auf - das ist vernünftig!
"Endlich kommt die FDP zur Vernunft! Endlich ist Schluss mit dem unsinnigen Ruf nach Steuersenkungen in einer Zeit, in der den Städten jeder Cent fehlt für Zukunftsinvestitionen, die öffentliche Daseinsvorsorge und die Finanzierung des Kulturangebotes.
Kiel steht vor der Herausforderung allein in diesem Jahr das absehbare Defizit von 114 Mio. Euro auf zumindest auf 90 Mio. Euro zu senken - allein das von der FDP mit beschlossene sogenannte "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" wird einen Beitrag von 6 Mio. Euro an diesem 114-Millionen-Defizit leisten! Die bisherige Steuersenkungsideologie der FDP ist eine teure Angelegenheit für die Kielerinnen und Kieler!

Um der Krise und ihren Folgen wirksam zu begegnen, brauchen die Städte jetzt eine bessere Finanzausstattung, um in Schulen und Kinderbetreuung investieren zu können, über Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung die Standorte zu sichern und deren Attraktivität durch gute Kultur- und Freizeitangebote zu erhöhen. Alles dient der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen - das ist moderne und nachhaltige Wirtschaftspolitik.

Kiel braucht wie alle Städte in Deutschland eine bessere Finanzpolitik: Die Abkehr der FDP von ihren Steuersenkungsversprechungen ist ein Schritt in die richtige Richtung!" Dies erklärten der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann und die stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Katja Günther.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 30.03.2010, 13:34 Uhr - 1270 Clicks - Nr. 322*

Rechenexperten bei der FDP?

„Bereits im April letzten Jahres wurde bei einer Sitzung des Lenkungskreises SRB bei Anwesenheit der FDP-Vertreterin auf Korrekturen bei den Kenndaten hingewiesen. Offensichtlich sucht die FDP mal wieder verzweifelt nach einem Aufhänger, um das von ihr bekämpfte Projekt der StadtRegionalBahn in ein schlechtes Licht zu stellen und kramt dabei olle Kamellen aus.
Gleichzeitig zeigt die FDP erneut, dass sie die Zahlen nicht versteht: der Wert von 1,9 bedeutet, dass für jeden investierten Euro 1,9 Euro volkswirtschaftlicher Nutzen entsteht. Es gibt nicht viele öffentliche Projekte, die mit solch guten Werten aufwarten können. Der schwarz-gelbe Hamburger Senat hat seinerzeit den Bau der U-Bahn zur Hafencity (Kosten-Nutzen-Faktor deutlich unter 1, d.h. pro investiertem Euro wird deutlich weniger als 1 Euro an volkswirtschaftlichem Nutzen erzeugt) zu Recht durchgesetzt, weil gerade auch Infrastrukturmaßnahmen nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten betrachtet werden können. Der volkswirtschaftliche Nutzenkoeffizient der festen Fehmarn-Belt-Querung geht sogar gegen 0, was die FDP aber weder im Bund noch im Land auf die Barrikaden treibt.

Zur Beruhigung der FDP: die Gutachten, die jetzt noch mal als letzte Stufe vor der endgültigen Entscheidung in Auftrag gegeben werden sollen, überprüfen auch gezielt noch mal den volkswirtschaftlichen Nutzen.

Vermutlich wird die FDP aber selbst bei allerbesten Prognosen noch in ihrer Wagenburg gegen den verkehrswirtschaftlichen Fortschritt bleiben, weil nicht sein kann, was ihrer Meinung nach nicht sein darf.“ Dies erklärten der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Achim Heinrichs und der verkehrspolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 30.03.2010, 16:53 Uhr - 3315 Clicks - Nr. 323*

AfA-Regionalkonferenz der Nord-SPD

Mitbestimmung und sichere Arbeit in unsicheren Zeiten
Unter dem Thema: Mitbestimmung und sichere Arbeit in unsicheren Zeiten fand in Bad Oldesloe die von Schleswig-Holstein ausgerichtete Regionalkonferenz der AfA-Nord statt.
Mit 77 Teilnehmern aus fünf Landesverbänden und Bezirken in Norddeutschland war es eine sehr gut besuchte Konferenz

Die Hauptredner Klaus Barthel, MdB und zukünftiger stellvertr. AfA-Bundesvorsitzender, Ralph Müller-Beck vom DGB, Region KERN und Wolfgang Baasch, MdL und Landesvorstandsmitglied der SPD-SH nahmen insbesondere Bezug zu den aktuellen Themen wie dem neuen Präsidiumsbeschluss vom 15.03.2010 -Begrenzung der Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, Mindestlöhne und den sozialen Arbeitsmarkt. Aber auch Finanzkrise und die Notwendigkeit durch weitere wirtschaftliche Programme die

Binnenkonjunktur anzukurbeln.

Wolfgang Mädel AfA-Landesvorsitzender SH:" Wir stehen vor der immensen Herausforderung, Kompetenz, Gestaltungskraft, Glaubwürdigkeit und vor allem das Vertrauen in die Sozialdemokratie für die Zukunft wieder herzustellen. Das heißt für uns, dass mit den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten auf einer fairen Basis zusammen gearbeitet wird. Die Voraussetzungen sind mit der überfälligen Neujustierung der SPD in der Arbeitsmarkt und Sozialpolitik geschaffen worden. Jetzt gilt es zusätzlich die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen auszubauen. Denn nur sie sind Garant für die Sicherung von Arbeitsplätze in Deutschland."

Geleitet wurde die Konferenz vom wiedergewählten AfA-Landesvorsitzenden aus Bremen, Wolfgang Jägers. Die stellv. AfA-Bundesvorsitzende Kirsten Rölke wies auf den bevorstehenden AfA-Bundeskongreß im April 2010 in Potsdam hin und die dort vorliegenden Anträge zur Hartz IV-Gesetzgebung und erforderlichen Änderungen der bisherigen Steuergesetzgebung.

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 31.03.2010, 14:20 Uhr - 12134 Clicks - Nr. 324*

Prioritäten statt Rasenmäher und Holzhammer
Zur Schuldenbremse sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion, ***Birgit Herdejürgen****:*

Der Landtag hat in der vergangen Legislaturperiode in erfreulicher Übereinstimmung seiner Mitglieder klar gesagt: Wir bekennen uns zu dem Ziel, die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen. Ebenso einmütig haben die Fraktionen beschlossen, gegen die aus Berlin per Grundgesetz übergestülpte Vorschrift zu klagen, weil sie das Haushaltsrecht des Landtags beschneidet.

Die SPD setzt sich für eine Schuldenbegrenzung in der Landesverfassung ein.

Kürzungen sind notwendig, sie dürfen jedoch weder mit dem Holzhammer noch mit dem Rasenmäher erfolgen. Schleswig-Holstein muss dabei auch vor den Folgen von Steuersenkungsphantasien geschützt werden. Wir wollen Schuldenbegrenzung mit Sinn und weitem Blick, um kommenden Generationen nicht auf der einen Seite zu geben und ihnen auf der anderen Seite zu nehmen.

Wir sind zuversichtlich, gemeinsam mit den anderen Fraktionen eine Lösung zu finden.

Kommentar von Rudolf Riep vom 02.04.2010, 15:30 Uhr:
RE: Prioritäten statt Rasenmäher und Holzhammer
Die Zuversicht bei der vernünftigen Beteiligung der anderen Fraktionen teile ich nicht, so lange die FDP sich nicht von den irrsinnigen Steuersenkungen verabschiedet, die sie wider besseres Wissen den WählerInnen versprochen hat. Rudolf Riep

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 31.03.2010, 15:51 Uhr - 1376 Clicks - Nr. 325*

Wir starten mit Schulen in Mettenhof und in der Wik!
"SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung setzen einen Vorrang für Bildung in ihrer Politik. Dazu gehört die Sanierung der Kieler Schulen. Wir freuen uns über den Beginn der Sanierungen an den Schulgebäuden am Göteborgring im Stadtteil Mettenhof und über den Austausch von Fenstern und Türen an der Hebbelschule im Stadtteil Wik, ebenso über die Klimaschutzmaßnahmen an der Talinn-Sporthalle der Timm-Kröger-Schule im Stadtteil Wik. Mit diesen Arbeiten wird das Konjunkturpaket II in Kiel umgesetzt.
Für Investitionen in den Schulbau allein haben SPD, GRÜNE und SSW rd. 11,6 Mio. Euro vorgesehen. So werden öffentliche Aufträge vergeben, konjunkturelle Nachfrageimpulse gesetzt und damit Arbeitsplätze in Unternehmen und Betrieben gesichert. Zugleich wird die Infrastruktur der Stadt, die allen Bürgerinnen und Bürgern gehört, aufgewertet. Außerdem wird der Klimaschutz durch energetische Sanierung unterstützt und die Stadtkasse entlastet, weil in Zukunft weniger Geld für Heizkosten ausgegeben werden muss. Eine kluge Politik, die fortgesetzt werden muss!" Dies erklärten der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD Kreis Plön - *veröffentlicht am 31.03.2010, 16:45 Uhr - 4460 Clicks - Nr. 326*

Schulzentrum Lütjenburg wandern die Schüler ab -
Pressemitteilung der SPD Kreistagsfraktion vom 21.März 2010

Schulzentrum Lütjenburg wandern die Schüler ab -
Schuld hat der Landrat selbst!

„Der Weggang der Eltern und Kinder von dem Lütjenburger Schulzentrum aus der Region Lütjenburg zur Gemeinschaftsschule Probstei haben diejenigen zu verantworten, die gegen den deutlichen Elternwillen eine Regionalschule und nicht wie gefordert eine Gemeinschaftsschule in Lütjenburg eingerichtet haben.

"Es war der Landrat Dr. Gebel sowie eine Mehrheit von CDU, FDP und Wählergemeinschaften", so der SPD-Fraktionsvorsitzende Lutz Schlünsen.

„Es ist ja gerade zu peinlich, dass dieses jetzt dem Ausbau der Gemeinschaftsschule Probstei in die Schuhe geschoben werden soll." Der Landrat solle sich lieber Fragen lassen, warum er im Schulentwicklungsplan nicht eingeschritten ist, als absehbar war, dass es nur zwei Gemeinschaftsschulen im Kreis gibt, obwohl es sich abzeichnete, dass die Eltern landesweit eher diese Schulform annehmen. Kein anderer Kreis hat ein solches Missverhältnis zwischen den Schularten.

Inzwischen hat Schwentinental eine weitere Umwandlung zur Gemeinschaftsschule vorgenommen. Auch der „Run" auf die Regionalschule Selent aus Lütjenburg sollte dem Landrat zu denken geben, so Schlünsen weiter.

Der Schulverband Probstei hat - über Parteigrenzen hinweg- über viele Jahre den Standort ausgebaut und weiterentwickelt. Moderne Sportanlagen, zukunftsfähige Lerneinrichtungen sind

gebaut worden und werden hier entstehen. „Beamer und Internet lösen Kreide und Tafel ab, so bringt es Lutz Schlünsen auf den Punkt. Es geht eben bei den Investitionen nicht nur um den Bau von weiteren Klassen, um der großen Nachfrage nach Sechszügigkeit nachzukommen, sondern eben auch um die Weiterentwicklung von naturwissenschaftlichen Räumen, Lerngärten und zusätzlichen Gruppen- und Lernräumen.

Das zeigt, dass diese Schule es ernst meint mit einer zukunftsfähigen Lern- und Lehrstruktur, die an die Anforderung von Wirtschaft und Studium auch Stand halten kann. Bildung ist unser Rohstoff Nr. 1- nur bei intensiven und umfangreichen Investitionen in unsere Kinder kann auch morgen der Lebensstandart unserer Gesellschaft gesichert bleiben. Viele Ideen und Preise, die im Sport, Kultur und Gesundheit errungen sind, zeigen das Engagement von Lehrern, Eltern und Schülern und haben auch noch zu weiteren Einnahmen geführt.

Mit dem Ausbau zu einer starken Gemeinschaftsschule kann sie es auch zu einer gymnasialen Oberstufe mit der Hinführung zum Abitur nach 13 Jahren schaffen, was keinesfalls abschließend vom Kreistag abgelehnt wurde, widerspricht Lutz Schlünsen dem Landrat. Wenn der Kreis als Schulträger am Bedarf vorbeiplant, so ist es keinesfalls dem Probsteier Schulverband anzulasten. Wenn man die Schule in Schönberg mit seinem zukunftsorientierten Schulverband, die Lehrer und Eltern einfach in Ruhe arbeiten lässt, dann ist die Sechszügigkeit gesichert, so Schlünsen weiter. Die Eltern können diese Diskussion mit Ihrer Anmeldung einfach beenden und sich nicht verunsichern lassen.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 31.03.2010, 19:59 Uhr - 9544 Clicks - Nr. 327*

Unterrichtsausfall wird zur Nagelprobe für Dr. Klug

Zu den sich mehrenden Protesten gegen Unterrichtsausfall an den Schulen erklärt der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Kai Dolgner:
Die Eltern in Jevenstedt, Fockbek und in anderen Orten gehen auf die Straße, um gegen Unterrichtsausfall zu protestieren, der durch lange Krankheitsausfälle entsteht. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wie der von der früheren Landesregierung eingerichtete Vertretungsfonds von 12,1 Millionen Euro bereits jetzt aufgebraucht sein kann.
Aber auch wenn dies so ist, steht das Bildungsministerium in der Pflicht, in derartigen Härtefällen für Abhilfe zu sorgen. Nicht jeder Unterrichtsausfall ist vermeidbar, aber wenn z.B. in Jevenstedt mitten im Schuljahr zwei Lehrkräfte abgezogen werden oder in Fockbek nach Angaben der Eltern in einer Woche 102 Stunden ausgefallen sind, muss das Ministerium tätig werden.
In den vergangenen Legislaturperioden hat Herr Dr. Klug als Oppositionsabgeordneter ganze Aktenordner mit wohlfeilen Presseerklärungen gegen Unterrichtsausfall gefüllt. Das Einzige, was ihm jetzt einfällt, ist anzukündigen, Stellen von den Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen in die Gymnasien zu verschieben. Er sollte sich auf seine Rolle als Minister für Bildung - und nicht etwa als Minister für Gymnasien - besinnen und handeln.

Keine Kommentare

AG60plus - Stormarn - *veröffentlicht am 31.03.2010, 21:31 Uhr - 2201 Clicks - Nr. 328*

Tutanchamun-Ausstellung begeistert AG 60plus

SPD AG 60plus: Besuch der Tutanchamun - Ausstellung in Hamburg am 29. März 2010

Nicht mit einem komfortablen Reisebus, sondern umweltfreundlich mit der Regionalbahn fuhr die AG 60Plus des SPD Kreisverbandes Stormarn zur Tutanchamun-Ausstellung nach Hamburg. Statt Luxus-Bus gab es zwei Ägyptologen als persönliche Führer durch die geheimnisvolle Welt der ersten Hochkultur. 44 Interessierte aus dem ganzen Kreis waren dabei.

„Die Führer waren so von Ihrem Thema begeistert, die haben uns fast zwei Stunden geführt, obwohl wir nur eine Stunde bezahlt haben." so Niels-Peter Horn, Stellvertretender Vorsitzender der AG 60 Plus.

Und der Funke sprang über. Durch diese Live-Führung – man konnte natürlich Fragen stellen – wurde die Bedeutung der Exponate erst richtig verständlich. Der Führer übersetzte auch die Inschriften an den vergoldeten Holz-Schreinen und erklärte ihre Bedeutung.
Tut muss überraschend verstorben sein, denn an der Grabanlage wurde vieles improvisiert. Tut starb vor etwa 3300 Jahren im Alter von 19 Jahren. Die alt-ägyptische Schrift –also die Hieroglyphen – umfasste etwa 6000 Zeichen und war eine Mischform einer Bild-Zeichensprache (wie z.B. Chinesisch) und einer phonetischen Sprache. Das Wort Katze hieß z.B. Mui. Entsprechend komplex war die Grammatik. Obwohl es sich um eine Hochkultur handelte, deren Wissensstand uns heute noch überrascht, gab es erstaunliche Wissenslücken. So war den Ägyptern die Funktion und Bedeutung des menschlichen Gehirns beispielsweise vollkommen unbekannt. Sie vermuteten Seele und Bewusstsein im Herzen.
Ägyptische Kunsthandwerker haben die ausgestellten Replikate angefertigt. Bei der Generalprobe vor der Ausstellungseröffnung wurden die führenden Ägyptologen der deutschen Universitäten vom Veranstalter eingeladen. Sie sollten mögliche Fehler finden. Sie fanden keine.
Die Ausstellung in den Räumen der alten Hamburger Oberpostdirektion am Stephansplatz wurde erneut bis Oktober 2010 verlängert.

Keine Kommentare

AG60plus - Stormarn - *veröffentlicht am 31.03.2010, 22:17 Uhr - 2556 Clicks - Nr. 329*

Hartz IV – was bleibt, was kommt?
Bunter Nachmittag am 7. April

„Hartz IV – oder besser ALG 2 - ist umstritten. Viele Bestimmungen erscheinen den Betroffenen weltfremd und führen zu unsozialen Härtefällen" meint Manfred Wittkowski, stellvertretender Vorsitzender der AG 60 Plus des SPD Kreisverbandes Stormarn. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neuberechnung der Leistungen für Kinder und Vorschläge des SPD-Präsidiums zu Verbesserungen des Sozialsystems haben die Diskussion der vergangenen

Wochen bestimmt.

Dieser Themenbereich soll Inhalt des ersten „bunten Nachmittags" der AG 60plus in der SPD Stormarn sein. Los geht es am Mittwoch, dem 7.April um 15:30 Uhr (SPD-Kreisbüro, Bad Oldesloe, Kurparkallee2).

Manfred Wittkowski hat mögliche Veränderungen zusammengestellt und erklärt beim „bunten Nachmittag" der AG 60 Plus was die Bundesregierung plant und die SPD fordert. Dann wird das pro und contra dieser Maßnahmen diskutiert. Und weil es eben ein „bunter Nachmittag" der SPD-Senioren ist, liest anschließend Niels-Peter Horn aus Delingsdorf ein paar Gedichte und Geschichten von Joachim Ringelnatz. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldungen erbeten an Jürgen Schneider 04531/84603 – juergen.schneider@spd-badoldesloe.de

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 31.03.2010, 22:40 Uhr - 4924 Clicks - Nr. 330*

Besuch bei der Arge Stormarn

Der Arbeitskreis Arbeit, Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit der SPD-Landtagsfraktion hat zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Franz Thönnes und dem Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden der SPD Stormarn Martin Habersaat, am 22. März 2010 die Arge Stormarn in Bad Oldesloe besucht. Themen waren die anstehende Re-form der Jobcenter und die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen für Hartz-IV-Empfänger.

Ziel der SPD-Politiker ist es, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bundesbehörde fortzusetzen. Besonders Stormarn sei ein erfolgreiches Beispiel für diese Zusammenarbeit, stellten die Beteiligten fest. Doris Ziehten-Rennholz berichtete zudem von Besonderheiten ihres Arbeitsbereiches und von geplanten Projekten im Stormarner Raum.

Foto:
• Doris Ziehten-Rennholz, Geschäftsführerin der Arge Stormarn
• Dr. Heike Grote-Seifert, Geschäftsführerin der Agentur für Arbeit Bad Oldesloe
• Karin de Lange, stellv. Geschäftsführerin der Arge Stormarn
• Franz Thönnes, SPD-Bundestagsfraktion
• Wolfgang Baasch, SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Vorsitzender des Ar-beitskreises Arbeit, Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit
• Martin Habersaat, SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 01.04.2010, 10:31 Uhr - 2592 Clicks - Nr. 331*

Politik vor Ort
Monatsversammlung am 13. April
20.00 Uhr
Bürgerhaus, Markt 2

Die nächste Monatsversammlung der SPD Glinde findet am 13. April ab 20.00 Uhr im Bürgerhaus statt. Frank Lauterbach, der Ortsvereinsvorsitzende, teilt mit: "Thema soll die Frage sein, wie wir Politik hier vor Ort in Glinde besser machen können. Ideen dazu haben sich auch auf unserer Klausurtagung im März ergeben."

Die Ergebnisse der Klausurtagung werden vorgestellt und können ebenso diskutiert werden wie Ideen und Anregungen der Gäste.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 01.04.2010, 10:48 Uhr - 1309 Clicks - Nr. 332*

Unterstützung für Gesamttouristisches Konzept

SPD, GRÜNE und SSW unterstützen das von Oberbürgermeister Torsten Albig vorgelegte Gesamttouristische Konzept. Die Schwerpunkte sind richtig gesetzt: Wir stärken das Image Kiels als maritime Großstadt, vor allem im Bereich des Fähr- und Kreuzfahrerhafens, wie mit dem Ausbau des Schwedenkais und dem neuen STENA-Terminal geschehen.
Wir entwickeln den Traditionshafen an der Hörn und unsere Museen zu „Museen am Meer". Besonders in der Innenstadtplanung werden wir den Aspekt des Tourismus stärker berücksichtigen: Durch bessere Nutzungskonzepte für das Stadtmuseum und das Schifffahrtsmuseum, durch bessere Beschilderung und Informationssysteme und durch die Aufstellung von Spielgeräten, um den Einzelhandel und den Aufenthalt zwischen Kieler Schloss und Sophienhof für Familien mit Kindern attraktiver zu machen." Dies erklärten der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 01.04.2010, 15:39 Uhr - 11118 Clicks - Nr. 333*

CDU und FDP verschwenden Millionen bei der Berufsschule Pinneberg.
Nicolai Overbeck kritisiert die Pläne der schwarz-gelben Kreistagsmehrheit

Als Verschwendung von öffentlichen Mitteln und „Geschenk" an private Investoren hat die SPD-Kreistagsfraktion auf die Ankündigung von CDU und FDP reagiert, die Kreisberufsschule Pinneberg für 30,5 Mio. Euro neu zu bauen. Damit soll der hoch verschuldete Kreis rund sieben Mio. Euro mehr ausgegeben, als bei einem Teilneubau bei gleichzeitiger Sanierung des Bestandes.

Aus fachlicher und schulischer Sicht gibt es ein eindeutiges Votum für den Teilausbau des Mitteltraktes der Schule. Belegt mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung hat die Verwaltung den Kreispolitikern vorgerechnet, dass neben den zusätzlichen Kosten für den Neubau über die nächsten 25 Jahre die Mehrkosten bei insgesamt fast 11 Mio. Euro liegen werden. Energetisch steht eine teilsanierte Schule dem Komplettneubau in nichts nach. Die gesetzlichen Vorgaben sind bei großflächigen Sanierungen so streng, dass vergleichbare Effekte wie bei Neubauten erzielt werden. „Nachhaltig ist bei dem Vorhaben von CDU und FDP nur die Verschuldung des Kreises Pinneberg", so Overbeck.

Auch die Schulkonferenz der Berufsschule hat durch Beschluss den Teilneubaus befürwortet. Dies verwundert in der SPD-Fraktion niemanden. „Zum einen wird durch den Teilneubau der Schulbetrieb acht Monate weniger durch Baulärm beeinträchtigt. Zum anderen wird der Komplettneubau ein sehr massiver Klotz, der nicht vollständig mit Tageslicht belichtet werden kann", erläutert Overbeck. Dies kann in der weiteren Planung auch nicht verändert werden, da der Neubau in der bestehenden Baulücke umgesetzt werden muss, weil erst danach, der bestehende Schulkomplex abgerissen werden kann.

Die genannten Gründe für den Neubau sind von den Fachleuten der Verwaltung lange widerlegt kritisiert Overbeck die selbst ernannten Bauexperten von CDU und FDP. Dass die mögliche Asbestbelastungen zu Mehrkosten beim Teilneubau führen könnte, ist für Overbeck ein bereits von den Fachleuten widerlegtes Argument. Für den unwahrscheinlichen Fall von Asbestfunden, würden vergleichbare Kosten für die Beseitigung und Entsorgung bei beiden Varianten entstehen

Aus fachlicher und finanzieller Sicht gibt es für Overbeck keinen Grund, sieben Mio. Euro mehr für einen kompletten Neubau auszugeben. Hinter der Entscheidung von CDU und FDP sind für ihn nur sachfremde Gründe erkennbar. Der Neubau ist Teil der Privatisierungsstrategie von CDU und FDP. Die Schule soll durch einen Privaten gebaut und bewirtschaftet werden. Bei einem Teilausbau –so Overbeck- wäre dies für einen privaten Investor wirtschaftlich weniger attraktiv und würde der Privatisierungsstrategie „einen Riegel vorschieben". „Das liegt nicht im Interesse von CDU und FDP. Sie halten uneinsichtig an ihrer Privatisierungsstrategie fest, auch wenn es zu Lasten der Steuerzahler geht", ist sich Overbeck sicher.

Kommentar von Rudolf Riep vom 02.04.2010, 15:40 Uhr:
RE: CDU und FDP verschwenden Millionen bei der Berufsschule
Dieses Vorhaben würde eine Erklärung für den vergleichsweise hohen Schuldenstand des Kreise Pinneberg liefern. Wir Steinburger sind es gewohnt, in kommunalpolitischen Diskussionen mit "Kreis Steinzeit" verhöhnt zu werden. Wenn dieses "Wirtschaftsgebaren" der

schwarz-gelben Kreispolitiker im Nachbarkreis die Alternative sein soll, will ich das gerne noch länger ertragen. Natürlich bin ich nicht mit allen Entscheidungen unserer schwarz-gelben einverstanden, aber solchen Blödsinn konnten wir bisher immer noch durch Argumente verhindern. Glückauf beim Kampf für die finanzpolitische Vernunft. Rudolf Riep SPD-Steinburg

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 01.04.2010, 19:25 Uhr - 2788 Clicks - Nr. 334*

SPD-Engelsby: Online Befragung zum städtischen Haushalt

Seit vielen Jahren ist die Stadt Flensburg chronisch unterfinanziert. Da die erzielten Einnahmen nicht ausreichen, die notwendigen Ausgaben zu decken, summieren sich die Defizite zum Ende des Jahres 2010 auf voraussichtlich rund 51 Millionen Euro. Hinzu kommen Schulden für Investitionen, die zum gleichen Zeitpunkt voraussichtlich etwa 234 Millionen Euro betragen werden.

Aufgrund dieser seit Jahren negativen Finanzentwicklung bemüht sich die Kommunalpolitik zusammen mit der Verwaltung, immer neue Wege zu finden, um Einsparungen oder Mehreinnahmen zu erreichen, um die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben möglichst zu verringern.

Die Flensburger Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung am 18. März mit Blick auf die weitere Haushaltskonsolidierung den so genannten Haushaltsstabilisierungspakt beschlossen. Diese neue Initiative soll die Belastungen in den kommenden Jahren auf möglichst viele Schultern verteilen, damit die Stadt trotzt angespannter Finanzlage weiterhin handlungsfähig bleibt.

Ziel ist es, im Rahmen einer betriebswirtschaftlichen Aufgabenanalyse Haushaltsverbesserungen in einem Volumen von mindestens 5 Millionen Euro zu erreichen. Hierbei werden Politik und Verwaltung alle städtischen Aufgaben genau durchleuchten und ebenfalls die städtischen Beteiligungen untersuchen. Als erste konkrete Maßnahme wurde in der Sitzung am 18. März die Spielgerätesteuer angehoben. Gleichzeitig hat die Ratsversammlung beschlossen, die Flensburgerinnen und Flensburger im Rahmen einer Online-Befragung an dem Prozess des Haushaltsstabilisierungspaktes aktiv zu beteiligen.

Alle Flensburgerinnen und Flensburger sind seit dem 1. April aufgerufen, Aufgabenbereiche oder Ausgaben zu benennen, bei denen aus Ihrer Sicht gespart werden kann. Die Stadt Flensburg ist ebenfalls an einer Einschätzung interessiert, welche Einnahmen erhöht oder neu eingeführt werden können, um die Belastungen möglichst gleichmäßig zu verteilen.

Der Fragebogen kann direkt über die Homepage der Stadt Flensburg unter www.flensburg.de aufgerufen werden. Die eingegangenen Daten werden selbstverständlich anonymisiert ausgewertet und nur für diese Umfrage verwendet.

Wer keinen Internetzugang besitzt, kann den Fragebogen bei Martina Knells in der Abteilung Finanzen unter 85-2690 anfordern oder an der Information im Hauptgeschoss des Rathauses abholen.

Keine Kommentare

SPD-NET-SH - *veröffentlicht am 01.04.2010, 19:26 Uhr - 77285 Clicks - Nr. 335*

Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ralf Stegner eingestellt

Presseerklärung der Staatsanwaltschaft Kiel

Die Staatsanwaltschaft Kiel hat das Ermittlungsverfahren gegen Ralf Stegner wegen Betruges heute nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Gegen Dr. Stegner besteht kein begründeter Verdacht mehr.

Der Untersuchung lag folgender Sachverhalt zugrunde (vgl. Presseerklärung vom 12.03.2010):

Der Abgeordnete Dr. Stegner war während seiner Amtszeit als Innenminister im Jahr 2007 Mitglied des Aufsichtsrats der HSH Nordbank. Für diese Tätigkeit erhielt er im Jahr 2008, nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt, eine Vergütung in Höhe von 14.375,- €. Entgegen den Bestimmungen des Nebentätigkeitsrechts unterließ es Dr. Stegner, gegenüber dem Innenministerium die erhaltene Vergütung abzurechnen und den 5.550,- € übersteigenden Betrag abzuliefern. Nach der Nebentätigkeitsverordnung müssen Landesbeamte Einkünfte aus Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst, die diesen Grenzbetrag übersteigen, an das Land abführen. Diese Verpflichtung trifft auch (ausgeschiedene) Minister.

Die Angaben von Dr. Stegner, nach denen er sich über die ihm im Jahre 2008 obliegende Abführungspflicht geirrt habe, haben sich als glaubhaft erwiesen. Durch die von ihm zur Verfügung gestellten Schriftstücke und andere Beweisunterlagen sowie durch Zeugenaussagen ist bestätigt worden, dass Dr. Stegner seinen Erklärungs- und Abführungspflichten zuvor stets ordnungsgemäß nachgekommen war. Dr. Stegner hatte sich jedes Jahr eigeninitiativ wegen seiner Nebentätigkeitsvergütungen mit Mitarbeitern im Finanz- bzw. Innenministerium, die mit entsprechenden Buchungen befasst waren, in Verbindung gesetzt, um seine Abführungspflichten ordnungsgemäß zu erfüllen. Dabei war es seit 2003 ständig geübte Praxis, Nebentätigkeitsvergütungen nach dem Zuflussprinzip abzurechnen.

Dieser Praxis folgend gab Dr. Stegner nach seinem Ausscheiden aus dem Innenministerium im Jahr 2008 nunmehr Erklärungen zu seinen Nebeneinkünften gegenüber dem für Abgeordnete zuständigen Landtagspräsidenten ab. Die Handhabung der Abrechnungen nach dem Zuflussprinzip und eine unterbliebene Aufklärung über die Nachwirkung seiner Abführungspflicht als Minister führten bei Dr. Stegner zu einem entsprechenden Irrtum.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass Dr. Stegner weder seine Abführungspflicht vorsätzlich verletzt noch in der Absicht gehandelt hat, sich rechtswidrig zu bereichern.

Schulze-Ziffer

Oberstaatsanwalt

Kommentar von Rudolf Riep vom 02.04.2010, 15:26 Uhr:

RE: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ralf Stegner eingestellt

Wir haben dieses Ergebnis erwartet, Ralf Stegner hatte uns versprochen, dass er nichts Unrechtes getan hat. Natürlich liegt die Messlatte für Spitzenpolitiker höher als für Normalverbraucher, dass muss aber nicht zu verstärktem Misstrauen Anlass geben. Es ist gut, wenn die Partei sich nicht von dem Grundsatz abbringen lässt, dass die den Vorsitzenden wählt und nicht die Presse. Jetzt wird es spannend zu beobachten, ob alle die sich an den "Prügeln" für Ralf Stegner beteiligt haben in gleich großer Aufmachung über seine Rehabilitierung berichten werden. Achtet auf die Presseveröffentlichungen der nächsten Tage.

Rudolf Riep SPD-Steinburg

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 01.04.2010, 21:46 Uhr - 4463 Clicks - Nr. 336*

Oberstufe schülergerecht gestalten!

Zur Berichterstattung über die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe erklärt der Stormarner SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat:

Die SPD hat in ihrem Programm zur Landtagswahl gefordert, die Profiloberstufe zu einem differenzierten Kurssystem weiterzuentwickeln. Der Bildungsminister geht in einigen Punkten denselben Weg, indem er mehr Wahlmöglichkeiten schafft und den Prüfungsdruck reduziert.

Allerdings würden zu viele und zu kleine Kurse vor Ort Raumprobleme für die Schulträger schaffen und zu viele Lehrkräfte binden..

Wir lehnen es aber ab, das Schulsystem erneut kompliziert und damit undurchlässig zu gestalten, indem drei Formen von Gymnasien eingeführt werden: solche mit G8, solche mit G9 und solche mit einer Kombination. Das bedeutet zwangsläufig, Lehrerstellen und andere Ressourcen aus den übrigen Schulen in die Gymnasien umzuleiten.

Die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 ist bereits gesichert: die Gemeinschafts-schulen, die demnächst die verbreitetste weiterführende Schulart sein werden, führen in 9 Jahren zum Abitur, die Gymnasien nach 8 Jahren. Die Lehrpläne geben Raum für Entlastungen über die gesamte Schulzeit her; dafür muss das Ministerium ein Konzept entwickeln und für seine Anerkennung bei den anderen Bundesländern werben.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 01.04.2010, 22:51 Uhr - 4703 Clicks - Nr. 337*

Kein Schulfrieden in Schleswig-Holstein

In Hamburg bemühen sich VertreterInnen aller Parteien um einen Schulfrieden; Schülerinnen, Schüler und Schule sollen nicht zum Spielball parteipolitischer Taktik werden. Gemeinsam will man das Schulsystem der Hansestadt entwickeln und langfristige Perspektiven festlegen. Nicht so in Schleswig-Holstein: Bildungsminister Klug (FDP) krempelt um, was das Zeug hält und spielt neuerdings auch noch die Schularten gegeneinander aus. Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Stormarn, berichtet aus dem Bildungsausschuss des Landtags: „Alle Schulformen im Land verdienen eine ausreichende Lehrerversorgung. Dr. Klug schaufelt aber momentan zu Lasten der anderen Schulformen zu den Gymnasien. Das ist nicht in Ordnung.“ Auch an anderer Stelle sogt „Gymnasialminister“ Klug für Unruhe: Er setzte den Pflichtstundenerlass außer Kraft, nach dem alle Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen dieselbe Unterrichtsverpflichtung hätten - 26 Stunden für eine Vollzeitkraft sollten es sein. Das will Klug offenbar nicht: Künftig müssen Haupt- und

Realschullehrer an Gemeinschaftsschulen mehr Stunden geben als gelernte Gymnasiallehrer.

Habersaat: „Zusätzliche Kosten und Aufwand entstehen durch das sogenannte Y-Modell des Ministers. Das Abitur soll nach Willen des Ministers an demselben Gymnasium nach 8 (G8) oder 9 (G9) Jahren abgelegt werden können." Ebenfalls kritikwürdig aus Sicht des gelernten Gymnasiallehrers Habersaat: Im Y-Modell sollen G8- und G9 Schüler eine gemeinsame Oberstufe besuchen. „G8-Schüler müssten also zusätzliche Stunden allein in der Orientierungs- und der Mittelstufe absolvieren - das widerspricht dem eigentlich erklärten Ziel aller Bildungspolitiker, Schülerinnen und Schüler in diesem Alter zu entlasten und ihnen auch Freizeit zu sichern."

Dr. Henning Höppner, MdL
Bildungspolitischer Sprecher

Presseinformation

Sitzung des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 1. April 2010

Die dicksten Ostereier gibt´s manchmal erst zum Schluss

Es war schon eine lange Sitzung des Bildungsausschusses. Da gab es unter dem Tagesordnungspunkt –Verschiedenes- noch eine Nachfrage der Kollegin Anke Erdmann von den Grünen zum Pflichtstundenerlass an Bildungsminister Dr. Klug (FDP). Er machte deutlich, dass die von der Großen Koalition konzipierte Neuregelung der Unterrichts-verpflichtung (26 Unterrichtsstunden in der Sekundarstufe I) für Regional- und Gemeinschaftsschulen gekippt wird und die alte schulartbezogene Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer bleiben soll (= 27,5 Stunden für Hauptschullehrer und 26,5 Stunden für Realschullehrer).
Dieses gelte, so der Minister zukünftig auch für die Gesamtschulen, die zu Gemeinschafts-schulen werden. Bislang haben dort die Lehrerkollegien in der Sekundarstufe I 25,5 Stunden unterrichtet, egal welche Schulartausbildung sie hatten. Der Minister begründete dieses mit Empfehlungen der Haushaltsstrukturkommission und der auszugleichenden Benachteiligung der Gymnasien durch zusätzliche einzurichtende Stellen für diese Schulart.

„Ich blickte während der Ausführungen des Ministers auf die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, die mit direkt gegenüber saßen. Zwei Kolleginnen wurden aschfahl im Gesicht, ein CDU-Kollege hatte seinen Blick regungslos auf –unendlich- gestellt durch die Fenster des Sitzungszimmers Richtung Düsternbrooker Weg, der andere suchte Blickhalt bei den Unterlagen, die auf seinem Tisch lagen."
„Jetzt war mir klar, hier war mal wieder was nicht abgesprochen in der neuen Koalition und den CDU-Kollegen schien schon bewusst zu sein, was das für Folgen hätte: Schulkrieg im Lande, wenn klar wird, dass die Lehrerkolleginnen und -kollegen der neuen Schulformen Regional- und Gemeinschaftsschule den Mehrstellenbedarf der „benachteiligten Gymnasien" durch Mehrarbeit erwirtschaften sollen. Eigentlich wollte ich zu den CDU-Kolleginnen gehen, mit denen wir ja viereinhalb Jahre zusammen ein Schulgesetz gestaltet haben, und ein paar Bemerkungen loslassen wie „heut' ist 1. April" oder „Kopf hoch, Ihr wolltet doch diesen Minister". Ich hab's aber gelassen.", so Henning Höppner, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

„Jedenfalls hat Ekkehard Klug der Landes-CDU hier ein dickes Kuckucks-Osterei ins Nest

gelegt, von dem ich glaube, dass die CDU dieses nicht ausbrüten wird, weil sie sich im Klaren darüber sein sollte, was das für Folgen haben wird.
Das wird unter den Lehrerkollegien, bei Schulträgern, Eltern und Schülern Proteststürme auslösen, deren Stärke wir noch nicht gekannt haben. Das schlimmste an der Geschichte ist jedoch,", so Henning Höppner, „dass die Schularten jetzt gegeneinander ausgespielt werden. Etwas Dümmeres kann man eigentlich nicht machen."

„Zu Ostern schlage ich der CDU-Fraktion vor, das Klug'sche Kuckucksei aus dem Nest zu werfen."

Keine Kommentare

SPD-Flensburg - *veröffentlicht am 02.04.2010, 10:22 Uhr - 9573 Clicks - Nr. 338*

SPD fordert den Erhalt der Justizvollzugsanstalt in Flensburg

Den Plänen des Justizministeriums die Justizvollzugsanstalt Flensburg zu schließen, erteilt der SPD-Kreisverband Flensburg ein klare Absage.

Als in Anfang der 90`iger Jahre der Bundeswehrstandort Flensburg erheblich verkleinert wurde, war es erklärtes Ziel aller Landesregierungen, Landeseinrichtungen in Flensburg zu erhalten.

„Daher kann es nicht zur einer Schließung der JVA Flensburg, mit dem verbundenen Wegfall von 42 qualifizierten Arbeitsplätzen kommen" so Kreisvorsitzender Helmut Trost.
Nach Auffassung der Flensburger SPD sind kleine Vollzugsanstalten an den Landgerichtsstandorten wichtig, damit ein geordnetes Gerichtsverfahren durchgeführt werden kann. „Dabei darf auch der Kontakt zu den Angehörigen nicht durch lange Fahrwege verloren gehen und bei den Entlassungsvorbereitungen muss es einen engen Kontakt zu den sozialen Diensten vor Ort geben" betont Helmut Trost und weiter: „Wenn zu dem noch Polizeikräfte für den Transport von Gefangenen gebunden werden, leidet auch die Sicherheit insgesamt."

Die Flensburger SPD fordert Justizminister Schmalfuß auf, zu seinem gegebenen Wort zu stehen, und die JVA Flensburg nicht zu schließen.

Foto: Herbert Ohms

Keine Kommentare

SPD-Mielkendorf - *veröffentlicht am 02.04.2010, 21:04 Uhr - 4213 Clicks - Nr. 339*

bi-uns Seite 3

Mielkendorfer Eindrücke aus der kalten Jahreszeit! Schneechaos, auch Bürgersteige, Fahrradwege und Parkplätze mit dickem Eis- und Schneepanzer!
Liebe bi-uns Leserinnen und Leser!

Mein Eindruck war, dem Winter geht dieses Jahr die Puste nicht aus!
Auf allen Straßen Schneechaos, auch Bürgersteige, Fahrradwege und Parkplätze mit dickem Eis- und Schneepanzer! Viele abgebrochene Autospiegel, weil die Fahrbahnen zu schmal wurden! So jedenfalls o. ä. stand es in der Zeitung.
Als Grundstückseigentümer jedenfalls habe ich eine Schneeräumpflicht für meinen Bürgersteig bis zur Hälfte der Straße. Das bedeutet Schnee fegen, Eis räumen, Glätte beseitigen, streuen. Also immer wieder raus ins Kalte und fegen! Über 60 Tage Schnee vor dem Haus! Nach der Fegerei wieder schnell ins Warme und einen Glühwein zum Auftauen! Herrlich! Wie schon Heinz Erhardt seinerzeit sagte: ‚Den Winter hab ich angeschmiert, jetzt steht er vor der Tür – und friert!'
Unser Winterdienst vom Kooperations-Bauhof Molfsee hatte so seine liebe Not mit der Räum- und Streupflicht, die beim Bürger wohl gerne angemahnt wurde! Gab es keine Winterpläne? Kam der Winter so plötzlich wie jedes Jahr auch Weihnachten? Gab es zu wenig Räumgeräte? Gab es zu wenig Personal? War zu wenig Salz vorhanden? Gab es keinen Sand? Auch Schlaglöcher entstehen meist im Winter, da kann es ja nicht sein, dass, wenn der Schnee und das Eis plötzlich weggetaut sind, dass dann plötzlich, oh Wunder, so viele Schlaglöcher auftauchen? Und man hat kein Material zum Löcherstopfen vorrätig!
Gerne gedenke ich der Zeiten, als Bauer Jacobsen mit seinem großen Trecker und dem riesigen Schneeschild einmal durch unsere Straße hin und zurückfuhr und die ganze Straße war frei von Schnee und sauber bis zum Asphalt! Auch der Parkplatz war geräumt – alles war auf einem riesigen Haufen! Gehört hat man von ihm zu nachtschlafender Zeit auch nicht viel! Heute haben wir keinen Bauhof mehr, sondern alles aus ‚Kooperationsgründen' in Molfsee! Unsere Treckerchen haben ein schmales Schild und schaffen es nicht mit 2 x Hin- und Herfahren die Straße komplett zu befreien. Es bleiben rechts und links je 1 Meter Schnee liegen! 2 Autos können sich da kaum begegnen! Sogar der
Steinfurther Weg war lange Zeit gesperrt, weil unsere Schneeräumeriche nicht mehr durchkamen! (Mit Bauer Jacobsen und Harald Kruse mit Lader waren früher alle Straßen frei!) Schwereres Gerät des Bauhofes Molfsee, wie der Unitrack, steht Mielkendorf erst ab halb sechs zur Verfügung, wenn Molfsee fertig ist! (Mit dem großen LKW machte Molfsee hier höchstens mal Revierüberwachungsfahrten auf den Hauptstraßen.) Dann waren unsere Straßen von den Frühaufstehern schon so festgefahren, dass es mit den kleinen Maschinen nix mehr wurde. Dabei wurde doch extra Wert auf Kompatibilität der Geräte gelegt und teure Parallelware beschafft. Wenn aber unsere Leute um 5.30 Uhr in Molfsee zum Winterdienst antraten (zu spät – 4.00 Uhr wäre besser gewesen), waren diese Geräte bereits durch die Molfseer reserviert und es ging nichts mehr für uns.
Gerne gedenke ich der Zeiten zurück, als Mielkendorf noch im Besitz eines eigenen Bauhofes war! Gut, ich habe mich als Gemeindevertreter, auch wohl wie die anderen von der Schönrechnerei einlullen lassen und habe dem Kooperationsgedanken zwar zögerlich zugestimmt, obwohl es auch zunächst weitere Stimmen dagegen gab. Aber es war ein einstimmiger Beschluss! Aber es steht auch sicherlich nichts dagegen, diese gesamte Situation noch einmal zu überdenken und ggfs zu revidieren! Unsere Erwartungen jedenfalls waren höher!! Zumal, wenn man mit den jetzigen Erfahrungen bedenkt, dass unsere Leute morgens nach Molfsee müssen, stempeln und dann wieder zurück nach Mielkendorf, Mittagspause in Molfsee, wieder zurück und um 15.00 Uhr schon wieder nach Molfsee (Feierabend) fahren. Die Zeit, die zusätzlichen Kilometer und das Dieselvergurke stehen doch wohl in keinem Verhältnis zur Arbeitszeit!
Seit 20 Jahren war unser Bauhof gut für uns Alle! Ja, ja, zugegeben, die BG hatte einiges an den Baulichkeiten auszusetzen, aber machbar wäre mit etwas gutem Willen doch wohl viel gewesen. Aber heute denke ich, dass wohl extra mit teuren Ingenieurs- und Architekturleistungen für den Umbau geworben wurde, damit es untragbar wurde. Wenn ein

Schreibtischtäter sagt, es sei zu kalt dort, weil der elektrische Heizkörper zu klein sei, hätte man das Ding doch auch vergrößern können. Den vorhandenen Raum mit Eigenmitteln zum Sozialraum (welch ein Wort!) herzurichten, hätte unter der fachkundigen Anleitung der vorhandenen Experten sicherlich auch geklappt. Eine Fluchttür einzubauen wäre sicherlich auch mit einfachen Mitteln und Sponsor möglich gewesen. Jetzt müssen dort neue Tore eingebaut werden, die standen damals auch schon auf der BG-Liste. Auch die Sanitäranlagen wären umbaubar gewesen. Anstelle viel Geld in einen überflüssigen Rundweg am im Sommer stinkenden Regenrückhaltebecken zu stecken, wäre das Geld hier langfristig doch viel besser für uns alle aufgehoben gewesen. Aber im Moment hilft das alles nicht mehr. Die momentane Lage wird sicherlich kräftigst verteidigt werden! Aber noch mal Nachdenken wird man doch wohl noch können dürfen mögen?!?
Freuen wir uns doch einfach nur auf einen schönen Frühling!
Heinz Zöller
1. Vorsitzender SPD-Ortsverein Mielkendorf

Keine Kommentare

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 03.04.2010, 11:36 Uhr - 2948 Clicks - Nr. 340*

SPD kritisiert Reinbeker Haushaltsbeschlüsse
"Freizeitbad platt. Sporthalle dicht. Vereine gefährdet. Politik handlungsunfähig." - Mit diesen Worten kommentiert Reinbeks SPD-Vorsitzender Klaus-Peter Puls den Inhalt und die möglichen Auswirkungen der gemeinsamen Beschlüsse von CDU, FDP, Grünen und Forum 21 zum Haushalt 2010 der Stadt Reinbek.
Puls: "Wir haben als SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, das Freizeitbad als wichtige Einrichtung für alle Generationen und als Arbeitsplatz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten. Der Antrag ist in namentlicher Abstimmung mit der Mehrheit von CDU, FDP, Grünen und Forum 21 abgeschmettert worden."

Puls weiter: "Wir haben als SPD-Fraktion den Antrag gestellt, die Funktionsfähigkeit und Standsicherheit der Uwe-Plog-Sporthalle durch Sanierung des Daches und der tragenden Dachkonstruktion wiederherzustellen und die erforderlichen Sanierungskosten in den Haushalt 2010 einzustellen. Der Antrag ist von CDU, FDP, Grünen und Forum 21 ebenfalls abgelehnt worden."

Die Beschlüsse der vier Fraktionen seien "existenzgefährdend nicht nur für die Vereine, die auf die Einrichtungen als Wettkampf-, Übungs- und Ausbildungsstätten angewiesen sind, sondern auch für die damit verbundenen Arbeitsplätze und unternehmerischen Betriebe". Klaus-Peter Puls: "Wir haben als SPD-Fraktion zur Finanzierung erforderlicher Investitions- und Betriebskosten angemessene Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer vorgeschlagen. Das ist für die Gewerbesteuer mehrheitlich abgelehnt worden."

Ein "Unding" sei es, so Puls, "sich mangels eigener Organisations- und Finanzierungsalternativen nach jahrelangem Brüten in internen Gremien aus der Verantwortung zu stehlen und für das Freizeitbad kurzerhand die Mitarbeiter selbst und engagierte Bürger, Vereine und Verbände aufzufordern, bis Ende Juni 2010 aufzuzeigen, wodurch die laufenden Zuschüsse um mindestens 50 % verringert werden können und wer die notwendigen Investitionen finanziert." Das sei beschlossen worden.

Eindeutig seien die Beschlüsse von CDU, FDP, Grünen und Forum 21 nur in der Tendenz, "eigene Bemühungen zur kostengünstigeren Organisation und Finanzierung des Freizeitbades einzustellen und mangels Finanzierbarkeit das Bad zum 31.12.2010 zu schließen". Auch für die Sporthalle, so Puls, habe sich "eine große Koalition der Verweigerer das Ob der seit Jahren erforderlichen und immer wieder verzögerten Sanierung ausdrücklich vorbehalten."

Alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände, Arbeitnehmer und Arbeitgeber weist Puls darauf hin, dass nach der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung die Möglichkeit besteht, gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung mit einem Bürgerbegehren vorzugehen und einen Bürgerentscheid herbeizuführen - insbesondere, wenn es um die Erhaltung oder Auflösung einer öffentlichen Einrichtung geht, "die den Einwohnerinnen und Einwohnern zu dienen bestimmt ist" (§ 16 g GO). "Es müsste doch möglich sein", so Klaus-Peter Puls abschließend, "die Unterschriften von 10 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für ein formelles Bürgerbegehren zusammen zu bekommen, wenn schon vor den Haushaltsberatungen in nur zwei Wochen 5.000 Unterschriften für den Erhalt des Freizeitbades gesammelt worden sind."
Kommentar von Borwin Baesecke vom 24.04.2010, 11:03 Uhr:
RE: SPD kritisiert Reinbeker Haushaltsbeschlüsse
Das Verhalten der Reinbeker CDU und FDP ist ein Spiegelbild der Bundesregierung. Grüne und Forum 21 treten in Reinbek nur als Trittbrettfahrer auf. Nichts entscheiden, sondern die Entscheidung dem Bürger überlassen. Nach dem Motto, wenn ihr etwas wollt müßt ihr sagen wie Finanzierung ausehen soll. Reinbeker CDU, FDP, Grüne und Forum21 mit dieser Auffassung habt ihr in Reinbeker- Stadtparlament nichts verloren. Ihr seit der Totengräber der Demakratie.

Jusos Dithmarschen - *veröffentlicht am 03.04.2010, 12:27 Uhr - 8024 Clicks - Nr. 341*

Jusos bereichern SPD Kreisparteitag
Dithmarscher JungsozialistInnen bestärkt durch Kreisparteitag der SPD
Die Jusos Dithmarschen sind sehr zufrieden mit dem am 20.3.2010 stattgefundenen Kreisparteitag der Dithmarscher SPD. Der Kreisvorsitzende Patrick Lange erklärte dazu: „Wir Jusos haben den Kreisparteitag mit 8 von 10 Anträgen und einem zusätzlichen Initiativantrag (Abrüstung jetzt!) klar inhaltlich dominiert. Von unseren 11 Anträgen sind 5 (Abzug aus Afghanistan, kostenfreie Schülerbeförderung, Einrichtung eines Jugendparlamentes auf Kreisebene, einem Kreisarbeitsprogramm für die Dithmarscher SPD und die Ablehnung der CCS-Technologie) angenommen, einer abgelehnt und der Rest in die Gremien der Partei verwiesen worden."

„Bemerkenswert war auch die hohe Beteiligung der Jusos an den Debatten" wie Gast, und Juso, Niklas Juhl bemerkte. Die Jusos konnten so die spezifische jugendliche Sicht der Dinge darlegen und so den Kreisparteitag dazu bewegen eine Resolution zur Erneuerung der SPD zukünftig zu debattieren.

Doch nicht nur inhaltlich konnten die jungen SozialistInnen punkten auch personell sind die Jusos z.B. auf dem nächsten Landesparteitag der SPD, der sich mit dem Thema Bildung beschäftigen wird, mit 4 von 10 Delegierten sehr gut vertreten. Fait Strakerjahn, Momme Peters, Anna Lena Mangold und Patrick Lange werden dabei die Delegation bereichern und die gute Position der Landesjusos zur Bildungspolitik unterstützen.
„Außerdem ist es auch erwähnenswert, dass zusätzlich zu diesem Erfolg noch 2 Jusos in den

Kreisvorstand der SPD gewählt worden sind.“ berichtet Juso-Pressesprecher Fait Strakerjahn. Momme Peters (19)und Truus Hohenwalt (16) werden ab sofort dem Kreisvorstand auf die Finger schauen, aber diesen auch tatkräftig unterstützen.

„Nun geht es uns darum, dass die verwiesenen Anträge gestützt durch noch bessere Argumentation angenommen werden und unsere erfolgreich inhaltsfixierte Arbeit fortgeführt wird.“ so der Kreisvorsitzende.

Keine Kommentare

Jusos Kiel - *veröffentlicht am 03.04.2010, 20:43 Uhr - 5149 Clicks - Nr. 342*

PANNEN AKW’S WIEDER ANS NETZ? - NICHT MIT UNS! STELL DICH GEGEN ATOMKRAFT!

In der Bundesregierung wird derzeit entschieden, ob die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel wieder angeschaltet werden. Ab Mai wird mit den Atomkraftkonzernen über verlängerte Laufzeiten verhandelt.
Wir müssen mitentscheiden, denn das geht uns alle an!

In der Bundesregierung wird derzeit entschieden, ob die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel wieder angeschaltet werden. Ab Mai wird mit den Atomkraftkonzernen über verlängerte Laufzeiten verhandelt.
Wir müssen mitentscheiden, denn das geht uns alle an!
Deshalb wird am 24. April 2010 eine große Aktions- und Menschenkette zwischen den Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel gebildet – zwei Tage vor dem Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

Zeitlicher Ablauf der KETTENreAKTION
ab 12.00 Uhr: Aktionen, Musik und weiteres Programm entlang der Strecke
bis 13.30 Uhr: Anreise an dutzende Sammelpunkte entlang der Strecke
14.30 Uhr: Menschenkette steht
15.00 Uhr: Menschenkette löst sich auf
16.00 Uhr: Abschlussveranstaltungen mit Musik und Redebeiträgen am AKW Brunsbüttel, in Elmshorn, in Hamburg und am AKW Krümmel
Die Kieler Streckenpatenschaft ist in Glücksstadt. Anreisemöglichkeiten und weitere Informationen findest du unter www.anti-atom-kette.de .

Sei dabei und stell dich gegen Atomkraft

Keine Kommentare

Jusos Kiel - *veröffentlicht am 03.04.2010, 20:57 Uhr - 11968 Clicks - Nr. 343*

Neuer Juso Kreisvorstand gewählt !

Die Jahreshauptversammlung der Kieler Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) hat
hat am Samstag den 20.03.10 Sabrina Borchert, Paul Hirnstein, Mohammed Kebaier, Julia Marzinzik, Danny Schulze und Timm Wüstenberg als neuen Juso-Kreisvorstand gewählt. Zuvor wurde Moritz Knebusch zum neuen Kassierer gewählt.
Die Jahreshauptversammlung der Kieler Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) hat
hat am vergangenen Samstag Sabrina Borchert, Paul Hirnstein, Mohammed Kebaier, Julia Marzinzik, Danny Schulze und Timm Wüstenberg als neuen Juso-Kreisvorstand gewählt. Zuvor wurde Moritz Knebusch zum neuen Kassierer gewählt. Das Kreisvorstandskollektiv hat sich am Sonntag konsituiert und dabei Timm Wüstenberg und
Julia Marzinzik mit der Geschäftsführung beauftragt.

Für das nächste Jahr haben sich die sieben neuen Vorstandsmitglieder viel vorgenommen. Bereits vorab hatte der neue Vorstand ein Arbeitsprogramm für die nächste Periode ausgearbeitet und der Mitgliederversammlung zur Abstimmung vorgelegt, in dem die Jusos Kiel die Wahlergebnisse der vergangenen Monate aufarbeiten und ihre Themenschwerpunkte Bildung, Wirtschaft und Umwelt neu sozialdemokratisch ausrichten wollen.

Als Gäste wohnten der Versammlung der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels, die Ratsmitglieder Gesa Langfeldt, Falk Stadelmann und Lars Juister sowie die Vorsitzenden der Jungen Liberalen und der Jungen Union bei, die sich alle mit einem Grußwort an die Versammlung richteten. Am Ende der Sitzung dankten die ehemalige Kreisgeschäftsführerin Charlotte Gaschke sowie ihr Stellvertreter Timm Wüstenberg den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihre hervorragende Arbeit.

Keine Kommentare

Jusos Kiel - *veröffentlicht am 05.04.2010, 12:41 Uhr - 5728 Clicks - Nr. 344*

Plön bleibt bunt !

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Für den 17. April hat die rechtsradikale Partei DVU (Deutsche Volksunion) eine Kundgebung auf dem Plöner Marktplatz unter dem Motto "Für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit" angemeldet. Was sich brav und bürgerlich gibt, zielt auf Hass und Gewalt. So wurden in der Vergangenheit solche Infostände auch von anderen Gruppierungen besucht, beispielsweise von Mitgliedern der gewaltbereiten Freien Kameradschaften. Bei einer Veranstaltung in Husum ist auch Chri
Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Für den 17. April hat die rechtsradikale Partei DVU (Deutsche Volksunion) eine Kundgebung auf dem Plöner Marktplatz unter dem Motto "Für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit" angemeldet. Was sich brav und bürgerlich gibt, zielt auf Hass und Gewalt. So wurden in der Vergangenheit solche Infostände auch von anderen Gruppierungen besucht, beispielsweise von Mitgliedern der gewaltbereiten Freien Kameradschaften. Bei einer Veranstaltung in Husum ist auch Christian Worch, Holocaust Leugner, führender Nazi-Kader und verurteilter Gewalttäter, aufgetreten.

Nachdem die Kooperation der DVU mit der NPD ("Deutschlandpakt") offiziell aufgekündigt worden ist, ist die Partei bundesweit in die Defensive geraten. Aus den Landesorganisationen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein heraus versuchen sie, durch Kundgebungen und Infostände wieder Fuß zu fassen. Die Kundgebung in Plön scheint daher nur ein Teil einer langfristigen Kampagne zu sein.

Die Nazis nutzen mit ihrem Slogan das Bedürfnis von Menschen nach gesicherten Lebensverhältnissen aus. Tatsächlich streben sie eine Gesellschaft an, die radikal Menschen anderer Hautfarbe und Nationalität ausgrenzt. 65 Jahre nach dem Sieg über den deutschen Faschismus versuchen die rechten, ihre ewiggleiche Ideologie in neuen Gewändern zu präsentieren.

Unter dem Motto "Plön bleibt bunt" ruft ein breites Bündnis aus SchülerInnen, Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischen Organisationen auf, laut die Stimme gegen Nazis zu erheben. Bringen Sie Trillerpfeifen, bunte Transparente, Musikinstrumente mit und lassen Sie uns gemeinsam zeigen: Die Präsenz von Neonazis darf nicht zur Normalität werden- nicht in Plön und nicht anderswo!

Am 17 April, um 10 Uhr auf dem Plöner Marktplatz

Für Rückfragen: ploen_bleibt_bunt@web.de

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 05.04.2010, 14:16 Uhr - 4072 Clicks - Nr. 345*

Lebensretter für`n Appel und ’n Ei

Manche haben sie, manche aber auch nicht. Obwohl klein und unscheinbar, haben sie schon viele Menschenleben gerettet. Die Rede ist von Rauchwarnmeldern, auch Brandmelder genannt.

Werden Feuer tagsüber noch relativ schnell erkannt, wird es in der Nacht schon gefährlicher. Während des Schlafes schaltet sich der menschliche Geruchssinn ab und sorgt so dafür, dass Feuer und Rauch nicht schnell genug wahrgenommen werden. Jährlich sterben bundesweit über 600 Menschen bei Bränden, vor allem durch Ersticken.

Daher sind alle Hausbesitzer in Schleswig-Holstein verpflichtet, bis Ende 2010 ihre Wohnungen mit Rauchwarnmeldern auszustatten.

In § 49 Abs. 4 der schleswig-holsteinischen Landesbauordnung heißt es: „In Wohnungen müssen Schlafräume, Kinderzimmer und Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen

führen, jeweils mindestens einen Rauchwarnmelder haben. Die Rauchwarnmelder müssen so eingebaut und betrieben werden, dass Brandrauchfrühzeitig erkannt und gemeldet wird. Die Eigentümerinnen oder Eigentümer vorhandener Wohnungen sind verpflichtet, jede Wohnung bis zum 31. Dezember 2010 mit Rauchwarnmelder auszurüsten. Die Sicherstellung der Betriebsbereitschaft obliegt den unmittelbaren Besitzerinnen oder Besitzern, es sei denn, die Eigentümerin oder der Eigentümer übernimmt diese Verpflichtung selbst."

Wenn Ihre Wohnung also noch nicht mit einem Rauchwarnmelder ausgestattet ist, dann wird es höchste Zeit. Rauchwarnmelder retten nicht nur Leben, sondern sind auch aus versicherungstechnischen Gründen unabdingbar!

Beim Kauf von Rauchwarnmeldern sollten Sie darauf achten, dass diese über das Prüfzeichen „VdS" und das CE-Zeichen verfügen (Din EN 14604).

Lassen Sie sich fachkundig vom Fachhandel, von Ihrem Schornsteinfeger oder der Freiwilligen Feuerwehr beraten!

--

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.04.2010, 08:56 Uhr - 1383 Clicks - Nr. 346*

Landesregierung stimmt Umwidmung der Fördermittel für Winterschäden nicht zu!
"Für SPD, GRÜNE und SSW gilt der Grundsatz: Bildungswege vor Asphalt, Vorrang für die Schulen. Deshalb ist wichtig, dass bei der engen Haushaltslage so viel Fördergelder und Zuwendungen wie möglich für den Straßenbau, die Behebung der Winterschäden und die Reparatur der Schlaglöcher gewonnen werden.
Deshalb hat die Ratsversammlung die Bundesregierung und die schleswig-holsteinische Landesregierung zu einem Hilfsprogramm für die Winterschäden der Städte aufgefordert, und vernünftigerweise hat die Landesregierung Hilfen aus dem Kommunalen Investitionsfonds angekündigt. Und deshalb hat die Ratsversammlung auch ihre Bereitschaft erklärt, dazu Mittel aus der Konjunkturförderung bereitzustellen, die eigentlich für ebenfalls sinnvolle Umbaumaßnahmen auf dem Westufer vorgesehen waren, wenn die Landesregierung dem zustimmen würde. Nun allerdings hat die Landesregierung einer solchen Umwidmung der Fördermittel für die Esmarchstraße und Blücherstraße nicht zugestimmt. Deshalb werden nun die von der Ratsversammlung bereits im Juli 2009 beschlossenen Lärmschutz- und Umbaumaßnahmen in der Esmarchstraße und in der Blücherstraße umgesetzt, damit die der Stadt zugeteilten Fördergelder nicht ersatzlos verfallen. Bei der gegenwärtigen Haushaltslage, die sich in den nächsten Jahren nicht verbessern wird, wäre jeder andere Umgang mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unverantwortlich." Dies erklärten der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Achim Heinrichs, der verkehrspolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 06.04.2010, 14:42 Uhr - 3840 Clicks - Nr. 347*

Rennfahrer aus Osterrönfeld - Seifenkistenrennen 2010

Osterrönfeld ist bekannt für seine Sportskanonen im Fußball, Tennis, Laufen, Tanzen, Schwimmen und vielen Sportarten mehr. Eine Disziplin scheint aber bald hinzuzukommen. Osterrönfelder „Nachwuchs-Rennfahrer" sind seit dem letzten Jahr vermehrt in der Gemeinde zu beobachten. Selbst Erwachsene jenseits der 45 Jahre werden unter den Aktiven gesichtet, frei nach dem Motto: „Wenn Schumi wieder auf die Rennstrecke geht, kann ich das erst recht!"

Nachdem die SPD-Osterrönfeld und der Osterrönfelder TSV (OTSV) 2009 erstmals ein Seifenkistenrennen veranstaltet haben, wird geschraubt, gehämmert und gebastelt, was der heimische Werkzeugkoffer hergibt. Ziel ist der „**2. O'felder Seifenkisten Cup 2010"** am Sonntag, 04.07.2010, ab 11:00 Uhr. SPD und OTSV organisieren diesmal im Aspelweg ein Seifenkistenrennen für alle Erwachsenen, Jugendlichen und Kinder ab 8 Jahren. Weil aber bereits im letzten Jahr auch viele kleinere Kinder begeistert an der Rennstrecke standen, sollen sie nun auch die Möglichkeit bekommen, erste Rennerfahrungen zu sammeln. Ein BobbyCar-Rennen für Kinder zwischen 3 und 8 Jahren wird daher erstmals angeboten.

Neu ist in diesem Jahr zudem ein Wettbewerb, bei dem alle Zuschauer die schönste/pfiffigste Seifenkiste mittels Stimmzettel wählen können. Somit sind nicht nur windschnittige Rennflitzer gefragt, sondern auch kreative Seifenkisten Marke „Eigenbau".

Doch nicht nur in Osterrönfeld rüstet man sich für das Seifenkistenrennen, sondern auch über Ortsgrenzen hinweg wird dem Renntag bereits entgegen gefiebert. So z.B. auch in der Osterrönfelder Partnergemeinde Osten, wo sich Vertreter der Gemeinde bereits als Zuschauer angekündigt haben.

Alle interessierten „Rennfahrer" können sich ab sofort anmelden. Für Fragen stehen Dennis Schmidt und Jan-Niklas Potten zur Verfügung.

Anmeldungen und weitere Infos unter:
www.ofelder-seifenkiste.de

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 06.04.2010, 15:24 Uhr - 1294 Clicks - Nr. 348*

Kooperation unterstützt Abschaffung der Optionspflicht bei Staatsbürgerschaf

„Für die türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger kann das Zusammenleben in der Kommune erleichtert werden, wenn im ersten Schritt die Optionspflicht bei der Staatsbürgerschaft für junge Erwachsene abgeschafft wird.
Es kann nur ein erster Schritt für eine weitergehende Reform sein. Daher wird der entsprechende Vorstoß des schleswig-holsteinischen Justizministers bei der Innenministerkonferenz von uns unterstützt", erklären der migrationspolitische Sprecher Wolfgang Schulz, SPD-Ratsfraktion und der sozialolitische Sprecher Sharif Rahim, Bündnis90/Die Grünen.

„Gerade für die jungen Erwachsenen kann dies eine Motivation sein, sich ihrer Identität bewusst zu werden und auf dieser Grundlage ihr Leben zu gestalten."

Keine Kommentare

Ag60plus - Segeberg (Kreis) - *veröffentlicht am 06.04.2010, 16:14 Uhr - 4512 Clicks - Nr. 349*

KETTENreAKTION
AG 60plus ruft auf zur 'Kettenreaktion'.
Wir schließen uns der bundesweiten Aktion der Menschenkette von Krümmel nach Brunsbüttel an. Bitte kommen Sie nach Schenefeld, wenn Sie aus dem Kreise Segeberg kommen.
Näheres unter 'www.spd-schleswig-holstein.de', sowie unter 'www.anti-atom-kette.de'

Interessierte Bürger, die an der Demonstration teilnehmen wollen, wenden sich bitte an die Bürgerbüros der SPD in Bad Bramstedt und Bad Segeberg.
Wir bitten Sie sich rechtzeitig anzumelden, da nur angemeldete Mitreisende mitgenommen werden können. Den Kostenbeitrag erfahren Sie im Büro.
Von beiden Standorten fahren die Busse Richtung Demonstrationsort Schenefeld. Dort treffen sich alle Teilnehmer aus dem Kreise Segeberg von allen Verbänden.

Keine Kommentare

SPD-Mielkendorf - *veröffentlicht am 06.04.2010, 19:09 Uhr - 4457 Clicks - Nr. 350*

Bauhof Mielkendorf
Bauhof Mielkendorf, wo bist Du geblieben?
Es war einmal ein Dorf mit einem funktionierenden, hilfsbereiten und sehr ortskundigen Bauhof. Die Mitarbeiter kannten jeden Quadratmeter ihres Bezirks genau und auch jeden Anlieger und seine Eigenheiten.
Da war z.B. die ältere, gehbehinderte Dame, die schon viele viele Jahre in Mielkendorf wohnt. Deren Mann vor über 15 Jahren schon verstorben war und die mit Hilfe ihres freundlichen Nachbarn ihren Gehweg von Schnee und Eis befreit. Bis zum vergangenen Jahr hat der Bauhof Mielkendorf beim Schnee räumen noch angehalten, das Schneeschild hoch gehoben und die frisch geräumte Einfahrt nicht zugeschoben.

Es ist sicher keine Frage, dass ein gemeinsamer Bauhof mit Molfsee kostengünstiger ist!

Da ist auch die hochschwangere Frau, deren Mann jeden Morgen, bevor er zur Arbeit fährt, den Gehsteig und die Auffahrt von Schnee und Eis befreit. Er fährt dann so gegen 7.00 Uhr zur Arbeit. Irgendwann später kommt dann der Schneeräumdienst und schiebt die Auffahrt und Teile des Gehweges wieder zu.

Es ist sicher keine Frage, dass ein gemeinsamer Bauhof mit Molfsee kostengünstiger ist!

Da räumt ein allradgetriebener PKW-Bully den Ihlkaten- und Steinfurter Weg mit einem Schneeschild von 1,90 m Breite. Selbst bei genauester Fahrweise ist es kaum möglich, mit einer Hin- und Rückfahrt mehr als 3,40-3,60 m zu räumen. Die meisten Autos haben eine

Breite von 1,50 m - 1,80 m! **Uups?!!!** Wie können sich da zwei Autos begegnen, ohne sich zwangsweise die Spiegel abzufahren!

An einem Tag 11x passiert!!

Wie kann man bei Nordostwind den Schnee am Steinfurter Weg nach Nordosten schieben?? Wieso wird nicht um 5.00 Uhr Schnee geräumt - bevor der Schnee vom Berufsverkehr festgefahren worden ist, sondern erst zwischen 6.45 Uhr und 7.45 Uhr? Ich könnte noch viele „Leistungen" des Bauhofes Molfsee aufzählen, möchte aber lieber Verbesserungsvorschläge unterbreiten, verbunden mit der Hoffnung, dass im nächsten Jahr alles besser wird.

1.) Um einen Ihkatenweg bzw. Steinfurter Weg auf eine vernünftige Breite zu räumen, setzt man entweder einen LKW mit breiterem Schneeschild ein oder fährt mit dem schmaleren Schild 2x in jede Richtung!

2.) Wenn der Wind von Nordosten kommt und sich auf der Straße Schneewehen gebildet haben, dann dreht man das Schneeschild in die andere Richtung, (das geht hydraulisch, ohne das der Fahrer dazu aussteigen muss) und schiebt den Schnee auf die windabgewandte Seite - eigentlich ganz einfach-.

3.) Wenn der Molfseer Bauhof zusätzlich aus einer Gemeinde neuwertige Fahrzeuge und hochqualifiziertes, ortskundiges Personal erhält, wäre es schlau, sich gerade in dieser Gemeinde zu bemühen!!

Stattdessen wird das ortskundige Personal in Molfsee eingesetzt und ortsunkundige Schneeräumfahrer versuchen einen Ihlkaten- und Steinfurter Weg zu schieben. Das jämmerliche Resultat - beide Wege sind in den ersten 4 Wochen von Anliegern offen gehalten worden (ich selbst habe den Steinfurter Weg 4x auf gemacht), danach war dann der Steinfurter Weg über zwei Wochen für jeglichen Kraftfahrzeugverkehr ganz gesperrt und der Ihlkatenweg war so schmal geräumt, dass er eigentlich nur einspurig befahrbar war.

Nun ist aber am Ihlkatenweg eine Sandgrube, die im Winter viel Sand auszufahren hat, mit 2 LKWs bis zu 40 t Gesamtgewicht. Diese konnten den Steinfurter Weg aber nicht nutzen, also mussten sie über die Eiderbrücke - Blockshagener Weg fahren, die nur für 7,5 t zugelassen ist!

Da hat uns Molfsee ja viel geholfen, denn wer bezahlt nun die Reparatur der Eiderbrücke ?? Natürlich Mielkendorf! Danke, lieber Bauhof Molfsee!!

4.) Wenn die Schneeräumfahrzeuge Zeit dazu haben, mehrmals täglich Kontrollfahrten vorzunehmen, ohne einmal das Schneeschild zu gebrauchen, dann stimmt doch in der Organisation des Bauhofes etwas nicht! Und dann versucht sich das Amt Molfsee noch durch einen Artikel im HGM -Journal zu verteidigen, indem es Urteile von einem LG Gera aus dem Jahr 2005 zitiert (nur zur Info - Gera liegt nicht in Schleswig Holstein!). Und ebenfalls einen Artikel aus dem Jahr 1992 vom OLG Nürnberg (nur zur Info- dieses Urteil ist schon über 17 Jahre alt und Nürnberg liegt auch nicht in Schleswig-Holstein).

Ich denke durch diesen Winter haben wir Mielkendorfer sehr drastisch feststellen können, welchen Stellenwert wir beim Bauhof Molfsee haben - und das wird im Sommer sicher nicht anders sein!

Wie wäre es, wenn alle Bürger in Mielkendorf zu diesem Thema entscheiden dürften?!

Ich glaube, dann würde unser Bauhof ganz schnell wieder fit gemacht werden und mit unserem qualifizierten und ortskundigen Personal besetzt. Und wenn Molfsee dann einmal qualifizierte Hilfe benötigt, so gibt es festgelegte Verrechnungsätze, zu denen wir unsere Bauhof-Mitarbeiter, wenn es deren Zeit erlaubt, an Molfsee ausleihen.

Außerdem hat Mielkendorf mehrere GaLaBau-Unternehmer, die sehr gute Gerätschaften besitzen und in besonderen Situationen auch aushelfen würden!
DM

Bürgermeister Nikschtat auf der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung am 17. Juni 2008 (Zitat): "Wir werden uns der Aufgabe stellen, das Bestmöglichste zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Wir sind schon gut, aber wir wollen noch besser werden, um unsere Gemeinde attraktiv und lebenswert zu gestalten!".

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 07.04.2010, 14:00 Uhr - 1272 Clicks - Nr. 351*

Bessere Perspektiven für die Entwicklung der Hörn erwartet
Die Rathauskooperation erwartet nach der Genehmigung der EU, den Flächenanteil für Wohnen auf 35 % im Bereich der Gaardener Hörn zu erhöhen, nunmehr bessere Chancen, Wohnen, Gewerbe und Freizeit miteinander zu entwickeln.
"Die Genehmigung der EU ermöglicht überdies Chancen für eine stadtentwicklerisch stärkere Verbindung des Hörnbereichs Gaarden mit der Mitte des Stadtteils und für ein interessantes Wohnungsangebot in Gaarden zu entwickeln," stellen der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Wolfgang Schulz, und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, gemeinsam fest.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 07.04.2010, 14:22 Uhr - 9533 Clicks - Nr. 352*

50 Segeberger und Stormarner zu Gast bei Thönnes in Berlin
Blick hinter die politischen Kulissen:

Bei herrlichem Frühlingswetter konnte SPD-MdB Franz Thönnes in der vergangenen Woche 50 Gäste aus den Kreisen Segeberg und Stormarn im Reichstagsgebäude begrüßen.

Politischer Höhepunkt der dreitägigen Fahrt war neben dem Besuch im Bundesrat und der Führung durch die Landesvertretung Schleswig-Holstein die Gelegenheit, eine Bundestagsdebatte live mitzuverfolgen. „Es ist spannend, die Politiker mal direkt zu erleben, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt", sagt Brigitte Denker aus Norderstedt, die mit drei Freundinnen dabei war. „Wir haben einige Minister gesehen und Franz Müntefering", ergänzt die 60jährige.

Besonders gefallen habe ihr, dass die Gruppe anschließend mit Franz Thönnes diskutieren konnte. Für den Parlamentarier ist das eine Selbstverständlichkeit. „Das sind für die Gäste aus meinem Wahlkreis interessante Einblicke in die Arbeitsweise unseres Parlamentes. Und es ist mir wichtig, mit den Menschen im Gespräch zu sein", so der SPD-Politiker.

Außerdem war die Gruppe zu Gast im Willy-Brandt-Haus, der Parteizentrale der SPD und im Auswärtigen Amt. Ebenso besichtigte sie die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen. „Wir alle waren beeindruckt und begeistert von der Reise", fasst

Brigitte Denker die drei Tage zusammen.

Dreimal im Jahr lädt Thönnes 50 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis und auch aus den Betreuungsgebieten Stormarn-Süd und Neumünster zu einem interessanten Mix aus Politik und Kultur nach Berlin ein. Organisiert werden die Fahrten durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 08.04.2010, 08:58 Uhr - 1271 Clicks - Nr. 353*

Stadt- und Kreisverwaltungen können Aufgaben füreinander erledigen!
SPD, GRÜNE und SSW unterstützen eine Verwaltungsreform, in der die Verwaltungen von Städten und Kreisen zusammenarbeiten. Sinnvoller als bisher wäre eine Zentralisierung von Aufgaben in Kompetenzzentren, sodass einzelne Städte und Kreise bestimmte Aufgaben für alle anderen miterledigen, statt dass jede Stadtverwaltung und jede Kreisverwaltung dies selbst tut.
Das erhöht die Effektivität, und das spart Kosten. Oberbürgermeister Torsten Albig hat richtige Vorschläge unterbreitet: Bauprüfungen, Förderanträge, Personaleinstellungen. Bereits im Jahr 2008 wurde den Kreisen ermöglicht, die überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung auf die Rechnungsprüfungsämter einer benachbarten Kreisverwaltung zu übertragen. Dabei sollte das Land nicht stehen bleiben: Warum sollten nicht auch mehrere Städte Gemeinsame Rechnungsprüfungsämter bilden dürfen? Gerade in der Kiel-Region wird die geteilte Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben die Zusammengehörigkeit und damit den Standort stärken." Dies erklärten der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD-Flensburger Mitte - *veröffentlicht am 08.04.2010, 17:45 Uhr - 2726 Clicks - Nr. 354*

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD Flensburger Mitte
Am Dienstag, den 13. April um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Flensburger Mitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein", Norderstr. 98 ein.
In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 09.04.2010, 07:19 Uhr - 4690 Clicks - Nr. 355*

Frühschoppen im Kamphuis Einwendungen gegen Riesenmasten
In Anwesenheit von Bürgermeisterkandidatin Johanna Skalski veranstaltet die SPD Quickborn gemeinsam mit der Bürgerinitiative "Einwendungen gegen Riesenmasten" am Sonntag, 11.04. einen Frühschoppen im Kamphuis, Kampstr.54. Thema ist die geplante Aufstellung von hohen Strom-Masten am Südrand von Quickborn. Musikalisch begleitet uns die beliebte Band "Little Big Rock". Beginn 11.00 h, ab 15.00 h dann Fußball Live. Wir freuen uns auf Ihren Besuch und versprechen spannende Unterhaltung.
Pressemitteilung

SPD vor Ort: Frühschoppen für Quickborn
„Kein Anlass zur Beruhigung"

Mit einem Programm aus Information und Unterhaltung veranstaltet die SPD Quickborn am Sonntag, den 11. April 2010 von 11 - 15.00 Uhr in der Gaststätte „Kamphuis", Kampstraße 54, einen Frühschoppen für alle Quickborner Bürgerinnen und Bürger.

In Anwesenheit der Bürgermeisterkandidatin Johanna Skalski gibt es für alle Interessierte Gelegenheit zum persönlichen Kennenlernen, zu Diskussion und Gedankenaustausch.

Als Themenschwerpunkt greift die SPD Quickborn ein Anliegen auf, das vielen Quickbornern seit geraumer Zeit sehr am Herzen liegt: Es geht um die von E.On/Transpower geplante Kapazitätserhöhung der Stromfreilandleitung am südlichen Stadtrand von Quickborn. Viele Anwohner, aber auch Eltern, deren Kinder das Schulzentrum Süd besuchen, fühlen sich aufgrund der zu erwartenden Erhöhung der Belastung durch elektromagnetische Strahlung hiervon betroffen und haben im Juli letzten Jahres fristgerecht bei der Quickborner Verwaltung und der Planfeststellungsbehörde in Kiel ihre Einwendungen schriftlich eingebracht.

„Während im letzten Jahr Vertreter aller politischen Parteien Positionen gegen den geplanten Ausbau einnahmen und wir Parteien, Kirchengemeinden und andere in unseren Informations- und Aktionskreis einbezogen, freuen wir uns darüber, dass die SPD uns vor Ort die Möglichkeit zu weiterer Information schafft", sagen Burkhard Jäckel und Stefan Leutner von der Bürgerinitiative „Einwendung gegen Riesenmasten".

In Gesprächen mit der Planfeststellungsbehörde haben die beiden Vertreter der Bürgerinitiative erfahren, dass mit Fortgang des Verfahrens in Form eines Erörterungstermins in Kürze zu rechnen ist. Auf Informationstafeln, aber auch im Gespräch wollen Burkhard Jäckel und Stefan Leutner über den derzeitigen Stand berichten und alle Betroffenen und Interessierten darauf hinweisen, dass kein Anlass zur Beruhigung besteht, sondern vielmehr die „heiße Phase" des Planfeststellungsverfahrens bevorsteht.

Mit Live-Musik sorgt die vielen Quickbornern durch Auftritte im „Kamphuis" bekannte Bluesband „Little Big Rock" für Unterhaltung. Die drei Bandmitglieder unterstützen das Anliegen der betroffenen Quickborner und haben sich extra für den Frühschoppen zu einem „Reunion-Konzert" wiedervereinigt.

Fußballinteressierte kommen im direkten Anschluss auf Ihre Kosten: Ab 15:30 Uhr bietet der Kamphuis-Wirt Olaf Pralle die Möglichkeit, das Auswärtsspiel des Hamburger Sportvereins beim

VfL Bochum live auf den Großbildleinwänden des „Kamphuis“ zu verfolgen.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 09.04.2010, 11:32 Uhr - 8748 Clicks - Nr. 356*

24. April 2010: Aktions- und Menschenkette zwischen Krümmel und Brunsbüttel

Vor 10 Jahren beendete die rot-grüne Bundesregierung mit dem Atomkompromiss einen Streit, der seit Jahrzehnten das Land spaltete. Heute versucht die schwarz-gelbe Regierung diesen Kompromiss wieder aufzulösen. Es ist deswegen wieder Zeit der Regierung zu zeigen, dass wir Atomkraft nicht wollen. Deshalb schließen wir uns dem bundesweiten Protest, der Menschenkette, am 24. April 2010 an.
Ablauf
• 13:30 Uhr: Beginn
• 14:30 Uhr: Kette entsteht
• 16:00 Uhr: Abschlussveranstaltungen an mehreren Orten

Die SPD Schleswig-Flensburg will sich natürlich an dieser Aktion beteiligen. Vom Kreisverband Schleswig-Flensburg und dem nördlichen Schleswig-Holstein aus sind wir für den Abschnitt von Brunsbüttel bis Großarentsee (das ist etwa die Hälfte der Strecke auf dem Elbedeich bis Brokdorf) zuständig. Um nun nicht mit PKW’s massenweise die Zufahrtstraßen zum Elbedeich zu verstopfen, wollen wir die Anfahrt mit Bussen organisieren. Die Haltepunkte legen wir fest, wenn die Anmeldungen vorliegen.

Anmeldungen bitte beim SPD-Kreisbüro bis zum 20. April.
SPD-Kreisbüro gerhard.schulz@spd.de, Telefon: 04621-27110
Weitere Informationen unter:

http://www.spd-schleswig-holstein.de/index.php?sp=de&id=3905

http://www.anti-atom-kette.de/xt

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 09.04.2010, 15:14 Uhr - 3552 Clicks - Nr. 357*

SPD-Engelsby: Die Vor-Vorwahl, die plötzlich teuer ist!
Call-by-Call-Anbieter „01056“ bittet ahnungslose Verbraucher zur Kasse

Viele Verbraucher wenden sich derzeit hilfesuchend an die Beratungsstellen wegen Rechnungen des Call-by-Call-Anbieters (Vor-Vorwahl-Anbieters) „01056".
Während Verbraucher noch vor einem Jahr mit dieser Vorwahl gerade bei Auslandsgesprächen viel sparen konnten, erhalten diese nun seit einiger Zeit gesalzene Rechnungen.

Was war passiert? Die Betreiber der Vorwahl 01056, die Firma PM2 Telecommunication GmbH, boten lange Zeit sehr günstige Tarife an. Zu dieser Zeit schaltete das Unternehmen freiwillig vor jedem geführten Tele-fonat eine Bandansage, die auf die Kosten hinwies. Im Herbst letzten Jahres wurden die Tarife plötzlich drastisch, teilweise um das 75-fache erhöht. Gleichzeitig wurde die Bandansage abgeschaltet, so dass der Verbraucher über die Kosten im Dunkeln gelassen wurde. Gespräche, die vorher ein paar Euros kosteten, schlugen nunmehr mit mehreren hundert Euros zu Buche.

„Hier haben wir es mit einem Problem zu tun, das uns schon seit Jahren ein Dorn im Auge ist", so Dr. Wita von der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein.
Der Gesetzgeber hält es bislang für ausreichend, dass Preisänderung bei Call-by-Call-Anbietern lediglich auf der Homepage des Anbieters oder im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Nennung der Kosten vor dem Telefonat gibt es leider nicht, sie wäre aber dringend erforderlich.

Im aktuellen Fall empfiehlt die Verbraucherzentrale mit einem Muster-schreiben innerhalb der Widerspruchsfrist von acht Wochen gegen die überhöhte Rechnung anzugehen. In älteren Fällen sollte gegebenenfalls erwogen werden, einen Rechtsanwalt oder die Rechtsberatung der Ver-braucherzentrale Flensburg einzuschalten.

Wer zukünftig auf Nummer sicher gehen will, der wählt ausschließlich Call-by-Call-Betreiber mit Tarifansage und legt dann auf, wenn diese plötzlich fehlt.

Quelle: Verbraucherzentrale S-H

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 09.04.2010, 19:27 Uhr - 5411 Clicks - Nr. 358*

Bäderregelung muss strikter eingehalten werden
Zur Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Greifswald zur Bäderregelung erklärte der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rolf Fischer:

Die Bäderregelung soll gewährleisten, dass Touristen sich auch am Sonntag mit lebensnotwendigen Gütern versorgen können. Die Geschäftsöffnung am freien Sonntag ist eine regional definierte Ausnahme, die nur für wenige Branchen gedacht ist. Doch längst ist das Angebot extrem ausgeweitet, wollen auch Nachbargemeinden oder Nachbar-Stadtteile die ökonomischen Vorteile der Bäderregelung nutzen. Gerade in einer Stadt wie Kiel mit seiner touristisch genutzten Innenstadt wird dieser Anspruch deutlich.

Gerade in einer Stadt wie Kiel mit seiner touristisch genutzten Innenstadt wird dieser Anspruch deutlich.

Die Bäderregelung ist aber kein Wirtschaftsförderinstrument.

Das Urteil aus MV fordert auf, die Ausnahmesituation deutlich zu machen und die Bäderregelung auf ihren ursprünglichen Kern zurückzuführen. Nur in diesem Sinne ist das Urteil für Schleswig-Holstein auszulegen. Die Kirchen können ihre Forderung nach dem "freien Sonntag" mit neuem Selbstbewusstsein formulieren.

Wenn die Landesregierung jetzt eine "einvernehmliche Regelung" anstrebt, kann diese nur darin bestehen, den ökonomischen Aspekt nicht über den gesellschaftlichen zu setzen. Ich bezweifele, ob die Wirtschaftsnähe der Regierung dies zulässt. Wir werden uns auf eine kontroverse Debatte zur Bäderregelung einzustellen haben. Wir stehen an der Seite der Kirchen und der Gewerkschaften.
Kommentar von Prehn, Gabriela vom 28.07.2011, 09:26 Uhr:
RE: Bäderregelung muss strikter eingehalten werden
Es ist schon unglaublich wie hier argumentiert wird. Allein in Schleswig-Holstein hängen über 170.000 Arbeitsplätze an der Bäderegelung und dann sollen wir uns von den Kirchen im 21. Jahrhundert noch vorschreiben lassen, wie wir als Bürger unseren Sonntag zu verbringen haben??? Wir leben in einem Land der Religionsfreiheit und die nordelbische Kirche und das Erzbistum Hamburg haben nicht dan Recht sich über alle religiösen oder nicht religiösen Ansichten eines jeden einzelnen deutschen Bürgers zu stellen. Wir leben in Freiheit. Selbst in Rom und auf Teneriffa etc. haben die Geschäfte am Sonntag für die Touristen geöffnet, warum also nicht in unseren Bädern, die fast ausschließlich über den Tourismus ihre Einnahmen generieren??? Eins ist klar, wenn der Sonntag durch dir Kirchen wieder tabu werden sollte, werden auch die Kommunen weniger Einnahmen generieren, auch über den gesamten wirtschaftlichen Aspekt sollte sich die Kirche dann Gedanken machen und nicht selbstherrlich nur ihre Ansichten verteidigen! Oder laufen den Kirchen vielleicht die Gläubigen weg??? Eines ist doch klar, wie Pastor Vogel aus der Gemeinde Timmendorf richtig argumentiert: " Wenn der Ort voll ist, dann ist auch meine Kirche vol!" Ich bin auch gläubig, aber ich gehe dann in die Kirche, wann ich es möchte, dazu brauche ich keine Vorschriften der Kirche!!

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 10.04.2010, 09:52 Uhr - 9682 Clicks - Nr. 359*

SPD AG 60 plus: Leben ohne Barrieren – Neue Wege gehen. Wohnen im Alter
Anlässlich des Tages der älteren Generation erklärt der
Kreisvorsitzende der AG SPD 60 plus, Hans Peter Robin:

„Die Arbeitsgemeinschaft der Älteren in der SPD setzt sich für eine barrierefreie Gesellschaft ein, für eine Gesellschaft, in der Teilhabe weder vom Alter, den finanziellen Möglichkeiten, der Ausbildung oder dem Wohnort abhängen. Das Ziel ist: Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters müssen schnellstmöglich der Vergangenheit angehören!"
Ein Leben ohne Barrieren ist leider noch immer nicht selbstverständlich.
Noch sind viel zu wenige Wohnungen so gestaltet, dass sie auch Ältere mit körperlichen Einschränkungen nutzen können. Nur allzu oft steht im hohen Alter ein erzwungener Umzug aus dem gewohnten Lebensumfeld in ein Pflegeheim an.
Kommunen und Städte sind auf den rasanten Alterswandel oftmals nicht vorbereitet. Die meisten Seniorinnen und Senioren wollen die eigenen vier Wände nicht verlassen, auch dann nicht, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Hierfür sind nicht zuletzt vielfältig angepasste Formen des Lebens und des Wohnens im Alter gefragt, die älteren Menschen ein barrierefreies, selbständiges Wohnen ermöglichen.

Keine Kommentare

SPD Steinfeld-Ulsnis - *veröffentlicht am 11.04.2010, 17:50 Uhr - 2927 Clicks - Nr. 360*

Eure Meinung zählt!
Zum ersten Mal bindet der SPD-Bundesparteivorstand für die politische und organisatorische Erneuerung alle 10.000 Ortsvereine mit einer Befragung „Eure Meinung zählt" bundesweit ein. Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis hat beschlossen, am Mittwoch den 28. April um 19.30 Uhr im Kommunikationszentrum Jägersruh in Steinfeld eine Mitgliederversammlung durchzuführen, damit alle Mitglieder ihre Meinungen einbringen können.
Zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung ist der 6-seitige Fragebogen zusammen mit der Einladung verschickt worden, damit die Mitglieder im Ortsverein Steinfeld-Ulsnis sich zu Hause in Ruhe auf die Antworten vorbereiten können.
Nach elf Jahren in Regierungsverantwortung und der herben Niederlage bei der Bundestagswahl 2009 hatte die SPD beschlossen, sich sowohl politisch als auch organisatorisch neu aufzustellen. Einer personellen Neuaufstellung auf dem Bundesparteitag im November 2009 in Dresden folgt nun die politische und organisatorische.

Keine Kommentare

Jusos Kiel - *veröffentlicht am 11.04.2010, 18:56 Uhr - 5156 Clicks - Nr. 361*

Wurfkraft gegen Atomkraft
Am vergangenen Samstag, den 10. April um 12 Uhr reihten sich rund 200 Menschen für 15 Minuten auf dem Holstenplatz zwischen zwei Papp – AKW's aneinander.
Am vergangenen Samstag, den 10. April um 12 Uhr reihten sich rund 200 Menschen für 15 Minuten auf dem Holstenplatz zwischen zwei Papp – AKW's aneinander. Grund für diese Aktion war die Auftaktveranstaltung für die große Menschenkette am 24. April entlang der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel. Mit dabei waren auch die Jusos Kiel, um ein klares Zeichen gegen Atomkraft zu setzen und Passanten für die KETTENreAKTION in zwei Wochen zu begeistern.

Doch wird dies nicht die einzige Mobilisierungsaktion bleiben. Am kommenden Samstag, den 17. April veranstalten die Jusos Kiel ab 11 Uhr „das große Wurfkraft gegen Atomkraft – Dosenwerfen" in der Holtenauer Straße. Sei dabei und räume den Atommüll mit einem Wurf ab! ;)

Die Kieler Jusos werden bei der KETTENreAKTION im Streckenabschnitt Glückstadt am Kollmar Hafen stehen. Du weißt noch nicht, wie Du hinkommen sollst ? Kein Problem. Melde Dich einfach über das Kontaktformular (hier) bei uns . Wir organsieren eine gemeinsame Anreise per Bus.

Fahrkartenpreise: 10 €, ermäßigt (Schüler, Studenten, Erwerbslose) 6€

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 12.04.2010, 16:24 Uhr - 3023 Clicks - Nr. 362*

SPD-Engelsby: Heiraten am 10.10.2010 im Flensburger Standesamt!
Das Flensburger Standesamt bietet Paaren, die sich das Jawort geben möchten, in diesem Jahr einen besonderen Service an:

Am Sonntag, dem 10.10.2010, können Ehen geschlossen und eingetragene

Lebenspartnerschaften begonnen werden.
Anmeldungen zur Eheschließung nimmt das Standesamt in der Friesischen Straße 25 ab sofort nach Vorlage der erforderlichen Unterlagen entgegen.

Für telefonische Rückfragen stehen die Standesbeamtinnen und Standesbeamten unter 852495, 852408, 852228 oder 852385 gern zur Verfügung.

Hier gibt es auch weitere Informationen zur Anmeldung der Ehen und Partnerschaften sowie über die hierfür erforderlichen Unterlagen und zum Verfahren.

Natürlich ist auch am 10. Oktober eine Trauung an den Trauorten außerhalb des Standesamtes wie beispielsweise dem Pariser Zimmer im Museum, der Bergmühle oder dem Nordertor möglich.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 13.04.2010, 14:20 Uhr - 1383 Clicks - Nr. 363*

Landesförderung für Kindertageseinrichtungen anheben und nicht kürzen!
„Um auch in Zukunft öffentliche Kinderbetreuung in Städten wie in Kiel organisieren zu können, muss das Land Schleswig-Holstein seine finanzielle Beteiligung ausweiten. Die im schleswig-holsteinischen Kindertagesstättengesetz festgeschriebene Deckelung der Betriebskostenfinanzierung auf 60 Mio. Euro muss aufgehoben, die Landesförderung muss erhöht werden.
SPD, GRÜNE und SSW in der Kieler Ratsversammlung stehen mit dieser Forderung an der Seite des Aktionsbündnisses gegen Kürzungspläne und für mehr Qualität im Kita-Bereich".

Im Kieler Stadthaushalt für das Kindergartenjahr 2010/2011 (d. h. von August 2010 bis Juli 2011) ist die Schaffung von mindestens 115 neuen Krippenplätzen, mindestens 116 neuen Kindergartenplätzen und 133 neuen Hortplätzen für Grundschulkinder (bzw. entsprechende Tagespflegeplätze) vorgesehen.

SPD, GRÜNE und SSW wollen erreichen, dass bis Ende des Jahres 2013 in Kiel
- für (fast) jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren ein Kindergarten- oder Tagespflegeplatz (d. h. eine Versorgungsquote von so genannten "Elementarkindern" von 97 - 100 %),
- für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Krippen- oder Tagespflegeplatz (d. h. eine Versorgungsquote von 33 - 35 %) und
- für jedes zweite Grundschulkind ein Hortplatz (d. h. eine Versorgungsquote von 50 %) geschaffen ist. Damit unterstützen wir Mütter und Väter bei der Erziehung ihrer Kinder und ermöglichen ihnen, gleichzeitig einer Berufstätigkeit nachzugehen. Das ist moderne Familienpolitik und steht im Gegensatz etwa zu dem von Ökonomen als nutzlos bewerteten Betreuungsgeld von CDU, CSU und FDP - im Volksmund "Herdprämie" genannt -, das gleichzeitig die finanziellen Möglichkeiten der Städte zum Ausbau der Kindertagesstätten einschränkt." Dies erklärten der jugendpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Volkhard Hanns, der schulpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Markus Engelmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD Adelby-Engelsby - *veröffentlicht am 13.04.2010, 19:25 Uhr - 3409 Clicks - Nr. 364*

SPD-Engelsby: Sauerei am Adelbyer Kirchenweg

Man kann es einfach nicht glauben. Neben den im Adelbyer Kirchenweg aufgestellten Glascontainern bot sich gestern dieses Bild. Altglas, Tüten und sonst noch einiges mehr, was eigentlich nicht in einen Glascontainer gehört.

Einfach hingeschmissen anstatt es erst einmal wieder mit nach Hause zu nehmen oder in einem anderen Container zu entsorgen.

Der SPD-Ortsverein Engelsby hat sich umgehend mit dem Technischen Betriebszentrum (TBZ) in Verbindung gesetzt und darum gebeten, die Container leeren und den Platz von der zuständigen Firma aufräumen zu lassen.

Hinweis an unsere Leser: Das TBZ ist nicht zuständig für die Leerung der Container und den ordnungsgemäßen Zustand des Standortes.

Foto: Herbert Ohms

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 14.04.2010, 16:27 Uhr - 4288 Clicks - Nr. 365*

Martin Habersaat zur Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit"

Herr Habersaat, vor den Osterferien hat sich die vom Landtag eingesetzte Enquetekommission „Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation" konstituiert. Sie gehören dieser Kommission an. Wie geht es weiter?

Dreizehn Abgeordnete haben bis Ende 2011 Zeit, sich in monatlichen Sitzungen verschiedenen Aspekten der norddeutschen Kooperation zu widmen. Ich hoffe, dass am Ende wirklich ein Abschlussbericht steht, der Perspektiven aufzeigt. Nicht nur für Hamburg und Schleswig-Holstein, auch für die Zusammenarbeit mit Niedersachsen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern.

Sie hoffen? Sie haben es doch in der Hand...

Erst habe ich mich gefreut, als Landtagsneuling Mitglied der Kommission zu sein. Zusammen mit Dr. Gitta Trauernicht als ehemaliger Ministerin und der erfahrenen Abgeordneten Anette Langner hatte die SPD eine gute Mischung aufgestellt, auch, was unsere thematischen Schwerpunkte angeht. Dann habe ich gesehen, dass außer den beiden SPD-Frauen Anke Spoorendonk, die Fraktionsvorsitzende des SSW, die einzige erfahrene Abgeordnete in dem Gremium ist.

Was schließen Sie daraus?

Die Kommission wurde auf Antrag der SPD und der Grünen eingerichtet, ist also quasi eine „Oppositions-Kommission". FDP und CDU schicken ihre zweite Garnitur, um uns das spüren zu lassen. Das heißt für uns: Wir müssen umso härter arbeiten, wenn die Kommission ein Erfolg sein soll, haben aber bei den Abstimmungen im Zweifel keine Mehrheit…

Was wäre denn ein Erfolg?

Wenn mit dem Abschlussbericht Themenfelder und Handlungsschritte auf dem Tisch liegen, die eine verstärkte Kooperation in Norddeutschland bewirken können. Das Ziel könnte zum Beispiel sein, ein einheitliches Schulsystem in Norddeutschland zu haben, wenn es deutschlandweit schon nicht zu haben ist. Auch gemeinsame Elemente in der Landesplanung zähle ich dazu, beispielsweise de abgestimmte Ausweisung von Gewerbegebieten, wie es in der Metropolregion Hamburg bereits angedacht ist.

Welche weiteren Kooperationen könnten Sie sich denn vorstellen?

Der HVV ist ein Erfolgsmodell – warum soll das nicht von Hannover bis Kiel funktionieren? Außerdem brauchen wir Freizügigkeit im Bildungsbereich. Kita, Schule, Hochschule – alles soll frei besuchbar sein. Da darf es keine Rolle spielen, auf welcher Grenzseite ich zufällig wohne. Das alles sind Beispiele aus den Politikfeldern, die ich bearbeite. Auch aus anderen Richtungen erwarte ich Impulse. Gerade Stormarn als Scharnier zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein kann hier profitieren.

Immer wieder taucht der „Nordstaat" in der Diskussion auf. Wie stehen Sie dazu?

Wenn die Kooperation verbessert wird und die Länder zusammenwachsen, kann ich mir vorstellen, dass man in 20, 30 Jahren zu dem Entschluss kommt, das ganze „Nordstaat" zu nennen, weil die Strukturen eben gewachsen sind. Jetzt aber das Ziel „Nordstaat" zu verkünden und dann mal zu sehen wie es gehen kann, halte ich für unrealistisch.

Keine Kommentare

AGS-Kiel - *veröffentlicht am 14.04.2010, 20:32 Uhr - 2660 Clicks - Nr. 366*

Innovative Wirtschaftspolitik für Kiel
Kiel hat kein Geld. Aber Kiel hat 33.000 potentielle Existenzgründer an den Hochschulen.

In Kiel passiert auf dem Feld der Ausgründungen (Spin-Offs) aus den Hochschulen viel zu wenig. Darin waren sich die Experten beim 9.Wirtschaftsgespräch der AGS einig.
Es fehlt vor allem ein einheitliches Zielbild, um konkrete Handlungsempfehlungen für alle Beteiligten entwickeln zu können. Dazu müssen die Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in einem ständigen Dialog verbunden sein.
Ausgründungen kommt angesichts der von ihnen ausgehenden Impulse für Wirtschafts-wachstum und strukturellen Wandel ein entscheidender Stellenwert zu. Sowohl die Hochschulen als auch die Stadt müssen hier aktiver werden. Die Gründung eines Spin-off-Center in Zusammenarbeit mit Uni und Fachhochschulen wäre ein wichtiger Schritt zur Förderung wissenschaftlicher Existenzgründer. Ausgründungen schaffen neue Arbeitsplätze und binden Wissenschaftler an die Region.

Nachweisbar sind Ausgründungen deutlich innovationsaktiver als andere Gründungen und sorgen dafür, dass neueste wissenschaftliche Erkenntnisse im Wege des Technologie- und Wissenstransfers "über Köpfe" sehr schnell dem wirtschaftlichen Prozess zur Verfügung stehen. Zudem sind sie regionalpolitisch bedeutsam, da sie in der Regel im unmittelbaren Umfeld wissenschaftlicher Einrichtungen stattfinden.

Die Unterstützung von Auslagerungen an den Hochschulen und die Einrichtung eines zukunftsfähigen Spin-off-Centers bleibt für die AGS in Kiel ein zentrales Thema.

Keine Kommentare

AG60plus - Kiel - *veröffentlicht am 15.04.2010, 11:51 Uhr - 3179 Clicks - Nr. 367*

Barrierefreiheit

Gemeinsam Barrieren abbauen

Was sind eigentlich Barrieren? Diese Frage diskutierten die Bewohner des Mettenhofer AWO Servicehauses mit Mitgliedern der SPD AG 60plus. Es sind nicht nur einfache Hindernisse, sondern, so stellte Andre Springer, Diplomsozialpädagoge im Servicehaus, fest, „Barrieren" entstehen im Kopf. Was für normale Menschen ganz normal ist, bedeutet für Ältere eine Erschwernis. Viele können nicht verstehen, dass sie eine Sicherheit suchen, aber oft über Barrieren steigen müssen. Erst gestern, so eine Bewohnerin, kam ich mit meinem Gehwagen nicht über ein Brett, dass auf dem Gehweg lag. Die Räder blockierten und ich hatte Schwierigkeiten darüber hinwegzukommen.

Barrierefreiheit bedeutet, so Detlef von Schlieben, Vorsitzender der SPD AG 60plus, dass Gegenstände, Medien und Einrichtungen so gestaltet werden, dass sie von jedem Menschen - unabhängig von einer eventuellen damit verbundenen Behinderung uneingeschränkt benutzt werden können. Somit ist, bedingt durch den demographischen Wandel, eine Barrierefreiheit immer mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt.

Aus diesen Gesprächen entstand die gemeinsame Aktion „Leben ohne Barrieren – barrierefreies Leben" die für den 5. Mai geplant ist. – Die Älteren wollen Stolpersteine auf den Fußweg ausstellen, um auf diese Art die Bevölkerung auf bestehende Barrieren aufmerksam zu machen. Umzugskartons wurden beklebt und mit Texten beschriftet. Im Anschluss an die Straßenaktion wollen Menschen mit und ohne Behinderung über das Thema Barrierefreiheit miteinander diskutieren.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 16.04.2010, 12:14 Uhr - 1300 Clicks - Nr. 368*

Zukunft für HDW Gaarden GmbH

Anlässlich der Vertragsunterzeichnung, die den Verkauf der HDW Gaarden GmbH an die Abu Dhabi Mar besiegelte, erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, und der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann:

„Der Verkauf der HDW Gaarden GmbH an Abu Dhabi Mar stellt eine deutliche Zäsur in der Geschichte von HDW dar: einerseits hoffen wir mit den Beschäftigten bei HDW auf eine lange und erfolgreiche Zusammenarbeit mit ADM, andererseits muss das Desinteresse, mit dem ThyssenKrupp Marine Systems in letzter Zeit dem zivilen Überwasserschiffbau begegnet ist, erschrecken. ADM hat sich bisher als Partner gezeigt, dem es um ein langfristiges Engagement geht. Das begrüßen wir sehr. Insbesondere die Beschäftigten brauchen nun Sicherheit für eine dauerhafte Beschäftigung, denn nur dann können sie ihre Fähigkeiten voll einsetzen und so den zivilen Überwasserschiffbau in eine erfolgreiche Zukunft führen. Große Chancen sehen wir im Geschäftsfeld Offshore-Windanlagen, dort kann die Werft ihr Know-how im hochwertigen Stahlbau für Jahrzehnte einsetzen.
Denn das ist uns und vor allem auch der IG Metall besonders wichtig: Wir wollen dauerhafte Beschäftigung zu vernünftigen Löhnen. Wir sind sicher, dass ADM das in Kiel erreichen kann."

Keine Kommentare

SPD-Plön-Bösdorf - *veröffentlicht am 16.04.2010, 17:40 Uhr - 1657 Clicks - Nr. 369*

Plön bleibt bunt
Die rechtsextremistische DVU hat für den 17. April, 11 Uhr eine Veranstaltung auf dem Plöner Marktplatz angemeldet. Es gibt keine juristischen Möglichkeiten, die Veranstaltung zu untersagen, aber wir können klar machen, dass ewig gestriges, rassistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut auf einen breit getragenen Widerstand trifft. Darum beteiligt Euch bitte an der Gegenveranstaltung, die um 10 Uhr auf dem Plöner Marktplatz beginnt.
für Sonnabend, den 17. April, 11 Uhr hat die rechtsradikale „Deutsche Volksunion" eine Kundgebung unter dem Motto „Für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit" auf dem Plöner Marktplatz angemeldet. Unter dem Deckmantel der „sozialen Gerechtigkeit" will sie um Zuspruch für ihre rassistische, menschenverachtende Ideologie werben.

Nachdem die Kooperation der DVU mit der NPD ("Deutschlandpakt") offiziell aufgekündigt worden ist, ist die Partei bundesweit in die Defensive geraten. Aus den Landesorganisationen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein heraus versuchen sie, durch Kundgebungen und Infostände wieder Fuß zu fassen. Die Kundgebung in Plön scheint daher nur ein Teil einer langfristigen Kampagne zu sein.

Die Nazis nutzen mit ihrem Slogan das Bedürfnis von Menschen nach gesicherten Lebensverhältnissen aus. Tatsächlich streben sie eine Gesellschaft an, die radikal Menschen anderer Hautfarbe und Nationalität ausgrenzt. 65 Jahre nach dem Sieg über den deutschen Faschismus versuchen die rechten, ihre ewiggleiche Ideologie in neuen Gewändern zu präsentieren.

Unter dem Motto "Plön bleibt bunt" ruft ein breites Bündnis aus SchülerInnen, dem Kirchenkreis Plön-Segeberg, Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischen Organisationen auf, laut die Stimme gegen die Nazis zu erheben. Beteiligt Euch bitte an dieser Aktion und bringt Trillerpfeifen, bunte Transparente, Musikinstrumente mit. Gemeinsam werden wir zeigen: Die Präsenz von Neonazis darf nicht zur Normalität werden- nicht in Plön und nicht anderswo!

Beteiligt Euch an der Kundgebung am 17 April, um 10 Uhr auf dem Plöner Marktplatz!

Beteiligt Euch an der Kundgebung am 17. April um 10 Uhr auf dem Plöner Marktplatz !

Keine Kommentare

SPD-Kiel-Süd - *veröffentlicht am 16.04.2010, 19:51 Uhr - 7672 Clicks - Nr. 370*

Jasmin Bauer als Vorsitzende von OV-Kiel-Süd bestätigt

Am Mittwoch, den 14.04.2010 lud der Ortsverein Süd zu seiner jährlichen Mitgliederversammlung ein, zu der auch Rolf Fischer, Kreisvorsitzender und MdL eingeladen war. Neben einer regen Diskussion mit Rolf über die Stärken der SPD in Kiel, standen auch Vorstandswahlen an. Zum wiederholten Male wurde Jasmin Bauer zur Vorsitzenden gewählt. Dirk Sievers wurde ihr Stellvertreter. Weitere Posten wie Schriftführerin und Kassierer wurden mit Swenja Robinius und Uwe Dembeck besetzt. Alle wurden einstimmig gewählt.

Die zukünftigen Beisitzer sind Norina Ciemnyjewski, Eva Killing, Andreas Schulz und Ralf Ibs. Weitere Wahlen : Revisoren sind Hartmut Diester und Uschi Petersen, Kreisausschußmitglied Norina Ciemnyjewski mit ihren Vertretern Jasmin Bauer und Oliver Daum, Kreisparteitagsdelegierte: Jasmin Bauer, Dirk Sievers, Norina Ciemnyjewski, Andreas Schulz mit den Vertretern: Swenja Robinius, Naymeh Moradian, Oliver Daum und Uschi Petersen.

Alle nahmen die Wahl an.

Keine Kommentare

SPD-Glinde - *veröffentlicht am 17.04.2010, 19:45 Uhr - 2806 Clicks - Nr. 371*

Drittes Glinder Vereinsforum - die SPD war dabei

Bürgerhaus Glinde - „Farbig und pfiffig" - unter diesem Motto hatten 38 Vereine und Organisationen zur Glinder Ehrenamtsmesse eingeladen - und viele Interessierte kamen. Farbig ging es auch am Stand der SPD zu - natürlich rot. Das Team um den Ortsvereinsvorsitzenden Frank Lauterbach hatte einen farblich und inhaltlich roten Stand aufgebaut und präsentierte, wofür man sich bei der SPD einsetzen kann: Gute Löhne für gute Arbeit, erstklassige Bildung ohne Gebühren, menschliche Gesellschaft statt ungezügelter Kapitalismus, Klimaschutz mit sicherer Energie statt gefährlicher Atomkraft.

Ebenfalls mit am Stand der SPD war Marietta Exner mit ihrem Diskussionstreff 60plus zu

finden, der inzwischen aber schon eher eine eigene Glinder Institution ist. Einmal monatlich, am zweiten Donnerstag im Monat um 15.00 Uhr, trifft sich die AG 60plus zu Kaffee und Kuchen im Bürgerhaus. Mit dabei ist dann immer auch ein Referent, der, den Interessen der Teilnehmer/innen entsprechend, eingeladen wird. Kommen kann jeder, der in gemütlicher Runde klönen oder etwas zu den spannenden Themen erfahren will.

Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter für Glinde, Reinbek, Barsbüttel und Oststeinbek, war ebenfalls zum Vereinsforum gekommen um Gespräche mit vielen engagierten Menschen zu führen. Habersaat: „Ich hatte die Möglichkeit, Bürgermeister Zug persönlich zur erfolgreichen Amtsübernahme zu gratulieren und habe vom Sportverein über das DRK, die Europaunion, den Seniorenbeirat und andere bis hin zu Bürgerverein und Stadtmarketing mit vielen Menschen gesprochen, die sich für ihr Glinde engagieren." Natürlich auch mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien. Schließlich setze man sich gemeinsam für die gute Sache ein, auch wenn man die manchmal eben unterschiedlich definiere. Habersaat: „Eine lebendige Stadt wie Glinde lebt davon, dass viele mitmachen."

Foto: Werner Braun erläutert die Ziele der SPD

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 18.04.2010, 21:44 Uhr - 3298 Clicks - Nr. 372*

AfA-Bundeskonferenz 2010 in Potsdam

Schleswig-Holstein gut vertreten
13 Teilnehmer aus Schleswig-Holstein nahmen an der AfA-Bundeskonferenz in Potsdam vom 16. bis 18. April 2010 teil. Zehn Delegierte und 3 Bundesvorstandsmitglieder vertraten die Schleswig-Holsteiner Interessen, die sich u. a. in 7 Anträgen aus S-H zu den Themen „Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ausdrückten.
Insgesamt 246 Delegierte wählten Ottmar Schreiner mit 96,2 % Ja-Stimmen erneut zum Vorsitzenden.
Als stellvertretender Vorsitzender wurde Andreas Steppuhn wiedergewählt. Neu zu Stellvertretern wurden Klaus Barthel aus Bayern, Guntram Schneider aus NRW und Annegret Hansen aus Berlin gewählt.
Als eine von 16 Beisitzern wurde Almut Auerbach aus Neumünster mit einem sehr guten Ergebnis wieder in den Bundesvorstand gewählt.
Jörg Wenghöfer wird als kooptiertes Mitglied im Bundesvorstand zusätzlich Schleswig-Holsteiner Interessen vertreten.
In den beschlossenen Anträgen spricht sich die AfA aus:

- Für eine an den Arbeitnehmerinteressen ausgerichtete Wirtschafts- und Steuerpolitik

- Für eine Rentenpolitik, die alle Erwerbstätigen umfasst und die Veränderungen auf das

Renteneintrittsalter von 67 Jahre wieder korrigiert.

- Für eine Wiederausrichtung der SPD, die sich ihrer geschichtlichen Identität als Partei der Arbeiterbewegung und der sozialen Gerechtigkeit bewusst ist und vor allem danach handelt.

- Für einen schnellen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Keine Kommentare

Jusos Steinburg - *veröffentlicht am 19.04.2010, 10:03 Uhr - 6902 Clicks - Nr. 373*

Gründungstreffen der Juso Orts-AG Itzehoe & Umland

Der Grundstein ist gelegt – am 11.04.2010 hat sich die Juso Orts-AG Itzehoe & Umland gegründet.
Das erste mal seit langer Zeit gibt es nun wieder eine Orts-AG der SPD-Jugend in Itzehoe. Zu den Beweggründen für die Neugründung äußerte sich der frischgewählte Orts-AG-Vorsitzende Jan Spiering:
„Nach langem Überlegen und mit Blick auf die steigenden Mitgliederzahlen war es seit einiger Zeit klar, dass die Arbeit der Jusos sich noch stärker auf Itzehoe konzentrieren könnte. Deshalb entschlossen wir uns, eine Orts-AG in Itzehoe & Umland zu gründen."
Auf der Gründungsveranstaltung wurde nach einigen Grußworten vorerst die Satzung verabschiedet, um dann den Vorsitz und das Vorstandskollektiv zu bestimmen. Als Vorsitzender wurde einstimmig Jan Spiering gewählt. Zum Vorstandskollektiv gehören Valerie-Sophie Asis, Katrin Semmelhaak, Lucas Key und Benjamin Hahn. Nach Übergabe der Sitzungsleitung an den neuen Vorsitzenden wurden noch einige Worte gesprochen, die Sitzung für erfolgreich beendet erklärt und es ging in den gemütlichen Teil über.
Die Jusos Itzehoe & Umland befassen sich vorrangig mit jugendpolitische Themen und waren bereits auf der „Demo für mehr Jugendkultur" vor einigen Monaten präsent. Mitglied werden kann man kostenlos auch ohne SPD-Mitgliedschaft.

www.jusos-iz.de
www.jusos-steinburg.de

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 19.04.2010, 10:16 Uhr - 3751 Clicks - Nr. 374*

SEIFENKISTENRENNEN - Die Alternative für spielfreie Tage während der Fußball-WM

Wenn die Fußball-WM in Südafrika erst einmal läuft, gibt es für manche kaum noch eine freie Minute ohne Fußball. Doch schon jetzt machen sich manche ernste Gedanken, wie man die fußballfreie Zeit zwischen den Spielen irgendwie überbrücken kann. Die Ideen reichen von Gartenarbeit über Einkaufen bis hin zum Hausputz. Wirklich fasziniert scheinen die meisten aber nicht zu sein, wenn sie an diese Alternative denken. Daher gibt's nun DIE Ausweichmöglichkeit, die das Problem löst:

Der „**2. O'felder Seifenkisten Cup 2010"** ist die Alternative für alle „Fußball-Fanatiker" und natürlich auch für alle Nicht-Fußballer. Wenn am 04. Juli 2010 ab 11:00 Uhr am Aspelweg das Seifenkistenrennen von SPD-Osterrönfeld und Osterrönfelder TSV startet, ist wieder einer dieser fußballfreien Tage. Und was liegt da näher, als sich die sportlichen Leistungen der heimischen Rennfahrer anzusehen oder sogar selbst als Teilnehmer an den Start zu gehen. Denn auch in Osterrönfeld geht's trotz Fußball-WM sportlich hoch her.

Jetzt ist die richtige Zeit, um noch vor dem Start der Fußball-WM die Weichen für eine ausgewogene Freizeitgestaltung zu stellen! Einfach ins Internet, unter www.ofelder-seifenkiste.de vorbei schauen und sich für's Seifenkistenrennen anmelden. Startberechtigt sind alle Erwachsenen, Jugendlichen und Kinder ab 8 Jahren mit selbstgebauter Seifenkiste. Kinder zwischen 3 und 8 Jahren haben zudem die Möglichkeit, am ersten BobbyCar-Rennen in Osterrönfeld teilzunehmen. Jetzt anmelden und los geht's!

Wir sehen uns beim „2. O'felder Seifenkisten Cup", dem Seifenkistenrennen für Jung und Alt von Nah und Fern!

Weitere Infos unter www.ofelder-seifenkiste.de

--

Keine Kommentare

SPD-Nordfriesland - *veröffentlicht am 19.04.2010, 11:11 Uhr - 12517 Clicks - Nr. 375*

Rio-Reiser-Haus mutt blieven!

Aufgeschreckt durch Pressemeldungen, dass das Rio Reiser Haus in Fresenhagen zum Verkauf stehe, wollen der SPD-Kreisverband Nordfriesland und die SPD-Kreistagsfraktion alle Möglichkeiten einer öffentlichen Unterstützung prüfen, dieses bedeutende kulturelle Zentrum in Nordfriesland zu erhalten.

Unterstützt wird diese Initiative von der SPD-Landtagsabgeordneten Marion Sellier und Landtagsvizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht. „ Der Erhalt dieses Hauses", so die Abgeordneten, „ist aller Mühe wert."

Fresenhagen ist mit dem Grab von Rio Reiser ein „Wallfahrtsort" und die Musik der Band „Ton Steine Scherben" steht bis heute als Ausdruck eines bestimmten Lebensgefühls für viele Menschen, unterstreicht der kulturpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Bernd Facklam. Der Kreistagsabgeordnete wörtlich: „In Fresenhagen wurde zeitgenössische Kultur geschrieben und gelebt. Mit seinen Veranstaltungen wie Musikkonzerte und Lesungen ist das Haus ein kulturelles Zentrum von überregionaler Bedeutung geworden. Wir müssen alles versuchen, das Rio Reiser Haus in Nordfriesland zu erhalten!"

Deshalb werde die SPD-Fraktion beantragen, dass der Kreiskulturausschuss sich in Fresenhagen vor Ort ein Bild macht mit dem erklärten Ziel, einen Beitrag leisten zu können, das Rio Reiser Haus in seiner kulturhistorischen Substanz dauerhaft zu erhalten. Für diese Anstrengungen gelte, so Facklam, was der Hamburger Journalist Volker Albers 2004 so ausgedrückt habe: „Fresenhagen wird es weiter geben. Ein Ort, dem eine Kraft innezuwohnen scheint, die sich aus dem Vergangenen speist und nach vorne schaut."

Beteiligen Sie sich bitte an der Unterschriftenaktion des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland zum Erhalt des Rio-Reiser-Hauses. Die Unterschriftenliste können Sie über die Homepage des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland downloaden.

Rio-Reiser-Haus - mehr als Gedenkstätte, Veranstaltungsort, Gästehaus und Museum.

Rio Reiser, geboren am 9. Januar 1950 als Ralph Christian Möbius in Berlin, gründete er 1970 gemeinsam mit R.P.S. Lanrue (Gitarre), Kai Sichtermann (Bass), Wolfgang Seidel (Schlagzeug) "Ton Steine Scherben". Erster Auftritt der Band im September 1970 auf der Insel Fehmarn beim "Festival der Liebe".

1974 kauft die Band in Fresenhagen in Nordfriesland einen alten Bauerhof und am 1. Juni 1975 ziehen die Bandmitglieder nach Fresenhagen . 1976 haben sie sich ein eigenes Tonstudio eingerichtet. 1985 trennen sich Ton Steine Scherben. 1986 beginnt Rio Reisers Solokarriere mit dem Solo-Album "Rio I." 1986 kommt Rio mit "König von Deutschland" in die Hitparaden.

1996 hat er seine letzte Filmrolle in dem Film "Die Gang" gespielt. Am 20. August 1996 stirbt Rio Reiser ganz unerwartet mit 46 Jahren und wird in Fresenhagen beigesetzt. Dies wurde jedoch nur durch eine Sondergenehmigung der damaligen Landesregierung und der Ministerpräsidentin Heide Simonis möglich.
Am 1. September 1996 nimmt man in Form eines Konzertes "Abschied von Rio" im Berliner Tempodrom.

Im Oktober 1996 wird der Verein "Rio-Reiser-Haus e.V." gegründet und ist seither Begegnungs- und Kulturstätte zahlreicher Künstler und der großen Rio Reiser Fangemeinde. Fresenhagen - Ein Museum, das die Geschichte von „Ton Steine Scherben" und Rio Reiser auf den Punkt bringt. In Fresenhagen zu wohnen und zu arbeiten, bedeutet absolute meditative Ruhe und Entspannung – kreative Gedanken auf das Wesentliche. Fresenhagen ist ein Paradies für Menschen, die nicht suchen sondern finden.
Fresenhagen ist nicht nur ein wunderschönes Refugium für Musiker - Künstler aus allen Sparten haben hier gewohnt und gearbeitet.

Auf dem drei Hektar großen Gelände gibt es „Winnetou´s Garage", ein großer Raum für ca. 500 Personen, der aus einer ehemaligen Scheune entstanden ist und mehr bietet, als nur ein normaler Veranstaltungssaal: Dieser Konzertsaal beherbergt eine komplette Großrestauration, eine bestens ausgestattete Lichtanlage und eine PA.

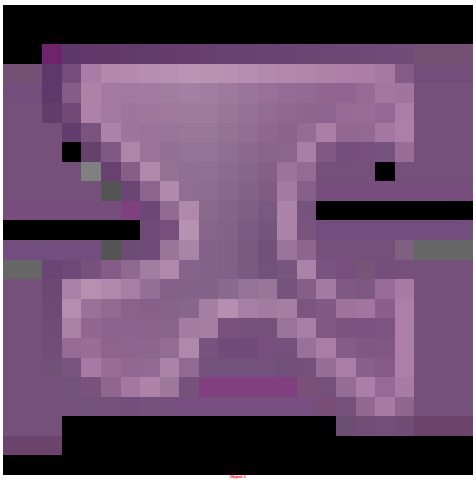
Einige der schönsten Liebeslieder in deutscher Sprache (z.B. Junimond, Für immer und Dich, Stiller Raum, Lass' uns ein Wunder sein) sind hier in Fresenhagen entstanden.
Kommentar von Dirk Graumann vom 03.09.2010, 15:28 Uhr:
RE: Rio-Reiser-Haus mutt blieven!
Nicht immer nur zusehen, lasst uns was tun! Er soll in Würde ruhen wo er ist!

http://www.rioreiserhaus.de/rioreiserhausev/mitgliedsantrag/index.html

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 19.04.2010, 18:16 Uhr - 5733 Clicks - Nr. 376*

Menschenkette gegen Atomkraft am 24. April 2010

Auch die SPD Neumünster beteiligt sich an der Menschenkette gegen Atomkraft. Am 24. April 2010 (10 Uhr) geht es in Fahrgemeinschaften von Neumünster nach Glückstadt. Hier sammeln sich - wie in zahlreichen Orten zwischen den AKW Brunsbüttel und Krümmel - an diesem Tag Menschen um gegen die Pläne der Bundesregierung zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten zu demonstrieren.



Wer mit demonstrieren möchte, meldet sich bitte im SPD Bürgerbüro bei Karsten Schröder unter 04321/929830. Von hier aus werden die Fahrgemeinschaften zur Menschenkette organisiert und koordiniert.

Wir hoffen darauf, dass viele Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner diese Aktion unterstützen und gemeinsam mit uns demonstrieren!

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 19.04.2010, 22:53 Uhr - 6305 Clicks - Nr. 377*

Neuer Sound am Kieler Schloss

„Für den Konzertsaal und damit auch für das Kieler Schloss selbst tun sich neue Perspektiven auf.
Ein jetzt vorliegendes Gutachten zeigt auf, wie der Konzertsaal so modernisiert und attraktiviert werden kann, dass er auf Dauer zur kulturellen, touristischen und geschäftlichen Belebung der Innenstadt beiträgt. Daraus kann sich mittelfristig auch eine breitere Nutzung des Schlosses, etwa als Kongresszentrum, entwickeln“,
so die Kieler Kreisvorsitzenden von SPD, Rolf Fischer und Bündnis 90/Die Grünen, Willi Voigt und Regina Rosin in einer Erklärung anlässlich eines Besuchs und Fachgesprächs im Konzertsaal des Kieler Schlosses am 16.04.2010.

Gedankenspiele über den Neubau einer zig-Millionen-teuren Fördephilharmonie seien finanziell völlig illusorisch, so die Kreisvorsitzenden. Es gehe vielmehr um ein realistisches und finanzierbares Konzept zum Erhalt eines akustisch hochwertigen Konzert- und Veranstaltungssaals in Kiel.

Dafür biete sich jetzt die Modernisierung des bestehenden Konzertsaals an, die auch eine Chance zur nachhaltigen städtebaulichen Belebung der nördlichen Innenstadt und des historischen Schlossareals darstellt.

„Das Gutachten beziffert die Kosten für eine betriebstechnische, energetische, akustische Erneuerung und bauliche Attraktivierung des Konzertsaals mit rund 18 Millionen Euro. Eine solche Summe ist nur durch eine gemeinsame Anstrengung von privatem Betreiber, Land Schleswig-Holstein und der Landeshauptstadt Kiel zu bewegen. Hinzu kommen muss weitere private Finanzierung.

Wir fordern daher neben dem Land nachdrücklich auch die private Wirtschaft Kiels auf, sich für dieses Projekt finanziell zu engagieren," betonten die Kreisvorsitzenden Rolf Fischer und Willi Voigt/Regina Rosin.

Sinnvoll sei es, dass die Landeshauptstadt Kiel eine Projektentwicklung einrichte, die mit dem privaten Betreiber des Konzertsaals auf Basis eines Letter of intent die Konzertsaalmodernisierung und die Weiterentwicklung des Schlossareals vorbereite und die Finanzierungsmöglichkeiten kläre.

Im Übrigen würden die Parteien SPD und Bündnis 90 / Die Grünen noch vor der Sommerpause ihre Grundsatzbeschlüsse zur Innenstadtentwicklung fortschreiben und dabei auch über die Priorisierung für den Konzertsaal beschließen.

Keine Kommentare

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 20.04.2010, 12:10 Uhr - 7397 Clicks - Nr. 378*

Was bringt uns die neue Amtsordnung?
Der Kreisverband Schleswig-Flensburg lädt alle Ausschussmitglieder, die SPD-Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter als auch interessierte Mitglieder zu einer Sitzung am Dienstag den 27. April 2010 um 19.00 Uhr im „Landgasthof" in Tarp mit Schwerpunktthema „Landesverfassungsgerichtsurteil zur Amtsordnung" ein.
Das Landeverfassungsgericht SH hatte über die Frage zu entscheiden, ob der Amtsausschuss als zentrales Vertretungsorgan der Ämter unmittelbar durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt werden muss. Nach der derzeit gültigen Amtsordnung besteht der Amtsausschuss aus den Bürgermeistern der amtsangehörigen Gemeinden. Gemeinden über 1.000 Einwohner entsenden weitere Mitglieder in den Amtsausschuss. Sie werden von den Gemeindevertretungen gewählt. Die Zahl der weiteren Mitglieder im Amtsausschuss richtet sich nach der Größe der jeweiligen Gemeinde. Das Landesverfassungsgericht hat am 26. Februar 210 entschieden, dass Teile der Amtsordnung nicht mit der Landesverfassung vereinbar sind. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, das Urteil bis zum Jahr 2015 umzusetzen. Es wird davon ausgegangen, dass mit dem Urteil große Veränderungen bringen werden. Der KV SL-FL freut sich, dass Uwe Jensen, stellvertretender Richter am Landesverfassungsgericht, sich bereiterklärt hat, mit den Teilnehmenden über das Urteil und die möglichen Folgerungen daraus zu diskutieren.

Keine Kommentare

Ag60plus - Segeberg (Kreis) - *veröffentlicht am 20.04.2010, 14:47 Uhr - 3621 Clicks - Nr. 379*

Barrierefrei durch den Kreis - Anfrage an den Kreis und die Kommunen
Barrierefrei durch den Kreis Segeberg?
Jeder behinderte Mensch kann seine besondere Geschichte dazu erzählen.

Die Politik tut sich schwer, die richtigen Schwerpunkte zu setzen.
Es bleibt immer wieder bei Einzelaktionen aktiver Mitmenschen.
„Barrierefreies Leben".
„kann ich als gehbehinderter Mensch als Rollstuhlfahrer mich im Kreis Segeberg ohne Hilfe bewegen".
Wir wollen zu diesem Thema Aktionen durchführen, dafür haben wir Betroffene als Informanden über die Mißstände im Kreis und als Mitgestalter am Aktionstag gewonnen. Wir wollen unseren Mitmenschen im Alltag und in der Politik ihre Gleichgültigkeit vor augenführen.
Eine der Aktionen findet in Zusammenarbeit mit den Verbänden in Bad Segeberg am 05.05.2010 um 10:00 Uhr auf dem Markt statt. Außerdem werden in dieser Woche Aktio-nen in Trappenkamp stattfinden.
Außerdem wird eine Anfrage an die Verkehrsträger, den Kreis und die Kommunen gerichtet (siehe unter AG60plus Kreis Segeberg aktuell/Anfragen).
Die Arbeitsgemeinschaft AG60plus begrüßt das Engagement von der Stiftung „menschen mobil" und von „Kalkberg-Reisen", die alters- und behindertengerechte Reisen anbieten in behindertengerechten Bussen.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 20.04.2010, 15:12 Uhr - 1133 Clicks - Nr. 380*

Konjunkturwende im Kieler Hafen
„SPD, Grüne und SSW sehen den Kieler Hafen trotz Konjunkturkrise auf gutem Kurs. Das belegt das Plus von 13 Prozent an Güterumschlag gegenüber dem Vorjahreszeitraum (insgesamt 1,27 Mio. Tonnen).
Wir freuen uns über die gute Entwicklung des Kiel-Klaipeda-Dienstes und des Fährverkehrs nach Skandinavien, der für den Ostuferhafen ein Umschlagszuwachs von 38 Prozent bedeutet. Der Einsatz moderner Fähren und die erhebliche Zunahme im Passagierverkehr und Massengüterumschlag sind gut für den Kieler Hafen und die Kieler Wirtschaft." Dies erklärten der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

Ulrike Rodust, MdEP - *veröffentlicht am 20.04.2010, 15:28 Uhr - 57057 Clicks - Nr. 381*

Delegationsreise im Schatten der polnischen Staatstrauer

Die Staatstrauer in Polen prägte den Beginn der Delegationsreise, die Sperrung des europäischen Luftraums verlegte die Rückfahrt auf Straße und Schiene: Doch trotz der in weiten Teilen geänderten Tagesordnung nimmt die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust auch positive Eindrücke aus den politischen Gesprächen mit, zu denen die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Delegation der schleswig-holsteinischen SPD in der vergangenen Woche nach Polen und Litauen eingeladen hat.
Ralf Stegner, der frühere Ministerpräsident Björn Engholm, der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes, die Landtagsabgeordneten Birte Pauls und Wolfgang Baasch sowie Landesgeschäftsführer Christian Kröning und Rodust kondolierten

zunächst in der polnischen Hauptstadt der Gewerkschaft Solidarność sowie dem Vorstand des Bundes der Demokratischen Linken (SLD). Ursprünglich waren in Warschau Gespräche unter anderem mit dem bei dem Flugzeugabsturz verstorbenen früheren Verteidigungsminister und Präsidentschaftskandidaten Jerzy Szmajdziński und mit der ebenfalls in Smolensk verstorbenen stellvertretenden Parteivorsitzenden der SLD Jolanta Szymanek-Deresz geplant.

Auf einer Konferenz in der litauischen Hauptstadt Vilnius ging es am Donnerstag um „Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit im Ostseeraum". Bei diesem Treffen mit anderen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften rund um die Ostsee wurde deutlich, wie wichtig es ist, die Ostsee-Kooperation weiter zu stärken. Ein Anliegen, das Rodust auch aus einem anderen Grund am Herzen liegt: „Ob es gelingt, die Ostsee als Meer wieder gesunden zu lassen hängt entscheidend von der Weiterentwicklung dieser Kooperation ab," betont die fischereipolitische Sprecherin der S&D Fraktion im Europäischen Parlament.

Keine Kommentare

SGK-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 20.04.2010, 16:19 Uhr - 1377 Clicks - Nr. 382*

Schwarzgelbe Landesplanung macht die Städte kaputt
Breitner für Bündnis der Vernunft

Andreas Breitner, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und Bürgermeister der Stadt Rendsburg, schlägt den CDU- und FDP-Fraktionen in den schleswig-holsteinischen Stadtvertretungen ein „Bündnis der Vernunft" zum Schutz der Städte vor: „Die Landesregierung hat angekündigt, die Landesentwicklungsplanung zu deregulieren. Der Landtag hat dazu Eckpunkte beschlossen.

Die Dörfer müssen nach den schwarzgelben Plänen weniger mit den Städten und dem Land kooperieren und erhalten mehr Möglichkeiten, unabgestimmt Wohnungsbau- und Gewerbeflächen auszuweisen. Städteverband, Industrie- und Handelskammer und vernünftige Kommunalpolitiker sagen dazu: So geht es nicht, das schwächt die Städte und macht sie auf Dauer kaputt. Deshalb sollten in den Stadtparlamenten von Flensburg bis Pinneberg, von Husum bis Lübeck, möglichst starke, gemeinsame Voten gegen diese undurchdachten Pläne der Herren Carstensen und Kubicki herbei geführt werden. Jetzt müssen die Städte an einem Strang ziehen."

Auch an der Basis von CDU und FDP sei nicht jeder dafür, den Markt mit seinen Einzelinteressen völlig von der Kette zu lassen, sagte Breitner: „Wenn Dörfer sich nicht mehr mit denMetropolen abstimmen müssen, dann entsteht Wildwuchs auf den Koppeln - zulasten der Städte. Der Markt wird es eben nicht richten: Outlet-Einkaufszentren und Dumping-Flächen auf der grünen Wiese werden die Krise in den Zentren vergrößern. Alle Städte erfüllen zentrale Orte, wichtige Versorgungsaufgaben auch für Einwohnerinnen und Einwohner der Verbandsgemeinden Sie nehmen aber den finanzstarken Nachbargemeinden eine Menge Probleme ab. Sie tragen die Verkehrsbelastungen und bieten eine soziale Infrastruktur für alle, dafür nehmen sie sogar Kredite auf. Zwischen den Städten und Dörfern bestehen vielerorts enge Verpflechtungsbeziehungen. An die Stelle einer für die zentralen Orte ruinösen Konkurrenz muss eine umfassende interkommunale Zusammenarbeit treten, die natürlich auch den Dörfern eine sinnvolle Entwicklungsmöglichkeiten lässt. Das muss die Landesplanung berücksichtigen.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 20.04.2010, 18:24 Uhr - 8915 Clicks - Nr. 383*

Sparkassenversorgung im ländlichen Raum gefährdet?
Veranstaltung zur geplanten Änderung des Sparkassengesetzes

Sparkassenversorgung im ländlichen Raum gefährdet?

Der Landtag des Landes Schleswig-Holstein berät derzeit über eine Änderung des Sparkassengesetzes des Landes. Diese Änderung kann weitreichende Folgen für die Sparkassen und das Bankensystem in Deutschland insgesamt nach sich ziehen.

Hiervon kann die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum mit Finanzdienstleistungen und die Kreditversorgung insbesondere der Klein- und mittelständischen Unternehmen betroffen sein.

Hierüber möchten wir mit Betroffenen und Interessierten aus Sparkassen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik diskutieren.

Zu dieser Veranstaltung am

Mittwoch, den 28.04.2010 ab 19.00 Uhr
in Eckernförde, Stadthallenrestaurant

laden wir Sie recht herzlich ein.

SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde
Gerhard Gehringer
(stv. Fraktionsvorsitzender)

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 21.04.2010, 07:44 Uhr - 3338 Clicks - Nr. 384*

CDU und WIR-Fraktion lehnen Senkung der Freibadpreise ab
PRESSEMITTEILUNG aus der Sitzung Ausschuss für Kommunale Dienstleistung (AKD)vom 20.04.2010. In einer tollen Sitzung lehnen CDU und WIR die Senkung der Freibadpreise ab. Ausschussmitglied Karl-Heinz Marrek berichtet über die Bemühungen der SPD, die unverhältnismäßigen Preissteigerungen beim Freibad zu verhindern

CDU-Fraktion und WIR-Fraktion lehnen Beratung über den SPD-Antrag zur Senkung der Eintrittspreise für das Quickborner Freibad ab.
Die SPD Quickborn hatte in ihrem Beschlussantrag z.B. einen Eintrittspreis von z.B. 1,00 Euro (statt 1,20 Euro) für Schüler und Kinder und 2,00 Euro (statt 4,00 Euro) vorgesehen.
Bereits am Februar 2010 hatte die SPD Fraktion diesen Antrag für die o.g. Eintrittspreise gestellt. Dieser Antrag wurde seinerzeit von der CDU abgelehnt.
Da die zwischenzeitliche Diskussion gezeigt hat, dass eine höhere Belastung der Freibadbesucher nicht zwingend erforderlich ist, schlug die SPD-Quickborn vor, die in der Ratsversammlung vom 29.03.2010 beschlossene Erhöhung der Eintrittspreise zurückzunehmen und zu senken.

„Das Abstimmungsverhalten der CDU ist schon eigenartig" so Karl-Heinz Marrek (SPD), „einerseits fordert die CDU öffentlich die Rücknahme der Erhöhung, im Ausschuss stimmt sie dagegen." Karl-Heinz Marrek sieht sich hier in seiner Meinung bestätig, dass die CDU mit Ihrer Forderung nach Senkung der Eintrittspreise nur „Luftballons für den Wahlkampf des CDU-Bürgermeister verteilt, Inhalts- und bei Substanzlos."
Karl-Heinz Marrek bedauert die Entscheidung der CDU, „denn damit hat die CDU den Quickborner Bürger und Bürgerinnen wieder einmal den Unterschied zwischen Reden im Wahlkampf und Handel in der Praxis aufgezeigt".

Sanierungsmaßnahmen für die Heinrich-Hertz-Realschule beschlossen
Das Turmgebäude der Heinrich-Hertz-Realschule kann in den Sommerferien endlich saniert werden. Seit 1978 wurden an dem Gebäude keine werterhaltenden Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen mehr durchgeführt. Dieser „Sparen an der falschen Stelle" wurde von der SPD-Quickborn immer wieder kritisiert, ohne dass die Quickborner Mehrheitsfraktionen reagierten. Mit den Stimmen der SPD wurden jetzt Finanzmittel von ca. 1,0 Millionen Euro für die notwendige Ausschreibung freigeben. Besonders Stolz ist die SPD auf die Energetische Sanierung mit Investition von 830.000,- Euro. „Diesen Investitionen werden zu erheblichen Einsparungen bei den Energiekosten führen und unsere Umwelt schonen", so Horst Ziri (SPD), und fügt hinzu „endlich erkennen auch andere Parteien in Quickborn, dass man mit zielgerichteten, konsequenten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen langfristig viel Steuergeld sparen kann."

Quickborner Bürgermeister (CDU) verhindert die die beschlossene Modernisierung der Quickborner Straßenbeleuchtung
Wie auf Nachfrage der SPD im Ausschuss für Kommunale Dienstleitungen jetzt herauskam, wurden von der Quickborner Rathausverwaltung 2009 die Ausgabe von 100.000,- Euro für die Erneuerung der Quickborner Straßenbeleuchtung bewusst zurückgehalten. Obwohl der Ausschuss die Finanzmitte bereitgestellt hatte, wurde die Verwaltung nicht tätig. „Dies ist eine Missachtung politischer Beschlüsse durch die Verwaltung, die", so Karl-Heinz Marrek (SPD), „nicht hingenommen werden kann".
Die Verwaltung hätte zumindest die Politik informieren müssen. Durch die Nichterneuerung der Straßenbeleuchtung wurden Maßnahmen zur Energieeinsparung und Verbesserung der Sicherheit auf den Quickborner Straßen verhindert. Möglicherweise sind die Gelder aber, ohne politische Kontrolle, auch wo ganz anders hin umgeleitet worden. Die SPD wird diese Aufdeckung zum Anlass nehmen, der Verwaltung noch intensiver auf die Finger zu schauen und ein transparentes, effektives Kosten- und Ausgabencontrolling fordern.

Anlage: SPD-Beschlussvorlage „Eintrittspreise Freibad"

Antrag der SPD-Fraktion Quickborn
zur Beschlussfassung
AKD-Si. 20.04.2010
Hier: TOP Eintrittspreis für das Quickborner Freibad 2010

Antrag:
Die Eintrittspreis werden wir folgt festgelegt
(Klammerwerte: Ratsversammlung 29.03.2010):

Tageskarte:

Kinder Schüler : 1,00 € (1,20)
Studenten/Wehrpflichtige 2,00 € (2,00)
Zivildienstleist./ Rentner :
Erwachsene : 3,00 € (4,00; einschl. Rentner)

Saisonkarte:
Kinder Schüler : 24,00 € (30,00)
Studenten/Wehrpflichtige 48,00 € (60,00, einschl. Rentner
Zivildienstleist./ Rentner : und SGB II sowie XII)
Erwachsene : 68,00 € (85,00)

Zehnerkarte:
Kinder Schüler : 8,00 € (10,00)
Studenten/Wehrpflichtige 15,00 € (18,00)
Zivildienstleist./ Rentner :
Erwachsene : 25,00 € (35,00; einschl. Rentner)

Familenkarte:
(2. Erwachsen plus. 2 Kinder): 80,00 € (90,00)

Beschlussvorschlag:

C1 Der AKD empfiehlt der Ratsversammlung gemäß C2 zu beschließen

C2 Die Ratsversammlung beschließt die in der Ratsversammlung vom 29.03.2010 beschlossene Erhöhung der Eintrittspreise zurückzunehmen und die Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme des Freibades der Stadt Quickborn unter Berücksichtigung der o.g. Eintrittspreis zu ändern.

Begründung:
Am 23.2.2010 hat die SPD Fraktion der Antrag für die o.g. Eintrittspreise gestellt und nach Diskussion im Interesse eines fraktionsübergreifenden Kompromisses in Anlehnung an die von der Verwaltung vorgeschlagenen Gesamteinnahme von ca. 120.000,- Euro zurückgezogen.
Da die zwischenzeitliche Diskussion gezeigt hat, dass eine höhere Belastung der Freibadbesucher nicht zwingend erforderlich ist, beantragt die SPD Fraktion die in der Ratsversammlung vom 29.03.2010 beschlossene Erhöhung der Eintrittspreise zurückzunehmen und durch die o.g. Eintrittspreise zu ersetzen.

Kommentar von Hermanns - von der Heide vom 23.04.2010, 10:30 Uhr:
RE: CDU und WIR-Fraktion lehnen Senkung der Freibadpreise ab
Wie immer verkennt der Verfasser, Herr Mareck, Ursache und Wirkung. Die CDU hat in der Ratsversammlung beantragt die Freibadpreise nur moderat um 15% zu erhöhen. Die SPD hat gegen die Stimmen der CDU die unsozialen Erhöhungen durchgepeitscht.Nun nachdem der Kartenverkauf läuft und alles gedruckt und eingerichtet ist und die Kosten angefallen sind, geht der SPD ein "Kronleuchter" auf, dass sie sich wohl besser dem Antrag der CDU angeschlossen hätte. Schade der Gedanke auf der Treppe beim Gehen kommt zu spät. Aber die SPD bekommt eine zweit Chance, die CDU hat im Finanzausschuss einen Antrag eingebracht die Hundesteuererhöhung weitesgehend zurück zu nehmen, mal sehen ob die Vernunft bei der SPD Einzug hält. Wie kann sich ein der Verfasser für einen Aufsichtsratposten bei den Stadtwerken bewerben, wenn er ausweislich seiner eigenen Ausführungen die

wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen nicht unter einen Hut bringt. Welche Qualifikation befähigt Herrn Mareck zur Kontrolle der rechtlichen und kaufmännischen Fragen einer Geschäftsleitung eines Wirtschaftsunternehmens? Ich freue mich auf eine Vorstellung in der nächsten Ratsversammlung.

Kommentar von Stadt Quickborn, Fachbereich Liegenschaften vom 22.04.2010, 14:59 Uhr:
RE: CDU und WIR-Fraktion lehnen Senkung der Freibadpreise ab
Pressedienst der Stadt Quickborn Rathausplatz 1 25451 Quickborn Nr. / 10 Tel.: 04106 / 611-201 Fax: 04106 / 611-400 eMail: info@quickborn.de Quickborn, den 23.4.2010 Ansprechpartner für diesen Pressebericht: Frau Raphael , Tel.: 04106 / 611-261 Straßenbeleuchtung in Quickborn Die Presseerklärung der SPD-Fraktion zur Straßenbeleuchtung ist einfach gesagt: Falsch. Es werden Sachverhalte nicht richtig zugeordnet und zwei Diskussionspunkte zum Berichtswesen vermischt. So jedenfalls der Eindruck der in der Sitzung anwesenden Fachbereichsleiterin. Richtig ist, dass im Haushalt der Stadt Quickborn für das Jahr 2009 Investitionsmittel von 100.000 € zum Bau von zusätzlicher Straßenbeleuchtung zur Verfügung gestellt waren. Ein wesentlicher Teil dieser Mittel (85.000 €) sollte für die Beleuchtung des Radweges entlang der B4 bis zur Ortsgrenze Bilsen verwendet werden. Die Ausführung dieser Maßnahme hätte also keinerlei Einsparungen bei den Energiekosten gebracht, vielmehr wären die Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung dieser Straßenbeleuchtung zusätzlich zu erbringen. Die Investition wurde zurückgestellt. Maßgeblich hierfür war die Empfehlung des Finanzausschusses, der auf Antrag der SPD am 8.7.2009 folgenden Beschluss gefasst hat: Der Finanzausschuss bittet den Bürgermeister, bis zu einer abschließenden Entscheidung über die Umsetzung der Einsparvorschläge keine weiteren Verpflichtungen einzugehen. Entsprechend ist der AKD auch im Berichtswesen zur Jahresmitte unterrichtet worden. Wörtlich hießt es: Diese Maßnahmen sind im Hinblick auf die Finanzsituation zurückgestellt.

Kai Dolgner, MdL - *veröffentlicht am 21.04.2010, 08:04 Uhr - 4501 Clicks - Nr. 385*

Große Worte - Viele Fragen!
Die als „historischer Kraftakt" vom Innenminister angekündigten Maßnahmen zur Schließung der strategischen Lücke sollen das „Gesicht der Landespolizei für immer verändern".
Tatsächlich werden die Vorschläge jedoch auch nach seinen Angaben nicht ausreichen, um die 160 fehlenden Stellen im operativen Bereich tatsächlich abdecken
zu können. Hier hätte etwas weniger Pathos und dafür mehr Information völlig ausgereicht.
Sei es drum, positiv fällt hier auf, dass der Innenminister als vorerst einziges Kabinettsmitglied

überhaupt einmal einen konkreten Vorschlag auf den Tisch legt, mit dem sich die Opposition beschäftigen darf. Da stört es auch nicht weiter, dass noch manches vage bleibt und erst noch Konzepte für die Umsetzung vieler Entscheidungen erarbeitet
werden müssen. Bei dieser Regierung lernt man auch als Opposition, mit wenig zufrieden zu sein.
Eher unbescheiden wird die SPD-Fraktion aber bei ihrer Forderung nach Beibehaltung der wichtigen Präventionsarbeit der Polizei bei den kleinsten und schwächsten Verkehrsteilnehmern in den Schulen und Kindertagesstätten sein. Hier werden wir sehr
genau nachprüfen, ob die hohe Qualität der bisherigen Arbeit auch weiterhin gewährleistet wird.
Mit Interesse haben wir die Aussage vernommen, dass die vorgestellten Maßnahmen nicht der Einsparung von Personal dienen sollen, sondern vollständig in der Landespolizei verbleiben.

Aber warum hat der Innenminister diesen Vorschlag denn in der Haushaltsstrukturkommission vorgestellt, obwohl es sich nur um polizeiinterne Umsteuerungsmaßnahmen handeln soll? Sprachlichen Superlativen haben den Nachteil, dass sie schwer zu überbieten sind. Wir sind daher schon gespannt, mit welchen epochalen Änderungen bei der Polizei der Herr Innenminister die von ihm geforderten Personaleinsparvorschläge verkünden wird.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 21.04.2010, 13:37 Uhr - 4432 Clicks - Nr. 386*

KETTENreAktion - Stormarn ist dabei

Zahlreiche Stormarner Vereine, Verbände und Parteien beteiligen sich an der großen Anti-Atom-Menschenkette am 24. April 2010. Dann wird eine 120 Kilometer lange Aktions- und Menschenkette zwischen den Pannenmeilern Brunsbüttel und Krümmel in Schleswig-Holstein gebildet. Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn, erklärt: „Stormarn ist als Unterstützungskreis aufgerufen, nach Uetersen zu fahren. Viele Stormarner werden sich auch in Havighorst und im Osten Hamburgs beteiligen."
Gemeinsam soll ein Zeichen gesetzt werden: Für eine zukunftsorientierte Energieversorgung in Deutschland, und gegen die rückwärtsgewandte Atompolitik der Bundesregierung. Diese Menschenkette wird getragen von einem Bündnis aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften: Von lokalen Umweltgruppen und Bürgerinitiativen über Kirchen, Gewerkschaften und andere Parteien bis zu den Initiatoren des Bündnisses wie campact und BUND. Aus vielen Regionen Deutschlands fahren Busse, Sonderzüge oder auch Fahrradgruppen zur Demonstration. Habersaat: „Die Rückmeldungen aus den Gliederungen zur Menschenkette sind gut: Allein über 30 SPD-Busse sind bereits angemeldet, und wir wissen, dass es noch mehr werden. Weil wir gute ÖPNV-Verbindungen nach Hamburg fahren, wird die SPD Stormarn allerdings keinen eigenen Bus chartern."

Folgernder Programmablauf ist geplant:
■ab 12.30 Uhr: Einrichtung der Streckenposten (außerhalb des Straßenverkehrsbereiches)
■ab 13.30 Uhr: Aktionen, Musik und mehr auf der ganzen Strecke , dazu
sind die Straßen weitgehend gesperrt
■14.30 Uhr: Kettenschluss
■14.30 Uhr: Abpfiff für die Atomenergie. Wir starten den Abpfiff Punkt 14.30 Uhr am AKW
Brunsbüttel und er soll vor Ende der Kette um 15.00 Uhr das AKW-Krümmel erreicht haben. Trillerpfeifen und andere Krachmacher mitbringen!
■14.45 Uhr: Wir sind ??? Viele! Wir informieren die Streckenposten per SMS, wieviele
Menschen sich an den Aktionen in Biblis, Ahaus und bei der Kette beteiligen und die geben es

per Megaphon an alle TeilnehmerInnen weiter.
■15.00 Uhr: Ende der Kette
Kundgebungen und musikalischer Abschluss:
■ab 15.00 Uhr: Krümmel
■ab ca. 15.30 Uhr: Brunsbüttel, Brokdorf, Glückstadt, Elmshorn, Hamburg Hafenstraße und Billstedt

Weitere Informationen finden sich hier: http://www.anti-atom-kette.de

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 21.04.2010, 14:09 Uhr - 9367 Clicks - Nr. 387*

Thönnes ruft zur Teilnahme an der "KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!" auf Starkes Zeichen gegen Atomenergie setzen:

SPD-MdB Franz Thönnes ruft zur Teilnahme an der Aktion "KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!", am Samstag, den 24. April 2010 auf. Auf ca. 120 Kilometern soll mit einer Menschenkette ein starkes Zeichen für das Ende der Atomenergie und eine zukunftsfähige, ökologische Energiewende gesetzt werden.
Der SPD-Politiker wird mit Genossinnen und Genossen aus dem Wahlkreis an der Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel teilnehmen und in Schenefeld stehen.

Hintergrund der Menschenkette sind die Bestrebungen der schwarz-gelben Bundesregierung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern und den unter Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgehandelten Kompromiss zum Atomausstieg zu beenden. „Der Streit um die Kernenergie hat in unserem Land über Jahrzehnte hinweg zu heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Gesellschaft geführt. Diese wurden dank des Ausstieges befriedet und werden von der konservativ-liberalen Koalition auf Grund von Gewinninteressen der großen Energiekonzerne unsinnigerweise wiederbelebt", so der SPD-Politiker.

Thönnes: „Ich bin dabei, weil ich mich noch gut daran erinnere, wie nach dem Unfall im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 davor gewarnt wurde, Kinder in offenen Sandkästen spielen zu lassen und frische Milch zu trinken. Unser damals dreijähriger Sohn und viele andere Kinder erhielten dann Milch aus schadfreiem Milchpulver. So etwas möchte ich nicht noch einmal erleben."

Aktuell lässt Bundesumweltminister Röttgen längere Laufzeiten von bis zu 28 Jahren prüfen. Von Atomenergie als „Brückentechnologie" kann also nicht die Rede sein. Längere Laufzeiten verhindern jedoch einen schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Ob Reaktoren überhaupt so lange durchhalten, ist dabei völlig offen und unerforscht. Durchschnittlich kommt es alle zweieinhalb Tage zu einem meldepflichtigen Vorfall in einem deutschen AKW. Mit zunehmendem Alter wird sich diese Zahl nicht nur erhöhen, sondern es muss mit immer ernsteren Zwischenfällen gerechnet werden. Darüber hinaus ist die Frage der Endlagerung des Atommülls bis heute ungelöst. Die Bundesregierung nehme jedoch billigend in

Kauf, dass trotz ungelöster Endlagerung bei zehn Jahren Laufzeitverlängerung der hochradioaktive Atommüll um weitere 4.500 Tonnen anwachse.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.anti-atom-kette.de

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 21.04.2010, 14:35 Uhr - 5057 Clicks - Nr. 388*

Einladung: Palme Preis am 27.4.2010, 18.30 Uhr, Schloss Reinbek

***„Weil Kinder unsere einzige reale Verbindung in die Zukunft sind und weil sie die Schwächsten sind, gehören sie an die erste Stelle der Gesellschaft."* (Olof Palme)**

Wie in jedem Jahr hat Martin Habersaat, Kreisvorsitzender der SPD Stormarn, ein Zitat Olof Palmes ausgewählt, das die Einladung zur Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises ziert. In diesem Jahr eines, das zeigt, wie sehr Familienpolitik eine konstante Größe für sozialdemokratische Politik darstellt.
Die Preisverleihung 2010 findet statt am Dienstag, dem 27. April 2010. Los geht es um 18.30 Uhr mit einem Empfang im Gartensaal des Schlosses Reinbek

Martin Habersaat berichtet: „Die Festrede hält der Theologe und Politiker Jörn Thießen, die Laudatio übernimmt Cord Denker für das Kuratorium und den musikalischen Part steuert die Harfenistin Janina Albrecht bei. Wer bei der Würdigung herausragender ehrenamtlicher Arbeit in Stormarn dabei sein möchte, ist herzlich eingeladen."

Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme- Friedenspreis seit 23 Jahren an Vereine, Verbände und Menschen aus Stormarn, die sich im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für alle engagieren. Das Preisgeld von 1500 Euro wird gestiftet von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft e.V. aus Hamburg und den SPD- Bundestags- und Landtagsabgeordneten in Stormarn.
Ein fünfköpfiges Kuratorium wählt die Preisträger aus. Seine Entscheidung ist es auch, den Preis zu teilen oder auf einen Preisträger zu konzentrieren. Nominiert wurden von Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Stormarn in diesem Jahr Hans-Peter Weiß und der Interkulturelle Gesprächskreis der VHS Ahrensburg, Manfred Kutsche, der Vorsitzende der Kulturrings Bargteheide, das Spendenparlament Reinbek und Umgebung e.V., Christine Zeising und Essen für Alle (EfA) aus Bad Oldesloe, Otto Fickel für den Hilfsgütertransport für behinderte Kinder von Bad Oldesloe nach Posen und Alfred Schulz aus Reinbek für sein Engagement in der Asyl- und Migrationsarbeit in Stormarn und Reinbek und im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Olof Palme (1927-1986) war ein schwedischer Politiker. Der Sozialdemokrat war 1969 - 1976 und 1982 bis zu seiner Ermordung am 28. Februar 1986 Ministerpräsident Schwedens. Palme hatte starken Anteil an den schwedischen Reformen mit dem Ziel einer „starken Gesellschaft". In der Außenpolitik profilierte er sich weltweit durch seine Kritik am Vietnamkrieg, als UNO-Vermittler in internationalen Krisen und durch Abrüstungsinitiativen.

Keine Kommentare

AG60plus - Stormarn - *veröffentlicht am 21.04.2010, 14:58 Uhr - 2184 Clicks - Nr. 389*

AG 60 Plus im SPD Kreisverband Stormarn
Wir sind keine Jusos mehr, aber trotzdem ein bischen „rebellisch".

Wir sind kein „Kaffee-Kränzchen", aber trotzdem nett zu einander.

Wir diskutieren Politische Themen, aber auch Alltagsfragen.
Und manchmal schicken wir das Ergebnis der Diskussion
auch an den Parteivorstand.

Wir veranstalten „Bunte Nachmittage" mit Politik, anderen Themen
und stets mit einer Prise Kultur. Wir diskutieren, lesen, erzählen, hören uns zu und vielleicht singen wir auch mal...

Hin- und wieder machen wir auch gemeinsame Ausflüge.

Gäste – auch ohne Parteibuch – sind bei uns stets willkommen!

für den Vorstand

Jürgen Schneider (Vorsitzender) Manfred Wittkowski – Niels-Peter Horn – Angela Batty – Ewald Liebe – Lieselotte Jürgensen

Kontaktadresse: juergen.schneiderbadoldesloe@t-online.de

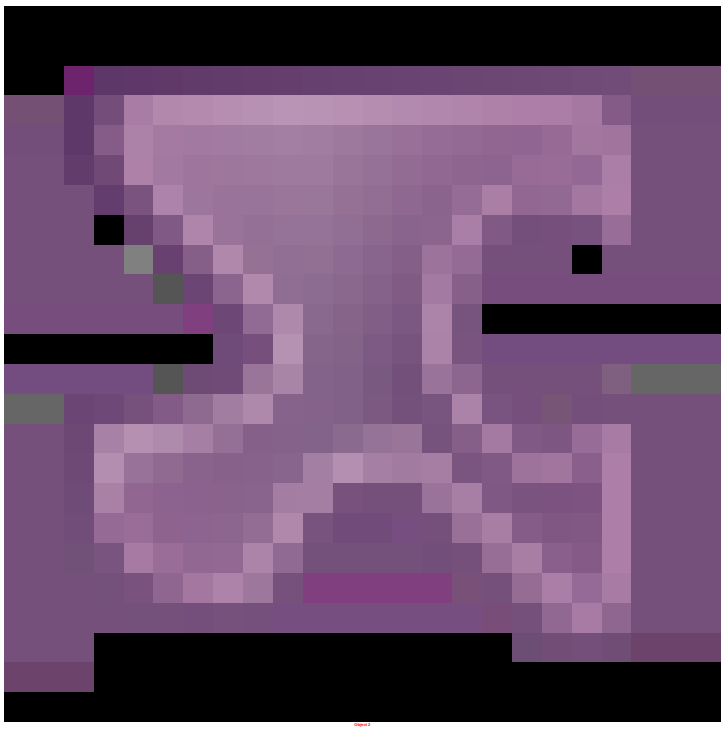
Jürgen Schneider, AG 60 Plus SPD Kreisverband Stormarn
Kurparkallee 2 , 23843 Bad Oldesloe Tel 04531/84603

Keine Kommentare

SPD Neumünster-Süd - *veröffentlicht am 21.04.2010, 20:20 Uhr - 3896 Clicks - Nr. 390*

Nein zur Kopfpauschale!!!!!!!!!!!!!
Sigmar Gabriel eröffnet Kampagne gegen die Kopfpauschale.

Video-Botschaft des SPD-Vorsitzenden.



Nein zur Kopfpauschale

Keine Kommentare

Jürgen Weber, MdL - *veröffentlicht am 21.04.2010, 20:51 Uhr - 3940 Clicks - Nr. 391*

Viele Fragen an den Vorstand!

Zur Vernehmung des früheren Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank, Dr. Wolfgang Peiner am 19.4. erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion im PUA HSH Nordbank, Jürgen Weber:
Wie bisher alle Aufsichtsratsmitglieder vor ihm, unterstrich Dr. Wolfgang Peiner, dass dem Aufsichtsrat bis Ende 2007 keinerlei Hinweise auf eine problematische, nicht beherrschbare Lage der Bank vorlag.

Aus seiner Darstellung über die Informationspraxis und ?inhalte des Vorstandes gegenüber dem Aufsichtsrat ergeben sich für uns viele Fragen an den Vorstand. Sie betreffen insbesondere die Beachtung von Sorgfaltspflichten bei der Ausführung des operativen Geschäftes ebenso wie Qualität der Lageeinschätzungen gegenüber dem Aufsichtsrat und der Qualität des Risikomanagements.

Aber auch die Rolle der Aufsichtsbehörden BaFin und Bundesbank, welche die Geschäftspolitik der HSH Nordbank bis zum Ausbruch der Krise positiv begleitet haben, muss hinterfragt werden.

Zur Aufklärung beitragen könnte auch Finanzminister Rainer Wiegard, der als Mitglied des Aufsichtsrates Verantwortung trug, wenn dieser sich zu einer Stellungnahme vor dem Untersuchungsausschuss durchringen könnte.

Keine Kommentare

Jusos Steinburg - *veröffentlicht am 22.04.2010, 13:30 Uhr - 6370 Clicks - Nr. 392*

KettenreAktion – sei dabei für Zukunft statt Atom

Die Jusos Steinburg rufen zusammen mit einem breiten Bündnis aus Umweltorganisationen, Parteien, Bürgerinitiativen und einzelnen engagierten Bürgern zur Beteiligung an der Menschenkette gegen Kernenergie am Sonnabend auf.

„Die Jusos stehen seit jeher gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien. Die schwarz-gelbe Bundes- wie Landesregierung wartet nur drauf, ihre Atomkraft-Lobby zu befriedigen und die Laufzeiten von Kraftwerken mit Technik von vorvorgestern auszuweiten. Es gilt, gemeinsam am Sonnabend die breite Bevölkerungsmehrheit zu vertreten, die Atomkraft ablehnt und im Gegensatz zu Atom-Angie und Gamma-Guido erkannt hat, dass man zukünftigen Generationen ein so schweres und gefährliches Erbe nicht hinterlassen darf," so der Juso-Kreisvorsitzende Arne Engelbrecht.

Die Jusos Steinburg sind im Bereich Glückstadt aktiv an der Organisation und Durchführung der Kette beteiligt und stellen mehrere Streckenposten. Außerdem rechnen die Jusos mit zahlreichen Genossen aus Partnerregionen, die für diese wohl größte und längste Demo der Welt nach Glückstadt kommen.

Infos zur Teilnahme an der Kette:

www.anti-atom-kette.de

Keine Kommentare

Birgit Herdejürgen, MdL - *veröffentlicht am 22.04.2010, 18:31 Uhr - 11041 Clicks - Nr. 393*

Wo Bäume wachsen, wachsen keine Gurken

Gern folgte der Arbeitskreis Soziales der Einladung von Birgit Herdejürgen in ihren Wahlkreis Steinburg. „Wir haben uns für dieses Jahr zur Aufgabe gemacht, viele Kreise zu besuchen und dort besondere soziale Einrichtungen zu besuchen, um diese Ideen dann mit in unser Land zu tragen," erklärt Ausschussvorsitzender Wolfgang Baasch.

So führte der erste Besuch die Sozialdemokraten in die Fachschule für Sozialpädagogik in der Kreisstadt Itzehoe. Diese Schule ist die einzige in Schleswig-Holstein, die in Teilzeit die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin ermöglicht. Dies eignet sich im besonderen Maße für WiedereinsteigerInnen, z.B. nach der Elternzeit. Durch die Teilzeitausbildung haben die Schüler die Möglichkeit Berufausbildung und Familie zu vereinbaren, oder auch zusätzlich zu arbeiten.

Leider wird diese Ausbildung nicht mehr, wie in den Anfängen durch die Arbeitsverwaltung unterstützt und die Telnehmer müssen die Schulgebühr in Höhe von 235,00€ selber

aufbringen. „Wir werden in den nächsten Jahren durch die Ganztagsbetreuung in den Schulen und die Entstehung vieler Krippenplätze sehr viel pädagogisches Personal benötigen. Daher begrüße ich die Teilzeitausbildung an dieser Fachschule sehr und werde mich für eine sinnvolle Finanzierung der Ausbildung einsetzen", versprach Birgit Herdejürgen.

Beeindruckt zeigte sich der Arbeitskreis auch von den „Tafelgärten" der AWO.
Hier wurden Schrebergärten angemietet und Mehraufwandsentschädigungskräfte angestellt um in „ihren" Gärten Obst und Gemüse für die Itzehoer Tafel anzubauen. Neben dieser wunderbaren Idee lernten die Politiker dann auch gleich ihre Lektion in Gärtnerei. „Denn da wo Bäume wachsen, wachsen keine Gurken", erklärte ihnen der Geschäftsführer der AWO Herr Martin Meers. Gleichzeitig verwies er auf den erfreulich niedrigen Krankenstand innerhalb dieser Maßnahme.

Der dritte Besuch führte die Politiker zu „Frau und Beruf", wo sie auch auf den neuen Landrat des Kreises Dr. Kullik trafen. Er nutzte die Gelegenheit um sich bei den Politikern vorzustellen. Die Einrichtung, die seit 18 Jahren besteht, berät Frauen in allen beruflichen Belangen. „Eine Einrichtung, die seit 18 Jahren erfolgreich arbeitet, hat bewiesen, dass sie wichtig und nötig ist", merkt die Landtagsabgeordnete Herdejürgen besonders im Hinblick auf die immer unsicherer fließenden Fördermittel an. „Frau und Beruf liegt mir besonders am Herzen, durfte ich sie doch seit Beginn meiner beruflichen und später auch meiner politischen Laufbahn begleiten", so Herdejürgen.

Alles im allem ein interessanter Besuch für den Arbeitskreis. „ Wir haben viele Ideen mitgenommen, die jetzt in unserem Land Schule machen können", resümieren die Abgeordneten.

Kommentar von Peter Köhler vom 04.05.2010, 19:27 Uhr:
RE: Wo Bäume wachsen, wachsen keine Gurken
Sehr geehrte Damen und Herren, den Artikel über die AWO haben wir mit großem Interesse gelesen, insbesondere, da sie unsere Kleingartenanlage Vor dem Delftor betrifft. Auf diesem Wege laden wir Sie recht herzlich zu unserem Jubiläum am 05. Juni in unserer Anlage Delftor ab 10 h ein. Als Besonderheit präsentieren wir einen Hochzeitsgarten, einen Froschgarten, damit die Damen ihren verzauberten Frosch küssen, um den Prinzen zu erhalten. Die Anlage Vor dem Delftor ist inzwischen eine Vorzeigeanlage, auch durch die AWO, geworden. Wir haben in einer Symbiose gegenseitige Aktivitäten entwickelt, zum Wohle der Allgemeinheit und zum Wohle der AWO. Diese erhält von uns weitere Leergärten zur Bewirtschaftung, damit Menschen denen es nicht so gut geht, versorgt werden können. Wir fördern dieses Ansinnen und sind uns der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit bewusst. Wir freuen uns auf Ihren nächsten Besuch auch in den anderen 14 Kolonien des Kleingärtnervereins. Mit freundlichen Grüßen Peter Köhler 1. Vorsitzender des Kleingärtnervereins Itzehoe e.V. PS: Am 06. Juni dürfen wir uns auf dem Kindertag mit präsentieren.

SPD-Reinbek - *veröffentlicht am 22.04.2010, 21:57 Uhr - 2745 Clicks - Nr. 394*

Mitgliederversammlung der SPD Reinbek am 28.04.2010
Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der SPD Reinbek findet am Mittwoch, 28.4., 19.30 Uhr, in der Begegnungsstätte Neuschönningstedt im Querweg statt.
Als Gast wird der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat in seinem Bericht aus Kiel auf Fragen nach dem Regierungswechsel 2009 eingehen: Was bringt Schwarz-Gelb für Schleswig-Holstein? Weniger Zuschüsse, Gebührenerhöhungen und Qualitätseinbußen für unsere

Kindergärten? Neue Gesetze und neue Verunsicherung für Schüler, Eltern und Lehrer?

Der Ortsvereinsvorsitzende Klaus-Peter Puls hofft auch für den zweiten Themenschwerpunkt der Versammlung "Rathaus aktuell: Ist das Freizeitbad noch zu retten?" auf eine lebhafte Diskussion mit möglichst vielen Gästen. Puls: "Die Rathausmehrheit von CDU, FDP,Grünen und Forum 21 droht mit einer Schließung des Bades zum 31.12.2010 und hat in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung den SPD-Antrag abgelehnt, das Freizeitbad als wichtige Einrichtung für alle Generationen und als Arbeitsplatz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten. Die SPD wird die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, Schulen, Vereine und Verbände weiterhin dabei unterstützen, die von der Politik bedrohte Einrichtung zu retten." Puls weist darauf hin, dass am selben Abend das Thema Freizeitbad auch auf der Tagesordnung einer kurzfristig anberaumten Sondersitzung des städtischen Hauptausschusses steht. Die SPD werde sich konstruktiv an allen städtischen Beratungen beteiligen, um die drohende Schließung des Freizeitbades zu verhindern.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 23.04.2010, 11:00 Uhr - 1352 Clicks - Nr. 395*

Alles spricht für die Rekommunalisierung der Müllabfuhr!
"Für SPD, GRÜNE und SSW steht fest: Die Rekommunalisierung der Müllabfuhr in Kiel ab dem Jahr 2012 ist ordnungspolitisch die richtige Entscheidung, die auch durch das nun bekannt gewordene Angebot eines privaten Entsorgers nicht entkräftet wird.
Die Rekommunalisierung wird in vielerlei Hinsicht günstiger für die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler. Es ist nämlich plausibler, dass der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb die Müllabfuhr preiswerter erbringen kann, weil ein städtischer Betrieb im Gegensatz zum privaten Entsorger keine Gewinne erzielen muss und von der Mehrwertsteuer befreit ist.

Würden stattdessen private Entsorgungsunternehmen beauftragt, dann müsste der Gebührenzahler die notwendigen Unternehmensgewinne und die Mehrwertsteuer immer mit bezahlen. Außerdem kann ein städtischer Betrieb Tariflöhne dauerhaft garantieren, während bei einer Ausschreibung die Verpflichtung eines privaten Entsorgers zur Tariftreue nicht mehr möglich ist, nachdem das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium das Landes-Tariftreuegesetz für nicht mehr anwendbar erklärt hat. Hinzu kommen ganz praktische Gründe, warum die Rekommunalisierung vorteilhafter ist als eine Ausschreibung: Unnötige "Doppelverwaltungskosten", wie sie heute bei der gemeinsamen Müllabfuhr durch den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb und einen beauftragten privaten Entsorgers entstehen, werden in Zukunft vermieden.

Und mit der Rekommunalisierung wird die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte in unbefristeten Arbeitsverhältnissen verbunden sein, im Gegensatz zu privaten Entsorgern, bei denen die Arbeitsverträge meist auf die Dauer der Beauftragung befristet sind. Aus all diesen Gründen werden SPD, GRÜNE und SSW die Rekommunalisierung der Müllabfuhr in der Landeshauptstadt weiter fortsetzen. Die erwiesene Ersparnis von 127.000 Euro der rekommunalisierten Wertstoffhöfe gegenüber dem früheren privaten Betrieb beweist, dass Rekommunalisierungen den Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahlern unmittelbar zugutekommen." Dies erklärten der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann und der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS’90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann.

Keine Kommentare

SPD-Landesverband - *veröffentlicht am 23.04.2010, 12:47 Uhr - 64537 Clicks - Nr. 396*

Mitmachen bei der Anti-Atom-Menschenkette!

Der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel sowie die Landesvorsitzenden aus Hamburg, Olaf Scholz, und Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, rufen alle Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an der Anti-Atom-Menschenkette am morgigen Samstag auf.
„Gerade für Norddeutschland ist es entscheidend, dass es bei dem von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzten Atomausstieg bleibt. Denn der Ausstieg aus dem Ausstieg würde Tausende Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien vernichten", betonten die drei SPD-Politiker. Die Pannenreaktoren Brunsbüttel und Krümmel seien Symbole dafür, dass die Hochrisiko-Technologie Atom nicht beherrschbar sei. „Außerdem gibt es weltweit kein einziges sicheres Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Und dass die Festlegung der Bundesregierung auf Gorleben auf politischen Tricksereien und manipulierten Gutachten beruht, wird einmal mehr der Bundestags-Untersuchungsausschuss zeigen, der heute in Berlin seine Arbeit aufnimmt."

Bundesweit mobilisiert ein breites Bündnis von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Parteien gegen die Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung. Am Samstag, dem 24. April 2010, wird es unter dem Motto "KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!" die große Aktions- und Menschenkette zwischen den Pannenreaktoren Brunsbüttel und Krümmel und durch Hamburg geben. Zwei Tage vor dem Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl wird diese 120 Kilometer lange Kette Schwarz-Gelb die Ablehnung ihrer Atompläne durch die große Mehrheit der Bevölkerung deutlich machen. Die SPD ruft zur Teilnahme auf und mobilisiert aus vielen Regionen mit Bussen und Fahrgemeinschaften zu der Aktion.

Sigmar Gabriel und Ralf Stegner werden um ca. 13.30 Uhr am Streckenabschnitt in Elmshorn erwartet und sich dort in die Menschenkette einreihen.

Zwischen 14.30 Uhr und 15.00 Uhr wird es zum Zusammenschluss der Kette kommen. Zuvor wird es um 14.15 Uhr ein Zusammentreffen von Sigmar Gabriel mit Renate Künast und Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, am Streckenabschnitt Elmshorn geben.

Die Menschenkette sowie das Treffen von Sigmar Gabriel mit Renate Künast und Jürgen Trittin finden statt am Sammelpunkt Nummer 3, an der Ecke Altendeich/Ortsstraße, auf der Verbindungsstraße zwischen Elmshorn und Glücksstadt.

Im Anschluss findet in Elmshorn eine Kundgebung mit Bühnenprogramm statt, auf der auch Sigmar Gabriel sprechen wird. Die Kundgebung findet statt ab 15:30 Uhr, auf dem Buttermarkt, 25335 Elmshorn. Die Rede von Sigmar Gabriel ist für ca. 16.30 Uhr vorgesehen.

Olaf Scholz wird ab 14.00 Uhr in Hamburg an der Menschenkette teilnehmen. Er wird sich am Sammelpunkt Pepermölenbek/Große Elbstraße, 22767 Hamburg, aufhalten.

Andrea Nahles wird in Geesthacht gemeinsam mit dem energiepolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze, die Menschenkette unterstützen. Die Aktion beginnt um 12:30 Uhr in der Fußgängerzone Geesthacht, Bergedorfer Straße, 21502 Geesthacht

Weitere Informationen auf der SPD-Aktionshomepage www.zukunft-statt-atom.spd.de oder auf der Internetseite des Bündnisses: www.anti-atom-kette.de.

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 23.04.2010, 16:56 Uhr - 8978 Clicks - Nr. 397*

Thönnes begrüßt jungen Nachwuchsjournalisten aus Bad Oldesloe in Berlin
Jugendpressetage der SPD-Bundestagfraktion:

Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnes hat Stephan Meyer von der Schülerzeitung „Ente" der Theodor-Mommsen-Schule Bad Oldesloe in dieser Woche an den Jugendpressetagen der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen.

Stephan Meyer ist einer von 75 Schülerzeitungsredakteurinnen und –redakteuren aus ganz Deutschland, die vom 21. bis 23. April 2010 in der Hauptstadt zu Gast waren. Bereits zum neunten Mal treffen Jung-Journalisten mit SPD-Bundestagsabgeordneten und Journalisten in Berlin zusammen.

Thönnes: „Die Jugendpressetage sind eine gute Gelegenheit für journalistisch interessierte junge Menschen, in Mediengesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Abgeordneten zu formulieren, kritische Fragen zu stellen und zu sehen, wie sich das Verhältnis zwischen Zeitung, Radio, Fernsehen und Politik darstellt. Es freut mich, dass mit Stephan Meyer ein Teilnehmer aus dem Kreis Stormarn daran teilgenommen hat."

Höhepunkte des dreitägigen Programms waren die Teilnahme an einer großen Journalistenrunde mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank-Walter Steinmeier im Haus der Bundespressekonferenz, ein Gespräch mit der Presseabteilung des SPD-Parteivorstandes sowie ein Besuch im Studio der ARD. Abgerundet wurden die Einblicke in die journalistische Arbeit durch ein Treffen mit zwei Hauptstadtberichterstattern. Doch auch das Politische kam in den Tagen in Berlin nicht zu kurz. So diskutierten die Teilnehmer mit mehreren SPD-Bundestagsabgeordneten und besuchten eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages.

Stephan Meyer abschließend: „Das war eine gute Möglichkeit in Berlin hinter die Kulissen zu schauen. Ich habe viele interessante Einblicke in Alltag der Medien und der Politik gewonnen. Dadurch wurde mein Wille, mich aktiv und zielstrebig für Gerechtigkeit in Deutschland und der Welt einzusetzen, noch gestärkt."

Bild: Stephan Meyer und Franz Thönnes

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 23.04.2010, 16:58 Uhr - 9455 Clicks - Nr. 398*

Schülerin aus dem Kreis Segeberg schaut in Berlin hinter die Kulissen
Thönnes lud zum Girls´ Day 2010 ein

Leonie Pätzold, Schülerin an der Jürgen-Fuhlendorf-Schule in Bad Bramstedt, hat am Donnerstag, dem 22. April 2010, auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnes einen Tag bei der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin verbracht. Anlass hierfür war der nun schon zum zehnten Mal bundesweit stattfindende Girls' Day. Insgesamt 70 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik hatten dabei Gelegenheit den Politikbetrieb hautnah

mitzuerleben.

Am Girls‘ Day öffnen Unternehmen und Organisationen in ganz Deutschland einen Tag lang ihre Türen, um jungen Frauen Einblick in spannende Berufsbereiche zu ermöglichen. Hintergrund ist, dass viele sich noch immer für die sogenannten „typischen Frauenberufe“ entscheiden. Damit nehmen sie nicht alle Chancen wahr, die ihnen das Berufsleben bietet. Hier setzt der Girls‘ Day an. Er will Mädchen ermutigen, ihre Ausbildung und ihren Beruf aus einer breiteren Palette von Möglichkeiten auszuwählen. „Auch in der Politik und in der Politikberatung brauchen wir mehr Frauen. Deshalb beteiligt sich meine Fraktion am Girls‘ Day“, erklärt Thönnes.

Nach der Begrüßung durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank-Walter Steinmeier und die Parlamentarische Geschäftsführerin Ute Kumpf, SPD-MdB, erhielten die jungen Frauen einen Einblick in die Geschichte und den Arbeitsablauf des Deutschen Bundestages. Im Rahmen eines Planspiels, das den Teilnehmerinnen den Weg durch die Gesetzgebung wies, wurde daran anschließend praktiziert, wie man einen Gesetzentwurf einbringt, diesen verabschiedet und in Kraft setzt. Selbstverständlich durfte dabei eine kontroverse Debatte über den besten Weg dorthin nicht fehlen. Eben genau wie in der richtigen Politik. Auch mit SPD-MdB Franz Thönnes traf die Schülerin zu einem Gespräch zusammen. „Besonders interessant waren für mich die Diskussionen mit vier weiblichen SPD-Abgeordneten, die uns Wege aufzeigten um in der Politik oder im Bereich der Politikberatung tätig werden zu können. Sie erläuterten, welche Qualifikationen dafür notwendig sind und wie ihr Alltag aussieht“, sagt Leonie Pätzold und ergänzt: „Die Teilnahme war sehr spannend und hat mich in meinem Vorhaben Soziologie und Wirtschaftswissenschaften zu studieren nur bestätigt.“

„Der Girls‘ Day leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben. Vielleicht treffen wir in ein paar Jahren eine der Teilnehmerinnen in einem politischen Tätigkeitsfeld wieder“, zeigt sich Thönnes überzeugt.

Bild: Leonie Pätzold und Franz Thönnes vor einem Exemplar des Grundgesetzes im Deutschen Bundestag

Keine Kommentare

SPD-Pinneberg - *veröffentlicht am 25.04.2010, 08:46 Uhr - 10324 Clicks - Nr. 399*

SPD fordert kostengünstige Lösung für Bau der Kreisberufsschule
Nicolai Overbeck kritisiert den von CDU und FDP empfohlenen teuren Neubau als unverantwortlichen Umgang mit Steuergeldern

Als unverantwortlichen Umgang mit Steuergeldern kritisiert die SPD die Entscheidung von CDU und FDP im Finanzausschuss, die Kreisberufsschule Pinneberg komplett neu zu bauen.

Dem Ausschuss lagen zur Beratung zwei Vorschläge für die Baumaßnahmen vor. Die Fachleute der Verwaltung schlugen einen Neubau des Mitteltraktes der Schule und die Sanierung des restlichen Baukörpers vor. Belegt mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelte sie im Vergleich mit einem Neubau über die nächsten 25 Jahre Einsparungen in Höhe von fast 11,0 Mio €. Bedenken gegen die Mehrkosten für eine mögliche Asbestsanierung konnten sie

ausräumen und bei der energetischen Einsparung verwiesen sie darauf, dass vergleichbare Effekte wie bei einem Neubau erzielt werden. „Die SPD" –so Nicolai Overbeck, schulpolitischer Sprecher der SPD- „hat den Vorschlag unterstützt, da er sowohl finanzpolitisch verantwortbar, wie den Belangen der Schule gerecht wird."

CDU und FDP plädierten für einen Neubau. Sie kritisierten die von der Verwaltung angewendete Berechnungsmethode. Der Kritik begegnete die Verwaltung mit dem Hinweis, man habe die gleiche Methode wie bei der Kostenplanung des Kreishausneubaues angewendet. Genau mit dieser Berechnungsmethoden hatten aber CDU und FDP den Neubau als kostengünstigste Lösung begründet. „Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier immer gerade die Methode ausgewählt wird, die zum von der Mehrheit gewünschten Ergebnis führt, um einem privaten Investor ein lukratives Geschäft zu ermöglichen" bewertet Nicolai Overbeck die Entscheidung von CDU und FDP.

In den Beratungen des Kreisfinanzausschusses wurde deutlich, dass die von der Mehrheit zugrunde gelegten Zahlen für einen Neubau nicht von Fachleuten überprüft wurden und dies auch vor einem Beschluss nicht geschehen soll. „CDU und FDP setzen den fundierten Berechnungen der Fachleute aus der Kreisverwaltung eine Ansammlung von Spekulationen und nichtbelegbaren Annahmen entgegen", so Overbeck.

Er befürchtet weiter, dass heute noch gar nicht vorhersehbare Kosten auf den Kreis zukommen werden. Nach dem Willen von CDU und FDP soll für die Ausschreibung vom Kreis lediglich eine Grundlagenermittelung für den Neubau erstellt werden. Den konkreten Anforderungskatalog an das Gebäude soll der private Investor erstellen. Dies wird dazu führen, dass während der Ausführungsplanung nach der Ausschreibung weitere Verhandlungen über Nachbesserungen und Konkretisierungen mit dem Bauunternehmer notwendig sein werden. Jede weitere Veränderung wird dann aber auch zu Mehrkosten führen. Als markantestes Beispiel verwies Overbeck auf die Hamburger Elbphilharmonie, bei der die Kosten mit einer solchen Bauausführung explodieren.

„Ferner" –so Overbeck- „ist der teure Neubau Wasser auf die Mühlen der Kritik der Städte und Gemeinden an der Finanzpolitik des Kreises." Für ihn bestätigt sich nachträglich die Kritik der Städte und Gemeinden, die im Zuge der Erhöhung der Kreisumlageerhöhung im Februar dem Kreis vorgeworfen hatten, er könne nicht sparen und verlagere seine Finanzprobleme auf die Schultern der Städte und Gemeinden.

Keine Kommentare

SPD-Osterrönfeld - *veröffentlicht am 25.04.2010, 10:12 Uhr - 3558 Clicks - Nr. 400*

Kürzt den Kindern nicht die Zukunft! SPD Osterrönfeld unterstützt Aktionsbündnis

Osterrönfeld - *Die schleswig-holsteinische Landesregierung erwägt, weitere drastische Kürzungen im Kita-Bereich vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund hat sich ein landesweites Aktionsbündnis aus Gewerkschaften, Elternvertretungen in den Kitas, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Organisationen gegründet, dessen Ziele die SPD Osterrönfeld unterstützen wird.*

Die schwarz-gelbe Tigerente, eigentlich bekannt aus der Kindersendung „Tigerenten-Club", ist nun auch in Schleswig-Holstein unterwegs. Hier allerdings nicht im Sinne der Kinder, sondern mit einer von der schwarz-gelben Landesregierung einberufenen Sparkommission. Ziel soll es sein, den Landeshaushalt nach sinnvollen Einsparpotentialen zu durchforsten, was im

Anbetracht der Haushaltslage im Grundsatz zu befürworten ist. Dass hier allerdings der Rotstift auch bei den Kitas in Schleswig-Holstein, so auch in Osterrönfeld, angesetzt werden soll, ist nicht hinnehmbar.

Aus diesem Grund hat sich in den letzten Wochen und Monaten ein landesweites Aktionsbündnis aus Gewerkschaften, Landeselternvertretung in den Kitas, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Organisationen gegründet. Mit landesweiten Aktionen soll auf die bereits heute schlechte finanzielle Ausstattung der Kitas hingewiesen werden, die durch weitere Kürzungen der CDU/FDP-Landesregierung gravierend verschlechtert würde. So kann bereits heute der Bildungsauftrag der Kitas nur mangelhaft wahrgenommen werden, da die Kita-Standards weiter gesenkt werden und fachlich qualifiziertes Kita-Personal fehlt.

Am 10. Mai werden daher landesweite Aktionen stattfinden, um auf die Lage der Kitas in Schleswig-Holstein hinzuweisen und die Landesregierung davon abzuhalten, die Kitas in Schleswig-Holstein weiter zu belasten. Doch nicht nur die Landesregierung steht im Fokus, sondern alle Parteien im schleswig-holsteinischen Landtag (CDU, SPD, FDP, Grüne, Linke und SSW), die mit einer Mehrheit mögliche Kürzungsvorschlägen der Landesregierung stoppen können.

Die Aktionen des Aktionsbündnisses möchte die SPD Osterrönfeld unterstützen und ruft daher alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich für starke und gut ausgestattete Kitas einzusetzen und die Aktionen des Aktionsbündnisses zu unterstützen. Auch Osterrönfelder Kitas werden durch mögliche Kürzungen der Landesregierung gravierend zu leiden haben! Daher hat die SPD Osterrönfeld bereits Kreistags- und Landtagsabgeordnete zur Initiative gegen die Sparpläne aufgerufen. Selbst wird die SPD Osterrönfeld vor Ort mögliche Initiativen unterstützen.

Seit jeher haben sich die Osterrönfelder Sozialdemokraten sowohl für die Kindertagesstätten als auch für die Interessen der Eltern in Osterrönfeld eingesetzt. Im August 2009 stellten die Osterrönfelder Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung den Antrag, den Betriebskostenzuschuss der Gemeinde für die örtlichen Kitas zu erhöhen, um damit die Arbeit in den Kitas stärker zu fördern sowie die Eltern finanziell zu entlasten. Leider wurde dieses Anliegen von der Mehrheit der anderen Fraktionen nicht unterstützt - der Antrag wurde abgelehnt.

Bereits Ende März 2010 veröffentlichte die SPD Osterrönfeld in ihrem neuen Infoblatt einen Artikel unter dem Titel „Kitas in Not!“, der durch den Sozialexperten und SPD-Kreistagsabgeordneten, Otto Griefnow, verfasst wurde. Hiermit sollte auf die Lage der Kitas hingewiesen werden, die sich nun weiter zu verschlechtern droht.

Informationen zum Aktionsbündnis finden Sie unter:
www.unsere-kinder-unsere-zukunft.de

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 25.04.2010, 13:58 Uhr - 4273 Clicks - Nr. 401*

Anti-Atomkraft-Menschenkette auch in Stormarn

Oststeinbek - Ein Teil der Menschenkette gegen die schwarz-gelbe Atompolitik, die am 24. April über 100.000 Menschen auf die Straßen zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel brachte, führte durch Stormarn. Havighorst war kurzfristig Teil der 120km langen Route geworden, um der B5 auszuweichen. Etwa 120 Menschen, von der jungen Familie bis zum engagierten Rentner, hatten sich hier getroffen. Mit dabei war der Landtagsabgeordnete und Stormarner SPD-Vorsitzende Martin Habersaat.
Der berichtet: „Es war toll zu sehen, wie viele Menschen sich für ihr Umfeld und die zukünftige Energieversorgung, die eben nicht zulasten künftiger Generationen gehen darf, interessieren."

Am 26. April 2010 jährt sich zum 24. Mal das Reaktorunglück von Tschernobyl. Viele Menschen in der Kette erinnerten sich an das Frühjahr 1986 und nannten auch diese Erfahrungen als Grund, sich an der Menschenkette zu beteiligen. Habersaat: „Ich selbst war damals neun und weiß noch, dass ich nicht mehr draußen spielen durfte und die Menschen bei Regen in Panik geraten sind. Andere haben mir erzählt, wie sie unverstrahlte Milch gebunkert und eingefroren haben und sich wochenlang unsicher waren, welche Lebensmittel am wenigsten Risiko bargen."

Die Menschenkette vom April 2010 war eine der größten Aktionen der Anti-Atomkraftbewegung überhaupt. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel reihte sich ebenso ein wie der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin. Busse aus ganz Deutschland brachten die Teilnehmer nach Schleswig-Holstein und Hamburg, vielerorts herrschte angesichts des schönen Frühlingswetters Volksfeststimmung, wäre das Thema nicht so ernst. Habersaat: „Der Tag hat gezeigt, dass die Menschen nicht unpolitischer sind als früher. Atomkraft ist vom Uranabbau bis zur Endlagerung nicht gut für die Menschen. Es wird Zeit, dass das auch die Letzten verstehen!"

Veranstalter der Protestaktion war ein breites Bündnis von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Erneuerbare-Energien-Verbänden, kirchlichen Organisationen, Jugendverbänden, Gewerkschaften und Parteien. Die 400 eingesetzten Polizeibeamten sprachen von einer friedlichen Demonstration. Auch anderswo in Deutschland wurde demonstriert: 20.000 Menschen umzingelten das AKW Biblis, 5000 das Atommülllager Ahaus. Habersaat: „Meine persönliche Bitte an die Kollegen von CDU und FDP ist, sich dem Thema offenen Auges zu stellen und nicht nur das von der Atomindustrie erfundene Mantra von der ‚Brückentechnologie' aufzusagen. Es gibt reichlich Alternativen!"

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 25.04.2010, 14:36 Uhr - 3808 Clicks - Nr. 402*

Rolle rückwärts in der Schulpolitik?
Diskussion in Bargteheide, am 26. April um 19.00 Uhr im Schützenhof (Jersbeker Straße)

Von den Leistungskursen zur Profiloberstufe, vom Abitur nach neun Jahren (G9) zum Abitur nach acht Jahren (G8) - das waren Entscheidungen der großen Koalition in der Bildungspolitik Schleswig-Holsteins. Umstritten, aber begründbar. „Ruhe für die Schulen" haben die Parteien im Wahlkampf versprochen. Und dann kam Minister Klug...

Künftig soll es drei Arten von Gymnasien geben (G8, G9, G8/9), die Profiloberstufe wird nicht weiter-, sondern abgewickelt gleiches droht den Gemeinschaftsschulen. Bezahlen sollen die neuen Projekte die Lehrer durch verlängerte Arbeitszeiten.

Die SPD lädt zu einer Diskussionsveranstaltung über diese und andere Themen am 26. Mai um 19.00 Uhr in den Schützenhof. Mit dabei sind die Landtagsabgeordneten Henning Höppner und Martin Habersaat. Höppner hat als bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion die Einführung der Gemeinschaftsschule begleitet, Habersaat war bis zu seinem Einzug in den Landtag Gymnasiallehrer in Hamburg. Beide fordern Minister Klug auf, Bestehendes weiterzuentwickeln und nicht neue Unruhe in die Schulen zu tragen.

Habersaat: „Die ersten Monate seiner Amtszeit hat Herr Klug damit vertan, Klientelpolitik für den Realschullehrerverband zu machen. Für fünf Realschulen im Land sollte das Schulgesetz umgestrickt werden. Zuletzt hat er damit verblüfft, einen Erlass zu kassieren, der für Lehrerinnen und Lehrer an Gemeinschaftschulen gleiche Arbeitszeiten gebracht hätte. Künftig müssen Haupt- und Realschullehrer an Gemeinschaftsschulen mehr arbeiten und werden dafür schlechter bezahlt als die Kollegen mit Gymnasial-Ausbildung, insgesamt sollen alle Lehrer mehr unterrichten als bisher. Das ist nicht die fortschrittliche Bildungspolitik, die Schleswig-Holstein bräuchte."

Keine Kommentare

SPD-Barsbüttel - *veröffentlicht am 25.04.2010, 15:09 Uhr - 2224 Clicks - Nr. 403*

Monatliche Bürgergespräche gehen weiter

Auch im April standen Mitglieder der SPD Barsbüttel auf dem Wochenmarkt, um ihren monatlichen Bericht aus der Gemeinderatsfraktion zu verteilen und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Klaus-Jürgen Krüger und Holger Gettschat stellten erfreut fest: „Inzwischen warten einige schon auf unseren Bericht und freuen sich, wenn wir da sind." Bei bestem Frühlingswetter war dieses Mal der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat dabei, um auch über Entwicklungen im Landtag zu berichten.
250 Exemplare des Berichts aus der Fraktion wurden dieses Mal verteilt. Darin ging es um die noch immer ungewisse Zukunft des Rathauses (Sanierung oder Umzug?), einen personellen Wechsel im

Ortsbeirat Willinghusen (Martina Sönnichsen für Anika Habersaat), Konzepte für Seniorengerechtes Wohnen (gehört in die Ortsmitte) und Barsbüttel und die Barsbütteler Feuerwehren (gut aufgestellt, aber immer auf der Suche nach Verstärkung).
Kommentar von Martin Habersaat vom 25.04.2010, 22:00 Uhr:
RE: Monatliche Bürgergespräche gehen weiter
Natürlich war der April gemeint. Ist korrigiert. Danke für die aufmerksame Lektüre! Grüße, Martin

Kommentar von Carsten Schröder vom 25.04.2010, 21:11 Uhr:
RE: Monatliche Bürgergespräche gehen weiter
Hallo, meint ihr den Mai 2009? Damals war Martin noch nicht im Landtag. Wenn es den Mai 2010 betrifft, so sollte der Artikel vielleicht erst in der kommenden Woche veröffentlicht werden? Es grüßt Carsten Schröder

SPD-Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 25.04.2010, 18:02 Uhr - 8447 Clicks - Nr. 404*

Riesen Erfolg - über 120.000 bei der Menschenkette

Am 24. April beteiligten sich über 120.000 Atomkraftgegner an der Menschenkette vom Kernkraftwerk Brunsbüttel bis zum Meiler Krümmel in Geesthacht. Die Kette wurde geschlossen bei einer der größten Anti-Atom-Demonstrationen der vergangenen Jahre. Von Flensburg starteten 12 und in Schleswig 2 Busse, wobei 2 Flensburger Busse auch noch Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgenommen haben.
Viele aus der SPD mit den Jusos des Kreises Schleswig-Flensburg nahmen an der Aktion bei schönstem Sonnenschein teil und trugen zusammen mit den Grünen, die Linke, Gewerkschaften und Umweltschutzorganisationen des Kreises dazu bei, dass in und um Brunsbüttel sich die Kette schloss.

Die Anti-Atombewegung ist wieder da

Die Demonstranten setzten zwei Tage vor dem 24. Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl ein Zeichen gegen die Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung und den Plan zur Verlängerung der Kraftwerkslaufzeiten. Die friedliche Anti-Atombewegung ist wieder da, bunter und vielfältiger als jemals zuvor.
Wir hoffen, dass sich im nächsten Jahr zum 25. Jahrestag von Tschernobyl noch mehr Menschen aus dem Kreis Schleswig-Flensburg der Bewegung anschließen.

Keine Kommentare

Jusos Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 25.04.2010, 20:28 Uhr - 3781 Clicks - Nr. 405*

Jusos reihen sich in Anti- Atomkraft- Kette ein

Am Samstag trafen sich 120.000 engagierte Menschen zur **„Kettenreaktion" gegen Atomkraft** zwischen den Atommeilern Krümmel und Brunsbüttel. Darunter auch die **Jusos SL-FL**.

Zwischen den Meilern Brunsbüttel und Brockdorf fanden sich die Jusos SL-FL gemeinsam mit den Jusos FL ein. **„Diese Aktion ist eine Reaktion auf die völlig inakzeptable Energiepolitik der schwarz-gelben Regierung!"** äußert sich der Juso Kreisvorsitzende SL-FL, Immo Degner. **„Wir fordern saubere Energie und den Stopp der katastrophalen Lagerung von Atommüll!"** ergänzt der stellv. Kreisvorsitzende der Jusos FL, Christian Nissen.

Neben den Jusos standen auf knapp 120 km Streckenlänge Vertreter der SPD, der Grünen, den Gewerkschaften sowie zahlreichen Umweltgruppen. Am Meiler Brunsbüttel heizten die selbsttitulierten **„Anti-AKW-Atzen"**, **Jan Delay** und **Das Bo** aus Hamburg die angereisten Atomkraftgegner ein.
Alles in allem ziehen die Jusos ein sehr positives Resultat aus der Anti-Atomkraft Aktion. Selten standen so viele Menschen wegen ein und derselben Meinung zusammen.
Energiegewinnung aus Atomkraft wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt!

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - *veröffentlicht am 26.04.2010, 10:13 Uhr - 5393 Clicks - Nr. 406*

Hermann Jobben wiedergewählt

In der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Glücksburg wurde Hermann Jobben als Vorsitzender wiedergewählt.
Als Kassenprüfer wurden gewählt: Jutta Klinger und Klaus-Dieter Neumann.
In seinem Bericht stellte er insbesondere die anzustrebende engere Zusammenarbeit mit dem Ortsverein Wees heraus; daneben ist eine verstärkte Informationsvermittlung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Glücksburg mehr als notwendig.
Wir müssen als SPD Ortsverein stärker wahrgenommen werden; sei es durch die Homepage, den Schaukasten bei EDEKA Matthiesen oder durch persönliche Gespräche mit den EinwohnerInnen der Stadt.
Viele Sachverhalte erfordern mehr Kommunikation, als da sind, der Neubau des Dienstleistungszentrum, die Überplanung des Schinderdam, die Insolvenz des Hotels Intermar mit dem gleichzeitigen Verlust von Arbeitsplätzen, die Verwaltungsgemeinschaft mit Flensburg, hier gilt es insbesondere zu prüfen, ob eine Evaluierung des Vertrages vorgesehen ist.

Kommentar von Herbert Ohms vom 21.05.2010, 11:40 Uhr:
RE: Hermann Jobben wiedergewählt
Moin Hermann, ich gratuliere dir zur Wiederwahl und wünsche Dir weiterhin viel Erfolg in der politischen Arbeit in Glücksburg. Gruß Herbert

SPD-Neumünster - *veröffentlicht am 26.04.2010, 10:26 Uhr - 5426 Clicks - Nr. 407*

Anti-Atom-Protest mit der SPD Neumünster

120.000 Menschen formierten sich am vergangenen Samstag zu einer 120 Kilometer langen Menschenkette. Auch die SPD Neumünster war mit einer Delegation vor Ort, um sich an der Demonstration zu beteiligen.

Zwei Tage vor dem Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl wurde gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten und für die sofortige Stillegung der beiden Pannenreaktoren Krümmel und Brunsbüttel demonstriert.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 26.04.2010, 22:45 Uhr - 5883 Clicks - Nr. 408*

Keine Privatisierung des UKSH

Zu den jetzt bekanntgewordenen Absichten der schwarz-gelben Landesregierung, das UKSH in Kiel und Lübeck zu privatisieren, erklärt der Kieler SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete, Rolf Fischer:
Damit lässt die schwarz-gelbe Landesregierung ihre Maske fallen, die schon immer angestrebte Privatisierung des UKSH auch in Kiel jetzt Realität werden zu lassen. Das ist ein Schlag gegen diese Stadt.
Wir haben diesen Schritt immer verhindert und werden uns einer solchen Entscheidung heftig widersetzen. Wir tun dies im Interesse der Arbeitnehmer aber auch der Patienten, die unter einer Privatisierung zusätzlich leiden würden. Erfahrungen zeigen, dass ein solcher Schritt immer mit einer Senkung der Standards verbunden ist. Auch der Wissenschaftsstandort Kiel würde damit geschwächt.

Keine Kommentare

SPD-Segeberg - *veröffentlicht am 27.04.2010, 09:28 Uhr - 12961 Clicks - Nr. 409*

SPD-Kreisverband Segeberg wehrt sich gegen schwarz-gelbe Atompolitik

Sozialdemokraten beteiligten sich am 24. April an der Menschenkette von Brunsbüttel nach Krümmel.
Ziel der schwarz-gelben Bundesregierung ist es, den unter Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgehandelten Kompromiss zum Atomausstieg zu beenden. Aktuell lässt Bundesumweltminister Röttgen

längere Laufzeiten von bis zu 28 Jahren prüfen.

Vor diesem Hintergrund nahmen am Samstag - zum 24. Jahrestag der Reaktorexplosion des Atomkraftwerkes Tschernobyl -, auch zahlreiche Mitglieder des SPD-Kreisverbandes Segeberg an der Aktion „KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!" teil. In der ca. 120 Kilometer langen Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel reihten sich die Teilnehmer – unter ihnen der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes – in Schenefeld in die Kette der Demonstrierenden ein. Sie setzte ein starkes Zeichen für das Ende der Atomenergie und eine zukunftsfähige, ökologische Energiewende.

Durchschnittlich kommt es alle zweieinhalb Tage zu einem meldepflichtigen Vorfall in einem deutschen AKW. Mit zunehmendem Alter der Anlagen wird sich diese Zahl nicht nur erhöhen, sondern es muss mit immer ernsteren Zwischenfällen gerechnet werden. Darüber hinaus ist die Frage der Endlagerung des Atommülls bis heute ungelöst. Gegen diese Energiepolitik wehrt sich der SPD-Kreisverband Segeberg heftig und er fordert von der Bundesregierung: Finger weg vom Atomausstieg. Notwendig ist die Förderung alternativer und Erneuerbarer Energien.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 27.04.2010, 12:01 Uhr - 1232 Clicks - Nr. 410*

Soziale Kulturpolitik: Neue Entgeltordnung für Museen!

„SPD, GRÜNE und SSW stimmen der vom Oberbürgermeister vorgeschlagenen Senkung der Eintrittspreise zur Stadtgalerie, zum Stadtmuseum und zum Schifffahrtsmuseum zu. Mit diesem Vorschlag wird soziale Kulturpolitik umgesetzt. Denn nun wird der Zugang zur Kultur für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln erleichtert.
Die bislang geltende Regelung wird familien- und kinderfreundlich umgestaltet: Für Kinder und Jugendliche wird der Eintritt in die Stadtgalerie und die Museen kostenlos werden, bisher war er nur für Kinder bis zum zehnten Lebensjahr eintrittsfrei. Anders als vorher erhalten auch Schülerinnen und Schüler und Auszubildende kostenlosen Eintritt. Die Kunststudierenden der Muthesius-Kunsthochschule und der Christian-Albrechts-Universität müssen auch in Zukunft keinen Eintritt bezahlen.

Die Eintrittsermäßigung für andere Menschen mit geringem Einkommen – d.h. für Studierende anderer Fachrichtungen, für Wehr- und Zivildienstleistende, für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II, für Seniorinnen und Senioren – wird von 1,50 Euro noch einmal auf 1,- Euro verringert.

Gleichzeitig kann mit der Eintrittskarte künftig nicht nur eine einzige, sondern mehrere Einrichtungen an einem Tag besucht werden. Das macht die Kieler Stadtgalerie und die Museen zusätzlich für Städtetouristinnen und –touristen interessant, die sich nur einen Tag in der Innenstadt aufhalten." Dies erklärten die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Ingrid Lietzow, die kulturpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsfrau Ulrike Kahlert, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

SPD-Quickborn - *veröffentlicht am 27.04.2010, 12:30 Uhr - 2993 Clicks - Nr. 411*

Fröhliche Demonstration zu einem ernsten Thema
120.000 Menschen haben sich am vergangenen Samstag versammelt und eine 120 km lange Menschenkette zum Protest gegen die Irrsinnspläne von CDU und FDP zur Verlängerung der Atomlaufzeiten gebildet. Die SPD Quickborn war mit dabei.

Mit einer eindrucksvollen Demonstration haben viele Tausend Menschen bei der Aktion "KETTENreAKTION" gegen die Planung der schwarz-gelben Regierung protestiert, die Laufzeit von Atomkraftwerken zu verlängern. Wir wehren uns zusammen mit mindestens 120.000 anderen Menschen aus der Region gegen die Wiederbelebung der Atomkraft. 120000 Menschen haben eindrucksvoll belegt, dass die Menschen die Atomkraft nicht wollen, weil sie unverantwortlich ist.

Weil die Entsorgung der Atomabfälle immer noch nicht geklärt ist und Atommüll unverantwortlich in provisorischen Lagerungsverfahren gelagert werden. Zum strahlenden Nachteil unserer Kinder und deren Kinder

Weil das Festhalten an der Atomenergie die wirklich erforderliche Herausforderung der Zeit, sich nämlich intensiv und mit aller Kraft um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu kümmern, verhindert.

Weil das Festhalten an der Atomkraft Deutschland technologisch ins Hintertreffen bringt, anstatt Vorreiter in der Welt mit modernen, sicheren und zukunftsorientierten Technologien zu sein. Weil die Chance auf Tausende von modernen Arbeitsplätzen durch die Profitsucht der Energiekonzerne vertan wird.

Dagegen protestieren wir und wissen, dass viele Menschen mit uns sind

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 27.04.2010, 16:19 Uhr - 4665 Clicks - Nr. 412*

AfA-Neugründung im Kreis Herzogtum Lauenburg
Im Kreis Herzogtum-Lauenburg gibt es einen AfA-Kreisvorstand
AfA-Kreis-Gründung im Kreisverband Herzogtum Lauenburg

In einer gut besuchten Gründungsveranstaltung wurde am 22. April 2010 in Schwarzenbek ein AfA-Kreisvorstand neu gewählt.
Zum Vorsitzenden Manfred Börner, GdP,
zu seinen Stellvertretern Stephan Voß, IG Metall + Egon Siepert, Transnet
und weitere 5 Beisitzer: Gunda Wöhl, ver.di, Helge Harms, ver.di, Ronald Schulze, ver.di, Egon Wosslick, ver.di und Wolfgang Gruse.
Teilgenommen an der Gründungsveranstaltung haben auch der SPD Kreisvorsitzende Peter Eichstädt und sein Stellvertreter Olaf Schulze, sowie der AfA Landesvorsitzende Wolfgang

Mädel, der sich sehr erfreut zeigte über das große Interesse an der AfA-Arbeit und Unterstützung durch den Landesverband zusagte.

An dem sich anschließenden öffentlichen Arbeitnehmergespräch sicherte als Teilnehmer der AfA-Kreisvorsitzende Uwe Teut vom Kreisverband Stormarn nachbarschaftliche Unterstützung zu. Mit Lauenburg hat die AfA jetzt landesweit in neun Kreisen eine AfA-Untergliederung und wird mit Ostholstein in Kürze den 10 Kreisverband gründen. Wolfgang Mädel wies besonders darauf hin, dass die AfA sich dort intensivst einmischen sollte, wo wir besonders kompetent sind: in der Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, bei Mindestlöhnen und Leiharbeit, in der Wirtschaftspolitik und natürlich bei der Rentengesetzgebung. "Wir vertreten mit der SPD die Arbeitnehmer und die kleinen Leute – wer- wenn nicht wir!

Auf dem Bild sind zu sehen: von links nach rechts - Wolfgang Gruse, Ronald Schulze, Wolfgang Mädel, Peter Eichstädt, Stephan Voß, Helge Harm

Keine Kommentare

Jusos Kiel - *veröffentlicht am 27.04.2010, 17:13 Uhr - 4917 Clicks - Nr. 413*

120.000 – ein deutliches Zeichen gegen Atomkraft !

120.000 Menschen haben es am vergangenen Wochenende geschafft: Trotz viel öffentlicher Skepsis konnte die 120 km lange Menschenkette geschlossen werden und die Aktion gelingen.
120.000 Menschen haben es am vergangenen Wochenende geschafft: Trotz viel öffentlicher Skepsis konnte die 120 km lange Menschenkette geschlossen werden und die Aktion gelingen. Von Krümmel bis Brunsbüttel fanden sich Atomkraftgegner zusammen, stellten ihre unterschiedlichen politischen Einstellungen hinten an und reichten sich die Hände für eine von Laolawellen geprägte Menschenkette! Damit wurde, als Antwort auf die von CDU und FDP aufgebrachte Debatte zur Laufzeitverlängerung der AKW’s, ein Zeichen gesetzt, an dem die Bundesregierung nicht vorbei kann: Zukunft statt Atom !

Die Jusos Kiel haben dabei im Abschnitt Glückstadt – Kollmar Hafen zum Erfolg der Kette beigetragen. Wir kamen mit Bussen und erklommen den Deich für eine atomfreie Zukunft! Wir steckten unsere Fahnen in die Erde und sagten: „Nein! Wir werden nicht weichen! Kein Ausstieg aus dem Ausstieg!“

Wir fordern eine Zukunft ohne Atomkraft!
Frau Merkel, schalten Sie ab!

Unser Dank gilt allen Beteiligten und Organisatoren für diese großartige Aktion !

Fotos der Aktion findet Ihr auf flickr

Keine Kommentare

SPD Kieler-Mitte - *veröffentlicht am 27.04.2010, 20:41 Uhr - 3151 Clicks - Nr. 414*

Postversorgung und Wohnen im Stadtteil

Unter großer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern fand die Sitzung des Ortsbeirat Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook im April statt – das Interesse galt insbesondere den beiden Hauptthemen **Postfiliale Wrangelstraße** und ihrer Umwandlung in eine Partnerfiliale sowie dem **Bauvorhaben der WoGe in der Gefionstraße/ Gerhardstraße**.
Eine Mitarbeiterin der Deutschen Post erläuterte die Rahmenbedingungen des Postgesetzes (flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen; Aufhebung des Brief-Monopols). Der Universaldienst soll zukünftig in Partnerfilialen angeboten werden, die im maximalen Abständen von 4.000 m liegen müssen, also innerhalb von 2.000 m erreichbar. Bundesweit sollen 12.000 Filialen betrieben werden.

Die nächsten Partnerfilialen sind am Lessingplatz und bei Famila in der Wik. Für die Umwandlung der Filiale in der Wrangelstraße gibt es bisher weder einen Termin noch einen Partner. Die Post wird die Stadt und den Ortsbeirat rechtzeitig, das heißt gemäß der Dienstleistungsrichtlinie mindestens 10 Wochen vor der Umwandlung beteiligen. Solange die Post keinen Partner hat, bleibt die jetzige Filiale. Dieter hat der Post-Vertreterin auf Nachfrage die Bereiche Blücherplatz oder Minettiplatz als Standorte einer Partnerfiliale genannt.

Danach wurde über ein **Bauvorhaben der WoGe in der Gefionstraße/ Gerhardstraße** diskutiert.
Ein Vertreter der WoGe stellte die Genossenschaft (1926 als Postbauverein gegründet, ca. 2.700 Mitglieder, rund 2.300 Wohnungen im Bestand; 17 hauptamtliche, 55 nebenamtliche Mitarbeiter/innen; jede/r Mieter/in hat drei Genossenschaftsanteile zu je 160,00 € erworben) vor.– Bei den Gebäuden handelt es sich überwiegend um sehr kleine, nicht mehr zeitgemäß ausgestattete Wohnungen mit einer sehr schlechten Energiebilanz. Sie lassen sich nicht in einen barrierefrei zugänglichen Zustand versetzen. Es mangelt außerdem an Kfz-Stellplätzen und Freiflächen mit Aufenthaltsqualität. Eine Vollsanierung wäre erforderlich, ist aber nicht im jetzigen Zustand möglich. Daher wurde zugunsten eines Abrisses und Neubaus entschieden.

Es sollen 84 Mietwohnungen entstehen, dazu 81 Stellplätze (Tiefgarage). Jede Wohnung erhält Balkon oder Terrasse. Für 40 % der Wohnungen sollen Fördermittel beantragt werden, so dass diese energetisch auf dem neuesten Stand errichteten Wohnungen auch für Familien mit geringem Einkommen nutzbar sind. Zum Zeitplan: Das Gebäude in der Gerhardstraße soll im Oktober 2011 abgebrochen, der Neubau im August 2012 bezogen werden. In der Gefionstraße sollen die Arbeiten im Herbst 2012 beginnen und der Neubau im Oktober 2013 bezugsfertig sein. Für die Fassadengestaltung sind noch Abstimmungen mit dem Stadtplanungsamt und dem Beirat für Stadtgestaltung erforderlich, daher sind noch keine Gebäudeansichten fertig. Es liegt noch kein Bauantrag vor.

Die Vertreterin des Mietervereins Kiel plädierte für den Erhalt der Bewohnerstrukturen in diesem Stadtteil. Niemand solle aus seiner angestammten Umgebung vertrieben werden. Es müsse unbedingt bezahlbarer Wohnraum für geringe Einkommen auch in dieser Gegend vorhanden sein.- Zur Miethöhe wies ein WoGe-Vertreter auf die z. Zt. sehr hohen Heiz- und Nebenkosten (2. Miete) hin. Durch den KfW-55-Standard werden die Heizkosten um mehr als

40 % reduziert.

Für die Bedürfnisse der derzeitigen Mieter sind Wohn- und Sozialmanager im Einsatz. Es wurden Einzelgespräche mit Mietern geführt, denen Ersatzwohnungen (im eigenen Bestand oder bei kooperierenden Wohnbaugenossenschaften) angeboten werden. Für Umzugskosten werden Pauschalen von 400 – 650 € angeboten, für Ummeldekosten Pauschalen von 75 €, zeitgerechte Entschädigungen für Einbauten und Maklerprovisionen werden übernommen. Nach Fertigstellung der Neubauten ist dann ein Rückzug möglich.
Der OBR begrüßte die Schaffung von 81 Parkplätzen als Entlastung für das Quartier und beschloss folgende Anfrage an die Verwaltung:

1. Welche Auswirkungen wird der Ersatz von zwar veraltetem, aber billigem Wohnraum für die Bevölkerungsstruktur des Quartiers haben?
2. Wie kann eine Erhöhung der Mieten verhindert oder zumindest eine Begrenzung der Mieterhöhung erreicht werden? Welche Möglichkeiten (Förderung) hat die Stadt?

Weitere Informationen

- SPD OV Kieler Mitte: Antrag zum Erhalt der Postfiliale

Keine Kommentare

SPD-Steinburg - *veröffentlicht am 28.04.2010, 12:45 Uhr - 14047 Clicks - Nr. 415*

Die Staatisten kommen
Am 6. Mai 2010 um 20.00 Uhr ist es soweit. Die Staatisten spielen im Kulturhof in Itzehoe, Dorfstr.4.

Die fünfköpfige Kabaretttruppe aus Kiel, die seit vielen Jahren zusammenarbeitet, präsentiert ihr neues Programm „Barkarett V". Mal tief, mal hintersinnig, ein bisschen frivol und albern, verteilt das Ensemble gekonnt Hiebe nach rechts und links.

Weder Peter Harry Carstensen noch Ralf Stegner kommen ungeschoren davon. Dabei kommt neben der Politsatire das musikalische Entertainment nicht zu kurz.

Karten gibt es zum Preis von 10 Euro im
Kreisbüro der SPD
Sandkuhle 12-16
Telefon 04821/61505

Mehr Informationen zu den Staatisten gibt es **HIER**.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 28.04.2010, 14:32 Uhr - 1360 Clicks - Nr. 416*

„Kids in die Clubs" ist gute soziale Sportpolitik!
Zum aktuellen Stand des Projekts „Kids in die Clubs" erklären der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Torsten Stagars, die sportpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Das Projekt „Kids in die Clubs", das SPD, Grüne und SSW mit auf den Weg gebracht haben, zeigt Wirkung. Mit dem Projekt wird für Kinder aus Familien mit wenig Geld der Mitgliedsbeitrag im Sportverein übernommen. In einer Stadt wie Kiel, in der 30% der Kieler Kinder Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch bekommen, ist eine solche soziale Sportpolitik besonders wichtig und wird von SPD, Grünen und SSW auch in Zukunft unterstützt.

Seit dem Projektstart am 27. Oktober 2009 durch den Sportverband Kiel sind vom städtischen Amt für Sportförderung mehr als 280 „Sport-Schecks" ausgegeben worden, mit denen eine kostenfreie Mitgliedschaft in einem von 33 teilnehmenden Kieler Sportvereinen (vom Ellerbeker TV Kiel bis zum Suchsdorfer SV, vom TSV Schilksee bis zum TuS Gaarden) für bis zu drei Jahre zugesagt werden kann. Aus dem Projekt können alle Kieler Jugendlichen gefördert werden, deren Familien einkommensabhängige Sozialleistungen erhalten, wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld.

SPD, Grüne und SSW haben durch ihre Haushaltsbeschlüsse den Finanzierungsanteil aus städtischen Mitteln gesichert. Der Sportverband Kiel hat zusätzliche Spenden und Sponsorenmittel gesammelt. Unser besonderer Dank gilt allen Spendern und Sponsoren, namentlich der Kieler Volksbank eG, die sich besonders engagiert."

Keine Kommentare

Franz Thönnes, MdB - *veröffentlicht am 28.04.2010, 14:58 Uhr - 9670 Clicks - Nr. 417*

Stormarner Hauptschüler zu Gast bei Thönnes in der Hauptstadt

Ein Blick hinter die Kulissen der Politik bekamen 15 Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse der Klaus-Groth-Schule aus Bad Oldesloe am 20. April 2010 in Berlin. Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnes waren Sie im Rahmen ihrer Klassenfahrt zu Besuch im Deutschen Bundestag.

Nach einer Einführung in die Funktionsweise des Parlamentes auf der Besuchertribüne des Plenarsaals kamen die Jugendlichen mit dem SPD-Politiker zusammen. Hier stellten Sie ihm politische und persönliche Fragen. Das ging von Fragen zu seinem beruflichen Werdegang bis hin zu seinem politischen Arbeitsalltag. Auch Fragen zur aktuellen Ausbildungsplatzsituation und zu ihren Berufschancen wurden diskutiert. Thönnes: „Die Unternehmen sind hier in der Pflicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Für die Jugendlichen gilt, auch bei Lehrstellenabsagen nicht nachzulassen und beim gewünschten Beruf auch für Alternativen offen zu sein, denn eine abgeschlossene Lehre sollte das Wichtigste sein." Die Stunde ging schnell vorbei und zum Abschluss stand bei schönstem Frühlingswetter noch der Besuch der Reichstagskuppel auf dem Programm.

„Das Gespräch mit jungen Menschen über ihre Sichtweisen und Sorgen sowie über Politik und Demokratie ist mir in meiner Arbeit sehr wichtig", so der Stormarner Bundestagsabgeordnete nach dem Besuch der Klasse.

Bild: Die 9. Klasse der Klaus-Groth-Schule Bad Oldesloe und Franz Thönnes im Deutschen Bundestag

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 28.04.2010, 15:28 Uhr - 4098 Clicks - Nr. 418*

Rolle rückwärts in der Bildungspolitik!

So aktuell ist die SPD Stormarn: Am Dienstag stellte der Bildungsminister seine Schulgesetz-Änderungen vor, schon am Montag diskutierten die Landtagsabgeordneten Dr. Henning Höppner und Martin Habersaat Klugs Vorhaben, die größtenteils schon vorab bekannt waren, mit interessierten Gästen. Schüler, Lehrer, Elternvertreter und Kommunalpolitiker waren der Einladung der Bargteheider SPD-Vorsitzenden Susanne Danhier in den Schützenhof gefolgt, um die Zukunft unserer Schulen zu diskutieren.

Dr. Henning Höppner ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Er hatte viele Zahlen und Daten zum Schulsystem in Schleswig-Holstein mitgebracht: So ist die Gemeinschaftsschule die im Land am häufigsten besuchte weiterführende Schulart. Außerdem machen im Kreis Stormarn mit 32,29% die meisten Schüler ihr Abitur (Deutschland: 25,33%). Bereits vor der Einführung der Gemeinschaftsschule gab es in Stormarn besonders viele Gesamtschulen. Höpnner: „Zu beobachten war eine gute Versorgung entlang der A1."

Höppner sieht die Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein in Gefahr: „Die Gemeinschaftsschulen sollen zwar endlich zuständige Schule werden, aber zugleich sollen sie sich vom Prinzip des längeren gemeinsamen Lernen verabschieden und sich zu einer Art Kooperativer Gesamtschulen zurück entwickeln können. Oberstufen an Gemeinschaftsschulen sollen Ausnahmen bleiben, obwohl gerade die Stormarner Erfahrung mit den Gesamtschulen zeigt: Wo es Oberstufenangebote gibt, gibt es auch Abiturienten." Außerdem werde Schulsystem in Schleswig-Holstein komplizierter und undurchlässiger. Es werden nicht nur zwei verschiedene Formen von Gymnasien (G8 und G9) geschaffen, sondern auch beide Wege zum Abitur sollen an einer Schule angeboten werden, wenn nicht beide Typen örtlich erreichbar sind. Alle Arten sollen in einer Oberstufe enden (Y-Modell), was bei künftigen G8-Schülern in der Mittelstufe noch größere Belastungen schafft als bisher.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass es gerade bei jüngeren Schülerinnen und Schülern Entlastungen geben müsse. 265 Wochenstunden bis zum Abitur seien nicht nötig, Reduzierungen möglich. In diesem Zusammenhang wurden auch innovative Stundenplanmodelle verschiedener Schulen im Land vorgestellt. Ein wichtiger Aspekt für alle Beteiligten war auch der Blick über das Land hinaus: „Gemeinsame Modelle mit Hamburg wären wünschenswert, am besten kompatible Schulsysteme in ganz Deutschland."

Martin Habersaat, seit 2009 für Stormarn im Landtag und bis dahin Gymnasiallehrer, kritisiert, dass Minister Klug eine neue Strukturdebatte entfache und die Verbesserung des Unterrichts darüber in den Hintergrund gerate: „Für das Y-Modell werden Lehrerstellen benötigt, die an anderer Stelle fehlen, etwa um Stunden in nennenswertem Umfang doppelt zu besetzen oder Lerngruppen zu verkleinern. Dazu werden die Lehrerinnen und Lehrer zu mehr Arbeit verdonnert, was der Motivation zur Entwicklung der Schule abträglich ist."

Das Fazit der beiden Landtagsabgeordneten: „Wir werden sehr genau prüfen, ob die Neuregelungen zum Schullastenausgleich tragfähig sind oder an den absehbaren Interessengegensätzen zwischen Schulträgern und Wohnsitzgemeinden zerrieben werden." Mit seiner Ankündigung, 350 Stellen aus anderen Schulen an die Gymnasien zu übertragen, mache Dr. Klug seinem Ruf alle Ehre, „Minister für Gymnasien und sonstiges" zu sein. „Wir werden darauf beharren, dass bestehende pädagogische Konzepte von Gemeinschaftsschulen, die durch die Schulaufsicht genehmigt wurden, Bestand haben!"

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion Kiel - *veröffentlicht am 28.04.2010, 15:53 Uhr - 1631 Clicks - Nr. 419*

Bildungspolitik der Landesregierung navigationslos auf offener See
Zur vorgesehenen Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes erklären der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski und die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner:

"Die vorgelegten Veränderungen des Schulgesetzes durch die schwarz-gelbe Landesregierung beweisen einmal mehr, dass sich diese in Sachen Bildung navigationslos auf offener See bewegt. Vom Wunsch getrieben, es allen recht machen zu wollen, gelingt dem Bildungsminister mit seinem Entwurf zur Schulgesetzänderung nichts Rechtes. Statt den vor wenigen Jahren eingeschlagenen Kurs zu präzisieren, wird das Ruder ideologisch (gelb-)gefärbt in die entgegen gesetzte Richtung gelenkt und eine Havarie der Schulen und ihrer Schülerinnen und Schüler in Kauf genommen. An Gymnasien soll alles möglich sein: G8, G9 oder gleich beides. Änderungen, die auf dem Rücken des Lehrerkollegiums und der Schulträger vollzogen werden sollen - Ergebnis ungewiss.

Und die Gemeinschaftsschulen? Hier soll am besten durch die Hintertür die Aufteilung von Haupt- und Realschule wieder eingeführt werden; nur eben kostengünstig unter einem Dach. Und Oberstufen, die zum Abitur führen könnten, sollen vermieden werden – ohne Rücksicht auf (Lern-)Verluste. Diese Reform lehnen alle ab: Elternvertreter, Leh-rerverband, Erziehergewerkschaft. Aber die Landesregierung verweigert den Kompass, den diese ihr geben könnte. Das ist aus unserer Sicht verantwortungslos."

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 28.04.2010, 16:04 Uhr - 8534 Clicks - Nr. 420*

Rückwärts gewandte Bildungsideologie gefährdet Schulabschlüsse

Der Osterrönfelder SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Kai Dolgner sieht das Ziel, mehr junge Menschen zum Abitur zu führen, durch die Enthauptung der Gemeinschaftsschule gefährdet.

„Der Schulgesetzentwurf des Bildungsminsters Dr. Klug bedeutet das faktische Aus für eine gymnasiale Oberstufe an den drei Gemeinschaftsschulen im Rendsburger Raum," befürchtet Dolgner. „Viele Eltern sehen gerade die Möglichkeit an den Gemeinschaftsschulen das Abitur in neun Jahren zu machen als großen Vorteil. Herrn Dr
Auch den sonst so von Herrn Dr. Klug bevorzugten Gymnasien erweise er damit einen Bärendienst, ließen doch die sehr gut angenommenen Gemeinschaftsschulen in Fockbek und Büdelsdorf auf eine Entspannung in den überfüllten Rendsburger Gymnasien hoffen.

Gleichzeitig sollten hunderte Lehrerstellen aus den anderen Schulen an die Gymnasien verschoben werden, um dort parallele G9- und G8-Zweige anbieten zu können; und dass Lehre-rinnen und Lehrer an Gemeinschaftsschulen künftig 1,5 Stunden pro Woche mehr arbeiten sollten als Gymnasiallehrer, erschwere die Arbeitsbedingungen dieser neuen Schularten ebenfalls.

Auf diese Weise soll Druck auf die Gemeinschaftsschulen ausgeübt werden, sich „freiwillig" vom längeren gemeinsamen Lernen zu verabschieden und sich in Realschulen mit Hauptschulteil zurückzuentwickeln.

Dolgner äußerte die Hoffnung, dass die fast einhellig negative Reaktion auf den Schulgesetzentwurf dazu beitragen werde, die eine oder andere Verschlechterung zu verhindern. Die SPD werde jedenfalls alles in ihrer Macht stehende dazu beitragen.

Keine Kommentare

SPD-Stormarn - *veröffentlicht am 28.04.2010, 17:35 Uhr - 3914 Clicks - Nr. 421*

Olof-Palme-Preis 2010 geht nach Reinbek und Ahrensburg

Das Reinbeker Spendenparlament, der interkulturelle Gesprächskreis Ahrensburg und Alfred Schulz - das sind die drei Gewinner des Olof-Palme-Friedenspreises 2010.
Etwa 100 Stormarnerinnen und Stormarner waren am Dienstag in den Festsaal des Schlosses Reinbek gekommen, um zu verfolgen, wie Kuratoriumsmitglied Cord Denker die Nominierten vorstellte und schließlich die Gewinner bekanntgab.
Zuvor hatte der Pastor und ehemalige Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen Betrachtungen zur

Friedenspolitik und den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan angestellt.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn, begrüßte die Gäste mit einem Zitat Olof Palmes: „Weil Kinder unsere einzige reale Verbindung in die Zukunft sind und weil sie die Schwächsten sind, gehören sie an die erste Stelle der Gesellschaft." Von dieser Aussage ausgehend thematisierte er die finanzielle Ausstattung der Kommunen und die vergangenen Haushaltsberatungen in vielen Stormarner Städten und Gemeinden. Er mahnte, wichtige Projekte, Schulen und Kindergärten auch in schlechten Zeiten nicht zu vernachlässigen.

Jörn Thiessen ging in seiner Festrede auf das Erbe Olof Palmes in der Friedenspolitik und die Tradition des Olof-Palme-Friedenspreises ein. Er rief in Erinnerung, dass Frieden und Freiheit immer wieder neu geschaffen werden müssen: „Vor allem muss unsere Freiheit in unseren Klassenzimmern verteidigt werden. Bildung und Aufklärung schaffen den Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält." Man dürfe sich keine „verlorene Generation" leisten. Von da aus zog Thiessen, heute für die Bundesakademie für Sicherheitspolitik tätig, den Bogen nach Afghanistan. Auch dort seien Schulen, gerade auch für Mädchen, von unschätzbarem Wert, seien Bildung und Aufklärung das beste Mittel gegen den Terrorismus. Er forderte alle Anwesenden auf, sich Gedanken zu machen: „Was sind Ihre Interessen? Und was sind Deutschlands Interessen?" Es sei keine deutsche Stärke, solche Interessen zu formulieren, aber eine Notwendigkeit. 2,6% der Bevölkerung machten das regelmäßig, nämlich die politischen Mandatsträger im Lande, von denen wiederrum 99,97% ehrenamtlich aktiv seien.

Cord Denker lobte in seiner Laudatio die Aktivitäten von Menschen für Menschen. „Das Olof-Palme-Kuratorium wundert und freut sich jedesmal, wenn ein neues Jahr begonnen hat, darüber, was sich alles tut auf dem Gebiet menschlicher Zuwendung in unserem überschaubaren Stormarn."

Preisträger 2010:
• Als Reaktion auf die terroristische Zerstörung des Welthandels-Zentrums in New York am 11. September 2001 hat sich unter dem Dach der VHS Ahrensburg ein Interkultureller Gesprächskreis gebildet, der sich dem Dialog zwischen den Kulturen verschrieben hat. Für diesen wurde stellvertretend Initiator Hans-Peter Weiß ausgezeichnet.
• Alfred Schulz, ehemaliger Vizepräsident des Landtags, hatte sich nach seinen Erfahrungen in der NS-Zeit 0für den Pazifismus entschieden und hast sich zum Fürsprecher der Verfolgten, Verfemten und Vergessenen gemacht. Dafür erhielt er den Palme-Preis 2010. Denker: „Fast schon für das Lebenswerk."
• Das Spendenparlament Reinbek hat seit seiner Gründung 1997 etwa 100.000 Euro gesammelt, verwaltet und verteilt, wofür nun der Vorsitzende Dr. Wolfgang Walter ebenfalls die Auszeichnung entgegennehmen konnte. Und etwas mehr, da Alfred Schulz dem Spendenparlament spontan die Hälfte seines Preisgeldes spendete.

Für eine festliche Atmosphäre sorgte Janina Albrecht mit ihren Harfenklängen, bei einem Empfang im Gartensaal und vielen angeregten Gesprächen über die Festrede und das ehrenamtliche Engagement klang der Abend aus.

Foto: Martin Habersaat, Dr. Wolfgang Walter, Cord Denker, Alfred Schulz, Hans-Peter Weiß. (Fotograf: Jonathan Stahn) Mehr Fotos: hier.

Keine Kommentare

AG60plus - Kiel - *veröffentlicht am 28.04.2010, 18:14 Uhr - 3497 Clicks - Nr. 422*

Wichtiger Schritt für barrierefreies Leben nach Krankheit
Als einen wichtigen Schritt in die gesunde Richtung, bezeichnete Detlef von Schlieben von der Kieler SPD AG 60plus das neue Kieler medizinische Versorgungskonzept im Städtischen Krankenhaus. Denn mit dieser speziell für ältere Menschen eingeführten ambulanten Reha werden endlich auch Ängste abgebaut. Gleichzeitig werden nach der Reha die bisherigen Barrieren in ein würdevolles Leben im eigenen Wohnumfeld sichergestellt.
Ein weiterer wichtiger Punkt ist bei dieser Behandlungsmethode, dass auch in der Stadt Kiel dem steigenden Generationswandel Rechnung getragen wird.

Keine Kommentare

SGK-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 29.04.2010, 11:36 Uhr - 1424 Clicks - Nr. 423*

Schlie hat nichts dazugelernt
Land kontra Stadt - Innenminister verteidigt unklugen Landesentwicklungsplan

Innenminister Klaus Schlie hat erklärt, der künftige Landesentwicklungsplan schwäche die Städte nicht und bewirke auch in Zukunft keinen Wildwuchs. Die Städte könnten ihre Aufgabe als Motor für Wachstum und Innovation nur wahrnehmen, wenn sie sich als Teil einer Region verstehen würden.

Andreas Breitner, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und Bürgermeister der Stadt Rendsburg, erklärt dazu: "Herr Schlie begeht einen schweren Denkfehler: Das Geld wächst nirgendwo auf den Bäumen. Wer investiert, tut dies nur einmal - und er kann jetzt Städte und Gemeinden in einen ruinösen Wettbewerb treiben. Die schwarz-gelbe Landesentwicklungsplanung macht die Zentren abhängig von den Einzelinteressen der Gemeinden. Herr Schlie verführt kleine Dörfer zu Wachstumsphantasien und Konkurrenzstrategien gegenüber den Städten. Outlet-Einkaufszentren auf der Wiese, Dumping-Gewerbeflächen und Wohnungsbau ohne Plan werden die Krise der großen Kommunen vergrößern. Die Städte nehmen den Dörfern viele Probleme ab und bieten eine soziale und ökonomische Infrastruktur für alle. Dafür gebührt ihnen der Schutz der Landesregierung. Die Landespolitik darf die Städte nicht im Stich lassen.

Der Unmut über die abgehobenen Landesplanung hat längst die Kommunalpolitiker in allen Parteien erfasst. Der Innenminister aber zeigt mit seinen jüngsten Äußerungen, dass er selbst die Stimmen in seiner eigenen Partei nicht erhört. Deshalb werde die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Stadtvertretungen dafür werben, möglichst parteiübergreifend gegen diese Deregulierung vorzugehen. Unser Ziel ist ein Bündnis der Vernunft zum Schutz der Städte."

Keine Kommentare

SGK-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 29.04.2010, 11:39 Uhr - 1375 Clicks - Nr. 424*

Wirrwarr-Monster überfällt die Bildung
Kommunen vermissen Planungssicherheit im Schulgesetz:

Zur Novellierung des Schulgesetzes erklärt Andreas Breitner, Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und Bürgermeister der Stadt

Rendsburg:
„Ministerpräsident Carstensen hatte im September 2009 versprochen: „Die Schulen brauchen keine weiteren Reformen, sondern produktive Ruhe." Das Gegenteil ist jetzt eingetreten. Was Schleswig-Holsteins Bildungsminister gerade verbreitet, ist reine Unruhe. Klugs Chaos, G8, G9, Y-Modell, der Angriff auf die Gemeinschaftsschulen – die schwarz-gelbe Novellierung des Schulgesetzes verunsichert Schleswig-Holsteins Eltern, Lehrer und Schulträger maximal. Die Kommunen stehen jetzt mit Riesenproblemen da, denn sie müssen als Schulträger täglich mit diesem Schulchaos umgehen. Städte und Gemeinden brauchen Planungssicherheit.
Klug macht lieber Politik aus dem Lehrbuch der Ideologen: Bildungsgerechtigkeit ist für ihn offenbar kein Thema. Längeres gemeinsames Lernen und Oberstufen an Gemeinschaftsschulen werden erschwert – das Schulsystem in Schleswig-Holstein wird komplizierter und undurchlässiger; auf die Lehrer kommen neue Belastungen zu. An Gymnasien sollen künftig die Schulleitungen darüber entscheiden, ob ihre Schule das Abitur nach G8, G9 anbietet - oder gleichzeitig beides. Die Eltern werden sich die Haare raufen, was für ihr Kind das Beste ist. Schulen und Kommunen werden so mit den Problemen allein gelassen. Klugs Ankündigung, 350 Stellen aus anderen Schulen an die Gymnasien zu übertragen, wird zu einer Benachteiligung der Regional- und Gemeinschaftsschulen führen. Nötig ist eine faire Neuregelungen zum Schullastenausgleich. Schulträger und Wohnsitzgemeinden dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
Schwarz-Gelb hat ein bürokratisches Wirrwarr-Monster geschaffen, das Eltern, Lehrer, Städte und Gemeinden von einer besseren Bildung fernhalten wird. Der Landtag sollte der Landesregierung produktive Ruhe verordnen und das Gesetz stoppen

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde - *veröffentlicht am 29.04.2010, 11:44 Uhr - 8455 Clicks - Nr. 425*

SPD AG 60 plus: Solidarität zwischen den Generationen fördern
Anlässlich des zweiten europäischen Tages der Solidarität zwischen den Generationen am 29. April 2010, erklärt der Kreisvorstand AG SPD 60 plus:

Die gemeinsame Arbeit von jüngeren und älteren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat zum Ziel, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der alle ihr Leben entfalten und Verantwortung für sich und andere übernehmen können.

Dabei hilft es nicht, die Generationen gegeneinander auszuspielen.

Vielmehr ist eine solidarische Krankenversicherung, in der Jüngere für Ältere und Gesunde für Kranke einstehen, notwendig. Wir verwehren uns gegen alle neoliberalen Ansätze, die Generationen auseinander zu dividieren und lehnen die schwarz-gelbe Kopfpauschale ab. Denn sie würde das Solidarprinzip zerstören, Geringverdiener überfordern und direkt in ein Drei-Klassen-System führen.

Wir wollen die solidarische Bürgerversicherung, in der alle die gleichen Rechte auf eine gute Versorgung haben und in der alle nach Höhe ihres Einkommens zur Finanzierung beitragen. Dies ist ein Grundpfeiler für eine Gesellschaft für alle Lebensalter.

Keine Kommentare

Andreas Beran - *veröffentlicht am 29.04.2010, 16:31 Uhr - 6519 Clicks - Nr. 426*

Bericht von Andreas Beran (MdL) Landesregierung gefährdet das öffentlich-rechtl

Die SPD-Fraktion stellte eine Anfrage an die EU-Kommission bezüglich der geplanten Änderung des Sparkassengesetzes durch die schwarz-gelbe Landesregierung.
Diese hat in ihrer Antwort jetzt deutlich darauf hingewiesen, dass Hamburg über kein Sparkassengesetz verfügt, das die Haspa-Finanzholding als "öffentlich" definieren würde. Auch im Hinblick auf das alte Hamburgische Recht, das auf einer privatrechtlichen Vorschrift beruht. Also ist die vorgesehene Öffnung der schleswig-holsteinischen Sparkassen für eine Beteiligung der Haspa-Finanzholding, als Beteiligung einer Privatbank anzusehen. Wird das Gesetz so wie von der Landesregierung geplant verabschiedet, müssen die Sparkassen in Schleswig-Holstein auch private Beteiligungen zulassen und würden damit ihren öffentlich-rechtlichen Status verlieren.
Davor warnte ich bereits Anfang des Jahres in einer Presseerklärung. Es ist nicht auszudenken was passiert, wenn die Sparkassen ihre öffentlich-rechtliche Stellung verlieren, sollte das geplante Gesetz zum Tragen kommen. Dies geht eindeutig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger die nicht zu den Besserverdienenden gehören. Doch auch die Landwirtschaft und die mittelständische Wirtschaft werden feststellen müssen, dass sie schwerer an Kredite für geplante Investititionen herankommen werden. Zu befürchten ist auch, dass die Privatbanken hohe Renditen aus ihren Beteiligungen erwarten und die Sparkassen dadurch gezwungen sein werden Einsparungen beim Personal und den Standorten vor zu nehmen. Gefährdet ist auch die Arbeit der Vereine vor Ort, die bisher mit den Zuschüssen durch Ausschüttungen der Sparkassen rechnen konnten.
Die SPD-Landtagsfraktion will das 3-Säulen-Modell, das aus privaten Banken, Genossenschaftsinstituten und öffentlich-rechtlichen Sparkassen besteht, wie bisher erhalten. Denn dieses System hat sich in der letzten großen Finanzkrise bewährt.
Ich fordere die Regierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und damit den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück finanzielle Sicherheit zu lassen.

Keine Kommentare

AG60plus - Kiel - *veröffentlicht am 30.04.2010, 15:51 Uhr - 3264 Clicks - Nr. 427*

Gemeinsam Barrieren abbauen
Einladung zum Aktionstag „Leben ohne Barrieren - Barrierefreies Leben“

Zum geplanten Aktionstag der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus „Leben ohne Barrieren - Barrierefreies Leben“ am **05. Mai 2010** lädt deren Kieler Vorsitzender Detlef von Schlieben die Bevölkerung zur Diskussion ein:

Was sind eigentlich Barrieren? Diese Frage diskutierten die Bewohner des Mettenhofer AWO Servicehauses mit Mitgliedern der SPD AG 60plus.
"Es sind nicht nur einfache Hindernisse, sondern", so stellte Andre Springer, Diplom-Sozialpädagoge im Servicehaus, fest, "Barrieren entstehen im Kopf. Was für normale Menschen ganz normal ist, bedeutet für Ältere eine Erschwernis. Viele können nicht verstehen, dass sie eine Sicherheit suchen, aber oft über Barrieren steigen müssen." - Erst vor kurzem, so berichtet eine Bewohnerin, kam sie mit ihrem Gehwagen nicht über ein Brett, dass auf dem Gehweg lag. Die Räder blockierten und sie hatte Schwierigkeiten darüber hinweg zu kommen.

"Barrierefreiheit bedeutet," so Detlef von Schlieben, Vorsitzender der SPD AG 60plus, "dass Gegenstände und Einrichtungen so gestaltet werden, dass sie von jedem Menschen - unabhängig von einer eventuellen körperlichen Behinderung uneingeschränkt benutzt werden können. Somit wird, bedingt durch den demographischen Wandel, eine Barrierefreiheit immer mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt."

Aus diesen Gesprächen entstand die gemeinsame Aktion der AG 60plus und den Bewohnern des Mettenhofer AWO Servicehauses "Leben ohne Barrieren - Barrierefreies Leben". Die Älteren wollen Stolpersteine auf den Fußweg ausstellen, um auf diese Art die Bevölkerung auf bestehende Barrieren aufmerksam zu machen. Umzugskartons wurden beklebt und mit Texten beschriftet.

Die Aktion findet statt: Mittwoch, 5. Mai um 14:30 Uhr am famila-Parkplatz am Skandinaviendamm in Mettenhof. Anschließend, ca. 15:00 Uhr, ist eine Gesprächsrunde im AWO Servicehaus in der Vaasastraße mit Menschen mit und ohne Behinderungen zu diesem Thema geplant.

Keine Kommentare

SPD-Kiel - *veröffentlicht am 30.04.2010, 16:04 Uhr - 5452 Clicks - Nr. 428*

CDU weint neue Krokodilstränen über den Flughafen Holtenau
Zur aktuellen Debatte zur Zukunft des Flughafens Holtenau

Es mutet schon seltsam an, dass sich ausgerechnet die CDU lautstark für den Erhalt und Ausbau des Flughafens Holtenau einsetzt. Die ehemalige CDU-Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz und die CDU-geführte Landesregierung haben mit ihren Entscheidungen diesen Flughafen ins Aus geflogen. Die neuerlichen Krokodilstränen überzeugen deshalb nicht.
"Wir fordern die CDU und die Wirtschaft auf, in den kommenden Wochen nicht immer neue, schöne Ideen, sondern Fakten auf den Tisch zu legen. Dazu gehören die Namen von Investoren, verbindliche Zusagen über Neuansiedlungen bzw. Ausbau von vorhandenen Firmen und Aussagen, inwieweit die Wirtschaft das finanzielle Risiko mitträgt. Die Zeit in der man Dinge „machen könnte" ist vorbei.

In Bezug auf die Frage der Organtransportflüge für das UKSH hat die Landesregierung mittlerweile erklärt, dass mit den Flughäfen Hohn, Lübeck-Blankensee, Hamburg und mit dem Hubschrauberlandeplatz am UKSH Alternativen im Sinne der entsprechenden Richtlinie für Organstransporte vorhanden sind", so SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

Keine Kommentare

Rolf Fischer, MdL - *veröffentlicht am 30.04.2010, 17:14 Uhr - 3853 Clicks - Nr. 429*

Organtransporte über Kiel-Holtenau: Alternativen sind möglich
In der Debatte um die Schließung des Flughafens Kiel-Holtenau spielt auch die Frage der Organtransportflüge für das UKSH eine große Rolle. Der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Fischer hat dazu eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt; er erklärt:
Bei Organtransplantationen spielt die Transportzeit der Organe eine wesentliche Rolle; nach

den Richtlinien für Organtransporte ist unter Wahrung der Sicherheitsaspekte ein zeit- und kostengerechter Transport zu ermöglichen. Auf meine Frage nach Alternativen zum Fluglandeplatz Kiel-Holtenau im Falle einer Schließung nennt die Landesregierung den Flughafen Lübeck-Blankensee und – wenn eine Vereinbarung mit der Bundeswehr getroffen würde – den Militärflugplatz Hohn. Ebenfalls möglich sei der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel sowie der Transport mit dem Hubschrauber auf das Gelände des UKSH in Kiel. Die Landesregierung sieht also weitere Möglichkeiten, die die Richtlinien erfüllen, um die Organtransporte für das UKSH sicherzustellen.

Für den Flughafen Kiel-Holtenau gibt die Deutsche Stiftung für Organtransplantation (DSO) als zuständige Koordinierungsstelle, die auch für den Transport von Organen und O-Teams verantwortlich ist, 2009 eine Zahl von 30 an. 2008 waren es 27, 2007 22.

Diese Daten werden für die im Juli anstehende Entscheidung über die Zukunft des Kieler Flughafens eine wichtige Rolle spielen.

Keine Kommentare

AfA Schleswig-Flensburg - *veröffentlicht am 30.04.2010, 18:20 Uhr - 3565 Clicks - Nr. 430*

AfA Schleswig-Flensburg behandelt das Thema „Fairness auf dem Arbeitsmarkt"

Die AfA Schleswig-Flensburg wird sich vorrangig am 04. Mai 2010 um 19.30 Uhr im Hotel Ruhekrug (bei Schleswig) mit dem Thema „Fairness auf dem Arbeitsmarkt" (Hartz IV) des Parteivorstandes beschäftigen.
Auf der Veranstaltung wird außerdem ausführlich von der AfA-Bundeskonferenz vom 16. bis 18 April in Potsdam berichtet, der Kreisparteitag Schleswig-Flensburg am 12. Juni 2010 in Schaalby vorbereitet, Anträge zum a. o. Landesparteitag am 11. September 2010 mit Schwerpunkt Bildung behandelt und wichtige aktuelle Themen wie Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen behandeln.
Interessierte sind ganz herzlich willkommen!

Keine Kommentare

Jusos Kiel - *veröffentlicht am 30.04.2010, 22:31 Uhr - 5187 Clicks - Nr. 431*

1. Mai - Wir gehen vor !

Unter diesem Motto rufen die Jusos Kiel genauso wie die Gewerkschaftsjugend und viele andere Jugendorganisationen zum 1.Mai auf.

Vor allem für uns Jugendliche ist der 1. Mai wichtig. Ob gute Ausbildung mit letztendlicher Übernahme, bessere Studienbedingungen oder ein generell gerechtes Bildungssystem:

Es fehlt an allen Enden. Misstände auf die es hinzuweisen gilt, denn wir sind die Arbeitnehmer von morgen !

Sei also am 1. Mai um 9.30 Uhr auf dem Wilhelmsplatz dabei ! Die Demo geht durch die Innenstadt zum Gewerkschaftshaus, wo die Abschlusskundgebung stattfindet.

Keine Kommentare

AFA-Schleswig-Holstein - *veröffentlicht am 30.04.2010, 23:58 Uhr - 3070 Clicks - Nr. 432*

Arbeitnehmerempfang
Die SPD und die AfA veranstalteten einen guten Arbeitnehmerempfang in Kiel

Ein Zeichen der Verbundenheit zwischen Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sowie der Sozialdemokratie war der 5. Arbeitnehmerempfang der am 29.04.2010 im Kieler Gewerkschaftshaus stattfand. Rund 100 Teilnehmer konnte der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädel begrüßen.
Redner waren der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner und als Special-Gast Uwe Hück, Betriebsratsvorsitzender von Porsche.
Uwe Hück als Waisenkind in Heimen aufgewachsen, hat bei Porsche als Lackierer begonnen und stieg danach zum Betriebsratschef auf. Der 47 jährige ist Vater von drei Kindern, zweimaliger Europameister im Thai-Boxen und bekennendes Mitglied der SPD und IG Metall.
In der Begrüßung stellte Wolfgang Mädel besonders heraus, dass Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, die deutsche Mitbestimmung und Betriebsverfassung heute modern und attraktiv sind, in die Zeit passen und die wirklich Zukunft bedeutet, sich für Arbeitsplätze und vernünftige Bezahlung und Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner stellte anschaulich die derzeitige Situation dar:

Hier in Schleswig-Holstein steht vieles auf der schwarz-gelben Agenda, was unseren entschiedenen Widerstand erfordert:
· Schwarz-gelb öffnet in Kiel der Privatisierung der Sparkassen Tür und Tor, plant das Universitätsklinikum zu privatisieren, richtet ein regelrechtes Schulchaos an: die Gemeinschaftsschulen werden systematisch bekämpft und die Pflichtstundenzahl der Lehrerinnen und Lehrer wird erhöht.
· Schwarz-gelb in Kiel stellt das erste gebührenfreie Kita-Jahr wieder zu Disposition.
· Städte gegen die ländliche Räume bringt Unruhe ins ganze Land.
· Schwarz-gelb in Kiel will längere Laufzeiten für Atomkraftwerke.
·
Wir wollen eine Gesellschaft, in der „Gemeinwohl vor Eigennutz" das Leitmotiv ist. Wir engagieren uns für eine Politik, die
· im Land und mit ihrer Stimme im Bundesrat für „Gute Arbeit" und sozialen Zusammenhalt sorgt.
· auf gebührenfreie Bildung – statt auf Bürokratie und Posten setzt.
· die Energiewende konsequent umsetzt – ohne Atom und CCS.
· die für Bildungsgerechtigkeit, mit einem klaren Schulsystem und starken Gemeinschaftsschulen sorgt.

· die keine Lebensrisiken privatisiert und wichtige öffentliche Infrastruktur wie z.B. das Universitätsklinikum erhält.
· die in der Landesplanung für ein gerechtes Hand in Hand von Stadt und Land einsteht.
· die die Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein schätzt und fördert.

Uwe Hück als feuriger Redner und weit über die Grenzen seines Betriebes hinaus bekannt als "kampferprobter" Metaller machte seinem Ruf alle Ehre. Authentisch in seiner Art forderte er den Erhalt des Sozialstaates und das breite Schultern mehr zu tragen haben als Schwache. In der sich anschließenden Talkrunde brachte er das eine und andere Mal die tolle Moderatorin Christiane Harthun-Kollbaum zum schmunzeln und die Teilnehmer zum lachen. Bei aller Ernsthaftigkeit der diskutierten Themen gelang es ihm als Motivationsbolzen alle mitzureißen. Zum Schluss versprach er unter einem Ministerpräsidenten Ralf Stegner wieder in den Norden zu kommen.

Keine Kommentare